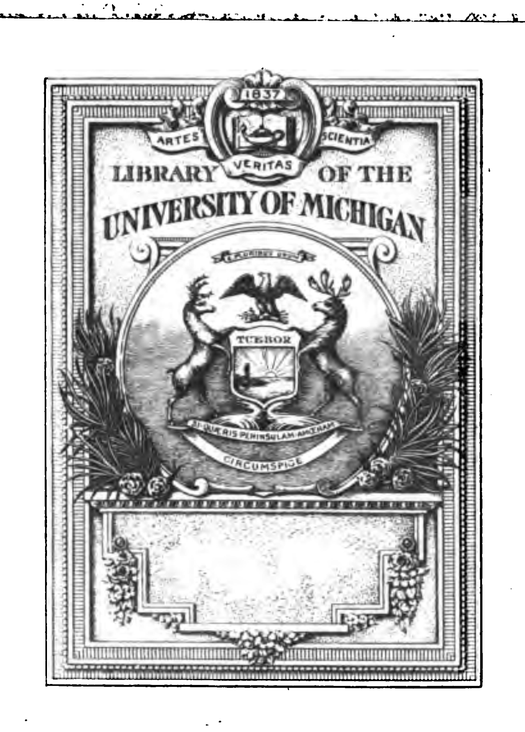
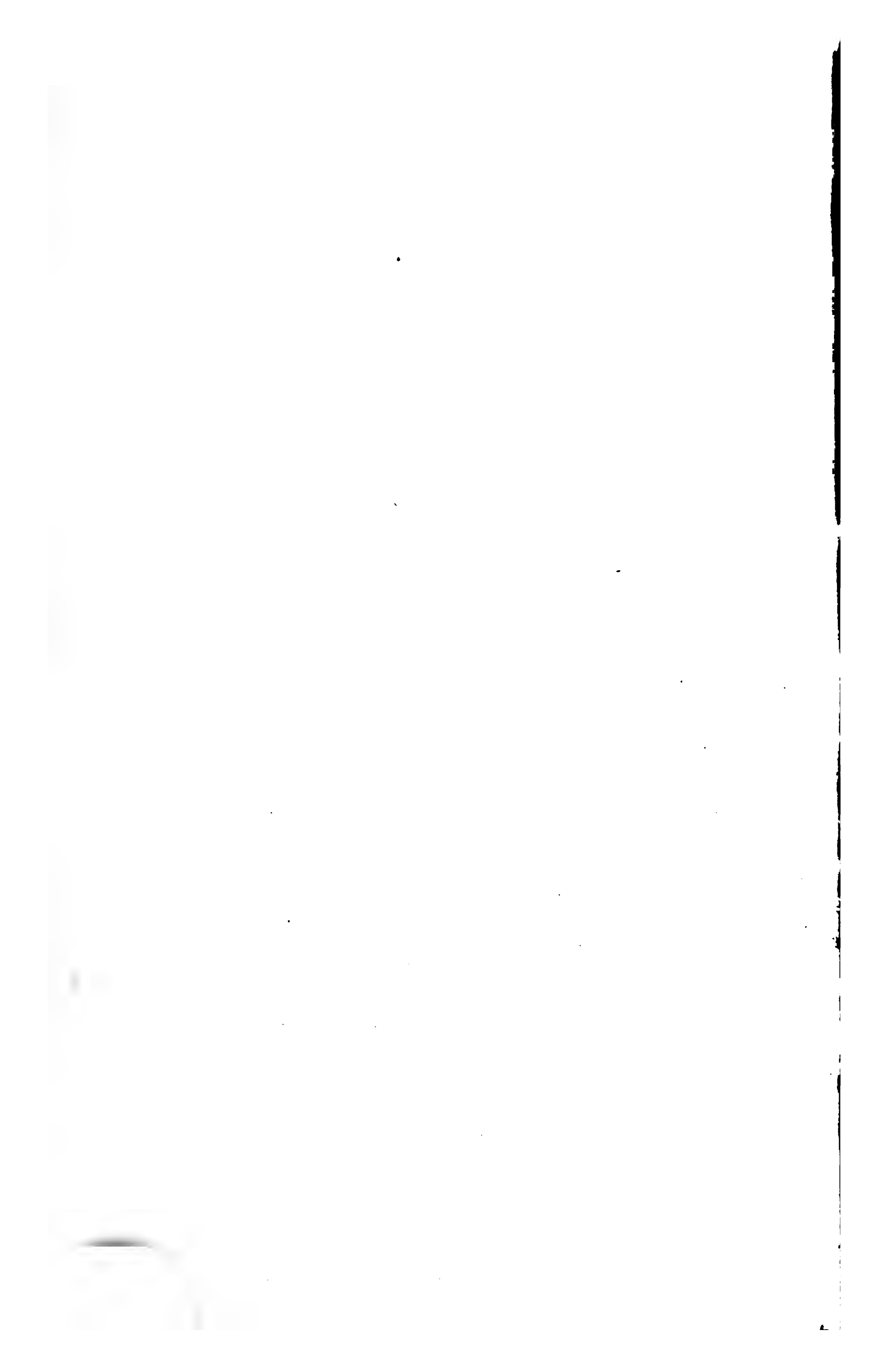

1837
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE







Politische Geschichte
der
Neuesten Zeit
1816—1875
mit besonderer Berücksichtigung
Deutschlands.

Von

Wilhelm Müller,
Professor in Tübingen.

Dritte verbesserte und vermehrte Auflage.

Stuttgart.
Verlag von Paul Neff.
1875.

Buchdruckerei von Hammer & Liebich in Stuttgart.

Vorrede.

Das Erscheinen der dritten Auflage dieses Werkes, welches im Jahre 1869 in zweiter Auflage und zwar in einer Doppelauflage ausgegeben worden ist, hat sich dadurch verzögert, daß der Verfasser, dem ohnedies die Muße ziemlich karg zugemessen ist, in den letzten Jahren verschiedene andere literarische Arbeiten zu bewältigen gehabt hat. Jetzt erst war es demselben möglich, das Buch genau zu revidiren und die Darstellung der politischen Geschichte bis auf 1875 fortzuführen. In dem revidirten Theile ist, besonders in den späteren Partien, manches ergänzt und sind sonstige Veränderungen vorgenommen worden; bei der Bearbeitung des neu hinzukommenden Stoffes war der Verfasser in der günstigen Lage, vorzugsweise seine eigenen Schriften („Politische Geschichte der Gegenwart“ und „Illustrirte Kriegsgeschichte“) als Hilfsmittel benützen zu können. Die knappe Form, welche von Anfang an dem Buche gegeben worden ist, ist durchgängig beibehalten worden, da der Verfasser von der Ansicht ausgeht, daß sehr viele das Bedürfniß empfinden werden, die wichtigsten Thatsachen der neuesten Geschichte kennen zu lernen, daß aber in einem Jahrzehnt, welches so vielerlei Forderungen an

den einzelnen Menschen stellt, nur sehr wenige so viel Zeit finden werden, um sich durch ein mehrbändiges Werk durchzuarbeiten. Strenge Sichtung des Wesentlichen vom Unwesentlichen, Gedrängtheit und Prägnanz der Darstellung, Uebersichtlichkeit der einzelnen Gruppen waren daher die dem Verfasser gesteckten Ziele. Ob er sie wohl erreicht hat?

Tübingen, im November 1875.

W. Müller.

Inhaltsverzeichniß.

§. 3.

Spanien u. seine amerikanischen Kolonien. Portugal u. Brasilien. Der Kongreß zu Verona u. die französische Intervention. S. 45—65.

§. 4.

Großbritannien. S. 66—74.

§. 5.
Griechenland, Türkei, Rußland: S. 74—96.

§. 6.
Frankreich und die Restauration der Bourbonen. S. 96—108.

Zweiter Zeitraum 1830—1848.

Die Julirevolution und ihre Folgen für Europa. S. 108—194.

§. 7.

Frankreich und die „große Woche". S. 108—119.

§. 8.

Die Folgen d. Julirevolution in Belgien, England, Deutschland, Schweiz Italien und Polen. S. 119—151.

§. 9.
Spanien und Portugal. S. 151—157.

§. 10.
England. S. 157—163.

§. 11.
Türkei und Aegypten. S. 163—167.

§. 12.
Deutschland, Oestreich, Preußen. S. 167—177.

§. 13.
Die Schweiz und der Sonderbund. S. 177—180.

Seite

§. 14.

Frankreich unter Louis Philipp.
S. 180—194.

Seite

Dritter Zeitraum.
1848—1863.

Februar-Revolution und ihre Folgen. Das zweite Kaiserreich u. seine Uebermacht in Europa.
S. 194—315.

§. 15.

Die Februar-Revolution, die französische Republik und das Kaiserreich. S. 194—211.

§. 16.
Italien. S. 211–221.

§. 17.
Revolutionen in Deutschland, Oestreich und Preußen. S. 221–264.

§. 20.

Außereuropäische Länder.

S. 304—315.

Vierter Zeitraum
1864—1866.

Das Ringen Preußens um die Hegemonie in Deutschland.

S. 315—427.

§. 21.

Schleswig-Holstein. S. 315—340.

§. 22.
Krieg in Deutschland und Italien, Austritt Oestreichs aus Deutschland, Auflösung des deutschen Bundes, Gründung eines norddeutschen Bundes unter Preußens Suprematie.
S. 340 – 385.

§. 23.

Der Luxemburger Handel. Frankreichs Kriegsrüstungen. Der Norddeutsche Bund und die süddeutschen Staaten. S. 386—427.

*

Fünfter Zeitraum.

1870—1875.

Der Kampf Deutschlands mit Frankreich und mit d. Vatikan. Die Errichtung des Deutschen Reiches u. des Deutschen Kaiserthrones.

S. 428—523.

§. 24.

Der deutsch-französische Krieg.

S. 428–482.

§. 25.

Das Deutsche Reich und das hohenzollern'sche Kaiserthum.

S. 482—489.

§. 26.

Frankreich und die neutralen Staaten.

S. 489—511.

§. 27.

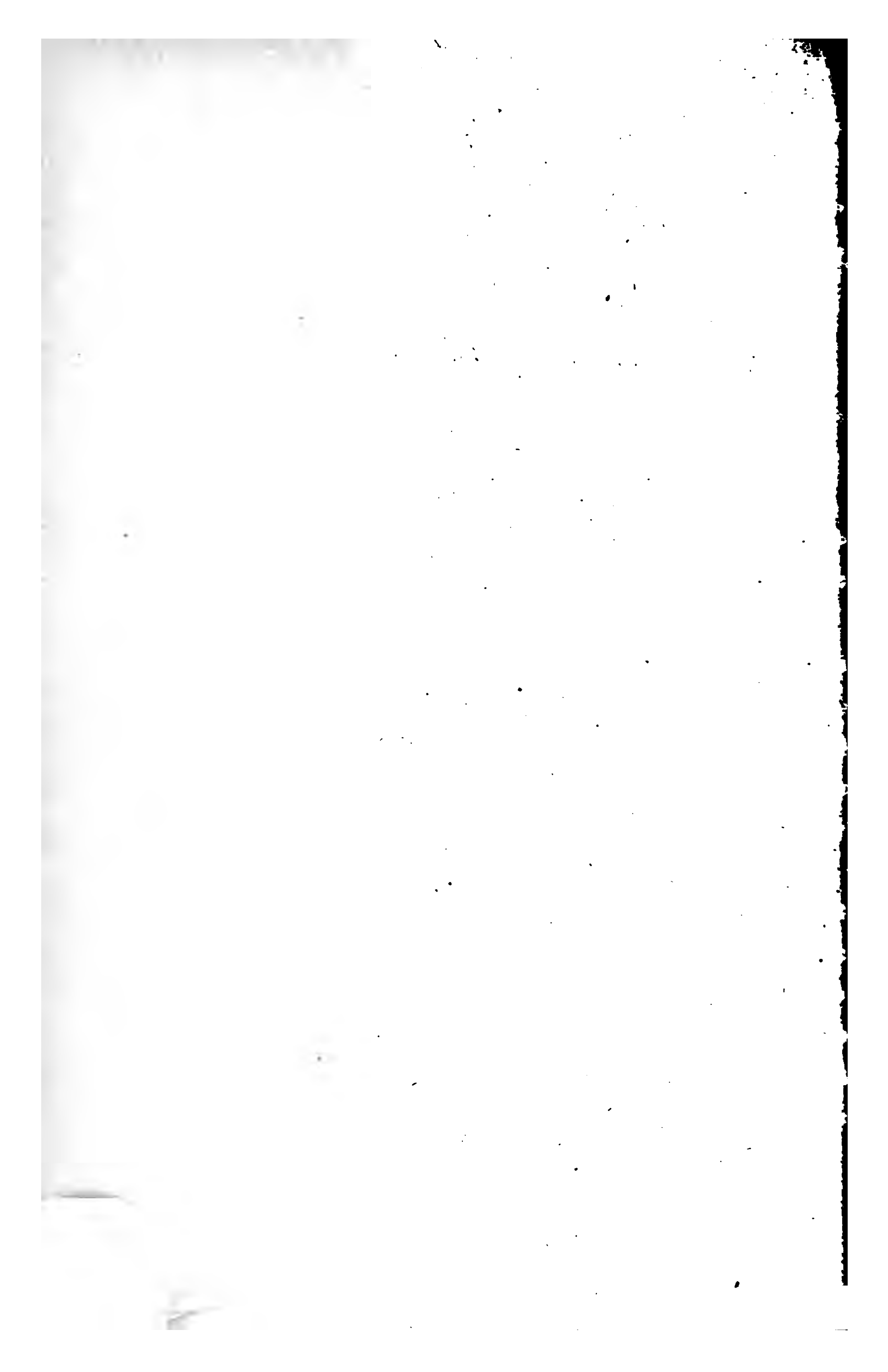
Das Deutsche Reich und der Kulturkampf.

S. 512—523.

Berichtigungen:

Seite 92 Z. 9 v. u. ist „riesen“ zu verbessern in: „sie zu:“

Seite 227 Z. 11 v. u. ist „Da Christian VIII. und sein Sohn kinderlos waren“ zu verbessern in: „Da Christian's VIII. Sohn und Bruder kinderlos waren“.



Erster Zeitraum.

1816—1830.

Restaurationspolitik. Verfassungskämpfe. Kongresse.

§. 1.

Deutschland. Oestreich. Preußen.

Die Schlacht bei Waterloo war geschlagen. Zum zweitenmal mußten die Pariser die siegreichen Verbündeten in ihren Mauern sehen, zum zweitenmal den Frieden sich diktiren lassen. Und jener Mann, welcher zwei Jahrzehnte mit seinem Feldherrngenie und seiner Herrschsucht erfüllte, welcher, nicht zufrieden mit der ruhmvollen Krone von Frankreich, sogar nach einem Kaiserthum des Kontinents seine unersättlichen Hände ausstreckte, lag nun zur Ohnmacht verurtheilt auf dem Felsen von St. Helena, in vulkanischen Erinnerungen sich verzehrend. Aber eben in jenen Tagen, als zum Trost der Bourbonen das Lebenslicht des großen Korsen auf der welthistorischen Insel erlosch, leuchteten wie eine kolossale Todtenfackel, in der alten wie in der neuen Welt, die Aufstände der Völker gegen ihre restaurirten Fürsten und ihre mittelalterlichen Regierungen. Als ob es eines so lauten Zeugnisses bedurft hätte, daß mit Napoleons Sturz der Tag der Freiheit noch nicht angebrochen sei, daß man da und dort statt eines übermüthigen Riesen nur einen aufgespreizten Pygmäen eingetauscht habe! Europa war sicherlich nach den ungeheuren Aufregungen und Anstrengungen so vieler Kriegsjahre des Friedens sehr bedürftig; aber die zurückkehrenden Herrscher beglückten ihre Völker mit einem so eiskalten Frieden, daß der ermüdete Erdtheil aufs neue von den gewaltigsten Erschütterungen durchzuckt wurde. Von der Mündung des Tajo bis zur Newa und zu den Inseln des

Archipels gährte und glühte es, und ein heißer Strom nationaler Erbitterung ergoß sich über jene feudalistischen Dynastien, welche „nichts vergessen und nichts gelernt hatten". Verheißungen der Fürsten, unbefangene Hingabe und Freude der Völker, Ruf nach verfassungsmäßiger Freiheit, offene und geheime Reaktion, Revolutionen im Süden, Intervention des Fürsten-Areopags und Zertrümmerung der Volksrechte: dies sind im Großen die Charakterzüge der Jahre von 1816—1830.

Zwar hätte man damals meinen sollen, die Machthaber hätten nichts Geringeres im Sinne, als die Welt mit einem neuen goldenen Zeitalter zu beschenken. Denn am 26. September 1815 erließen Kaiser Alexander von Rußland, Kaiser Franz von Oestreich und König Friedrich Wilhelm III. von Preußen von Paris aus eine Erklärung, worin sie „ihren unerschütterlichen Entschluß verkündigten, von nun an nur die christliche Religion zu ihrer Richtschnur zu nehmen, nur nach den Vorschriften der Gerechtigkeit, der christlichen Liebe und des Friedens zu regieren, sowohl im Innern ihrer Staaten als im Verkehr mit anderen Regierungen, einander in allen Fällen Beistand zu leisten, sich selbst nur als Bevollmächtigte der Vorsehung zu betrachten, um drei Zweige einer und derselben Familie zu beherrschen." Dieser „heiligen Allianz" traten in den folgenden Jahren alle europäischen Monarchen bei, mit Ausnahme des Königs von England, des Papstes und des Sultans. Sie war hauptsächlich ein Werk Alexanders, welcher selbst wieder hierin von der religiösen Schwärmerin Frau von Krüdener beeinflußt wurde, die im Sommer des Jahres 1815 in Heilbronn, Heidelberg und Paris in persönlichem Gespräch ihn zu der Stiftung eines solchen Bundes anregte, ihn im Gegensatz zu dem schwarzen Dämon Napoleons den weißen Friedensengel und den Erwählten des Herrn nannte.

Alexander, für solche Einflüsse sehr empfänglich, war unstreitig unter den damaligen Machthabern der bedeutendste und einflußreichste. Doch war seine Natur nicht groß genug angelegt, um die Rolle, zu der er sich berufen glaubte, der Napoleon des Friedens zu sein, mit Glück und zum Nutzen Europas durchführen zu können. Bei seinem weichen Gemüth, seinem reizbaren Temperament war er leicht für das Edle zu entflammen, großartigen Schöpfungen, politischen Reformen sehr zugethan, meist voll guten Willens, aber Energie und Ausdauer waren nicht seine Sache, gewaltige Hindernisse schreckten ihn ab, neue

Persönlichkeiten machten ihn seinen Entschlüssen und Grundsätzen untreu, daher er leicht den Eindruck eines unzuverläßigen Mannes machte. Die glänzenden Erfolge der letzten Kriegsjahre, die Vergötterung, die man mit ihm in Paris, London und Wien trieb, hatten sein sonst bescheidenes Wesen zu hohem Selbstgefühl umgewandelt, und mit weiblicher Eitelkeit ließ er sich die Huldigungen von Fürsten nnd Diplomaten gefallen. Napoleon, die Zeiten von Tilsit und Erfurt mit den späteren Jahren vergleichend, fand in ihm einen „byzantinischen Griechen" und nannte ihn den Talma des Nordens.

Und doch wäre wohl das Urtheil über ihn ein günstigeres, wenn er nicht das Unglück gehabt hätte, daß in allen bedeutenderen Fragen neben seinem Namen auch der eines anderen Mannes genannt wurde, der mit ihm und mehr als er Europo beherrschte. Dies ist Fürst Metternich, welcher vom 8. Oktober 1809 bis zum 13. März 1848 das auswärtige Ministerium in Oestreich leitete, seit 1821, wo er seine italienischen Triumphe feierte, auch die Würde eines Staatskanzlers erhielt und frivol genug war, mitten unter Festlichkeiten und Liebeshändeln das Steuer Europa's in die Hand nehmen zu wollen, nicht bloß das bunt zusammengewürfelte Kaiserthum Oestreich nach seinem sehr einfachen System zu regieren, sondern auch Deutschland und Italien als seine Domäne anzusehen, das aufstrebende Preußen als seinen Vasallen zu behandeln und überall das erste Wort zu sprechen. Sein mäßiges Wissen wußte er durch große Gewandtheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck zu verdecken, seine geringe staatsmännische Begabung durch das starreste, geistloseste Festhalten an konservativen Grundsätzen zu bemänteln. In den 38 Jahren seiner ministeriellen Thätigkeit hat er nie und nirgends einen leitenden, schöpferischen Gedanken gezeigt, überall nur für das Gesetz des Stillstands, der Trägheit gewirkt und sich zuletzt so verachtet und verhaßt gemacht, daß im Jahre 1848 ein März-Minister in Süddeutschland unter allgemeinem Beifall ausrufen konnte: „die ganze Schmach der letzten Jahrzehnte fasse ich in dem einen Namen ‚Metternich' zusammen". Vor Fürsten „den unterthänigen Höfling spielend, die Diplomaten durch kavaliermäßiges Auftreten bestechend, die Gesandten der kleinen Staaten durch Herablassung und fürstlichen Glanz betäubend" hatte er sich zu einer Art Orakel aufgeschwungen, von dessen Berechtigung niemand einen ernsthaften Grund angeben konnte.

1*

Die Stabilität bis zur Lächerlichkeit und zur grausamen Härte zu treiben, dem Volke alle Theilnahme an der Staatsverwaltung abzusprechen und es zu einer steuerzahlenden Masse herabzudrücken, die Fürsten nicht als die Regenten, sondern als die Privateigenthümer ihrer Staaten anzusehen und walten zu lassen: um diese wenigen Grundsätze bewegte sich die ganze Staatsweisheit eines Mannes, der, wie Napoleon sagte, Ränkesucht für Staatskunst nahm.

Wie gelegen mußten ihm die schönen Phrasen der heiligen Allianz kommen, die wie ein zweites Evangelium zu den Völkern sprach! War hier von den Fürsten als von den „Bevollmächtigten der Vorsehung“ die Rede, so war ja ebendamit ihre Unfehlbarkeit ausgesprochen, und sie standen in allen politischen Dingen ihrem Volke mit dem nämlichen Heiligenschein gegenüber, wie der Papst in kirchlichen, was freilich nicht hinderte, daß die englischen Diplomaten über das „dreieinige Ungeheuer“ der Ostmächte ihre insulanischen Witze machten.

In diesem Hang, sich sein genußreiches Leben durch Neuerungen in der Politik nicht stören zu lassen, stimmte Metternich mit seinem Herrn, dem „guten“ Kaiser Franz sehr zusammen. Derselbe genoß in Oestreich, besonders in Wien eine große Popularität. Er galt dort für einen sehr gutmüthigen und wohlwollenden Monarchen, der jedem seiner Unterthanen gerne Audienz gab, sich in das Detail seiner Wünsche einließ und die östreichische Mundart auf breitester Grundlage handhabte. Anders freilich lautete die Sprache, wenn er seinen sorgfältig umhegten Staat von Neuerungen bedroht sah. „Es sind jetzt neue Ideen im Schwung, die ich nie billigen kann, nie billigen werde. Halten Sie sich an das Alte; denn dieses ist gut, und unsere Vorfahren haben sich dabei gut befunden, warum sollten wir es nicht? Ich brauche keine Gelehrten, sondern brave Bürger. Die Jugend zu solchen zu bilden, liegt Ihnen ob. Wer mir dient, muß lehren, was ich befehle. Wer das nicht kann oder mir mit neuen Ideen kommt, der kann gehen, oder ich werde ihn entfernen.“ Mit dieser Ansprache an die Professoren des Laibacher Lyceums kündigte er sich offen als einen absoluten Herrscher an, der gebeut, und es geschieht. Er war denn auch so durchdrungen von dem Gedanken seiner unbedingten Herrschergewalt, daß er niemand einen dauernden Einfluß gönnte und denen am wenigsten, welche hiezu am meisten berechtigt waren. Mißtrauisch gegen sich selbst, war er es noch weit mehr gegen andere,

gegen jede hervorragende kräftige Persönlichkeit, was die verdientesten seiner Feldherren, Schwarzenberg und Radetzky, die ausgezeichnetsten seiner Brüder, die Erzherzoge Karl und Johann, bitter empfinden mußten. Selbst der Klerus errang unter ihm nicht die Stellung einer selbständigen Macht, sollte bloß der Gehilfe, nicht der Nebenbuhler der kaiserlichen Macht sein. Metternich konnte sich nur dadurch so lange auf seinem Posten halten, daß er, schon vermöge seines Naturells, in das Lieblingsdepartement des Kaisers gar nie eingriff. Hatte dieser nur für das Kleinliche, für das Detail der Regierung Sinn, so zeigte jener eher Scheu davor, kümmerte sich nicht um die eigentliche Administration, und so störten sich beide in ihren Bahnen nicht.

Nicht durch seine militärische Kraft sollte Oestreich sich Geltung verschaffen, sondern durch die Kunst seiner Diplomatie und durch die Allgegenwart seiner Polizei und seiner Spione. War jene das Feld, auf welchem sich Metternich mit Vorliebe bewegte, so fand der Kaiser großen Gefallen am Polizeiwesen, das sich unter ihm zur unwürdigsten Spionirkunst ausbildete. Dies paßte freilich vortrefflich zu jenem patriarchalischen System, nach welchem die Regierung ihre orientalischen Anschauungen so wenig verleugnete, daß sie ihren Unterthanen sogar einzuschärfen wagte, sie möchten wohl bedenken, daß der Herrscher „alle Macht über ihren Besitz und ihr Leben" habe. Nicht geringere Sorge zeigte sie in der Absperrung Oestreichs gegen das Ausland. Man verschanzte sich gegen das Einströmen fremder Geistesprodukte und fremden Geistes wie gegen das Einschleppen der Rinderpest. Der Besuch auswärtiger Universitäten war verboten, der Eintritt auswärtiger Lehrer und Schüler, sogar zehnjähriger Knaben in östreichische Lehranstalten war untersagt, und selbst für jüngere Kinder mußte besondere Erlaubniß eingeholt werden. Die Ertheilung von Privatunterricht wurde sehr erschwert, nur unter drückenden Bedingungen von der Polizei widerruflich, je auf sechs Jahre, zugestanden. Mit strenger Censur, mit polizeilichen Verboten wurde gegen alle politische Literatur, gegen neuere Geschichtswerke vorgeschritten. Die Bewegung auf dem Gebiet der deutschen Philosophie und Theologie, die Fortschritte in Geschichte und Naturwissenschaften waren für Oestreich so gut als gar nicht da. Was man hier duldete und pflegte, war das Studium orientalischer Sprachen und Literatur, einige Poesie und mit Vorliebe Musik, um die aufgeregten Geister in eine

weiche Sinnenwelt hineinzuzaubern und den Kaiserstaat in einen langjährigen Schlaf à la Epimenides zu wiegen. Und wie sah es mit dem Volksschulwesen aus! Kaum 3/5 der schulpflichtigen Kinder besuchten die Schule, und die sie besuchten, waren samt den Lehrern an eine mechanische Dressur gebannt, wo das Was und Wie streng vorgeschrieben war. Man wollte ja keine Gelehrten heranziehen, nur blindlings folgende Unterthanen und Beamte. Wer war als Wächter und Aufseher hiefür geschickter als die Geistlichkeit, von deren Religionszeugniß jedes Vorrücken auf Gymnasien und Universitäten abhieng, welche sechsmal im Jahr von Lehrern und Schülern die Beichte abverlangte! Daß auf diese Weise die Stellung der Protestanten eine sehr gedrückte, kaum geduldete war, begreift sich. Mußten sie ja bei jedem Häuserkauf, bei jedem Meisterrecht um Dispensation nachsuchen, mußten sie ja bei dem Eintritt in die Militärakademie in Wiener-Neustadt ihren Glauben abschwören!

Nicht viel besser sah es auf materiellem Gebiet aus. Handel und Industrie lagen fast nirgends so sehr darnieder wie in Oestreich, für Entfesselung des Bodens, für ein besseres Verhältniß der Gutsbauern zu ihren Grundherren geschah nichts, und das reiche Oestreich, das bei günstigen landwirthschaftlichen Gesetzen und Betriebsverhältnissen sich eine ungeheure Einnahme aus seiner Getreideausfuhr hätte verschaffen können, erzeugte kaum seinen eigenen Bedarf. Die günstige Lage am adriatischen Meere, die Häfen von Venedig und Triest wurden schlecht genug benützt, von Entwicklung einer blühenden Handelsflotte abgesehen und eine tüchtige Kriegsflotte als ein so unnützes Möbel betrachtet, daß man sich genöthigt sah, seine Handelsschiffe unter den Schutz der türkischen Flotte gegen die Zudringlichkeiten der Barbareskenstaaten zu stellen. Mit zweifelhaftem Stolz konnten die Staatslenker auf ihr Deutsch-Oestreich als auf das Land hinweisen, wo man trotz Italien und Spanien, trotz Deutschland und Frankreich allein noch „das alte Europa" finden könne.

Auch im Verfassungsleben wollte man in Oestreich möglichst zurückbleiben. Um den Vorschriften der Bundesakte auch nur einigermaßen zu genügen, hatte man zwar im Jahre 1816 und in den folgenden Jahren in den deutsch-slavischen Provinzen ständische Vertretungen eingeführt oder wiederhergestellt. Da aber in denselben Adel und Geistlichkeit ein absolutes Uebergewicht hatten und ihre Befugnisse sich nur auf Steuerbewilligung und Rekrutenaushebung er-

streckten, so sanken diese Versammlungen, die oft am gleichen Tage eröffnet und geschlossen wurden, zur bloßen Formalität, zu kostspieligen „Possenspielen", wie Stein sagte, herab, welche füglich durch irgend eine Dekretmaschine hätten ersetzt werden können. Der Adel, welcher ohne Bildung und Patriotismus war und, nach dem Ausdruck eines seiner Standesgenossen, ein Polypenleben führte, konnte und wollte sich nicht zu einer politischen Stellung aufraffen, und das Volk, in Unwissenheit aufwachsend, mit der täglichen Noth ringend oder in ein Sybaritenleben versunken, hatte für öffentliche Angelegenheiten keinen Sinn. Doch ganz ohne ein memento mori sollte es auch in Oestreich nicht abgehen, und mit bitterem Unwillen empfand Kaiser Franz den ungarischen Pfahl in seinem Fleisch. Wenn er und sein Metternich auch alle deutschen Provinzen einschläfern, auch den widerspenstigen Bundestag bezähmen und das burschikose Süddeutschland in das behagliche Philisterthum zurückführen konnten, so mußten sie doch finden, daß die ungarische Heide wilde, muthige Rosse nähre. Vierzehn Jahre lang wurde der Reichstag, welcher verfassungsmäßig alle drei Jahre sich versammeln sollte, nicht einberufen und trotz aller Einsprache mit Kommissären und Soldaten gewirthschaftet, Rekruten eingefangen, Steuern eingezogen. Aber wenn die Ungarn auch nachgaben und sich der Gewalt fügten, so blieben sie doch bei ihrem Proteste. Auch erreichten zuletzt die Steuerrückstände eine bedenkliche Höhe. Zugleich hatte man gerade damals, es war im Jahr 1825, allen Grund, die Sache nicht aufs äußerste zu treiben. Denn in Folge des griechischen Freiheitskampfes hatte man einen russisch-türkischen Krieg und ebendeßwegen Verwicklungen an der unteren Donau zu befürchten. Man durfte daher, wollte man die Dinge in Ungarn nicht zu offenem Aufruhr treiben, die Unzufriedenheit dort sich nicht noch steigern lassen. So rieth selbst Metternich zum Nachgeben, und im September 1825 wurde der Reichstag in Preßburg eröffnet. Hier kam es bald zu bitteren Klagen über die habsburgische Politik, über ihren Hang zum Absolutismus, ihre Nichtbeachtung verfassungsmäßiger Rechte, und als der Kaiser von den „wahnwitzigen Bestrebungen der Neuerer" und von Bestrafung der Ungehorsamen sprach, mußte er, um die dadurch entstandene Aufregung zu dämpfen, seine „mißverstandenen Worte dahin deuten, daß er die Rechte des Reichstags vollständig anerkenne. Damit hatte es aber auch sein Bewenden und nach fast zweijähriger Dauer gieng derselbe auseinander, ohne

viel anderes geleistet zu haben, als daß seine Rechte schärfer gefaßt und vom Throne ausdrücklich bestätigt wurden. Vorderhand hatte auch hier die Politik des Hinhaltens, des Nichtsthuns einen Triumpf gefeiert.

Ein anderes Feld der Thätigkeit bot sich der Metternich'schen Staatskunst in Deutschland dar. Hier waren durch die letzten Ereignisse einige hundert selbständige Staaten mediatisirt und ein Bund von 39 souveränen Staaten gegründet worden. Große Hoffnungen knüpften sich an diese Umgestaltung. Die Noth der langen Unterdrückung hatte den Namen des Vaterlandes wieder werth gemacht, der Aufschwung und die Opfer der Freiheitskriege, der durch gemeinschaftliche Anstrengung aller deuschen Stämme errungene Sieg hatte das Nationalgefühl wachgerufen und die Zusammengehörigkeit dieser Stämme zum Bewußtsein gebracht. Was man nach den Aufrufen der Fürsten, nach den Erklärungen der Minister, nach dem Urtheil der größten Patrioten erwartete, war kurz: ein einheitliches Vaterland, stark nach außen und frei im Innern. Ueber das Detail dieses nationalen Baues machte man sich verschiedene Gedanken.

Zunächst gieng es an den Ausbau der Einzelstaaten. Vom Bodensee bis zur Ostee ertönte der Ruf nach Verfassungen. Selbst die Bundesakte hatte davon Notiz nehmen und in ihrem 13. Artikel aussprechen müssen: „in allen Bundesstaaten wird (ursprünglich hieß es übrigens: soll) eine landständische Verfassung stattfinden“. Damit war freilich über das Wann und Wie nichts gesagt und dem üblen Willen einzelner Regenten ein weites Feld gelassen. Den Anfang auf der Bahn des Fortschrittes machte Karl August, Großherzog von Sachsen-Weimar, welcher bisher als Mäcenas unserer größten Dichter seinen Namen berühmt gemacht hatte. In freier Uebereinkunft mit den Ständen des Landes gab er im Mai 1816 eine Verfassung, welche alle wesentlichen Bestimmungen des modernen Staatslebens: Vertretung aller Staatsbürger, Steuerbewilligungsrecht, Preßfreiheit enthielt. Aber er war unter allen norddeutschen Fürsten der einzige. Die Aristokratie war im Norden zu mächtig und begriff zu wenig ihre Zeit, als daß sie von ihren alten Vorrechten etwas nachgelassen und etwas anderes geduldet hätte als die landständischen Vertretungen, wo von einer eigentlichen Vertretung des Bürgers und Bauern keine Rede war, die einzelnen Stände zum Theil noch abgesondert „als Kämmerchen“ beriethen und der Adel die Ueber-

macht hatte. Zu einer Repräsentativ-Verfassung, in welcher nicht die einzelnen Stände als solche, sondern das ganze Volk vertreten sein sollte, kam es, außer in Weimar, in ganz Norddeutschland nicht. In Sachsen, Mecklenburg, Hannover, Braunschweig, Oldenburg herrschte nach wie vor das aristokratische System.

Das komische Element unter diesen mittelalterlichen Gestalten bildete der 70jährige Kurfürst Wilhelm I. von Hessen, welcher von 1806—1813 in der Verbannung gewesen war und die Umwandlung seines Landes zu einem Königreich Westfalen mitangesehen hatte. Bei seiner Rückkehr strich er diese Jahre geradezu als ungiltig aus und setzte alles wieder so gänzlich auf den Standpunkt des Jahres 1806, daß er sogar die im November jenes Jahres beurlaubten Regimenter wieder in ihre damaligen Garnisonen berief und dem Platzmajor von Hanau einen Verweis gab, weil er seither die Vierteljahrsberichte der Festung nicht eingeliefert habe. Die Soldaten erhielten wieder Zöpfe und Puder, die pensionirten Beamten wurden wieder angestellt, die neuen Gesetzbücher abgeschafft und die Käufer der von der westfälischen Regierung veräußerten Kammergüter zur Zurückgabe ohne Entschädigung gezwungen. Und doch bot er seinem Volke eine Verfassung an, die nicht zu den schlimmsten gehörte und eine Repräsentation des ganzen Volkes in sich schloß. Da er aber bei seinem berüchtigten Geize im Finanzwesen durchaus freie Hand haben, eine Trennung der Staatskasse und seiner Privatkasse durchaus nicht zugeben, kein Steuerverwilligungsrecht zugestehen wollte, so zerschlugen sich die Unterhandlungen, die Abgeordneten wurden nach Hause geschickt, und Hessen blieb ohne Verfassung.

Anders gestalteten sich die Verhältnisse in Süddeutschland, wo die Fürsten, um die alten und die neuen Landestheile zu verschmelzen und den Widerstand des mediatisirten Adels zu brechen, mit Einführung liberaler Verfassungen vorangiengen. Auch ließen sie sich dabei von dem Gedanken leiten, daß sie der Uebermacht der beiden Großstaaten und der Vergewaltigung durch dieselben durch freisinnige Institutionen leichter entgehen könnten. Herrschte daher bei jenen das reaktionäre System, so wandelten sie um so entschiedener auf dem Pfad des Liberalismus. So gab König Maximilian von Baiern im Mai 1818 eine Verfassung, welche Stein als bedeutsamen Fortschritt auf der konstitutionellen Bahn begrüßte, im

August dieses Jahres Großherzog Karl von Baden eine noch freisinnigere, um das ihm verhaßte Baiern, das ihm zur Abrundung seines Gebiets die Tauber- und Main-Bezirke nehmen wollte, zu überbieten. Im folgenden Jahre, im September 1819, endigten auch in Württemberg die Verfassungskämpfe. Dort hatte schon König Friedrich die Initiative ergriffen, war aber während der daraus entstandenen Streitigkeiten gestorben. Sein Sohn Wilhelm nahm gleich bei seinem Regierungsantritt die Verhandlungen wieder auf und vereinbarte nach dreijährigen Kämpfen mit den Ständen, auf deren Seite nicht immer die Klugheit und das moderne Bewußtsein war, eine Verfassung, über welche man sich um so rascher verständigte, je drohender das Gewitter von der Karlsbader Diplomaten-Versammlung aufstieg. In Folge dieser Vorgänge mußte auch die Regierung von Hessen-Darmstadt dem Drängen des Volkes nachgeben (December 1820), während in Nassau die schon 1814 gegebene Verfassung nach dem Tode des Fürsten durch den büreaukratischen Minister Marschall möglichst zurückgedrängt, der erste Landtag erst 1818 eröffnet und sogar Stein aus demselben zu scheiden genöthigt wurde.

Vor dem Uebelwollen und den Gewaltstreichen des Ostens und Nordens hatten sich die Freiheitsgedanken in die süddeutschen Kammern geflüchtet und sich dort eine Stätte bereitet. Es fragte sich, ob die Position behauptet, ob nicht neue Allianzen geschlossen, ob nicht gar Preußen in das liberale Fahrwasser hereingezogen werden könne. König Friedrich Wilhelm III. hatte in seiner Verordnung vom 22. Mai 1815 ausdrücklich eine allgemeine Repräsentation des Volkes verheißen und bereits den Termin bestimmt, an welchem ein Ausschuß von Provinzialabgeordneten und königlichen Beamten zur Entwerfung der Verfassung zusammentreten sollte. Der Termin verstrich, ohne daß der Ausschuß berufen wurde. Denn bereits war der König nicht mehr in den Händen derer, welche ihn in den drei letzten Jahren zum Sieg geführt hatten. Schwankend und unentschlossen hatte er sich vielfach in der Politik gezeigt, für die Regungen einer neuen Zeit hatte er durchaus kein Verständniß, sah in jeder, auch rein geistigen Bewegung des Volkes die künftige Revolution und vertiefte sich gern in theologische Studien und Manieren. Er besaß alle Tugenden eines schlichten, ehrbaren Hausvaters, war aber nicht reich genug ausgestattet zur

Beherrschung eines großen Reiches und fühlte keinen Beruf in sich, sich an die Spitze des neuen Deutschlands zu stellen, die Mittelstaaten in seine Sternenbahn zu zwingen und Oestreich keine andere Wahl zu lassen, als jetzt schon in Deutschland abzudanken oder mit seiner bisherigen Politik ganz zu brechen. Statt dessen gab er sich immer mehr der schroffsten Reaktionspartei, seinen gefügigsten Höflingen wie dem Fürsten Wittgenstein hin und fand in seinem Staatskanzler von Hardenberg nur einen Minister, aber keinen Charakter. Denn dem konstitutionellen Leben zugethan, ließ sich dieser gleichwohl auf dem Aachener Kongreß von Metternich, welcher kein schrecklicheres Gespenst als ein freisinniges Preußen kannte, zur östreichischen Politik und zur Berliner Adelspartei herüberziehen. Unter solchen Umständen konnte es nicht fehlen, daß der König bei seinem guten Willen und seiner Dankbarkeit gegen sein opferbereites Volk eine Verfassung zwar versprach, aber die Ausführung immer hinhielt und endlich ganz bei Seite legte. Hierüber äußert sich in seiner Vertheidigung des theologischen Landesvaters der Bischof Eylert auf's allernaivste: „der König habe gehandelt wie ein weiser Vater, der gerührt von der anhänglichen Liebe seiner Kinder an seinem Geburts- oder Genesungstage gefällig ist und in ihre Wüusche eingeht, dann aber mit Ruhe dieselben modificirt und seine natürliche Autorität aufrecht hält."

Zwischen die Verordnung vom 22. Mai und den 1. September als den Termin für den Ausschuß fiel die Denunciation des Geheimraths Schmalz, eines Schwagers des edlen Scharnhorst, welcher in einer schlecht geschriebenen Broschüre den deutschen Patrioten revolutionäre Umtriebe und die gewaltsamsten Plane zum Umsturz aller staatlichen Ordnung und zur Herstellung der deutschen Einheit vorwarf und den „Tugendbund" damit in Verbindung brachte, zu welchem in den Zeiten der Noth fast alle großen Männer Preußens gehört hatten. Einen Aufschwung, eine Begeisterung des Volkes, die in den Befreiungskriegen so Großes errungen, leugnete er geradezu und erkärte, nur der Befehl des Königs, nur der gewöhnliche Gehorsam seiner Unterthanen, welche zu den Waffen eilten, „wie man aus ganz gewöhnlicher Bürgerpflicht zum Löschen einer Feuersbrunst beim Feuerlärm eilt", habe alles dies bewirkt. Und dieser Mensch und Geheimrath, über dessen Auftreten allerdings die ganze Hof- und Adelspartei ein Triumphgeschrei erhob, bekam vom König den rothen

Adler=Orden, von dem nämlichen König, welchem Thränen aus den Augen rollten, als ihn im Frühling 1813 Scharnhorst an ein Fenster des Breslauer Schlosses führte, ihm die Scharen der einströmenden Freiwilligen zeigte und ihn fragte, ob er sich nun überzeuge, daß es Ernst sei mit der Begeisterung und Opferfreudigkeit seines Volkes. An die Verleihung dieses Ordens, welche als der Anfang der Reaktion in Preußen zu betrachten ist, hieng sich als bedeutendstes Ergebniß die Nichteinberufung des Verfassungs=Ausschusses, der Aufschub dieses Projekts. Es läßt sich denken, wie den Männern zu Muthe gewesen sein muß, welche Preußen aus seiner tiefen Erniedrigung zu einer ruhmvollen Höhe wieder emporgebracht hatten. Blücher in seiner ungenirten Weise warf mit „Hundsföttern" um sich, Gneisenau drang in den Staatskanzler, hinter dessen Rücken der Orden verliehen worden war, dagegen zu protestiren, so lange es noch Zeit sei.

Wenn ergraute Männer ihre Entrüstung nicht zurückhielten, was war dann von der Jugend zu erwarten! An Preußens Zusage und an die Eröffnung des Bundestags knüpften sich ihre heißesten Hoffnungen, und wie dort, so sahen sie sich auch hier getäuscht. Der östreichische Gesandte, Graf Buol=Schauenstein, eröffnete am 5. November 1816 die Bundesversammlung zu Frankfurt mit einer „schönen" Rede, mit einer Fülle von Verheißungen, denen allen auch keine einzige befriedigende That folgte, wohl aber bald solche, welche die stärksten Verwünschungen über eine Einrichtung herabriefen, die immer nur von der erhabenen Stellung und den Rechten der Fürsten, nie von denen der Völker sprach. Gleich das erste Jahr ihrer Thätigkeit zeigte, daß die Bundesversammlung, über ihre Befugnisse selbst noch im Unklaren, für die freisinnige Strömung des zweiten Jahrzehntes ein Damm sei, daß sie jedenfalls in keiner wichtigen Frage, weder auf geistigem noch materiellem Gebiet, weder im Politischen noch im Socialen mit der öffentlichen Meinung gehen werde. Auch erinnerte die Verschleppung der Entscheidungen in Fragen, für welche die Gesandten noch keine Instruktionen hatten, doch gar zu sehr an das Dolce far niente des alten Regensburger Reichstags. Die Kläglichkeit dieser Verhältnisse wurde in den Kreisen der studirenden Jugend, unter der neu gegründeten Burschenschaft besonders lebhaft gefühlt. Bei der Bundesfeier der deutschen Burschenschaft, zu welcher die von Jena die Burschenschaften der anderen Hochschulen einlud, erhielt

diese Stimmung einen Ausdruck, der an Enschiedenheit nichts zu wünschen übrig ließ. Die Versammlung fand am 18. Oktober 1817 auf der historisch berühmten Wartburg bei Eisenach statt und sollte zugleich die Erinnerung an die Schlacht bei Leipzig und das Reformationsjubiläum feiern. Gegen 500 Jünglinge aus allen Gauen Deutschlands fanden sich ein, auch Professoren aus Jena: Kieser, Fries und Oken, nahmen Theil. Das Ganze hatte einen ernsten, religiösen Charakter, zu Anfang und Ende hörte man geistlichen Gesang, die Reden sprachen von der Vereitlung der deutschen Hoffnungen, von der politischen Oase Weimars, vom treuen Ausharren in dem Kampfe. Gegen Abend wurde noch ein Nachspiel gefeiert. Einige Studenten blieben zurück und hielten, im Gedanken an Luther's That vom 10. December 1520, zum Zeichen des „grimmigen Hasses wider alle Bösen und Buben im Vaterland" über einige „Schandschriften", worin der Absolutismus vertheidigt und der Ruf nach Konstitutionen verdächtigt war, ein kritisches Autodafé. Außer den Insignien einer sklavischen, unnatürlichen Zeit, einem Zopf, einem Korporalstock und einer Schnürbrust, wurden nach einer einleitenden Rede die Schriften undeutscher Männer, wie die Broschüre von Schmalz, der Gensdarmerie-Codex von Kamptz, die deutsche Geschichte von Kotzebue und andere ins Feuer geworfen.

Schon Schmalz hatte gezeigt, daß sich mit Berliner Geheimräthen nicht gut spassen lasse. Auch der Geheimrath von Kamptz wollte seinen Mann stellen, verfaßte in der Erbitterung über die Schmach, die man seinem Codex angethan habe, eine besondere Beschwerdeschrift und schrieb an den Großherzog von Weimar einen unverschämten Brief voll von Vorwürfen, daß er in seinem Lande keine bessere Ordnung halte. Von allen Seiten wurde auf den freisinnigen Fürsten eingedrungen; nicht bloß Oestreich und Preußen, sogar Frankreich und Rußland schickten Noten, Gesandte und Spione nach Weimar und Jena, um den Fürsten zum Einschreiten gegen die Presse, gegen Professoren und Studenten zu veranlassen. Die Wirkungen einer solchen Quadrupelallianz konnten nicht ganz ausbleiben: die Regierung mußte sich zu einigen Repressivmaßregeln hergeben.

Neuen Zündstoff warf die Schrift eines moldauischen Bojaren, des jungen Alexander Stourdza, in die allgemeine Aufregung hinein. Derselbe hatte im Auftrag Kaisers Alexander ein Mémoire über die Zustände Deutschlands abgefaßt und dasselbe im Herbst 1818 den beim

Aachener Kongreß versammelten Fürsten und Diplomaten vorgelegt. Die nächste Veranlassung zu diesem Kongreß war zwar das Verhältniß der vier Großmächte zu Frankreich und die Besprechung des Vorschlags, jetzt schon, nach drei Jahren, nicht erst nach fünf Jahren, der Occupation des Landes ein Ende zu machen und die fremden Truppen aus den französischen Garnisonen zurückzuziehen. Aber eine so geschickte Gelegenheit, die Häupter der heiligen Allianz beisammen zu haben, konnte man nicht vorübergehen lassen, ohne die ganze europäische Politik, namentlich die Verhältnisse in Deutschland, zur Sprache zu bringen, und wir haben ja schon gesehen, wie Metternich die Anwesenheit Hardenbergs benützte, um ihn wegen seiner preußischen Verfassung gründlich in die Beichte zu nehmen. In solchen Kreisen war die Schrift Stourdza's, welche den Fürsten das Gorgohaupt einer deutschen Revolution entgegenhielt, wenn sie nicht die schärfsten Maßregeln gegen die Presse und die Universitäten ergriffen, eine willkommene Novität. Man war bereits entschlossen, den Schlag auszuführen, wollte aber hiezu keinen internationalen, sondern einen rein deutschen Kongreß bestellen, zu welchem auch noch andere deutsche Staaten einzuladen seien, und trennte sich auf Wiedersehen für's nächste Jahr in Karlsbad. Und schon rüsteten sich im folgenden Jahre die Diplomaten zu einer Reise nach der böhmischen Heilquelle, als eine Nachricht einlief, wie sie ihnen für ihre Zwecke nicht erwünschter hätte kommen können.

Die Schrift Stourdza's, das offene Einmischen Rußlands hatte die Aufregung in Deutschland noch gesteigert. Die Jugend in Jena knirschte vor Wuth. Zwei dortige Studenten, die Grafen Bochholz und Keller, forderten den Bojaren als den Feind der deutschen Jugend. Dieser fand nun das Klima in Weimar zu schwül für seine Gesundheit, vertauschte es mit dem zu Dresden und erklärte, daß er eigentlich nicht der Verfasser der Schrift sei, sondern sie auf Alexanders Befehl gedacht, geschrieben und ausgeführt habe. Auf ein so bescheidenes Geständniß erwiderten die Studenten, daß sie von einer „Denk-, Schreib- und Handlungsmaschine“ natürlich keine Genugthuung mehr fordern könnten. Dagegen trat nun ein anderer Gegner auf den Plan. Die russische Regierung hatte im Sommer 1817 den Staatsrath August von Kotzebue nach Weimar geschickt, um über den Geist und das Treiben der freisinnigen Partei sich regelmäßige Berichte zu verschaffen. Als Verfasser mehrerer frivolen Schriften ohnedies schon übel angeschrieben, zog sich dieser russische Spion, welcher eine

Zeitschrift, das „Literarische Wochenblatt“, herausgab, durch seine Angriffe auf die Männer und die Grundsätze der nationalen Partei, durch seinen Spott, womit er die politisirende Jugend übergoß, zuletzt durch seine offene Billigung der Stourdza'schen Schrift den allgemeinen Haß zu. Da gelang es dem Professor Luden in Jena, einen dieser Kotzebue'schen Berichte an die russische Regierung in seine Hände zu bekommen, und er säumte nicht, denselben in seiner Zeitschrift „Nemesis“ abdrucken zu lassen. Die Folge davon war eine Klage Kotzebue's und eine russische Note gegen die „Frechheit der Presse“ in Weimar, zugleich aber auch ein für Kotzebue selbst sehr unwillkommenes Hervortreten seiner Person. Denn auf ihn waren jetzt Aller Augen gerichtet, in ihm haßte man die ganze Reaktion, die Einmischung des Auslandes, den Verrath am Heiligsten. Man fragte sich, ob ein deutscher Regierungsspion so etwas in Frankreich oder Rußland auch nur einen Monat lang wagen dürfte, was dieser Deutsch-Russe schon länger als ein Jahr unter den Augen des großherzoglichen Hofes, in unmittelbarer Nähe der aufgeregten Jenenser Burschenschaft, der ganzen deutschen Nation ungestraft bieten durfte. Von neuem erinnerte man sich an die That des achtzehnjährigen Friedrich Staps aus Naumburg, wie er nach Oestreichs Niederwerfung am 12. Oktober 1809 zu Schönbrunn einen Mordversuch auf Napoleon machte, in welchem er den Attila Deutschlands erblickte. Und meinten es denn die reaktionären Regierungen, diese „Bevollmächtigten der Vorsehung“, meinten es denn Menschen, wie Kotzebue, Kamptz, Schmalz und Konsorten auch nur um ein Jota besser mit dem Volke? Gegen die Zeitschrift „Nemesis“ hatte Kotzebue seinen Prozeß gewonnen; es fragte sich nun, ob er gegen die andere Nemesis ihn auch gewinne.

Ein besonderer Zweig der Burschenschaft war der Bund der „Unbedingten“, welche alles, was sie einmal für wahr und recht erkannt hatten, unbedingt durchzusetzen suchten. Zu ihnen gehörte Karl Sand aus Wunsiedel, ein wackerer, sittlich unbescholtener Jüngling, ein eifriges, jedoch nicht hervorragendes Mitglied der Burschenschaft, zu religiösen Schwärmereien geneigt, ein brütender Kopf. Die beiden Brüder Follenius, von welchen einer als Privatdocent in Jena wirkte und die Seele des Bundes war, übten entschiedenen Einfluß auf ihn. Es wurde in ihm zur fixen Idee, daß etwas Großes geschehen müsse, wenn das Vaterland nicht in Stücke gehen solle; und daß dies durch

ihn vollbracht werden, daß er für das Vaterland sich zum Opfer bringen müsse, wurde ihm täglich klarer. Als die hassenswürdigste Person, als derjenige, welcher der aufstrebenden Freiheit Deutschlands am meisten schadete, erschien ihm Kotzebue. Dieser, der Spion, der Verräther, der frivole Spötter, die Personifikation aller Servilität und volksfeindlichen Richtung, schien ihm zunächst reif für die Rachegöttinnen, der Volksfeme verfallen zu sein. Sein Entschluß war gefaßt. Hatte er sich früher stark genug gefühlt, gleichfalls bei Gelegenheit seine Hand an Napoleon zu legen, so wollte er indessen nicht schwächer geworden sein.

Ohne irgend jemand etwas von seinem Plane mitzutheilen, reiste er im März 1819 von Jena nach Mannheim, wo Kotzebue seit Ende des vorigen Jahres lebte, nachdem sein Aufenthalt in Weimar nachgerade unmöglich geworden war. Am 23. März Vormittags 10 Uhr kam Sand in Mannheim an, ließ sich schon um 11 Uhr in Kotzebue's Wohnung anmelden und wurde auf den Abend zwischen 4 und 5 Uhr bestellt. Er fand sich pünktlich wieder ein und wurde in ein Zimmer geführt, in das Kotzebue bald darauf eintrat. Kaum waren die ersten Begrüßungsworte gewechselt, so stieß ihm Sand unter dem Rufe: „Hier, du Verräther des Vaterlands!" einen Dolch in's Herz und brachte ihm gleich darauf noch zwei Stiche bei. Darauf gab er sich selbst einen Stich in die Brust, rannte die Treppe hinunter, rief den die Straße Wandelnden zu: „Hoch lebe mein deutsches Vaterland!" kniete nieder und stieß sich mit den Worten: „Ich danke dir, Gott für diesen Sieg!" zum zweitenmal das Messer in die Brust. Von der herbeigerufenen Wache festgenommen, wurde er in ein Krankenhaus und bald darauf in das Gefängniß gebracht, wo er von seinen Wunden genas und einem strengen Verhör unterworfen wurde. Aber so sehr man auch auf die Entdeckung einer weitverzweigten Verschwörung, von wenigstens 300 Jünglingen wie bei Mucius Scävola, hinarbeitete, so kam man doch keinem einzigen Mitwisser oder Mitschuldigen auf die Spur. Man mußte sich mit dem Blute dieses einen theologischen Studenten begnügen. Am 20. Mai 1820 wurde Sand, der bis zum letzten Augenblicke für seine That begeistert war, in Mannheim mit dem Schwert hingerichtet, von vielen bewundert, von noch mehreren bemitleidet, nur von wenigen gehaßt. Er hatte eine That begangen, von welcher der damals noch freisinnige Görres sagte, sie werde von ganz Deutschland mißbilligt, ihre Motive

gebilligt. Nach zwei Seiten hin war sie ein politischer Fehler: die Reaktion, welche er zu bekämpfen und zu vernichten wähnte, wurde durch die Ermordung eines einzigen Mannes, wer dies auch war, nicht gehemmt, vielmehr gestärkt und zu ihren heftigsten Angriffen ermuthigt, und selbst wenn sie durch den Stoß auf eine einzelne Persönlichkeit hätte überwältigt werden können, so hieß diese jedenfalls nicht Kotzebue, sondern wäre ganz anderswo zu suchen gewesen. Das gerade Gegentheil von dem, was Sand beabsichtigt hatte, geschah. Und als bald nach seinem Attentat, am 1. Juli 1819, ein junger Apotheker, Karl Löhning, in Schwalbach einen erfolglosen Mordanfall auf den Staatsrath v. Ibell, ein Hauptwerkzeug der nassauischen Reaktion, machte und darauf sich selbst ermordete, so war dies nur noch Oel ins Feuer gegossen.

Eben war Wilhelm v. Humboldt mit einem Verfassungsentwurf für Preußen beschäftigt und verhandelte schriftlich und mündlich darüber mit Stein. Da kam die Nachricht von Kotzebue's Ermordung nach Berlin. „Nun ist die Verfassung unmöglich," war Hardenberg's erstes Wort. Der König ließ dem Ermordeten eine Todtenfeier veranstalten. Nun blühte der Weizen der Berliner Geheimräthe! Mit Hinweisung auf die zwei Attentate und auf das Schreckbild der Revolution ließ Metternich nicht nach, bis er dem König von Preußen alle Gedanken an eine Konstitution vollends ausgetrieben, ihn zu einem gemeinschaftlichen Feldzug gegen alle konstitutionellen Regierungen bewogen und zu einer wahren Razzia gegen alle hervorragenden Männer der nationalen Partei aufgehetzt hatte. Dabei errang Metternich für Oestreich noch einen besonderen Vortheil. Denn indem er bei der Verfolgung der „Demagogen" Preußen die erste Rolle zutheilte, während in dem erstarrten Oestreich niemand zu belästigen war, mußte das von der öffentlichen Meinung so sehr bevorzugte Preußen seinen Kredit gründlich verlieren.

Nun kamen Schläge auf Schläge. Im Juli 1819 wurden die Turnplätze geschlossen, Jahn von seinem sterbenden Kinde weg nach Spandau, später nach Küstrin abgeführt, die drei Bonner Professoren: Arndt und die beiden Brüder Welker, verhaftet, ihre Papiere mit Beschlag belegt und noch viele andere Verhaftungen gegen Lehrer und Studenten vorgenommen. In Berlin wurde eine Untersuchungskommission niedergesetzt, wozu der reaktionäre Minister des königlichen Hauses, Fürst Wittgenstein, und der Geheimrath Kamptz gehörten.

Darauf folgten die Karlsbader Beschlüsse. Am 6. August 1819 wurde der Ministerkongreß in Karlsbad eröffnet, wobei außer Oestreich und Preußen noch acht Mittelstaaten eingeladen und vertreten waren. Metternich führte den Vorsitz und der östreichische Hofrath v. Gentz das Protokoll. Dieser war ein talentvoller, im Reden und Schreiben sehr gewandter Mann, früher den liberalen Ideen zugethan, später aber, um seiner Genußsucht mehr fröhnen zu können, im Dienste Metternichs, der ihn als Publicist und Protokollführer bei den meisten Kongressen gebrauchte. Was Gentz von seinem und seines Herrn System dachte, wie er ihr eigenes bankrottirendes Treiben wohl erkannte, beweist der Ausspruch, den er kurz vor seinem 1832 erfolgten Tode that: „Mich und Metternich hält es noch aus." Von solchen Leitern konnte man nichts anders erwarten, als was denn wirklich eintrat. Die Beschlüsse betrafen hauptsächlich fünf Punkte: die Freiheit der Presse wurde durch die Censur beschränkt, zur Untersuchung der demagogischen Umtriebe eine Centralkommission in Mainz aufgestellt, die allgemeine Burschenschaft und ihre Turnanstalten verboten, die Universitäten unter die Aufsicht Regierungsbevollmächtigter (Curatoren) gestellt und endlich ausgesprochen, daß den Beschlüssen des Bundestags alle deutschen Regierungen sich zu unterwerfen hätten.

Diese Karlsbader Beschlüsse hatten übrigens nur dann Geltung, wenn sie von der Bundesversammlung in Frankfurt bestätigt wurden. Der sonst so unthätige Bundestag war sehr bereit, in seiner Sitzung vom 20. September 1819 sie zu den seinigen zu machen und vorläufig auf fünf Jahre zu sanktioniren, ein Termin, der später immer wieder erneuert wurde. Und damit noch nicht genug! Um auch vollends das letzte Bollwerk der Freiheit, die süddeutschen Repräsentativ-Verfassungen zu vernichten, sie in altmodische, unschädliche ständische Vertretungen zu verwandeln, die Oeffentlichkeit ihrer Versammlungen aufzuheben, wurden am 25. November neue Ministerkonferenzen in Wien eröffnet und ihre Beschlüsse vom 16. Mai 1820 unter dem Namen der „Wiener Schlußakte" von der Bundesversammlung am 8. Juni bestätigt und unter die Grundgesetze des deutschen Bundes aufgenommen. Zwar konnten die dem süddeutschen Verfassungswesen zugedachten Maßregeln bei dem Widerstand Baierns und Württembergs nicht durchgeführt werden; aber das ganze Verhältniß der Einzelregierungen zum Bund hatte sich doch vollständig verändert. War

das Bestreben jener auf dem Wiener Kongreß bei Abfassung der Bundesakte darauf gerichtet gewesen, der Bundesbehörde möglichst wenig, den einzelnen Regierungen möglichst viel Gewalt beizulegen und sie jedenfalls in ihren inneren Angelegenheiten frei und souverän schalten und walten zu lassen, so war durch all die Allianzen, Kongresse und Konferenzen die ganze Sachlage umgekehrt: die Bundesversammlung war in allen äußeren und inneren Fragen mit der obersten Gewalt ausgerüstet, die einzelnen Regierungen dagegen gezwungen, der Stimme von Frankfurt unbedingt Folge zu leisten. Und da dort Oestreich und Preußen den Ton angaben, so sah es schon damals mit der Souveränetät der kleineren Fürsten sehr bedenklich aus, und ein vorsichtiger Hausvater mußte sich mit dem Gedanken an eine Mediatisirung bereits vertraut machen.

Aber auch Preußen stand dem übermüthig und übermächtig auftretenden Oestreich nicht ebenbürtig zur Seite. Tief empört fühlte sich so manches muthige Herz, als es den Staat Friedrichs des Großen zu einem Vasallen Oestreichs, zu einem Filial Metternichs herabgesunken sah. Noch befanden sich im Ministerium wackere und einsichtsvolle Männer, welche die Karlsbader Beschlüsse über den Haufen werfen, den Minister des Auswärtigen deßwegen in Anklagestand versetzen und mit einer freisinnigen Fahne gegen das reaktionäre Oestreich Front machen wollten; aber der König ließ sie im Stich, und so mußten Wilhelm v. Humboldt, der Krigsminister v. Boyen und der Großkanzler v. Beyme ausscheiden und den Wittgenstein und Kamptz das Feld ganz allein überlassen. Darauf folgten die schärfsten Censurmaßregeln in Preußen, der grenzenlose Hohn, die Karlsbader Beschlüsse gerade am 18. Oktober zu verkündigen, und Maßregelungen der Professoren. De Wette, Professor der Theologie in Berlin, welcher Sands Mutter einen Trostbrief geschrieben und darin die That ihres Sohnes nach ihren subjektiven Motiven ein schönes Zeichen der Zeit genannt hatte, wurde seiner Stelle entsetzt und mußte sich nach Basel wenden; auch Görres, welcher im Jahr 1819 der Verhaftung durch Flucht sich entzogen hatte, wurde entlassen; Arndt blieb suspendirt und erhielt seine Papiere und Briefe erst nach zwanzig Jahren von der Regierung Friedrich Wilhelm's IV. Jahn wurde nach jahrelanger Untersuchungshaft freigesprochen, aber unter polizeiliche Aufsicht gestellt. Zugleich eröffnete man einen Feldzug gegen schwarzrothgoldene Pfeifenköpfe, Quasten und Bänder, beschäftigte

2*

sich im Ministerium Wochen lang mit der Form der Studenten-Mützen und -Röcke, machte die Geistlichen vermöge ihres Diensteids zu Polizeidienern und verbot sogar in einer Kabinetsordre vom Jahr 1821 die vieldeutigen, revolutionär klingenden Namen „Protestant" und „Protestantismus". In keiner öffentlichen Schrift durften die Censoren dieselben mehr passiren lassen, sondern mußten „evangelisch" dafür setzen. Die Verfassungsfrage wurde nun durch einen raschen Zug entschieden. Statt einer Repräsentation des ganzen Landes wurden durch das königliche Patent vom 5. Juni 1823 Provinzialstände eingeführt, welche nur eine berathende Stimme hatten, nur das berathen durften, was ihnen die Minister vorlegten, nur die Verhältnisse ihrer Provinz, nicht die des ganzen Reiches zu besprechen hatten und so zusammengesetzt waren, daß das aristokratische Element bei weitem überwog. Damit hieß es, sei der Artikel 13 der Bundesakte vollständig erfüllt. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß Deutschland kein Herd für Revolutionen sei, so konnte man sicherlich den dafür anführen, daß man dem deutschen Volke, wie in Preußen so in andern Ländern, gleichsam zur Strafe für die That zweier überspannten Menschen, einen so unerhörten Wortbruch bieten konnte, und daß das Volk sich dies gefallen ließ.

Hatte sich Preußen dem System Metternichs willenlos in die Arme geworfen, so sollte dieser in Süddeutschland und seinen Repräsentativ-Verfassungen mehr Sprödigkeit finden. König Wilhelm von Württemberg war hier die Seele der Opposition. In der Fülle seiner männlichen Kraft stehend, für das Wohl seines Volkes von ganzem Herzen besorgt, den Einflüssen der modernen Zeitrichtung zugänglich, wollte er sich in der Verwaltung seines Landes nichts dreinreden lassen. Sich zum Präfekten der Bundeskanzlei in Frankfurt herzugeben, dazu hatte er eine viel zu soldatische Natur. Sein Bestreben war daher, die Kleinstaaten zu einer politischen und militärischen Verbindung zu vermögen, um sich dem Uebergewicht der Großstaaten zu entziehen und ihnen das Gleichgewicht zu halten. Allein bei der Stellung Norddeutschlands und den beständigen Eifersüchteleien der Regierungen war dies fast eine Unmöglichkeit. Dennoch wagte er längere Zeit den ungleichen Kampf, worin er besonders von seinem Bundestagsgesandten, dem kritisch-scharfen Frhrn. v. Wangenheim unterstützt wurde. Beide waren entschiedene Gegner des ganzen Wiener und Karlsbader Kongreßsystems; König Wilhelm wandte

sich, um das Verderben abzuwenden, persönlich an seinen Schwager, Kaiser Alexander, wandte sich nach England, das auf den europäischen Kongressen die Sache der Freiheit vertheidigte, galt aber eben darum in den Augen Preußens und Oestreichs für einen gekrönten Jakobiner, sein Land neben Spanien für einen Hauptherd der Revolution. Als er vollends in Folge der auf dem Kongreß zu Verona gefaßten Beschlüsse den Kongreßmächten vorwarf, daß sie den nämlichen Einfluß ausüben wollten, „den sich Napoleon in Europa angemaßt habe", und als in der Bundesversammlung Wangenheim der Ritterschaft und den Prälaten von Holstein, welche sich über den König von Dänemark wegen Verfassungsverletzung zu beklagen hatten, mit seiner ganzen dialektischen Schärfe beistand und sogar darauf antrug, daß dem König eine bestimmte, aber kurze Frist zur Einführung der versprochenen Verfassung gesetzt werden solle, während Oestreich die Kläger abgewiesen und auf den guten Willen des dänischen Königs vertröstet sehen wollte, da war die Geduld Metternichs erschöpft. Er erklärte Wangenheim für einen Feind der östreichischen Bundespolitik, ja der heiligen Allianz und verlangte seine Abberufung. Als nicht sogleich darauf eingegangen wurde, verließ der östreichische Gesandte den Stuttgarter Hof, und der preußische und russische folgten ihm. Der Unterstützung seiner süddeutschen Nachbarn beraubt, blieb Württemberg als einem kleinen Staate nichts übrig als nachzugeben. König Wilhelm schrieb Bußbriefe an seinen Schwager, an Franz und Friedrich Wilhelm, rief Wangenheim von Frankfurt zurück und schickte im folgenden Sommer (1824) seinen Minister Maucler auf den Johannisberg, wo Metternich einen Hof von Fürsten und Diplomaten hielt und in dem Gedanken schwelgte, durch Entfernung aller liberalen Gesandten den Bundestag gesäubert und ihn zu seiner ursprünglichen Bestimmung zurückgeführt zu haben, wonach er ein „permanenter Ministerialkongreß", ein „völkerrechtlicher Verein der souveränen Fürsten", ein bloßer Fürstenrath sein sollte, „bei dessen rein diplomatischen Verhandlungen die Fürsten allein ihre Unterthanen zu vertreten hätten, da diese ja mit dem Bunde so wenig in einem Staatsverband stehen sollten wie mit irgend einem auswärtigen Lande." So war der Bundestag eine heilige Allianz im Kleinen, ein reines Werkzeug des Fürsten Metternich, welcher als Grundsatz seiner Regierung offen aufstellte, „daß auf keinem Punkt Europas der Statusquo verrückt werden dürfe, und daß die von Gott her-

kommende und durch die Religion und das historische Recht beschützte Majestät um jeden Preis gegen die Angriffe der Neuerer zu vertheidigen sei.“ Damit war das Prinzip der Intervention in der absolutesten und gehässigsten Weise ausgesprochen, und Metternich'sche Schützlinge, wie Karl von Braunschweig und der Wütherich Miguel von Portugal, sind allerdings saubere Exemplare einer „von Gott herkommenden Majestät“.

So hatte Metternich in Deutschland leichtes Spiel. Sein Antrag auf Fortdauer der Karlsbader Beschlüsse wurde von der Bundesversammlung genehmigt (1824), und die Mainzer Untersuchungskommission war so glücklich, die Existenz eines revolutionären Jünglings- und Männerbundes zu entdecken, welcher eine deutsche Republik gründen oder das deutsche Kaiserthum unter Wilhelm von Württemberg wieder aufrichten wolle. Die verhaßte Kommission betrieb ihr Handwerk schwunghafter als je und wurde dabei wieder von Preußen auf eine Art unterstützt, wie es Oestreich nicht angenehmer sein konnte. Ueberspannte Jünglinge wurden zu 13- bis 15jähriger Festungshaft verurtheilt! Waren solche Verbindungen die sehr natürlichen Folgen der Karlsbader Beschlüsse, so war die Verfolgung und Bestrafung derselben wieder eine neue Drachensaat. Auch in Süddeutschland gab es Störungen, welche den Stempel des neuen Regiments deutlich trugen. In Baden schien der neue Großherzog Ludwig geradezu an der Untergrabung der Verfassung zu arbeiten, wollte sich in dem Militäretät nichts dreinreden lassen und erlaubte sich trotz der Kammern viele Verfassungswidrigkeiten. In Baiern hatte die Regierung unter Maximilian es so weit gebracht, daß das Volk alles über sich ergehen ließ. Eine neue Aera schien nach dessen Tode anzubrechen, als sein Sohn Ludwig den Thron bestieg. Dieser war, wie sein Nachbar in Württemberg, zu den Zeiten des Rheinbunds das gerade Gegentheils seines Vaters gewesen, zeigte überall echt „teutschen“ Sinn, verkehrte in altdeutscher Tracht mit den Künstlern in Italien als einer der ihrigen, trank auf Deutschlands Einheit, sang den aufständischen Griechen (1821) ein fröhliches Glückauf zu, „den Großen der Erde und dem Wüthen der ganzen Hölle zum Trotz“. Als kunstsinniger Fürst strebte er darnach, München zu einer Metropole der Kunst und Wissenschaft zu machen, verlegte 1826 die Universität von Landshut in die Hauptstadt und berief dahin berühmte Männer wie Schelling, Schubert, Oken, Görres. Aber freilich diese Lust zu

Reformen und neuen Instituten erlahmte bald, und neben dem Glanz der Hochschule und Kunstakademien sah man die Volksschulen ungeheuer sinken, und für Herstellung von Straßen und für andere Verkehrsmittel hatte man wenig Geld. Ludwig war zu sehr Romantiker, um an dem eigentlichen Regieren Freude zu finden, und seine Minister, die mit dem Klerus in einem bedenklichen Bunde standen, nahmen ihm die Last gerne ab, um nach altem System den Staatswagen zu leiten.

Wie in der Politik, so machten sich auch in der Literatur die beiden Gegensätze fühlbar. Auf der einen Seite stand die Romantik mit ihren mittelalterlichen Formen und nebelhaften Gebilden, zuerst im Bund mit den Freiheitskämpfern, aber nach Besiegung des äußeren Feindes immer mehr der politischen Reaktion sich nähernd, wie der früher geächtete Görres offen zu ihr übergieng und für Ultramontanismus und Mysticismus unverdauliche Schriften schrieb, während Arndt und Jahn, mit welchen er eine Zeit lang ein Triumvirat gebildet hatte, sich vom öffentlichen Schauplatz zurückzogen. Die extremsten Männer dieser Richtung, zu welchen auch Gentz und Friedrich Schlegel gehörten, vertheidigten die Aristokratie und das Gottesgnadenthum bis zu ihren letzten Konsequenzen, nahmen in Sachen der Religion das Herrische und Salbungsvolle des Ultramontanismus und Pietismus an und halfen dem König von Preußen die Union des Lutherthums und Kalvinismus und die damit zusammenhängende, von ihm selbst in Verbindung mit Bischof Eylert ausgearbeitete Agende (Liturgie) durchführen. Vergeblich war gegen dieses Geistesprodukt die Opposition des zwischen Orthodoxie und Rationalismus sich hindurchwindenden Dogmatikers Schleiermacher. Ihnen gegenüber stand der Liberalismus, welcher in der Religion als Rationalismus, in der Poesie als das junge Deutschland auftrat und gegen abgelebte Zustände und Anschauungen kämpfte. Das Aufgeben des gedankenlosen Franzosenhasses, wie er sich seit der Revolution nnd Napoleon gebildet hatte, war dieser Richtung eigen. Man wollte nicht mehr blind sein gegen das Gute, das durch sie geschaffen wurde, gegen die Idee der politischen Gleichheit und andere Errungenschaften. Als Geschichtschreiber wirkte im Dienst des Liberalismus Karl Rottek, Professor der Geschichte und Staatswissenschaften in Freiburg, eines der hervorragendsten Mitglieder der badischen Kammer. Durch seine in vielen tausend Exemplaren verbreitete Weltgeschichte, welche auf

jeder Seite den Stempel des freien Mannes trägt, hat er trotz oder vielleicht wegen seiner Einseitigkeit zur Erweckung des politischen Bewußtseins mehr als jeder andere, ihm auch noch so überlegene Historiker (wie Schlosser) beigetragen.

Noch ist zu erwähnen, daß gerade im Brennpunkt der deutschen Romantik, in Berlin, die Hegel'sche Philosophie sich breit niedersetzte. Durch ihren Grundsatz, daß die Vernunft die einzige Quelle der Erkenntniß sei, und daß keine Wissenschaft sich ihrer Kritik entziehen könne, stellte sie sich in offene Opposition gegen den Pietismus, welcher, jeder freien Forschung abhold, die neue Zeit in unerträgliche Fesseln zu schmieden versuchte. So sehr auch Hegel mit den herrschenden Gewalten sich im Frieden zu erhalten suchte, so war doch sein System von der Art, daß es nothwendig einer freieren politischen Entwicklung Bahn brechen mußte, wie sich dies besonders in den vierziger Jahren zeigte, als seine Jünger die schwerfällige Darstellung des Meisters überwanden, dadurch größeren Einfluß auf die Gesellschaft erhielten und aus den Prämissen ihrer Fundamentalsätze auch in der Politik ihre letzten Konsequenzen zogen.

Metternich hatte eine Zeit lang seine Freude an Heine und las dessen witzige und schlüpfrige Gedichte über die Maßen gern, hoffte auch, daß die Deutschen sich so in Dichtung und Wissenschaft vertieften, daß ihnen ihre politischen Spaziergänge und Verirrungen auf lange Zeit verleidet seien. Er sollte sich irren. War es ihm auch gelungen, den Liberalismus in der praktischen Politik, in den Kabinetten und Kongressen aus dem Feld zu schlagen, so war jener doch, im Stillen arbeitend, in stetem Fortschreiten und zählte die bedeutendsten Geister zu den Seinigen.

§. 2.

Italien. Revolution in Neapel und Piemont. Kongreß von Troppau und Laibach.

Wie Deutschland, so betrachtete Metternich auch Italien als sein besonderes Departement. Waren doch in beiden Ländern im wesentlichen ziemlich gleiche Verhältnisse! Hier wie dort ein Konglomerat

von mehreren selbständigen, von einander unabhängigen Staaten, deren Fürsten sehr eifersüchtig auf einander waren, mit ihrer Restaurationspolitik ihren Völkern sich entfremdeten und zum Kollegen den Kaiser von Oestreich hatten. Denn dieser hatte sich durch den Wiedergewinn von Mailand und durch die Besitznahme von Venedig ein hübsches Stück von der napoleonischen Erbschaft angeeignet und war entschlossen, an die Stelle des französischen Einflusses den seinigen zu setzen und von Oberitalien aus die ganze Halbinsel zu beherrschen. Um diesen Zweck zu erreichen, mußte Oestreich die Grundsätze der heiligen Allianz auch auf Italien ausdehnen und wie in Deutschland so auch hier einen Krieg gegen alle Freiheitsbestrebungen, gegen Presse und Verfassungen führen, etwaige Einheitsgelüste mit aller Macht niederdrücken und nur diejenige Form der Einheit übrig lassen, bei welcher sich sämtliche italienischen Staaten als die Vasallen Oestreichs zu betrachten hatten. Aber es war freilich noch die Frage, ob die deutsche Langmuth auch hier über die Alpen hinüber ihre Ansteckungskraft äußere, ob die Anwohner des Vesuvs mit der nämlichen Resignation in ihre alten Feudalverhältnisse sich fügten wie die Bevölkerung am Königstein und am Brocken. Manches sprach dagegen, nicht bloß das leicht entzündbare Temperament des Südländers. Der Uebergang von der französischen Herrschaft zu der der alten Dynastien war hier ein weit schrofferer als in Deutschland, wo ja in den meisten Staaten die Regierungen sich auch unter Napoleon erhalten hatten, während in Italien keine einzige auf ihrem Throne geblieben und inzwischen überall jene Einrichtungen der französischen Revolution, Gleichheit aller Stände vor dem Gesetz, Freiheit des Kultus, des Eigenthums, der Gewerbe, und im Gerichtswesen der Code Napoleon eingeführt worden war. Eine Masse von Mißbräuchen, die ganze Kleinlichkeit einer Verwaltung von Miniaturstaaten, der unnatürliche Druck einer allgewaltigen Hierarchie war abgeschafft worden, und die zurückkehrenden Regentenfamilien konnten nichts besseres thun, als das Gute der französischen Einrichtungen, wobei die Mehrzahl des Volkes sich wohl befand, beibehalten und auf dieser Grundlage einen volksthümlichen Bau gründen. Statt dessen machten es die meisten derselben wie der Kurfürst von Hessen, strichen ein paar Jahrzehnte aus ihrer Erinnerung aus, knüpften unmittelbar an die alten Zustände an und ließen höchstens solche Einrichtungen bestehen, durch welche ihre Herrschergewalt mehr Kraft

und Glanz erhielt. So mußte die Unzufriedenheit bald einen hohen Grad erreichen.

An einer Organisation der verschiedenen Oppositionselemente fehlte es nicht. Denn die Verbindung der Carbonari (Köhler) war längst über die ganze Halbinsel verbreitet und verfolgte bestimmte politische Ziele. Im 18. Jahrhundert aus dem Freimaurerorden hervorgegangen, hatten sie von diesem die verschiedenen Grade, die Ceremonien und all das Geheimnißvolle, das besonders auf die Jugend so viel Anziehungskraft ausübt, entlehnt, anfangs im Sinn der Aufklärung dem klerikalen Druck entgegengestrebt, bald aber, besonders in Folge der französischen Revolution, der Politik sich bemächtigt und für die Freiheit zu wirken gesucht. Der französischen Herrschaft als einer Fremdherrschaft waren sie abgeneigt und täuschten die Erwartung Mürats, als er im Jahr 1815 alle Völker der Halbinsel zum Kampfe für Italiens Unabhängigkeit und Einheit aufrief. Sie thaten nichts für ihn, in der Hoffnung, mit den Bourbonen eher zu ihrem Ziele zu gelangen. Dies war kein anderes als das von Mürat verkündigte, und nur über die Verfassungsform, ob konstitutionelle Monarchie oder Republik, gab es sehr verschiedene Ansichten unter ihnen. Im Jahr 1819 zählte man in ganz Italien gegen 60,000 Mitglieder; ihren Hauptsitz hatten sie in Neapel. Sie suchten sich immer mehr zu verstärken und warteten, ob nicht von Frankreich ein Zeichen zum Losschlagen komme.

Ein günstiges Feld hatten die Carbonari im Kirchenstaat, wo mit der Rückkehr des gefangenen Papstes Pius VII. (1814) alles wieder auf den alten Fuß gesetzt und maßlose Ansprüche gemacht wurden. Nicht genug, daß Pius sämmtliche Theile des früheren Kirchenstaates zurückverlangte, er glaubte auch, ohne der Komik zu verfallen, die Forderung aufstellen zu dürfen, daß das alte heilige römische Reich mit all seinem Schnörkelwerk, daß die geistlichen Staaten in Deutschland wieder hergestellt, das eingezogene Kirchengut herausgegeben werden müsse. Man glaubte sich in die Zeiten des Augsburger Interims und des Restitutionsediktes versetzt, als man im 19. Jahrhundert von einem Staate, der ohne Krücken nicht gehen konnte, solche Prätensionen zu hören bekam. Hand in Hand gieng damit die Herstellung eines ganzen Ketzerapparates: die Inquisition wurde wieder eingeführt, die Congregation des Index der zu verbietenden Bücher versammelte sich wieder und verbot vorerst

alle politische Schriften, die wunderthätigen und augenverdrehenden Madonnen gaben wieder Audienzen, und auf einmal wurden 2436 Klöster, deren Unterhalt dem Staate zur Last fiel, wieder ans Tageslicht gerufen. Durch ein Dekret vom 7. August 1815 wurde der Jesuitenorden wieder hergestellt und drang, trotz allen Widerstandes der Bevölkerung, in Spanien, in der Schweiz und in Deutschland aufs neue ein. Diese Eiferer giengen schon so weit, daß der Inquisitor von Ravenna 1816 einen bekehrten, aber wieder abgefallenen Juden geradezu zum Tode verurtheilte. Kardinal Pacca hob die französischen Einrichtungen so radikal und so sinnlos auf, daß selbst die Pockenimpfung und die Straßenbeleuchtung keine Gnade vor ihm fanden. Alle höheren Würden in der Verwaltung wie im Gerichtswesen kamen wieder in die Hände der Prälaten, und diese regierten so, daß das Bettel- und Räuberwesen furchtbar überhand nahm, ganze Gemeinden das Räuberhandwerk trieben und einmal die Namen von 57 Raubmördern zugleich angeschlagen waren. Ackerbau, Handel und Industrie lagen darnieder. Was auch in allen diesen Dingen der freisinnigere Kardinal Consalvi verbessern wollte, er fand an der Partei Pacca's einen unbesiegbaren Widerstand. Trotz dieser Mißerfolge in der Regierung des eigenen Landes suchte die Kurie ihre Herrschaft auch auf andere Länder auszudehnen und schloß zu diesem Zwecke Concordate mit den italienischen und anderen Staaten. In Neapel wurden der Geistlichkeit solche Zugeständnisse gemacht, daß sie förmlich einen Staat im Staate bildete. Nicht viel besser sah es in dem Herzogthum Modena aus, das nebst Parma ganz unter östreichischem Einfluß stand. Aber während in Parma die Erzherzogin Marie Luise, Napoleons hinterlassene Gemahlin, mit einer für jene Umstände möglichsten Milde regierte, den östreichischen General Grafen Neipperg mehr denn als bloßen Rathgeber benützend, fand Herzog Franz von Modena seine Lust an dem abgeschmacktesten, kaum zu ertragenden Despotismus. Den mildesten und gebildetsten Scepter führte Großherzog Ferdinand III. von Toscana, in die Fußstapfen seines Vaters Leopold tretend, darauf bedacht, seine Hauptstadt Florenz zum Mittelpunkt der geistigen, namentlich literarischen Bewegung zu machen, daher er denn auch möglichste Unabhängigkeit von Oestreich erstrebte und die freie Einfuhr fremder Zeitungen und Bücher zuließ. Zwar wurden auch hier die französischen Einrichtungen, selbst die besten, fast alle abgeschafft; aber wenn man die früheren Leopol-

dinischen an ihre Stelle setzte, so hatte man daran doch etwas besseres als im Kirchenstaat, in Neapel und Sardinien.

Auf eine andere Art suchte Oestreich seine Unterthanen in Mailand und Venedig bei guter Laune zu erhalten. Pflege und Förderung der materiellen Interessen und eine geordnete Verwaltung waren die Grundsätze der Regierung; auch duldete sie keine Uebermacht des Klerus und des Adels und verlieh die Beamtenstellen, mit Ausnahme der obersten, an Einheimische. Aber die Central-Congregationen in den beiden abgesondert verwalteten Ländern waren ein schlechter Ersatz für eine Nationalvertretung; denn ihre Wahl war ganz von der Regierung abhängig, und ihr Wirkungskreis gieng kaum über das Abfassen von Bittschriften hinaus. Dem Wunsche der Bevölkerung gemäß wurde ein Erzherzog als Vicekönig aufgestellt, der in Mailand Hof zu halten hatte; aber der eifersüchtige Kaiser Franz sorgte dafür, daß nicht der begabteste seiner Brüder diesen wichtigen Posten erhielt, und daß ihm gar kein politischer Einfluß gegönnt wurde. Vom Jahr 1818 an saß Erzherzog Rainer 30 Jahre seines Lebens dort ab. Dagegen zeigte sich auch hier wie in der ganzen Monarchie die Polizeiwirthschaft ebenso mächtig als gehässig, und sie allein reichte schon hin, alle freieren und gebildeten Geister von der Regierung fern zu halten und diese in allen Lokalfragen, bei welchen man die Kenntnisse der Eingeborenen bedurfte, an nichtswürdige Subjekte zu hängen. War auch der niedere Stand, war auch der Bauer mit seinen materiellen Verhältnissen zufrieden: die ganze gebildete Bevölkerung, schon durch die Sprache abgestoßen, fühlte den Druck einer eroberten Provinz und nährte keinen geringeren Haß gegen Oestreich als einst die Städte des alten Lombardenbundes gegen die Herrschaft der Gibellinen.

Nichts hatte Oestreich so sehr zu fürchten, als daß die anderen italienischen Staaten dem Drängen der Carbonari nachgeben, eine Repräsentativ-Verfassung und überhaupt freiere Institutionen annehmen möchten. Denn in diesem Falle war es unmöglich, daß das „Gift der Freiheit“ nicht auch in Mailand und Venedig eindringe, die Bevölkerung nicht noch weit schwieriger mache, und daß das Metternich'sche System anders als unter Aufbietung der stärksten Militärkräfte sich halten lasse. Um dieser Gefahr vorzubeugen, schloß Oestreich mit König Ferdinand IV. von Neapel, der sich nach seiner Rückkehr Ferdinand I., König beider Sicilien, nannte, den geheimen Vertrag vom 12. Juni

1815 wonach dieser versprach, in seinem Lande keine Verfassung einzuführen und keine Einrichtungen zu treffen, welche freisinniger seien als die lombardischen, sich also diese in allem zum Muster zu nehmen und wo möglich noch ein paar Grade unter dem Mailänder Thermometer sich zu halten. Nichts wurde dem alten König leichter, als ein solches Versprechen, soweit es auf ihn ankam, zu erfüllen. Er war ein unwissender, willenloser Mann, ganz von seiner Umgebung abhängig und schenkte demjenigen am meisten Vertrauen, der ihn in seiner Ueberzeugung von seiner höheren Sendung am meisten bestärkte, in der Ausübung seines Absolutismus am meisten unterstützte. Als er nach dem Sturz des Königs Mürat nach Neapel zurückkehrte, hob er alles, was ihm von der französischen Verwaltung unbequem war, auf, erklärte Neapel und Sicilien unter dem Namen „Königreich beider Sicilien" für ein Reich, und da in demselben nicht die eine Hälfte eine Verfassung, die andere keine haben konnte, so war ihm dies eine erwünschte Veranlassung, die unter dem gebietenden Einfluß des englischen Generals Lord Bentinck verliehene freisinnige sicilianische Verfassung von 1812 wieder aufzuheben und die unumschränkte Monarchie wieder herzustellen. Mit der Annahme des Concordats und der Ueberweisung des ganzen Schulwesens an die Jesuiten wurde dieses in seiner Fortbildung um ein Jahrhundert zurückgeworfen. Dagegen blühte das Räuberwesen so auf, daß 1817 gegen 30,000 Menschen dieses Handwerk trieben und die Regierung sich genöthigt sah, mit einzelnen Räuberhauptleuten förmliche Verträge zu schließen, um die Räuber durch ihre Hauptleute, den Teufel durch Beelzebub, auszutreiben. Und was bei der damaligen Zeitlage das unklugste war, man brachte den Geist der Unzufriedenheit auch unter die Soldaten, beleidigte die Müratistischen Officiere durch Zurücksetzung, vernachläßigte überhaupt das Heer und verletzte den nationalen Geist dadurch, daß die Organisation des Kriegswesens dem östreichischen General Graf Nugent übertragen wurde. Aber bei allem Bestreben, die freisinnigen Elemente von der Armee ferne zu halten, mußte man doch immer wieder zu diesen zurückgreifen, sie in die obersten Stellen einsetzen und einen der begabtesten Köpfe, den republikanisch gesinnten Calabresen Wilhelm Pepe, welcher sein Lebenlang nichts als Verschwörungen angezettelt hatte, in Provinzen schicken, um die Milizen zu organisiren. Dieser suchte sie nicht bloß zu tüchtigen Soldaten, sondern auch zu eifrigen Carbonari zu machen. Alles sah auf ihn als auf das

Haupt der Verschwörung, und dieselbe hatte sich im ganzen Lande so verbreitet, daß es kaum noch eines äußeren Anlasses bedurfte, um sie zum Ausbruch zu bringen. Aber auch dieser fehlte nicht. Die Nachricht lief ein, daß in Spanien eine Revolution ausgebrochen und der König zur Annahme der Verfassung von 1812 gezwungen worden sei.

Am 2. Juli 1820 forderte der Lieutenant Morelli vom Kavallerieregiment Bourbon in der Stadt Nola seine Soldaten auf, die Schmach des Vaterlandes nicht länger zu dulden und das Beispiel der spanischen Armee nachzuahmen. Sie jauchzten ihm Beifall zu, ein Theil der Stadtbewohner schloß sich an, und unter der dreifarbigen Fahne der Carbonaria (schwarz, rosenroth und himmelblau) zog der Haufe von Soldaten, Mönchen und Bürgern nach Avellino. Der dortige Oberst de Conciliis verband sich mit Morelli und ließ unter dem Herzuströmen der Milizen die spanische Konstitution proklamiren. Sofort gieng der Zug nach Neapel. Dort herrschte auf die Kunde von Morelli's Erhebung die größte Kopflosigkeit: man gab Pepe, als dem populärsten Manne, den Auftrag, den Aufstand zu dämpfen, nahm denselben aber aus Mißtrauen gegen jenen gleich wieder zurück, worauf er mit zwei Reiterregimentern, welche sich ihm zur Verfügung gestellt hatten, zu den Aufständischen nach Avellino übergieng und von ihnen an die Spitze des Unternehmens gestellt wurde. Am Abend seines Abzugs erschienen fünf Carbonari im Schlosse und verlangten im Namen der Nation die Verkündigung der Verfassung. König Ferdinand gab zur Antwort, daß er in acht Tagen die Grundlagen einer Verfassung proklamiren werde und einstweilen seinen ältesten Sohn, den Prinzen von Kalabrien, zu seinem Generalstatthalter ernenne. Aber die List half ihm nichts. Am folgenden Tage, am 7. Juli, mußte der Prinz die spanische Konstitution verkündigen und noch am nämlichen Abend der König selbst sie bestätigen. Darauf stellte Pepe seine Bedingungen: er verlangte einen förmlichen Eid des Königs auf die Verfassung, die Errichtung einer Junta von 15 Personen, um die Einführung der Verfassung vorzubereiten und, als Bürgschaft für die Erfüllung des Versprochenen, seine Ernennung zum Generalissimus des ganzen Heeres. Alles mußte gewährt werden. Am 9. Juli hielt Wilhelm Pepe an der Spitze der aufständischen Truppen und einer ungeheuren Menge Volks seinen Einzug in Neapel, wobei der Prinz von Kalabrien, dessen Bruder, der Fürst von Salerno, und der ganze Hof, mit den Farben der Carbonari geschmückt, auf dem

Balkon des Schlosses erschien. Den König hatte Aerger und Angst in das Bett getrieben, und eine Krankheit vorschützend glaubte er über den Eid hinüberzukommen. Aber am 13. Juli mußte er vor einer großen Versammlung den Verfassungseid auf das Evangelium schwören und fügte nach Ablesung desselben noch die Worte hinzu: „Allmächtiger Gott, der du mit deinem unendlichen Blicke in der Seele und in der Zukunft liesest: wenn ich lüge oder den Eid brechen sollte, so richte in diesem Augenblick die Blitze deiner Rache auf mich!“ Freudenthränen flossen da und dort, die Prinzen umarmten sich, Entzücken und lärmender Jubel war in allen Straßen, und man nannte dies einen schönen Tag. Und doch war es nichts anderes als eine Komödie, wie sie 28 Jahre nachher in so mancher Hauptstadt Deutschlands mit nicht weniger Aufwand von Kunst gespielt wurde.

Sofort wurde ein neues Ministerium und die Junta eingesetzt und für beide meist Müratisten gewählt. Am 1. Oktober wurde das National-Parlament eröffnet, welches etwaige Aenderungen der spanischen Konstitutionen berieth, die Feudalrechte abschaffte, eine gerechtere Steuervertheilung anordnete und in allen Zweigen des Staatslebens Verbesserungen einführte. Schon am 30. Januar 1821 war das Parlament mit seinen Arbeiten fertig, die neue Verfassung wurde von dem Prinzregenten beschworen, und im Namen des aufgelösten Parlaments blieb ein permanenter Ausschuß von 7 Mitgliedern zurück. Inzwischen herrschten freilich in der Hauptstadt und in den Provinzen zuweilen anarchische Zustände, die Zahl der Carbonari stieg auf 300,000, auch Frauen traten ein und gründeten die Loge der „Gärtnerinnen“; doch kehrte bald wieder Ruhe und Mäßigung zurück, da die Häupter der Carbonari Oestreich jeden Vorwand zur Intervention nehmen wollten und ihre Leute zur Beachtung dieser Rücksicht zu bewegen vermochten. Dieser richtige Takt wurde durch den ungeheuren Mißgriff, der in Sicilien begangen wurde, mehr als aufgewogen. Am 14. Juli kam die Nachricht von der Revolution von Neapel nach Palermo. Man feierte gerade das Fest der heiligen Rosalie, und die Straßen wimmelten von Menschen. Sogleich war man darüber einig, daß man die dortige Verfassung nicht annehmen, dagegen die von 1812 wieder einführen und sich von Neapel möglichst unabhängig machen wolle. „Es lebe die Konstitution von 1812! Es lebe die Unabhängigkeit!“ war die Losung, die man aus tausend Kehlen hörte. Dabei blieb es nicht. Der Pöbel stürmte das Fort Molo, bemächtigte sich der dortigen

Waffenvorräthe und beging an Personen und Gebäuden große Ausschweifungen. Sofort wurde das neapolitanische Militär gegen die Tumultuanten abgeschickt. Diese öffneten die Gefängnisse, ließen 3000 Galeerensklaven und sonstige Gefangene los und sprengten die Truppen aus einander. Nun flohen die obersten Behörden auf das Festland, ihre Paläste wurden niedergebrannt, wer nicht fliehen konnte, grausam niedergemacht, im ganzen gegen 4000 Menschen getödtet. Eine provisorische Junta von 20 Mitgliedern, meist Adeligen, wurde errichtet, und von ihr nach allen Seiten hin Leute ausgeschickt, um den Aufstand auf der ganzen Insel zu verbreiten und die ganze waffenfähige Mannschaft unter die Fahnen einzureihen. Freiwillig oder gezwungen schloßen sich die meisten Gemeinden an, die Stadt Caltanisetta, welche Widerstand leistete, wurde in einen Aschenhaufen verwandelt, Männer, Weiber und Kinder gemordet. Nur die Städte Messina, Catania, Syrakus und Trapani hielten ihren Widerstand gegen die Anordnung der Junta aufrecht.

In Neapel erschien eine Deputation der Junta und verlangte ein getrenntes Parlament, besondere Verfassung und einen Bund der zwei Staaten unter einem König, also eine Personalunion. Die Abgeordneten wurden zuerst festgenommen, dann mit der Antwort zurückgeschickt, daß man Sicilien ein besonderes Parlament gewähren werde, falls die Mehrheit der Gemeinden sich dafür ausspreche. Dabei hoffte man, daß letztere aus Eifersucht gegen Palermo der Junta Opposition machen würden. Zugleich schickte man Floristan Pepe, den Bruder des Generalissimus, mit 6000 Mann nach Sicilien, um die Insel zu unterwerfen. Dieser zwang nach mehrtägigem Sturme die Bewohner von Palermo zur Kapitulation gegen das Versprechen, daß den Repräsentanten Siciliens die Entscheidung über Trennung oder Vereinigung beider Königreiche überlassen werden solle. Aber das Parlament von Neapel erklärte den Vertrag für ungiltig und rief Floristan Pepe ab. An seine Stelle trat General Colletta, welcher die schon unter Pepe entwaffneten Palermitaner im Gehorsam hielt, ihre Junta aufhob, die neapolitanische Verfassung einführte und die Wahlen zu dem gemeinschaftlichen Parlament ausschrieb. Außer den Beamten erschien niemand zu den Wahlen, und die Gewählten nahmen kein Mandat an. Sicilien blieb zwar durch die starke Militärmacht, welche dort aufgestellt war, unterworfen, doch war eben diese Unterwerfung an sich ungerecht und unter den ob-

waltenden Umständen ein politischer Fehler. Denn allerdings waren die Neapolitaner längst gewohnt, Sicilien wie ein Unterthanenland, wie eine Vogtei anzusehen; aber begründet war dieses Verhältniß durch nichts; beide Königreiche standen einander gleichberechtigt gegenüber, und den Männern, welche in Neapel im Namen der Freiheit auftraten, stand es am wenigsten an, in Sicilien als Despoten zu regieren. Und wie konnte man vollends zu einer Zeit, wo man sich auf die bewaffnete Intervention der heiligen Allianz gefaßt machen mußte, wegen einer damals jedenfalls sekundären Frage sich in die Nothwendigkeit versetzen, die Truppen, welche man anderswo so gut brauchen konnte, in Sicilien halten zu müssen und von dort, statt eines Zuzugs begeisterter Freiheitskämpfer, auch keinen Mann aufbieten zu können? Hieß das nicht neue Gefahren heraufbeschwören, dem Feinde in die Hände arbeiten, dem Hofe, welcher dieser häuslichen Zwietracht mit vergnügter Miene zusah, zu seiner zweiten Restauration eine Staffel herrichten?

Daß die Revolution in Neapel nicht stehen bleiben, sondern, wenn man sie nicht unterdrückte, die ganze Halbinsel überziehen und an die Thore von Mailand sehr vernehmlich pochen werde, lag auf der Hand. Metternichs Programm war rasch entworfen. Seine Lorbeeren von Karlsbad waren noch nicht verwelkt, und schon dachte er in Neapel sich noch frischere Blätter zu holen. Den italienischen Fürsten kündigte er an, daß Oestreich die bestehende Ordnung in ganz Italien aufrecht erhalten werde, in Lombardo-Venetien verbot er die Theilnahme an der Carbonaria bei Todesstrafe, führte einen Vernichtungskrieg gegen die junge Literatur, welche die Wiedergeburt Italiens sich als Ziel gesteckt hatte, unterdrückte alle freisinnigen Zeitschriften und schickte den jungen talentvollen Silvio Pelliko als Mitarbeiter des „Conciliatore" ins Gefängniß. Die Besatzungen in Ferrara und Comacchio wurden auf den Kriegsfuß gebracht, starke Truppenkörper zusammengezogen und der Bewegung ganz Ober- und Mittelitaliens dadurch ein Damm entgegengesetzt. Alle Anstalten zur Defensive wurden getroffen; aber um zur Offensive überzugehen und die Revolution an ihrem Krater selbst aufzusuchen, dazu hatte er denn doch den Muth nicht, wollte es wenigstens nicht allein auf sich nehmen und trug daher auf einen Monarchen- und Ministerkongreß zu Troppau in östreichisch Schlesien an, um sich dort von den Großmächten Europas die Vollmacht zur Intervention geben zu lassen. In der zweiten

Hälfte des Oktobers 1820 erschienen dort die Monarchen der drei Ostmächte, die Väter der heiligen Allianz, und die Gesandten von Frankreich und England. Kaiser Alexander spielte anfangs den Spröden und äußerte die Ansicht, daß man die Neapolitaner wohl auf friedlichem Wege zu einer Veränderung ihrer Verfassung vermögen werde, daß er zu einer bewaffneten Einmischung keinen Grund einsehen könne. England, ohnedies jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines unabhängigen Staates abgeneigt, stimmte ihm bei, und Frankreich war zu eifersüchtig auf den steigenden Einfluß Oestreichs in Italien, als daß es nicht dessen Heere sehr ungern die Grenzen der Lombardei überschreiten sah. Metternich war in großer Verlegenheit; Troppau schien kein Karlsbad zu sein. Nur auf Preußen konnte er sich verlassen; doch so wichtig ihm dessen Allianz für Deutschland war, so wenig ausreichend war sie für Italien. Da erhielt er die Nachricht von der Widersetzlichkeit des Garderegiments Semenow in Petersburg und erhielt sie durch seinen Gesandten am russischen Hof früher als Alexander selbst. Dieser Soldatenaufruhr stand zwar nicht im geringsten Zusammenhang mit den Revolutionen in Spanien und Neapel; doch was hatte das zu sagen? Rasch eilte er zu Alexander, meldete ihm den Vorfall und malte ihm das Gespenst einer über ganz Europa verbreiteten Militärverschwörung an die Wand. Der Kaiser, von seinem Aufenthalt in Warschau her ohnedies voll düsterer Ahnungen, ließ sich von dem gewandten Staatskanzler überraschen, und die drei Ostmächte schloßen nun als „das Centrum der Union der europäischen Staaten" eine Coalition gegen die „tyrannische Macht der Rebellion und des Lasters". Nachdem der Vertrag schon unterzeichnet war, wurde er den Gesandten von England und Frankreich vorgelegt, welche über das, was hinter ihrem Rücken geschah, sehr wenig erbaut waren. Zugleich wurde ein neuer Kongreß in Laibach verabredet, wozu auch der König von Neapel eingeladen werden sollte.

Welche Aufregung mußten diese Troppauer Beschlüsse in Neapel hervorbringen! War es nicht ganz deutlich, daß diese Stifter der heiligen Allianz sich als die diktatorischen Triumvirn von Europa ansahen und keine Verfassung duldeten, welche nicht den Stempel des Gottesgnadenthums an sich trug? Ja, Metternich gieng noch weiter und erklärte in Laibach dem russisch-griechischen Diplomaten Kapodistrias geradezu, daß Oestreich den König von Neapel eher bekriegen

als die Einführung einer Verfassung, selbst wenn sie diesem ganz nach Wunsch wäre, dulden werde. Bei der Verlesung der königlichen Botschaft, welche jene Beschlüsse zum Gegenstand hatte, hörte man in Neapel im Parlamentssaal und auf der Galerie nur den einen Ruf: „Verfassung oder Tod!" und in den Straßen fand er ein tausendfaches Echo. Im Parlament wurde darüber verhandelt, ob man den König nach Laibach reisen lassen, und ob man an der Verfassung eine Veränderung im Sinne des Konservatismus vornehmen solle, wie es Frankreich rieth. Wollte man letzteres nicht, so durfte man den durch und durch heuchlerischen König auch nicht abreisen lassen. Statt dessen beschloß man, die Verfassung solle unverändert bleiben und der König abreisen, um, wie er in einer Botschaft ankündigte, die spanische Verfassung in Laibach zu vertreten. Man lehnte sogar das Anerbieten des Königs ab, sich von 4 Parlamentsmitgliedern als Zeugen und Räthen begleiten zu lassen, und motivirte es in der Adresse mit dem mehr als kindlichen Vertrauen, „da das Herz des Sohnes Karls III. natürlicherweise ein Tempel der Treue sei". So reiste der „treue" König ab, besuchte in Modena seinen Kollegen, den despotischen Herzog Franz IV., und als er in Laibach ankam, wies man seinen Begleiter, den Herzog von Gallo, nach Görz, da man bei so geheimnißvollen Berathungen keinen Fremden brauchen könne. Des Königs erster Brief von Laibach an seinen Sohn sprach mit keiner Silbe von dem Zweck seiner Reise, wohl aber von der Freude, die er darüber empfinde, daß seine Jagdhunde besser seien als die des russischen Kaisers.

Im Januar 1821 war der Kongreß zu Laibach im Herzogthum Krain eröffnet worden, und außer den Kaisern von Oestreich und Rußland und ihren Diplomaten waren die Gesandten von Preußen, England, Frankreich und den italienischen Staaten anwesend. Die drei Ostmächte waren noch vor der Eröffnung der Sitzungen darüber einig, daß Oestreich zur Unterdrückung der Revolution ein Heer nach Neapel schicken, und daß nöthigenfalls ein russisches nachrücken solle. Die Gesandten von Sardinien, Rom, Toskana und Modena waren ganz damit einverstanden, und auf die wiederholte Einsprache Englands und Frankreichs wurde nicht gehört. König Ferdinand mit seinem „Tempel der Treue" war, als ihm Metternich die Beschlüsse nachträglich vorlegte, sehr bereit, seinen Verfassungseid zu brechen, ihn als einen erzwungenen darzustellen, und gebrauchte nur noch die

Vorsicht, die Strafe für solchen Meineid durch Geschenke an die heilige Annuntiata in Florenz abzukaufen. Sofort ließ man den Herzog von Gallo wieder nach Laibach kommen und erklärte ihm, daß er sogleich nach Neapel reisen und dort melden solle, die revolutionären Behörden hätten sich aufzulösen und dem König sich zu unterwerfen, 10,000 Oestreicher würden das Land bis zur gänzlichen Pacificirung besetzen, bei längerem Widerstande würden 100,000 Russen und Oestreicher nachrücken und drei Jahre auf Kosten des Landes bleiben. König Ferdinand sagte ihm noch privatim, er sei mit allen Beschlüssen der Großmächte vollständig einverstanden. Sechs Tage nach des Herzogs Abreise, am 5. Februar, überschritt der östreichische General Frimont an der Spitze eines Occupationsheeres den Po und stand am Ende des Monats an der neapolitanischen Grenze.

In Neapel war, auf die Laibacher Nachrichten hin, alles Feuer und Flamme. Jung und Alt, Reich und Arm drängte sich zum Kriegsdienst, und als bei einem großen Verbrüderungsfest gefragt wurde, wer von den Generalen Miltiades sein werde, rief einer der Enthusiasten: „alle werden Miltiadesse sein“. Das Parlament erklärte den König nicht, wie Pepe verlangte, für einen meineidigen Verräther, sondern für einen Gefangenen, seinen Brief, welchen er Gallo mitgegeben hatte, für erzwungen und stellte den Prinzen von Kalabrien an die Spitze des Heeres, als ob der Sohn den Krieg gegen den Vater am besten leiten würde. Aber während es an Begeisterung, Reden und Aufzügen nicht fehlte, fehlte es an Geld, an Gewehren, an Magazinen, an tüchtigen Soldaten, kurz an allem, was zum Kriegführen gehört. Längst hatte man Officiere beauftragt, in England 100,000 Gewehre anzukaufen, aber der Regent hatte ihre Abreise stets zu verzögern gewußt. Nun zeigte sich, was für eine Thorheit man in Sicilien begangen hatte. Dort standen die besten Bataillone von Neapel, und in Neapel selbst brachte man trotz allen Kriegsgeschrei's nicht mehr als 25,000 Mann regelmäßiger Truppen mit 2000 Pferden zusammen, welche zum Theil schlecht bewaffnet und unzuverläßig waren und der kompakten Masse der 43,000 Oestreicher gegenüber vollends noch getheilt wurden und zwar unter zwei Generale, die mit einander aufs bitterste verfeindet waren. Pepe sollte mit 12,000 Mann, größtentheils Milizen, die Abruzzengrenze halten und im Nothfall an den Volturno sich zurückziehen, wo sein Parteifeind Carrascosa mit dem zweiten Armeecorps stand. Am 7. März griff Pepe die öst-

reichische Vorhut unter Graf Wallmoden bei Rieti an, drängte sie zuerst von seiner vortheilhaften Stellung aus zurück, mußte aber, als die Feinde von Vicenti her Verstärkungen an sich zogen und seine rechte Flanke mit Uebermacht angriffen, den Befehl zum Rückzug geben. Man schrie über Verrath, und aus dem Rückzug entstand schnell eine so vollständige Auflösung und Flucht, daß nirgends mehr ein Standhalten war, die nachrückenden Milizen auch mit fortgerissen wurden und Pepe kaum noch 2000 Mann am folgenden Morgen beisammen hatte, welche vollends hinschmolzen wie frischer Schnee. Auf dies hin mußte Carrascosa hinter den Volturno zurückgehen. Die Bataillone der Garde versagten ihm den Gehorsam, die Milizen lösten sich auf, er selbst kam durch seine eigenen Leute in Lebensgefahr. Er und Pepe langten nur mit einigen Officieren in der Hauptstadt an. Dort wurde vom Parlament eine Adresse an den König beschlossen, der in Florenz den Ausgang der Dinge abwartete. Man äußerte die Bereitwilligkeit, Aenderungen an der Verfassung vorzunehmen, und den Wunsch, daß sich zwischen König und Volk nicht die Fremden stellen möchten, was natürlich alles zu spät war. Mit einer Verwahrung gegen die verletzten Völkerrechte, welche der patriotische Poërio beantragte, schloß am 19. März die letzte Sitzung des Parlaments, welcher nur noch 26 Mitglieder anwohnten. Am 21. März rückten die Oestreicher in Kapua, am 23. in Neapel ein. Pepe war es gelungen, auf einem spanischen Schiffe zu entkommen, um sich in weitere Abenteuer zu stürzen; auch Carrascosa und mehrere Parlamentsmitglieder hatten sich geflüchtet.

Am 9. Mai kehrte Ferdinand wieder in seine Hauptstadt zurück, von dem niederen Volke mit Jubel empfangen. Daß er den Fürsten Canosa, welchen er wegen seiner tollen Polizeiwirthschaft auf Andrängen der Fremden früher hatte entlassen müssen, wieder zum Polizeimeister ernannte, ließ auf die grausamsten Racheakte schließen. Um dem Freiheitsgeist die Flügel zu beschneiden, wurde die strengste Censur eingeführt, die Werke Voltaire's, Rousseau's und anderer öffentlich verbrannt, eine besondere Kommission für Bücherverbote eingesetzt, alle öffentlichen Schulen, auch die Universitäten geschlossen, die Lehrer verabschiedet, das ganze Unterrichtswesen im Sinne der Hierarchie umgeändert, die Jesuiten zurückberufen. Gegen die Carbonari wurde aufs strengste eingeschritten, der ganze

Bund in die Acht erklärt, einige Theilnehmer, mit entblößtem Rücken und behängt mit ihren Bändern und sonstigen Zeichen, auf Esel gesetzt, durch die Straßen geführt und auf den öffentlichen Plätzen ausgepeitscht. Solchem Wüthen entzogen sich viele durch die Flucht in die Wälder und Gebirge, fiengen ein Räuberleben an und kamen später auf das Schaffot. Die Müratistischen Officiere wurden großentheils entlassen, hervorragende Generale und Parlamentsmitglieder, wie Colleta, Poërio, Borelli, in die Festungen von Graz, Prag und Brünn gebracht. Aehnlich gieng es in Sicilien. 10,000 Oestreicher wurden zu Ende Mai's dahin geschickt und stellten nach einigen blutigen Ausbrüchen der Volkswuth die Ruhe wieder her.

Ueber einen solchen Ausgang, nachdem die neapolitanischen Freiheitsredner den Mund so voll genommen hatten, war ganz Europa erstaunt und rief Schmach über die Kopflosigkeit der Führer und die Feigheit des Heeres. Und doch waren die Aussichten Neapels, wenn man sich in der Defensive gehalten und länger Widerstand geleistet hätte, bei weitem nicht so schlecht; denn nur drei Tage nach dem Gefecht bei Rieti brach der Soldatenaufstand in Piemont aus, lieferte diesen Staat in die Hände der nationalen Partei und bedrohte Rücken und Flanke der Oestreicher auf eine bedenkliche Weise.

Dort war nach Napoleons erstem Sturz, im Mai 1814, König Viktor Emanuel nach Turin zurückgekehrt, nachdem er die Zeit der französischen Herrschaft, volle acht Jahre, auf der Insel Sardinien, wo noch gräßliche Feudalzustände sich breit machten, in aller Seelenruhe verschlafen hatte. Er war ein Mann von großer Herzensgüte und Geistesschwäche, in seinem Alter und seinem Unglück so mürbe geworden, daß er sich unter lauter Gelübden und Wallfahrten durch dieses irdische Leben hinschaukeln ließ. Der Wiener Kongreß hatte sein Königreich Sardinien um die Republik Genua vergrößert. Kaum war er in Turin angelangt, so umdrängte ihn der piemontesische Adel, welcher sich vor den Freiheitsideen der französischen Revolution in seine Schlösser zurückgezogen hatte, schilderte ihm die Fremdherrschaft mit den schwärzesten Farben und konnte die Segnungen der alten Zeit nicht hoch genug preisen. Sofort wurden durch ein königliches Edikt sämtliche französischen Gesetze und Einrichtungen, sie mochten heißen wie sie wollten, aufgehoben und dafür die Kon=

stitution von 1770 mit ihrer Intoleranz, mit ihrem Kastenunterschied, mit Rad und Viertheilung wie eine wunderthätige Reliquie hervorgesucht und durch den Wust von steinalten Gesetzen in diese Zeit der italienischen Tricolore ein Chaos ohne Gleichen gebracht. Prozesse, welche von den französischen Appellhöfen entschieden worden waren, wurden noch einmal vorgenommen und dadurch Handel und Wandel einer drückenden Unsicherheit preisgegeben. Klöster, welche man zu Fabriken eingerichtet hatte, wurden den Kapuzinern zurückgegeben, gegen Hungersnoth mit Processionen und Dornenkronen eingeschritten. Die Jesuiten bemächtigten sich wieder der Schulen, die talentvollsten Professoren der Universität Turin mußten ihre Stellen aufgeben. In der großen Oper duldete die ihren Gemahl beherrschende Königin nur adeliges Publikum, welchem die Plätze nach der Länge des Stammbaums angewiesen waren. Wie in Kassel, so wurden auch in Turin die Soldaten von 1800 einberufen, als ob die Kriegsherren selbst über den Kalender zu verfügen hätten. Wollte man ja selbst die herrliche Brücke niederreißen, welche Napoleon bei Turin über den Po hatte bauen lassen, und gab man ja keine Reisepässe für die Straße über den Mont Cénis, damit dieses Napoleonische Werk verfalle. Die Büreaubeamten warfen in ihrem Franzosenhaß die Geräthschaften ihrer Vorgänger zum Fenster hinaus, und der Hofgärtner war ein zu guter Royalist, als daß er nicht im botanischen Garten alle französischen Pflanzungen ausgerissen und dem Verderben geweiht hätte.

Durch eine Restauration, welche gegen Lebendes und Todtes in dieser Weise vorgieng, wurde eine tiefe Kluft zwischen Regierung und Volk geschaffen. Die Nachbarschaft Frankreichs und der Schweiz hatte in diesem Lande einen frischeren Geist erhalten. Die ersten Männer des jungen Italiens, wie Viktor Alfieri und der unglückliche Silvio Pellico, waren geborene Piemontesen. Die Leute dieses Stammes zeigten mehr Arbeitsamkeit, mehr Energie, mehr Geist, in allem eine festere, strammere Haltung als die übrigen Italiener und hatten Ehrgeiz genug, die erste Stelle in Italien einnehmen zu wollen. Die Jugend, selbst Mitglieder des Adels, wie die Grafen Balbo und Santarosa, schwärmte für ein freies Italien, unterhielt Verbindungen mit der französischen Opposition und den spanischen Kortes und dürstete nach einem Krieg mit Oestreich. Mit den Unzufriedenen

in Mailand waren geheime Verabredungen getroffen und ein Plan entworfen. Die Oestreicher sollten aus Mailand hinausgeworfen, dieses Land mit Sardinien vereinigt, ein starkes norditalisches Königreich geschaffen und so der Grund zu einem einigen Italien gelegt werden. Die Revolutionen von Spanien und Neapel steigerten die Hoffnungen aufs höchste. Gab es eine geschicktere Gelegenheit zur Ausführung der nationalen Plane als jene Februartage von 1821, als die Oestreicher nach Neapel zogen? Was bedurfte es weiter als einen kräftigen Stoß in die entblößte Flanke, und Mailand war frei, das Königreich Norditalien fertig! Als der natürliche Führer dieser glühenden Jugend und der Männer der Reform galt Karl Albert, der 22jährige Prinz von Savoyen-Carignan, einer Seitenlinie des regierenden Hauses. Er war bürgerlich erzogen, hatte gute Geistesanlagen, verspottete die Lächerlichkeiten der Reaktion, verkehrte viel mit den Reformern, hatte einen starken Anhang unter dem Militär und haßte Oestreich so gut als einer. Bei der Kinderlosigkeit des Königs und dessen Bruder Karl Felix, Herzogs von Genevois, war er der präsumtive Thronfolger. Daß ihm das Wiener Kabinet dieses Recht nehmen und auf des Königs Tochter, die Herzogin von Modena, übertragen wollte, konnte er jenem nie verzeihen. Nicht bloß Piemonts, die Blicke ganz Italiens waren auf ihn gerichtet. Und als man nun losschlagen, Viktor Emanuel zum König von Oberitalien ausrufen und zum Krieg mit Oestreich zwingen wollte, war nirgends ein anderer Gedanke, als den Prinzen an die Spitze der Bewegung zu stellen. Nur wenige hatten eine andere Ansicht von ihm und wollten schon damals neben freisinnigen Ideen auch Hang zur Verstellung, zur Unbeständigkeit und zum Mysticismus in ihm bemerken.

Daß sie sich auf ihn nicht verlassen konnten, bemerkten die Häupter der Verschwörung im Augenblicke des Handelns wohl. Er theilte ihre Veranstaltungen dem König mit und betrieb militärische Vorkehrungen. Die Führer verzweifelten an der Möglichkeit des Losschlagens, da der Abfall des Prinzen zu entmuthigend auf die Soldaten wirken mußte, und gaben Befehle, vorderhand nichts zu unternehmen. Aber die Kugel war bereits im Rollen begriffen und ließ sich nicht mehr aufhalten. In Alessandria, wo sich viele Carbonari befanden, hatte sich der Oberstlieutenant Ansaldi und der Hauptmann Graf Palma am 10. März 1821 Nachts der Citadelle be-

mächtigt, am andern Morgen eine provisorische Junta gebildet, die spanische Konstitution verkündigt und im Namen des „Reiches Italien" die Nation unter die Waffen gerufen. Doch fanden sie weder unter ihrem eigenen Regiment Savoyen noch an anderen Orten bei den gut königlich gesinnten Truppen begeisterte Aufnahme. Der König, von Angst erfüllt, wollte mit Amnestie und Solderhöhung beschwichtigen. Der Hauptmann Ferrero stellte sich am 11. März vor den Thoren Turins bei der Kirche St. Salvario mit einer Kompagnie Soldaten auf, in der Hoffnung, Volk und Heer auf die Seite der Revolution herüberzuziehen. Die gegen ihn abgesandten Truppen schlugen sich weder gegen ihn noch zu ihm, und das Volk strömte neugierig heraus, um vorerst der Entwicklung der Sache zuzusehen. Nur einige Studenten schloßen sich Ferrero an, und mit diesen zog er sich nach Alessandria zurück. In der Nacht kam der sardinische Gesandte St. Marsan aus Laibach zurück, wo er den Ernst der verbündeten Monarchen kennen gelernt und das Versprechen des Königs, in keine Regierungsveränderung einzuwilligen, betont hatte. Durch seine Berichte ermuthigt ließ der König am 12. März zwei Edikte bekannt machen, worin die Annahme der Konstitution, welche die Oestreicher ins Land rufen würde, verweigert, und die Zusammenziehung eines Truppencorps bei Asti anbefohlen wurde. Aber das Volk, welches über Nacht aus seiner Gleichgiltigkeit erwacht war, riß die Maueranschläge ab, verlangte die spanische Verfassung, die Officiere weigerten sich, das Blut ihrer Mitbürger zu vergießen, und Mittags wehte die dreifarbige italienische Fahne auch von der Citadelle in Turin. Nun dankte Viktor Emanuel zu Gunsten seines Bruders Karl Felix ab und gieng nach Nizza. Bis der neue König, ein stolzer, herrischer Mann, der sich damals bei seinem Freund und Berather, dem Herzog Franz von Modena, befand, nach Turin zurückkehrte, sollte Karl Albert die Regentschaft übernehmen.

An ihn trat nun die Versuchung sehr pochend heran. Sollte er sich an die Spitze der Revolution stellen, um, wie ihm die Carbonari vorgaukelten, die Krone von Italien zu erringen? Er kannte die bescheidenen Hilfsmittel des Landes zu gut, als daß er nicht gewußt hätte, daß dies nichts anderes heiße, als die Oestreicher innerhalb weniger Tage in Turin zu sehen. Und wie stand es dann mit seinem Thronfolgerecht? Hätte wohl die heilige Allianz gezaudert, einen Carbonaro für immer vom Throne auszuschließen? Dies waren sehr

praktische Erwägungen, welchen sich der Prinz unmöglich verschließen konnte. Das Mittel, sich aus der Schlinge zu ziehen, war, daß er sich mit einem geheimnißvollen Schleier umgab und seine Entscheidung hinauszuziehen suchte. Allein das Volk drängte, die Soldaten wurden schwierig, im Palast Carignan hörte man entschiedene Drohungen. Nun berief er eine Versammlung von 30 Notabeln, nahm auf ihre schriftliche Forderung hin die spanische Verfassung an, errichtete eine provisorische Junta und bildete ein neues Ministerium. Zugleich erklärte er aber, daß er ohne die Genehmigung des Königs diese Verfassung nicht für giltig halte, und verbot den Soldaten, die italienischen Farben zu tragen. Dies erzeugte eine solche Erbitterung unter den Revolutionären, daß sie davon sprachen, ihn als Geisel festzunehmen oder gar zu ermorden. Der östreichische Gesandte wurde zur Abreise gezwungen, und Mailänder Abgeordnete schwindelten den Turinern eine allgemeine Erhebung ihrer Landsleute vor.

Da kam Ritter Costa, welchen der Prinz mit einem Briefe an den König nach Modena abgeschickt hatte, zurück und kündigte die schärfsten Maßregeln an. Der Prinz erhielt den Befehl, mit den treuen Truppen nach Novara zum General la Torre sich zu begeben. Während er sich scheinbar zum Widerstand rüstete, entfloh er heimlich nach Novara, protestirte gegen den ihm auferlegten Zwang, legte die Regentschaft nieder und forderte sämtliche Truppen auf, zu den königlichen Fahnen zurückzukehren. Durch seine Flucht bekamen die Revolutionäre alle Gewalt in ihre Hände, Santarosa, eben noch vom Prinzen zum Kriegsminister ernannt, übernahm eine Art Diktatur, hoffte vergeblich auf eine Revolution in Mailand und Frankreich, mußte auf die Nachricht von den Schlägen in Neapel die Desertion seiner Generale sehen und zog mit nur noch 3000 Mann nach Novara, in der Erwartung, daß la Torre's Truppen sich mit ihm vereinigen würden. Mit diesem hatte sich bereits der östreichische General Bubna vereinigt, und das revolutionäre Häuflein wurde am 8. April vor Novara durch einige Kanonenschüsse und einen Angriff der Oestreicher in wilde Flucht gejagt, die, was den panischen Schrecken und die Schnellfüßigkeit der Geschlagenen betrifft, der Katastrophe von Rieti nichts nachgab. La Torre zog am 10. April in Turin ein, und am 11. mußte sich auch Alessandria, wo der entschlossene Ansaldi von den Soldaten im Stich gelassen wurde, ergeben. Die Insurgenten überschritten die französische Grenze oder schifften sich, wie Santarosa, nach Spanien

ein, um für die gleiche Sache auf einem andern Schlachtfeld zu kämpfen. Zugleich besetzten 12,000 Oestreicher das Land und mußten auf Kosten desselben unterhalten werden. Unter ihrem Schutze kehrte Karl Felix nach Turin zurück, brachte die ganze Regierungsmaschine wieder ins alte Geleise, ließ durch Ausnahmsgerichte und Militärkommissionen viele Verurtheilungen aussprechen, jedoch nur an zwei Officieren die Todesstrafe vollziehen. Die Reaktion war keine so blutige wie in Neapel, weil auch die Ausschreitungen der Revolution nicht so heftig gewesen waren. Der Prinz von Carignan hatte es durch sein unentschiedenes Benehmen mit beiden Parteien verdorben und mußte aufs neue hören, wie Oestreich gegen seine Thronfolge operirte. Von Novara aus hatte er sich nach Modena begeben, und dort weigerte sich Karl Felix, seinen Besuch anzunehmen. Er suchte und fand in Frankreich einen Fürsprecher und machte unter dem Herzog von Angoulèm den Feldzug nach Spanien mit, wo er in der Reihe seiner Feinde manche seiner alten piemontesischen Freunde traf.

Wer war nach diesen Erfolgen stolzer als Metternich! Mit triumphirender Miene soll er am Schluß des Laibacher Kongresses zum russischen Kaiser, als ob es sich um eine Schweinhatz handelte, gesagt haben: „Da sehen Sie, was eine Revolution ist, die bei Zeiten gefaßt wird!“ Sofort ließ er auch in Mailand einer Verschwörung nachspüren, viele angesehene Männer ins Gefängniß werfen und die von den Carbonari heftig aufgeregten Legationen theilweise besetzen. Zwei Jahre nachher wurden von den Verhafteten gegen 40 in die Kerker von Spielberg und Laibach geführt, nachdem sie in Mailand auf öffentlicher Bühne an den Pranger gestellt worden waren, ein Schimpf, welcher die Herzen des lombardischen Adels, von welchem viele Mitglieder unter jenen Unglücklichen sich befanden, auf immer von Oestreich abwandte. Mehrere starben im Gefängniß, andere kamen mit siechem Körper heraus, manche von Wahnsinn befallen, nur ein einziger, Felice Foresti, trat mit ungebrochener körperlichen und geistigen Kraft wieder ans Tageslicht. Das Werk Silvio Pellico's über seine Spielberger Gefangenschaft gab merkwürdige Enthüllungen über ein Kerkersystem, das selbst einen Geist wie diesen beugte und dem Mysticismus in die Arme warf.

Auch in Italien hatte die heilige Allianz gesiegt, der östreichische Einfluß sich so stark gezeigt, daß die ganze Halbinsel einer habsburgi=

schen Provinz nicht unähnlich sah. Zwei Gründe waren es hauptsächlich, welche einen so schmählichen Ausgang herbeiführten: der Mangel an planmäßigem Zusammenwirken und die geringe Betheiligung des Volkes, die davon herrührte, daß dasselbe noch auf einer zu geringen Kulturstufe stand. Nur die wenigen Gebildeten hatten die ganze Bewegung gemacht; die Masse folgte dem, welchen sie die größte Macht entfalten sah.

Das ganze dritte Jahrzehnt wucherten diese anachronistischen Zustände fort. Am besten sah es noch in Toskana aus, wo 1824 Leopold II. den Thron bestieg, in materieller Beziehung durch Austrocknung der Maremmen ein großes Werk ausführte, in allen geistigen Regungen aber sich durch die östreichischen Machtsprüche sehr beengt fühlte. In Sardinien wurde ganz im Sinne Metternichs gewirthschaftet, die Regierung dem absolutistischen Adel und der Geistlichkeit überlassen, während Karl Felix in Trägheit und Genußsucht sein Leben hinschleppte und, wenn man ihm von Geschäften sprach, zur Antwort gab: „Ich bin nicht König, um mich plagen zu lassen." Schlimmer noch gieng es in Neapel, wo am 4. Jannar 1825 der heuchlerische Prinz von Kalabrien als Franz I. den Thron bestiegen hatte und eine Regierung führte, von der Chateaubriand sagte, daß sie auf die unterste Stufe der Verachtung herabgesunken sei. Hier gieng alles unter in üppigen Gastmahlen und schamlosen Bällen, in Stellenverkauf und Verfolgung geheimer Verbindungen. Nicht die eigene Armee, sondern 6000 Mann Schweizergarde, deren Anwerbung und Unterhaltung eine kostspielige Sache war, hatten den Thron zu schützen. Im schönsten Wetteifer mit Neapel machte der römische Hof unter Leo XII. (1823—1829) seine Rückschritte. Die Ausschließung aller Laien von allen bürgerlichen Würden, die unbedingte Uebermacht der Priester im Verwaltungs-, Gerichts- und Unterrichtswesen, dieses ganze „theokratisch-türkische System" war ärger als je und erzeugte in der von den Carbonari durchwühlten Bevölkerung nichts als Haß und Verachtung. Schon damals sagte kein Geringerer als der General Bernetti selbst, daß er, falls er zu Jahren komme, es für möglich halte, den Sturz der weltlichen Herrschaft des Papstes noch zu erleben.

§. 3.

Spanien und seine amerikanischen Kolonien. Portugal und Brasilien. Der Kongreß zu Verona und die französische Intervention.

Die spanischen Verhältnisse waren in wesentlichen Punkten denen in Deutschland gleich. Die Spanier hatten einen heldenmüthigen Kampf gegen die Napoleonische Herrschsucht gekämpft und, mit Hilfe des russischen Feldzugs von 1812, endlich gesiegt. Sie wollten nach Abschüttelung des fremden Joches nicht das alte heimische auf sich nehmen; ihre Kraft, ihr Selbstvertrauen war in dem Kampfe gewachsen; sie hielten sich für berechtigt, durch eine Verfassung, durch ein Parlament an der Staatsverwaltung theilzunehmen und dieser nicht einen einseitig monarchischen, sondern einen volksthümlichen Stempel aufzudrücken. Damit zeigten sie die gleichen Gesinnungen wie die deutschen Krieger, als sie über den Rhein heimzogen. Aber in welchen Kreisen Spaniens herrschten diese freisinnigen Bestrebungen? Die Masse des Volkes verhielt sich gleichgiltig dagegen; sie hatte gegen die Fremdherrschaft gekämpft; nachdem diese beseitigt war, kehrte sie willig wieder in die alten Verhältnisse zurück. Nur eine kleine Partei edler und gebildeter Männer folgte der neuen Fahne, ganz so, wie es auch in Italien der Fall war. Doch mußten sie ihre Verfassung nicht erst erstreiten, sondern hatten sie bereits. Mitten in dem Krieg gegen die Franzosen hatte die Centraljunta die Kortes (Parlament) nach Cadiz berufen, und im Jahr 1812 wurde von diesen die neue Verfassung proklamirt und eingeführt, dieselbe, welche in Neapel und in Piemont so großen Anklang gefunden hatte. Sie hatte allerdings einen ausgesprochenen demokratischen Charakter, und durch die Bestimmung, daß acht Jahre lang keine Aenderung daran vorgenommen werden dürfe, war jede Verhandlung mit dem König, welcher erst 1814 aus seiner französischen Gefangenschaft zurückkehrte, abgeschnitten.

Ferdinand VII. war ein durchaus haltungsloser Mensch, ohne alles höhere Interesse, Meister der Verstellung, mißtrauisch gegen jeden, der einige Macht zeigte, selbst gegen seine Günstlinge, feig bis zur Servilität, wenn man ihm imponirte, grausam bis zur Gefühllosigkeit, wo er den Herrscher spielen konnte. Er gehörte zur schlimmsten Sorte der Bourbonen. Im März 1814 betrat er wieder den spanischen Boden, gieng aber statt nach Madrid, wo er mit den Kortes sich sogleich hätte auseinandersetzen müssen, zuerst nach Valencia.

Nicht bloß seine eigene Umgebung, wie der finstere Don Karlos, sein Bruder, und der reaktionäre Elio, Generalkapitän von Valencia, sondern sogar 69 Mitglieder der Kortes riethen ihm in einer von dem Advokaten Rosales (später: Marquis Matafloriba) verfaßten Schrift zu einem Staatsstreich. In einem Manifest vom 4. Mai 1814 erklärte er daher die Verfassung von 1812 für aufgehoben, die Kortes für aufgelöst und versprach dafür rechtmäßig versammelte Kortes nach altem Stile zu berufen, Sicherheit der Person und des Eigenthums und Preßfreiheit. Trotz dieser Verheißungen wurden vom General Eguia, der in der Nacht vom 10. auf den 11. Mai in Madrid eingezogen war, die Mitglieder der Regentschaft, vier Minister, mehrere Kortesmitglieder und andere ausgezeichnete Männer, gegen 70, verhaftet und später zu mehrjährigem Gefängniß oder Verweisung verurtheilt. Die „Atalaya", ein klerikales Blatt, verlangte ungescheut „den Galgen ohne Recht und Spruch" für die Liberalen. Und welche Meinung mußte der König von der Stimmung des Volkes bekommen, als dieses sich in Aranjuez an seinen Wagen drängte und diesen am 13. Mai bis in die Hauptstadt hineinzog! Von wem der Jubel, der ihm hier entgegenscholl, ausgieng, bezeichnete einer seiner Begleiter, zu welchem der König gesagt hatte: „Siehst du, wie das Volk mir zujauchzt? wie die Schnupftücher aus allen Fenstern flattern?" sehr fein mit der Antwort: „Ja, aber wenige von Batist".

Sogar an Herstellung der alten Kortes, welche die Adels- und Prälatenkammern in Norddeutschland an Servilität wohl noch übertroffen hätten, dachte der König nicht. Er war ganz in der Hand der extremsten Geistlichen und einiger Höflinge, die zum Theil von der niedrigsten Herkunft und der geringsten Bildung waren, welche in Verbindung mit einigen Damen die Kamarilla, jene „Kammerdiener-Regierung" ausmachten, unter welcher Spanien vor und nach Ferdinand zu seufzen verdammt war. Aus einer solchen Atmosphäre giengen jene Restaurationsdekrete aus, welche die strengste Censur einführten, die Steuerfreiheit des Adels und des Klerus, die Mönchsorden, die Jesuiten, die Inquisition samt Folter wiederherstellten und die verkauften Kirchengüter ohne Vergütung der Kirche zurückgaben. Selbst Männer wie Calvo de Rosas, der zu den heldenmüthigsten Vertheidigern von Saragossa gehörte, Generale, die in den Befreiungskriegen Wunder der Tapferkeit gethan hatten, wurden in den Kerker geworfen. Wer zu den Konstitutionellen und zu den Jose-

fino's (Anhänger des Königs Josef Bonaparte) gehörte, war keine Stunde seines Lebens sicher, während die „Servilen" triumphirten. Sechs Jahre lang dauerte diese ekelhafte Willkührherrschaft, wo Landbau und Gewerbe so herunterkamen, der Staatsschatz so leer wurde, daß Bettelei und Räuberhandwerk aufs schwunghafteste betrieben wurden, barfüßige Officiere um ein Almosen baten und in der Hafenstadt Ferrol drei Marineofficiere Hungers starben. Daneben prahlte dieses sinnlose Pfaffenregiment mit der Ausrüstung neuer Expeditionen, um die abgefallenen südamerikanischen Kolonien in die alte Knechtschaft zurückzuwerfen. Aber die Monarchie, welche im 16. Jahrhundert die Meere beherrschte, hatte nicht einmal mehr eine Flotte und mußte dem Kaiser von Rußland, von welchem Ferdinand alles Heil erwartete, ein paar verfaulte Linienschiffe abkaufen. Schon die elende Finanzwirthschaft, bei welcher in fünf Jahren zwei Milliarden Realen Schulden gemacht wurden, machte nach der Angabe des englischen Gesandten eine Revolution fast zur Nothwendigkeit. Und nun noch dieses Schreckenssystem, bei welchem es schon 1816 mehr als 50,000 politische Gefangene gab!

Diese Schmach und Noth des Vaterlandes konnten die Patrioten von 1812 nicht länger mitansehen, und ihr Ingrimm entlud sich in den Jahren 1814—1819 in neun Aufstandsversuchen, welche, einzeln und mit geringen Kräften auftretend, leicht unterdrückt wurden und putschartig verliefen. Der berühmte Guerillaführer Mina erhob schon 1814 die Fahne des Aufstandes in Pampelona, mußte aber nach Frankreich entfliehen. Im folgenden Jahre erließ der General Diaz Porlier in dem mönchischen Galicien einen Aufruf zur Freiheit und mußte seine That am Galgen büßen. Der Kriegskommissär Richard entwarf 1816 einen Plan zur Ermordung des Königs, wurde verrathen und nach ausgestandener Folter aufgehängt. General Lacy schlug 1817 in Katalonien los, wurde verhaftet und auf der Insel Mallorka erschossen. Oberst Vidal stiftete zu Ende des Jahres 1818 eine Verschwörung in Valencia und fiel dem Wütherich Elio in die Hände, welcher ihn und zwölf Mitverschworene theils aufhängen, theils niederschießen und eine Frau, welche kaum erst entbunden hatte, zu Tode foltern ließ.

Es war mit diesen Aufständen wie mit den Köpfen der Hydra: so oft sie auch unter Strömen von Blut, unter Kerker und Folter niedergedrückt wurden, erhoben sich immer wieder neue durch die Be-

mühungen der über das ganze Land verbreiteten Freimaurergesellschaften. Ein günstiges Terrain schien Cadiz darzubieten, wo schon seit Jahren ein Expeditionscorps gesammelt wurde, dazu bestimmt, nach Buenos-Ayres übergeführt zu werden. Der Haß gegen diese amerikanischen Feldzüge und eine Seuche, die unter der Mannschaft ausbrach, leisteten hier den Verschwörern großen Vorschub. Graf Abisbal, der dort kommandirte, zwischen der Rolle eines Rebellen und eines Verräthers hin und herschwankend, ergriff endlich im Juli 1819 die Rolle des letzteren und verhaftete seine eigenen Officiere. Um so rascher glaubte die Regierung so unzuverläßige Truppen einschiffen zu müssen. Der Befehl hiezu kam. Den Soldaten war es, als „seien sie zum Tode bestimmt, mehr um den Hof von der Besorgniß vor dem Heere zu befreien, als um die Eroberung Amerika's zu machen, die bereits unmöglich geworden sei." Man wollte sich nicht zur Schlachtbank führen lassen. Zu den ersten, welche eingeschifft werden sollten, gehörte das Bataillon Asturien, das in dem Dorfe las Cabezas de St. Juan stand.

Der Befehlshaber dieses Bataillons, Rafael Riego, rief hier am Neujahrstag 1820 Morgens acht Uhr in Gegenwart seiner Soldaten die Konstitution von 1812 aus, nahm in raschem Zuge den neuen Kommandanten Graf Calderon mit seinem ganzen Hauptquartier gefangen und zog mit vier Bataillonen gegen Cadiz. Durch die Schuld des minder energischen Obersten Quiroga, welcher den Oberbefehl des „Nationalheeres" übernehmen sollte, mißlang eine Ueberrumplung dieser so wichtigen Stadt. Das Insurgentenheer stieg auf 5000 Mann. Auch weitere Versuche, sich Cadiz zu bemächtigen, scheiterten an der Umsicht des neuen Kommandanten Freire, und so beschloß der ungeduldige Riego, mit 1500 Mann Andalusien zu revolutioniren. Von dem königlichen General José O'Donnel verfolgt, von der Bevölkerung gleichgiltig aufgenommen, mußte er sich, unter fortwährender Desertion seiner Soldaten, in die Sierra Morena flüchten, wo sich das Häuflein vollends auflöste. In Cadiz schien die Sache der Insurgenten ganz verloren zu sein. Durch den schmählichen Verrath des Generals Freire, welcher den Einwohnern die Verkündigung der Verfassung von 1812 zusagte und unter die fröhlich Versammelten seine Soldaten losstürzen und einhauen ließ, waren dort die Hoffnungen der Konstitutionellen tief gesunken und zwar fast in dem nämlichen Augenblick, als in Madrid alles schon gewonnen war.

Auf die Nachricht von dem Aufstand Riego's hatte die Erhebung die Runde in den Provinzen gemacht. General Mina kam aus Frankreich nach Navarra zurück und wurde von den Truppen mit Jubel aufgenommen. Nirgends mehr konnten die königlichen Generale auf ihre Truppen zählen. Graf Abisbal rief in Ocanna, drei Stunden von Aranjuez, das Bataillon seines Bruders zur Wiederherstellung der Verfassung auf und stellte sich an die Spitze der Soldaten. Sobald der Aufstand in die Nähe der Hauptstadt kam, verlor die Regierung alle Fassung. Auch unter dem Volk in Madrid gährte es gewaltig. Ferdinand glaubte eine Abschlagszahlung geben zu dürfen und versprach am 6. März die Berufung der alten Kortes, wie er dies am 4. Mai 1814 ebenfalls gethan und nicht gehalten hatte. Sein Thron, vielleicht sein Leben war verloren, wenn er nicht vollständig nachgab. So verkündigte er endlich am 7. März seinen Entschluß, die Verfassung von 1812 zu beschwören, mußte auch schon am 9., wo Mitglieder des Stadtraths und entschlossene Volksführer in den Palast eindrangen, den Eid leisten. Dem verdächtigen König wurde bis zum Zusammentritt der Kortes eine provisorische Junta zur Seite gestellt, welche die Kamarilla und die Inquisition sogleich aufhob, die politischen Gefangenen entließ, die Preßfreiheit herstellte, das Heer auf die Verfassung beeidigen ließ und so ziemlich die ganze Staatsgewalt in ihre Hände nahm. Am 12. März wurde ein Verfassungsfest gefeiert, und die Processionen, Illuminationen und Stiergefechte wollten in dem freudig erregten Spanien kein Ende nehmen. Die Revolution hatte gesiegt. Alle höheren Aemter im Militär und Gerichtswesen, der Staatsrath und das Ministerium wurden mit Anhängern der Konstitution besetzt, zum Theil mit Männern, welche aus der Verbannung und aus den Gefängnissen herbeigeholt werden mußten. Die Kortes wurden am 9. Juli von dem König eröffnet, und öffentlich legte er noch einmal den Eid ab.

Die Kortes hatten in einem Lande, wo die Bildung kaum die obersten Schichten berührte, wo das Volk noch vollständig im Gängelband der Geistlichkeit sich befand, eine schwierige Stellung. Ihr schlimmstes Geschäft war die Ordnung der Finanzen, zumal da die Bauern, wie drei Jahrhunderte vorher in Deutschland, dem Wahn sich hingaben, daß mit der neuen Aera alle Steuern und Zehnten abgeschafft seien. Kein Finanzminister konnte ohne Eingriffe in die Kirchengüter auskommen. Daher wurden mehrere Mönchsorden, auch

der Orden der Jesuiten abgeschafft, die Güter der aufgehobenen Klöster für Nationalgüter erklärt und zum Verkauf ausgesetzt. Dies erregte den Unwillen der Geistlichkeit, besonders der Bischöfe, der Papst nahm sich in einem besonderen Briefe an den König der Jesuiten an, und dieser weigerte sich, dem Klostergesetz seine Sanktion zu geben, ohne jedoch seine Weigerung durchsetzen zu können. Er mußte vielmehr bald darauf seinen Beichtvater entlassen, die Ernennung des royalistischen Generals Carvajal zum Kommandanten von Madrid für ein Mißverständniß erklären und vom Eskurial nach Madrid zurückkehren, umgeben von wilden Volkshaufen, die ihm, während er auf dem Balkon des Schlosses stand, den Sohn des erschossenen Lacy emporhielten und ausriefen: „Es lebe der Rächer seines Vaters!“ Der König, in einer ähnlichen Lage wie Ludwig XVI. nach seiner Fahrt von Versailles nach Paris, war wüthend über seine Beschimpfung und richtete die Blicke nach dem Ausland. Denn was in Spanien für ihn geschah, reichte lange nicht aus, um ihn wieder zu einem absoluten Herrscher zu machen, weder das Auftreten der „Glaubensarmee“ unter dem Pfarrer Merino und andern Bandenführern, noch die Einsetzung einer „Regentschaft während der Gefangenschaft Ferdinands,“ noch der Aufstand der Garden, weche am 7. Juli 1826 durch einen kühnen Handstreich den absoluten Thron wieder aufrichten wollten, aber vernichtet wurden. Es war den König schon schwer genug angekommen, den Führer der Moderados (Gemäßigten), den beredten, aber mehr schöngeistigen als praktischen Martinez de la Rosa, welchen die Exaltados (Radikalen) die Pastetenbäckerin „Röschen“ nannten, an die Spitze eines neuen Ministeriums zu stellen. Nun aber, nach dem mißlungenen Attentat seiner Garden, mußte er gar ein Exaltados-Ministerium annehmen, den Urheber des ganzen Aufstandes, Riego, damals Präsidenten der Kortes, in seinen Palast kommen lassen und eine theatralische Versöhnung aufführen. Darauf wurde General Elio in Valencia zur Erdrosselung verurtheilt, das einzige blutige Opfer, das sich die Revolution auserseehen hatte. Dem Aufstand an der Pyrenäengrenze, welchen die Glaubensarmee und die Regentschaft, an deren Spitze der Marquis Matafloriba stand, unterhielt und zu einer Gegenrevolution zu entzünden suchte, wurde durch die neuen Minister kräftig entgegengetreten. Der tüchtige General Mina erhielt den Oberbefehl, zog mit der konstitutionellen Armee nach Lerida in Katalonien, trat mit drakonischer Strenge gegen die Königlichen auf, eroberte die Festung

Urgel, wo die Regentschaft gethront hatte, und jagte diese und ihre Helfershelfer über die französische Grenze. So entschwand dem König auch dieser matte Hoffnungsstrahl; es mußte sich zeigen, welche Wirkung der Brief äußerte, den er am 22. Juli 1822 an König Ludwig XVIII. von Frankreich geschrieben hatte, um ihn um seinen bewaffneten Schutz anzugehen.

Aber Ludwig und sein Minister Villèle glaubten sich mit der Erfüllung dieser Bitte nicht sehr beeilen zu müssen. Wenn ihnen auch die Gefahr eines so nahen Brandes wegen der revolutionären Gelüste Frankreichs höchst unbequem war und ein Krieg für die Interessen der Legitimität und vollends für einen bourbonischen König sehr für ihr System paßte, so bedachten sie doch auch, welche Verheerungen dieser Krieg in dem französischen Staatsschatz verursachen werde, und wie man durch denselben die Revolution vielleicht in Spanien ersticken und nach Frankreich hineinschleppen könne. Die Treue der Soldaten war noch zweifelhaft, der Ausgang schien im Hinblick auf die Haltung Spaniens im napoleonischen Kriege ungewiß, und für das Beste hielt es daher Villèle, den „Vulkan ruhig ausbrennen zu lassen". Damit waren die Royalisten nicht einverstanden und hoben hervor, daß den Bourbonen nichts erwünschter sein könne als ein Krieg, um das Heer an sich zu fesseln und zu zeigen, daß man auch ohne Napoleon zu siegen verstehe.

Wie schon in Laibach verabredet war, trat im Oktober 1822 der Kongreß von Verona zusammen. Die Monarchen der Ostmächte und Italiens, mit Ausnahme des Papstes, waren wieder persönlich erschienen, von Seiten Frankreichs der auswärtige Minister Mathieu Montmorency und der als Legitimist und Schriftsteller bekannte Vicomte Chateaubriand. Neben den „babylonischen Festen" in der Weise des Wiener Kongresses gingen die politischen Verhandlungen her, die hauptsächlich Spanien zum Gegenstand hatten. Hier begegneten sich die Wünsche der Ostmächte und Montmorency's. Wie jene Frankreich nicht für sich, sondern im Auftrag der heiligen Allianz interveniren lassen wollten, so wünschte dieser, daß Frankreich zwar unter allen Umständen den Krieg führe, aber nur unter der Firma der heiligen Allianz, auf deren materielle Unterstützung es nöthigenfalls müsse zählen können. Es wurde der Beschluß gefaßt, in gleichlautenden Noten an die spanische Regierung die Forderung zu stellen, daß die Verfassung in konservativem Sinne umzuändern und der

König wieder in seine Rechte einzusetzen sei. Falls dies abgeschlagen werde, sollte Frankreich in Spanien einmarschiren. Der englische Gesandte, Herzog von Wellington, erklärte, daß seine Regierung nie in eine bewaffnete Einmischung willige. Der auswärtige Minister Englands, Canning, drohte sogar mit Anerkennung der Selbständigkeit der südamerikanischen Staaten (der früheren spanischen Colonien); aber alle seine Vorstellungen sah er von dem gebietenden Kongreß wie „Makulatur" behandelt.

Ludwig war von der Kriegslust seines Ministers nicht sehr erbaut, rief den „unseligen Mathieu, der doch nichts als dumme Streiche mache", nach Paris zurück, entließ ihn und machte Chateaubriand zum auswärtigen Minister. Aber auch dieser kam, hauptsächlich von Kaiser Alexander umgestimmt, mit Kriegsideen von Verona zurück und erging sich über die welthistorische Führung seines Amtes in Planen und Phantasien, als ob es sich um die Dichtung eines Epos handelte. „In sechs Monaten zu vollbringen, was Napoleon nicht in sieben Jahren vermocht", war freilich ein Ziel und ein Erfolg, dessen sich in Wahrheit nur ein Poet rühmen konnte. Der Krieg wurde beschlossen, die Absendung französischer Noten nach Madrid war nur noch eine Formalität, und in der Thronrede vom 28. Januar 1823 erklärte Ludwig, „100,000 Franzosen stehen bereit, den spanischen Thron einem Enkel Heinrichs IV. zu erhalten".

Die Veroneser Noten der drei Ostmächte waren einstweilen in Madrid eingelaufen und hatten bei den Kortes und unter dem Straßen-Publikum einen ungeheuren Sturm des Unwillens erregt. Ihre anmaßende Sprache wurde mit gleicher Münze beantwortet, jede Einmischung zurückgewiesen und dem russischen Gesandten, welcher nebst den anderen seine Pässe verlangte, bemerkt, daß man freilich von einem „Kalmücken" nicht die Bildung eines civilisirten Europäers erwarten könne. Dabei waren aber die Minister ihrer schlimmen Lage sich wohl bewußt und wandten sich in bittender Sprache an England, in friedlicher an Frankreich. Beides vergebens! Hier war man schon zu weit gegangen, dort wollte man über Worte nicht hinausgehen, wegen Spaniens sich nicht in einen Krieg mit dem ganzen Kontinent einlassen. Von allen Mächten, selbst von seinen früheren Beschützern verlassen, durch trostlose Finanzen beengt, beschlossen die Kortes, gegen die eindringenden Franzosen einen Guerilla-Krieg zu führen, Madrid aufzugeben und die Regierung nach Sevilla zu verlegen. Trotz allen

Widerstrebens, trotz vorgeschützter, durch die königlichen Leibärzte beglaubigter Gicht mußte Ferdinand, welchem einige wilde Gesellen schon: „Tod dem Könige" zuriefen, am 20. März mit den Kortes abreisen.

Am 7. April überschritt der Herzog von Angoulème, welchem Generale aus Napoleons Schule zur Seite standen, den Grenzfluß Bidasoa mit 95,000 Mann, darunter 21,000 Reitern. Er sparte in dem geldarmen Lande sein Gold nicht, gewann Führer und Soldaten durch Bestechung, die Bevölkerung durch wohlbezahlte Lieferungen. Den General Molitor schickte er gegen Ballesteros; dieser sollte Aragonien beschützen, konnte aber nicht hindern, daß Molitor am 26. April in Saragossa, dessen Widerstand gegen Napoleons Soldaten weltberühmt geworden ist, unter dem Jubel der Bevölkernng einzog. General Moncey sollte den entschlossenen Mina aus Katalonien zurückdrängen; der Herzog selbst zog gegen Madrid, in welchem am 23. Mai die ersten Franzosen ihren Einzug hielten. Der bestochene Graf Abisbal mit dem Schutze der Hauptstadt beauftragt, wollte Heer und Bevölkerung zum Abfall bringen, mußte aber vor dem allgemeinen Haß entfliehen. Eine Regentschaft, an deren Spitze der Herzog von Infantado stand, sollte bis zur Befreiung des Königs das Land in absolutem Sinne regieren, worüber der Pöbel sein Wohlgefallen durch Plünderung der Häuser der Konstitutionellen äußerte. Sofort zogen die Franzosen in Eilmärschen nach Andalusien gegen Sevilla, die wenigen spanischen Truppen vor sich hertreibend. Am 21. Juni erreichten sie Sevilla. Dort hatten die Kortes am 23. April ihre Sitzungen eröffnet und die Zeit bis zum 13. Juni unter nutzlosen Berathungen hingebracht. Bei der Annäherung der Franzosen zogen sie sich nach Cadiz zurück, den König gewaltsam mit sich führend. Rasch folgte ihnen der Feind und stand schon am 23. Juni vor der Stadt. In den nördlichen Provinzen hatten sich die Generale Morillo und Ballesteros bereits ergeben. Außer Katalonien und Cadiz war bereits alles in den Händen der Franzosen. Bei der Ankunft des Herzogs von Angoulème wurde der Sturm unternommen, Cadiz zu Wasser und zu Land angegriffen. Der Kampf war sehr ungleich. Die Besatzung betrug etwa 12,000 Mann, deren Muth und Treue etwas zweifelhaft war, die Festungswerke waren in schlechtem Zustande und die Flotte zählte nur ein einziges Linienschiff und einige Kanonenboote. Am 31. August wurde die Halbinsel Trocadero, welche die

Einfahrt in den inneren Hafen beherrschte, von den Belagerern genommen, wobei der frühere Carbonaro-Prinz, Karl Albert von Carignan, seine ganze Vergangenheit über Bord werfend, tüchtig mithalf. Als am 20. September auch das Fort St. Petri und die Insel Leon erobert wurden, drangen Bürger und Soldaten auf Uebergabe. Unterhandlungen fanden statt; aber der Herzog beharrte darauf, nur mit einem freien König abzuschließen. Um die letzte Sprödigkeit zu überwinden, wurden vier Millionen Franks zur Bestechung der hervorragenden Persönlichkeiten aufgewandt. Sofort erklärten sich die Kortes für aufgelöst und den König für frei. Um ihm Gelegenheit zu neuem Treubruch zu geben, ließ man ihn noch eine Erklärung unterschreiben, worin er „aus freiem Willen und unter der Bürgschaft des königlichen Wortes" eine allgemeine Amnestie, eine freie Verfassung und Anerkennung der Staatsschulden verkündigte. Am 1. Oktober begab sich der König ins französische Lager nach Puerto St. Maria. General Valdes und Alava hatten ihn in einer Schaluppe begleitet, waren aber trotz seiner Bitten, ihm in dieser stürmischen Zeit ihre treuen Dienste nicht zu verweigern, nicht mit ihm ausgestiegen. Aergerlich darüber, daß ihm diese Rache entgangen sei, rief er ihnen vom Lande aus nach: „Ah Schurken! wie glücklich seit ihr, mir zu entrinnen!"

Nach der Uebergabe von Cadiz mußten auch die andern festen Plätze kapituliren. Barcelona in Katalonien war einer der letzten. Dort focht Mina für die Ehre Spaniens mit dem besten Erfolg. Zwei Monate lang beschäftigte er in einem aufreibenden Guerillakrieg mit wenigen Truppen 29,000 Franzosen und Royalisten, warf sich schwerverwundet nach Barcelona, wurde zu Wasser und zu Land eingeschlossen, hielt sich fast noch vier Monate und schloß am 1. November mit dem General Moncey einen Vertrag, wodurch Ehre, Freiheit und Eigenthum der unter seinem Befehle stehenden Truppen und Bürger gesichert war. Darauf begab er sich nach England, wohin sich mehrere Generale und Kortesmitglieder von Cadiz und anderen Orten aus bereits geflüchtet hatten.

Kaum ruhmvoller als Neapel hatte die spanische Revolution ihre Feuerprobe bestanden und dem Herzog von Angoulème Gelegenheit gegeben, sich für einen der größten Feldherren, dem Herrn von Chateaubriand, sich für einen ausgezeichneten Staatsmann zu halten, während Canning, um diesem Schwindel einen Dämpfer aufzusetzen, daran erinnerte, daß Spanien jedem, der seine Zustände kenne, als

eine „westliche Türkei" vorkomme. Was nun kam, bezeichnete diesen Ausgang als ein Ende mit Schrecken. Adel, Geistlichkeit und Pöbel verbanden sich mit einander, um Tausende von Negros (Konstitutionelle) in den Kerker und auf das Schaffot zu bringen. In Madrid, Saragossa und Sevilla wurde unter den Augen der Franzosen trotz Kapitulation geplündert und eingekerkert. Riego, welcher das Signal zur Revolution gegeben hatte, war eines der ersten Schlachtopfer. Er hatte sich im August mit ein paar tausend Mann aus Cadiz entfernt, um die Verbindung zwischen dieser Stadt und Madrid zu durchbrechen und die Franzosen durch Bedrohung ihres Rückens zum Rückzug zu bewegen. Nach manchen Hinundherzügen wurde sein Korps von den Feinden zersprengt, er selbst auf einem Pachthof gefangen genommen und den spanischen Behörden ausgeliefert. Unter schrecklichen Mißhandlungen wurde er nach Madrid geschleppt, dort, mit Ketten belastet, in einen abscheulichen Kerker geworfen und am 7. November schon halb todt zu Richtstätte geschleift.

Das erste Dekret, welches Ferdinand unterzeichnete, erklärte alle Verordnungen der konstitutionellen Regierung (Aufhebung der Klöster, der Inquisition, des Jesuitenordens, Verkauf der Kirchengüter u. s. w.) für nichtig und bestätigte alle Unthaten der reaktionären Junta. Dies war selbst dem Herzog von Angoulème zu viel, daher er dem König sein Mißfallen hierüber bezeigte und über die Pyrenäen zurückeilte, um am 2. Dezember einen prunkvollen Einzug in Paris zu halten. Doch dauerte die Besetzung Spaniens durch französische Truppen noch fünf Jahre. Es war ein theurer Ruhm. 200 Millionen hatte dieser militärische Spaziergang Frankreich gekostet, und was war damit gewonnen? Alle Rathschläge König Ludwigs blieben unbeachtet, und Chateaubriand, welcher gehofft hatte, den Spaniern eine geeignete Verfassung zu geben, wollte sich bereits nicht mehr zum Mitschuldigen „der Dummheit und des Fanatismus" eines Königs hergeben, den er einen „hassenswürdigen Fürsten" nannte, „der die Verfassung nur beschworen, um sie zu verrathen, der fähig sei, sein Reich in einer Cigarre aufzubrennen", dessen Regierung „blutig, habgierig, fanatisch sei, ein abgeschmackter Despotismus, eine vollständige Anarchie der Verwaltung". Dieser „absolut-absolute" König, wie ihn der Madrider Pöbel nannte, machte seinen verfolgungssüchtigen Beichtvater, Viktor Sanz, zugleich zum ersten Minister, ließ in drei Wochen 112 Menschen als Verschwörer hinrichten und bedrohte mit seinen Blutdekreten das

Leben aller, die nicht seinem Absolutismus dienten. Und doch konnte er es den „Apostolischen", welche nur in der vollständigen Herrschaft der Kirche des Mönchthums, der Inquisition das Heil Spaniens sahen, nicht recht machen und mußte sehen, wie die Gesellschaft des „Würgengels" eine Schrift verbreitete über die „Nothwendigkeit, den Infanten Don Karlos auf den Thron zu erheben", wie 1827 in Katalonien der Ruf: „Es lebe Don Karlos! Es leben die Mönche und die heilige Inquisition!" erscholl und nur durch blutige Strenge der apostolische Aufstand niedergedrückt wurde. Don Karlos, des Königs ältester Bruder, war die Hoffnung dieser apostolischen Junta, welche durch ihren Einfluß das ganze Land beherrschte. Bei der Kinderlosigkeit des Königs war diesem Finsterling der Thron sicher. Da starb 1829 des Königs dritte Gemahlin, und weiberfreundlich wie er war, heiratete er noch im nämlichen Jahr die blühende Marie Christine, Tochter des Königs Franz von Neapel. Ihr zu Lieb hob er das von dem bourbonischen Philipp V. 1713 eingeführte Erbfolgegesetz, wonach die Frauen erst nach dem völligen Aussterben des Mannsstammes thronfähig sind, auf und machte das alte kastilianische Successionsrecht, wonach die Töchter und Enkelinnen des Königs seinen Brüdern und Neffen vorgehen, im März 1830 durch ein Dekret, die pragmatische Sanktion genannt, zum Gesetz. Die Sache wurde bald praktisch; denn am 10. Oktober 1830 schenkte Marie Christine ihrem Gemahl eine Tochter, Isabella, welche alsbald zur Thronerbin und Prinzessin von Asturien erklärt wurde, und am 30. Januar 1832 eine zweite Tochter, Luise. Die Partei des Don Karlos, die Apostolischen und Absolutisten, war sehr bestürzt; was sie schon in den Händen zu haben glaubten, konnten sie jetzt nur durch eine Revolution erringen. Dazu waren sie aber auch entschlossen. König Ferdinand VII. starb am 29. September 1833, die dreijährige Tochter wurde als Isabella II. zur Königin ausgerufen, und ihre Mutter trat die ihr durch das Testament übertragene Regentschaft an. Sie mochte wollen oder nicht wollen, sie mußte sich an die Liberalen im Lande halten, da die Gegenpartei die Rechtmäßigkeit der Aufhebung des „salischen" Gesetzes bestritt, die Thronbesteigung Isabellens als eine Usurpation betrachtete und an ihrem Lieblingskönig Karlos festhielt, welcher schon vor seines Bruders Tod gegen die pragmatische Sanktion protestirt und sich zu seinem Gesinnungsgenossen und Neffen, Don Miguel von Portugal, begeben hatte. Die Zukunft Spaniens war klar vorgezeichnet: ein

neuer Bürgerkrieg stand vor der Thüre; hier Karlos, hier Christine! war das Feldgeschrei. Unter den Parteinamen Karlisten und Christinos standen sich aufs neue zwei politische Principien gegenüber und bekämpften sich bis aufs Messer.

Noch ist ein anderes wichtiges Ereigniß, das in die Regierungszeit Ferdinands fällt, mit wenigen Worten nachzuholen: der Scheidungsprozeß der amerikanischen Kolonien von dem Mutterlande Spanien. Zu jenen rechnete man Mexiko und Centralamerika und in Südamerika: Venezuela, Neu-Granada, Ecuador, Peru, Chile, La-Plata-Staaten (Buenos-Ayres, Uruguay und Paraguay), ein Länderkomplex von etwa 250,000 Quadratmeilen mit 17 Millionen Einwohnern. Drei Jahrhunderte an Spanien gekettet, wurden sie auch in der letzten Zeit kaum anders als unter der Regierung Philipps II. und seiner Alba's behandelt. Jesuiten und Inquisition waren hier in Kirche und Schule allmächtig, der Handel, welcher bei den herrlichen Produkten dieser reichen Länder einen ungeheuren Aufschwung hätte nehmen können, war schon dadurch lahm gelegt, daß nur spanische Waaren bei ihnen eingeführt, die eigenen Erzeugnisse nur an Spanier abgegeben werden durften. Staats- und Kirchenämter konnten nur solche Spanier, die im Mutterlande geboren waren, erhalten, nicht die in den Kolonien geborenen, die Kreolen, von den Ureinwohnern und den Mischlingen, welche den größten Theil der Bevölkerung ausmachten, gar nicht zu reden. Die Vicekönige und Generalkapitäne, welche von Spanien aus dahin geschickt wurden, erlaubten sich mit ihrem ganzen Schwarm von Ober- und Unterbeamten Gewaltthätigkeiten und Erpressungen, wie man sie in der Zeit der römischen Prokonsuln findet. Die Aufforderung Napoleons, die Regierung seines Bruders Josef anzuerkennen, fand in den Kolonien so wenig Anklang als in Spanien. Ueberall bildeten sich Junten, welche im Namen Ferdinands regierten. Dadurch lernten die Provinzen die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Selbstregierung kennen. Sie in das alte Joch zurückzuführen, war eine Sache der Unmöglichkeit. Entweder mußte Spanien den Kolonien Rechtsgleichheit mit dem Mutterlande, gleiche Vertretung in den Kortes und Handelsfreiheit gewähren, oder mußte es in seiner finanziellen und maritimen Ohnmacht jeden Augenblick ihrer Losreißung vom Mutterlande gewärtig sein. Weder die liberalen Kortes von 1812, noch der

wiedereingesetzte Ferdinand giengen auf diese Forderungen der Südamerikaner ein, und so trat der zweite Fall ein.

In Mexiko, wo schon 1810 der Priester Hidalgo und Andere Insurgentenhaufen gegen die Spanier gesammelt hatten, wurde 1821 von einem Abkömmling des alten mexikanischen Kaiserhauses, Iturbide, die Unabhängigkeit des Landes und, da Ferdinand die Kaiserkrone von Mexiko nicht annehmen wollte, 1822 die gänzliche Trennung proklamirt und Iturbide zum Kaiser Augustin I. ausgerufen. Eine republikanische Erhebung stürzte ihn, und General Santa Anna rief 1823 in Vera-Cruz die Republik aus. Iturbide mußte nach Europa flüchten, und als er zurückkehrte, wurde er 1824 erschossen. Auch Guatemala errang 1821 seine Selbständigkeit und gründete die Bundesrepublik von Centralamerika. Die Befreiung des nordwestlichen Südamerika, wo schon 1810 Aufstände vorkamen, knüpft sich hauptsächlich an den Namen eines reichen Kreolen, Bolivar, aus Venezuela, welcher sich durch langjährigen Aufenthalt in Europa gebildet hatte. Nach wechselnden Kriegsereignissen wurde 1819 die Vereinigung Venezuela's und Neugranada's, denen sich 1822 auch Ecuador anschloß, ausgesprochen, und diese drei bildeten die Republik Kolumbia. In Buenos-Ayres wurde schon 1810 der spanische Vicekönig abgesetzt und 1819 die argentinische Republik (Vereinigte Staaten am la Plata) gegründet. Auch die Nachbarstaaten Paraguay (lange Zeit ein jesuitischer Musterstaat) und Uruguay machten sich zu selbständigen Republiken, letzterer, nach einer Zwischenherrschaft Brasiliens, erst 1829. Von Buenos-Ayres aus wurde die Erhebung Chile's, die schon 1810 begonnen hatte, 1817 durch Absendung des Generals San Martin unterstützt und 1818 seine Unabhängigkeit und republikanische Verfassung proklamirt. Die längsten Kämpfe hatte Peru zu bestehen, wo trotz der Hilfe des argentinischen Generals San Martin und des chile'schen Admirals, des Engländers Cochrane, erst mit dem thätigen Eingreifen Bolivars durch den Sieg bei Ayacucho 1824 das Land befreit, die Republik ausgerufen und ebendamit die Losreißung des ganzen spanischen Südamerika entschieden war.

Was in Spanien mißlungen war, war in den Kolonien durchgeführt, und was der heiligen Allianz in Spanien gelungen war, war ihr zu ihrem großen Bedauern jenseits des Oceans unmöglich. Die drei Ostmächte, welche sich für die Revolutionsbändiger der ganzen

Welt hielten, wollten nach der Restauration des spanischen Absolutismus auch Südamerika wieder in das alte Geleise zurückführen. Ohne Mitwirkung Englands als der größten europäischen Seemacht war dies kaum möglich. Englands Handel zog aber aus der Unabhängigkeit dieser Staaten sehr große Vortheile; daher war es entschlossen, diesmal seine Proteste nicht als „Makulatur“ behandeln zu lassen, und erklärte, daß es sich jeder Intervention in den spanischen Kolonien mit seiner ganzen Macht widersetzen werde. Frankreich hätte gerne bourbonische Königreiche dort geschaffen, wie in unseren Tagen ein Vasallen-Kaiserthum, ein Plan, der an der Eifersucht der anderen Mächte scheiterte. „Um das monarchische Princip aufrecht zu erhalten und einen großen Skandal zu vermeiden“, machte die heilige Allianz England die vortheilhaftesten Anträge bezüglich seiner Handelsinteressen, wenn es selbst die Intervention übernehme. Aber Canning setzte als auswärtiger Minister seinen Willen durch, und am 1. Januar 1825 sprach das englische Ministerium die Unabhängigkeit dieser spanischen Kolonien aus.

Dafür wurde die heilige Allianz in einem anderen Lande reichlich entschädigt. Wie in Spanien, so hatten auch in Portugal die Freiheitsbestrebungen einen blutigen Kampf mit dem Absolutismus. Die Königsfamilie war 1807, als der französische Marschall Junot auf Napoleons Befehl das Land besetzte, nach Brasilien entflohen. Bei dem Sturz des letzteren war der englische General Lord Beresford, welcher sich in dem pyrenäischen Kriege sehr ausgezeichnet hatte, im Besitz aller Macht, obgleich eine Regentschaft eingesetzt war. Als Oberbefehlshaber des portugiesischen Heeres machte er sich sehr verhaßt. Das Militärbudget verschlang zwei Drittheile der Einkünfte, und von den Officiersstellen war ein Drittheil mit Engländern besetzt. Dies und sein stolzes, herrisches Wesen regte die nationalen Gefühle zu sehr auf. England war freilich schon seit dem 18. Jahrhundert gewohnt, Portugal als seine Handelsdomäne anzusehen und das durch die unbedingte Herrschaft der Jesuiten und durch ostindische und brasilianische Reichthümer geistig und industriell heruntergekommene Volk wie eine Provinz auszubeuten. Das Gehässige dieser Fremdherrschaft wurde durch die Militärdiktatur Beresfords noch geschärft. Dazu kamen die Beziehungen zur Dynastie. Nach dem Tode der wahnsinnigen Königin Maria 1816 bestieg der Prinz-

regent, ihr Sohn, als Johann VI. den Thron von Portugal und Brasilien. Während Volk und Heer wünschte, daß die königliche Familie wieder nach Portugal übersiedle und von Lissabon aus die Kolonie Brasilien beherrsche, fanden am Hofe entgegengesetzte Neigungen statt. Der König lud die vornehmsten Mitglieder des Adels und die reichsten Kaufleute zur Auswanderung nach Brasilien ein und wollte Geld und Truppen zur Bezwingung von Uruguay aus dem Mutterlande beziehen. All diese Umstände verursachten 1817 eine Militärverschwörung, welche dem wackeren General Freire und elf seiner Genossen das Leben kostete. Dadurch wuchs der Haß gegen Beresford noch mehr, und dieser entschloß sich, als der Ausbruch der spanischen Revolution seine zündenden Funken in das Nachbarland hinüberwarf, zu einer Reise nach Brasilien, um wegen der zu treffenden Maßregeln persönlich mit dem König zu unterhandeln. Vier Monate nach seiner Abreise, am 24. August 1820, erhob sich die Stadt Oporto, bildete eine provisorische oberste Junta, welche im Namen des Königs bis zum Zusammentritt der Kortes regieren sollte. Die Bewegung theilte sich dem ganzen Lande, das wie Spanien von Freimaurern bearbeitet war, mit, auch Lissabon schloß sich an, die Regentschaft wurde abgesetzt, die beiden Junten von Oporto und Lissabon vereinigt und die Kortes berufen, um auf Grundlage der spanischen Verfassung eine den portugiesischen Verhältnissen entsprechende zu entwerfen. Inzwischen war auch Lord Beresford aus Brasilien zurückgekehrt, durfte aber nicht in den Hafen von Lissabon einlaufen und mußte nach England zurückkehren.

König Johann, ein gutmüthiger Mann, fügte sich leicht in diese Wendung der Dinge und versprach, nach Europa zurückzukehren, falls die Beschlüsse der Kortes mit seinen Interessen harmonirten. Aber auch in Brasilien spürte man die Wellenschläge der portugisischen Bewegung. In Rio Janeiro bildete sich eine Junta, die portugisische Verfassung, obwohl noch nicht fertig, wurde bereits beschworen, und der König, von seinem ehrgeizigen Sohne Don Petro und dem Militär gedrängt, mußte jenen als Vicekönig in Brasilien zurücklassen und mit seiner übrigen Familie sich nach Lissabon einschiffen. Dort traf er am 3. Juli 1821 ein, durfte aber nicht eher landen, bis er die Grundzüge zu der stark demokratisch gefärbten Verfassung unterschrieben hatte. Als die Verfassung vollendet war, beschwor er sie am 1. Oktober 1822, zwang seinen zweiten Sohn Don Miguel

dazu, forderte auch Don Pedro hiezu auf, fand aber bei seiner Gemahlin, der Königin Karlotta, den entschiedensten Widerstand. Diese, eine Schwester des Königs von Spanien, ausschweifend und herrschsüchtig, bot alles auf, um das neue konstitutionelle Leben, das ohnedies heftige Feinde in der Geistlichkeit und in dem unwissenden Volke gar keinen Halt hatte, zu untergraben. Ihr Haus war der Sammelpunkt der „Gebückten", wie man dort die Reaktionäre hieß. An ihrem ihr gleichgearteten Sohne Don Miguel, der in all ihre Plane eingeweiht war, hatte sie ein gehorsames Werkzeug. Auf ihre Weigerung, den Eid zu leisten, wurde sie des Landes verwiesen und weil sie sich krank stellte, in dem Lustschloß Ramalhao unter Aufsicht gestellt. Aber sie ließ ihre Plane nicht fallen, und die französische Intervention in Spanien gab ihr eine erwünschte Gelegenheit zur Ausführung derselben. Zwar gelang die von Graf Amarante in Scene gesetzte Contre-Revolution nicht, aber im Mai 1823 brachte Don Miguel den größten Theil der Garnison von Lissabon auf seine Seite, zwang die Kortes, sich, wenn auch unter Protesten, aufzulösen und nach England zu fliehen, und ließ seinen Vater unter dem Volksgeschrei: Nieder mit der Konstitution! Es lebe der unumschränkte König!" seinen Einzug in Lissabon halten. Die Verfassung wurde aufgehoben, Königin Karlotta zurückgeführt, Don Miguel Oberbefehlshaber der Armee. Da aber Johann dennoch nicht dem absolutistischen System seiner Gemahlin huldigte und sich mit Personen umgab, die durchaus nicht zu ihrer Coterie gehörten, wie Graf Palmella, Graf Subferra und Marquis von Loulé, so wurde der letztere in einem der königlichen Vorzimmer ermordet, und als auch dieser Wink nicht gehörig beachtet wurde, ein Plan entworfen, um durch eine Palastrevolution Johann zur Thronentsagung zu zwingen und Don Miguel an seine Stelle zu setzen. Am 30. April 1824 stellte sich dieser an die Spitze der Truppen, besetzte den Palast, machte seinen Vater zum Gefangenen und drang ihm vorerst absolutistische Minister auf. Der englische Gesandte und seine Kollegen, sowie einige Militärs protestirten gegen diesen Staatsstreich, Johann entfloh auf ein englisches Schiff und theilte seinem Volk den ganzen Sachverhalt mit. Der Streich war mißlungen. Der ungerathene Sohn Miguel mußte die Verzeihung seines Vaters anflehen und wurde in die Verbannung nach Wien geschickt. Karlotta

rettete sich wieder durch einen Krankheitsanfall und wurde unter Staatsaufsicht gestellt.

Bald darauf wurden auch die Verhältnisse zwischen Portugal und Brasilien geregelt. Die englischen Handelsinteressen und die Wünsche der Brasilianer verlangten die Lostrennung Brasiliens von Portugal. Am 15. November 1825 wurde der unter englischer Vermittlung geschlossene Vertrag ratificirt, wonach König Johann Brasilien für unabhängig erklärte, seinen Sohn Don Pedro als Kaiser von Brasilien anerkannte, diesen Titel sich selbst auch auf Lebenszeit vorbehielt und in einem geheimen Zusatz bestimmte, daß die Kronen beider Länder nie auf einem Haupt vereinigt sein sollten.

Der Tod Johanns, welcher am 10. März 1826 erfolgte, veranlaßte neue Stürme. Er hatte über die Thronfolge nichts bestimmt, seine Tochter, die Infantin Isabella Maria, zur Regentin ernannt. Diese hielt sich an die constitutionelle Partei und erkannte mit ihr Don Pedro als König von Portugal an, während die absolutistische Partei Don Miguel durchzusetzen sich bemühte. Pedro konnte obiger Bestimmung gemäß die Krone nicht annehmen, erklärte jedoch seine siebenjährige Tochter Maria da Gloria als Königin von Portugal, gab diesem Lande eine freisinnige Verfassung, ernannte seinen Bruder Don Miguel zum Regenten oder eigentlich zu seinem Statthalter, welcher der Verfassung gemäß zu regieren habe, und bestimmte ihm als künftige Gemahlin die eigene Tochter Maria II. Die neue Konstitution wurde in Lissabon von der Regentin verkündigt und eingeführt und auch von Don Miguel in Wien beschworen, zugleich die Verlobung mit seiner Nichte vollzogen. Alsbald erhoben sich die alten Landsknechte der Reaktion, die Amarante und Abrantes, erhielten von der apostolischen Junta in Spanien Unterstützung jeder Art, machten mehrere Einfälle in Portugal, wurden aber von den Generalen Saldanha und Villaflor, zum Theil mit englischer Hilfe zurückgeschlagen. Denn Canning, an welchen sich die bedrängte portugiesische Regierung gewandt hatte, hatte es im englischen Kabinet durchgesetzt, daß zehn Kriegsschiffe mit zwölf Regimentern unter dem General Clinton nach Portugal gesandt und Spanien durch eine drohende Sprache von weiteren Feindseligkeiten abgeschreckt wurde.

Don Pedro hatte seine unbegreifliche Kurzsichtigkeit, welche er gegenüber seinem Bruder Don Miguel zeigte, schwer zu büßen. Dieser „Lissaboner Gutedel,“ wie man ihn in Wien nannte, war

ein unwissender und heuchlerischer Mensch, hatte sich aber der Protektion Metternichs zu erfreuen, welcher ihn in seinem Vorsatz bestärkte, trotz aller Eide die Verfassung umzustürzen und sich zum absoluten König von Portugal zu machen. Denn Metternich sprach nicht bloß den Völkern, sondern sogar den Königen das Recht ab, eine neue Verfassung zu verleihen. So fand er denn den Prinzen voll „edler Gesinnungen“ und versicherte, „die in Wien empfangenen Lehren hätten auf das beste auf ihn gewirkt“. Vor seiner Abreise begab sich Don Miguel auf die Pilgerfahrt nach Mariazell, um sich für seine Blutarbeit zu stärken, und spreizte sich als „der Erzengel Michael, der mit seiner Posaune die Liberalen vor das Gericht ziehen werde“. Bei seiner Landung in Lissabon, am 22. Februar 1828, wurde er von dem aufgereizten Pöbel als König empfangen. Am 26. Februar schwur er vor den Kortes Treue der Verfassung und den Majestäten Don Pedro und Donna Maria, jedoch so, daß niemand von seinem Eide etwas hörte. Seine Mutter bemächtigte sich seiner wieder vollständig. Man sagt, sie habe ihn durch die Drohung, das Geheimniß auszuplaudern, daß er nicht des Königs, sondern eines ihrer Günstlinge Sohn sei, zu jeder Unthat gebracht, wenn er je hiezu eines Sporns bedurfte. Alle Konstitutionellen wurden aus ihren Aemtern entlassen, ein Ministerium der „Gebückten“ berufen, die Kortes aufgelöst, die Anhänger Don Pedro's als Freimaurer bezeichnet, die alten Reichsstände berufen und von diesen am 26. Juni Don Miguel als König von Portugal proklamirt. Ein Militäraufstand, der sich von Oporto aus über das Land verbreitete, hatte bei dem Mangel an einem tüchtigen Führer und bei der Entschlossenheit des Usurpators keinen Erfolg. Wer fliehen konnte, floh nach England. Ueber die Zurückgebliebenen kam ein schreckliches Gericht. Im Laufe eines Monats wurden gegen 16,000 Menschen und zwar gerade aus den ersten Ständen verhaftet. Die Güter der Verhafteten und der Entflohenen wurden eingezogen. Die Gefängnisse reichten nicht mehr aus. Man fragte, was zu thun sei. „Tödten, tödten, die Uebrigen nach Afrika schicken; ich brauche Raum für noch viele Verbrecher!“ war die Antwort.

Sehr lästig waren ihm die englischen Truppen, um deren längeres Verweilen die Konstitutionellen und die in Portugal befindlichen englischen Kaufleute das englische Ministerium dringend baten. Aber nicht Canning stand damals mehr an dessen Spitze, sondern der

Herzog von Wellington, der im ganzen mit den Grundsätzen der heiligen Allianz einverstanden war und so auch das Gesuch abwies. Zum Abschied sagte Don Miguel dem General Clinton, der ihn einlud, vor der Einschiffung seiner Truppen noch einer Revue beizuwohnen: „Sie und Ihre Soldaten können zum Teufel gehen!" Auch sonst zeigte sich die Wendung der englischen Politik. Don Pedro, welcher, von den Brasilianern nicht unterstützt, dieser ganzen Usurpation ruhig hatte zusehen müssen, hatte im Juli 1828 seine Tochter, die junge Königin, nach Europa geschickt. In Gibraltar erfuhr der ihr beigegebene Marquis Barbacena die Thronbesteigung Miguels und führte nun Maria nicht nach Wien, wie ausgemacht war, sondern nach England. Dort wurde sie zwar als Königin aufgenommen, aber nicht behandelt. Denn man nahm weder ihren Gesandten an, noch wollte man dulden, daß die 3000 Flüchtlinge nach der azorischen Insel Terceira gebracht würden, wo der entschlossene Führer Cabreira befehligte und die Unternehmungen der Miguelisten zurückschlug. Doch sammelten sich daselbst nach und nach 3000 Mann unter dem General Villaflor. Terceira wurde der Sammelpunkt der Pedristen und die Operationsbasis für ihre Angriffe auf den Tyrannen, und 1831 wurden auch die übrigen Inseln der Azoren von ihnen besetzt.

Die Königin Maria war 1829 wieder nach Brasilien zurückgekommen. Dort entzweite sich Don Pedro mit der liberalen Partei, legte die Krone zu Gunsten seines sechsjährigen Sohnes Pedro II., nieder, und schiffte sich 1831 mit seiner Gemahlin und seiner Tochter nach Europa ein. Er begab sich nach Paris und London und wurde an beiden Orten gut aufgenommen, da Miguel durch schmähliche Mißhandlung französischer und englischer Unterthanen die Nachsicht und Geduld dieser beiden Regierungen endlich erschöpft hatte, obgleich die preußische Staatszeitung schrieb, daß er „gar nicht so übel" sei. Eine Anleihe wurde abgeschlossen, Schiffe und Truppen ausgerüstet, am 7. Juni 1832 landete von Terceira aus eine mit 12,000 Mann Landtruppen besetzte Flotte in Oporto, und Don Pedro setzte sich in Besitz der Stadt. Vergeblich waren alle Anstrengungen Miguels, die Stadt wieder zu nehmen; andererseits fand aber auch Pedro im Lande nicht die gehoffte Unterstützung. Da trat der erfahrene englische Kapitän Charles Napier in seine Dienste, und dieser und General Villaflor (jetzt Herzog von Terceira) unternahmen eine

Expedition nach dem südlichsten Theil des Landes, nach Algarvien, schlugen die Flotte Miguels, riefen das Volk zu den Waffen, giengen, Napier zur See, Villaflor zu Land, auf Lissabon los, zwangen Miguels Truppen zum Abzug und rückten am 24. Juli 1833 unter dem Jubel der Bevölkerung, welche bereits die Gefängnisse geöffnet und Donna Maria als Königin ausgerufen hatte, in der Hauptstadt ein. Auch Don Pedro hielt seinen Einzug in Lissabon und ließ seine Gemahlin und Tochter dahin kommen. Ein Angriff des Miguelistischen Heeres unter dem französischen General Bourmont wurde abgeschlagen. Miguel nahm eine feste Stellung bei Santarem, nördlich von Lissabon, wurde aber, als in Folge der Quadrupelallianz, welche zwischen England, Frankreich, Marie Christine von Spanien und Don Pedro zur Vertreibung der beiden Prätendenten, Don Karlos und Don Miguel, geschlossen worden war, der spanische General Rodil in Portugal einrückte, bei Thomar noch einmal geschlagen und unterzeichnete am 26. Mai 1834 den Vertrag von Evora, worin er der portugiesischen Krone entsagte und versprach, das Land sogleich zu verlassen und nie mehr zu betreten. Kaum in Italien angekommen widerrief er den Vertrag und verlor dadurch den ihm ausgesetzten Jahresgehalt von 375,000 Franks. Nach verschiedenen Irrfahrten durch Italien und England ließ er sich in Deutschland nieder und vermählte sich mit der Prinzessin von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg. Er starb am 14. November 1866 in Klein-Heubach im bairischen Franken.

Don Pedro stellte die von ihm verliehene Verfassung wieder her, eröffnete am 15. August 1834 die Kortes und wurde von ihnen bis zur Volljährigkeit seiner Tochter zum Regenten ernannt. Alle Mönchsorden und Klöster wurden aufgehoben, ihre Güter für Staatsgut erklärt, die konfiscirten Güter zurückgegeben, die ihrer Aemter Beraubten wieder eingesetzt. Doch starb er noch im nämlichen Jahre, am 24. September, nachdem er für diesen Fall Donna Maria für volljährig erklärt hatte. Die 15jährige Königin vermählte sich im Januar 1835 mit dem Prinzen August von Leuchtenberg, und als dieser schon im März dieses Jahres starb, nahm sie im April 1836 den Prinzen Ferdinand von Koburg zu ihrem Gemahl, dessen Sohn heute den Thron von Portugal inne hat.

§. 4.

Großbritannien.

Kein Land bot der heiligen Allianz so ungünstige Angriffspunkte dar als England. Hier war keine Dynastie zu retten: denn sie saß behaglich auf ihrem Throne; keine Verfassung zurückzunehmen: denn dies wäre, nachdem das Land seit Jahrhunderten mit Parlament und Verfassung zusammengewachsen war, auch für einen Herkules von Staatsmann ein Ding der Unmöglichkeit; keine Revolution niederzuschmettern: denn es fehlte zwar auch hier nicht an Aufständen, aber der Sinn für Gesetzlichkeit war denn doch unter allen Schichten des Volkes zu groß, die Mittel, um auf dem Weg der Reform trotz Adel und Geistlichkeit zu den vorhandenen Freiheiten noch weitere zu erringen und dieser aristokratischen Republik, welche eine Königskrone in ihrem Wappen führte, immer mehr eine demokratische Färbung zu geben, zu einfach und zu zahlreich, als daß das Volk den zweifelhaften Weg der Revolution hätte betreten wollen. Ohne alle Erschütterung, ja fast ohne Einbuße war England aus einem zwanzigjährigen Kriege hervorgegangen; wie vorher, so sah man auch jetzt noch des großen Oraniers Fahne von 1688 flattern mit der Inschrift: „Die protestantische Religion und die Freiheiten von England." Das Parlament hatte immer noch seine Herrschaft, die Presse war frei, und die Hegemonie zur See wurde nach Vernichtung aller größeren Flotten in einem Grade ausgeübt, wie sie früher nie bestanden hatte. Was ihnen Napoleons Continentalsperre geschadet hatte, ersetzten sie durch Wegnahme der französischen Kolonien. Der Wiederbesitz von Hannover, wozu noch Helgoland kam, sicherte ihnen die Herrschaft in der Nordsee; Gibraltar, Malta und die jonischen Inseln waren die Burgen im mittelländischen Meere.

Freilich die Schuldenlast des Landes hatte 1815 die ungeheure Höhe von 814 Millionen Pfund Sterling erreicht, und die jährlichen Staatsausgaben betrugen 114 Millionen. Die Folge solch hoher Summen war eine ungewöhnlich hohe Besteuerung, welche von den Gesetzgebern so vertheilt war, daß die Mittelklassen und die unteren

Stände verhältnißmäßig am meisten zu zahlen hatten. Und sie hatten ohnedies schon genug zu bezahlen, da das Allernothwendigste, das Brot, durch die Hartherzigkeit und Habsucht der großen Grundbesitzer, des Adels, sehr vertheuert war. Denn diese hatten ein Gesetz durchgebracht, wonach die Einfuhr von Korn und andern Lebensbedürfnissen entweder geradezu verboten oder mit sehr hohen Zöllen belegt wurde. Dadurch nahm das Mißverhältniß zwischen Reich und Arm immer größere Dimensionen an; sowohl im Landbau, als im Fabrikwesen trat es mit seiner einschneidenden Schärfe auf. Fast alles Grundeigenthum war im Besitz einiger wenigen Familien, welche ihre Latifundien in kleineren Partien verpachteten und dem ganz Unbemittelten keine andere Wahl ließen, als Taglöhner oder Fabrikarbeiter zu werden. Und doch war trotz der Zunahme großartiger Fabriken, welche allmählich das kleinere Gewerbe ganz verdrängten, die Menschenhand nicht so gesucht, nicht so theuer bezahlt, da das auch beim Landbau um sich greifende Maschinenwesen viele Menschenhände entbehrlich machte. Dies waren sehr bedenkliche Schattenseiten, welche dem freien Engländer, der keinen Stammbaum und kein Vermögen hatte, kaum eine bessere Stellung gaben, als sie der römische Plebejer zu Anfang der Republik einnahm.

Diese Vergleichung gewinnt noch mehr Licht und Wahrheit, wenn auch die bedeutendste Triebkraft der Staatsmaschine, das Parlament selbst, mit in Rechnung gezogen wird. Von den beiden Häusern desselben war das eine, das Oberhaus, geradezu eine Domäne der hohen Aristokratie; aber auch im Unterhaus hatte sie einen überwiegenden Einfluß. Dies hatte seinen Grund theils in dem durchaus unhaltbaren Wahlsystem, wonach, dem historischen Recht zu Lieb, alte verrottete Burgflecken, die kaum ein Dutzend Wähler hatten, das Recht besaßen, ein Unterhausmitglied aufzustellen, während Fabrikstädte von mehr als 100,000 Einwohnern keine Vertretung hatten, theils in dem hohen Census des Wählenden, der die Kräfte eines gewöhnlichen Mannes überstieg, theils in der schamlosen Bestechung, durch welche der Adel sich hauptsächlich die armen Wähler jener kleinen Flecken dienstbar machte. Auf diese Weise stieß man, man mochte über das Korngesetz oder die hohen Steuern klagen, immer wieder auf die Aristokratie, welche das Parlament beherrschte und hier die Gesetze machte. So lange hier

keine Aenderung eintrat, konnte von einer nachhaltigen Besserung der Lage des Volkes keine Rede sein. Zwar trat in jedem Parlament die Opposition in einer respektablen Phalanx auf, aber ihre Fundamentalsätze waren keine anderen, als die der Majorität und des Ministeriums, und der Hauptstreit drehte sich bei ihnen weniger um Ausdehnung des Wahlrechts und ähnliches als um die Anwendung des bekannten Diktums: „Mach Platz und laß mich hin!“ Damit war dem Volke wenig gedient. Der Ruf nach Parlamentsreform, nach allgemeinem Stimmrecht, nach geheimer Abstimmung, nach Abschaffung der Sinekuren wurde immer dringender. Diesem Rufe mußte entweder entsprochen werden, oder man fachte eine Revolution an, die mit den Vorrechten des Adels ebenso aufräumte, wie 1789 in Frankreich. Zum Glück war die englische Aristokratie nicht blind, von den Freiheitsideen selbst vielfach so sehr beherrscht, für die Größe des Vaterlandes so begeistert, daß sich immer wieder ein Pilot fand, der das bedrohte Staatsschiff mit Hilfe hocharistokratischer Hände in den sicheren Hafen hineinbugsirte.

An der Spitze des Ministeriums stand seit 1812 Lord Liverpool, ein geachteter Name, aber ohne besondere Begabung. Die Seele des Kabinets war Lord Castlereagh, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Englands Metternich, welcher das reaktionäre System des Kontinents, soweit immer möglich, auch in England einzuführen wünschte, hochmüthig, herrschsüchtig, bei dem Volke so unbeliebt, daß sein Leichenbegängniß wie ein Freudenfest gefeiert wurde. Bei dem Prinzregenten, welcher für seinen gemüthskranken Vater, Georg III., schon seit längerer Zeit die Rechte der Krone ausübte, fand er mit seinen unvolksthümlichen Rathschlägen stets ein williges Gehör und dieser an ihm ein sehr dienstfertiges Werkzeug. Da der Prinzregent für das Militärwesen eingenommen war, so wurde, was in England ganz unerhört war, auch in Friedenszeiten ein Heer von mehr als 100,000 Mann unterhalten, welche freilich auch gegen Volksaufstände sehr gute Dienste leisten konnten. Weder in diesem noch in irgend einem anderen Zweig des Staatshaushalts wurden Ersparnisse gemacht und die Steuern auf der gleichen drückenden Höhe gehalten. So entstand, zumal da in den Jahren 1815 und 1816 Handelsstockung, Arbeitsmangel und Theurung in furchtbarem Grade zusammentrafen, eine ungeheure Aufregung bis in die un=

tersten Volksschichten. Ueberall wurden Versammlungen gehalten, wo man sich um die Volksführer Hunt und Cobbet scharte und von der Mißregierung und der Parlamentsreform reden hörte. Es fehlte nicht an Aufständen, an Mordthaten, an Einschreiten des Militärs. Die Erbitterung war schon so groß, daß man den Wagen des Prinzregenten, wie er eben am 28. Januar 1817 von der Eröffnung des Parlaments zurückkehrte, mit Koth und Steinen bewarf und ihm zurief: „Nieder mit dem Prinzregenten! Nieder mit den Ministern!“ Statt durch Erkenntniß und Abstellung der vorhandenen Uebel Ruhe zu schaffen, zog das Ministerium die Zügel noch straffer an, suspendirte die Habeas-Corpus-Akte, diese magna charta bürgerlicher Freiheit, auf ein Jahr, wonach jeder Verdächtige ohne weiteres festgenommen und im Gefängniß gehalten werden konnte, beschränkte das Versammlungsrecht und schärfte die Gesetze über die Presse, so daß, wie Cobbet sagte, jedem oppositionellen Schreiber der Strick, wenn nicht um den Hals, so doch um die Hände gelegt war. Aber die Agitation ließ nicht nach. Am 16. August 1819 fand in Manchester eine Versammlung von etwa 80,000 Menschen statt, obgleich eine solche von der Regierung verboten worden war. Mit Fahnen und Inschriften zogen die einzelnen Haufen heran. Hier las man die Worte: „Keine Korngesetze! Freiheit und Brüderlichkeit!“ dort: „Gleiche Vertretung oder Tod!“ Sogar eine Schar weiblicher Reformer sah man mit seidener Fahne. Kaum aber hatte der mit donnerndem Hurrah empfangene Hunt zu reden angefangen, so drangen Husaren mit flacher Klinge ein, hieben blindlings um sich und verursachten ein allgemeines Sauve qui peut. Mehrere blieben todt auf dem Platz, einige Hundert waren verwundet, Hunt wurde gefangen fortgeführt, mußte aber gegen Bürgschaft freigelassen werden. Dieses „Blutbad von Manchester“ verursachte allgemeine Entrüstung, selbst in Kreisen der Aristokratie. Und doch wagte das Ministerium noch weiter zu gehen. Es legte die sechs „Knebelbills“ vor und setzte ihre Annahme durch, worin gegen das Versammlungsrecht und die Preßfreiheit ein ähnlicher Schlag geführt wurde, wie gegen die deutsche Presse und Universitäten durch die Karlsbader Beschlüsse. Kein Wunder, daß, wo alles in der höchsten Spannung war, die Exaltirtesten auch vor den extremsten Schritten nicht zurückbebten. Ein alter Revolutionär Arthur Thistelwood, organisirte eine Verschwörung und faßte als ein moderner Catilina

den Plan, am 23. Februar 1820 bei einem Kabinetsdiner die Minister zu ermorden, die Kasernen in Brand zu stecken und eine provisorische Regierung einzusetzen. Die Sache wurde verrathen, der Rädelsführer nebst vier Genossen aufgehängt, andere deportirt.

Mitten in diese Aufregung fiel die Thronveränderung und der Skandalprozeß des neuen Königs. Der schwachsinnige Georg III. war am 29. Januar 1820 gestorben, und kaum hatte sich der Prinzregent Georg IV. auf dem Throne festgesetzt, so verlangte er von seinen Ministern, daß sie die Scheidung von seiner Gemahlin durchsetzen sollten. Als Prinz von Wales, wo er der „feinste Gentleman Englands“ sein wollte, hatte er sein Leben als vollendeter Wüstling, unter Trinken und Spielen und unzüchtigen Weibern zugebracht, als 23jähriger Mensch mit der katholischen Fitzherbert, welche weit älter als er und schon zweimal Witwe war, eine Ehe eingegangen und eine Schuldenlast von 700,000 Pfund Sterling angehäuft. Um den Preis der Schuldentilgung hatte er sich dazu verstanden, 1795 die Prinzessin Karoline von Braunschweig zu heiraten. Bald nachdem sie die Prinzessin Charlotte geboren hatte, erklärte er ihr in einem höflich kalten Brief, daß sie seine Wohnung verlassen und nie mehr zu ihm zurückkehren solle. Von 1796 bis 1814 lebte sie, fortwährenden Beleidigungen und Verfolgungen ausgesetzt, in England, begab sich dann, gegen den Rath ihrer Freunde, dieser Kränkungen müde, nach dem Kontinent, durchzog Italien und den Orient und stand mit einem gewissen Bartolomeo Bergami, der von ihrem Kammerdiener zum Kammerherrn avancirte und ihr steter Begleiter war, in einem Verhältniß, welches die schärfste Anklage fast mit Gewalt hervorrufen mußte. Zum Ueberfluß hatte die Regierung ihr eine geheime Kommission nachgeschickt, sie mit Spionen überall umgeben und durch bestochene Diener die übertriebensten Sachen erfahren. Während ihrer Abwesenheit hatte sich ihre Tochter Charlotte mit dem Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg, dem nachherigen König von Belgien, verheiratet und war 1817, in Folge ihrer Entbindung von einem todten Kinde, gestorben. Sie erfuhr dies aus den Zeitungen. Nach dem Tode Georgs III. kam sie am 6. Juni 1820 zum Schrecken ihres Herrn Gemahls nach London zurück. Dieser ließ schon am 5. Juli eine Anklage beim Oberhaus gegen sie vorbringen und beantragen, daß sie wegen Ehebruchs vom Könige geschieden und des Titels

einer Königin von England verlustig erklärt werden sollte. Der Prozeß, bei welchem eine Menge schmutziger Zeugen vom Festland herbeigeholt wurde und die beredtesten Advokaten, darunter Brougham, für die Königin plädirten, gieng vor sich und enthüllte eine nicht enden wollende Kette von Skandalscenen über König und Königin, wie nur das kräftige Nervensystem Altenglands sie mit anhören konnte. Und trotzdem, und dies war ein Zeichen von der tiefen Verachtung gegen den König, war in ganz England in jenen Tagen kein Name gefeierter als der der Königin. Das Zuströmen von Besuchen und Adressen war bei dem Besuche Blüchers im Sommer 1814 kaum größer als bei dieser verstoßenen Gattin. Und welcher Jubel endlich am 2. November, als, nachdem die dritte Lesung der Bill nur mit einer Majorität von 9 Stimmen durchgegangen war, Lord Liverpool sie gar nicht mehr vor das Unterhaus zu bringen wagte, sondern zurücknahm!

Doch den hartgesottenen Georg rührte all die Schmach nicht. Er ließ sich am 16. Juli 1821 mit allem Prunk des Mittelalters krönen. Die Königin wurde von der Thüre der Westminsterabtei zurückgewiesen und starb in Folge der unnatürlichen Aufregungen am 7. August. Und noch im Tode schien sie dem rohen Gatten keine Ruhe lassen zu wollen. Am Tage ihres Leichenbegängnisses und ihrer Abführung nach Braunschweig gab ihr eine endlose Masse Volks in London das Geleite, es kam zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Gardereiterei; aber der Zug mußte, wie es das Volk wollte, mitten durch die City unter Anführung des Lordmayors sich hindurchdrängen.

Und kaum hatte sich das Königthum von diesem Schlag, worüber man sich in ganz Europa mit einem allgemeinen Pfui! schadenfroh äußerte, erholt, so hieß es am 12. August 1822, Lord Castlereagh habe sich den Hals abgeschnitten. Es war nicht anders. Der Mann, welcher mit dem König durch Dick und Dünn gegangen war, welcher die trostlosen Zustände des Kontinents wie mit Gewalt nach England herübergezogen hatte und auch hier eine Revolution erzwingen zu wollen schien, hatte in einem Anfall von Wahnsinn mit einem Federmesser die Schlagader am Halse durchschnitten. Dieses Ereigniß, welches einen Wendepunkt in der englischen Politik bildet, erregte großen Jubel unter dem Volk, und man konnte es keinem ausreden, daß nicht Wahnsinn, sondern die Furien des erwachten Gewissens ihm

das Federmesser in die Hand gedrückt. Den Posten eines auswärtigen Ministers erhielt George Canning, so sehr ihm auch der König wegen seines Benehmens bei dem Prozeß der Königin grollte, so wenig auch die Mehrheit des Kabinets auf diesen neuen Kollegen sich freute. Aber vermöge seines Charakters und seiner Talente, besonders seiner Beredsamkeit war er allen andern Capacitäten zu sehr überlegen, als daß man ihn hätte umgehen können, die inneren und äußeren Verhältnisse gerade damals zu verwickelt, als daß man nicht für den schwierigsten Posten auch den geeignetsten Mann hätte nehmen wollen oder auch müssen. Sein Programm war: Englands Größe und Freiheit, Lossagung von der heiligen Allianz, welche überall, wo sie auftrat, in Neapel und Spanien, unter der Fahne der Legitimität barbarische Zustände schuf. England, das unter Castlereagh zu einer Präfektur der heiligen Allianz herabgesunken war, sollte wieder eine selbständige Stellung einnehmen, die erste Macht in Europa bilden und, gestützt auf die liberalen Elemente unter den Völkern, der Donquixoterie der Allianzritter mit den ungeheuren Hilfsmitteln seiner Land- und Seemacht und seines Reichthums entgegentreten. Er war der abgesagte Feind dieser europäischen Interventionen, stellte den Grundsatz auf, daß jedes Volk seine inneren Verhältnisse nach seinem eigenen Geschmack ordnen dürfe, und war dabei Engländer genug, um die merkantilen Interessen seines Landes nicht gerade in den Hintergrund zu stellen. Die Anerkennung der südamerikanischen Freistaaten, die Absendung eines Hilfsheeres nach Portugal 1826, die Unterstützung der griechischen Sache sind hinlängliche Beweise seiner allianzfeindlichen Politik.

Auch im Inneren, obgleich dies zunächst nicht zu seiner Aufgabe gehörte, bemerkte man einen frischeren Geist. Die drückenden Korngesetze wurden auf seinen Antrag modificirt, hinsichtlich der Sklaverei in den englischen Kolonien bestimmt, daß die Neger durch intellektuelle und moralische Mittel für ihre gänzliche Befreiung herangebildet und der Sklavenhandel der Seeräuberei gleich zu achten und mit dem Tode zu bestrafen sei. In einer anderen Frage, welche nächst der Parlamentsreform die brennendste dieses Jahrzehnts war und, wenn glücklich gelöst, die Lösung der ersteren bereits in sich schloß, stieß er auf den heftigsten Widerstand des Adels und des Klerus und mußte ihre Durchführung seinen Nachfolgern überlassen. Dies war die Eman-

cipation der Katholiken, die bürgerliche Gleichstellung Irlands, in welcher Frage das freie England mit seiner inneren und äußeren Politik in Widerspruch stand. Auch war Canning nicht vergönnt, noch lange Jahre an diese schwierigen Fragen zu setzen. Nach Liverpools Rücktritt übernahm er im April 1827 die Stelle eines Premier-Ministers und schuf sich ein gleichgesinntes Ministerium, gab durch Unterzeichnung des Vertrags vom 6. Juli der griechischen Sache noch die entscheidende Wendung, erlebte aber die Konsequenz dieses Vertrags, die Seeschlacht von Navarin am 20. Oktober, nicht mehr; denn schon am 8. August war er, zum Schmerze einer halben Welt, verschieden.

Nach kurzdauernden Uebergangszuständen folgte das strengtoristische Ministerium Wellington, das den Sieg bei Navarin bedauerte und sich von dem portugiesischen Wütherich Don Miguel auf die äußerste Geduldsprobe setzen ließ. Und doch mußte gerade dieser „eiserne" Herzog an die Lösung der Katholikenfrage gehen und den Irländern wenigstens einigermaßen gerecht werden. Seit Jahrhunderten war Irland das Stiefkind und hatte alle Folgen der früheren Eroberungen zu büßen. Noch weit mehr als in England war hier Grund und Boden in den Händen weniger Familien, deren Pächter oder Taglöhner die irische Bevölkerung bildete. Die reichen Güter und Rechte der katholischen Kirche kamen durch englischen Machtspruch in den Besitz der dahin verpflanzten anglikanischen Kirche, und so mußte der Irländer einer Kirche, der er nicht angehörte, den Zehnten zahlen und seine eigene noch dazu unterhalten. Diese und ähnliche Mißbräuche, die sich an die Verschiedenheit der Race, der Konfession und des Bildungsstandes knüpften, konnten nicht abgeschafft werden, so lange das Gesetz bestand, das sämtliche Katholiken vom Parlament ausschloß. So war auch hier der Boden für das Wirken geheimer Gesellschaften, welchen protestantischerseits die Oranienmänner entgegenarbeiteten. Brand und Mord kamen vielfach vor, und es war keine Frage, daß es sehr unklug von England war, diese Wunde an seinem Staatskörper stets offen zu erhalten. Endlich wurde 1828 die unter dem Stuart Karl II. eingeführte Testakte, welche die Annahme jedes Staatsamtes von der Begehung des Abendmahls nach anglikanischem Ritus abhängig machte, aufgehoben. Die Bewegung kam erst recht in Fluß, als der irische Advokat Daniel O'Connell, welcher mit seiner volksthümlichen Beredsamkeit die ganze Insel beherrschte, sich

an die Spitze stellte, das Land mit einem Netz von katholischen Vereinen bedeckte und, die Frage praktisch auffassend, in Clare, wo ein Parlamentssitz offen war, am 5. Juli 1828 sich in das Unterhaus wählen ließ. Der Freude der Irländer über diesen Sieg entsprach das Aufsehen, das er in England erregte. Wellington sah ein, daß er zwischen einem Bürgerkrieg und Nachgeben zu wählen habe, und als guter Feldherr wählte er das letztere. Am 13. April 1829 wurde die von ihm eingebrachte, von beiden Häusern angenommene Emancipationsbill vom König trotz allen Sträubens unterzeichnet. Die Katholiken konnten nun mit Ausnahme weniger hohen Aemter jede Stelle im Staatsdienst erhalten und hatten Zutritt zu den beiden Häusern des Parlaments. Der gewaltige Volkstribun O'Connell, bisher trotz seiner Erwählung vor der Thüre des Unterhauses abgewiesen, konnte nun die Klage des „grünen Erin" in eigener Person vor die Ohren der Unterdrücker bringen, trat mit seinem radikalen Antrage auf allgemeines Stimmrecht und geheime Abstimmung auf und sprach schon davon, Irland seine eigene Gesetzgebung, sein eigenes Parlament zu verschaffen, es zu England in eine ähnliche Stellung zu bringen, wie Sicilien es zu Neapel wünschte.

Zunächst aber mußte in England wie in Irland alle Opposition in dem einen Ruf nach Parlamentsreform sich vereinigen. Durch die Katholiken-Emancipation war mit dem bisherigen System, soweit es das konfessionelle Gebiet betraf, gebrochen. Die zweite Bresche mußte vom socialen Standpunkt aus eröffnet werden. Weder König noch Ministerium noch das damalige Parlament zeigte sich günstig; aber es konnten Ereignisse eintreten, in Folge deren über Nacht ganz andere Gesichter auf der Bühne auftraten.

§. 5.

Griechenland, Türkei, Rußland.

Unter allen Aufständen des dritten Jahrzehnts hat der der Griechen die Aufmerksamkeit und die Sympathien Europa's am meisten in Anspruch genommen. Die Reminiscenzen des Alterthums vereinigten sich mit den Heldenthaten der Neuzeit, um den griechi-

schen Befreiungskampf zum populärsten Drama zu machen. Wenn man auch in den Griechen nicht die reinen Abkömmlinge der Helden von Marathon und Salamis sah; wenn man auch zugab, daß slavische Einwanderung und Eroberung große Veränderungen geschaffen hatten, so ist doch das slavische Element in Griechenland so wenig als im nordöstlichen Theil Deutschlands Herr geworden, und das hellenische Gepräge hat sich im neuen Griechenland mit unverkennbaren Merkmalen erhalten, besonders auf den Inseln, wo man noch heute homerische Gebräuche findet. Die glänzenden Vorbilder des Alterthums und die politische Aufregung in Folge der Napoleonischen Kriege erregten, nachdem frühere Versuche mißlungen waren, auf's neue den Gedanken, das türkische Joch abzuwerfen und die Unabhängigkeit zu erkämpfen. Die Jünglinge, welche ihre Studien in Deutschland nnd Frankreich gemacht hatten, die kühnen Seefahrer, welche mit ihren reichen Handelsflotten sich als Könige der griechischen Gewässer fühlten, fanden es schlechterdings unerträglich, noch ferner türkische Sklaven zu sein. Es war eine reine Willkürherrschaft, welche die Türken ausübten, von Recht nirgends die Rede; vor dem Belieben eines Pascha's war kein Vermögen, kein Leben sicher.

Wie in Deutschland, Italien und Spanien die Vereine der Burschenschaft, der Carbonari und Freimaurer sich bildeten, so in Griechenland zur Zeit des Wiener Kongresses die Hetärie, welcher die angesehensten Namen im Inland und Ausland angehörten und der scheinbare Zweck zum Grunde lag, die wissenschaftliche Ausbildung zu fördern. Der Aufstand des mordlustigen Ali Pascha von Janina, welcher sich zum unabhängigen Fürsten von Epirus, vielleicht auch von Griechenland machen wollte und sich gerne den neuen Pyrrhus nennen hörte, war für den Ausbruch sehr günstig. Denn die Pforte war genöthigt, gegen diesen mächtigen Vasallen in den Jahren 1820 bis 1822 starke Heere zu entsenden, bis es endlich dem Seraskier Churschid Pascha gelang, am 5. Februar 1822 den „Löwen“ von Epirus durch Verrath aus dem Wege zu schaffen.

Während die besten türkischen Truppen vor Janina gebannt lagen, sollten im Frühling 1821 die Flammen des Aufstandes zugleich im Norden und Süden auflodern. An der Spitze der Hetärie stand Fürst Alexander Ypsilanti, aus einer alten Phanariotenfamilie, russischer General und Adjutant des Kaisers Alexander.

Auf letzteren, welcher den Traditionen seines Hauses folgend, lüstern nach den Ufern des Bosporus sah und „die Schlüssel zu seinem Reiche“ zu erhalten wünschte, war die Hoffnung vieler Griechen als auf ihren Retter gerichtet. Sie bauten dabei zugleich auf ihren Landsmann aus Korfu, den Grafen Kapodistrias, Alexanders Minister und Günstling. Am 6. März 1821 überschritt Ypsilanti mit wenigen Getreuen den Pruth, zog in Jassy, der Hauptstadt der Moldau ein, kündigte die Erhebung Griechenlands und die Hilfe Rußlands an und hoffte, alle christlichen Elemente in den nördlichen Provinzen der Türkei, Rumänien, Serbien und Bulgarien, unter seiner Fahne zu vereinigen. Hierin getäuscht, von dem Landvolk überall mit Kälte aufgenommen, zog er in die Walachei, rückte in Bukarest ein und stand am 19. Juni den Türken gegenüber. Diese waren von allen Seiten in Rumänien einmarschirt. Der Verrath des Walachen Wladimiresko, der in Stücke gehauen wurde, und ein Brief des Kaisers Alexander, welcher von Laibach aus, wo er in Metternichs Dunstkreis sich befand, Ypsilantis Unternehmen tadelte und ihn aus der Armeeliste streichen ließ, stimmten die Hoffnungen noch weiter herab. Bei dem Dorfe Dragatschan kam es zum Kampf. Trotz ihrer Minderzahl waren die Türken Sieger, die sogenannte heilige Schar wurde niedergehauen, die anderen zersprengt, und Ypsilanti, der mehr Ehrgeiz und Phantasie, als politische Klugheit und Feldherrnkunst besaß, floh nach Siebenbürgen. Die östreichische Regierung hielt ihn 6½ Jahre in Mungacz und Theresienstadt in Haft, ließ ihn erst 1827 auf Rußlands Verwendung frei, und im Jahr darauf starb er in Wien. Einen Theil seiner Truppen führte der heldenmüthige Georgios der Olympier in die Moldau, besetzte das Kloster Sekka, vertheidigte mit 350 Mann gegen 1500 Türken drei Tage lang den einzigen Zugang, der durch eine Schlucht führte, und als er umgangen wurde, sprengte er sich und seine elf Genossen samt dem hereinstürzenden Feind im Glockenthurm des Klosters in die Luft. Die Uebrigen kapitulirten und wurden trotzdem niedergehauen. Nach dem Sprichwort: „Ein Türke verwüstet in einer Nacht eine Provinz“ läßt sich denken, wie nun die Janitscharenhorden in den Donaufürstenthümern hausten.

Auf diese Vorgänge hin und vollends auf die Nachricht von dem Aufstand in Morea erinnerten sich Sultan Mahmud II. und seine Türken ihres tatarischen Ursprungs. Schon waren viele Phanarioten

(Mitglieder einer griechischen Geburts- oder Beamten Aristokratie im Dienste der Pforte) getödtet, auf vorübergehende Christen muthwillig geschossen, als am Osterfest der alte griechische Patriarch Gregorios beim Austritt aus der Kirche ergriffen und am Thore seines Palastes aufgeknüpft wurde. Drei Erzbischöfe und andere Priester hatten das gleiche Schicksal. Der Sultan selbst weidete sich an dem Anblick der Leiche des Patriarchen und ließ sie durch Juden abnehmen, durch die Straßen schleppen und ins Meer werfen. Dies war das Signal zu Mord und Plünderung in Konstantinopel und anderen Städten, und trotz aller Vorstellungen der Gesandten erneuerten sich die Hinrichtungen von Bischöfen im Monat Mai, was die Beziehungen zu Rußland, das sich als den Beschützer der griechischen Katholiken ansieht, so verschlimmerte, daß der russische Gesandte Stroganow seine Pässe nahm. Das, wenn auch nicht sofortige, Einschreiten Rußlands war durch diese Metzeleien fast nothwendig, der Abscheu Europa's und dessen Theilnahme für die Griechen war natürliche Folge, zwischen diesen und den Türken gab es keine Versöhnung mehr.

Auf Morea war alles schon im besten Zug. Erzbischof Germanos in Patras pflanzte am 4. April 1821 ein Kreuz vor der Kirche auf und ließ die Griechen schwören, für Religion und Vaterland zu kämpfen. Die Mainoten, welche sich der Abstammung von den alten Spartanern rühmten, nahmen unter Petros Moromichalis (gewöhnlich Petrobei genannt) und Theodor Kolokotronis die Hauptstadt Messeniens, Kalamata, und setzten eine Art provisorische Regierung ein. Von da verbreitete sich der Aufstand über ganz Morea, über Mittel-Griechenland bis zu den Thermopylen und über die Inseln des Archipels, unter welchen besonders Hydra und Spezzia, gegenüber von Argolis, und Psara, nördlich von Chios, sich hervorthaten. Diese drei Inseln brachten 176 Schiffe auf, wovon die Witwe Bobolina aus Spezzia, welche ihren Mann in dem Blutbad von Konstantinopel und einen ihrer Söhne bei der Vertheidigung von Argos verloren hatte, zwei stellte und als neue Artemisia selbst kommandirte. Die türkische Flotte konnte im ersten Kriegsjahr nirgends gegen die griechische Stand halten Auch in Mittel-Griechenland konnten die Türken nicht vordringen, wurden im Osten von dem schlauen Odysseus, im Westen von den tapferen Sulioten unter Markos Bozzàirs zurückgetrieben. In Morea koncentrirte sich fast aller Kampf um Tripo-

lizza, der Residenz des Veziers, einer Stadt von 30,000 Einwohnern, darunter 10,000 Bewaffneten, während die beutelustige Schar der belagernden Griechen gegen 7000 Mann betrug, welche nominell von Petrobei, faktisch von Kolokotronis angeführt wurden. Am 5. Oktober wurde die Stadt erstürmt, drei Tage geplündert, gemordet und niedergebrannt und schreckliche Rache für die Scenen in Konstantinopel, in Smyrna, Kreta und Cypern genommen. Die Türken hatten nur noch 6 feste Plätze in Morea; auch auf Akrokorinth wurde die griechische Fahne aufgepflanzt.

Das Jahr 1822 begann mit der ersten Nationalversammlung der Griechen in Piada bei Epidaurus. Eine Verfassung wurde berathen, eine Regierung von 5 Männern eingesetzt und Alexander Maurokordatos als Präsident an die Spitze gestellt. Durch seine Kenntnisse der abendländischen Verhältnisse, durch seine europäische Bildung und seine Unbescholtenheit allen seinen Landsleuten überlegen, schien dieser zu der Rolle eines Oxenstierna berufen zu sein, wenn nicht Männer wie Kolokotronis jeder Unterordnung, jedem geordneten Staatswesen feind gewesen wären. Dieser athletische Mann, der Typus eines Klephten, haßte die Halbfranken, welche mit Frack und Brille auftraten, und hatte sich schon im vorigen Sommer den Planen des Demetrius Ypsilanti widersetzt, welcher mit der Prätension nach Morea gekommen war, daß schon sein Name ihn zur Uebernahme der Präsidentschaft und der Oberfeldherrnstelle berechtige. Schon jetzt war die Uneinigkeit die gefährlichste Feindin der Griechen.

Die glänzendste That dieses Jahres war die Rache für Chios. Diese blühende Insel, reich an Südfrüchten, Seidenbau und Mastixharz, von 100,000 Griechen und 6000 Türken bewohnt, war gegen ihren Willen und unter geringer Theilnahme der Bevölkerung von Samos aus in den Aufstand hineingezogen worden. Am 11. April erschien der Kapudan Pascha mit 46 Schiffen und 7000 Landungstruppen. Die Hauptstadt wurde niedergebrannt, alle Einwohner getödtet oder zu Sklaven gemacht. Nach Verkündigung einer Amnestie fielen die Türken über die sicher gemachten Landbewohner her und mordeten auf unerhörte Weise. Selbst die Kranken in den Spitälern wurden niedergehauen. Was nicht in die Häuser der Konsuln oder auf Schiffe flüchten konnte, war verloren. Nur 5000 wurden gerettet, 23,000 waren gemordet, 47,000 auf die Sklavenmärkte von Konstantinopel, Alexandria und Tunis gebracht.

Dieser Schlag bedrohte die Existenz der übrigen Inseln. Schnell sammelte sich die griechische Flotte, 56 Schiffe und 8 Brander, unter dem Hydrioten Miaulis, welcher schon als 7jähriger Knabe mit seinem Vater zu Schiffe gewesen war, bei der Insel Psara. Konstantin Kanaris von Psara und Georg Pipinos aus Hydra bestiegen in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni, mit 32 Genossen, nachdem sie alle vorher das Abendmahl genommen und für den Nothfall Anstalten getroffen hatten, sich selbst in die Luft zu sprengen, zwei Brander und segelten um Mitternacht mitten durch die türkische Flotte gegen die hell erleuchteten Schiffe des Admirals und des Viceadmirals. Denn eben war der Fastenmonat zu Ende, und der Kapudan Pascha feierte den Anbruch des Beiram durch ein prächtiges Fest. Ueber 2000 Menschen waren auf seinem Schiffe. Kanaris hieng seinen Brander an das Vordertheil des Admiralschiffes, das bald in lichten Flammen stand, Pipinos den seinigen an das Viceadmiralschiff, war jedoch minder glücklich damit, da der Brander sich wieder losmachte und brennend unter den entsetzten türkischen Schiffen herumfuhr. Unter dem Rufe: „Sieg dem Kreuze!“ ruderten die Griechen in ihren Schaluppen davon und hörten, wie hinter ihnen die Kanonen des Admiralschiffs losgiengen und dieses unter einer furchtbaren Explosion in die Luft flog. Der Kapudan Pascha, von dem umstürzenden Mastbaum getroffen, wurde ans Ufer gebracht und starb an der nämlichen Stelle, wo er einige Wochen vorher die schuldlosen Geisel von Chios hatte hinschlachten lassen. Die türkische Flotte eilte nach den Dardanellen zurück. Die Besatzung von Chios stürzte sich Rache schnaubend auf die bisher verschonten Mastixdörfer, mordete auf's neue und schleppte in die Sklaverei. Im Monat August war die Bevölkerung von 100,000 auf 1800 herabgesunken. Kanaris und seine Helden waren alle glücklich nach Psara entkommen, wurden dort freudig empfangen und giengen in die Kirche, für Sieg und Rettung dankend.

Auch zu Lande hatte die Pforte große Anstrengungen in diesem Jahre gemacht. Nach Vernichtung des Pascha von Janina konnte sie alle ihre Kräfte gegen die Griechen wenden. „Hinfort sei der Ausgang des Kampfes nicht mehr zweifelhaft“, schrieben die scharfsichtigen Diplomaten in Konstantinopel an ihre Höfe. Die größere Armee sollte durch Osthellas über den Isthmus in Morea eindringen, ein Corps von Albanesen Westhellas unterwerfen. Dramali (Mahmud

Pascha von Drama) zog mit 30,000 Mann durch die Thermopylen nach Böotien und Attika, rückte in Morea ein, besetzte Nauplia und Argos, mußte aber aus Mangel an Lebensmitteln nach Korinth sich zurückziehen. Der zum Oberfeldherrn ernannte Kolokotronis verlegte ihm den Paß von Dervenaki und brachte ihm einen Verlust von einigen tausend Mann bei. Nauplia mußte sich wieder an Kolokotronis ergeben, und die türkische Flotte, welche, ohne irgend etwas zu leisten, sich auch wieder hervorgewagt hatte, verlor auf dem Heimweg bei Tenedos ihr Viceadmiralschiff, das der unermüdliche Kanaris mit seinem Brander nebst 1600 Mann in die Luft gesprengt hatte. In Osthellas erlitten zwar die Griechen, verstärkt durch Philhellenen unter dem württembergischen General Normann, durch Gogos' Verrath eine Niederlage bei Peta in der Nähe von Arta; als aber die Türken gegen Mesolongi vordrangen und es am Christfest erstürmen wollten, wurden sie zurückgeschlagen und mußten all ihr Geschütz zurücklassen. Sie trösteten sich mit dem fatalistischen Satze: „Gott habe die Tapferkeit den Moslimen entzogen und den Giaurs gegeben.“ Auch in diesem Jahre zeigte sich das große türkische Reich unfähig, das kleine Griechenland mit eigenen Kräften zu unterwerfen; andererseits dachten die Griechen daran, sich unter den Schutz einer auswärtigen Macht, zunächst Englands zu stellen, und schickten den Grafen Metaxas und den Franzosen Jourdain an den Kongreß von Verona. Sie erwarteten von Kaiser Alexander, dessen Heer und Volk für einen Krieg gegen die Türken war, wenigstens eine Fürsprache. Dieser aber ließ sich durch Metternich, welcher in Diplomatenmanier die griechische Revolution in die gleiche Linie mit der spanischen und neapolitanischen stellte, so gänzlich verblenden, daß er es guthieß, daß man den griechischen Bevollmächtigten befahl, in Ancona zu bleiben, und ihnen zuletzt den Bescheid gab, „die Herrscher seien entschlossen, das Princip der Empörung zurückzustoßen, wie und wo es sich zeige.“ Da, wo Metternich die erste Violine spielte, hatten die Griechen, die in seinen Augen Rebellen wie andere waren, nichts zu erwarten; anders stand es in England, wo das Federmesser Castlereaghs ebendamals George Canning in das auswärtige Ministerium brachte. Hatte dieser als junger Gefühlspolitiker zarte Elegien auf Griechenlands Knechtschaft gesungen, so konnte er jetzt als gereifter Mann die Rolle eines Tyrtäus übernehmen und wie in Südamerika, so in Griechenland das Gewicht Englands in die Wagschale legen. Es war ein Vorbote hievon, wenn

er im März 1823 die von den Griechen verkündigte Seeblokade anerkannte, sie also als kriegführende Macht behandelte.

Türken und Griechen hatten sich bereits ziemlich erschöpft; von entscheidenden Schlägen konnte erst dann die Rede sein, wann die beiderseitigen Bundesgenossen in die Schlachtlinie einrückten. Dazu kam die vollendete Zwietracht der Griechen, welche bereits zwei sich befehdende Regierungen bildeten, wovon die eine auf die Klephten wie Kolokotronis sich stützte, die andere, die konstitutionelle, bürgerliche, die Flotte für sich hatte. Die letztere, an deren Spitze der Präsident der Regierung in Nauplia, Konturiotis, stand, siegte endlich; Kolokotronis und zwölf widerspenstige Häuptlinge mußten sich ergeben und wurden in ein Kloster zu Hydra gesperrt. Auch in Westhellas mußten sich die ungeberdigen Kapitäne unter den von Maurokordatos geleiteten Provinciallkongreß beugen, und der schlaue Odysseus, welcher zum Sultan übergegangen war, gegen das Versprechen, daß er zum Statthalter von Osthellas ernannt werde, mußte sich an Guras ergeben und wurde in Athen erdrosselt. Nie stand die Ordnungspartei stärker da als zu Ende des Jahres 1824. Es galt freilich damals bei dem drohenden Gewitter alle Kräfte zusammenzuhalten.

Die kriegerischen Ereignisse der beiden Jahre 1823 und 1824 waren nicht bedeutend. In Westhellas drang Omer Vrione, Pascha von Skutari, gegen Mesolongi vor. Der wackere Markos Bozzaris überfiel am 20. August 1823 mit 350 Sulioten Nachts die Vorhut des Paschas, die aus 5000 Mann bestand, bei Karpenisi, brachte Tod und Verwirrung in ihre Reihen und zersprengte sie vollständig. Aber diese Heldenthat, welche an Leonidas erinnert, hatte keine Erfolge und kostete Bozzaris das Leben. Auf der Insel Psara wurde im Juli 1824 ein Seitenstück zu den Schlächtereien von Chios geliefert. Die türkische Flotte unter Chosrew Pascha landete dort, die Stadt wurde erobert und ausgeplündert und nach einem schrecklichen Gemetzel in Brand gesteckt. Gegen 100 Schiffe wurden weggenommen, nur 19 entkamen mit Flüchtlingen beladen. Die 600 Mann starke Besatzung des Forts vertheidigte sich zwei Tage und zwei Nächte. Auf 200 herabgeschmolzen, sprengten sie sich am dritten Tage nebst 2000 anstürmenden Türken in die Luft. Die Insel war verödet, 17,000 Einwohner getödtet oder gefangen. Darauf eilte Miaulis mit seinen Schnellseglern nach Psara, überraschte dort 27 türkische Schiffe und schlug sie samt der Besatzung der Stadt in die

Flucht. Samos, dem gleichfalls eine Landung zugedacht war, wurde durch Kanaris gerettet.

Um jene Zeit zeigte sich eine regere Theilnahme des Abendlands. Das Blutbad von Konstantinopel und von Chios hatte böses Blut gemacht. Man schauderte bei dem Gedanken, ein so heldenmüthiges Volk durch asiatische Horden, deren Herrschaft in Europa bis auf den heutigen Tag noch ein Schandfleck ist, in Jahre langem Kampfe bei so ungleichen Kräften hinschlachten zu lassen, während das Abendland wie ein Theaterpublikum zusehe und die Monarchen auf das Zeichen ihres Claqueurs Metternich blickten. Auch glaubte man seinen Dank für die von Hellas erhaltene Bildung nicht besser entrichten zu können, als wenn man die späten Epigonen durch Geld- und Truppensendungen in ihren Freiheitskämpfen unterstützte. In ganz Deutschland, der Schweiz, Italien und Frankreich bildeten sich Griechenvereine, Truppen wurden in Marseille eingeschifft, darunter 1822 der schon genannte Graf Normann, welcher im November 1823 in Mesolongi starb. In England kam ein Anleihen von 800,000 Pfund Sterling zu Stande, wovon im März 1824 40,000 Pfund nach Griechenland abgiengen. Der geniale Lord Byron, welcher schon 1809 eine Reise dahin gemacht und sich manche Charaktere für seine Dichtungen dorther geholt hatte, kam im Januar 1824 in Mesolongi an, um mit Geld, Rath und That beizustehen, starb aber schon am 19. April, sein unruhiges Leben mit einem versöhnenden Akte beschließend. Seine Leiche fand neben den Gräbern des Grafen Normann und Markos Bozzaris ihre Stätte.

Doch all diese kleinen Unterstützungen konnten keinen Ausschlag geben. Ganz andere Hebel mußten angesetzt werden, um die gerade damals fast verlorene Sache wieder flott zu machen. Denn die Pforte hatte sich endlich an ihren mächtigsten Vasallen gewandt, an Mehemed Ali von Aegypten. Dieser schlaue und kraftvolle Thracier, ein wahres Gemisch von Barbarenthum und europäischem Schliff, hätte sich, den Reichthum des Nilthales gründlich ausbeutend, einen hübschen Staatsschatz angelegt, seine Armee nach europäischer Weise organisirt, wobei ihm französische Instruktoren, besonders Oberst Sève (Soliman Bei) behilflich waren, und ließ sich, in Großmachtsplanen sich wiegend, selbst an Konstantinopel denkend, gar gerne nach Kreta und Morea rufen. Der erste Stoß galt Kreta, wo schon 1821 die Türken furchtbar gehaust, die tapferen Sphakioten aber von ihren Bergen aus sie

tüchtig geschlagen hatten. Gegen das Ende des Jahres 1853 erschien eine ägyptische Flotte, die Truppen durchzogen mordend und brennend die ganze Insel, in der Tropfsteingrotte des Hermes wurden 500 Weiber und Kinder durch angelegte Feuer erstickt, die sphakiotischen Kapitäne zur Unterwerfung aufgefordert und dann ins Gefängniß geworfen. Nach Kretas Unterwerfung sollte die griechische Marine vernichtet und die drei Inseln gezüchtigt werden. Mit Psara war es den Türken unter Chosrew Pascha bereits gelungen. Im Juli 1824 schiffte sich die Hauptmacht Mehemed Ali's in Alexandria ein, gegen 17,000 Mann auf 54 Kriegs- und 400 Transportschiffen, unter Anführung seines Stiefsohnes Ibrahim Pascha, eines rohen, grausamen Menschen, der sich in einem Feldzug nach Arabien zum Heerführer gebildet hatte. Vor keinem, auch nicht dem äußersten Mittel scheute er zurück: in Morea sollte alles niedergehauen oder nach Aegypten verpflanzt werden, Araber die neue Bevölkerung von Morea bilden.

Die ägyptische und türkische Flotte vereinigten sich an der kleinasiatischen Küste, wurden von Miaulis wiederholt angegriffen, an jeder größeren Unternehmung gehindert und Ibrahim genöthigt, mit einem Verlust von 6 größeren und 50 kleineren Schiffen nach Kreta zu segeln und dort zu überwintern. Im Frühjahr 1825 landete er mit 2000 Mann im Westen von Morea, eroberte die Insel Sphakteria und die Festung Navarin, welche ihm einen trefflichen Hafen bot. In dieser Noth verkündigte die griechische Regierung eine allgemeine Amnestie, Kolokotronis und seine Genossen wurden freigelassen, ersterer zum Oberfeldherrn ernannt. Bei seiner Rückkehr nach Nauplia sagte er zu dem Volke, er habe all seinen Groll in's Meer geworfen, sie sollen es ebenso machen. Quer durch Morea ziehend erzwang sich Ibrahim den Weg nach Tripolizza, nahm die Stadt, rückte gegen Nauplia an, wurde aber durch das Auftreten des Commodors Hamilton, welcher ein englisches Stationsgeschwader befehligte, am Angriff gehindert. Bei Tripolizza wurde Kolokotronis zurückgeschlagen, und nun wagten die Griechen, mehr an den Guerillakrieg, als an die offene Feldschlacht gegen reguläre Truppen gewöhnt, nicht mehr, im offenen Feld mit Ibrahim zu kämpfen. Dieser machte verwüstende Streifzüge durch ganz Morea und war nicht hinauszutreiben.

Kaum hatte er in Navarin 10,000 Mann neue Truppen erhalten, so begab er sich mit Heer und Flotte nach Mesolongi, wo er am 7. Ja-

nuar 1826 ankam. Dort lag schon seit dem vorigen Sommer Reschid Pascha. Die Stadt hatte 3000 Mann Besatzung und war mit Proviant und Kriegsbedürfnissen schlecht versehen. Aber alle Stürme der Türken wurden abgeschlagen, und den Admiralen Miaulis und Sachturis gelang es dreimal, die feindliche Flotte zu durchbrechen und die Belagerten mit Lebensmitteln und Pulver zu versehen. Reschid Pascha mußte im Oktober die Belagerung aufgeben, blieb aber in seinen äußersten Verschanzungen sitzen, der Drohung des Sultans eingedenk: „Mesolongi oder deinen Kopf!“ Bei seiner Ankunft vor der Festung spottete Ibrahim über „diesen Zaun“, welchen er in 14 Tagen nehmen werde. Miaulis versorgte die Stadt noch einmal mit Kriegs- und Mundvorräthen auf zwei Monate. Die Aufforderung zur Kapitulation wurde abgewiesen und Ibrahims erster Sturm zurückgeschlagen zur Freude Reschid's, der behaglich zugesehen hatte und nun um seine Mitwirkung angegangen werden mußte. Im April versuchte Miaulis noch einmal mit einer schlecht ausgerüsteten Flotte der Stadt zu Hilfe zu kommen, fand aber alle Zugänge gesperrt und konnte gegen die Uebermacht nichts ausrichten. Und doch wäre Mesolongi, nach Ibrahims eigenem Geständniß, gerettet worden, wenn es noch auf drei Wochen Vorräthe gehabt hätte. Denn sein des rauhen Klima's ungewohntes Heer war bereits sehr zusammengeschmolzen.

Was seine Stürme, seine französischen Ingenieure nicht vermochten, sollte der Hunger bewirken. Die Noth stieg auf's höchste. Man nährte sich von Seegras, Mäuse und Ratten waren ein Leckerbissen, die Stadt nur noch ein Schutthaufen, und dabei herrschte empfindliche Kälte. Da wurde beschlossen, sich durchzuschlagen. Am 22. April 1826 Nachts 2 Uhr brachen die 3000 Bewaffneten auf, etwa 5000 Weiber, Kinder und andere nicht waffenfähige Leute in die Mitte nehmend. Sie giengen über den mit Brettern belegten Graben, fanden aber, da Ibrahim der Plan verrathen war, auf allen Seiten Widerstand, und durch den Schreckensruf: „Zurück!“ verwirrt, wandten sich die einen wieder nach der Stadt, während die andern dem Zygosberg zueilten und dort statt der verabredeten Hilfe Scharen von Albanesen fanden. Diese hieben Hunderte von Bewaffneten und Unbewaffneten nieder; nur 1300 entkamen nach Salona. Das Los der Zurückkehrenden war noch schlimmer. Zugleich mit ihnen drangen die Feinde in die Stadt, tödteten die Männer und ergriffen Weiber und Kinder, um sie als Sklaven zu verkaufen. Als sie der Plünderung wegen in

die Häuser sich zerstreuten, fanden viele von ihnen unter den Trümmern der Gebäude, welche von den Griechen selbst in die Luft gesprengt wurden, den Tod.

Während nun Ibrahim, der bereits die Hälfte seiner Truppen verloren hatte, nach Morea sich wandte und seine Verheerungszüge fortsetzte, aber von den Mainoten, in deren gebirgiges Land er einzudringen suchte, mehreremal zurückgeschlagen wurde und in Modon überwinterte, stand Reschid Pascha in Athen und belagerte die Akropolis. Trotz der tapferen Vertheidigung des Kommandanten Guras und seiner heldenmüthigen Gattin, des wackeren Karaiskakis, der Engländer Cochrane und Church und des Franzosen Fabvier, die zum Entsatz herbeieilten, mußte die berühmte Burg am 5. Juni 1827 kapituliren. Mittelgriechenland war verloren. Ibrahim war eben daran, zwei furchtbare Schläge auszuführen, das widerspenstige Messenien mit Feuer und Schwert zu verwüsten und die Maina zu erobern, und zugleich durch die vereinigte türkisch-ägyptische Flotte das Bollwerk der griechischen Seemacht, Hydra, zu vernichten und Nauplia von der Seeseite zu fassen. Flotte und Heere waren bedeutend verstärkt; noch diese wenigen Erfolge, und Griechenland lag, von den Thermopylen bis zum Kap Matapan, in Sklavenfesseln zu den Füßen des Großherrn und seines Pascha's.

Sollte aber der Verwirklichung dieser Plane sich gar kein Hinderniß in den Weg stellen? Allerdings nicht, wenn es nach Metternichs Sinn gieng, der vor nichts mehr warnte, als vor „Zwangsmaßregeln außer gegen die Rebellen.“ Doch gab es noch andere Männer von Gewicht in Europa, welche die gegentheilige Ansicht hatten. Zunächst bewirkte der Fall Mesolongi's ein rasches und nachhaltiges Aufflackern des Philhellenismus. Die Griechenvereine entwickelten in Deutschland und der Schweiz eine größere Thätigkeit als je; hier trat König Ludwig von Baiern, dort Bankier Eynard von Genf an die Spitze; viel Geld wurde abgesandt, um die gefangenen Griechen aus der Sklaverei loszukaufen; in Frankreich stellten sich Männer wie Chateaubriand und Lafitte voran, die königliche Familie betheiligte sich, die Legitimisten sahen in Griechenland nicht einen Revolutionsherd, sondern eine christliche Vendée, und die Minister mußten in der Kammer starke Ausdrücke darüber hören, daß sie die Officiere im Dienste eines Ibrahim ließen. Auch die Griechen selbst, die wieder in ihre alte Zwietracht zurückgefallen waren, lenkten in eine bessere

Bahn ein. Auf Betreiben des englischen Admirals Lord Cochrane, der sich in dem Freiheitskampf der südamerikanischen Kolonien Lorbeeren erworben hatte, und des englischen Generals Church beschloß die Nationalversammlung zu Trözen am 11. April 1827, den Korfioten Kapodistrias zum Präsidenten von Griechenland auf 7 Jahre zu ernennen.

Doch die entscheidenden Schritte giengen von England und Rußland aus. Bereits 1825 war der junge Miaulis nach London abgereist und hatte Canning den Wunsch Griechenlands mitgetheilt, sich unter das Protektorat Englands zu stellen. Dieser wagte zwar nicht, diese „englische Schutzakte" anzunehmen, verwies ihn auf eine Anrufung der gemeinsamen Vermittlung sämtlicher Mächte, hatte aber bald Gelegenheit, weiter in der Sache zu handeln. Am 1. December 1825 starb Kaiser Alexander in Taganrog, und sein Nachfolger Nikolaus hatte nicht im Sinne, seine Rathschläge in Wien zu holen. Zu seiner Beglückwünschung schickte Canning den Herzog von Wellington nach Petersburg, wo am 4. April 1826 ein Protokoll unterzeichnet wurde, worin beide Mächte sich verpflichteten, zwischen den Türken und Griechen den Frieden auf der Grundlage zu vermitteln, daß Griechenland zu der Türkei in ein ähnliches Verhältniß trete wie die Donaufürstenthümer. Als aber der englische und russische Gesandte, von dem französischen unterstützt, von der Pforte die Einstellung der Feindseligkeiten verlangten, erwiderte diese, der Sultan sei so gut Herr in *seinem* Lande wie jeder andere Monarch und verbitte sich jede Einmischung. Darauf wurde auf der Basis der Petersburger Vorschläge der Londoner Vertrag vom 6. Juli 1827 zwischen England, Rußland und Frankreich geschlossen und beigefügt, daß die drei Mächte alle weiteren Feindseligkeiten verhindern und den Waffenstillstand nöthigenfalls erzwingen würden. Die Pforte beharrte auf ihrer Abweisung. Die Verbündeten schickten ihre Schiffe in die griechischen Gewässer. Die englischen wurden von Sir Edward Codrington, die russischen von Graf Heyden, die französischen von Herrn von Rigny befehligt.

Im Hafen von Navarin lagen 126 türkisch-ägyptische Schiffe, jeden Augenblick zur Abfahrt bereit, um Hydra das Schicksal von Chios zu bereiten. Am 25. September 1827 hatte Codrington und Rigny mit Ibrahim eine Zusammenkunft und verlangten die Einstellung aller Feindseligkeiten. Er gab ihnen sein Wort, daß er ihr Verlangen erfüllen und die Schiffe im Hafen zurückhalten werde, bis

er aus Konstantinopel oder Alexandria Antwort auf seinen Bericht habe. Als er aber hörte, daß die Griechen, welche sich den Forderungen der Mächte gefügt hatten, dennoch Feindseligkeiten ausübten; daß der englische Kapitän Hastings, welcher den Griechen den ersten Kriegsdampfer gebracht hatte und in ihre Dienste getreten war, am 30. September bei Salona 7 türkische Schiffe zerstört und 3 östreichische weggenommen und dadurch die Herrschaft im Golf von Korinth und die Verbindung zwischen Morea und Westhellas wieder gewonnen hatte, ließ er in Messenien mehrere Dörfer niederbrennen, 60,000 Feigen- und 25,000 Oelbäume umhauen, den Wohlstand des Landes auf viele Jahre hinaus vernichten und zugleich zwei Abtheilungen seiner Flotte nach dem korinthischen Meerbusen auslaufen. Codrington, der vor Zante lag, verwehrte ihnen das Einlaufen in den Meerbusen und trieb sie mit Kanonenschüssen zurück. Darauf vereinigte er sich mit seinen zwei Kollegen, und da sie auch noch von der Verheerung Messeniens Nachricht erhielten, so segelten sie südwärts und liefen am 20. Oktober im Hafen von Navarin ein, wo sie die feindliche Flotte in Hufeisenform in Schlachtordnung aufgestellt fanden. Ibrahim hatte sich schon 4 Tage zuvor, wahrscheinlich um den Zumuthungen der Admirale auszuweichen, nach Pyrgos begeben. Seine Flotte bestand aus 130 Schiffen, worunter 89 Kriegsschiffe mit 2438 Kanonen, denen die Verbündeten nur 27 Schiffe mit 1276 Kanonen entgegenzustellen hatten. Codrington führte den Oberbefehl über die vereinigte Flotte. Sein Schiff „Asia" ankerte auf Pistolenschußweite von dem des türkischen Admirals. Befehl war, nicht zu schießen, außer wenn die Türken anfiengen. Schon waren von dieser Seite Schüsse gefallen, schon einige Leute auf den englischen Schiffen getödtet, und noch immer hielt Codrington zurück. Da feuerte die Mannschaft des feindlichen Admiralschiffs auf die Asia, und nun gieng es los. Rechts und links bohrte der Engländer seine Gegner in den Grund, die anderen machten es auch nicht schlechter, Kaltblütigkeit und Disciplin war auf ihrer Seite, Verwirrung, Kopflosigkeit und Feigheit auf der anderen, alles war in einen Knäuel zusammengeballt, aus welchem über 3000 Kanonen in einem engen von Bergen umgebenen Bassin losdonnerten, daß es weithin wiederhallte. Vier Stunden, von Nachmittags 2 Uhr bis Abends 6 Uhr dauerte der Kampf, in welchem 5—6000 Feinde getödtet, fast ihre ganze Flotte zerstört wurde. Nur 29 Kriegsschiffe, welche kaum noch

segelfähig waren, blieben ihnen übrig. Der Hafen war mit Trümmern bedeckt, und die ganze Nacht hindurch dauerten die Explosionen der von den Türken in die Luft gesprengten kampfunfähigen Schiffe. Ibrahim kam Abends nach Navarin zurück und sah nichts als Zerstörung vor sich. Die Admirale ließen ihm sagen, daß bei der geringsten Feindseligkeit von seiner Seite der Rest seiner Schiffe und die Forts vollends zusammengeschossen würden. Darauf ließ er die weiße Flagge aufziehen und schickte, was von Schiffen noch seetüchtig gemacht werden konnte, nach Alexandria, während auch die Verbündeten sich zurückzogen und ihre Schiffe ausbessern ließen.

In ganz Europa war Jubel über diesen Sieg, nur in der Hofburg zu Wien Entsetzen. Canning hatte diesen Triumph nicht mehr erlebt; sein Nachfolger Wellington ließ den König in seiner Thronrede den Sieg ein „leidiges Ereigniß" nennen; denn die Zerstörung der türkischen Flotte schien hauptsächlich für die Plane Rußlands günstig zu sein. Die Pforte ließ sich auch jetzt noch in keine Unterhandlungen über die Pacifikation Griechenlands ein, und zwischen ihr und den Gesandten der drei Mächte wurde der Streit so heftig, daß letztere abreisten, worauf eine Menge fränkischer Bewohner aus der Türkei ausgewiesen wurde. Der russisch-türkische Krieg war im Anmarsch. Um den Tag von Navarin bis zur letzten Konsequenz auszubeuten, landete, nach einem Beschluß der Londoner Konferenz, der französische General Maison mit 14,000 Mann in Morea, zwang Ibrahim zur Einschiffung nach Aegypten, die Besatzungen zur Kapitulation, so daß im Oktober 1828 wenigstens Morea frei war und den Griechen nichts im Wege stand, zunächst dort eine selbständige Regierung zu gründen.

Der Präsident Kapodistrias befand sich seit dem 18. Januar 1828 auf griechischem Boden, von allen Parteien als Retter empfangen. Er hätte es sein können, wenn er nicht als russischer Minister zu sehr an absolute Herrschaft sich gewöhnt und bei seiner Rückkehr nach Griechenland die dortigen Zustände nicht falsch beurtheilt hätte. Seine Präsidentschaft war eine Art Diktatur, der ihm zur Seite gestellte Staatsrath bestand aus Kreaturen von ihm. Die Selbständigkeit der Provincial- und Gemeindebehörden wurde aufgehoben und eine Präfekten-Wirthschaft eingeführt, bei der

keine freie Gemeindewahl möglich war. Um seinen Willen allmächtig zu machen, stellte er, wie Metternich, seine Spione an, beschränkte die Preßfreiheit, verletzte das Briefgeheimniß. Schulen wurden zwar eingerichtet, aber dafür gesorgt, daß keine freien Ideen in ihre Räume eindrängen. In der Heimat Plato's durfte Plato's Gorgias nicht einmal gelesen werden, weil er sich zu stark gegen die Tyrannen aussprach. Gegen alles, was in der griechischen Revolution groß und stark geworden war, zeigte er keinen geringeren Haß als der spanische Ferdinand gegen die siegreichen Bekämpfer Napoleons. Gegen die Hydrioten mit ihrem Selbstgefühl, gegen die unabhängigen Mainoten, gegen jene stolzen Häuptlinge, welche acht Jahre lang das Schicksal ihres Landes auf ihrer Degenspitze getragen hatten, verfuhr er als russischer Pascha. Wie war doch sogleich der erste Empfang, die erste Anrede an die Kapitäne von Osthellas so bezeichnend: „Ich kenne euch, ihr seid alle Klephten und Lügner!“ Und als General Church ihm die Helden von Mesolongi vorstellen wollte, sagte er: „Es ist nicht nöthig, ich kenne diese Herren schon; ihr habt euch neun Jahre mit den Türken gerauft und Ziegen und Schafe gestohlen, das sind eure Heldenthaten!“ Eine solche Sprache von einem Manne, der denn doch kein anderes Verdienst hatte, als daß er seither der gehorsame Diener des Kaisers von Rußland gewesen war, der in Petersburg und Genf sich herumtrieb, während seine Landsleute türkische Admiralschiffe in die Luft sprengten, war gar zu stark.

Am 22. März 1829 wurde von den drei Mächten bestimmt, daß Griechenland eine erbliche Monarchie bilden, im Norden bis zu den Meerbusen von Arta und Volo sich erstrecken, aber der Türkei tributpflichtig sein solle. Diese Bestimmungen wurden am 3. Februar 1830 dahin abgeändert, daß Griechenland ganz unabhängig und tributfrei sein, im Norden seine Grenzen noch ziemlich beschränkt und Prinz Leopold von Sachsen-Koburg zu seinem Fürsten ernannt werden solle. Aber der Prinz, welcher einsah, daß er bei so beengten Grenzen seine Regierung damit anfangen müßte, die übrigen griechischen Provinzen von der Pforte mit den Waffen zurückzufordern, lehnte die dargebotene Krone ab, zumal er damals bei den Gesundheitsumständen des Königs von England die glänzendere Aussicht hatte, für seine minderjährige Nichte Viktoria Regent von England zu werden. Wem war dies lieber als Kapodistrias! Aber seine Tage waren gezählt. Zu denjenigen Familien, gegen welche er eine Art Vernichtungskrieg führte,

gehörte die mainotische Familie der Mauromichalis. Das hervorragendste Glied derselben, der alte Pietrobei, war von ihm ins Gefängniß geworfen. Sein Bruder Konstantin und sein Sohn Georgios wollten seine Freilassung erbitten, erhielten aber den Befehl, Nauplia nicht zu verlassen und nur in Begleitung von Soldaten auszugehen. Auch die Bitte der 90jährigen Mutter Pietrobei's, welche 42 Mitglieder ihrer Familie für Griechenlands Freiheit hatte fallen sehen, erwirkte nicht des Sohnes Freiheit. Da packte es jene Beiden. Am Morgen des 9. Oktober 1831 begab sich Kapodistrias mit einem Begleiter zur Kirche. Konstantin und Georgios gingen denselben Weg, jener feuerte eine Pistole nach seinem Haupte, dieser stieß ihm einen Dolch in den Leib. Konstantin wurde von Kapodistrias Begleiter mit der Pistole getroffen und von einem Volkshaufen vollends getödtet, Georgios am 22. Oktober vor dem Fenster seines Vaters erschossen. Der Senat ernannte sofort den Grafen Augustin Kapodistrias, des Ermordeten Bruder, zum Präsidenten von Griechenland, und dieser brachte es durch seine Regierungskunst so weit, daß Morea und Mittelgriechenland zu einem Bürgerkrieg die Waffen erhoben. Er mußte am 9. April 1832 abdanken. Im folgenden Monat wählte die Londoner Conferenz den Prinzen Otto von Baiern, den Sohn des gekrönten Philhellenen Ludwig, zum König von Griechenland und stellte wieder die Grenzen von Arta und Volo her. Doch eben bei dieser Grenzbestimmung zeigte die Diplomatie wieder einmal wenig Weisheit. Denn wenn irgend ein Gebiet, so mußte Kreta, das vom Beginn des Aufstands alle Leiden desselben durchgemacht hatte, dem türkischen Joche entzogen und dem jungen Königreich zugetheilt werden. Die Eifersucht Englands auf den russischen Einfluß in Griechenland, die Besorgniß, daß die russische Seemacht dadurch gar zu festen Fuß im Mittelmeere fassen möchte, führte jenen Beschluß herbei, welchen die Sphakioten von 1866 aufs bitterste verfluchten.

Am 30. Januar 1833 landete König Otto in Nauplia. Da er noch nicht volljährig war, wurde eine Regentschaft von drei Personen, dem Grafen von Armansperg, dem Staatsrath von Maurer und dem General Heydeck, eingesetzt. 3500 Mann bairische Truppen sollten die Ordnung aufrecht erhalten, bis eine nationale Armee geschaffen sei. Die Regentschaft entwickelte eine große Thätigkeit, war aber in sich selbst zerfallen und dadurch noch mehr den sich durchkreuzenden

Einflüssen der fremden Gesandten preisgegeben. Verschwörungen zum Sturze der Regentschaft wurden angezettelt, an welchen sich auch der alte Kolokotronis betheiligte. Zu 20jähriger Gefangenschaft verurtheilt, wurde er schon nach einem Jahre, bei Otto's Regierungsantritt, freigelassen. Der Regierungssitz wurde am 25. December 1833 von Nauplia nach dem klassischen Athen verlegt, das freilich fast nur noch ein Schutthaufen war, bald aber eine Universität erhielt und in kurzem einer der wichtigsten Posten im Orient wurde. König Otto, welcher am 1. Juli 1835 die Regierung selbst übernahm und im folgenden Jahre sich mit der Prinzessin Amalie von Oldenburg vermählte, hatte zuerst Armansperg, dann Herrn von Rudhardt zum ersten Minister. Als dieser in Folge seiner Konflikte mit dem englischen Gesandten Lyons, der ihn der Russenfreundlichkeit beschuldigte, 1837 entlassen wurde, wurden nur Griechen ins Ministerium aufgenommen, die Eintracht aber dadurch nicht größer. Ein Militäraufstand, an dessen Spitze der zur russischen Partei gehörige Kalergis aus Kreta, ein Gefährte des bereits verstorbenen Kolokotronis, stand, nöthigte den König, der sich übrigens gar nicht dagegen sträubte, am 15. September 1843 Griechenland eine Repräsentativverfassung zu geben. Doch auch diese konnte der Unzufriedenheit des Volkes nicht abhelfen. Denn die Griechen, welche von einem byzantinischen Reich, von Konstantinopel träumten, fühlten sich auf eine unnatürliche Weise eingeschnürt und von jedem Sturm, der am Bosporus tobte, bis in ihre innersten Fasern durchzittert.

Solche Stürme hervorzurufen, war niemand geeigneter als Rußland. Seine natürliche Beschaffenheit und seine Traditionen weisen dasselbe nach der Balkanhalbinsel hin, dessen Besitz ihm einen unvergleichlichen Zuwachs an Macht verleihen würde. Um so eifersüchtiger wacht aber England auf die Pulsschläge des „kranken Mannes“. Kaiser Alexander hatte eine Zeitlang die Phantasie gehabt, im Bund mit Napoleon die orientalische Frage im russischen Interesse zu regeln. Nach dessen Sturz haben wir ihn als Begründer der heiligen Allianz und als Bekämpfer der Revolutionen in Südeuropa kennen gelernt. Im Innern seines Landes zeigte er die liberale Seite seines Charakters. Er hob in den Ostseeprovinzen die Leibeigenschaft auf und gab dem Königreich Polen, trotz des Widerstandes der Altrussen, 1818 eine Verfassung und selbständige Verwaltung. Aber den Polen ging es wie den Griechen: ihre Grenzen waren ihnen im Vergleich mit

denen in der guten alten Zeit viel zu eng. Es bildeten sich auch hier geheime Gesellschaften, welche die Selbständigkeit des Reiches bis zur Unabhängigkeit von Rußland treiben wollten. Gefährlicher waren die Freimaurerbünde in Rußland selbst, wo viele Officiere aus den ersten Familien, durch den langen Aufenthalt in Deutschland und Frankreich während der Kriegsjahre und durch ihre Reisen auf freiere Institutionen aufmerksam gemacht, eine Verschwörung bildeten, welche die Ermordung Alexanders und den Sturz des bisherigen Regierungssystems zum Zweck hatte. Ihren Planen kam die große Unzufriedenheit des Volkes, besonders des Heeres und der Geistlichkeit entgegen, welche es Alexander nicht verzeihen konnten, daß er, von der östreichischen Regierung geleitet, in der Sache der glaubensverwandten Griechen eine antinationale Politik verfolgte. Die Kunde von dieser Verschwörung und das vernichtende Bewußtsein davon, wie tief er von jener Höhe von 1814 und 1815 herabgesunken sei, machten ihn immer mißtrauischer und zurückhaltender. Um sich körperlich und geistig zu erholen, trat er eine Reise nach dem Süden an, starb aber an einer Erkältung und hinzutretendem Gallenfieber am 1. December 1825 in Taganrog am Asow'schen Meer.

Von den drei Brüdern des kinderlosen Kaisers hatte der älteste, Konstantin, damals Vicekönig von Polen, dem Throne bereits entsagt. Dieser fiel daher dem zweiten Bruder, Nikolaus, zu, und am 26. December 1825 sollten die hohen Beamten und das Militär den Eid leisten. Da aber Konstantins Thronentsagung bisher ganz geheim gehalten worden war, so benützten dies jene Verschwörer, um jenen als den rechtmäßigen Zaren, Nikolaus als einen Thronräuber hinzustellen. Ihre Plane gingen auf Ermordung des Kaisers, ja der ganzen kaiserlichen Familie, auf Verkündigung einer Verfassung, und einige träumten von einer Republik Rußland. Den Soldaten freilich riefen riefen: „Es lebe Konstantin und die Konstitution!" und als jene fragten, ob die Konstitution Konstantins Frau sei, ließen die Verschwörer sie auf ihrem Glauben. Auf dem Isaaksplatz versammelten sich die rebellischen Regimenter, empfiengen den Kaiser mit wüstem Geschrei, schoßen den Gouverneur, Grafen Miloradowitsch, nieder und konnten nicht eher zur Vernunft gebracht werden, bis Nikolaus mit Kartätschen unter sie schießen und seine Kürassiere unter sie einhauen ließ. Der Aufstand, dem es an einem leitenden Haupte fehlte, war damit in Petersburg unterdrückt; im Süden, wo die Verschwörer in

Kiew ihren Sitz hatten, gelang es General Diebitsch, seiner Herr zu werden. Mehrere Hinrichtungen und Verbannungen waren die nächsten Folgen dieses tollen Unternehmens.

Nikolaus war fast in allem das gerade Gegentheil seines Bruders. Er hatte nicht das Weiche, Bewegliche, Kosmopolitische, aber auch nicht das Schwankende und Unentschlossene Alexanders, sondern zeigte sich von Anfang an als eine praktische Natur, als ein energischer Charakter. Unumschränkte Herrschaft im Innern, Niederhaltung jedes fremden Willens, Absperrung des Landes gegen europäische Kultur, Vergrößerung und Vervollkommnung der Militärmacht, Losreißung von dem Bevormundungssystem Metternichs und überwiegende Geltendmachung des russischen Einflusses in allen auswärtigen Fragen: so lautete sein Programm. Europa davon eine Probe zu geben, dazu gab ihm der griechische Aufstand eine erwünschte Gelegenheit. Kaum war der Krieg mit Persien durch den General Paskewitsch, welcher die Festung Eriwan 1827 nahm, glücklich beendigt, so stand der türkische Feldzug schon vor der Thüre. Das ferne Griechenland lag dem Kaiser weit weniger am Herzen als die nahen Donaufürstenthümer, daher er, ohne Griechenland mit einer Silbe zu erwähnen, am 25. September 1826 mit der Pforte den Vertrag von Akjerman schloß, wonach die Hospodare der Moldau und Walachei auf sieben Jahre gewählt werden, dann wieder wählbar sein, von den türkischen Behörden nicht mehr abhängen und ohne Zustimmung des Petersburger Kabinets nicht abgesetzt werden sollten. Damit war der Schwerpunkt dieser Länder nach Petersburg verlegt. Bald aber beklagten sich die Russen über Vertragsbruch, das Londoner Protokoll vom 6. Juli 1827, die Schlacht bei Navarin, die Austreibung der Christen, die Belästigung der russischen Schiffahrt und so manches andere kam hinzu, und so erfolgte am 26. April 1828 die Kriegserklärung.

Rußland wollte nicht länger zögern, weil gerade damals nach Aufhebung der Janitscharen die neue türkische Heeresorganisation noch in der Entwicklung war. Diese türkischen Prätorianer waren nicht mehr, was sie in früheren Jahrhunderten gewesen waren, vielmehr eine feige, unbotmäßige Horde, der es weniger um das Kämpfen als um das Plündern zu thun war. Als der Sultan, neidisch auf die Erfolge der Aegyptier in Morea, den Beschluß ankündigte, ein disciplinirtes Fußvolk, mit Zuziehung von ausgewählten Janitscharen,

zu errichten, griffen diese am 15. Juni 1827 zu den Waffen, plünderten und mordeten. Der Sultan ließ sie, wie Nikolaus die Verschwörer von Petersburg, durch zuverläßige Truppen mit Kartätschen zusammenschießen, ihre Kasernen in Brand stecken, Hunderte von ihnen hinrichten, weit mehr nach Asien schicken und ordnete die Aufhebung der Janitscharen an, die sich durch Anlegung von Feuersbrünsten rächten. Die zu den Waffen gerufene Bevölkerung ließ er mit Hilfe europäischer Officiere mit allem Eifer in den Waffen üben. Auch in den übrigen Zweigen der Staatsverwaltung hatte er großartige Reformplane im Sinne. Das Selbstgefühl der türkischen Großen hob sich, und ein Pascha fragte geradezu den französischen Draggoman Desgranges, wie lange die Revolution in Frankreich gedauert habe, und auf dessen Antwort, „25 bis 30 Jahre,“ sagte er prahlerisch: „Schreibt sogleich nach Paris, daß wir eine in 23 Minuten vollbracht haben!“

Die Russen überschritten am 7. Mai 1828 den Pruth und drangen in der Moldau und Walachei ein. Trotz langer Rüstungen erschienen sie nur mit 70,000 Mann, daher sie die Garden nachkommen lassen mußten. Oberfeldherr war Graf Wittgenstein, der schon im Jahr 1813 bei Großgörschen sich nicht als militärisches Genie gezeigt hatte. Zum Unglück war Nikolaus selbst beim Heere mit einer Menge von Diplomaten und militärischen Bevollmächtigten. Als ob er den Türken Zeit zur Sammlung geben wollte, ging Wittgenstein erst nach 4 Wochen über die Donau. Die ersten Operationen, welche den kleinen Donaufestungen galten, waren günstig; in 6 Wochen wurden 6 Festungen: Isaktschi, Matschin, Hirsowa, Basardschik, Tuldscha, Kustendsche, erobert. Aber mit der Belagerung von Silistria und Schumla wollte es nicht vorwärts gehen. Die Russen erlitten hier namhafte Verluste. Der einzige bedeutende Gewinn dieses Feldzugs war die Einnahme von Varna am 10. Oktober, das, auch von der Seeseite eingeschlossen, durch den Verrath des Kommandanten Jussuf Pascha mit 7000 Mann sich ergab. Hier blieb eine russische Besatzung, die Belagerung von Schumla und Silistria wurde aufgegeben, der größte Theil des Heeres gieng über die Donau zurück und bezog dort die Winterquartiere. Bedeutender waren die Erfolge in Asien. Paskewitsch, welcher von dem persischen Feldzug her den Titel Graf Eriwan führte, drang im türkischen Armenien ein, eroberte die Festungen Kars, Achalkalaki und Achalzik, während seine

Generale die Festungen am schwarzen Meere Anapa und Poti einnahmen. Im folgenden Jahre rückte er nach Besiegung von 2 türkischen Heeren in Erzerum ein.

Je geringer die Erfolge von 1828 waren, desto nothwendiger war es für Rußland, trotz aller Gegenplane Metternichs, im Jahre 1829 einen zweiten Feldzug gegen die Türkei zu unternehmen. Nikolaus blieb diesmal in Petersburg, und der energische Graf Diebitsch, ein Schlesier, bisher Generalstabschef, übernahm den Oberbefehl. Nachdem er am 11. Juni den Großvezier Reschid Pascha bei Kulewtscha geschlagen und Silistria am 29. Juni nach siebenwöchiger Vertheidigung, sich ergeben hatte, trat er, vor Schumla ein Beobachtungscorps zurücklassend, seinen Marsch über den Balkan an (woher er den Beinamen Sabalkanski erhielt), erreichte nach 9 Tagen die Ebene und zog am 20. August in Adrianopel ein, dessen Besatzung kapitulirt hatte. Schon streiften seine Truppen bis Tschorlu und Rodosto und bedrohten Konstantinopel, während Admiral Greigh die kleinen Hafenplätze südlich von Varna nahm. Die Stunde des türkischen Reichs schien geschlagen zu haben. Die Diplomatie war in athemloser Spannung. Jeden Augenblick erwartete man die Besetzung Konstantinopels. Aber Diebitsch, welcher kaum noch 20,000 Mann hatte und im Rücken durch Reschid Pascha, in der rechten Flanke durch den mit 40,000 Mann heranziehenden Pascha von Skodra bedroht war, befand sich in weit größerer Verlegenheit als der Sultan. Um sie zu verbergen, führte er eine Sprache, als ob er an der Spitze von 100,000 Mann stände, und schüchterte dadurch die Pforte ein. Die Eifersucht Englands hatte einen solchen Grad erreicht, daß Admiral Gordon den Befehl erhielt, sobald die Russen vor Konstantinopel ständen, mit der englischen Flotte in das Marmorameer einzulaufen. Um dieses Aeußerste abzuwehren, bewogen die Diplomaten, besonders der zur Vermittlung abgesandte preußische General Müffling, die Pforte zum Nachgeben. Die Unterhandlungen begannen, und am 14. September kam der Friede von Adrianopel zu Stande. Rußland gab alle Eroberungen in Europa heraus, ebenso Kars, behielt in Asien Anapa, Poti, Achalzik und Achalkalaki, wurde dadurch Herr der Ostküste des schwarzen Meeres, errang für die Donaufürstenthümer eine fast völlige Unabhängigkeit, Lebenslänglichkeit der Hospodare, große Handelsfreiheit zu Wasser und zu Land, freien Durchgang durch den Bosporus und die Dardanellenstraße (woran auch

die anderen Nationen Theil haben sollten), und die Zustimmung zu dem Londoner Protokoll in Betreff Griechenlands.

Die Türkei war zwar damit noch nicht vernichtet, sie war noch ein selbständiger Staat; aber wenn sie je noch einen Nimbus von Macht um sich verbreitet hatte, so war es damit von jetzt an aus. Dagegen stieg Rußlands Macht und Einfluß ungeheuer, was in den zwei folgenden Jahrzehnten nicht bloß die Türkei, sondern besonders auch Deutschland sehr zu fühlen hatte.

§. 6.

Frankreich und die Restauration der Bourbonen.

Chauteaubriand sagt von seinen Landsleuten: „Es gibt in Frankreich wunderbar viel Geist, aber Kopf und gesunder Menschenverstand gebricht; zwei Phrasen berauschen uns.“ Ein solches Volk ist allerdings schwerer zu regieren als ein Volk von denkenden und nüchternen Menschen. Doch war den Bourbonen der Weg, auf welchem sie ihrem Throne Dauerhaftigkeit verschaffen konnten, klar vorgezeichnet. Die Verfassung, welche Ludwig XVIII. auf das Andrängen der fremden Mächte schon bei seiner ersten Rückkehr am 4. Juni 1814 gegeben hatte, die charte constitutionelle, enthielt so viele liberale Bestimmungen, daß die Regierung sie bloß aufrichtig zu halten und sie im Einklang mit den Ideen des Jahrhunderts weiter zu bilden brauchte, um den größten Theil des französischen Volkes, und gerade die Gebildeten, für sich zu haben. Denn letztere gehörten größtentheils zu den Konstitutionellen, die sich wieder in zwei Schattirungen abzweigten: die Unabhängigen oder Independenten und die Doktrinärs. Zu jenen waren Männer wie Lafitte, Manuel, Lafayette, Beranger, Benjamin-Constant zu zählen, zu diesen, welche die Doktrin vom konstitutionellen Staatsleben und von der Nothwendigkeit einer starken Regierungsgewalt aufstellten, Guizot und Villemain. Zwei andere Parteien, die Republikaner und Bonapartisten, hatten nach den theuren Erfahrungen der letzten Jahre keinen großen Anhang. Es war somit klar, daß die Regierung nur dann in Wahrheit stark war, wenn sie sich auf die konstitutionelle Partei stützte, die Doktrinärs an sich zog, die Unabhängigen nicht von sich stieß, zeitgemäße Koncessionen machte. Wer aber meinte, daß man in Frankreich die Jahre von 1789—1815 einfach überspringen und

ignoriren könne, der befand sich in einem großen Irrthum, und darin befand sich die viertel Partei, die Ultra's, welche hauptsächlich in dem Lager des Adels und des Klerus zu finden war. Wiederherstellung ihrer Privilegien als besonderer, bevorrechteter Stände, Zurückgabe der verkauften Adels- und Kirchengüter, unumschränkte Herrschaft am Hof, im Militär und in allen höheren Stellen des Civils, Beherrschung des Unterrichtswesens und Zurückführung des Volks zu gedankenloser Bigotterie: so lauteten die Forderungen dieser Herren. Damit vertrug sich die Charte nicht; sie hielten es aber auch für eine Schmach des Königthums, daß eine solche bestand. All die 15 Jahre, welche die Regierung der Restauration dauerte, sah man nichts als Kampf zwischen den Konstitutionellen und den Ultra's. Hielt sich die Regierung an jene, so hatte sie im Volk einen starken Halt und brauchte diese nicht zu fürchten; begünstigte sie aber diese, so hatte sie im Volk gar keinen Halt und mußte fürchten, daß jene sie durch eine neue Revolution stürze. Sie hatte die Wahl.

König Ludwig, welcher zu Lebzeiten seines Bruders, des hingerichteten Ludwigs XVI., den Titel Graf von Provence führte, besaß einige Gutmüthigkeit, aber wenig Verstand und Energie. Die Ultra's waren ihm nicht angenehm, weil er so viel merkte, daß sie ihn seinen Thron kosten könnten. Die Konstitutionellen vertrugen sich nicht mit seiner bourbonischen Gedankenarmut, und so suchte er zwischen beiden möglichst gut hindurchzusteuern. Bei seiner Kinderlosigkeit war sein Bruder der Thronerbe. Dies war der 58jährige Karl, Graf von Artois, welcher, ganz der Jagd, dem Theaterspiel und den Galanterien ergeben, Kenntnisse weder selbst hatte, noch an andern liebte, nach einem ausschweifenden Leben den Deckmantel der Kirche suchte und von der Majestät eines irdischen Königs wahrhaft himmlische Begriffe hatte. Die Konstitution wollte er nur so lange und so weit bestehen lassen, als die eiserne Nothwendigkeit es verlangte; im übrigen, meinte er, wolle er lieber Holz sägen, als ein König nach englischem Muster sein. Er war der rechte Mann für die Ultra's, die unter seinem Scepter eine förmliche Nebenregierung bildeten, den „Pavillon Marsan", wie man sie nach ihrem Versammlungsort nannte, oder das nach Paris verpflanzte „Koblenz". Sein Einfluß war um so größer, da er den Oberbefehl über die Nationalgarde führte und an der Spitze der Kongregation (einer Genossen-

schaft strenggläubiger Katholiken) stand. Seine Söhne waren der Herzog von Angoulème und der Herzog von Berry, beide geistig unbedeutende Persönlichkeiten, jener mehr durch seine Gemahlin, dieser durch seinen baldigen Tod bekannt. Angoulème war vermählt mit der unglücklichen Tochter der Marie Antoinette, mit Marie Therèse, welche durch die Revolution Eltern und Geschwister, alles verloren hatte und nun in ihrem weiblichen Herzen Rachegefühle hegte. Graf Artois hatte an seiner Schwiegertochter meist eine entschiedene Genossin. Auch diese Ehe war kinderlos. Lebhafter und gutmüthiger als der ältere Bruder war Berry, übrigens voll von bourbonischem Stolz und gegen die napoleonischen Officiere bis zur Unverschämtheit taktlos. Er war seit 1816 mit der neapolitanischen Prinzessin Marie Karoline vermählt. Auf dieser Ehe ruhte die Hoffnung der Dynastie.

Ludwig hatte bei seiner Rückkehr, um der Volksstimmung entgegenzukommen, Talleyrand und Fouché, diese beiden großen Verräther, in sein erstes Ministerium aufgenommen. Nach wenigen Monaten wurden sie entlassen und am 24. September 1815 der Herzog von Richelieu an die Spitze eines neuen Ministeriums gestellt. Dieser war gut königlich, aber kein Ultra und sah sich einer Kammer gegenüber, die an Servilismus ihn und seine Regierung weit überbot. In Folge des auf ganz Frankreich lastenden Drucks und des schlechten Wahlsystems war am 7. Oktober eine streng aristokratische Kammer zusammengekommen, welche man la chambre introuvable nannte, da Ludwig selbst gesagt hatte, daß ihm unter den gegenwärtigen Umständen eine solche Kammer unfindbar geschienen habe. Von ihr wurden die Sicherheitsgesetze, vielleicht besser Rachegesetze genannt, angenommen, welche die Aufhebung der persönlichen Freiheit, die Bestrafung aufrührerischer Rufe und Handlungen und die Einsetzung von Prevotalgerichtshöfen, einer Art von Kriegsgerichten, bestimmten. Nun wurden die Verhaftungen so massenhaft vorgenommen, daß man deren bald 7000 zählte. Kein Beamter war mehr seiner Stelle sicher. Wie in Piemont wüthete man gegen alle Erinnerungen an die Revolution und an Bonaparte; gieng ja ein Präfect so weit, daß er ein lebensgroßes Bild Napoleons samt einem lebendigen Adler verbrennen und die Asche des „Menschenfressers Bonaparte" ins Wasser werfen ließ. Hand in Hand gieng damit der Kampf der Geistlichkeit gegen die Ideen des 19. Jahrhunderts, jenes geistliche Verfinsterungssystem, das an die



Zeiten Gregors und Innocens' erinnerte. Missionäre wurden im Lande herumgeschickt, und durch prunkvolle Aufzüge, bei denen nach bekannten Revolutionsmelodien Missionslieder gesungen wurden, durch sentimentale oder imponirende Prediger suchte man das Volk, besonders die Frauenwelt zu gewinnen. Das Militär wurde durch rücksichtslose Verfolgung und Zurücksetzung der Bonapartisten aufs heftigste gereizt, Oberst Labedoyère und Marschall Ney erschossen, Graf Lavalette nur durch die Aufopferung seiner Gemahlin, einer Nichte der Kaiserin Josephine, vor ähnlichem Schicksal bewahrt, im Jahre 1816 noch zwei weitere Generale erschossen und viele Flüchtige zum Tod verurtheilt. War es da zu verwundern, wenn kaum ein Jahr nach Ludwigs Rückkehr Verschwörungen ausbrachen, in Grenoble, Lyon und Paris die Revolution wieder ihr Spiel begann? Um so lauter schrien die Ultra's nach neuen Opfern und setzten es durch, daß alle Mitglieder der Familie Bonaparte und die sogenannten Königsmörder, welche als Konventsmitglieder für die Hinrichtung Ludwigs XVI. gestimmt hatten, verbannt wurden. Als aber die Ultra's in der Kammer noch weiter gehen wollten und dabei verriethen, daß es ihnen weniger um die Stärkung des Throns, als um die Privilegien des Adels und des Klerus zu thun sei, löste Ludwig am 5. September 1816 diese Kammer auf.

Der neuen Kammer wurde ein neues Wahlgesetz vorgelegt, das, um den Bestrebungen der Ultra's zu begegnen, auch den Industriellen und Kapitalisten, also dem eigentlichen Mittelstand, das Recht des Wählens und der Wählbarkeit verlieh. Das Gesetz gieng trotz des Widerstands der Aristokratie durch und hatte zur Folge, daß, da alle Jahre ein Fünftheil der Abgeordneten austreten und durch neue Wahlen ergänzt werden mußte, immer mehr Konstitutionelle in die Kammer kamen, im Herbst 1818 bei 55 Ersatzwahlen nicht weniger als 23, und zwar die Häupter der Independenten. Richelieu befand sich gerade bei dem Kongreß von Aachen, auf welchem er bei den fremden Monarchen es durchsetzte, daß sie ihre Occupationstruppen jetzt schon, nicht erst nach zwei Jahren, aus Frankreich zurückzogen. Von Kaiser Alexander, Metternich und Wellington mit guten Rathschlägen versehen, kehrte er nach Paris zurück, entschlossen, sich den Ultra's wieder zu nähern und das Wahlgesetz zu verändern. Aber ein Theil seiner Kollegen und die Mehrheit der Kammer sprach sich entschieden dagegen aus, und so legte Richelieu sein Amt nieder. Das

neue Ministerium, dessen Präsident General Dessolles, dessen eigentliches Haupt von Anfang an Decazes, Minister des Innern, war, ein wegen seiner liebenswürdigen Manieren bei Ludwig sehr beliebter Mann, trat sein Amt am 28. December 1818 an. Seine Anfänge waren sehr liberal: ein Pairsschub von 65 neuen Mitgliedern verstärkte in der ersten Kammer die freisinnigeren Elemente, Preßfreiheit wurde gegeben, reaktionäre Präfekten entlassen, mehrere Verbannte, selbst „Königsmörder" (Regiciden) zurückberufen. Die Ergänzungswahlen von 1819 fielen ganz in diesem Sinne aus: von 55 neu zu Wählenden kamen 35 Unabhängige in die Kammer, darunter der Bischof von Blois, Gregoire, welcher als einstiges Konventsmitglied die Hinrichtung Ludwigs schriftlich gebilligt hatte und die Aeußerung gethan haben soll, „die Könige seien in der moralischen Ordnung, was die Ungeheuer in der physischen". Diese Wahl war Ludwig XVIII. zu stark; er verlangte von Dessolles ein Einlenken in monarchische Bahnen, und da Dessolles und zwei andere Minister widerstrebten, so trat Decazes am 16. November 1819 an die Spitze eines neuen Ministeriums. Gregoire wurde von der Kammer ausgeschlossen, und Decazes kündigte eine Veränderung des Wahlgesetzes an.

Da wurde am 13. Februar 1820 der Herzog von Berry, wie er eben aus dem Opernhause kam und seine Gemahlin an den Wagen geleitete, von einem Sattlersgehilfen, Namens Louvel, einem fanatischen Gegner der bourbonischen Herrschaft, erstochen. Diese That wurde von den Ultra's benützt, um das liberal scheinende Ministerium zu sprengen. Sie erklärten Decazes sogar für einen Mitschuldigen Louvels, und Graf von Artois bestand auf seiner Entlassung. Der König mußte nachgeben, und am 20. Februar übernahm Richelieu wieder die Präsidentschaft des Ministeriums. Er legte alsbald der Kammer drei Gesetzentwürfe vor, welche die Wiedereinführung der Censur bei Journalen, die Beschränkung der persönlichen Freiheit und die Bestimmungen über die Wahlen, die ganz in die Hände der Aristokratie kommen sollten, betrafen, und setzte sie trotz der heftigen Opposition der Unabhängigen, trotz der blutigen Straßenaufläufe durch. Das Glück schien den Bourbonen zu lächeln. Die Herzogin von Berry gebar einen Sohn, den Herzog von Bordeaux, „das Kind Europa's", mit welchem nicht weniger Humbug getrieben wurde, als mit andern derartigen Wunderkindern. Die Fortsetzung der Dynastie und ihre Erhaltung auf dem Throne von Frankreich schien

gesichert zu sein. Und doch wollten Viele an die Echtheit dieses Thronerben so wenig glauben, als die Engländer 1688 an die Echtheit des Sohnes Jakobs II. Man sprach sogar von dem „Todtengeläute der Legitimität“.

Es war die Zeit der italienischen und spanischen Militäraufstände. Ein Rückschlag nach Frankreich konnte nicht ausbleiben. Neue Verschwörungen tauchten auf. Der am 15. Mai 1821 erfolgte Tod Napoleons erregte die Gemüther aufs neue. Die Ultra's frohlockten. Sie glaubten, jetzt sei ihre Zeit gekommen. Dank den neuen Wahlgesetzen verstärkten sie bei jeder Ergänzungswahl ihre Reihen. Richelieu war ihnen nicht mehr gut genug, ein Mißtrauensvotum der Kammer stürzte ihn und brachte die Freunde des Grafen von Artois ans Ruder. Herr von Villèle, ein Royalist vom reinsten Wasser, bildete am 13. December 1821 ein neues Ministerium. Er war durch parlamentarische Gewandtheit, durch Kenntnisse in Finanz- und Handelsangelegenheiten ausgezeichnet, ebenso aber auch durch seine reaktionäre Gesinnung. Doch scheute er sich anfangs, dem Wunsche des Kongresses von Verona nachzugeben und in Spanien mit einem Heere zu interveniren. Es blieb ihm aber nichts anderes übrig. Die Forderung von 100 Millionen Franks für diese Expedition erregte die lebhafteste Debatte in der Kammer. Die Liberalen fürchteten die Unterdrückung der spanischen Revolution und deren Folgen für Frankreich, die Ultra's hofften die erstere und erwarteten dann eine hierarchisch-aristokratische Regierung Frankreichs. Der Deputirte Manuel, welcher beifällig auf die Hinrichtung Ludwigs XVI. anzuspielen schien, wurde von der Mehrheit der Kammer ausgeschlossen und durch Gensdarmen aus dem Sitzungssaal geschleppt, worauf 62 Mitglieder der Linken aus der Kammer traten. Die Intervention gieng vor sich, der Herzog von Angoulème kam als Sieger zurück, und die Ultra's beuteten seine Trophäen in großsprecherischer und ungeduldiger Weise aus. Die Kammer wurde aufgelöst, und durch schamlose Wahlbeherrschung kam am 23. März 1824 ein würdiges Seitenstück zu der unfindbaren Kammer von 1815 zusammen, die man daher die „wiedergefundene“ nannte. In dieser zählte die liberale Opposition unter 430 Abgeordneten nur noch 17 Mitglieder. Um diese Kammer möglichst lang in solcher Reinheit beisammen zu haben und sieben Jahre lang mit jeder Wahlagitation verschont zu bleiben, ließ Villèle den Artikel der Charte, der die jährliche Erneuerung eines Fünftheils der Abgeordneten fest-

setzte, aufheben und statt dessen bestimmen, daß sämtliche Mitglieder auf sieben Jahre gewählt und dann die ganze Kammer erneuert werden solle. Das neu geschaffene Kultusministerium gab man dem Bischof Frayssinous, welcher das ganze Unterrichtswesen in die Hände der Geistlichkeit brachte und alle freisinnigen Lehrer entfernte. Und wie mußte es noch kommen, wenn Graf von Artois, das Haupt der Ultra's, selbst auf dem Throne saß! Bei dem Hinwelken Ludwigs hatte er bereits faktisch die Zügel in der Hand. Am 16. Sept. 1824 starb der König, nachdem er, von bösen Ahnungen erfüllt, in seinen letzten Tagen warnend zu seinem Bruder gesagt hatte: „Vergessen Sie nicht, daß Sie die Krone für Ihren Sohn und Ihren Enkel zu bewahren haben!“

Der Sitte gemäß eröffnete König Karl X. seine Regierung mit Gnadenakten, mit einer Amnestie politischer Verbrecher und Aufhebung der Censur. Aber die aristokratisch-kirchliche Partei, die Kongregation ließ ihn, wenn er je gewollt hätte, nicht aus den Händen. Sie setzte in der Kammer von 1825 drei Gesetze durch: über die Errichtung weiterer Frauenklöster, was ein Vorbote für Wiederherstellung der Klöster überhaupt war, über die Entschädigung der Emigranten, wodurch die Staatsschuld um eine Milliarde wuchs, und über die Bestrafung der Kirchenfrevel, wonach nicht bloß Diebstahl, sondern schon Entweihung der Hostie und heiligen Gefäße mit dem Tode bestraft wurde. Und man „fühlte sich noch glücklich“, äußerte selbst der Justizminister, „einem Gesetz über Gotteslästerung entgangen zu sein“. Die wahre Natur Karls enthüllte sich immer mehr. Er versetzte 167 Generale des Kaiserreichs in Ruhestand, suchte die Lächerlichkeit der alten Hoftitel wieder hervor, ließ sich am 29. Mai 1825 in Rheims mit mittelalterlichem Prunk krönen, sang im Jubeljahre 1826 bei den großen Processionen das Miserere durch die Straßen von Paris, in violettem Prälatengewand seinem Hofe voranziehend, machte den finstern Abbé Tharin, welcher die Jesuiten für die von Gott eingesetzten Stützen der Monarchie erklärt hatte, zum Lehrer des Herzogs von Bordeaux und ließ es geschehen, daß sein Großalmosenier, der Fürst von Croi, in einem Hirtenbrief jede Civilehe für ein Konkubinat, also für nichtig erklärte und die Versäumnisse der Messe und der Beichte mit Kirchenstrafen belegte. Gegen diese „Kapuziner-Regierung“, welche dem Volksdichter Béranger vielen Stoff zu satirischen Gedichten gab, erhob sich die öffentliche Meinung immer stärker. Denn der Franzose will zwar katholisch sein, aber nicht bigott. Nicht bloß die Presse

regte sich gegen die Uebergriffe der Geistlichkeit und wurde in allen Prozessen, die ihr Villèle an den Hals hieng, von den auf ihre Unabhängigkeit eifersüchtigen Gerichten freigesprochen, sondern auch die Kammer wollte sich nicht mehr zur Dienerin eines solchen Ministeriums hergeben. Die Pairskammer von 1827 verwarf das neue, alle Bildung und Intelligenz erstickende Preßgesetz, welches Frankreich zu einer Maschine des Jesuitismus machen und in die Zeiten der Inquisition zurückschrauben wollte. Wenige Tage nach dieser Niederlage bekam das Ministerium eine noch deutlichere Sprache zu hören. Bei einer Musterung der Nationalgarde, welche Karl am 27. April 1827 vornahm, erscholl zwar der Ruf: „Es lebe der König!“ aber daneben auch die anderen: „Es lebe die Charte! Nieder mit den Ministern! Nieder mit den Jesuiten!“ und bei dem Rückmarsch in die Stadt rief vor dem Finanzministerium eine Legion: „Nieder mit Villèle!“ Dieser antwortete mit Auflösung der Nationalgarde, ließ ihr aber die Waffen, führte die Censur wieder ein, um sie nach einem halben Jahre wieder aufzuheben, ließ in die ungefügige Pairskammer 76 neue Pairs ernennen und löste die Kammer auf. Aber so unbeliebt hatte sich sein klerikales Regierungssystem gemacht, daß trotz all seiner Anstrengungen bei den neuen Wahlen unter 428 Abgeordneten nur 125 Ministerielle waren. Mehrere Quartiere in Paris feierten diesen Volkssieg mit Illumination, Barrikaden wurden errichtet, die Truppen mußten die Straßen durch Gewehrfeuer säubern, und es war klar, daß man, wenn Villèle auf seinem Posten blieb, die Revolution jetzt schon in Paris hatte.

Da ließ Karl seinen Minister fallen und berief am 4. Januar 1828 den Vicomte von Martignac als Präsidenten des Ministeriums. Dies war ein gewandter und erfahrener Geschäftsmann, ein achtbarer Charakter, aber ohne höhere politische Einsicht und Ueberzeugung, ein Mann des Schaukelsystems, das, wie die Ultra's spotteten, sein Programm in die wenigen Worte fasse: „Ich liebe Papa, den lieben Gott, ich liebe auch Mama, die Revolution.“ Die Thronrede betonte die Seeschlacht bei Navarin und Frankreichs Mitwirkung zur Befreiung Griechenlands. Zur Versöhnung der Opposition brachte Martignac ein liberales Wahl- und Preßgesetz vor die Kammer und bewirkte durch die Verordnung, wonach die acht Jesuitenschulen in Frankreich unter die Aufsicht der Universität gestellt werden sollten und kein ihr untergeordneter Lehrer einer ungesetzlichen religiösen Ge-

meinschaft angehören durfte, die Abreise eines großen Theils der Jesuiten. Mit großem Widerwillen genehmigte Karl diese Neuerungen des ihm aufgedrängten Ministeriums und operirte mit seinen Vertrauten selbst gegen dasselbe. Die volksthümlichen Kundgebungen, die man ihm auf einer Reise nach Lothringen und dem Elsaß bereitete, bestärkten ihn in der Einbildung, daß das eigentliche Volk nur von ihm etwas wolle, aber nichts von der Charte, daß die Kammer und die Presse allein die Verführerin der Pariser Bevölkerung sei. Als nun die Kammer auch mit Martignac sich noch nicht zufrieden zeigte und sich vollends in die Zahl und Besoldung seiner Adjutanten mischte, entließ er das Ministerium und ernannte am 8. August 1829 ein neues Kabinet, das der ultra-royalistischen Richtung angehörte. An der Spitze desselben stand der Fürst von Polignac, dessen Geistesarmut mit seiner Starrköpfigkeit gleichen Schritt hielt; das Kriegsdepartement leitete Graf Bourmont, der Verräther von Waterloo.

Die Ernennung dieses Ministeriums, welches das königliche Wort: „Keine Zugeständnisse mehr!“ zu seinem Programm machte, erschien den Liberalen als eine offene Kriegserklärung, als die Entfaltung der Fahne der Gegenrevolution. Selbst Royalisten tadelten diesen Mißgriff des Königs und sahen darin den Anfang vom Ende. Die Presse wagte die heftigsten Angriffe und erlebte von den Gerichten manche Freisprechung. Geheime Gesellschaften bildeten sich im ganzen Lande, zum Theil mit republikanischem Bekenntniß, und unterhielten Verbindungen mit den Revolutionären der anderen romanischen Länder. Man sprach schon von Steuerverweigerung und bildete Vereine zur Schadloshaltung derer, die durch ihre Weigerung verurtheilt würden. Die Gesellschaft: „aide-toi et le ciel t'aidera“, schon früher gestiftet, kam in neue Bewegung. Die ausgesprochene Taktik all dieser Oppositionselemente war, „alle Regierung unmöglich zu machen, um die bestehende zu stürzen.“ Der alte Volksfreund Lafayette wurde auf einer Reise nach dem südlichen Frankreich, in Grenoble und Lyon, wie ein Monarch empfangen, erhielt Ehrenkränze und Ehrengeleite, Ständchen und Illuminationen, während der Dauphin, Herzog von Angoulême, welcher zu gleicher Zeit die Normandie bereiste, vom Volke nicht die geringste Ehrenbezeigung, auch nicht einen ermunternden Ruf erhielt und noch hören mußte, daß die meisten Frauen von Cherbourg ihre Theilnahme an dem Festball verweigerten. Und wie deutlich und einschneidend war die Sprache des neuen Oppositionsblatts, „National“, das von den

Historikern Thiers und Mignet redigirt wurde! Indem sie von den Stuarts und der englischen Revolution von 1688 sprachen, wie es dort keine socialen Stürme, sondern nur einen Dynastienwechsel gegeben habe wie man dort einen König, der die Rechte des Volkes nicht achtete, und seinen Willen höher stellte als Parlament und Verfassung, nicht mehr als Regenten angesehen, ihm den Gehorsam verweigert habe, ihn unverfolgt habe nach Frankreich entfliehen lassen, um sich einem Manne anzuvertrauen, der mehr Bürgschaften für die Heilighaltung der Verfassung gab, dem großen Oranier, Wilhelm III., wem mußte nicht diese Anspielung auf die unverbesserlichen Bourbonen wie eine Prophezeiung klingen? wem mußte nicht auch zugleich der Name des Mannes einfallen, dem man in Frankreich die Rolle des Oraniers zugedacht hatte?

Die Kammern wurden am 2. März 1830 wieder eröffnet. König Karl gab in seiner Thronrede deutlich zu verstehen, daß seine königlichen Rechte über der Charte stehen, und daß er den revolutionären Umtrieben mit Kraft zu begegnen wissen werde. Daß ihm am Schluß seiner Rede der Hut aus der Hand fiel, und daß gerade der Herzog von Orleans ihn wieder aufhob, galt für sehr ominös. Die Adresse, welche auf die Thronrede von der Kammer berathen wurde, betonte die Heiligkeit der Charte gegenüber den Thronrechten und enthielt ein entschiedenes Mißtrauensvotum gegen das Ministerium. Sie wurde mit 221 gegen 181 Stimmen angenommen. Der König erklärte der Deputation, welche ihm die Adresse überreichte, daß er ihren Inhalt bedaure, seine Entschlüsse seien unabänderlich. Zu einer Aenderung des verhaßten Ministeriums war er nicht zu bewegen. „Man werde ihn wie einen Felsen finden", äußerte er zu seinen Vertrauten, „wenn man ihm seine Minister vorschreiben wolle. Er werde kämpfen, er werde lieber zu Pferd als auf den Karren steigen." Sofort wurde die Kammer vertagt und bald darauf, am 16. Mai, aufgelöst, die Wahlkollegien auf Ende Juni und Anfangs Juli einberufen, die Eröffnung der neuen Kammer auf 3. August festgesetzt.

Die Regierung sparte kein Mittel, um die Wahlen zu beherrschen und sich eine Majorität zu verschaffen. Und konnte es ein wirksameres Mittel geben, um die aufgeregten Geister in andere Bahnen zu lenken und die Regierung mit rauschender Popularität zu umgeben, als wenn sie eine militärische Expedition unternahm und vor die für kriegerischen Ruhm so empfängliche Nation mit neuen Trophäen trat? Der Anlaß

lag sehr nahe. Man hatte an dem Dei von Algier, welcher im April 1827 dem französischen Konsul bei einem Streit über eine Geldangelegenheit mit dem Fliegenwedel einige Schläge ins Gesicht gegeben hatte, immer noch keine Rache genommen. Nun wurde ihm der Krieg erklärt, eine gewaltige Flotte ausgerüstet und 42,000 Mann eingeschifft. Den Oberbefehl übernahm der Kriegsminister Bourmont, jener so verhaßte Mann, welchem das Volk eher eine Niederlage als einen Sieg wünschte. Am 14. Juni landeten die Truppen in der Nähe der Stadt Algier; die Araber, 40—50,000 Mann stark, meist zu Pferd, griffen, bevor die französische Reiterei ausgeschifft war, am 19. Juni an, wurden zurückgeschlagen und mußten ihr Lager samt den Kriegs- und Mundvorräthen in den Händen ihrer Feinde lassen. Darauf rückten die Franzosen gegen Algier vor, besetzten die beherrschenden Höhen und beschoßen die Stadt am 4. Juli von der Land- und Seeseite aus. Der Dei mußte sich ergeben und schiffte sich mit seinen Schätzen nach Neapel ein. Die Franzosen hielten am 5. Juli ihren Einzug in Algier, wo sie 48 Millionen Franks bares Geld und eine Menge werthvoller Waaren und Kriegsvorräthe fanden.

Aber wenn die Minister glaubten, sie könnten durch diese glänzende That die Nation berauschen, so konnten sie an dem Ausfall der Wahlen sehen, wie sehr sie sich getäuscht hatten. Daß diese Expedition nichts anderes als ein Ableitungskanal für die politische Aufregung sein sollte, lag zu sehr auf der Hand, als daß sie hätte einen Eindruck machen können. Die Aufforderung, welche die Gesellschaft „Aide-toi“ erlassen hatte, man solle die 221 Unterzeichner der Adresse wiederwählen, fiel auf einen günstigen Boden. Unter den Neugewählten zählte das Ministerium nur 145 Anhänger, die Opposition 272, darunter 202 von jenen 221. Zum zweitenmal hatte das Land sich hören lassen. Wurde es aber auch gehört? Der König stützte sich auf Artikel 14 der Charte, welcher ihn ermächtigte, „die zum Vollzug der Gesetze und zur Sicherheit des Staates nöthigen Verfügungen und Verordnungen zu erlassen.“ Wenn er dies so verstand, als ob er dadurch zu verfassungswidrigen Verordnungen berechtigt sei, so war er in einem ähnlichen Falle wie 1688 Jakob II. von England, welcher für sich das Recht in Anspruch nahm, sich und jedermann von jedem Gesetz zu dispensiren, worauf man ihm entgegnete, daß man nicht einsehe, wozu man dann noch ein Parlament, wozu man noch eine Gesetzgebung brauche.

Karl war zu einem großen Schlag entschlossen. Fünf „Ordonnanzen“ sollten mit einem Mal wie mit einem Feldherrnwort Ruhe schaffen: die noch nicht einmal zusammengetretene Kammer wurde aufgelöst und neue Wahlen auf den September ausgeschrieben; das bisherige Wahlsystem wurde umgestürzt, die Wahlen zu einem Privilegium der reichsten Grundbesitzer gemacht und die Zahl der Abgeordneten von 430 auf 262 herabgesetzt; alle Zeitungen und Bücher unter 20 Bogen bedurften zu ihrem Erscheinen eine königliche Erlaubniß, die bei irgend einem Anlaß wieder entzogen werden konnte.

Dies waren Verfassungsänderungen, welche nur von der Kammer im Einklang mit dem König vorgenommen werden konnten, somit als königliche Ordonnanzen gesetzwidrig und ungiltig. Vorsicht war jedenfalls gut. Im Ministerrath wurde Polignac, welcher in Bourmonts Abwesenheit auch das Kriegsministerium verwaltete, gefragt, was für militärische Vorkehrungen getroffen seien. Er könne in wenigen Stunden 18,000 Mann in Paris versammeln, war seine Antwort. In Wahrheit aber konnte er bloß über 11,000 Mann verfügen, und diese hatten, da sie schon 1½ Monate in Paris lagen, mit der Bevölkerung bereits ziemlich fraternisirt. Zum Befehlshaber dieser Macht wurde Marschall Marmont ernannt, welcher dem Hof grollte, daß ihm nicht die Expedition nach Algier übertragen worden, welchem das Volk grollte, weil er 1814 zu den Bourbonen übergegangen war. Niemand war in das Geheimniß der Ordonnanzen eingeweiht als der König, der Dauphin, die Minister und der päpstliche Nuntius Lambruschini, welch letzterer den König zu extremen Schritten drängte, in der Hoffnung, dadurch in Frankreich das klerikale System fest zu begründen und von dort aus dasselbe in Spanien und in Portugal zu unterstützen. Selbst Marmont kannte das Geheimniß nicht, so daß er gar keine Dispositionen treffen konnte, ebensowenig der Polizeipräfekt, der übrigens „mit seinem Kopf dafür einstand, daß, was auch geschehe, Paris sich nicht regen werde.“

Am 25. Juni wurden die Ordonnanzen in St. Cloud unterzeichnet. Noch einmal versicherte der vertrauensselige Polignac, daß ein Widerstand des Volkes unmöglich, daß die stärksten Vorsichtsmaßregeln getroffen seien. Der König war in nachdenklicher Stimmung und sagte beim Abschied zu seinen Ministern: „Es sind ernste Maßregeln; Sie können auf mich zählen, wie ich auf Sie zähle; von jetzt an ist es zwischen uns auf Leben und Tod.“ Nachts 11 Uhr wurde der

Redakteur des Moniteur in's Justizministerium beschieden und ihm die Ordonnanzen zum Druck übergeben. „Nun?“ fragte der Unterrichtsminister Montbel den hastig lesenden Redakteur, „was sagen Sie dazu?“ „Gott erhalte den König und Frankreich!“ erwiderte dieser. „Ich habe alle Kampftage der Revolution gesehen und gehe fort mit einem tiefen Schrecken vor neuen Erschütterungen.“ Er eilte in die Druckerei, um am Morgen des 26. Juli das wichtige Aktenstück in den Spalten des Moniteur den Parisern zum Frühstück mitzutheilen. Wenn diese sich ebenso darüber entsetzten, wie Herr Sauvo, der Redakteur, so fragte es sich sehr, ob Fürst Polignac mit seinem Marmont und seinen 11,000 Mann eine Stadt wie Paris im Zaume halten konnte. Der Rubikon war überschritten. Aber nicht jeder der ihn überschreitet, ist ein Cäsar.

Zweiter Zeitraum.

1830—1848.

Die Julirevolution und ihre Folgen für Europa.

§. 7.

Frankreich und die „große Woche“.

Die konstitutionelle Partei setzte ihr Hoffnung auf Louis Philipp, Herzog von Orleans. Dieser Prinz, 1773 geboren, war der Sohn jenes berüchtigten Egalité, welcher in der Revolution sein fleckenvolles Leben unter der Guillotine geendet hat; seine Ahnfrau war die edle Pfälzerin Elisabeth Charlotte, welche das Unglück hatte, die Gattin jenes unmännlichen Philipp von Orleans, des Bruders Ludwigs XIV., zu sein. Er war Bourbon wie König Karl; allein dieser orleanistische Nebenzweig der königlichen Familie machte in mehreren seiner Glieder dem regierenden Hause Opposition und wurde deßwegen wie gar nicht zu demselben gehörig angesehen. Von Jugend auf zeigte er viel bürgerlichen Sinn, natürlichen Verstand und bedeutendes Gedächtniß. Mit jugendlicher Begeisterung warf er sich in die Bewegung

von 1789, wohnte der Zerstörung der Bastille bei und trat in den Jakobinerklub ein. In der Schlacht bei Jemappes diente er mit Auszeichnung als republikanischer Officier, verließ aber nach der Hinrichtung des Königs mit General Dümouriez das Heer, begab sich in das östreichische Lager und von da in die Schweiz, wo er im Oktober 1793 in Reichenau bei Chur unter dem Namen Chabaud Latour eine Stelle als Lehrer in einem Pensionat bekleidete, während seine Schwester Adèle im Kloster Bremgarten ein Asil fand. Nach einjährigem Aufenthalt reiste er, von Dümouriez zum Prätendenten aufgestachelt, von Reichenau ab, durchwanderte Skandinavien, lebte drei Jahre in Amerika, kehrte nach England zurück und wollte sich hier mit der älteren Bourbonenlinie versöhnen, wurde aber stets mit Mißtrauen angesehen. Seine Bemühungen, auf irgend einem Kriegsschauplatz, wie in Spanien, gegen Napoleon zu kämpfen, waren zu seinem Glück vergeblich; denn es wurde während der Julirevolution von seinen Freunden immer nachdrücklich hervorgehoben, daß er nie gegen Frankreich die Waffen getragen habe. Im Jahre 1809 vermählte er sich mit der neapolitanischen Prinzessin Marie Amalie. Bei seiner Rückkehr nach Frankreich bewunderte man seinen Scharfsinn und seine Kenntnisse, wogegen die Unfähigkeit der Bourbonen um so auffallender hervortrat. Er lebte mit seiner Familie sehr zurückgezogen, führte ein musterhaftes Privatleben voll Einfachheit und guter Zucht, schickte, was ihn sehr populär machte, seine Söhne gemeinschaftlich mit den Knaben bürgerlicher Abkunft in das Collège de France, hielt viel auf geordnete Finanzen und verstand sich darauf, sein Vermögen zu vergrößern. Doch machte der Herzog von seinem Vermögen einen guten Gebrauch, unterstützte durch seine Aufträge Künstler und Handwerker und half vielen Unglücklichen.

Solche Tugenden, wozu noch seine natürliche Beredsamkeit, sein freier, offener Ton im Umgang mit Leuten jeden Schlags hinzukam, mußten ihn zu einem Mann des Volkes, besonders der gebildeten Klassen, der bourgeoisie machen. Durch seine Natur und seine Laufbahn war er zum Bürgerkönigthum wie geschaffen, und er war auch schon längst, schon 1814 entschlossen, die Krone anzunehmen, falls sie ihm angetragen würde; nur wollte er sich nicht dem Vorwurf aussetzen, daß er es sei, der seine Verwandten vom Throne gestoßen habe. Nicht den besetzten, nur den erledigten Thron von Frankreich einzunehmen, hielt er sich für berechtigt. Von den royalistischen

Kreisen heftig gehaßt, war er um so beliebter bei der Opposition; im Palais Royal und in seinem Lustschloß Neuilly sah man die Unzufriedenen ab= und zugehen, besonders den Advokat Düpin und den Bankier Lafitte, welche zu seinen vertrautesten Anhängern gehörten.

Kein Wunder, daß er mit dem Bourbonenhof, der in ihm seinen Seelenwärter sah, schlecht genug stand. Ludwig XVIII. und die Herzogin von Angoulème verhehlten ihm ihre Abneigung nicht. Verweigerte ihm doch jener sogar den Titel „königliche Hoheit". Und wie sehr verrieth er seine innersten Gedanken, als ihn die Herzogin von Berry bat, ihr ein Kabriolet zu geben, wie es der Herzog von Orleans habe! Er widerrieth ihr ein so leichtes, gefährliches Fuhrwerk, und auf die Einwendung der Berry, daß es ja auch für den Herzog gefährlich sei, erwiderte er, ob dieser den Hals breche, sei ihm ziemlich gleichgiltig. Nach der Ermordung des Herzogs von Berry wurde, da nun nach dem Dauphin der Herzog von Orleans der nächste Thronerbe war, das Verhältniß noch schlechter. Und als bald darauf der Herzog von Bordeaux zur Welt kam und in englischen Blättern eine, freilich unechte, Protestation des Herzogs von Orleans gegen die Legitimität dieses Kindes, das ihm seine Hoffnung auf den Thron wie vom Munde weggenommen hatte, zu lesen war, kam es beinahe zu einem neuen Exil. Selbst König Karl, der sein Mißtrauen mehr zu verbergen wußte, mußte sich Gewalt anthun, um mit einiger Unbefangenheit seine Gäste, das neapolitanische Königspaar, zu einem Ball bei dem Herzog von Orleans zu begleiten. Es war 1830 in jener politischen Gährung, kurz vor den verhängnißvollen Wahlen. Herr von Salvandy machte sich an den Herzog und flüsterte ihm zu: „Es ist ein wahrhaft neapolitanisches Fest, man tanzt auf einem Vulkan." Dieser gieng auf dieses Thema ein und erwiderte, „auch ihm komme es so vor; die Schuld liege nicht an ihm; er habe dem König vergebens die Augen zu öffnen gesucht; er wisse nicht, wo sie in sechs Monaten sein werden; wo er sein werde, das wisse er; er werde sein Schicksal von dem des Landes nicht trennen; dies sei sein unabänderlicher Entschluß." Nicht sechs Monate, sondern kaum ein paar Wochen darauf kam der Herzog in die Lage, sich etwas deutlicher über seinen Entschluß äußern zu müssen.

Am Montag den 26. Juli waren die Ordonnanzen im Moniteur zu lesen. Die Gebildeten wurden mit Staunen und Unwillen erfüllt,

die Masse hatte noch nicht das rechte Verständniß hiefür. Es bildeten sich da und dort Versammlungen von Wählern und von Journalisten. Man sprach von Protesten, die eifrigsten verlangten Thaten. In dem Bureau des von Thiers redigirten „National“ gieng es sehr lebhaft her. Während einige größere Blätter sich dem Gebot fügten und die Erlaubniß für ihr weiteres Erscheinen einholten, kehrten sich die Oppositionsblätter nicht an die Verordnung. Die Journalisten versammelten sich bei Thiers und entwarfen einen Protest, der 43 Unterschriften erhielt und noch am Abend gedruckt wurde. Im Garten des Palais Royal wurden die Ordonnanzen von jungen Leuten laut vorgelesen. Die Drucker zogen Abends in geschlossenen Reihen durch die Straßen und riefen: „Nieder mit den Ministern!“ Polignac fuhr gerade nach seinem Palais. Er wurde mit Steinwürfen empfangen und seine Bureaufenster eingeworfen. Der König kam spät Abends von der Jagd zurück. Marmont theilte ihm mit, daß auf den heutigen Moniteur hin die Papiere fallen. „Sie werden wieder steigen“, antwortete der König.

Die Lage wurde am folgenden Tage weit ernster. Der Polizeipräfekt ließ die Pressen des „National“ und des „Temps“, welche beide den Protest gedruckt hatten, zerstören oder zerlegen. Sie wurden mit leichter Mühe wieder hergestellt. Der Protest wurde in allen Läden und Café's mit Begierde gelesen. Auf den Straßen sah man bereits ein sehr verdächtiges Wogen. Die entlassenen Druckereigehilfen, viele Fabrikarbeiter, Studenten und Handelsgehilfen zogen in Menge nach dem Palais Royal, warfen mit Steinen nach den Gensdarmen, errichteten Barrikaden, Marmont ließ Abends Truppen gegen sie anrücken, mehrere Personen wurden verwundet oder getödtet, die Wuth des Volkes dadurch noch mehr gereizt. Alle Straßenlaternen wurden zertrümmert, dadurch alle Verbindung zwischen den Kasernen und Militärposten unmöglich gemacht, und statt Artillerie aus Vincennes und was von Truppen sonst noch aufzutreiben war, kommen zu lassen, that der verdrossene Marmont für den andern Tag nichts, obgleich alle Anzeichen auf einen Schlachttag hinwiesen. Das Volk hatte bereits die Waffenläden ausgeraubt, und wie wenig geneigt die Truppen waren, auf dasselbe zu schießen, hatte der Marschall bereits bemerken können. Nur die Garde und die Schweizer waren zuverläßig.

Am Mittwoch den 28. Juli war es schon in aller Früh lebendig auf den Straßen. Ueberall sah man Bewaffnete, sogar National=

gardisten in Uniform, das Pflaster wurde aufgerissen, Barrikaden errichtet, die Häuser mit Wurfmaterial angefüllt, in den Militärmagazinen Waffen genommen, Pulver und Blei in den Kaufläden geholt, die königlichen Lilien und Wappen weggerissen, die Schilder der Hoflieferanten eingezogen und „Nieder mit den Bourbonen!" war der Ruf des Tages, nicht mehr: „Nieder mit den Ministern!" Das Stadthaus wurde in einem raschen Anlauf genommen, und von hier und von dem Thurme von Notre-Dame wehte das Abzeichen der Revolution, die Tricolore. Jetzt erst wurde der Befehl nach Paris gebracht, die Stadt in Belagerungszustand zu erklären. Aber welches waren die Mittel ihn auszuführen? Der Polizeipräfekt und seine Beamten verkrochen sich oder entflohen, und Marmont sollte mit seinen wenigen, meist entmuthigten Truppen einen Kampf gegen die große Stadt beginnen, in welcher alles, was Arme und Fäuste hatte, selbst Frauen und Knaben, zum verzweifelten Widerstand entschlossen war. Es war mehr als ein bloßer „Nachttopfkrieg", wie die Soldaten sich ausdrückten. Marmont hielt seine Soldaten in der Nähe der Tuilerien zusammen und entsandte vier Abtheilungen derselben nach den wichtigsten Straßen und Plätzen. Ueberall fanden sie Barrikaden, die, wenn sie eben genommen waren, hinter ihnen sich wieder schloßen, und auf den Dächern, an allen Fenstern lauerten auf sie die Aufständischen. Zwar gelang es dem General Talon, nach hartnäckigem Kampfe, nach einem Hagel von Kartätschen, das Stadthaus zu erobern; aber hier war er selbst ein Belagerter und mußte froh sein, wenn er Nachts mit heiler Haut zu den Tuilerien zurückkam. Die übrigen Abtheilungen richteten nichts aus, und da für Lebensmittel gar nicht gesorgt war, und die Truppen in der glühenden Juli-Hitze den ganzen Tag ohne Erfrischungen gelassen waren, so befanden sie sich in der kläglichsten Stimmung. Die Barrikadenkämpfer dagegen, zum Theil von Polytechnikern angeführt, wurden von allen Seiten mit Lebensmitteln versehen. Es blieb daher nichts anderes übrig, als sämtliche Truppen Abends aus der Stadt wieder zurückzuziehen und die alte Stellung einzunehmen. Sie hatten zwar nicht mehr als 400 Kampfunfähige, aber ihr Muth und ihre Kampflust war vollständig dahin. Selbst Officiere der Garde weigerten sich, länger gegen das Volk zu kämpfen, und nahmen ihre Entlassung. Marmont gab bereits alles verloren. Er wollte aus Paris kein zweites Saragossa machen. Somit blieb ihm nur die Rolle des Besiegten übrig.

Nachmittags hatten sich mehrere Abgeordnete bei Périer versammelt. Auch Lafayette und Lafitte waren anwesend. Man beschloß fünf Mitglieder zu Marmont zu senden und ihn zur Einstellung des Kampfes aufzufordern. Sein Freund Arago war kurz vorher bei ihm gewesen und hatte ihm zugesprochen, den Oberbefehl geradezu niederzulegen. Aber Marmont konnte dies mit seiner militärischen Ehre nicht vereinigen; denn „in diesem Augenblick seine Entlassung zu geben, sei Verrath". Auch dem Verlangen der fünf Abgeordneten konnte er nur dann entsprechen, wenn auch das Volk die Feindseligkeiten einstellte. Im übrigen erklärte er sich mit ihren Beschwerden gegen die Regierung einverstanden und schickte einen Adjutanten nach St. Cloud mit einem Schreiben, worin er dem Könige rieth, dem Wunsche des Volkes gemäß die Ordonnanzen zurückzunehmen und das Ministerium zu entlassen. Aber Karl sah in der Bewegung nicht eine Revolution, sondern ein von dem Herzog von Orleans angezetteltes Komplot, mit welchem Marmont bald werde fertig werden. Und doch mehrten sich für diesen die Schwierigkeiten in's Ungeheure. Gleich nach Zurückziehung der Truppen wurden Nachts in allen Straßen von 20 zu 20 Schritten Barrikaden errichtet und so die Stadt zu einer für Reiterei und Artillerie undurchdringlichen Festung gemacht.

Marmont hatte am Donnerstag den 29. Juli kaum noch 7000 Mann beisammen. Er versuchte Unterhandlungen und erließ eine Proklamation, worin er die Feindseligkeiten einzustellen versprach, wenn das Volk ebendasselbe thue. Aber es war niemand da, um sie zu drucken, niemand um sie zu verbreiten. Da kam die Nachricht, daß zwei Regimenter zum Volk übergegangen seien. Rasch erfolgte nun die Entscheidung. Der Louvre wurde erstürmt, in die Tuilerien eingebrochen und dort manches Kostbare geplündert und zerschlagen, die Scenen von 1792 wiederholt, der erzbischöfliche Palast von einer wilden Menge von Männern und Frauen, die auf Jesuiten Jagd machten, durchstreift, Bücher und Meßgewänder zum Fenster hinausgeworfen, alles bis auf die Grundmauern verwüstet. In der Wuth des Kampfes wurden manche vereinzelte Posten unbarmherzig niedergemetzelt. Gegen Abend hörte aller Kampf auf. Das Volk war auf allen Punkten Sieger. Marmont mußte den Befehl zum Rückzug nach St. Cloud ertheilen. Auf beiden Seiten zählte man 951 Todte und 5078 Verwundete.

Nun war es für die Abgeordneten, welche bei Lafitte versammelt

waren, Zeit, der bisher negativen Bewegung eine positive Richtung zu geben und den tosenden Strom wieder in sein Bett zurückzuleiten. Als provisorische Regierung wurde ein „städtischer Ausschuß“ gewählt, der aus Lafitte, Périer, Lobau, Audry de Puyraveau, Mauguin und Odilon Barrot bestand; Lafayette, der alte Republikaner, wurde wieder Befehlshaber der Nationalgarde; beide Gewalten schlugen ihren Sitz im Stadthaus auf und erledigten die dringendsten Geschäfte.

Jetzt erst, als Marmont mit seinen Adjutanten voll Schweiß und Staub in St. Cloud ankam und das ganze Gemälde des heutigen Paris enthüllte, entschloß sich der König, die Ordonnanzen zurückzunehmen, das Ministerium zu entlassen, die verhaßte Oppositionskammer auf den 3. August einzuberufen, die Nationalgarde wiederherzustellen und ein neues Ministerium unter dem Herzog von Mortemart zu ernennen. Mit dieser Nachricht, welche am 27. Juli die Dynastie noch hätte retten können, eilten drei Unterhändler rasch nach Paris, wurden aber dort von den Abgeordneten und dem Ausschuß unter dem Vorwand, daß sie keine schriftliche Vollmacht hätten, abgewiesen. Von dem Volkshaufen aber bekamen sie den Ruf zu hören: „Zu spät! Keine Bourbonen mehr!“ Die nämliche Antwort erhielt auch der Herzog von Mortemart, als er am folgenden Morgen nach Paris kam und für sein neues Ministerium werben wollte.

Doch war es nun Zeit, die Frage über eine definitive Regierung zur Entscheidung zu bringen. Sie hieß ganz einfach: Republik oder Monarchie? Die Männer, welche den Sieg erfochten, die Menge der Arbeiter, die Studenten, die übrige Jugend, die alten Carbonari wollten nichts mehr von einem Königthum wissen, sprachen von der Souveränetät des Volkes, das selbst seine Regierung zu bestimmen habe, und die „Gesellschaft der Volksfreunde“, aus lauter entschiedenen Republikanern bestehend, erließ in diesem Sinne eine Proklamation. Um so rascher mußten diejenigen handeln, welche die Monarchie unter einem anderen Haupte erhalten wissen wollten. Dazu gehörte der größere Theil der Abgeordneten, der mittlere Bürgerstand, die Nationalgarde, welche alle zu dem Sieg wenig oder nichts beigetragen hatten, aber die Republik nicht ohne ihre Schrecken sich denken konnten. Ein einziger Mann hatte damals die Entscheidung in seiner Hand. Wenn Lafayette, welcher ein unbegrenztes Vertrauen genoß, das Wort „Republik“ aussprach, so wurde sie im Moment von Tausenden ausgerufen und bildete ein unumstößliches fait accompli. Er sprach es

am Freitag den 30. Juli nicht aus, und Lafitte und seine Freunde boten alles auf, ihn für den Mann ihrer Partei zu gewinnen.

Schon am 28. Juli hatte Lafitte, welcher als Oppositionsmitglied, als Mann von Charakter und als reicher Bankier einen Namen von gutem Klang hatte, auf den Herzog von Orleans angespielt. Am 29. hatte er zu ihm nach Neuilly geschickt und ihm sagen lassen, er solle schleunigst nach Paris kommen, sonst werde morgen die Republik oder der Herzog von Reichstadt ausgerufen; er habe also zu wählen zwischen einer Krone und einem Paß. Doch der Herzog war sehr auf seiner Hut; er wollte erst den vollständigen Sieg abwarten, um ja nichts von St. Cloud fürchten zu müssen. Er zog sich daher, um von seinen Freunden nicht fortgerissen zu werden, in ein benachbartes Haus zurück. Am Freitag kam Thiers, welcher bereits in einer Proklamation für ihn thätig gewesen war, nach Neuilly, traf ihn dort nicht, fand die Herzogin sehr zurückhaltend, dagegen seine Schwester Adèle entschlossen, ihren Bruder zur Einwilligung zu bewegen. Nach seiner Rückkehr nach Paris wohnte Thiers einer Versammlung von 50 Abgeordneten im Palais Bourbon bei, welche unter Lafitte's Vorsitz vorerst beschloßen, den Herzog von Orleans zum Generallieutenant des Königreichs zu ernennen und ihn einzuladen, nach Paris zu kommen. Zwölf Mitglieder giengen in das Palais Royal und schickten, da sie ihn dort nicht trafen, ein Schreiben nach Neuilly.

Jetzt erst und nachdem ihm auch Fürst Talleyrand zur Annahme gerathen hatte, verließ er sein Versteck und kam, ein dreifarbiges Band um seinen Hut, um Mitternacht im Palais Royal an. Er ließ den Herzog von Montemart zu sich rufen und sagte ihm: „Melden Sie dem König, daß man mich mit Gewalt hieher geführt hat, aber daß ich mich lieber werde in Stücke hauen lassen als die Krone auf mein Haupt setzen.“ Bald darauf kam aber die Deputation der 12 Abgeordneten und erklärte ihm, er scheine die Wahrheit nicht zu kennen; von König Karl könne keine Rede mehr sein. Darauf gab er ihnen eine Proklamation mit, welche mit den Worten schloß: „Die Charte wird fortan eine Wahrheit sein.“ Freudig nahmen die Abgeordneten diese auf, begaben sich auf die Nachricht, daß Louis Philipp persönlich in das Stadthaus sich verfügen wolle, ins Palais Royal, Lafitte las ihm eine Erklärung vor, worin die neuen Freiheiten aufgezeichnet waren, und nun gieng Mittags 3 Uhr am 31. Juli der ganze Zug, ein Trommler voran, der Herzog mit einem Adjutanten

zu Pferd, Nationalgardeofficiere und Abgeordnete Arm in Arm hinter ihm, durch die unermeßliche Volksmenge, welche zum Theil mit drohenden Blicken nach dem neuen Thronkandidaten sah, nach dem Stadthaus, wo Lafayette ihm eine dreifarbige Fahne in die Hand gab und mit ihm ans Fenster trat. Der Herzog schwang sie dem Volke zu und umarmte Lafayette. Monarchie und Republik schienen sich hier in den Armen zu liegen. So faßte die Menge es auf und rief unter unendlichem Jubel: „Es lebe der Herzog von Orleans! Es lebe Lafayette!"

Die „Gesellschaft der Volksfreunde", über diesen Ausgang der „großen Woche" nicht sehr erfreut, legte am folgenden Tage Lafayette das „Programm des Stadthauses" vor und beauftragte ihn, die darin enthaltenen Volksrechte sich von dem Herzog durch Unterzeichnung garantiren zu lassen. Die Schrift in der Tasche machte er Louis Philipp seinen Gegenbesuch im Palais Royal und sagte ihm hier unter anderem: „Sie wissen, daß ich Republikaner bin und die amerikanische Verfassung für die vollkommenste halte." „Ich denke ebenso," erwiderte der Herzog, „man kann nicht zwei Jahre in Amerika gewesen sein, ohne diese Ansicht zu theilen. Aber glauben Sie, daß man diese Verfassung in der Lage Frankreichs, nach dem Stande der allgemeinen Meinung annehmen könne?" „Nein!" sagte Lafayette, „was Frankreich braucht, ist ein volksthümlicher Thron, umgeben mit republikanischen, völlig republikanischen Einrichtungen." „So verstehe auch ich's", versetzte Louis Philipp. Ueber diese politische Harmonie ganz entzückt, hielt der alte General es für unnöthig, das Programm vorzulegen, und verbürgte sich bei den Republikanern für den Herzog, den Patrioten von 1789. Dieser ernannte nun sein Ministerium, worin der Republikaner Dupont de l'Eure die Justiz, der Doktrinär Guizot das Innere, Gérard das Kriegswesen übernahm und des Herzogs vertrauteste Anhänger: Lafitte, Dupin, Périer, Broglie Minister ohne Portefeuille waren.

Inzwischen hatte sich der Hof von St. Cloud entfernt. Der König hatte Marmont den Oberbefehl abgenommen und dem unfähigen Dauphin übertragen. Die Desertion der Truppen nahm zu, auch Versailles erklärte sich für die Revolution, und ein Gerücht sagte, daß 1500 Bewaffnete unterwegs seien, um das Schloß in der Nacht zu überrumpeln. Sofort floh alles in der Nacht auf den 31. Juli nach Trianon und nach kurzer Rast, auf die Antwort Lafayette's,

daß alle Versöhnung unmöglich sei, weiter nach Rambouillet, wo auch die Herzogin von Angoulème, welche die Bäder von Vichy gebraucht hatte, eintraf, keiner günstigen Nachkur entgegensehend. Die Minister machten sich nun aus dem Staub und suchten die Grenzen zu erreichen; drei derselben gelang es; Polignac und drei andere wurden ertappt und nach Vincennes gebracht. Die Entmuthigung des Hofes wuchs. Von Rambouillet aus schickte Karl dem Herzog seine Bestallung als Generallieutenant von Frankreich, erhielt aber zur Antwort, daß er dies durch die Wahl des Volkes, nicht durch königliche Gnade sei. Darauf zeigte ihm Karl am 2. August an, daß er und der Dauphin die Krone zu Gunsten seines zehnjährigen Enkels, des Herzogs von Bordeaux, niederlege, und beauftragte ihn, die Thronbesteigung Heinrich's V. zu verkündigen. Louis Philipp theilte am 3. August der Kammer die Abdankung mit, aber nicht, zu wessen Gunsten sie ausgesprochen sei, sprach kein Wort von einem Heinrich V. und ließ es sogar zu, daß die alte Protestation gegen die Echtheit desselben auf's neue veröffentlicht wurde. Er steuerte bereits mit vollen Segeln der Krone von Frankreich zu und konnte es kaum erwarten, bis er den Hof glücklich über das Wasser gebracht habe. Daher schickte er vier Kommissäre an Karl, um ihn im Interesse seiner eigenen Sicherheit zur Entfernung von Rambouillet zu bewegen. Karl nahm die Kommissäre nicht an, worauf es in Paris hieß, er wolle mit seiner Garde gegen die Hauptstadt anrücken, die Vendée aufrufen, neues Blutvergießen veranlassen. Nun erscholl in den Straßen der Ruf: „nach Rambouillet!“ 6000 Nationalgarden unter General Pajol wurden von der Regierung aufgeboten, eine Menge Blusenmänner, die Helden vom 28. Juli, schloßen sich an, Kutschen und Omnibus wurden requirirt, und so brachen 20,000 Mann, „die seltsamste und interessanteste Armee“, wie Lafayette bezeugte, am 3. August auf und lagerten sich Abends drei Stunden von Rambouillet. Die Kommissäre waren ihnen vorausgeeilt, wurden endlich vorgelassen und sprachen dem König von 60,000 anrückenden Parisern. Dieser hatte noch 8000 Mann bei sich, und General Vincent war bereit, mit einigen Kanonenschüssen und einem entschlossenen Angriff das ganze wilde Heer nach Paris zurückzuwerfen. Aber Karl, für seinen Enkel noch hoffend, willigte jetzt in die Abreise und brach in Begleitung der Kommissäre am 4. August nach Cherbourg auf. Auf der ganzen Reise wurde er von der Bevölkerung mit sichtbarem Unmuth empfangen.

In Argentan erfuhr er die Erhebung Louis Philipps zum König der Franzosen und äußerte: „es seien dies seine hundert Tage; sie würden nicht so lange dauern wie die seines Bruders; er habe mit keinem Napoleon zu thun.“ In solchen Illusionen sich wiegend erreichte er, nachdem er seine Garde verabschiedet hatte, am 16. August Cherbourg, schiffte sich mit seiner Familie auf einem amerikanischen Schiffe ein und landete am folgenden Tage in England, wo er von der Regierung nicht als König, sondern als Privatmann aufgenommen wurde. Kurze Zeit wohnte er auf dem Schloß Lullworth, begab sich dann nach Edinburg und 1832 nach Oestreich, wo er am 6. November 1836 in Görz starb. Ebendaselbst starb auch sein Sohn, der Herzog von Angoulème, am 3. Juni 1844. Dessen Gemahlin, die unglückliche Marie Therèse, starb am 19. Oktober 1851 in Frohsdorf, dem Aufenthalt des Herzogs von Bordeaux.

Karl X. hatte seine Abreise hauptsächlich deßwegen nicht sehr beschleunigt, weil er auf eine legitimistische Erhebung im Süden oder Westen Frankreichs rechnete. Aber nirgends zeigte sich davon eine Spur. Die Departements, welche die 272 Oppositionsmänner in die Kammer gewählt hatten, waren mit den neuesten Beschlüssen derselben ganz einverstanden. Ueberall vollzog sich der Umschwung auf eine sehr einfache Weise mit dem Uebergang des Militärs und seinem Anschluß an die Bürger. Nur Lyon hatte die Entscheidung von Paris nicht erst abgewartet, sondern auf die Ordonnanzen hin am 29. Juli Barrikaden errichtet, eine provisorische Regierung eingesetzt, jedoch bei der Neutralität der Truppen einen unblutigen Aufstand gefeiert. Selbst in Algier wurde die dreifarbige Fahne von Flotte und Heer aufgepflanzt, und der zum Marschall ernannte Bourmont mußte die Flucht ergreifen. Was man den Bourbonen geweissagt hatte, war eingetroffen. Ihre Restauration hatte sich als ein politischer Fehlgriff erwiesen.

Am 3. August wurde die Kammer von dem Herzog von Orleans eröffnet, die Abdankung des Königs und des Dauphins mitgetheilt, vom Herzog von Bordeaux nichts erwähnt. Die Frage, ob und wie die Charte zu verändern sei, erregte lebhaften Streit zwischen den Liberalen und Radikalen. Das Vertrauen auf Louis Philipp war so stark, daß man sich mit wenigen Verbesserungen begnügte. Der Thron wurde für erledigt erklärt und Louis Philipp zum König der Franzosen ernannt. Die Abgeordneten begaben sich am 7. August in

feierlichem Zuge nach dem Palais Royal und theilten dem Herzog ihre Beschlüsse mit. Nachts kam noch eine Deputation der Pairskammer und überbrachte die Zustimmung derselben zu der Erklärung der Abgeordneten. Am 8. August erschien Lous Philipp im Palais Bourbon, leistete vor den versammelten Kammern den Eid auf die Charte und wurde darauf als König ausgerufen. Die Revolution war — für diesmal wieder — geschlossen. Eine „neue Aera" begann.

§. 8.

Die Folgen der Julirevolution in Belgien, England, Deutschland, Schweiz, Italien und Polen.

Die ersten Wellenschläge der französischen Revolution empfand das benachbarte **Belgien**. Seit einem Jahrzehnt hatte sich dort Zündstoff genug aufgehäuft, eine Explosion wurde schon längst vorausgesagt. Auch diesen Mißgriff, wie den mit der Restauration der Bourbonen, hatten die Verbündeten von 1814 auf ihrem Gewissen. Um gegen Frankreichs Uebergriffe im Norden ein stärkeres Bollwerk zu haben, bestimmte der Wiener Kongreß, daß das südliche Belgien mit dem nördlichen Holland als ein „Gebietszuwachs" unter dem Hause Oranien vereinigt werde. Damit war zugleich eine Hegemonie Hollands anerkannt, Belgien als eine Art Unterthanenland betrachtet und auch behandelt. Und doch kamen in diesen vereinigten Niederlanden zwei Drittheile der Bevölkerung auf Belgien, ein Drittheil auf Holland. Mehr als zwei Jahrhunderte war jedes der beiden Länder seine eigenen Wege gegangen. Seit 1579, seit der Trennung Hollands von dem Spanien Philipps II., waren sie, mit Ausnahme weniger Jahre unter der napoleonischen Herrschaft, von einander geschieden: Belgien blieb unter spanischer, später öſtreichischer Herrschaft, Holland schwang sich als junge Republik zu einer Seemacht ersten Rangs empor und beherrschte ein ungeheures Kolonialgebiet. In den humanistischen Studien und in der Malerei rivalisirte es mit Deutschland und Italien.

Zu dieser Verschiedenheit des Lebensgangs kamen noch tiefer liegende Gegensätze, konfessionelle und sprachliche. Belgien ist katholisch und hatte als Geschäftssprache und als Sprache der gebildeten Gesellschaft die französische, obgleich zwei Drittheile der Bevölkerung,

der nördliche Theil, die vlämische Sprache sprechen, welche der holländischen sehr nahe verwandt ist. In Holland dagegen hatte sich der Kalvinismus früh festgesetzt, und seine Sprache ist ein germanischer Dialekt. Aus Haß gegen alles Französische suchte König Wilhelm die französische Sprache immer mehr einzuschränken, was sich in den südlichen Provinzen im Gerichtswesen und beim Militär unangenehm bemerklich machte. Die belgische Geistlichkeit, welche sich nur ungern unter einer protestantischen Regierung sah, fühlte sich in ihrer Existenz bedroht, als der König das ganze Unterrichtswesen, diese Domäne der Hierarchie, unter die Aufsicht der Regierung stellen wollte. Die belgischen Schulen, Gymnasien und Universitäten wurden sehr gehoben und 1825 in Löwen ein philosophisches Kollegium errichtet, welches jeder besuchen mußte, der in ein bischöfliches Seminar eintreten wollte. Durch dieses zeitgemäße Institut sollte den Ausschreitungen des Ultramontanismus ein Damm entgegengesetzt werden. Dieser nahm den Kampf auf. So groß auch sein Einfluß auf das Volk war, so hatte die Regierung doch nichts zu fürchten, wenn sie die liberalen Elemente für sich hatte. Aber auch diese stieß sie von sich durch Aufhebung der Geschwornengerichte, durch Maßregelung der oppositionellen Justizbeamten, durch Beschränkung der Preßfreiheit und durch die bestimmte Weigerung, ein Gesetz über Minister-Verantwortlichkeit vorzulegen. Da weder die Klerikalen noch die Liberalen für sich etwas erreichen konnten, so entstand der unnatürliche Bund dieser beiden großen Parteien. Jene halfen diesen in ihrer Agitation für Preßfreiheit, diese jenen in dem Streben nach Unterrichtsfreiheit, wodurch die Geistlichkeit alle Volkserziehung wieder in ihre Hände zu bekommen hoffte.

Diese Mißstände hätten in den Generalstaaten, dem Parlament, beseitigt werden können. Aber auch hier waren die Belgier im Nachtheil. Denn trotz ihrer bedeutenden Mehrzahl hatten sie nicht mehr Abgeordnete, als die Holländer, beide Staaten je 55. Während die holländischen Mitglieder wie eine geschlossene Phalanx dastanden, waren die belgischen, von welchen die Regierung manche auf ihre Seite zu ziehen vermochte, nicht in gleichem Grade einig, konnten also nichts durchsetzen.

Auch die materiellen Interessen, so sehr sie der für industrielle Unternehmungen, schon aus Gewinnsucht, begeisterte König unterstützte, entzweiten die beiden Staaten. Belgien sollte in die ungeheure holländische Schuld eintreten und zur Tilgung derselben mit ungewohnten

Steuern, mit einer Auflage auf Brot und Fleisch sich belasten lassen. Gerade das letztere reizte das niedere Volk am meisten auf, und so gelang es im Jahre 1829 der Opposition, fast lauter Liberale in die Generalstaaten zu wählen. Ebendamals ließ sich der König durch die freudige Aufnahme, die er auf seiner Reise in den belgischen Städten fand, über die wahre Stimmung des Landes ebenso täuschen, wie Karl X. im Elsaß. Beim Empfang der Stadtbehörden in Lüttich erklärte er, daß er nun wisse, was er von den angeblichen Beschwerden zu halten habe, daß er darin nur die Absichten einiger Wenigen, die ihre Sonderinteressen hätten, erkenne; ein solches Betragen sei infam." Alsbald that sich in Flandern, dem Herd der Klerikalen, ein Orden zusammen, dessen Mitglieder eine Medaille trugen mit der Aufschrift: „fidèles jusqu' à l'infamie!“ mit Anspielung auf jenen Wahlspruch der Geusen von 1566: „Getreu bis zum Bettelsack!“ Die Aufregung steigerte sich durch eine den Absolutismus des Königs gar zu sehr verrathende Botschaft an die Generalstaaten vom 11. December 1829 und durch ein Rundschreiben des Justizministers van Maanen und des Ministers des Innern an alle ihre Untergebenen, wonach diese augenblicklich eine förmliche Erklärung über ihre Zustimmung zu den Principien der Botschaft abgeben sollten. Die Holländer jubelten über den Streich, der gegen die Belgier geführt worden war, diese sprachen in ihrer Presse von dem Manifest des Despotismus gegen die Freiheit und setzten van Maanen, die Seele des Ministeriums, auf eine Linie mit Polignac. Man dachte bereits an die Losreißung Belgiens, an eine besondere Verfassung und Verwaltung des Landes. Was half es, daß nun die Regierung auf das Andrängen der belgischen Opposition einige Koncessionen in den Sprachstreitigkeiten und in der Presse machte und das philosophische Kollegium zu Löwen aufhob! Sie hatte ihren wahren Charakter zu deutlich gezeigt und eben erst durch Absetzung von Beamten und Bestrafung von Schriftstellern auf's neue sich verhaßt gemacht. Unter den letzteren befand sich de Potter, welcher den Vorschlag machte, eine Konföderation zu bilden, um sämtliche Mitglieder derselben gegen alle Schläge der Gewalt sicher zu stellen. Er wurde verhaftet und im April 1830 auf acht Jahre des Landes verwiesen. Kaum war er auf seiner Reise nach Lausanne in Aachen angekommen, so hörte er von den Ereignissen der Juliwoche in Paris, begab sich nun nach Frankreich und setzte sich von Paris aus mit seinen Freunden in Brüssel in Verbindung.

Der Gedanke lag so nahe, in Belgien sich einer antinationalen Regierung ebenso zu entledigen, wie dies eben in Frankreich geschehen war. Dabei glaubte man auf das Julikönigthum und auf die Begeisterung des französischen Volkes sicher rechnen zu dürfen. De Potter's intimster Freund, Gendebien, reiste nach Paris, um dort die Vereinigung seines Vaterlandes mit Frankreich zu betreiben und ein belgisches Hilfsheer zur Eroberung der Rheingrenzen anzubieten. Aber Louis Philipp hatte keine Lust, den Thron, welchen er soeben bestiegen hatte, durch einen Eroberungskrieg in Frage zu stellen, und wies das Anerbieten ab. Darauf arbeitete Gendebien und seine Freunde auf eine Volksbewegung hin, um, wenn allenfalls Preußen die Holländer unterstütze, Frankreich zur Besetzung Belgiens zu zwingen. Sie giengen so offen zu Werke, daß sie geradezu durch Anschläge bekannt machten: „Montag Feuerwerk, Dienstag Beleuchtung, Mittwoch Revolution!"

Und was thaten die königlichen Beamten, um die Aufregung zu beschwichtigen? Sie ließen am 25. August 1830 im Theater zu Brüssel die Oper: „Die Stumme von Portici" aufführen, in welcher die Erhebung der Neapolitaner gegen die spanische Herrschaft, unter Führung des Fischers Masaniello, gefeiert wird. Jede Anspielung auf die heimischen Zustände wurde aufs lebhafteste beklatscht, und draußen riefen die Haufen des niederen Volkes: „Es lebe de Potter! Nieder mit van Maanen!" Nach Beendigung der Oper stürzte sich das Volk auf die Häuser des ministeriellen Redakteurs Libri und des Justizministers van Maanen! Das eine wurde gänzlich verwüstet, das andere niedergebrannt. Nachts wurden alle Waffenläden geplündert, das Zerstörungswerk am 26. fortgesetzt, die dreifarbige brabantische Fahne auf dem Stadthaus aufgepflanzt, die königlichen Wappen zerstört. Bei der Zunahme des vom niedersten Volke ausgehenden Skandals erhob sich die Bürgerschaft, bildete eine Bürgergarde, unterdrückte die Anarchie, veranstaltete eine Versammlung der angesehensten Männer am 28. August und beschloß, an den König eine Deputation zu schicken, um ihn um Aenderung seines bisherigen Regierungssystems, um Entlassung seines Ministeriums und um alsbaldige Zusammenrufung der Generalstaaten zu bitten. Der Aufstand verbreitete sich rasch über das ganze Land, war überall siegreich, nur wenige Festungen widerstanden. Aber der König wollte so wenig als Karl und Polignac von Zugeständnissen etwas wissen, bevor Belgien wieder unterworfen sei, und schickte seinen ältesten Sohn, den Prinzen

von Oranien, nach Brüssel, um sich zu orientiren, den zweiten, den Prinzen Friedrich, nach Antwerpen, um Truppen zusammenzuziehen. Zugleich berief er die Generalstaaten auf den 13. September zu einer außerordentlichen Sitzung nach dem Haag. Sein Plan war, die Sache dadurch hinauszuziehen und einstweilen Brüssel zu besetzen. Der Deputation erklärte er, er lasse sich nicht die Pistole auf die Brust setzen und zur Entlassung van Maanens nöthigen.

Die Prinzen kamen am 31. August mit den Truppen in Vilvoorden, zwei Stunden von Brüssel, an, ließen den Baron Hoogvorst, den Befehlshaber der Bürgergarde, in ihr Hauptquartier kommen, um mit ihm über die Herstellung der königlichen Gewalt zu berathen. Derselbe lud Oranien ein, ohne Truppen nach Brüssel zu kommen; dieser aber bestand auf dem Einzug der Truppen und der Wiederherstellung der königlichen Abzeichen. Als Hoogvorst diese Antwort nach Brüssel brachte, entstand eine ungeheure Aufregung: alles schrie nach Waffen, Weiber und Kinder machten sich an die Arbeit, Patronen wurden verfertigt, Wurfgeschosse in die Häuser gebracht, über 50 Barrikaden errichtet. Zugleich wurde dem Prinzen durch eine zweite Abordnung mitgetheilt, daß die Annahme seiner Bedingungen unmöglich sei. Endlich gab der Prinz nach und hielt allein durch die dichtbesetzten Straßen seinen Einzug in die Stadt am 1. September, wo der Ruf: „Es lebe die Freiheit! Nieder mit van Maanen!“ an seine Ohren klang. Er bestellte einen Ausschuß, welcher die Mittel zur Herstellung eines guten Einverständnisses zwischen Regierung und Bürgern berathen sollte, und dieser erklärte ihm, das einzige Mittel sei die legislative und administrative Trennung Belgiens von Holland, ein belgisches Ministerium, die Personalunion zwischen beiden Ländern, wie zwischen Schweden und Norwegen. Der Prinz versprach, ihre Wünsche seinem Vater vorzulegen und zu unterstützen, und reiste nach dem Haag. Auch die Besatzung von Brüssel zog ab und stieß zu den Truppen des Prinzen Friedrich. Aber der König, von dem Wahne beseelt, daß die Großmächte ihre eigene Schöpfung nicht würden über den Haufen werfen lassen, daß namentlich England seine Hilfe ihm nicht versagen werde, gieng auf die Vorstellungen seines Sohnes und einiger seiner Minister nicht ein, entließ zwar van Maanen, vertröstete aber in einer Proklamation die Ungeduldigen auf die Beschlüsse der Generalstaaten und betonte noch einmal die Aufrechthaltung der Realunion und das Einhalten der gesetzmäßigen Wege. Die Sache wurde durch

die Haltung des holländischen Volkes noch schlimmer gemacht. Dieses benahm sich königlicher als der König selbst und fachte so den Streit zu einem Kampfe zwischen den beiden Nationalitäten an. In den holländischen Journalen hieß es, Rebellenblut sei kein Bruderblut, die Zeit der Unterhandlungen sei vorbei, „Krieg den Rebellen und Mördern!" Die Generalstaaten wurden am 13. September eröffnet; die Thronrede sprach sich über die Trennung Belgiens von Holland sehr unentschieden aus; die holländischen Abgeordneten wußten kein anderes Mittel anzurathen als die Anwendung der Waffengewalt.

War es in Brüssel vor Eröffnung der Generalstaaten gelungen, am 11. September einen Sicherheitsausschuß „zur Erhaltung der Dynastie und der öffentlichen Ordnung" einzusetzen, so kamen jetzt, auf die Nachrichten aus dem Haag hin, ganz andere Gewalten an's Ruder. Aus den übrigen Städten Belgiens und aus Paris war eine Menge von Revolutionären und brotlosen Arbeitern gekommen, entschlossen, den langen Streit in den Straßen von Brüssel auszukämpfen. Sie bemächtigten sich am 20. September des Stadthauses, entwaffneten die Bürgerwehr, verjagten den Sicherheitsausschuß und brachten die Gewalt, die am 27. August vom Volk auf die Bürger übergegangen war, wieder zurück an das Volk. Gegen diese Herrschaft der Blusenmänner baten sogar belgische Abgeordnete den König um Anwendung von Waffengewalt. Prinz Friedrich erhielt den Befehl, von Vilvoorden aus gegen Brüssel vorzurücken. Er erließ eine Proklamation, worin er Amnestie zusagte, aber die „Haupturheber der allzu verbrecherischen Handlungen" mit strenger Strafe bedrohte. Mit 10,300 Mann und 26 Geschützen rückte er am 23. September vor Brüssel, errang anfangs einige Vortheile, drang in die Stadt ein, fand aber in dem Barrikaden- und Häuserkampf solche Hindernisse, daß er sich nach dem Park zurückzog und am 26., da seine Truppen von allen Seiten eingeschlossen und angegriffen wurden, von den Strapazen erschöpft waren und zuletzt noch die Munition ausgieng, den Rückweg nach Vilvoorden einschlagen mußte. Unter den Männern, welche in diesen Tagen die Vertheidigungsanstalten leiteten, sind der wackere Unterlieutenant Pletinckx und der Spanier Juan van Halen rühmend anzuführen.

Mit diesem Kampfe, nach Vergießung so vielen Blutes, war das Ziel der Revolution entschieden. Jetzt genügte auch die Personalunion nicht mehr, jetzt war die Dynastie Oranien nicht mehr möglich; nur eine gänzliche Losreißung Belgiens, nur die Errichtung eines

selbständigen Staates konnte das belgische Volk, höhere und niedere Stände, befriedigen. In diesem Sinne wirkte die provisorische Regierung, in welcher auch de Potter, der am 20. September zurückgekehrt war, Sitz hatte. Mit der Nachricht des Sieges verbreitete sich der Sieg selbst in ganz Belgien, die holländischen Besatzungen und Beamten wurden vertrieben, die belgischen Truppen, von der provisorischen Regierung ihres Eides entbunden, giengen zum Volke über, nur die Städte Luxemburg, Venloo, Mastricht und Antwerpen befanden sich noch in der Gewalt der Holländer.

Jetzt erst gab die holländische Regierung nach. Die Generalstaaten erklärten sich am 28. Sept. für eine gesonderte Verwaltung Belgiens, der König gab am 4. Okt. seine Zustimmung und schickte den Prinzen von Oranien nach Antwerpen. Dieser verkündigte die Trennung des Landes, Unterrichtsfreiheit und unbedingte Amnestie, wollte sogar selbst sich an die Spitze der Bewegung stellen und die Beschlüsse des belgischen Kongresses anerkennen. Da aber sein Vater diese eigenmächtigen Schritte mißbilligte und zugleich den Bürgerkrieg in Belgien zu entzünden suchte, so mißtraute man auch dem Sohne, wies seine Anträge ab, worauf er sich nach London begab, wo ebendamals die Gesandten der Großmächte zu einer Konferenz sich versammelten.

Bald darauf zogen 8000 Freiwillige unter dem französischen General Mellinet gegen Antwerpen. Zwei Officiere, welche sich in den Parkkämpfen hervorgethan hatten, waren ihm als Befehlshaber beigegeben, Niellon und Kessels, von welchen jener in der letzten Zeit Direktor eines Kindertheaters gewesen, dieser mit einem Wallfischgerippe herumgereist war. Auch auf dem Kriegstheater war ihnen das Glück hold. Die holländischen Truppen wurden aus der Stadt Antwerpen hinausgedrängt, und General Chassé mußte sich in die Citadelle zurückziehen, von wo aus er, als die Belgier sich zum Angriff auf dieselbe anschickten, die Stadt mehrere Stunden lang aus allen Batterien beschießen ließ, über 200 Häuser zerstörte und für mehrere Millionen Waaren verbrannte. Auch Venloo fiel in die Hände der Belgier, so daß jetzt nur noch Mastricht und Luxemburg und die Citadelle von Antwerpen in der Gewalt der Holländer war. Die Unabhängigkeit Belgiens war bereits eine Thatsache. Der Waffenstillstand, welchen die Londoner Konferenz mit der Grenzlinie, wie sie vor der Vereinigung beider Staaten bestanden hatte, vorschlug, wurde von der provisorischen Regierung angenommen, und von dem am 10. November zusammengetretenen Nationalkongreß

die ewige Ausschließung des Hauses Oranien-Nassau beschlossen. Die politischen Konstellationen waren den Belgiern günstig. Denn von den sonst so interventionslüsternen Ostmächten war Rußland ganz mit Bezwingung der polnischen Revolution beschäftigt, und Oestreich mußte in Italien den Hüter machen; von den Westmächten vollends war gar nichts zu fürchten; denn in England herrschte nach dem Sturze Wellingtons eine freiere Richtung, und Louis Philipp konnte so wenig gegen Belgien auftreten, daß er vielmehr erklärte, er werde dort keine Intervention dulden.

So waren die Belgier Herren im eigenen Hause. Bei der Frage über die künftige Regierungsform trennte sich der republikanisch gesinnte de Potter von der Mehrheit und zog sich ins Privatleben zurück. Der Kongreß entschied sich mit 174 Stimmen für die konstitutionelle Monarchie; nur 13 Mitglieder waren für eine Republik. Am 17. Februar 1831 wurde die Verfassung, welche die Volkssouveränetät zur Grundlage hatte und einen Senat und eine Repräsentantenkammer aufstellte, von dem Kongreß einstimmig genehmigt. Schwieriger war die Frage über die Grenzen, worüber die Londoner Konferenz, welche sich schon am 20. Dez. 1830 für die Trennung Belgiens von Holland ausgesprochen hatte, in ihrem Protokoll vom 20. Januar zum Nachtheil Belgiens entschied. Das Großherzogthum Luxemburg, welches König Wilhelm gegen Abtretung seiner Stammländer erhalten hatte, sollte bei Holland verbleiben, wogegen die Belgier protestirten unter dem Vorgeben, daß die Bewohner desselben sich mit ihnen gegen König Wilhelm erhoben hätten und die Vereinigung mit ihrem Staate, nicht mit Holland wünschten. Für die Entscheidung dieses Streites hieng viel von der Wahl des neuen Königs ab. Zuerst trug man die Krone dem zweiten Sohne Louis Philipps, dem Herzog von Nemours, an. Da sein Vater, in der richtigen Voraussetzung, daß die übrigen Großmächte in eine solche Vergrößerung des französischen Einflusses nicht einwilligen würden, das Anerbieten ausschlug, so schien der Herzog von Leuchtenberg, ein Sohn des ehemaligen Vicekönigs Eugen, am meisten Aussichten zu haben. Aber dieser Enkel Napoleons war Louis Philipp ein so unwillkommener Nachbar, daß er alles aufbot, seine Wahl zu hintertreiben, und der Erwählung seines Sohnes nicht mehr entgegen war. Am 3. Februar 1831 wurde der Herzog von Nemours mit schwacher Majorität zum König ernannt. Aber zum zweitenmal schlug Louis Philipp die belgische Krone aus. Mit der Nichterwählung des leuchten-

bergischen Prinzen hatte er seinen Hauptzweck erreicht, und daß die Londoner Konferenz seinen eigenen Sohn für unmöglich erklärt hatte, wußte er. Somit mußte eine neue Wahl vorgenommen werden, und diese hätte nicht günstiger ausfallen können: sie fiel am 4. Juni auf den Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg, welcher in den Freiheitskriegen sich rühmlich hervorgethan und im Jahr 1816 die Tochter des Prinzregenten von England geheiratet hatte. Schon im folgenden Jahre war er Witwer geworden und hatte sich seitdem in England aufgehalten. Durch die Vermählung seiner Schwester mit dem Herzog von Kent war er der Oheim der zur Königin von England bestimmten Prinzessin Viktoria. Im Jahr 1830 hatte er die griechische Krone ausgeschlagen, nahm nun aber die belgische an, nachdem der Kongreß mit dem neuen Beschluß der Londoner Konferenz vom 26. Juni (die 18 Artikel) sich einverstanden erklärt hatte, daß in der Luxemburger Frage der Statusquo vor der Hand gelten und die definitive Entscheidung der Zukunft vorbehalten werden solle. Am 21. Juli hielt er seinen Einzug in Brüssel, beschwor die Verfassung und wurde zum König der Belgier ausgerufen.

Eben war der neue König auf einer Rundreise begriffen, da rückten die holländischen Truppen, über 70,000 Mann, am 2. August in Belgien ein, warfen die belgische Armee bei Hasselt und Löwen zurück und bedrohten Brüssel. Leopold rief die Hilfe Frankreichs und Englands an; ein französisches Heer rückte ein, eine englische Flotte nahm an der holländischen Küste Stellung. Die Holländer mußten sich wieder zurückziehen, erreichten aber mit Hilfe der Ostmächte, welche nach Niederwerfung des polnischen Aufstandes sich wieder der Grundsätze der heiligen Allianz erinnerten, eine Aenderung des Londoner Protokolls (6. Okt.), nach welcher (in dem Protokoll der 24 Artikel) nicht ganz Luxemburg an Belgien fallen, sondern der westliche Theil desselben mit 165,000 Seelen, meist Wallonen, mit Belgien vereinigt, der östliche deutsche mit 170,000 Seelen dem Könige von Holland zurückgegeben (die Festung Luxemburg hatte dieser immer im Besitz behalten), als Ersatz für jenen auch einige limburgische Landestheile von Belgien abgelöst werden, und dieses jährlich 8,400,000 Gulden als Antheil an der niederländischen Staatsschuld an Holland zahlen sollte. Als König Wilhelm auch damit noch nicht zufrieden war und seine Unterschrift verweigerte, blokirte eine englisch-französische Flotte die holländische Küste und eine französische Armee unter Marschall Gérard überschritt am 15. November 1832 die bel-

gische Grenze, um die Citadelle von Antwerpen zu erobern. Dort stand noch der tapfere General Chassé mit der holländischen Besatzung. Nachdem dieser sich über einen Monat gehalten hatte, mußte er am 23. December die Citadelle übergeben, in welche sofort die belgischen Truppen einrückten. Chassé und die Besatzung wurden als Kriegsgefangene nach Frankreich geführt und erst im folgenden Jahre freigegeben, als König Wilhelm wenigstens zu dem Präliminarvertrag vom 21. Mai 1833 sich verstand. Der unerquickliche Streit wurde erst durch den Londoner Vertrag vom 19. April 1839 vollständig beigelegt, worin endlich Wilhelm die 24 Artikel annahm und die freie Schiffahrt auf der Schelde einräumte.

Unter der Regierung Leopolds I., welcher sich im Jahr 1832 mit der ältesten Tochter Louis Philipps, der Prinzessin Luise von Orleans, vermählte, konnte Belgien in materieller und geistiger Beziehung ungestört sich entwickeln. Die Union der Klerikalen und Liberalen löste sich, nachdem sie ihre Dienste gethan hatte, bald in entschiedene Zwietracht und Bekämpfung auf. Beide Parteien suchten die Kammermajorität und dadurch die Bildung des Ministeriums zu erhalten, und König Leopold, der konstitutionelle Musterkönig, unter welchem die Verfassung eher als unter seinem Schwiegervater eine Wahrheit war, ließ sie frei gewähren. Er hat auch in den schwierigsten Zeiten, selbst nach der Februar-Revolution und unter dem annexionslustigen Napoleonismus, mit staatsmännischer Einsicht und Umsicht das Ruder geführt. Bei seinem am 10. December 1865 erfolgten Tode sah man das ganze Land in aufrichtiger Trauer.

Dies konnte man am 26. Juni 1830, als König Georg IV. von **England** starb, nicht sagen. Man sah den alten reformfeindlichen Herrn gerne scheiden und versprach sich mehr von der Thronbesteigung seines Bruders, des Herzogs von Clarence, welcher als König Wilhelm IV. regierte. Dem Gebrauche gemäß mußte unter einem neuen König auch ein neues Parlament gewählt werden. Am 25. Juli wurde das alte aufgelöst, an jenem unglückseligen Tage, an welchem Karl X. die Ordonnanzen unterzeichnete. Die neuen Wahlen fielen also gerade in eine Zeit hinein, als ein freier, frischer Geist über den Kanal herüberwehte. Der Sieg des französischen Volks wurde vom englischen mit Freuden begrüßt, als ein Triumph der Freiheit angesehen, welcher ganz Europa zu gut kommen werde. Auch konnte die nationale Eifersucht nicht dulden, daß das „freie“ England hinter dem

monarchischen Frankreich in der Verfassungsreform zurückstehe, daß Wellington noch Premierminister sei, während sein Schoßkind Polignac schon in Vincennes aufgehoben war. So schwer es ihn auch ankommen mochte, so hatte er doch, zuerst unter allen Ministern der fremden Mächte, die Regierung Louis Philipps bereits anerkennen müssen. Als er das Resultat der Parlamentswahlen überblickte, bemerkte er, daß das Ministerium über 50 Stimmen weniger als früher zu verfügen habe. Um so trotziger lautete die Thronrede, welche er am 2. November den König halten ließ. Von Reformplanen war keine Rede, von Irland nur insofern, als Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung angekündigt wurden, als ob damit die socialen Mißstände von selbst beseitigt würden; dagegen wurde Holland gelobt, die belgische Revolution als unbegründet getadelt und sogar die Anerkennung des Wütherichs von Portugal, des Don Miguel, in Aussicht gestellt. Eine solche Sprache gieng denn doch auch über englische Nerven. In London und in anderen Städten kam es zu Ausbrüchen der Volkswuth; laut wurde in den Versammlungen die Entlassung des Ministeriums gefordert. Die Nichttheilnahme des Königs und der Minister am Lordmayorfest, wegen eines beabsichtigten Attentats auf Wellington, machte die Stimmung nicht besser. Und doch blieb dieser mit soldatischem Stolz auf seinem Posten. Als der liberale Graf Grey im Oberhaus die Parlamentsreform als das einzige Mittel bezeichnete, um England vor der Revolution zu bewahren, erwiderte Wellington mit einer Art Hohn, die gegenwärtige Art der Vertretung sei ein wahres Muster, da sie den großen Grundbesitzern überwiegenden Einfluß einräume; er werde sich daher jedem Antrag auf Parlamentsreform widersetzen. Man wußte nun genau, woran man war, so genau, als Frankreich und Belgien es bei Karl X. und bei Wilhelm wußten. Bei einer Debatte über die Civilliste blieben die Minister in der Minderheit, gaben ihre Entlassung ein, und Graf Grey wurde am 16. November vom König beauftragt, ein neues Ministerium zu bilden. Dasselbe bestand aus Männern der Partei der Whigs, der Anhänger der Parlamentsreform; Freunde Cannings, wie Palmerston, saßen hier neben erprobten Volksmännern, wie Brougham. Sofort setzte Grey die Grundsätze seines Ministeriums im Parlament auseinander, verkündigte das Princip der Nichtintervention in der auswärtigen Politik, das der Parlamentsreform in der inneren. Wie es mit allen großen Fragen der Geschichte geht, so

auch mit dieser: was zuerst von der Regierung verfolgt und verlästert wurde, mußte sie zuletzt selbst in die Hand nehmen.

Auch Deutschland konnte sich, trotz seiner sprichwörtlichen Geduld, den Einwirkungen der Juli-Revolution nicht entziehen. Nur war auch hier wieder ein großer Unterschied zwischen Nord- und Süddeutschland zu bemerken. In diesem hatte man ja schon seit einem Jahrzehnt eine Vertretung nicht bloß einzelner Stände, sondern des ganzen Volkes, und Verfassungen, welche dem Fürsten Metternich nur gar zu liberal waren, in jenem dagegen höchstens Vertretung der höheren Stände, woran sich ausschweifende Adelsvorrechte und ungerechte Vertheilung der Steuern anschloßen. Daher war im Norden die Aufregung weit größer als im Süden. Da und dort kam es zu kleinen Krawallen, zu Konflikten zwischen den niederen Volksklassen und der Polizei; in einigen Städten kam es aber auch zu etwas mehr.

In Braunschweig wurde sogar, wie in Frankreich und Belgien, ein Thron vakant. Der heldenmüthige Herzog Friedrich Wilhelm, der durch seinen Zug nach der Nordsee im Jahre 1809 und durch seinen Tod bei Quatrebras 1815 bekannt ist, hatte zwei unmündige Söhne, Karl und Wilhelm, hinterlassen. Die Vormundschaft war testamentarisch dem König Georg IV. von England, der zugleich König von Hannover war, übertragen. Der hannöversche Minister Graf Münster errichtete für Braunschweig ein Geheimraths-Kollegium, stellte den Herrn von Schmidt-Phiselbeck an dessen Spitze, sorgte für ordentliche Finanzwirthschaft und Gerichtsverfassung, ließ aber in der Ständekammer nur eine Vertretung des Adels und der Prälaten und der Städte durch ihre Bürgermeister zu. Die Regierung war dabei so ziemlich ungehindert. So blieb es auch zunächst, als Herzog Karl im Jahre 1823 die Regierung antrat. Dieser war an verschiedenen Höfen und ebendeßwegen nicht gleichmäßig erzogen worden, erhielt dann in Wien von seinem Gönner Metternich Lektionen über die fürstliche Unverantwortlichkeit und hob, nachdem er 3—4 Jahre das Geheimraths-Kollegium neben sich geduldet hatte, 1827 dieses auf, um von nun an selbständig zu regieren. Schmidt-Phiselbeck entfloh nach Hannover, verweigerte die Auslieferung von Staatsschriften, und darüber kam es zu einem skandalösen Streit zwischen dem Herzog einerseits und dem König Georg und dem Grafen Münster andererseits. Karl gieng so weit, daß er das Bild des letzteren in seinem Garten aufhängen ließ und beschoß, daß er ihn zum Zweikampf

herausforderte und die Vormundschaft geradezu anklagte, sie habe ihn absichtlich durch Geisteslähmung zur Unselbständigkeit und Unwissenheit erziehen wollen.

Die Verfassung wollte er als eine zu aristokratische nicht anerkennen, gab aber auch keine volksthümliche und gieng darauf aus, die fürstliche Willkür über alles zu setzen. Dabei war sein Lebenswandel höchst anstößig, seine Beamten zum Theil unfähige und unmoralische Menschen, welche seine Eingriffe in das Justiz- und in das Finanzwesen, den Verkauf von Domänen zu Gunsten seiner Privatkasse mit sklavischer Unterthänigkeit geschehen ließen. Nicht bloß das Volk, sondern namentlich den Adel brachte er gegen sich auf. Während der Julirevolution befand er sich in Paris und eilte voll Entsetzen über die dortige Katastrophe nach Hause, entschlossen, vorkommenden Falls ganz anders aufzutreten als Karl X. Gerüchte sagten, daß er den Oberstallmeister von Oyenhausen vergiftet habe und dessen Stelle einem Franzosen, Namens Aloard, den er von seiner Reise mitgebracht hatte, übertragen wolle. Eine Bürgerdeputation schilderte ihm die Stimmung des Volkes, verlangte Abstellung der Beschwerden und Berufung der Stände. Auf dies hin ließ er die Wachen verdoppeln und vor der Kaserne 16 Kanonen auffahren. Da erhob sich das Volk am Abend des 7. Sept. 1830, erstürmte, während der Herzog auf dem Schloßplatz mit den Truppen stand, an einer unbewachten Stelle das Schloß, die unzufriedenen Officiere ließen es geschehen, Karl mußte entfliehen, und hinter ihm brannte sein Schloß bis auf die äußeren Mauern nieder. Der ständische Ausschuß berief die Landstände ein und bat den Bruder des Herzogs, den Prinzen Wilhelm, welcher in Berlin in Militärdiensten stand, die Regierung zu übernehmen. Dieser kam schon am dritten Tage, übernahm die Regierung „bis auf weiteres" als Generalgouverneur des Herzogthums, wozu er von Karl ernannt wurde, und ließ den König von England durch die Stände um Vermittlung angehen. Nun reiste Karl von London, wohin er geflohen war, ab, begab sich nach Frankfurt, versprach in seinen Proklamationen an die Braunschweiger beneidenswerthe Zustände, fand aber nur Ungläubige und wurde, als er im November mit etwa 80 im Harz angeworbenen Leuten das braunschweigische Gebiet betrat, von einem Piket schwarzer Jäger zurückgewiesen. Er flüchtete aufs neue und begab sich nach Paris. Wie ein fahrender Ritter trieb er sich seither herum, überall durch seine Extravaganzen ausge-

zeichnet. Seine wiederholten Versuche, sich wieder in den Besitz seines Herzogthums zu setzen, waren vergeblich. Nach Deutschland kam er nie wieder. Er starb am 18. August 1873 in Genf.

Es war ein eigenthümliches Schicksal, daß das Los der Entthronung gerade einen besonderen Schützling Metternichs traf, und daß dessen gefügiges Werkzeug, der Bundestag, die Thatsache sogar bestätigen mußte. So wenig auch die Veränderungen in Braunschweig und den anderen norddeutschen Staaten nach dem Geschmack des Bundestags waren, so wagte dieser doch nicht, im Geiste des vorigen Jahrzehnts mit Bajonetten einzuschreiten, aus Furcht, bei der damaligen Weltlage den Brand nicht zu löschen, sondern zu schüren. Er gab sogar den einzelnen Regierungen den weisen Rath, gerechten Beschwerden abzuhelfen und eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen, damit jede Veranlassung zu Aufständen vermieden werde. Ja, der nämliche Bundestag, welcher vorher wie nachher bei allen Verfassungsstreitigkeiten nur dem Fürsten Recht gab und auch für den ungesetzlichsten Schritt desselben ein ermunterndes Wort hatte, stellte sich hier auf Seite der Unterthanen, nahm ihre Klage gegen Karl von Braunschweig an, konstatirte dessen absolute Regierungsunfähigkeit und bestätigte den Regierungsantritt seines Bruders Wilhelm. Dieser trat unter Zustimmung sämtlicher Agnaten die Regierung des Landes am 25. April 1831 an. Der Adel, welcher der Haupturheber dieses Aufstandes war, wünschte, durch diesen Thronwechsel befriedigt, durchaus keine weitere Veränderung; aber das Volk drang auf eine Verbesserung der Verfassung und setzte sie durch. Sie wurde am 12. Oktober 1832 als neues Grundgesetz des Landes proklamirt.

Auch in Kurhessen war hauptsächlich die Person des Fürsten der Stein des Anstoßes. Kurfürst Wilhelm II. war 1821 seinem Vater in der Regierung gefolgt. Er schaffte zwar die restaurirten Soldatenzöpfe wieder ab, mißfiel aber selbst durch sein rohes Wesen, durch die offene Zurücksetzung seiner Gemahlin, einer Schwester des Königs von Preußen, durch seinen anstößigen Umgang mit seiner zur Gräfin Reichenbach erhobenen Mätresse und durch die eigenmächtige Erhebung von Steuern, von denen ein großer Theil, statt in die Staatskasse, in die Privatkasse des Fürsten und der Gräfin floß. Um einen Schutz gegen sein Volk zu haben und die Söhne der Reichenbach zu östreichischen Grafen machen zu lassen, hatte er sich, nach einer kurzen Anwandlung von Opposition, ganz dem Metter-

nich'schen System in die Arme geworfen und erlaubte sich von nun an die größten Rücksichtslosigkeiten. Die Ereignisse in Paris und in Brüssel erregten in den Kurhessen, welche mit Unwillen und Verachtung auf ihren Fürsten und seine Regierung blickten, Hoffnungen und Plane. Die Aufregung fieng mit einem Brotkrawall am 16. September an und endigte mit der Nöthigung des Kurfürsten, die Landstände zu berufen und die neue Verfassungsurkunde, für deren Entwerfung Professor Jordan von Marburg besonders thätig war, am 5. Januar 1831 zu unterzeichnen. Da aber die Bürger von Kassel auch auf die Entfernung der Gräfin Reichenbach drangen und den Kurfürsten zweimal dazu nöthigten, so wurde ihm der Aufenthalt in der Hauptstadt oder auf Wilhelmshöhe verleidet, und er begab sich nach Hanau und bald nach Frankfurt am Main. Doch durfte er der Verfassung gemäß sein Land nicht von einem fremden Gebiet aus regieren; daher ernannte er am 30. September 1831 seinen Sohn Friedrich Wilhelm zum Mitregenten. Dieser, dessen Charakter mit dem seines Vaters mehr harmonirte, als es für ihn und das Land gut war, führte von nun an allein die Regierungsgeschäfte.

Auch das benachbarte Oberhessen wurde von dem allgemeinen Drang nach Umwälzungen ergriffen. Dort organisirte sich im September 1830 ein Bauernkrieg, der in manchen Zügen an die Jahre 1524 und 1525 erinnerte. Einige tausend Bauern rotteten sich zusammen, wollten mit Sensen und Mistgabeln Gesetze diktiren, sprachen von Gleichheit und Freiheit, schwärmten für Aufhebung der Abgaben und Zölle, zeigten ihren Muth hauptsächlich in Verbrennung von Zollhäusern und standesherrlichen Akten und wurden nach wenigen Tagen von den Truppen des Prinzen Emil von Hessen auseinander gesprengt.

Im Königreich Sachsen war es nicht der Hof-Skandal, der einen Aufstand entzündete und einen Aufschwung herbeiführte, sondern das abgelebte Regierungssystem. In Leipzig und in Dresden kam es im September 1830 zu Straßenkrawallen, in der Hauptstadt wurde das Rathhaus und das Polizeigebäude erstürmt, eine Bürgergarde errichtet und von dem König Entlassung des Ministeriums, Einführung einer Repräsentativverfassung, Umgestaltung des Gemeindewesens, Aufhebung der Censur und Entfernung der Jesuiten verlangt. Die letzteren übten auf mehrere Mitglieder des katholischen Königshauses einen sehr schädlichen Einfluß aus, und das Land, das einst die Wiege des Protestantismus war, mußte aufs tiefste empört sein,

als es die Erzfeinde desselben an seinem Herde sich einnisten sah. Eine Eingabe von 120 Dorfschaften erklärte, daß 80,000 Bauern auf dem Landtag keine Vertretung hätten, diese aber jetzt forderten. Der König mußte nachgeben, ernannte den allgemein beliebten Prinzen Friedrich, seinen Neffen, zum Mitregenten und beschwor am 4. September 1831 die von den Landständen berathene Verfassung. Auch über die sächsischen Herzogthümer erstreckte sich die freiheitliche Bewegung und erreichte ihre nächsten Ziele.

Aus ähnlichen Gründen wie Sachsen wurde das Königreich Hannover in die neue Strömung hineingezogen. Hier blühte das Junkerthum in der üppigsten Fülle. Am 8. Januar 1831 kam es in Göttingen zu einem Aufruhr, woran sich Studenten und Bürger betheiligten. Eine Bürgergarde wurde gebildet, das Verlangen nach einer freien Verfassung ausgesprochen und eine schriftliche „Anklage des Ministeriums Münster vor der öffentlichen Meinung" im Lande verbreitet. Der Generalgouverneur des Landes, Herzog von Cambridge, ließ Militär in Göttingen einrücken, vor welchem die ganze Revolution auseinanderstob, kam übrigens selbst dahin, hörte die Beschwerden an und versprach eine zeitgemäßere Verfassung und Landesvertretung. Durch seine Vermittlung wurde König Wilhelm von England vermocht, den Grafen Münster „als den Repräsentanten alles dessen, was man haßte," zu entlassen. Cambridge wurde zum Vicekönig von Hannover ernannt, die zum Theil neu gewählten Stände traten zusammen, beriethen den Verfassungsentwurf, welchen eine Kommission, darunter der Geschichtschreiber Dahlmann, ausgearbeitet hatte, und trotz des Widerstrebens der Adelspartei wurde 1833 die neue Verfassung eingeführt.

So waren zu den süddeutschen Konstitutionen noch vier neue im Norden hinzugekommen, das Bestreben des Bundestags, jene zu dem alten Ständewesen herabzudrücken, vereitelt und ein Sieg des Konstitutionalismus daraus geworden. Selbst die Fürsten waren weit entfernt, die Hilfe des Bundestags und der Großmächte anzurufen; sie fürchteten die Machtsprüche dieser weit mehr als die Forderungen ihres Volkes. Es fragte sich nur, wie lange diese Strömung anhielt, ob nicht die Ereignisse in Polen und Rußland den Thermometerstand herabdrücken würden.

Wenn selbst die Monarchien der liberalen Richtung huldigten, so konnten die Republiken nicht zurückbleiben. Die einzelnen Kantone

der Schweiz und die oberste Regierung derselben waren im dritten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts der nämlichen Reaktion verfallen wie die übrigen Staaten Europa's. Das Mißverhältniß, welches wir in Norddeutschland zwischen den Rechten des Adels und denen des Volks gefunden haben, bestand auch hier. Die Kantone hatten meist eine aristokratische Regierung, in welcher einzelne bevorzugte Geschlechter, die Patricier, ein so entschiedenes Uebergewicht hatten, daß von einer Vertretung des Volks so gut als gar keine Rede war. Wie früher in anderen Ländern ein Unterschied zwischen Stadt und Amt gemacht wurde, so damals noch in der Schweiz zwischen Stadt und Landschaft. Die Bürger der letzteren hatten nur wenige Mitglieder in den „großen Rath“ eines Kantons zu senden.

Bei solchen Vorrechten der patricischen Geschlechter war die Staatsverwaltung eine möglichst schlechte. Die Aemter wurden mehr nach dem Grundsatz der Geburt als des Verdienstes verliehen, die Finanzen nicht immer im Staatsinteresse verwaltet, die Justiz fast sprichwörtlich schlecht gehandhabt. An gemeinsame Gesetze für den inneren Verkehr und Handel wurde so wenig als in Deutschland gedacht, und die Tagsatzung, welche sich an einem der drei Vororte, Bern, Zürich und Luzern, zu versammeln hatte, gab dem Bundestag in reaktionärer Gesinnung nichts nach, schloß sich eng an das Metternich'sche System an und schickte ihre Leute als Söldner nach Frankreich und Neapel, um den jungen Patriciern Officiersstellen übertragen zu können.

Mit solchen Republiken war dem jüngeren Geschlecht, wie es auf den Universitäten und sonst heranwuchs, nicht gedient. Ueberall regte sich eine liberale Opposition gegen die Herrschaft der Oligarchien, und besonders seit den Aufständen in Norddeutschland hörte man den allgemeinen Ruf nach Verfassungsreformen. Vereine bildeten sich, und die freisinnige Presse wurde nicht müde, die Grundsätze der neuen Zeit: politische Gleichheit, Aufhebung aller Vorrechte, gleiche Vertretung für alle Bürger eines Kantons, Preßfreiheit u. s. w. zu verkündigen und ihre Einführung in der Schweiz zu fordern. Der damalige Vorort Bern, dessen Regierung die am meisten aristokratische war, erließ am 22. September 1830 ein Kreisschreiben an die Kantonsregierungen, worin er zum Einschreiten gegen die Presse und zum Festhalten an den alten Verfassungen aufforderte. Damit wurde die Aufregung erst recht angefacht. In den Monaten Oktober und November wurden fast in allen Kantonen Versammlungen der Notabeln

und des Volkes gehalten, die Principien der neuen Verfassungen festgesetzt und in wenigen Wochen die Regierungen zu deren Annahme gezwungen.

Schon vor der Julirevolution, im Mai 1830, wurde die oligarchisch-ultramontane Regierung in Tessin gestürzt und eine andere auf demokratischer Grundlage errichtet. Im Herbst waren dann die Thurgauer die ersten, welche eine konstituirende Versammlung und Verfassungsänderung verlangten. Die neue Verfassung wurde im März 1831 vom Volke angenommen. Aehnlich verlief die Sache in Zürich, wo es sich hauptsächlich um das Verhältniß der Vertretung der Landschaft zu der der übermächtigen Stadt handelte, in Aargau, in St. Gallen, in Luzern, in Solothurn, in Freiburg, wo die hierarchische Aristokratie, durch die aus Frankreich vertriebenen Jesuiten und Kongreganisten unterstützt, Soldaten aufbot, aber samt ihrem ganzen Apparat gestürzt wurde, in Waadt, wo man mit französischer Heißblütigkeit den Großräthen von Lausanne: „Nieder mit den Tyrannen!" zurief und eine radikale Verfassung gründete, in Schaffhausen, in Bern, wo die Regierung eine Zeit lang den tollen Plan hatte, sich mit Hilfe der entlassenen Schweizersoldaten Karls X. zu halten, in Basel, wo es zwischen den Truppen der Stadt und der Landschaft zweimal zu einem blutigen Zusammenstoß kam, wo zur Schlichtung des Streites die Truppen der Tagsatzung einrücken mußten, und wo der große Rath der Stadt lieber in eine Trennung von der Landschaft als in die Forderungen derselben willigte. So wurden hier im Jahre 1832 die zwei halben Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (mit der Regierung zu Liestal) gegründet. Aehnliche Trennungsgelüste zeigten sich auch in Schwyz und Wallis, wurden aber nach erbitterten Kämpfen beigelegt. Dagegen blieb in Uri, Unterwalden, Zug, Genf, Glarus, Graubünden, Appenzell die alte Verfassung in Kraft, und in Neuenburg, wo die freisinnige Partei den König von Preußen nicht mehr als ihren Souverän anerkennen wollte, aber durch die Energie des preußischen Generals von Pfuel 1831 niedergehalten wurde, endigte die Bewegung mit einem Sieg der bestehenden Regierung.

Verschieden von all den bisher geschilderten Verhältnissen lagen die Dinge in Italien. Diesmal war nicht Neapel und Piemont, wie zehn Jahre vorher, der Schauplatz der Bewegung, sondern der Kirchenstaat. Die dortige Regierung, an deren Spitze lauter Kardinäle standen, war so verhaßt als nur möglich und wurde immer nur

der türkischen an die Seite gestellt. Trotz aller Verfolgungen waren die Carbonari über das ganze Land verbreitet und hatten unter den gebildeten Ständen sehr viele Anhänger. In diese Kreise fiel die Nachricht von der Julirevolution mit erschütternder Gewalt. Mittelpunkt der neuen Verschwörung war Bologna. Ein dortiger Bürger war von der großen Woche in Paris so entzückt, daß er sie „neben die sechs Tage der Weltschöpfung" gestellt wissen wollte. Von hier verpflanzte sich die Gährung nach den übrigen Städten des Kirchenstaates und auch nach Rom. Papst Pius VIII. war am 30. November 1830 gestorben. Das eintretende Interregnum ließ sich zum Losschlagen benützen. Dabei hoffte man auf Frankreich, das auf den dominirenden Einfluß Oestreichs in Italien längst eifersüchtig war. Das französische Kabinet erklärte zwar auf Befragen, daß es sich in die italienischen Angelegenheiten nicht mischen werde, zugleich aber auch, daß es auch keinem anderen Staate eine solche Einmischung zugestehe. Wurde dieses Nichtinterventions-Princip, das gerade Gegentheil von dem, was früher auf den Kongressen von Troppau, Laibach und Verona ausgemacht und durchgeführt worden war, streng aufrechterhalten, also Oestreich von der Intervention abgehalten, so waren die Carbonari sicher, mit der heimischen Regierung fertig zu werden und das nationale Programm durchsetzen zu können; und sollte sich Oestreich nicht abhalten lassen, so war ja Frankreich durch seine Zusage zur bewaffneten Theilnahme genöthigt, und auch aus dem Kampfe dieser beiden Staaten hoffte man die nationalen Farben Weißrothgrün hervorgehen zu sehen.

In diese Bewegung war die napoleonische Familie tief verwickelt. Die Julirevolution hatte sie mit neuen Hoffnungen belebt. Geheime Agenten und Briefe bestürmten den Sohn Napoleons, den unglücklichen Herzog von Reichstadt, sich als Napoleon II. ausrufen zu lassen. Aber der „Gefangene Europa's", wie sein Vater voll Talent und Eifer für militärische Studien, glühte zwar vor Begierde, auf den Ruf Frankreichs sich an dessen Spitze zu stellen, war aber zu der Qual verurtheilt, vor den lauernden Augen seines Großvaters und Metternichs seine heiligsten Gefühle als ihr Gegentheil erscheinen zu lassen und als ein Napoleon den Bourbonen das Wort zu reden. Ungehinderter waren die Schritte der übrigen Napoleoniden. Die beiden Söhne Jerome's erregten ebensosehr die Aufmerksamkeit der Carbonari als der römischen Regierung, und die zwei Söhne des holländischen Exkönigs und der Hortense warfen sich, von dem Modenesen Menotti

hiezu aufgefordert, der Revolution in die Arme, unbekümmert darum, ob dies ihrer Frau Tante, der Exkaiserin Marie Luise, ihren Witwensitz kosten könnte.

Das Haupt der modenesischen Verschworenen, Menotti, wollte am 4. Februar 1831 in Modena losschlagen, wurde aber vom Herzog Franz IV., dem alten Despoten, mit 15 seiner Genossen am Abend vorher verhaftet. Da aber fast zu gleicher Zeit das ganze Herzogthum in Aufruhr gerieth, so mußte Franz schon am 5. Februar das Land verlassen und floh, Menotti mit sich schleppend, nach Mantua und Wien. Eine provisorische Regierung wurde errichtet und das modenesische Heer unter General Zucchi, einen Mann aus der napoleonischen Schule, gestellt. Am 13. Februar erhob sich Parma, und Marie Luise mußte nach Piacenza fliehen. Am bedeutendsten waren die Vorgänge in Bologna. Die Nachricht von den Ereignissen in Modena erregten dort eine ungeheure Aufregung. Der päpstliche Kommissär war genöthigt, zur Einsetzung einer Bürgerwehr und einer provisorischen Regierung seine Einwilligung zu geben. Innerhalb drei Wochen stand der ganze Kirchenstaat in Aufruhr, mit Ausnahme von Rom und wenigen Städten in den Marken. Die provisorische Regierung von Bologna erklärte, von den Carbonari gedrängt, schon am 8. Februar, daß „die weltliche Herrschaft, die der römische Hohepriester über diese Stadt und Provinz ausgeübt, thatsächlich und rechtlich für immer aufgehört habe“, und berief die Vertreter der Städte und Provinzen nach Bologna. Dieses neue Parlament versammelte sich am 26. Februar in Bologna und berieth eine provisorische Verfassung „der vereinigten italienischen Provinzen“. Ein Präsident, ein Ministerrath und eine gesetzgebende Versammlung sollten an der Spitze des Staates stehen. Nach England und Frankreich wurden Diplomaten geschickt und die Welt durch ein Manifest über die Verhältnisse im Kirchenstaat aufgeklärt.

Inzwischen war am 2. Februar ein neuer Papst, Gregor XVI., gewählt worden, der mit seinem entschlossenen Staatssekretär Kardinal Bernetti nicht im Sinne hatte, sich so leicht aus dem Sattel heben zu lassen. Zwar seine Proklamation „an seine vielgeliebten Unterthanen“ fand nur wenige andächtige Zuhörer, und die Sendung des Kardinals Benvenuti, welcher in den Provinzen eine Gegenrevolution betreiben sollte, scheiterte schon an seiner Gefangennehmung durch die Aufständischen. Diese drangen, so schlecht sie auch gerüstet waren,

unter Oberst Sercognani bis in die Nähe Roms vor und bedrohten die Stadt mit einer Ueberrumpelung, mußten jedoch trotz der phantastischen Plane der beiden Söhne Hortense's, welche den Zug mitmachten, sich zurückziehen. Um so rascher drangen die Oestreicher vor, getreu ihrem alten Princip, wo sich nur ein Krater in Italien öffne, sogleich mit ihren Löschanstalten herbeizueilen. Die Drohungen des französischen Kabinets kümmerten sie wenig; wußten sie doch, daß Louis Philipp ganz anderen Sinnes war, als seine Minister, über welches Doppelspiel der Ministerpräsident Lafitte gar schlecht erbaut war und seine Entlassung nahm. So wenig als wegen Belgiens wollte Louis Philipp wegen Italiens sich in einen Krieg mit einer anderen Macht stürzen und die revolutionären Leidenschaften Frankreichs entzünden. Mit einem Protest gegen das Einrücken der Oestreicher, welchen der französische Gesandte am römischen Hof abgeben mußte, war die Sache abgethan.

Der östreichische General Frimont, welcher 1821 die Intervention in Neapel geleitet hatte, führte auch diesmal den Oberbefehl. Am 25. Februar wurden die Aufständischen bei Firenzuola geschlagen und ganz Parma besetzt. Die Modenesen unter Zucchi wurden trotz tapferer Gegenwehr bei Novi von General Geppert besiegt, und am 9. März betrat der rachsüchtige Herzog Franz wieder seine Hauptstadt. Zucchi zog sich nach Bologna zurück, wo man im Vertrauen auf Frankreich bisher nur geringe Kriegsrüstungen getroffen hatte. Man hatte sogar, um ja nicht bei Louis Philipp anzustoßen, die beiden napoleonischen Prinzen vom Heere entfernt und ihnen nicht einmal erlaubt, als Freiwillige zu dienen. Auf dem Wege nach Ankona erkrankte der ältere, Napoleon Ludwig, und wurde, bevor seine Mutter ihn noch einmal sehen konnte, am 17. März in Forli von den Masern weggerafft; der jüngere, Louis Napoleon, zum französischen Kaiserthron bestimmt, wurde durch die Energie und List seiner Mutter unter mancherlei Abenteuern und Verkleidungen den gierigen Händen der Oestreicher entrissen.

Die Sache Italiens war bereits verloren. Am 6. März rückte ein drittes östreichisches Corps unter General Bentheim über den Po und besetzte Ferrara und Comachio. Zucchi zum Oberbefehlshaber des bolognesischen Heeres ernannt, zog sich samt der provisorischen Regierung nach Ankona zurück, die Oestreicher rückten am 21. März in Bologna ein, siegten am 25. in dem blutigen Gefecht

bei Rimini und besetzten unter General Geppert am 29. Ankona. Zucchi und die Leiter der Revolution hatten sich bereits nach Korfu eingeschifft, wurden aber von den ihnen nachgeschickten Fahrzeugen eingeholt und nach Venedig gebracht.

Auf die Vorstellungen Louis Philipps, welcher sich vor der Opposition und der Presse in Acht zu nehmen hatte, benahm sich die päpstliche Regierung nach der Besiegung des Aufstandes mäßiger, als man fürchtete. Eine Amnestie, von welcher nur die Häupter der Revolution ausgeschlossen waren, wurde erlassen und einige Verbesserungen in der Verwaltung eingeführt. Weniger zugänglich war der Herzog von Modena, der einzige Fürst in Europa, welcher Louis Philipp nicht anerkannt hatte. Er ließ Menotti und den Advokaten Borelli hinrichten, andere zur Galeere verurtheilen, in Kerker werfen, und ihre Güter einziehen. Die Oestreicher verließen im Juli 1831 den Kirchenstaat, rückten aber am 28. Januar des folgenden Jahres, als Kardinal Albani mit seinem bewaffneten Gesindel die Legationen überschwemmte und in der Stadt Forli (21. Jan.) ein schändliches Gemetzel anrichtete, wieder in Bologna ein, von den Einwohnern als Befreier aufgenommen. Doch kam dieser zweite Einmarsch dem französischen Kabinet sehr ungeschickt. Um ein Gegengewicht zu bilden, wurden rasch Truppen in Toulon eingeschifft und am 23. Februar, ohne päpstliche Erlaubniß, Ankona besetzt. Doch wurden die heimischen Behörden respektirt, und die Occupation beschränkte sich bald nur auf die Citadelle.

So war diese zweite italienische Revolution aus ähnlichen Gründen wie die erste unterlegen. Ohne Hilfe von außen, auf einen kleinen Theil Italiens beschränkt, war sie den östreichischen Waffen nicht gewachsen. Hatten die Carbonari von 1820 in Neapel vergebens auf eine Revolution im Kirchenstaat gewartet, die in Piemont vergebens auf die Erhebung Mailands, so sahen sich diesmal die Revolutionäre von Mittelitalien auf sich selbst angewiesen. Weder Neapel noch Piemont wollten sich zum zweitenmal verbluten. Zudem hatten beide Staaten damals neue Regenten, welche sich in den ersten Monaten durch freisinniges Auftreten populär zu machen suchten. In Neapel war König Ferdinand I. 1825 gestorben, sein Sohn, Franz I., welcher 1820 den Revolutionär gespielt und als König es so schlimm wie sein Vater gemacht hatte, starb im November 1830. Ferdinand II., sein 20jähriger Sohn, schien eine Zeit lang mit Hilfe der liberalen

Partei auf eine Hegemonie in Italien loszusteuern, ließ sich aber bald von Metternich wieder umstimmen. In Piemont hatte der starre Karl Felix alle Aufstandsgelüste mit kräftiger Hand niedergehalten. Er starb im April 1831, und sein Nachfolger, war Karl Albert, jener Prinz von Carignan, welcher 1821 sich nach beiden Seiten hin so gründlich kompromittirt hatte. Da er aber mit dem absolutistischen System seines Vorgängers gänzlich zu brechen schien und eine liberale Bahn einschlug, so war er aufs neue der Gegenstand der Hoffnungen.

Die Revolution in Italien hatte es Oestreich unmöglich gemacht, den Veränderungen in Deutschland und der Schweiz seine patriarchalische Fürsorge zuzuwenden; der Aufstand in Polen verhinderte den Kaiser Nikolaus von Rußland, seinem Grimm über die Revolutionen in Frankreich und Belgien und was sich daran hieng auf militärische Weise Luft zu machen. Er hatte von seinem Bruder Alexander das Königreich Polen als eine konstitutionelle Monarchie überkommen, welche ihre eigene Armee, ihre eigenen Finanzen, besondere Verwaltung, also eine ziemlich selbständige Existenz hatte. Und doch fühlten die Polen, welche die Größe der früheren Jahrhunderte nicht vergessen konnten, daß sie nur ein ohnmächtiges Anhängsel des russischen Kolosses seien, daß sie samt ihrer Verfassung nur von der Gnade des Kaisers lebten. Das Verhältniß zu Nikolaus war gleich bei seiner Thronbesteigung getrübt worden. In die Militärverschwörung von Petersburg im Jahre 1825 waren auch viele Polen verwickelt, welche diese Gelegenheit zu einer Wiedervereinigung Lithauens mit Polen benützen wollten. Der Senat, welcher das Urtheil zu fällen hatte, sprach sie frei. Nikolaus bestätigte zwar das Urtheil, konnte aber die Aeußerung seines Unwillens nicht zurückhalten. Doch hob sich der Wohlstand des Landes unter der tüchtigen Finanzverwaltung des Fürsten Lubecki sehr, und die besonnenen Polen wollten die materielle und geistige Entwicklung vor der politischen und nationalen gefördert wissen. Die Enthusiasten dagegen glaubten, mit einer Handvoll Studenten und Lieutenants eine Revolution machen zu können, blickten nach Frankreich, das seit Jahrhunderten, zumal durch die letzte Waffenbrüderschaft in den napoleonischen Kriegen, eng mit Polen verknüpft war, und hielten alles das, was ihnen Kaiser Alexander gegeben hatte, für nichts gegen das, was sie in ihren kühnen Phantasien erringen zu können hofften. Gefühlspolitiker, wie sie es heute noch sind, hielten sie es für

möglich, den drei großen Nachbarstaaten zum Trotz, sich nicht nur gänzlich von Rußland loszureißen, sondern auch alle Provinzen, welche seit der ersten Theilung im Jahre 1772 von Rußland, Oestreich und Preußen ihnen entrissen worden waren, wieder zu einem großen Polenreiche zu vereinigen.

Wie häufig in solchen Fällen, wurde in der Besetzung des einflußreichsten Amtes ein großer Mißgriff gemacht. Alexander hatte dem älteren seiner Brüder, Konstantin, das Militärkommando in Polen übertragen. Dieser, welcher wegen absoluter Unfähigkeit dem jüngeren Bruder Nikolaus den Kaiserthron überlassen mußte, sollte für Polen gerade noch gut genug sein. Und doch bedurfte es gerade hier einen Mann, der taktvoll auftrat. Statt dessen erlaubte sich Konstantin die gröbsten Verletzungen der Verfassung, mischte sich in das Justizwesen, behandelte die Officiere wegen unbedeutender Versehen gegen den Gamaschendienst wie ehrlose Subjekte, hielt, wie sein Freund Metternich, im Inland und Ausland eine Menge Spione, welche ihn selbst betrogen und das Land brandschatzten, und sah in dem polnischen Patriotismus das größte Verbrechen. Kein Wunder, daß, wo man von Haß gegen Rußland sprach, der Name Konstantin zuerst genannt wurde! Und doch affektirte er, der mit einer jungen Polin, welche den Titel Fürstin von Lowicz erhielt, vermählt war, eine besondere Vorliebe für dieses Königreich.

Schon im Jahre 1828, als Rußland mit dem Türkenkrieg beschäftigt war, hatten einige den Plan, die Fahne des Aufstandes aufzupflanzen. Im folgenden Jahre, bei der Anwesenheit des Kaisers in Warschau, wollten die Ungeduldigsten sogar denselben nebst den ihn begleitenden Prinzen ermorden. Man stand beidemal davon ab, weil man bei der Bevölkerung zu wenig Sympathie zu finden glaubte, und weil die Parteien nicht einig waren. Es wurde beschlossen, auf einen Umschwung in Frankreich zu warten. Dieser kam, und sogleich beriethen sich die alten Verschwörer, die zwei Lieutenants Zaliwski und Wysoki mit wenigen Freunden. Da man noch nicht gerüstet war, so wollte man bis zum nächsten Februar warten. Man wandte sich an die alten Generale wegen des Oberbefehls; keiner wollte ihn übernehmen. Auch die anderen Generale und Obersten versagten ihre Mitwirkung, wenn sie auch nicht hinderlich sein wollten. Doch ließen sich die Verschwörer nicht abschrecken, ernannten einen leitenden Ausschuß und schickten Agenten nach Lithauen, Podolien und Volhynien.

An der alten Uneinigkeit der Polen schien das Unternehmen gleich im Anfang zu scheitern. Von den verschiedenen Parteien glaubte jede allein im Besitze des richtigen Mittels zu sein, um die Unabhängigkeit Polens erringen zu können. Wollte die aristokratische Partei, an deren Spitze der Fürst Adam Czartoryski stand, einen Bruch mit Rußland vor der Hand vermieden wissen, durch Reformen aller Art das Vaterland stärken und dessen Anziehungskraft auf die abgerissenen Provinzen vermehren, so verlangten die Demokraten, unter welchen Joachim Lelewel, früher Universitätsprofessor in Wilna, hervorragte, über die realen Verhältnisse der Politik hinwegsehend, alsbaldiges Losschlagen, Trennung von Rußland, Wiederherstellung des altpolnischen Reichs, Gleichstellung aller Stände in ihren politischen Rechten. Zwischen diesen zwei großen Parteien gab es noch manche Schattirungen. In einem Punkte, in möglichster Freiheit von Rußland, waren alle einig; bei der Erwägung der Mittel und der socialen Ziele giengen die Wege weit auseinander.

Da erschien Ende Oktobers ein Manifest des Kaisers, welches als ein Vorbote der Kriegserklärung und der Coalition gegen Frankreich und Belgien angesehen wurde, und der Befehl, das polnische Heer auf den Kriegsfuß zu setzen. Man fürchtete, daß dasselbe über die Grenze geführt und zu fremden Zwecken verwendet werde. Um so rascher mußte man ans Werk gehen, zumal leicht zu bemerken war, daß das Geheimniß der Verschwörung bereits nicht mehr bewahrt sei. Trieb man es doch auch so unvorsichtig als in den Augusttagen in Brüssel! Am Belvedere, dem Lustschloß des Großfürsten Konstantin, fand man einen Zettel angeheftet: „Von Neujahr an zu vermieten!" Und doch that der Großfürst, als ob nicht die geringste Gefahr im Anzug wäre. Der Ausbruch der Verschwörung wurde auf den Abend des 29. November 1830 festgesetzt, an welchem Tage alle Wachposten nur von Polen besetzt waren. Die Officiere aller polnischen Regimenter wurden versammelt, der Plan ihnen mitgetheilt, ihre Mitwirkung im Namen der Nation verlangt.

Der 29. November kam. 6 Uhr Abends war die verabredete Stunde. Das Anzünden eines an einem Ende der Stadt gelegenen Brauhauses sollte das Signal sein. Die Flammen waren nicht überall sichtbar, und dadurch entstand für den Beginn einige Verwirrung. Die einen hatten die Ermordung des Großfürsten übernommen, die anderen die Ueberrumpelung und Entwaffnung der russischen Kavallerie und Infanterie, wieder andere die Einnahme des Zeughauses. Unter dem

Rufe: „Tod dem Tyrannen!" stürzten gegen 20 Mann nach dem Belvedere, tödteten den Vicepräsidenten und einen General, welcher dem Großfürsten ähnlich sah, ihn selbst aber fanden sie nicht, da er sich bei dem ersten Lärmen mit dem preußischen Gesandten Schmidt in eine neben dem Lustschloß gelegene Hütte geflüchtet hatte. Auch die Entwaffnung der russischen Regimenter gelang nicht, da sich diese vor ihren Kasernen in Schlachtordnung aufgestellt hatten und die 160 Fähndriche, mit welchen Wysoki anmarschirt kam, zurückschlugen. Ein Angriff von ihrer Seite hätte der Sache ein rasches Ende machen können. Aber niemand gab einen Befehl dazu; mehrere ihrer Generale und Obersten waren auf dem Weg nach den Kasernen vom Volke erschossen worden. Denn die Einnahme des Zeughauses war Zaliwski gelungen, worauf 15,000 Gewehre unter das Volk vertheilt wurden. Am andern Morgen sahen sich die russischen Truppen von allen Seiten eingeschlossen, und Konstantin, in der Meinung, es handle sich bloß um einen Pöbelexceß, den er ruhig austoben lassen könne, räumte die Stadt, hielt sich zwei Tage lang in Wierbzna, eine Meile von Warschau, auf, und erst am 3. December, als die polnischen Regimenter, welche mit ihm ausgezogen waren, nach Warschau zurückkehrten und sich der Revolution anschloßen, marschirte er mit seinen russischen Truppen der Grenze zu. Hinter ihm fiel das ganze Land ab, die beiden Festungen mit ihren ungeheuren Kriegsvorräthen ergaben sich. In acht Tagen war alles vollendet, das Land von den russischen Besatzungen frei. Auch Polen hatte nun seine „große Woche". Der Jubel war unbeschreiblich. Nach solchen Erfolgen hielt man nichts mehr für unmöglich. Und doch war die Militärmacht Rußlands ein anderer Gegner als Karl X. und seine Höflinge, auch ein anderer als die Holländer.

Fürst Lubecki, das einflußreichste Mitglied des „Verwaltungsraths", der obersten Behörde für die inneren Angelegenheiten Polens, glaubte, durch Berufung einiger populären Aristokraten in dieses Kollegium, den Aufstand in ein ruhiges Fahrwasser leiten zu können. Aber damit war den Revolutionären, welche unter Lelewel im Rathhause einen patriotischen Klub gebildet hatten, schlecht gedient. Lubecki mußte den Verwaltungsrath auflösen und eine provisorische Regierung errichten, an deren Spitze Fürst Adam Czartoryski stand, und zu welcher auch Lelewel gehörte; im übrigen herrschte in derselben ein vorwiegend aristokratischer Geist. Von ihr wurde am 5. Dezember der 60jährige General Joseph Chlopicki zum Oberbefehlshaber und

Diktator ernannt. Dieser Mann, welcher noch unter Kosciuszko gedient und unter Napoleon mehrere Feldzüge mitgemacht hatte, besaß den populärsten Namen unter allen polnischen Generalen; aber weder seine strategischen Kenntnisse, noch sein politischer Scharfsinn war von der Art, daß er einem solchen Posten gewachsen gewesen wäre. Nicht durch Kampf hoffte er die Sache durchzuführen, sondern durch Unterhandlungen, welche doch bei dem bekannten Charakter des Kaisers Nikolaus vergeblich waren und den Polen die Möglichkeit benahmen, rasch den Aufstand in die altpolnischen Provinzen überzutragen. Die Bändigung der demokratischen Elemente war ihm weit wichtiger als die Vorbereitungen auf einen unversöhnlichen Krieg. Daher erklärte er in einer Sitzung der provisorischen Regierung sich selbst zum Diktator, entließ Lelewel, behielt die übrigen Mitglieder als Minister bei, löste alle Klubs auf, wies die herbeieilenden Freiwilligen aus Lithauen, Galizien und Posen zurück und schickte den Fürsten Lubecki und den Grafen Jezierski nach Petersburg, damit sie als Gesandte den Kaiser der Treue Polens versichern und ihm die drei Wünsche: „Ausführung der Verfassung, Ausschließung der russischen Besatzung und (wo möglich) Vereinigung Lithauens mit Polen“ ans Herz legen sollten.

Der am 18. December versammelte Reichstag sanktionirte den Aufstand vom 29. November als den Ausdruck des Volkswillens, bestätigte Chlopicki's Diktatur und vertagte sich auf seinen Wunsch bis zum 19. Januar. Der Diktator ernannte ein Ministerium, in welches er auch Lelewel aufnehmen mußte, und einen Nationalrath unter der Präsidentschaft Czartoryski's, sah sich aber den Angriffen der Klubisten ausgesetzt, die ihm Unthätigkeit, ja Verrath vorwarfen. Sie suchten seine Stellung zu untergraben, das Militär ihm abwendig zu machen, und als er Lelewel und andere verhaften ließ, mußte er sie wieder freigeben. Da erschien die Proklamation des Kaisers vom 19. December, in welcher unbedingte Unterwerfung gefordert und der Einmarsch der russischen Truppen angekündigt wurde, und am 13. Januar kam Graf Jezierski zurück und meldete, daß Nikolaus keine andere Wahl lasse als Unterwerfung auf Gnade und Ungnade oder Krieg. Darauf erklärte Chlopicki dem Nationalrathe, daß er die Diktatur nur unter der Bedingung behalte, wenn ihm unumschränkte Gewalt überlassen würde. Da dies nicht angenommen wurde, legte er Diktatur und Oberbefehl am 17. Januar nieder.

Am 19. Januar kam der Reichstag wieder zusammen und sprach auf den Antrag des Grafen Roman Soltyk am 25. die Unabhängigkeit Polens und die Absetzung der Dynastie Romanow aus. Eine neue Regierung von 5 Männern wurde errichtet, in welcher Czartoryski Präsident und Lelewel der einzige Demokrat war. Das Heer wurde so rasch als möglich vermehrt, und der Oberbefehl dem Fürsten Radziwill übertragen, von dem man annahm, daß ihm sein Freund Chlopicki militärische Rathschläge geben werde.

Der russische Feldmarschall, Graf Diebitsch-Sabalkanski, überschritt in der ersten Woche des Februar mit 118,000 Mann die polnische Grenze und ließ seine Truppen in verschiedenen Abtheilungen die Richtung nach Warschau einschlagen. Nach einigen unbedeutenden Gefechten kam es am 25. Februar zur Schlacht bei Grochow. Die Polen hatten 45,000 Mann, die Russen 70,000 und doppelt so viel Geschütz als jene. Trotz aller Tapferkeit mußten die Polen das Schlachtfeld räumen, auf welchem sie 8000 Todte und Verwundete, die Russen 12,000 zurückließen. Nun legte Radziwill, welchem der schwer verwundete Chlopicki nicht mehr zur Seite stehen konnte, den Oberbefehl nieder und an seine Stelle wurde Skrzynecki gewählt. Dieser, wie all diese polnischen Generale, mehr zum Divisionsgeneral als zum Strategen geeignet, versäumte es, die Blößen Diebitsch's, welcher sein Heer in kleinere Abtheilungen zersplitterte und auf das linke Weichselufer übergehen wollte, zu benützen, die einzelnen Corps anzugreifen und zu vernichten. Und als er endlich mit überlegenem Heere die russischen Garden überfallen wollte, schickte er aus Furcht vor einem Ueberfall Warschaus bedeutende Streitkräfte dahin ab, ließ Diebitsch Zeit, den Garden zu Hilfe zu kommen und führte so am 26. Mai die unglückliche Schlacht bei Ostrolenka herbei, wo alle persönliche Tapferkeit den Mangel einer guten Führung nicht ersetzen konnte. Die Polen verloren hier 7000, die Russen 9000 Mann. Diebitsch, welcher in diesem Feldzug weniger Energie gezeigt hatte als in dem Türkenkrieg von 1829, starb am 10. Juni in Pultusk an der Cholera, und am 27. Juni der Großfürst Konstantin in Witepsk. Jener hatte kein Herz für diesen Krieg und wurde deßwegen von den Nationalrussen schel angesehen, dieser soll sich über die Tapferkeit der Polen, als ob sie sein Werk wäre, freudig ausgesprochen haben. Daraus bildete sich das Gerücht, daß der rasche Tod beider Männer kein natürlicher gewesen sei.

Schlimmer noch als der Verlust einer Schlacht waren die Nachrichten, welche aus den altpolnischen Provinzen einliefen. Was Chlopicki in den ersten Wochen seiner Diktatur versäumt hatte, mußte nun schwer gebüßt werden. Der kühne Dwerniki, welcher am 14. Februar über die Russen den ersten Erfolg errungen hatte, wurde mit 6000 Mann nach Volhynien abgeschickt, um diese und die südlicheren Provinzen zu insurgiren. Ihm gegenüber stand General Graf Rüdiger mit 15,000 Mann, und vor dieser Uebermacht mußte Dwerniki am 27. April auf das östreichische Gebiet sich zurückziehen, wo er bis zum Ende des Kriegs in Gefangenschaft gehalten wurde. Seine Truppen wurden entwaffnet, schlichen sich aber größtentheils über die polnische Grenze. Trotz dieses Unfalls erhob sich der polnische Adel in Volhynien, Podolien und der Ukräne, stellte sich an die Spitze seiner Bauern, wurde aber von den überlegenen russischen Streitkräften leicht überwältigt. Nicht besser gieng es im Norden, in Samogitien und in Lithauen. Dorthin war General Gielgud, einer der reichsten lithauischen Grundbesitzer, mit 12,000 Mann abgeschickt worden. Die Generale Chlapowski und Dembinski befehligten unter ihm. Ein rascher Stoß auf das schwachbesetzte Wilna konnte das ganze Land in ihre Hände bringen und dieses zu einer Vormauer für Polen machen. Aber Gielgud, mehr für seine Güter als für die große Sache besorgt, vergeudete die beste Zeit mit Nichtsthun, wurde vor Wilna, dessen Besatzung einstweilen verstärkt worden war, zurückgeschlagen und entschloß sich zuletzt, mit Chlapowski am 12. Juli bei Memel über die preußische Grenze zu gehen und die Waffen zu strecken. Im Augenblick des Uebergangs wurde er von einem aus den Reihen vorspringenden polnischen Officier unter dem Rufe: „Stirb, Verräther!“ erschossen. Heldenmüthiger handelte Dembinski. Die 4000 Mann, welche er von dem Hauptcorps getrennt hatte, führte er von den äußersten Grenzen Samogitiens durch das mit Russen überfüllte Lithauen unter fortwährenden Kämpfen glücklich bis nach Warschau, wo er am 3. August unter dem Jubel der Bevölkerung ankam.

Das Mißlingen aller Unternehmungen, der Verdacht, daß das Volk von der aristokratischen Partei verrathen sei, rief um diese Zeit die heftigsten und grausamsten Scenen in Warschau hervor. Alle Versuche, die auswärtigen Mächte, besonders Frankreich und England, für die polnische Sache zu interessiren, scheiterten. Polen blieb auf

sich selbst angewiesen. Die demokratische Partei wollte auch den Bauernstand für die Revolution begeistern und verlangte deßhalb vom Reichstag, daß er die Bauern gegen Ablösung zu Eigenthümern der von ihnen gepachteten Grundstücke machen solle. Die Aristokratie, in ihren finanziellen Verhältnissen bedroht, widersetzte sich diesem Antrag. So kam es endlich zu den Pöbelexcessen vom 15. August, wo die Gefängnisse, in welchen 30—40 Personen, wegen ihrer Verbindungen mit den Russen angeklagt, saßen, erbrochen und alle ohne Unterschied, schuldig und unschuldig, sogar Frauen ermordet wurden. Die Regierung, deren Mitglieder mit dem Tode bedroht waren, löste sich auf; Czartoryski entfloh verkleidet ins polnische Lager; der ränkesüchtige General Krukowiecki ließ sich durch den vom Pöbel eingeschüchterten Reichstag zum Regierungspräsidenten ernennen, um sein Vaterland an Rußland verrathen zu können und den Lohn dafür vom Kaiser sich bezahlen zu lassen.

Auch in der Heerführung waren Veränderungen eingetreten. Der unthätige Skrzynecki wurde am 10. August abgesetzt und Dembinski sein Nachfolger. Aber auch dieser mußte, weil er keine Siege herzaubern konnte, den Oberbefehl niederlegen, welcher nun von dem neuen Präsidenten dem unfähigen Malachowski übertragen wurde. Während hier die Kräfte der Nation durch die Uneinigkeit, Ungeschicklichkeit und Verrätherei der Führer nutzlos verschleudert wurden, war bei den Russen nach Diebitsch's Tode die Gewalt in eine kräftige Hand gelegt. Graf Paskewitsch Eriwanski, durch seine Kriegsleitung gegen Persien und in Kleinasien ausgezeichnet, hatte den Oberbefehl über die russischen Truppen übernommen. Er verlegte den Kriegsschauplatz an die untere Weichsel, gieng auf das linke Ufer über und rückte gegen Warschau vor. Statt sämtliche Streitkräfte zur Vertheidigung zusammenzuhalten und vor den Thoren der Hauptstadt seine letzte Karte auszuspielen, schickte Kruckowiecki einzelne Corps, angeblich um Lebensmittel zu holen, von Warschau weg, darunter 20,000 Mann unter dem genuesischen Abenteurer Ramorino. In der Stadt blieben noch 34,000, welche von Paskewitsch mit 70,000 Mann angegriffen wurden. Er stürmte am 6. und 7. September und büßte 20,000 Mann ein, da die Polen trotz schlechter Führung aufs tapferste fochten, drängte übrigens dieselben aus ihren beiden ersten Verschanzungslinien zurück. Zugleich trat er in Unterhandlungen mit Kruckowiecki, welcher die unbedingte Unterwerfung zusagte

und den Rückzug des polnischen Heeres nach Praga anordnete. Als aber der unterhandelnde General Berg wieder in die Stadt kam, um die letzte Entscheidung zu besprechen, fand er, daß Kruckowiecki von den entschlosseneren Mitgliedern des Reichstags abgesetzt und Niemojewski zum Präsidenten ernannt war. Ein Waffenstillstand von 48 Stunden wurde geschlossen, der Reichstag und die Armee verließen in dieser Zeit Warschau und Praga und wandten sich nach Modlin. Die Russen zogen am 8. September in Warschau ein, woraus sie am 30. November unter den ausschweifendsten Hoffnungen der Polen verdrängt worden waren.

Da übrigens die Russen bei der Erstürmung sehr große Verluste erlitten hatten und dieselben nicht so schnell ersetzen konnten, so dachten die Generale an die Fortsetzung des Krieges, ja an einen Angriff Warschaus, wo die Russen bei der erbitterten Bevölkerung einen schweren Stand hatten. Daher erhielt Ramorino Befehl, sich mit dem Hauptcorps in Modlin zu vereinigen, gehorchte aber nicht, zog gegen Galizien, überschritt mit 10,000 Mann am 16. September die östreichische Grenze und streckte die Waffen. Der tapfere General Rozycki mußte mit einer geringeren Abtheilung, von überlegener Macht zurückgedrängt, am 25. September nach Krakau flüchten. Auf diese Nachrichten hin nahm Paskewitsch eine andere Sprache an. Er hatte sich mit dem Hauptquartier von Modlin in Unterhandlungen eingelassen und sich den Anschein gegeben, als ob er allgemeine Amnestie und Beibehaltung der Konstitution von 1815 bewilligen könnte. Nun aber verlangte er unbedingte Unterwerfung. Davon war bei der Armee und den Reichstagsmitgliedern keine Rede. Officiere und Soldaten verlangten sogar, noch einmal gegen den Feind geführt zu werden, um in seinem Blute ihren Rachedurst zu befriedigen. Aber Rybinski, welcher in Modlin den alten Malachowski im Oberbefehl abgelöst hatte, wollte nicht ein nutzloses Blutvergießen herbeiführen, und so zog er am 5. Oktober mit dem Rest der Armee, 24,000 Mann mit 95 Kanonen, über die preußische Grenze und übergab die Waffen. Bald darauf ergaben sich auch die Festungen Modlin und Zamosc, und zum zweitenmal ertönte der Ruf: Finis Poloniae!

Kaiser Nikolaus war fest entschlossen, Polen als selbständigen Staat, als besondere Nationalität zu vernichten und es als russische Provinz in dem großen Ganzen aufgehen zu lassen. Die Konstitution von 1815 wurde aufgehoben, ein Staatsrath, dessen Mitglieder der

Kaiser ernannte, wurde errichtet, und Paskewitsch, zum Fürsten von Warschau erhoben, als Statthalter an die Spitze der Militär- und Civilgewalt gestellt. Die Polen bildeten kein selbständiges Heer mehr, sondern wurden in russische Regimenter gesteckt und in die entferntesten Gegenden, besonders nach dem Kaukasus geschickt. Das ganze Land wurde entwaffnet, dem Landmann selbst seine Sense genommen, Todesstrafe auf Verheimlichung der Waffen gesetzt. Die Reichstagsmitglieder, welche für die Absetzung des Hauses Romanow gestimmt hatten, wurden nach Sibirien geschickt, gegen die Generale eine Untersuchung angestellt, und der elende Krukowiecki in einer kleinen Stadt des inneren Rußlands internirt. Die meisten Kompromittirten waren ins Ausland gegangen, um in Frankreich, Italien England, in der Schweiz oder Amerika auf bessere Zeiten zu warten. Ihre Güter wurden eingezogen, was allein bei Czartoryski gegen 20 Millionen polnischer Gulden ausmachte.

Auch gegen die polnische Sprache und die Bildungsanstalten wurde ein Vernichtungskrieg geführt. Die Universitäten von Warschau und Wilna wurden auf einige Zeit aufgehoben, alle Schulen auf russischem Fuß eingerichtet, die Erlernung der russischen Sprache und Geschichte zu einem Hauptpensum gemacht und an die Spitze der höheren Lehranstalten russische Officiere gestellt. Der Ausbreitung der griechischen Religion über das katholische Polen wurde aller Vorschub geleistet und bei gemischten Ehen die Kinder in der griechischen Religion erzogen. Es herrschte ein Schreckenssystem, das an die schlimmste Willkürherrschaft eines türkischen Pascha erinnerte. An weiteren Revolutionen konnte es unter solchen Umständen nicht fehlen.

Die Stellung Rußlands in Europa war seit der Niederwerfung der polnischen Revolution eine andere als früher. Dies hatte namentlich Deutschland zu fühlen, von dessen Fürstenhäusern viele mit dem russischen Hof verschwägert waren. Selbst Oestreich und Preußen entwanden sich nur mit Mühe der eisernen Faust des neuen Vormünders. Den kleineren Staaten wurde dies weniger leicht; neben der Staatskanzlei zu Wien war nun auch das geheime Kabinet von Petersburg bereit, den Fürsten und Ministern „gute" Rathschläge zu geben. Man sah es der Reaktion, welche wieder über Deutschland und das übrige Europa hereinbrach, wohl an, welch mächtigen Rückhalt sie habe. Der Name „Nikolaus" bedeutete nicht bloß für

Polen, sondern auch für manchen anderen Staat Stagnation, Rückschritt, Grabesruhe.

Aber nicht bloß nach dem westlichen Europa richtete Rußland seine Blicke, sondern auch nach Asien. Wollte es gegen Centralasien vordringen und als Rivale Englands auftreten, so war ihm der Besitz des Kaukasus nothwendig, wo freiheitsliebende und kriegerische Völkerschaften, Tscherkessen, Tschetschenzen, Lesghier und andere wohnten. Auf den Friedensvertrag von Adrianopel vom Jahr 1829 trügerischerweise sich stützend, begann Rußland 1834, den dortigen Krieg ernstlicher zu führen, erlitt aber, besonders durch den unermüdlichen Schamyl, den Führer der Tschetschenzen, bedeutende Verluste, so 1845 unter Fürst Woronzow. Von allen Seiten eingeschlossen, mußte sich Schamyl 1859 an den General Bariatynski ergeben und, unter der edelmüthigen Behandlung Kaiser Alexanders II., seinen Aufenthalt in Kaluga nehmen. Erst 1864 wurde die gänzliche Unterwerfung der Kaukasusvölker beendigt. Das Vordringen Rußlands gegen Turan war anfangs nicht vom Glück begünstigt. Die Expedition des Generals Perowski mit 20,000 Mann und 10,000 Kamelen gieng in den Steppen zwischen dem kaspischen Meer und dem Aralsee im Schneegestöber des Winters 1840 zu Grunde. Doch wurde dieser Verlust durch die Erfolge der nächsten Jahrzehnte hinlänglich ersetzt.

§. 9.

Spanien und Portugal.

Kaum hatte König Ferdinand VII. am 29. September 1833 die Augen geschlossen, so rief die apostolische Partei im Norden Spaniens, besonders in Navarra und den baskischen Provinzen, Don Karlos, den Bruder des Königs, als König Karl V. aus. Um den Karlisten, welche sich für den Absolutismus und das Pfaffenthum schlugen, erfolgreichen Widerstand zu leisten, blieb der Regentin Marie Christine nichts übrig, als der liberalen Partei sich in die Arme zu werfen. So wurde der siebenjährige Kampf zwischen Karlisten und Christinos aus einem Thronstreit zu einem Bürgerkrieg und Principienstreit.

Die Karlisten hatten durch die Tüchtigkeit ihres Generals Zumalacarreguy, welchem die Christinos keinen ebenbürtigen Führer entgegenstellen konnten, anfangs die Oberhand im Feld. Von Portugal aus, wo der dahin verwiesene Karlos bei seinem lieben Neffen, Don Miguel, sich aufhielt, bedrohte jener die Grenzen Spaniens. Daher wandte sich Christine an England und Frankreich, und zwischen diesen Staaten und Spanien und Portugal wurde in London die Quadrupelallianz vom 22. April 1834 geschlossen, deren Zweck war, die konstitutionellen Throne Isabella's und Maria da Gloria's aufrecht zu erhalten und die beiden Prätendenten Karlos und Miguel zu vertreiben. Noch in jenem Jahre mußten beide Herren, die sich der Gunst der Ostmächte und des Papstes in hohem Grade zu erfreuen hatten, Portugal verlassen. Karlos begab sich im Juni auf einem englischen Schiffe nach England, entfloh aber im Juli wieder und erschien, nach einer abenteuerlichen Reise durch Frankreich, plötzlich in Navarra, den Muth der Seinigen durch die königliche Gegenwart belebend. Der Krieg wurde von beiden Seiten mit Leidenschaft und Grausamkeit geführt. Nach dem Tode Zumalacarreguy's, welcher bei der Belagerung von Bilbao am 14. Juni 1835 sein Leben verlor, schienen die Christinos, welche an Truppenzahl überlegen waren, im Vortheil zu sein. Aber gegen den rastlosen Cabrera, welcher eben die erste geistliche Weihe empfangen hatte und in das Lager des Prätendenten übergegangen war, konnten die Christinos wenig ausrichten. Er war der gewandteste Guerillaführer. Der Wendepunkt erfolgte erst mit der Uebertragung des Oberbefehls über die christinische Armee an Espartero. Dieser schlug 1836 die Karlisten in der mörderischen Schlacht bei Luchana, eilte, als Karlos 1837 bis in die Nähe von Madrid vordrang, der Hauptstadt zu Hilfe und zwang Karlos zum Rückzug.

Zu diesen Verlusten gesellte sich noch die Uneinigkeit im eigenen Lager. Der gänzlich unfähige, unselbständige Prätendent war das Werkzeug seiner Kamarilla, die bei der Uebertragung des Oberbefehls mehr auf Tüchtigkeit im Katechismus als in der Kriegskunst sah, die fähigsten Generale entsetzte und ihre Kreaturen anstellte. Sagte doch der neue Oberfeldherr Guergué geradezu zu Karlos: „Wir, die Dummköpfe, die Finsterlinge, haben noch Eure Majestät nach Madrid zu führen, und wer nicht in diese Klasse gehört, ist ein Verräther.“ Dieser apo=

stolische Held wurde 1838 einigemal von Espartero geschlagen, was allmählich die nördlichen Provinzen von ihrer Begeisterung abkühlte. Er wurde abgesetzt und der Oberbefehl dem schlauen Maroto übertragen, welcher, ein Feind der Kamarilla, sich gegen ihre fortwährenden Angriffe nur durch große Siege hätte halten können. Da es ihm nicht gelang, solche gegen den überlegenen Espartero zu erringen, so schloß er mit ihm am 31. August 1839 den Vertrag von Vergara, wonach er mit seinem Heere zu den Christinos übergieng und dafür Amnestie und die Bestätigung der baskischen und navarresischen Freiheiten auswirkte. Damit war die Sache des Don Karlos unrettbar verloren. Derselbe begab sich mit vielen der Seinigen im September nach Frankreich, mußte dort sechs Jahre unter polizeilicher Aufsicht in der Stadt Bourges zubringen und erhielt erst 1845, nachdem er seine Ansprüche an seinen ältesten Sohn, den Grafen von Montemolin, abgetreten hatte, die Erlaubniß zur Abreise, worauf er sich nach Italien begab. Am 10. März 1855 starb er in Triest. Seine Anhänger setzten in Katalonien noch eine Zeit lang den Kampf unter Cabrera fort. Aber auch sie wurden von Espartero überwältigt und mußten im Juli 1840, etwa 8000 Mann stark, nach Frankreich flüchten, wo sie überwacht wurden. Der Bürgerkrieg war nun zu Ende, aber der Streit dauerte fort. Espartero, zum Siegesherzog (Herzog von Vittoria) ernannt, war die bedeutendste und populärste Persönlichkeit in Spanien, mit welcher jedermann, selbst die Regentin, rechnen mußte.

Diese hatte inzwischen weder durch ihr Privatleben noch durch ihre politische Haltung die Liebe und Achtung der Spanier sich zu verschaffen gewußt. Ihre liberalen Anwandlungen giengen nicht tief und machten, sobald die augenblickliche Noth vorüber war, der entgegengesetzten Richtung Platz. Bei dem Zunehmen des karlistischen Aufstands hatte sie 1834 den früher verfolgten, als Dichter und Schriftsteller bekannten Martinez de la Rosa an die Spitze des Ministeriums gestellt und dem Lande eine Verfassung gegeben, die niemand befriedigte. Die Kortes kamen nach langer Pause wieder zusammen und schieden sich bald in die zwei feindlichen Parteien der Moderados und der Progressisten. Rasch wechselten die Ministerien: Toreno, Mendizabal, Isturiz lösten sich ab. Bei dem trostlosen Zustand der Finanzen und aus Opposition gegen die apostolisch-karlistische Partei verlangten die Progressisten Aufhebung der Mönchsorden und

Einziehung ihrer Güter, was auch theilweise ausgeführt wurde. In einzelnen Städten kam es zu blutigen Excessen; Klöster wurden zerstört, Mönche und Nonnen ermordet, Pfaffen und Jesuiten über die Grenze gejagt. Das beständige Schwanken, die häufigen Kortes-Auflösungen vermehrten die Unzufriedenheit; die Progressisten fürchteten 1836 eine Reaktion und wollten zuvorkommen. Aufstände in den größeren Städten wurden organisirt, die Konstitution von 1812 auf das Programm geschrieben. Die Regierung antwortete mit Verhängung des Belagerungszustandes über Madrid, mit Auflösung der Nationalgarde. Da brach der Aufstand in der Sommerresidenz La Granja aus, wohin sich Christine mit dem Hof zurückgezogen hatte. Gardesoldaten drangen in den Palast und zwangen sie zur Einführung der Konstitution von 1812. Eine konstituirende Versammlung berieth eine Revision derselben, und so entstand die neue Verfassung von 1837. Christine beschwor sie, hoffte aber durch Ueberwachung der Wahlen die Moderados in die Kortes und in das Ministerium zu bringen. Als ihr dies 1840 gelang, erließ sie ein Gemeindegesetz, wonach die Wahl der Gemeindebehörden in die Hände der Regierung gelegt wurde. Dies veranlaßte einen Aufstand in Madrid und anderen Städten, und als Christine dem eben als Sieger zurückkehrenden Espartero den Auftrag gab, den Aufstand in Madrid zu unterdrücken, weigerte er sich, sich zum Werkzeug einer unvolksthümlichen Politik herzugeben. Und doch war er der einzige Mann, welcher die überall drohende Revolution zurückhalten konnte. So mußte sie am 16. September 1840 Espartero zum Ministerpräsidenten ernennen. Er wählte lauter Progressisten in sein Ministerium, hielt am 29. September einen triumphirenden Einzug in Madrid und legte am 5. Oktober der Regentin in Valencia sein Programm vor, welches Zurücknahme des Gemeindegesetzes, Auflösung der Kortes und Verabschiedung der Kamarilla verlangte. Unter solchen Verhältnissen hatte für Christine die Regentschaft wenig Reiz mehr. Auch andere Gründe wirkten mit. Sie hatte bald nach dem Tode ihres Gemahls einem schönen Leibgardisten, Namens Munoz, ihre Gunst zugewandt, ihn zum Kammerherrn ernannt und sich heimlich mit ihm trauen lassen. Das Verhältniß äußerte sich bald in einem reichen Kindersegen, aber erst im Jahr 1844 fand die öffentliche Vermählung und die Erhebung Munoz' zum Herzog von Rianzares und zum Granden von Spanien statt. Durch diesen Lebenswandel hatte sie ihre Achtung als Weib verscherzt, und Angriffen jeder Art

bloßgestellt, zog sie es vor, das Land zu räumen. Sie dankte am 12. Oktober als Regentin ab und reiste nach Frankreich.

Die neugewählten Kortes ernannten am 8. Mai 1841 Espartero zum Regenten Spaniens und zum Vormund der Königin Isabella und ihrer Schwester, der Infantin Luise Fernanda. Auch zeigte er sich dieser hohen Stellung nicht unwürdig, suchte in allen Zweigen der Staatsverwaltung Ordnung herzustellen und auch gegenüber der Geistlichkeit und dem Papste seine Würde zu wahren. Aber in einem Lande, wo es noch heute Sitte ist, daß ein populärer Officier mit ein paar Regimentern unter einem beliebigen Programm der Regierung den Gehorsam aufkündigt, ist es, zumal für einen Emporkömmling, schwer, sich lange zu halten. Da er wußte, wie sehr Christine, von Louis Philipp unterstützt, durch ihren Einfluß und ihr Geld ihm entgegenarbeitete, so schloß er sich mehr an England an, woraus seine Neider und Nebenbuhler ihm den Vorwurf machten, daß er die spanischen Handelsinteressen an England verkaufe. Daß er 1842 das aufrührerische Barcelona durch ein Bombardement zur Ruhe brachte, wurde ihm als Tyrannei ausgelegt. Neue Aufstände erhoben sich 1843 im Süden; Oberst Prim eilte nach Katalonien und stellte sich an die Spitze der Soldaten, die von den Agenten Christine's durch reichliche Geldspenden gewonnen waren; der heftigste Feind Espartero's, der General Narvaez, landete in Valencia und zog mit den Truppen in Madrid ein. Espartero, gegen welchen sich Moderados und Progressisten verschworen hatten, sah sich verlassen und schiffte sich am 26. Juli 1843 in Cadiz nach England ein, von wo er erst 1848 wieder in sein Vaterland zurückkehren durfte.

Im November 1843 wurde die 13jährige Isabella für volljährig erklärt. Sie übernahm die Regierung, machte den zum Herzog von Valencia erhobenen Narvaez zum Ministerpräsidenten und rief ihre Mutter zurück. Damit war dem französischen Einfluß, dem Spiel der Intriguen, der Reaktion Thüre und Thor geöffnet. Die Konstitution von 1837 wurde 1845 zu Gunsten des Absolutismus abgeändert, die Preßfreiheit beschränkt, die Nationalgarde aufgehoben und die Kortes noch mehr als in Frankreich zu einer Scheinexistenz herabgedrückt. Um seinem Hause einen dauernden Einfluß in Spanien zu sichern und demselben Anwartschaft auf den spanischen Thron zu verschaffen, brachte es Louis Philipp im Einverständniß mit Christine dahin, daß am 16. Oktober 1846 Isabella sich mit ihrem Vetter

Franz von Assis, die Infantin Luise mit dem Herzog von Montpensier, dem jüngsten seiner Söhne, vermählte. (Anfangs hatte Louis Philipp den Plan, auch Isabella mit einem seiner Söhne, dem Herzog von Aumale, zu vermählen, gab ihn aber wegen der entschiedenen Protestation des Palmerston'schen Kabinets auf und wählte nun für Isabella in Franz von Assis diejenige Persönlichkeit aus, welche vermöge ihrer geistigen und körperlichen Schwäche seinem Sohne Montpensier am wenigsten im Wege stand.) Diese ganz im geheimen betriebene Heirat kostete Louis Philipp die Freundschaft des englischen Kabinets. Die lebenslustige, in den Fußstapfen ihrer Mutter wandelnde Isabella fand ihren Franz bald zum Sterben langweilig, dagegen den jungen, progressistischen General Serrano so schön und liebenswürdig, daß sie sich im Juli 1847 mit ihm und andern Officieren in La Granja vergnügte, während Franz auf dem Jagdschloß Pardo sich zum Einsiedlerleben gezwungen sah. Die Ehe war eine sehr unglückliche, die Legitimität der königlichen Kinder wurde stark bezweifelt, und Christine, den bösen Geist Spaniens, sah man bald fliehen, bald kommen. Kriegerische Lorbeeren erwarb sich die spanische Regierung im Winter 1860, wo General O'Donnell (Herzog von Tetuan) einen glücklichen Krieg mit Marokko führte.

Die politischen Verhältnisse Portugals nahmen einen ähnlichen Verlauf wie in Spanien. Auf die Nachricht von den Vorgängen in La Granja ertönte am 9. September 1836 in Lissabon der Ruf: „Es lebe die Konstitution von 1820!“ Die Königin Maria da Gloria mußte ein Ministerium von „Septembristen“ und eine konstituirende Versammlung berufen, welche 1838 die Verfassung in gemäßigtem Sinn umänderte. Vier Jahre darauf wurde diese wieder umgestoßen, die Charte Don Pedro's vom Jahr 1826 hervorgesucht, unter dem Herzog von Terceira und dem Grafen Thomar (Costa Cabral) ein strenges Regiment geführt, das ausgesogene Land durch Steuerdruck erbittert, und als ein neuer Aufstand das ganze Land ergriff, kam die Königin so in die Enge, daß sie 1847 die Intervention der drei Mächte, mit welchen sie die Quadrupelallianz geschlossen hatte, anrief und mit Hilfe einer englischen Flotte und eines spanischen Landheeres den Aufstand bewältigte. Mehrere Jahre verfloßen unter der Rivalität des Grafen Thomar und des Herzogs von Saldanha, welche sich nach ihren spanischen Vorbildern bekämpften und verdrängten. Als unter Saldanha's kräftiger Regierung nach und nach Ruhe in's

Land kam, starb die 35jährige Königin am 15. November 1853. Ihr Gemahl, Ferdinand von Koburg, führte die Regentschaft für seinen noch unmündigen Sohn, welcher am 17. September 1855 als Don Pedro V. den Thron von Portugal bestieg. Dieser starb schon 1861, worauf ihm sein Bruder Luiz, der jetzige König, folgte.

§. 10.

England.

Die nächste Frage, welche ganz Großbritannien und Irland beschäftigte, war die Parlamentsreform. Der neue Premierminister, Graf Grey, hielt sein Wort, ließ am 1. März 1831 durch Lord Russell die Reformbill vor das Unterhaus bringen und erklärte, mit ihr stehen und fallen zu wollen. Nach dieser Bill sollte den „verrotteten Flecken" ihr Wahlrecht genommen, dasselbe auf die bevölkerten Städte übertragen und die Wahlberechtigung an einen niedrigeren Census geknüpft werden. Von radikalen Vorschlägen war darin gar keine Rede, die ärmeren Klassen waren nach wie vor nicht wahlberechtigt, die Aristokratie behielt ein Uebergewicht, nur sollte der wohlhabende Mittelstand vom Unterhaus nicht mehr ausgeschlossen sein. Die Sitzungen des Unterhauses waren sehr stürmisch. Für den Antrag sprach der berühmte Geschichtschreiber Macaulay, der irische Agitator O'Connell, dagegen Robert Peel, der Sohn des Baumwollspinners, nebst Wellington eine Säule der Aristokratie. Die Bill gieng nicht durch, das Parlament wurde aufgelöst, die neuen Wahlen fielen überwiegend in reformistischem Sinne aus. Am 21. September 1831 wurde die Reformbill im Unterhause mit einer Mehrheit von 109 Stimmen angenommen. Am folgenden Tage kam sie vor das Oberhaus und hier wurde sie verworfen. Dies erregte eine ungeheure Aufregung in London und anderen Städten. Wellington, welcher sich entschieden gegen die Bill ausgesprochen hatte, entgieng kaum einer persönlichen Mißhandlung. Man sprach, wie zu den Zeiten Cromwells, von der Abschaffung des Oberhauses, sprach von dem Schicksal der Stuarts und Karls X. von Frankreich. Das vertagte Parlament kam im December wieder zusammen, das Unterhaus nahm die Reformbill wieder an, und das Oberhaus verwarf sie auch diesmal. Nun verlangte Graf Grey vom König die Ermächtigung, neue Pairs ernennen zu dürfen, um dadurch dem Ministerium die Mehrheit im

Oberhaus zu verschaffen. Aber der König, von der hohen Aristokratie, von den fremden Gesandten, von seiner Gemahlin, einer meiningischen Prinzessin, bestürmt, verweigerte das Ansinnen, nahm die auf dies hin angebotene Entlassung seiner Minister an und beauftragte den Herzog von Wellington mit der Bildung eines neuen Kabinets. Er konnte keine schlimmere Wahl treffen. Ein Ministerium Wellington bedeutete Revolution, bedeutete eine „große Woche" in England, bedeutete die Entladung eines furchtbaren Gewitters über die hochadeligen Häupter. Alle Geschäfte stockten, alles rüstete sich zum Kampf. In Birmingham kamen über 100,000 Menschen zusammen, welche schwuren, im Kampfe für ihr gutes Recht auszuharren, und nach London sagen ließen, daß sie auf den ersten Wink mit den Waffen herbeieilen würden. Tausende von Schotten erklärten sich bereit, über die Grenze zu ziehen. Das zürnende Irland wartete nur auf ein Zeichen. Von Wellington hieß es in den Versammlungen nie anders als: „An den Galgen mit ihm!" Ueber die Einmischung der Königin war man empört und sagte: „Weiberröcke taugen nicht für die Politik; sie solle über den Kanal zurückkehren." Solche offene Kundgebungen wirkten. Wellington zwar scheute auch vor einem Bürgerkrieg nicht zurück; aber die bedeutendsten Tories, an die er sich wegen Uebernahme eines Portefeuilles wandte, verweigerten die Uebernahme. Er mußte dem König seine Vollmacht zurückgeben, Graf Grey mußte aufs neue berufen werden, nahm aber das Ministerium bloß unter der Bedingung der Erlaubniß eines neuen Pairsschubs an. So weit wollten es die Tories, welche darin eine „Vernichtung der Unabhängigkeit des Oberhauses" sahen, nicht kommen lassen, die eifrigsten entzogen sich der Abstimmung, und so gieng die Reformbill am 4. Juni 1832 auch im Oberhaus durch und wurde vom König bestätigt. Dies war eine Niederlage der Aristokratie, auf welche noch andere folgen mußten, wenn der Bürger des 19. Jahrhunderts den Aufenthalt in England wohnlich finden sollte. Es war zu hoffen, daß auf dem gleichen Wege der Reform noch manche Bresche in den englischen Feudalismus geschossen werde.

Nicht die Masse des Volkes, sondern nur die Mittelklassen hatten von der Reformbill einen greifbaren Nutzen. Wie vorher diese, so glaubte nun auch jene berechtigt zu sein, politische Gleichstellung mit den oberen Ständen zu fordern. Die von den Reformern sich abzweigende Partei der Radikalen, welche der Parlamentsreform eine noch breitere

Unterlage geben wollte, schloß sich an das Volk, an die zahlreichen Arbeitervereine an, und diese neue social-politische Partei stellte in der „Volkscharte," woher ihre Mitglieder den Namen Chartisten bekamen, folgende fünf Artikel als ihre Forderung auf: allgemeines Stimmrecht, geheime Abstimmung, jährliche Parlamente, Abschaffung des Census als Maßstab für die Wahlen, Taggelder für die Unterhausmitglieder. O'Connell, Hume, Attwood, der irische Advokat O'Connor betrieben die Agitation in Volksversammlungen, in der Presse und im Unterhaus. In Manchester sprach sich eine Versammlung von angeblich 300,000 Menschen, in Bath ein Meeting von 4000 Frauen dafür aus. Ein Chartistenausschuß wurde gebildet und übergab 1839 die mit 1,285,000 Unterschriften versehene „Nationalpetition," die auf einem Lastwagen transportirt werden mußte, dem Unterhaus, und Attwood empfahl die „gewichtige" Petition um Gewährung der Volkscharte. Die Ablehnung des Antrags verursachte eine kaum zu beschwichtigende Aufregung unter den arbeitenden Klassen. Auf ihre numerische Ueberlegenheit vertrauend, versuchten die Chartisten nach der Februarrevolution von 1848 einen neuen Druck auf Regierung und Parlament, eine Petition von 5 Millionen ankündigend. Aber der ganze Mittelstand trat ihnen in so imposanter Entschlossenheit und Anzahl entgegen, daß O'Connors Bemühungen auch diesmal umsonst waren. Die Zeit des „vierten" Standes war noch nicht gekommen. Doch war der Einfluß der chartistischen Bewegung auf den Gang der parlamentarischen Thätigkeit nicht zu verkennen. Dies zeigte sich am meisten bei dem Verlangen nach Aufhebung der Korngesetze, welche, trotz des Widerstandes der als Grundeigenthümerin dabei interessirten Aristokratie, im Jahr 1846 von Robert Peel angekündigt und in beiden Häusern durchgesetzt wurde. Diesen Erfolg hatte die Nation hauptsächlich dem großen Verfechter des Freihandelssystems zu verdanken, Richard Cobden, welcher als Knabe die Schafe gehütet hatte und sich zum ersten Nationalökonomen Englands aufschwang.

Die nächste große Frage, welche dringend eine Lösung erheischte, war die irische. Trotz der Emancipationsbill von 1829, welche den Katholiken den Eintritt in das Unterhaus möglich machte, dauerten noch die schreiendsten Ungerechtigkeiten gegen die Irländer fort. Noch war das reiche katholische Kirchengut im Besitz der protestantischen Kirche, noch mußten die 6 Millionen katholischer Irländer den anglikanischen Geistlichen den Zehnten geben und die Stolgebühren bezahlen, wäh-

rend die Geistlichkeit und das Schulwesen der Katholiken, durch Privatbeisteuer unterhalten, ein kümmerliches Dasein fristete; noch waren alle Geschworenengerichte nur aus Protestanten zusammengesetzt. Die erste Forderung der Irländer war die Abschaffung des gehässigen Zehnten. O'Connell, um das Uebel an seiner Wurzel zu fassen, begeisterte seine Landsleute für Repeal, für Widerruf der legislativen Union Irlands und Englands, für Einsetzung eines abgesonderten irischen Parlaments. Das Wort Repeal war in wenigen Monaten das Losungswort aller Irländer, über das ganze Land ein Netz von Repeal-Vereinen ausgebreitet; aber wenngleich O'Connell über seine Landsleute wie ein Feldherr gebieten konnte und in den Riesenversammlungen (Monster-meetings) Hunderttausende sein Wort wie ein Evangelium aufnahmen, so war er doch schlau genug, die Grenzen der Gesetzlichkeit nicht zu überschreiten. Doch wuchs ihm die heraufbeschworene Bewegung nach und nach über den Kopf. Der Zehnte wurde vielfach nicht mehr entrichtet, den Auspfändungen Widerstand geleistet, mit Mord und Brand an den verhaßten „Sachsen" Rache genommen.

Auch hier brauchte es, um das englische „Polen" aus einem künstlichen zu einem natürlichen und gesunden Glied des Staatskörpers zu machen, durchgreifender Reformen auf kirchlichem und politischem Gebiete. Aber an dem Unverstand der anglikanischen Geistlichkeit, die wie in den Stuartischen Zeiten über Papismus schrie, und an der Böswilligkeit der Tories, welche ihre Machtsphäre und ihre Geldsäcke bedroht sahen, scheiterte jede liberale Maßregel. Nur tropfenweise konnten dem Parlament die Linderungsmittel der irischen Noth ausgepreßt werden. Die irische Zehntbill, welche immer und immer wieder von den whigistischen Ministerien vorgelegt wurde, gieng im Jahr 1838 nur verstümmelt aus den Parlamentsdebatten hervor. Was den Irländern an Zehnten erlassen war, wurde auf die Grundeigenthümer gewälzt, welche sich durch Erhöhung des Pachtgelds wieder schadlos hielten. Und wenn Lord Russell die Ueberschüsse des irischen Kircheneinkommens zur allgemeinen Verbesserung des Erziehungswesens in Irland, also hauptsächlich für Schulzwecke verwenden wollte, so schrien die Hochkirchlichen über Profanation, und der Antrag fiel durch. Kein Wunder, daß der Ruf nach Repeal auf der grünen Insel nie erlosch, auch nicht nach dem 1847 erfolgten Tod des großen Agitators, und daß die Hungersnoth von 1846 und die französische Revolution von 1848 den Brand aufs neue anfachte, wor-

auf die Regierung die irischen Mißstände, anstatt sie zu heilen, durch Militär zu überwältigen unternahm. Der neue Agitator O'Brien wurde als Hochverräther nach Australien deportirt, später begnadigt und durfte 1864 in der Heimat sterben. Die Verschwörung der „Fenier", welche von irisch-amerikanischen Revolutionsmännern ausgieng und in den sechziger Jahren, theils in Irland, theils in Canada, Englands Herrschaft zu bekämpfen suchte, hatte gleichfalls die Losreißung Irlands von England zum Zweck, aber durchaus keinen Erfolg. Rühmend zu erwähnen ist die 1833 unter dem Ministerium Grey eingebrachte Sklaven-Emancipationsbill, wonach die Sklaven in den westindischen Kolonien nach kurzer „Lehrzeit" zu freien Menschen herangebildet und den Eigenthümern derselben eine Entschädigung von 20 Millionen Pfund bewilligt wurde. Auch war es ein ungeheurer Fortschritt, daß die Juden, welche seit 1828 zu den Gemeindeämtern zugelassen wurden, 1857 auch Eintritt in das Unterhaus erhielten, eine Neuerung, welche wohl dem Respekt vor der Geldmacht zuzuschreiben ist. Baron Nathan von Rothschild war der erste Jude, welcher die heiligen Hallen von Westminster betreten durfte.

An der Schroffheit der englisch-irischen Gegensätze hatte der Bund der Oranienmänner viele Schuld. Zur Zeit Wilhelms von Oranien zur Aufrechthaltung der englischen Gesetze und des Protestantismus gegründet, trat er in neuerer Zeit, seitdem die irische Fage wieder auftauchte, wieder hervor. Alle Tories traten ihm bei, es wurden Logen, wie bei den Freimaurern, errichtet, die Mitgliederzahl stieg auf 300,000 und erstreckte sich auch auf die Armee. Das Ideal dieser Partei und das Haupt des Bundes war des Königs Bruder, der Herzog von Cumberland, welcher bald darauf als König von Hannover durch den Verfassungsstreit eine traurige Berühmtheit erlangte. Die Plane des mächtigen Bundes erstreckten sich zuletzt nicht mehr bloß darauf, in Irland das protestantische Uebergewicht zu erhalten, sondern auch auf eine Stärkung und Erhaltung der toristischen Herrschaft in England. Mit Schaudern dachten die Tories an den Tod des kinderlosen und kränklichen Königs Wilhelm IV., welchem nach englischem Gesetze seine Nichte Viktoria, die Tochter seines ältesten Bruders, des verstorbenen Herzogs von Kent, auf dem Throne folgen sollte. Da diese in Whiggrundsätzen auferzogen und als Nichte des Königs Leopold von Belgien mit liberalen Ideen vertraut war, so durften die Tories auf eine Verminderung ihres Einflusses rechnen,

während der Herzog von Cumberland ganz der Mann gewesen wäre, als König die extremsten Grundsätze ihrer Partei mit der Starrköpfigkeit eines Karls X. und dem Leichtsinn Polignac's durchzuführen oder wenigstens es zu versuchen. Man schreibt ihnen daher den Plan zu, das Thronfolgegesetz umzustoßen und den Herzog auf den Thron zu setzen. Der radikale Hume brachte die Sache vor das Parlament und beantragte die Aufhebung der sogenannten Orangelogen. Die Gerüchte von den Umtrieben des Bundes erregten solches Aufsehen und so böses Blut, daß der Herzog von Cumberland sich genöthigt sah, seiner Partei die Auflösung des Bundes 1836 selbst zu empfehlen. König Wilhelm starb am 20. Juni 1837, Viktoria bestieg den Thron, und die kontinentalen Prinzen begannen über den Kanal hinüber nach dem St. James-Palast eine fromme Wallfahrt, um sich das kranke Herz von der wunderthätigen Jungfrau heilen zu lassen. Prinz Albert von Sachsen-Koburg, Neffe des belgischen Königs, durch edle Männlichkeit und feine Bildung ausgezeichnet, war der Auserwählte, mit welchem sich Viktoria 1840 vermählte und eine sehr glückliche Ehe führte. Der Prinzgemahl, welcher unter den auf seinen natürlichen Einfluß eifersüchtigen Engländern eine schwierige Stellung hatte, aber durch seine Einsicht und seinen Takt sich die allgemeine Achtung zu erwerben wußte, starb am 14. December 1861, von der Königin ihr ganzes Leben hindurch betrauert.

Unter der Regierung der Königin Viktoria dehnten sich die Herrschaft und die Handelsverbindungen der Engländer in Asien bedeutend aus. Schon 1824 hatten sie angefangen, sich in Hinterindien festzusetzen, im Krieg mit den Birmanen die Landschaften Arakan und Assam und 1852 Pegu samt dem Küstenstrich weggenommen. Das Vordringen Rußlands verwickelte sie in einen Krieg mit den Afghanen, unter denen sie 1839 einen befreundeten Fürsten einsetzten. Aber von Rußland aufgehetzt, erhoben sich die Afghanen 1841, das englische Heer wurde zum Rückzug genöthigt, und fast ganz aufgerieben. Die Engländer nahmen zwar im Feldzug von 1842 Rache, verwüsteten das Land, zerstörten die Städte Kandahar und Kabul, räumten aber wieder das entlegene Gebiet. Dagegen unterwarfen sie sich 1843 Sindh, das Mündungsland des Indus, und nach einem mehrjährigen Kriege, 1844—1849, das Land der Sikhs, Pendschab mit der Stadt Lahore, wo sie ungeheure Schätze erbeuteten, darunter den größten Diamant Kohinor (Lichtberg). Ein Streit wegen des

Opiumhandels, welchen die Chinesen verboten, brachte die Engländer 1840 in einen Krieg mit China, in welchem sie Kanton eroberten, Nanking bedrohten und dadurch die Chinesen 1842 zum Frieden von Nanking zwangen. Durch diesen wurde den Engländern die Insel Hongkong abgetreten, fünf chinesische Häfen dem Handel eröffnet, und der Handel mit dem entnervenden Opium mußte fortbestehen. Während in China durch den Aufstand der Taiping ein vernichtender Krieg im Innern sich erhob, gab das rücksichtslose Auftreten des Gouverneurs von Kanton, Yeh, Veranlassung zu einem Angriff der Engländer und Franzosen auf diese Stadt, welche 1857 erobert wurde. Das Einlaufen der verbündeten Flotte in den Peihofluß erzwang 1858 den Frieden von Tientsin, und als dieser nicht eingehalten wurde, gieng 1860 eine neue englisch-französische Expedition ab. Die Peiho-Forts wurden erobert, die Chinesen im offenen Feld geschlagen, der kaiserliche Sommerpalast von den Franzosen ausgeplündert, die Hauptstadt Peking mit einem Bombardement bedroht und dadurch ein neuer Friede hergestellt, wodurch neue Häfen dem Handel eröffnet wurden und das früher so abgeschlossene „himmlische Reich der Mitte" in einen lebendigen Verkehr mit den europäischen Staaten kam. Auch die in gleicher Absonderung lebenden Japanesen eröffneten 1854 den Engländern und darauf anderen Nationen einige Häfen, wozu 1851 die entschiedene Erklärung des nordamerikanischen Präsidenten, „daß keine Nation das Recht habe, sich gegen jeden Handelsverkehr mit anderen Nationen abzuschließen," den Anstoß gab.

§. 11.

Die Türkei und Aegypten.

Bei keiner der europäischen Fragen war England so interessirt wie bei der orientalischen, welche durch das kecke Zugreifen eines türkischen Vasallen in eine neue Phase trat. Der Friede von Adrianopel (1829) hatte das Ansehen der Pforte tief herabgedrückt, die Aufstände mehrten sich, in Bosnien und Albanien mußten türkische Heere einmarschiren. In diesen und allen andern Händeln, wodurch der Pforte Verlegenheiten erwuchsen, hatte der herrschsüchtige Mehemed Ali, Pascha von Aegypten, seine Hand. Er hatte als Lohn für seine Dienste gegen die Griechen das Paschalik von Damaskus verlangt. Sultan Mahmud II. hatte ihm dies abgeschlagen und nur das versprochene Kreta (Kandia) gegeben. Daher suchte sich Mehemed Ali,

während die Westmächte mit den Folgen der Julirevolution beschäftigt waren und ganz Europa einem neuen Umsturz entgegenzugehen schien, seine Beute selbst zu holen. In Folge eines von jenem angefangenen Streites mit Abdallah, dem Pascha von Akre, überschritt der durch seine barbarische Kriegführung im Peloponnes berüchtigte Ibrahim Pascha am 20. Oktober 1831 mit einem auf europäischem Fuße eingerichteten Heere die ägyptische Grenze, nahm ohne Widerstand Gaza, Jaffa, Jerusalem und belagerte das von Abdallah entschlossen vertheidigte Akre. Nun verlangte Mehemed Ali vom Sultan, welcher ihm befahl, Syrien zu räumen, die beiden Paschaliks von Damaskus und von Akre, erhielt natürlich eine abschlägige Antwort und wurde samt seinem Sohne Ibrahim in die Acht erklärt. Aber der letztere machte in seinen Operationen weiter, nahm Akre am 25. Mai 1832 mit Sturm und zog in Damaskus ein. Inzwischen war ein türkisches Heer unter Hussein Pascha in Syrien eingerückt. Zuerst wurde der Unterfeldherr Mehemed Pascha am 9. Juli bei Homs, dann Hussein selbst, der den Schlag wieder gut machen wollte, am 27. Juli bei Beylan von Ibrahim geschlagen, das Heer zersprengt. Auf dies hin schickte der Sultan den Großvezier Reschid Pascha, welcher bei Bezwingung der Bosnier und Albanesen sich sehr tüchtig gezeigt hatte, mit einem neuen Heere gegen Ibrahim. Aber auch Reschid, welcher mit der Eifersucht des Seraskiers Chosrew Pascha zu kämpfen hatte und nicht genug Truppen erhielt, wurde am 20. December bei Konieh gänzlich geschlagen und gerieth selbst in Gefangenschaft. Der Sultan war in einer bedenklichen Lage. Er konnte im Augenblick kein bedeutendes Heer mehr aufbringen. Ibrahim dagegen hatte 100,000 Mann tüchtig geschulter Truppen. Der Weg nach Konstantinopel stand ihm offen. Die kühnsten Wünsche seines Vaters, die sich wohl auf die Besitznahme des Kaiserthrones erstreckten, waren der Erfüllung nahe.

Rußland hatte viele Gründe, dies nicht zu wünschen, wollte aber die Noth des Sultans für sein eigenes Interesse ausbeuten. Es trug ihm seine Hilfe an, und verlassen wie er war, mußte er das Danaergeschenk annehmen. Es war schon alles in Bereitschaft. Eine russische Flotte erschien im Bosporus, landete Truppen bei Skutari, und von der Donau her war ein russisches Heer im Anmarsch, um Konstantinopel zu decken. Was Peter der Große und Katharina II. als russische Politik festgestellt hatten, das griechische Kreuz auf der Sophienkirche in Konstanti-

nopel aufzupflanzen, schien sich hier in den Formen der uneigennützigsten Freundschaft und des großmüthigsten Wohlwollens in Scene zu setzen.

Jetzt erst merkten England und Frankreich, wie gefährlich es sei, über dem Studium der belgisch-holländischen Frage den Orient zu vergessen. Ihre Gesandten hatten vollauf zu thun, durch einen raschen Frieden die Hilfe Rußlands unnöthig zu machen. Da ihre Drohungen auf den siegreichen Mehemed Ali keinen Eindruck machten, so erfüllten sie den Sultan mit Mißtrauen gegen Rußland, stellten eine Gebietsabtretung an den Vasallen als das kleinere Uebel dar und bewogen ihn so zum Frieden von Kutajah (6. Mai 1833), wodurch Mehemed Ali ganz Syrien und das Gebiet von Adana (im Südosten Kleinasiens) erhielt. Rußland mußte unverrichteter Sache wieder abziehen, kam aber, kaum zur Vorderthüre hinausgewiesen, zur Hinterthüre wieder herein. Es machte den Sultan aufmerksam darauf, wie sehr England und Frankreich den unersättlichen Pascha von Aegypten beim Friedensschluß begünstigt habe, und schloß mit jenem am 8. Juli 1833 den Vertrag von Unkiar-Skelessi, worin er ein Defensivbündniß auf acht Jahre mit Rußland eingieng und sich verbindlich machte, keinem fremden Kriegsschiff die Durchfahrt durch die Dardanellen zu erlauben.

Die Westmächte nahmen diese Ueberlistung sehr übel auf und hatten seitdem ein scharfes Auge auf Konstantinopel. Der Engländer David Urqhuart unterzog in mehreren Schriften, besonders in dem 1835 begonnenen „Portfolio" die russische Politik einer schonungslosen Kritik und hielt dadurch die Wachsamkeit seiner Regierung rege. Dieser wurde Mehemed Ali nachgerade unbequem. Zwar zahlte er nach wie vor seinen Tribut an die Pforte, wühlte aber alles gegen sie auf und wußte sich gegenüber dem ketzerischen Reformer Mahmud als den Beschützer des Islams hinzustellen. Die Westküste Arabiens bis zu der den Engländern gehörigen Stadt Aden war seit 1839 in seinem Besitz. Nun wollte er auch die Ostküste beherrschen, den Sultan von Maskat unterwerfen, nahm die Bahrain-Inseln und bedrohte die wichtige Handelsstadt Basra. Gieng dies so fort, so waren die zwei wichtigsten Straßen nach Ostindien, die über Suez und die über den persischen Meerbusen, in der Gewalt Mehemed Ali's. Und wie trefflich verstand er, durch sein drückendes Monopolsystem solche Handelsvortheile auszubeuten und durch hohe Eingangs- und Ausgangszölle den Handel fremder Nationen zu erschweren! War Aegypten, Syrien und Arabien in seiner Hand, so erlitt die

Stellung Englands im Orient einen empfindlichen Stoß. Damit war England vorgezeichnet, welche Partei es zu ergreifen habe. Es schloß 1838 einen Handelsvertrag mit der Pforte, worin ihm die Aufhebung aller Monopole und die freie Ausfuhr aus allen Theilen des türkischen Reiches, also auch aus Aegypten und Syrien, zugesichert wurde. Mehemed Ali zögerte mit der Annahme dieses Vertrags, und Mahmud, voll Haß gegen einen Vasallen, der ihn zu verschlingen drohte, erklärte ihn für einen Hochverräther, entsetzte ihn aller seiner Würden und ließ ein Heer unter Hafiz Pascha in Syrien einrücken. Aber auch diesmal war das Glück den Türken nicht hold. In ihrem Lager befand sich als militärischer Rathgeber des Oberfeldherrn der preußische Hauptmann Hellmuth v. Moltke. Derselbe unterstützte seit 2 Jahren den Sultan in Entwerfung und Ausführung militärischer Reformplane. Die Schwäche und Unzuverläßigkeit des türkischen Heeres erkennend, rieth er Hafiz Pascha, sich in das feste Lager bei Biradschik zurückzuziehen, dort die im Anzug befindlichen Verstärkungen an sich zu ziehen und dann erst eine Schlacht zu wagen. Aber der Pascha hörte nicht auf Moltke's Rath, erklärte den Rückzug für eine Schande und wurde am 24. Juni 1839 bei Nisib am Euphrat vollständig geschlagen, sein Heer in die Flucht gejagt. Zum zweitenmal stand Ibrahim die Straße nach Konstantinopel offen. Und Schlag auf Schlag kamen neue Unglücksfälle. Am 30. Juni starb Sultan Mahmud, und das Reich stand nun unter einem 16jährigen Menschen, seinem Sohne Abdul Medschid. Fünf Tage nachher segelte der Kapudan Pascha mit der türkischen Flotte von den Dardanellen ab, mit dem Befehl, die ägyptische anzugreifen; statt dessen gieng er, wie man sagt, in Folge französischer Bestechung, mit seiner ganzen Bemannung zu Mehemed Ali über. Das Glück schien sein ganzes Füllhorn über den Aegyptier auszuschütten. Aber er vergaß den Ring des Polykrates, war taub gegen alle Vermittlungsvorschläge der Pforte und verlangte vorderhand nicht mehr und nicht weniger als die Erblichkeit in allen seinen Besitzungen, in Aegypten, Syrien und Kreta.

Um zu verhüten, daß die Türkei sich zum zweitenmal Rußland in die Arme werfe, erklärten die vier Großmächte in einer Kollektivnote vom 27. Juli 1839, daß sie die Entscheidung der orientalischen Frage selbst in die Hand nehmen wollten. Rußland mußte, um sich nicht ganz bei Seite geschoben zu sehen, seine Zustimmung geben und als fünfte Macht dem Vertrag beitreten. Aber über die Mittel, wie

die Frage gelöst werden sollte, gab es sehr verschiedene Ansichten. Frankreich, das nach der Herrschaft über das Mittelmeer strebte und seit Napoleons Feldzug sein Auge auf Aegypten richtete, wünschte den franzosenfreundlichen Mehemed Ali in seiner vollen Macht zu belassen; England sah sein Interesse durch den Pascha beeinträchtigt, hatte an Frankreichs Niederlassung in Algier gerade genug und fürchtete durch eine zu große Schwächung der Türkei diese vollends zu einer wehrlosen Beute Rußlands zu machen. Dieses selbst wollte den gewaltthätigen Pascha um keinen Preis die Erbschaft der Türkei, wenn auch nur eines Theils, antreten lassen und hatte seine Freude daran, das kordiale Verhältniß zwischen Frankreich und England gelöst zu sehen; Oestreich und Preußen traten ihm bei, und so stand Frankreich isolirt da. Dies fand seinen officiellen Ausdruck in dem Quadrupelvertrag vom 15. Juli 1840, welchen die Großmächte, mit Ausnahme Frankreichs, zu London abschloßen. Darin war Mehemed Ali die Erblichkeit des Paschaliks von Aegypten und der lebenslängliche Besitz von einem Theile Syriens zugesichert, falls er sich innerhalb zehn Tage den Beschlüssen der Konferenz unterwerfe. Ohne sich um das tolle Geschrei in Frankreich, um die Kriegsrüstungen des Ministers Thiers, um den Ruf nach der Rheingrenze sehr zu kümmern, da Louis Philipps Abneigung gegen einen Krieg zu bekannt war, begannen die alliirten Mächte die Feindseligkeiten gegen Mehemed Ali, der seine Unterwerfung im Vertrauen auf Frankreich verweigert hatte. Die englisch-östreichische Flotte segelte nach der syrischen Küste ab, Beirut und Akre wurden genommen, Alexandria von dem englischen Commodore Napier bombardirt. Nun erkannte Mehemed Ali, vollends nach dem Sturze des Ministeriums Thiers, seine Täuschung und mußte froh sein, gegen die Räumung von ganz Syrien, Arabien und Kreta und gegen die Zurückgabe der türkischen Flotte das erbliche Paschalik von Aegypten gegen Zahlung eines jährlichen Tributs behalten zu dürfen, eine Vergünstigung, welche er England zu verdanken hatte, das ihn dadurch zum Freunde machen und die Straße von Suez sich sichern wollte. Die Katastrophe des „kranken Mannes" war nun wieder auf ein paar Jahre hinausgeschoben. Frankreich trat später den Beschlüssen der Quadrupelallianz gleichfalls bei.

§. 12.

Deutschland, Oestreich, Preußen.

Der Fall Warschaus und die Durchzüge der flüchtigen Polen hatten, wie bei dem Griechenaufstande, die Sympathien für ein unglückliches Volk geweckt und die Unzufriedenheit mit den eigenen Zuständen genährt. Dieselbe wurde noch dadurch gesteigert, daß damals die von Rußland aufgestachelte Reaktion um so kecker hervortrat. Zwei Ereignisse sind es hauptsächlich, in welchen sich die politische Aufregung entlud: das Hambacher Fest vom 24. Mai 1832 und das Frankfurter Attentat vom 3. April 1833. Aus allen Gegenden Deutschlands strömten von Neustadt (in Rheinbaiern) gegen 30,000 Menschen nach der Hambacher Schloßruine, mit schwarz-roth-goldenen Farben geschmückt, die Frauen mit Gürteln dieser Farben. Das ideale und unpraktische Wesen der deutschen Volkstribunen kam hier wieder recht zum Wort. Die Redner, wie Dr. Wirth, Redakteur der deutschen Tribüne, und Dr. Siebenpfeifer, Redakteur des Westboten, verlangten nichts weiter als die Republikanisirung des geeinigten Deutschlands, ja eine „Konföderation des republikanischen Europa", und das Publikum rief: „Nieder mit den Fürsten! Waffen! Waffen!" Wie wenig solchen Worten die Mittel und die Thaten dieser Partei entsprachen, sah man daraus, daß es dem bairischen Feldmarschall Fürst Wrede mit wenigen Truppen gelang, ganz Rheinbaiern ohne Widerstand zu unterwerfen. Noch toller gieng es in Frankfurt her. Gegen 70 Verschworene, darunter der württembergische Oberlieutenant Koseriz, welche sich und andern vorgeschwatzt hatten, daß in Süddeutschland Tausende von Soldaten zum Losschlagen bereit seien, daß in Lyon, in Italien und Polen zu gleicher Zeit die Flammen des Aufstandes emporlodern, zogen unter Anführung des Dr. Gürth und des schon von den Göttinger Unruhen (1831) her bekannten Dr. Rauschenplatt gegen die Hauptwache und Konstablerwache, warfen die Frankfurter Soldaten über den Haufen, wurden aber, als diese Verstärkung holten, selbst zurückgeschlagen, und nach kurzem Straßenkampf, da das Volk ihren Aufforderungen keine Folge leistete, theils zersprengt, theils gefangen. Sie hatten geglaubt, daß eine Ueberrumpelung Frankfurts, eine Sprengung der Bundesversammlung das ganze südwestliche Deutschland in den Strom der Revolution werfen werde.

Konnte man den reaktionären Gelüsten der deutschen Regierungen

einen größeren Dienst erweisen als mit solch gespreizter Ohnmacht? Auf das Hambacher Fest hin schrieb Metternich: „Wenn es gut benützt wird, kann es ein Fest der Guten werden; die Schlechten haben sich mindestens sehr übereilt.“ Von dem Frankfurter Attentat war man in der Bundesversammlung zum voraus vollständig unterrichtet ließ es aber absichtlich, wenn auch ein paar Soldaten darüber zu Grunde giengen, mit dem ganzen Apparat eines Liebhabertheaters sich in Scene setzen, um nicht, wie Metternich schrieb, „eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit zu verlieren, auf den eigentlichen Grund des Uebels, welches seit Jahren feindselig auf den Fürsten wie auf den Völkern lastete, zu kommen“. Metternich und der Bundestag waren wieder so rührig wie nach der Ermordung Kotzebue's. Die Karlsbader Beschlüsse von 1819 erschienen in „neuer, durchgesehener und vermehrter Auflage“. Die Bundestagsbeschlüsse vom 28. Juni und 5. Juli 1832 und die Bestimmungen der Wiener Ministerkonferenz von 1834, welcher 1833 Besprechungen der Minister von Oestreich, Preußen und Rußland in Teplitz und eine Zusammenkunft der Monarchen dieser drei Länder in Münchengrätz vorangegangen waren, griffen in die Rechte der Ständeversammlungen auf's schneidendste ein. Es wurde ihnen das Recht abgesprochen, die Steuern zu verweigern, die Bundesbeschlüsse zu verwerfen, die Censur sogar auf die Veröffentlichung der ständischen Verhandlungen ausgedehnt und zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Regierungen und Ständen ein nur aus Bevollmächtigten der Regierungen bestehendes Schiedsgericht eingesetzt, dessen Unparteilichkeit wenige Jahre darauf bei dem hannöverischen Streit sich erproben konnte. Die Universitäten sollten wieder auf's strengste überwacht, alles Verbindungswesen verboten werden.

Wie in Mainz 1819, so wurde nun in Frankfurt eine Central-Untersuchungskommission gegen demagogische Umtriebe eingesetzt, und die souveräne Republik Frankfurt mußte eine östreichisch-preußische Besatzung sich gefallen lassen. In allen Bundesstaaten gieng eine wahre Hetzjagd gegen Demagogen los; ungefähr 1800 Personen, zum Theil die geachtetsten Männer, wurden ins Gefängniß geworfen, viele derselben geistig und körperlich aufs grausamste mißhandelt, im Darmstädtischen der Pfarrer Weidig durch die brutale Behandlung seines Untersuchungsrichters Georgi zum Selbstmord, zwei der Aprilgefangenen in Frankfurt zum Wahnsinn und ins Irrenhaus getrieben.

Manche der Geächteten waren entflohen und warteten in der Schweiz oder in Paris auf bessere Tage, oder suchten in Amerika sich eine neue Existenz zu gründen. Einige Ständeversammlungen versuchten den Bundesbeschlüssen zu opponiren, am meisten die badische. Aber gerade Baden, wo seit 1830 der bürgerfreundliche Großherzog Leopold auf dem Throne saß, wo unbeschränkte Preßfreiheit herrschte, wo der Abgeordnete Welcker schon damals auf ein deutsches Parlament antrug, wurde aufs schärfste gemaßregelt. In Folge eines speciellen Bundesbeschlusses mußte das freisinnige Preßgesetz aufgehoben und die Censur wieder eingeführt werden. Die Professoren Rotteck und Welcker wurden ihrer Lehrämter an der Universität Freiburg entsetzt und diese auf einige Zeit geschlossen. Selbst Fürsten, denen das liberale Deutschland früher den deutschen Kaiserthron zugedacht hatte, Wilhelm von Württemberg und Ludwig von Baiern, ließen sich von der Reaktion fortreißen, und der letztere, welcher sich immer mehr den ultramontanen Einflüssen hingab, befahl sogar, die Zeiten Geßler's und Tell's heraufbeschwörend, daß politische Gefangene vor seinem Bildniß Abbitte thun sollten.

Kaum sah es auf der Oberfläche von Deutschland etwas ruhiger aus, so regte ein englischer Ultratory die Leidenschaften aufs neue auf. Durch den Tod des englischen Königs Wihelm IV. war die Personalunion zwischen Hannover und England, welche seit 1714 bestanden hatte, gelöst. Denn in Hannover galt das salische Gesetz, also die Ausschließung der weiblichen Nachfolge. Während nun durch den Todesfall vom 20. Juni 1837 in England die Prinzessin Viktoria Königin wurde, erhielt ihr Oheim Ernst August, Herzog von Cumberland, den hannöverischen Thron. Dieser schien es darauf abgesehen zu haben, die Unpopularität, ja den Haß, welchen er sich in England zugezogen hatte, auch in Hannover zu verdienen. Am 28. Juni hielt er seinen Einzug in der Residenzstadt, und am 3. Juli erklärte er, daß er die Verfassung von 1833, welche ohne seine Zustimmung zu Stande gekommen sei und ihm für das Wohl seiner Unterthanen nicht zweckmäßig erscheine, nicht anerkenne. Und doch war sie ein zwischen Krone und Ständen vereinbartes Staatsgrundgesetz, also einseitig so wenig wie irgend ein anderes Gesetz aufzuheben. Uebrigens wurde, hauptsächlich von Dahlmann auf ministerielle Angaben hin, sogar behauptet, daß sämtliche Agnaten, also auch Ernst August, das Hausgesetz und ebendamit die Verfassung, auf welcher jenes

basirt war, gutgeheißen hätten. Ein Patent vom 1. November erklärte förmlich die Verfassung für aufgehoben, und dafür wurde die alte ständische Verfassung von 1819 aus dem Staub hervorgesucht und sollte, ein wenig modernisirt, für die Hannoveraner hergerichtet werden. Der wahre Grund dieses Staatsstreichs lag in der Ueberschuldung des englischen Prinzen. Denn nach der Verfassung von 1833 waren die Domänen für Staatsgut erklärt und dem Könige eine Civilliste angewiesen. Aber gerade die reichen Einkünfte dieser Domänen, die er auch sogleich an sich zog, konnte Ernst August zur Beschwichtigung seiner englischen Gläubiger so gut brauchen. Und da dies in der Ständeversammlung voraussichtlich nicht durchzusetzen war, so mußte die ganze Verfassung fallen.

Die Beamten, von welchen der Huldigungseid verlangt wurde, kamen zum Theil mit ihrem Gewissen in Konflikt. Sieben Professoren der Universität in Göttingen: Albrecht, Dahlmann, Ewald, Gervinus, Jakob und Wilhelm Grimm und Weber, verweigerten mit Hinweisung auf die Rechtsgiltigkeit der aufgehobenen Verfassung den Eid. Sie wurden ihrer Stellen entsetzt und drei von ihnen, Dahlmann, Gervinus und Jakob Grimm, welche ihre Protestation veröffentlicht hatten, erhielten den Befehl, innerhalb drei Tage das Land zu verlassen. Ihrer Charakterfestigkeit wurde von ganz Deutschland Beifall gezollt, und Wilhelm von Württemberg, welcher den Verfassungsbruch seines neuen Kollegen offen mißbilligte, war einer der ersten, welche durch Wiederanstellung der Göttinger „Sieben“ ein Unrecht wieder gut zu machen suchten. Er berief Ewald nach Tübingen. Ernst August ließ sich dadurch nicht irre machen. Er legte der Ständeversammlung von 1838 einen Verfassungsentwurf vor. Sie erklärte sich für inkompetent, ihr Votum in der Verfassungsfrage abzugeben, da sie nicht nach dem Grundgesetz von 1833 gewählt sei, und beschloß, eine Eingabe an den Bundestag abgehen zu lassen, um seinen Schutz für Erhaltung dieses Grundgesetzes anzurufen. Darauf wurde sie vertagt, und erst die Versammlung von 1840 nahm mit einigen Abänderungen den Regierungsentwurf, der in aristokratischem Sinne abgefaßt war, an. Der angerufene Bundestag benahm sich wahrhaft klassisch. Mit neun gegen sieben (worunter ganz Süddeutschland) Stimmen wies er die Klage der hannöverischen Stände ab, „da bei obwaltender Sachlage eine bundesgesetzlich begründete Veranlassung zur Einmischung in diese innere Landesange-

legenheit nicht bestehe". Der König hatte gesiegt; aber der Ausdruck der tiefsten Entrüstung und Verachtung aller Männer von Ehre bildete seine Siegeshymne.

In Oestreich war, so lange der Staatskanzler Fürst Metternich das Steuerruder leitete, an eine Aenderung des absoluten Systems nicht zu denken. Der Tod des Kaisers Franz II. änderte hierin nichts. Denn sein ältester Sohn und Nachfolger, Ferdinand I., welcher körperlich und geistig schwach und noch dazu mit epileptischen Anfällen behaftet war, überließ Metternich die Regierung in noch unbeschränkterer Weise als sein Vater. Zwar zeigte sich in den ersten Jahren eine mildere Praxis, eine größere Sorgfalt für das Handelswesen, für die materiellen Interessen überhaupt, aber die ständische Vertretung sank diesseits der Leitha bis zu einem Schatten herab, das Volksschulwesen wurde gänzlich vernachläßigt, an den höheren Anstalten wurden die exakten Wissenschaften vorzugsweise gepflegt, und die Regierung schien es darauf anzulegen, besonders die Bewohner der Hauptstadt in einem üppigen Phäakenleben alle Ideale vergessen zu lassen. Nur Ungarn hielt seine Repräsentativverfassung aufrecht und bildete mit der Zeit eine gefährliche Opposition; in Italien war der nationale Geist nur schwer niederzuhalten, und auch die Polen regten sich wieder. Zu einer Zeit, wo nirgends eine Aussicht auf Gelingen sich zeigte, wurde 1846 in dem Freistaat Krakau eine provisorische Regierung eingesetzt und das Aufflackern des Aufstandes nach allen Seiten hin erwartet. In Posen wurde Mieroslawski und viele andere Verschwörer verhaftet, in Galizien riefen die kaiserlichen Beamten die Bauern gegen ihre Grundherren, den polnischen Adel, auf, und es erfolgte nun eine Art Vernichtungskrieg der Bauern gegen ihre bisherigen Bedränger; Krakau selbst wurde von den Ostmächten besetzt und dem Kaiserstaat Oestreich einverleibt.

Doch war Metternichs Macht bereits im Abnehmen. Die liberalen Ideen waren zu stark, als daß er in dem ungeheuren Gebiet, das er einst das seinige nannte (außer Oestreich zum wenigsten noch Preußen, ganz Deutschland und Italien), sie niederzudrücken im Stande war. Preußen entzog sich mehr und mehr der östreichischen Leitung und lehnte sich mehr an Rußland an. Seit der Bezwingung des polnischen Aufstands spielte Kaiser Nikolaus entschieden die erste Rolle in dem östlichen Europa, vom Ural bis zum Rhein. Während er Oestreichs und Preußens Eifersucht zu unterhalten suchte, um ihre

Einheit nicht fürchten zu müssen, förderte er wiederum ihr Zusammenhalten, um gegen das revolutionäre Westeuropa stets eine Coalition bereit zu haben. Daneben warnte er die mittleren und kleineren Höfe Deutschlands vor den Mediatisirungsgelüsten Oestreichs und Preußens und gab ihnen deutlich zu verstehen, daß ihre Souveränetät nur dadurch zu retten sei, daß sie den Zaren als ihren Protektor ansehen.

Das Streben Preußens, in Deutschland festeren Fuß zu fassen, zeigte sich in der Gründung des Zollvereins, In den zwanziger Jahren gab es so viele Zollschranken als Staaten. Dabei konnte keine Industrie aufkommen. Im Jahre 1828 kam zwischen Württemberg und Baiern, und kaum einen Monat darauf zwischen Preußen und Hessen-Darmstadt ein Zollverein zu Stande. Um den Wohlstand des eigenen Landes zu heben und die merkantilen Interessen des übrigen Deutschlands an sich zu fesseln, gab sich die preußische Regierung alle Mühe, die Grenzen des Zollvereins zu erweitern. Es gelang ihm, 1831 Kurhessen, 1833 Baiern, Württemberg, Sachsen, Thüringen, 1835 Baden und Nassau, 1836 die freie Stadt Frankfurt für den Beitritt zu gewinnen. Unvermerkt geriethen die Zollvereinsstaaten, welche gegen 27 Millionen Menschen umfaßten, in eine gewisse Abhängigkeit von Preußen, welche, wenn sie auch zunächst nur die gewerblichen und Handelsinteressen berührte, doch auch für die politischen und nationalen Ziele ausgebeutet werden konnte.

Auch in Preußen gieng in diesem Zeitraum ein Regentenwechsel vor. Friedrich Wilhelm III. starb nach einer 42jährigen wechselvollen Regierung am 7. Juni 1840 und hinterließ seinem ältesten Sohne das Land in äußerlich geordnetem Zustande, aber voll Sehnsucht nach freieren Formen. Der Streit wegen der gemischten Ehen war noch ungelöst. Schon im Jahr 1825 hatte die preußische Regierung die in den östlichen Provinzen des Königreichs bestehende Verordnung, wonach bei gemischten Ehen die konfessionelle Erziehung der Kinder von dem Willen des Vaters abhängen sollte, auch auf Westfalen und die Rheinprovinz ausgedehnt und 1834 mit den rheinischen und westfälischen Bischöfen eine Uebereinkunft hierüber abgeschlossen. Der Erzbischof von Köln, Droste von Vischering, verbot, auf ein päpstliches Breve sich stützend, die Einsegnung einer solchen Ehe, wenn nicht vorher das Versprechen der katholischen Kindererziehung abge-

legt sei, obgleich er vor seiner Erwählung jene Uebereinkunft anerkannt hatte. Als er sich der Regierung nicht fügen wollte, dem Staate überhaupt alles Recht, in kirchlichen Dingen mitzureden, absprach und zuletzt noch Klerus und Volk zu fanatisiren suchte, wurde er am 20. November 1837 verhaftet und nach der Festung Minden abgeführt, und aus dem gleichen Grunde der Erzbischof von Posen und Gnesen, Martin von Dunin, am 6. Oktober 1839 nach Kolberg gebracht. Der neue König von dem Wunsche beseelt, der Kirche alle von ihr begehrten Freiheiten zu gestatten, schaffte sofort das königliche Placet ab, gab den Verkehr der Bischöfe mit Rom frei, unterhandelte durch Vermittlung des katholischen Grafen Brühl mit dem Papste und schloß 1841 eine Konvention ab, wonach Dunin wieder auf seinen Bischofssitz zurückkehrte, Droste seiner Haft entlassen wurde und den Bischof Geissel von Speier als Coadjutor erhielt und eine katholische Abtheilung im Kultusministerium eingerichtet wurde, welche mit der Wahrung der staatlichen Hoheitsrechte gegenüber den Kirchenbehörden betraut, sich bald genug zur Vertreterin der kirchlichen Interessen gegenüber der Staatsregierung hergab und besonders 1850 bei Abfassung der kirchlichen Verfassungsparagraphen nicht genug für die Kirche sorgen zu können glaubte.

Friedrich Wilhelm IV. war ein geistvoller Mann, auf den alles voll Hoffnung sah. Seine ersten Regierungshandlungen zeigten den Wunsch, zu versöhnen und zu heilen. Vollständige Amnestie für politische Vergehen wurde erlassen, Arndt wieder in seine Professur zu Bonn eingesetzt, Jahn der Internirung in Freiburg an der Unstrut enthoben, Jakob und Wilhelm Grimm nach Berlin berufen. Aber die Hauptfrage, der Prüfstein für seine Befähigung zu einem großen Regenten des 19. Jahrhunderts, war die Verfassungsfrage. Der Landtag der Provinz Preußen stellte bei der Huldigungsfeier zu Königsberg in einer Eingabe die Bitte an den König, eine allgemeine Landesvertretung einzuführen. So viel Sinn dieser auch für freiere Institutionen hatte, so hatte er doch einen zu hohen Begriff von der Macht eines Königs, von dem Gottesgnadenthum, als daß er seine Gewalt mit einem Parlament hätte theilen wollen. Auch war sein Blick mehr den früheren Jahrhunderten, dem Mittelalter zugewandt als der Neuzeit. Nur das historisch Begründete zog ihn an, hatte für ihn Geltung, und diesem suchte er einen frischen Geist einzuhauchen. Aber die alten Schläuche passen bekannt-

lich nicht für den neuen Most, und die politische Entwicklung des Jahrhunderts, besonders in dem geistig vorgeschrittenen Preußen, begnügte sich durchaus nicht mit einem dem Feudalstaat nachgeahmten Ständewesen, sondern forderte das Repräsentativsystem. Der preußische Landtag erhielt zur Antwort, daß die Provinzialstände erhalten, Reichsstände aber nicht eingeführt werden sollten. Es erschienen die beiden Broschüren von Schön, dem Oberpräsidenten von Preußen, und von Jakoby, Arzt in Königsberg, mit dem Titel: „Woher und Wohin?“ und „Vier Fragen“, wovon die erste die Verleihung einer reichsständischen Verfassung als eine Nachgiebigkeit gegen eine politische Nothwendigkeit, die zweite dieselbe einfach als ein Recht seitens des Volkes darstellte. Die Aufmerksamkeit des Volkes wandte sich nun den Provinzialständen zu: in Petitionen und Adressen wurden sie angegangen, auf Verleihung weiterer Freiheiten anzutragen. Die Censur für Bücher über 20 Bogen wurde abgeschafft, ein Obercensurkollegium errichtet, 1842 die „ständischen Ausschüsse“ nach Berlin berufen, um die „ständischen Institutionen durch ein Element der Einheit zu ergänzen“ und über gemeinsame Staatsangelegenheiten zu berathen. Es war eine geringe Abschlagszahlung für ein Parlament: aber dieses schimmerte durch. Der Mordversuch, welchen der Bürgermeister Tschech am 26. Juli 1844 auf den König machte, wirkte, wie meist solche Attentate, im Interesse der Reaktionspartei.

Neben den politischen Fragen giengen die religiösen her, in jene überspielend. Der König war streng orthodox, und sein Unterrichts-Minister Eichhorn erlaubte sich eine Bevormundung und Ueberwachung der religiösen Lehre und Schrift, welche an die schönsten Zeiten des Ministeriums Villèle unter Louis XVIII. und Karl X. erinnerten. Und doch halfen alle Verordnungen und Synoden nichts gegen die Gewalt des Stromes, der von der philosophischen Richtung des Jahrzehnts ausgieng. Die Philosophie war in jenen Jahren die gebietende Macht; Männer wie David Friedrich Strauß, Friedrich Vischer, Bruno Bauer waren mächtiger als Eichhorn. Freie Gemeinden, die sogenannten Lichtfreunde, bildeten sich unter dem sächsischen Prediger Uhlich, unter Wislicenus in Halle und Rupp in Königsberg. Ihnen gegenüber eiferte Professor Hengstenberg in Berlin in seiner „evangelischen Kirchenzeitung“ und entwickelte die orthodoxesten Grundsätze. Und selbst im Schoß des Katholicismus begann der Abfall. Die rheinische Geistlichkeit konnte sich die öffentliche Feier eines Triumphes über den Ausgang

des Kirchenstreits nicht versagen und stellte 1844 den ungenähten heiligen Rock in Trier aus. Ueber eine Million Pilger wallfahrtete zu der Reliquie, welche unerhörte Wunder verrichtet haben sollte. Da erschien von einem suspendirten Priester in Schlesien, Johannes Ronge, ein offenes Schreiben „gegen das Götzenfest zu Trier an den dasigen Bischof als den Tetzel des 19. Jahrhunderts“. Dies war der Anfang zur Gründung der deutsch-katholischen Kirche in Breslau, welche sich bald in allen Theilen Deutschlands Anhänger verschaffte. Zugleich entstand in Schneidemühl in Posen unter dem katholischen Pfarrer Czerski eine christkatholische Gemeinde. All diese religiösen Richtungen hatten eine politische Färbung. Die Anhänger der Berliner Hof- und Staatstheologie waren Absolutisten vom reinsten Wasser, während die Rationalisten für eine parlamentarische Regierung nach dem Beispiele Englands, das vielfach angeführt wurde, sich begeisterten. In Konflikten zwischen der katholischen Kirche und den Deutschkatholiken fand erstere immer Schutz bei der Regierung.

Es war die Zeit, wo ganz Deutschland auf Preußen sah, wo man jeden Tag erwartete, daß dort etwas „losgehen“ werde. Am 3. Februar 1847 erschien ein königliches Patent, durch welches auf der Grundlage der bisherigen Provinzialstände der „Vereinigte Landtag“ einberufen wurde. Seine Befugnisse waren nicht allzu ausgedehnt: bei Einführung neuer oder Erhöhung der bestehenden Steuern und bei Abschließung von Staatsanleihen sollte seine Zustimmung erforderlich sein, bei der Gesetzgebung sollte er, wie die Provinzialstände, nur eine begutachtende Stimme haben. Dieser Landtag bestand aus zwei Kurien, wovon die erste, die Herrenkurie, die Prinzen, reichsunmittelbare Fürsten, Standesherren und die Vertreter gewisser Stifter und Körperschaften, die zweite, die Dreiständekurie, die Abgeordneten der Ritterschaft, der Städte und der Landgemeinden in sich begriff. Es war eine zweite Abschlagszahlung und wurde als solche von dem Breslauer Juristen Heinrich Simon in seiner Flugschrift: „Annehmen oder Ablehnen?“ nach allen Seiten beleuchtet.

Am 11. April wurde der Vereinigte Landtag vom König mit einer glänzenden Rede eröffnet. Er hatte sein ganzes, politisches Glaubensbekenntniß darin niedergelegt und erklärte feierlich: „Keiner Macht der Erde soll es je gelingen, mich zu bewegen, das natürliche Verhältniß zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles umzuwandeln; und nun und nimmermehr werde ich es

zugeben, daß sich zwischen unsern Herrn Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge, um die alte heilige Treue zu ersetzen." „Die Krone kann und darf nur nach den Gesetzen Gottes und des Landes und nach eigener freier Bestimmung herrschen, nicht aber nach dem Willen von Majoritäten. Preußen kann diese Zustände nicht ertragen! Werfen Sie einen Blick auf die Karte von Europa, auf die Lage unsres Landes, vor allem thun Sie einen geistigen Blick in unsre Geschichte!" Die Mißstimmung über diese Rede, welche unter gänzlicher Ignorirung der Stimmung und Wünsche des Volkes einem nur wenig beschränkten Absolutismus ihren Beifall schenkte, war so groß, daß die Abgeordneten der Provinz Preußen auf der Stelle wieder abreisen wollten. Doch ließen sie sich von ihren rheinischen Gesinnungsgenossen bereden, auf dieser neuen Grundlage weiter bauen zu helfen. Glänzende Rednertalente zeigten sich auf diesem Landtag, ein frischer, freier Geist durchwehte die Versammlung, die Opposition behielt die Oberhand und sprach gegen den König die Erwartung aus, daß das „Patent vom 3. Februar der Anfang, nicht das Ziel der ständischen Entwicklung des Königreichs sein werde". Am 26. Juni wurde der Landtag ohne weiteres Resultat als das, daß er die Geister mächtig aufgeregt hatte, geschlossen, und im December begannen wieder in alter gemüthlicher Weise die Berathungen der vereinigten ständischen Ausschüsse in Berlin. Es war klar, daß es so nicht mehr fortgehen konnte, aber ebenso klar, daß der König ohne den Druck einer äußeren Nothwendigkeit dieses „Blatt Papier, diese zweite Vorsehung" nicht unterzeichnen werde. Und doch! was war das Patent vom 3. Februar? War es nicht auch so ein beschriebenes Blatt? Freilich nicht von dem Werthe einer zweiten Vorsehung! Eine von David Friedrich Strauß verfaßte Broschüre erregte damals großes Aufsehen; sie führte den Titel: „Der Romantiker auf dem Throne der Cäsaren".

§. 13.

Die Schweiz und der Sonderbund.

Diejenige Partei, welche 1831 in der Mehrzahl der Kantone eine freiere Verfassung durchgesetzt hatte, strebte nach einer Bundesreform und setzte auf der Tagsatzung von 1832 die Niedersetzung einer Kommission durch, welche die Bundesakte revidiren und der außer-

ordentlichen Tagsatzung von 1833 ihre Vorschläge vorlegen sollte. Die liberalen Kantone Bern, Aargau, Thurgau, St. Gallen, Solothurn, Zürich und Luzern schloßen zur Wahrung und Durchführung der Volkssouveränetät das Siebener-Konkordat, wogegen die konservative Partei: Uri, Schwyz, Unterwalden, Wallis, Neuenburg und Basel-Stadt sich zum Sarner-Bund vereinigte. In Verbindung mit der neutralen Partei gelang es diesen, die Bundesrevision 1833 scheitern zu machen. Dadurch wuchsen ihre Ansprüche und Hoffnungen. Bewaffnete Haufen drangen am 30. Juli 1833 von Schwyz und Basel-Stadt aus in die sich absondernden Landschaften Außer-Schwyz und Basel-Land ein, um ihre Unterwerfung zu erzwingen. Die Folge war, daß Schwyz und Basel-Stadt von eidgenössischen Truppen besetzt und der Sarner-Bund für aufgelöst erklärt wurde. Die Trennung Basels in zwei unabhängige Kantone wurde anerkannt, die Wiedervereinigung von Alt- und Außer-Schwyz, aber mit vollständiger Gleichberechtigung, ausgesprochen.

Die Anhäufung der vielen Flüchtlinge, welche aus Deutschland, Polen und Italien in der republikanischen Schweiz ein Asyl fanden, aber zum Theil die Gastfreundschaft mißbrauchten, zog Verwicklungen mit den auswärtigen Mächten nach sich. Der rührigste unter allen diesen Revolutionären war Josef Mazzini aus Genua, welcher auch bei gänzlicher Aussichtslosigkeit fortwährend neue Aufstandsversuche veranlaßte, um seine italienischen Landsleute immer in der Uebung zu erhalten. Das „junge Italien", das er damals stiftete, veranstaltete am 1. Februar 1834 mit etwa 400 Mann unter dem schon in Polen verdächtigen General Romarino einen Einfall in Savoyen, um von da aus Piemont und das übrige Italien zu revolutioniren. Nach Besetzung weniger Dörfer scheiterte das Unternehmen an der Theilnahmlosigkeit des Volkes. Von nun an galt die Schweiz dem Ausland als der Herd des Radikalismus, zumal da Mazzini seine Thätigkeit auf ganz Europa ausdehnen wollte und zur Republikanisirung des Erdtheils das „junge Europa" stiftete. Nun regnete es Noten. Die benachbarten Mächte beschwerten sich über den Mißbrauch des Asylrechts und stellten die feindseligsten Maßregeln in Aussicht, wenn die Schweiz nicht die Theilnehmer an jenem Einfall ausweise und die andern besser überwache. Am schärfsten trat Louis Napoleon gegen die Schweiz auf und bedrohte sie sogar mit Krieg, wenn sie nicht den aus Amerika zurückkehrenden und auf Arenenberg als Thurgauischer Bürger lebenden Louis

Napoleon ausweise. Um die gastfreundliche Republik dieser Verlegenheit zu entheben, verließ dieser freiwillig sein Asyl und begab sich nach England.

Die religiösen Kämpfe waren noch folgenreicher. Die Berufung des Dr. Strauß aus Württemberg an die Universität in Zürich brachte 1839 das Landvolk unter die Waffen und veranlaßte den Sturz des liberalen Regiments in Zürich, das erst 1845 wieder emporkam. Bedeutender war die Klosterfrage. Sieben Kantone hatten in einer Konferenz zu Baden 1834 Unterwerfung der Kirche unter die Staatsgewalt und Benützung der Klöster zu gemeinnützigen Zwecken beschlossen. Am heftigsten äußerte sich der Streit hierüber im Kanton Aargau, dessen radikale Regierung endlich 1841 sämtliche Klöster, darunter das reiche Muri, aufhob und das Vermögen für „Zwecke des Unterrichts und der Wohlthätigkeit" in Beschlag nahm. Die Aufregung hierüber war unter den bigotten Katholiken groß und führte in Luzern, und Wallis 1844 den Sieg der ultramontanen Partei herbei. Diese berief zur Leitung des Jugendunterrichts die Jesuiten nach Luzern, wobei sich besonders der wohlhabende Bauer Josef Leu und Sigwart-Müller thätig zeigten. Auch in Freiburg und Schwyz hatten sich die Jesuiten niedergelassen. Ihre Vertreibung aus der Schweiz war das Ziel aller liberalen Kantone. Der Freischarenzug von 1845 unter Anführung Ochsenbein's aus Bern mißglückte. Die Regierung von Luzern, durch die Ermordung Leu's noch mehr erbittert, trat in terroristischer Weise auf, verlangte Bestrafung der Freischärler, Wiederherstellung der Aargauer Klöster und stiftete, als man ihr kein Gehör gab, mit Schwyz, Uri, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis einen „Sonderbund" zu gegenseitigem Schutz gegen äußere und innere Feinde. Dieser Bund im Bunde konnte nicht geduldet werden, und da die liberalen Kantone die Mehrheit ausmachten, so beschloßen sie auf der Tagsatzung zu Bern im Juli 1847 die Auflösung des Sonderbundes als unverträglich mit dem Bundesvertrag und die Ausweisung der Jesuiten. Da die Fanatiker von Luzern der Tagsatzung keinen Gehorsam leisteten, so wurde Bundesexekution gegen die Sonderbundskantone angeordnet, das eidgenössische Heer aufgeboten und der erprobte General Dufour aus Genf an die Spitze gestellt.

Die Kabinette von Wien, Berlin und Paris thaten alles, um den Kampf zu hintertreiben. Da sie aber den Sonderbund zu sehr begünstigten, sogar mit Geld und Waffen unterstützten, so ließ dieser, in der Hoffnung auf ihre Intervention, es auf einen Krieg ankom-

men. Die Liberalen suchten in einem raschen Feldzug ein fait accompli zu schaffen. Der Kurrier des französischen Ministers Guizot mit Depeschen an die Häupter des Sonderbundes war noch unterwegs, als diese schon über die Alpen flohen, daher jener ihnen nacheilen mußte. Vielleicht wäre einige Monate später eine Intervention eingetreten; aber ehe diese verflossen waren, war Herr Guizot, Herr Metternich und so manches andere hohe Haupt selbst auf der Flucht und froh, daß es noch Staaten gab, welche politischen Flüchtlingen ein Asyl gewährten.

General Dufour hielt eine schnelle und rnnde Abrechnung. Er nahm Freiburg durch Kapitulation, besiegte am 23. November das Hauptheer des Sonderbundes bei Gislikon und zog in Luzern ein. Sämtliche Kantone mußten sich ergeben und die Friedensbedingungen sich diktiren lassen. Dazu gehörte die Uebernahme der Kriegskosten, die Veränderung der Kantonsregierungen, die Auflösung des Sonderbundes und die Ausweisung der Jesuiten. In wenigen Wochen war die Sache abgethan. Nun gieng es an die Reform der eidgenössischen Verfassung, und im Jahre 1848 wurde der neue Bundesstaat gegründet. Eine Art erste Kammer bildet der Ständerath, welcher die einzelnen Kantonsregierungen zu vertreten hat, die zweite Kammer der Nationalrath, welcher vom Volke nach Maßgabe der Kopfzahl gewählt wird. Von dieser vereinigten Bundesversammlung wird die oberste Behörde der Schweiz, der Bundesrath, gewählt, an dessen Spitze ein Präsident steht.

§. 14.

Frankreich unter Louis Philipp.

Keiner der größeren Monarchen hatte eine so schwierige Aufgabe wie Louis Philipp. Schloß er sich an die Mehrheit seines Volkes an und machte er mit den „republikanischen Institutionen, welche den Thron umgeben sollten“, Ernst, so hatte er alle Kontinentalmächte gegen sich; näherte er sich mehr dem absoluten System der letzteren, so erhoben sich gegen ihn nicht nur die extremen Parteien, sondern auch die Männer der constitutionellen Monarchie, welche sich an das königliche Wort hielten, daß von nun an „die Charte eine Wahrheit“ sein solle. Jene Gefahr war die kleinere; denn die auswärtigen Mächte hatten mit dem revolutionären Geiste ihrer eigenen Völker genug zu thun und hätten durch den Einfluß eines liberalen Frankreichs immer noch mehr zu thun bekommen; der schlimmste Feind

Louis Philipps war die Unzufriedenheit im eigenen Land, welche, wenn gar zu sehr herausgefordert, ihn den nämlichen Weg gehen ließ, welchen Karl X. 1830 gegangen war. Es kam nicht sowohl auf ein geschicktes Balancirsystem als auf freisinnige Principien an, bei deren Durchführung er immer gleichen Schritt mit dem Geist und dem Willen seines Volkes zu halten hatte. Sein System, welches er selbst die richtige Mitte (juste milieu) nannte, wäre richtig gewesen, wenn er die richtige Mitte getroffen und eingehalten hätte; aber er schwankte allmählich so sehr nach rechts, daß ihm die richtige Mitte schon links war.

Er hatte von Anfang an drei Parteien gegen sich: die Legitimisten, die Bonapartisten und die Republikaner. Die zwei ersteren hatten an und für sich wenig zu bedeuten; mit den letzteren mußte er rechnen. Denn sie waren es, welche die Revolution gemacht hatten und sich begreiflicherweise nicht um die Früchte derselben gebracht sehen wollten. So lange drei Mitglieder dieser Partei die wichtigsten Posten inne hatten, Odilon Barrot Seinepräfekt, Dupont de l'Eure Justizminister, Lafayette Befehlshaber sämtlicher Nationalgarden von Frankreich war und ebendadurch an der Spitze von anderthalb Millionen Bajonetten stand, mußte freilich noch mehr im Sinne des Stadthauses regiert werden. Aber wie lange mochte dieses republikanische Triumvirat im Rathe des Königs sitzen! Die Stütze seines Thrones, so wie er ihn auffaßte, war die Bourgeoisie, der wohlhabende Bürgerstand, welcher sich nach dem Sturze der Bourbonen, unter deren Regierung ihm Adel und Geistlichkeit die Herrschaft streitig machten, rasch der Gewalt bemächtigt, den Herzog von Orleans auf den Thron gebracht hatte und nun mit ihm Frieden um jeden Preis haben, den Wohlstand vermehren, seinen Reichthum in Ruhe und Behaglichkeit genießen wollte. Nur dieser Stand hatte durch die Julirevolution, für welche er selbst gar wenig Blut vergossen hatte, gewonnen, die arbeitenden Klassen, die „schwieligen" Hände dagegen hatten so wenig Vortheil davon, als die römischen Plebejer nach dem Sturz des Königthums. Vermöge des Wahlgesetzes und vermöge der Bestimmung, daß der Nationalgardist seine kostspielige Ausrüstung selbst zu bezahlen hatte, bekam Louis Philipp auch die Kammer und die Nationalgarde auf seine Seite. Auch die auswärtigen Mächte zeigten sich willfährig und erkannten die Julimonarchie an, doch der Kaiser von Rußland nicht, ohne von den „beklagenswerthen Ereignissen" zu

sprechen, welche diese Thronveränderung herbeigeführt, und dem König den gewöhnlichen Titel in der Anrede: „mein Bruder!“ zu versagen.

Die erste Bewegung veranlaßte der Prozeß der Exminister Karls X., von welchen, zum Leidwesen der neuen Regierung, außer Polignac noch drei andere auf ihrer Flucht verhaftet worden waren. Das Volk verlangte den Tod derjenigen, welche durch die Unterzeichnung der Ordonnanzen die Revolution veranlaßt hatten und dadurch an dem Tod so vieler Menschen schuld waren. Aber selbst Lafayette war dagegen; er besaß Edelmuth genug, sie retten zu wollen, gerade weil sie seine Feinde waren. Auch im Schoß des Ministeriums verursachte diese Frage eine Spaltung; fünf Mitglieder, darunter Guizot, traten aus, und am 2. November 1830 übernahm Lafitte als Ministerpräsident die Bildung eines neuen Ministeriums, welches der liberalen Richtung angehörte. Die Pairskammer verurtheilte die Exminister zu lebenslänglichem Gefängniß und Polignac außerdem noch zum Verlust der bürgerlichen Rechte. Zwei Tage lang war in Folge dieses milden Ausspruchs eine ungeheure Bewegung in Paris; die kaum niedergelegten Waffen schienen sich wieder erheben zu wollen; aber der Umstand, daß das republikanische Triumvirat auf Seiten der Regierung und der Kammer stand, hielt die Aufregung von einem offenen Ausbruch ab. Doch verlor Lafayette so viel von seiner Popularität, daß der König es wagen konnte, in der Kammer den Vorschlag machen zu lassen, daß die Stelle eines Oberbefehlshabers aller Nationalgarden von Frankreich aufgehoben werde. Darauf gab Lafayette seine Entlassung ein, und Louis Philipp nahm sie nach einigem heuchlerischen Zögern an. Bald darauf trat Dupont aus dem Ministerium; Odilon Barrot bekleidete noch auf kurze Zeit seinen vereinsamten Posten. Das neue Gemeindegesetz, das die Wahl der Maires ganz in die Hand des Ministers und der Präfekten legte, war ein Rückschritt. Es wurde durch ein verbessertes Wahlgesetz wieder gut gemacht, wodurch der Census erniedrigt und die Zahl der Wähler von 80,000 auf 200,000 erhöht wurde, was bei einer Bevölkerung von 30 Millionen freilich noch eine geringe Zahl war.

Indessen hatte die Revolution ihren Zug durch Europa angetreten. Ueberall, wo sie in Noth kam, wurde Frankreich als Helfer angesehen und erbeten. Das Ministerium Lafitte wollte keine auswärtigen Verwicklungen heraufbeschwören und stellte daher das Princip der Nichtintervention auf. Aber was ihm in Belgien gelungen war,

mißlang in Italien. Auf die Erklärung des östreichischen Gesandten, daß seine Regierung im Kirchenstaat interveniren werde, drohte Lafitte mit Krieg. Metternich erwiderte: „Wenn diese Intervention den Krieg herbeiführen soll, so mag der Krieg kommen. Wir wollen lieber den Gefahren des Kriegs uns aussetzen, als mitten unter Aufständen untergehen.“ Er konnte wohl so reden; denn während Lafitte die Nichtintervention forderte, hatte Louis Philipp hinter seinem Rücken die Intervention gestattet. Als jener dies merkte, gab er seine Entlassung ein, worauf am 31. März 1831 Casimir Périer ein neues Ministerium bildete. Dieser war der eigentliche Repräsentant der Bourgeoisie, Bankier wie Lafitte, besaß aber mehr Energie und staatsmännisches Talent. Er war herrisch genug, um selbst Louis Philipp unter seinen Willen zu beugen, wollte als Ministerpräsident nicht bloß die Verantwortung, sondern auch die Leitung haben. Friede nach Außen, Ruhe und Ordnung im Innern waren seine Ziele.

Die Legitimisten wie die Republikaner fanden in ihm ihren Mann. Jene waren so thöricht zu glauben, daß ihre Zeit wieder gekommen sei. Am 13. Februar 1831, dem Jahrestag der Ermordung des Herzogs von Berry, hatten sie in der Kirche St. Germain l'Auxerrois, welche von der Bartholomäusnacht her in üblem Andenken steht, einen prunkvollen Trauergottesdienst veranstaltet. Das erbitterte Volk, darin eine Herausforderung sehend, drang in die Kirche ein und zertrümmerte die Heiligthümer. Am andern Tag stürmte es den Palast des Erzbischofs und warf alle Geräthschaften auf die Straße. Trotz dieser verständlichen Lektion reiste die Herzogin von Berry, Marie Karoline, von dem ultralegitimistischen Herzog von Modena und von Karl Albert von Sardinien unterstützt, mit wenigen Getreuen nach Frankreich, landete in Marseille, durchzog, da sie dort keinen Anklang fand, unter verschiedenen Abenteuern ganz Frankreich und trat in der Vendée im Namen ihres Sohnes, des legitimen Königs Heinrich V., als Regentin von Frankreich auf. Ihre Anhänger wurden bei aller Tapferkeit von der Uebermacht der gegen sie ausgeschickten Truppen erdrückt, die Herzogin floh nach Nantes, hielt sich dort vier Monate lang bei einer ihr treu ergebenen Familie verborgen und wurde durch den Verrath eines getauften Juden, Namens Deuz, welcher 500,000 Franks dafür erhielt, am 2. November 1832 entdeckt und verhaftet. Aus der Verlegenheit, was er mit ihr anfangen solle, zog sie ihren Vetter Louis Philipp durch ihre Entbindung von einer Tochter, über

deren Vater sie die Welt nicht gehörig aufzuklären vermochte. Bei solch interessanten Umständen blieb nichts anderes übrig, als die Frau Herzogin im Sommer 1833 nach Palermo überzuschiffen. Den Legitimisten vergieng nun auf eine Weile die Lust, ihre Helden und Heldinnen auf den schlüpfrigen Boden Frankreichs zu führen, und sie setzten ihre Hoffnungen nur noch auf einen allgemeinen Umschwung.

Schwieriger war für die Regierung der Kampf mit den Republikanern. Der Fall von Warschau regte alle Leidenschaften auf. In Paris wurden Barrikaden errichtet, Waffenläden geplündert, die Minister verwünscht, welche trotz aller Versprechungen den bittenden und hoffenden Polen keine Hilfe geleistet hätten. Doch blieb die bewaffnete Macht Herr. Auch in anderen Städten gab es Aufstände, in Lyon einen sehr blutigen im November 1831 in Folge der Streitigkeiten zwischen den Seidefabrikanten und ihren Arbeitern. Périer trat überall mit Strenge und Energie auf, vermochte aber die Unzufriedenheit kaum zum Schweigen zu bringen, geschweige ihr zu steuern. Denn die Abgaben wurden immer erhöht und der Handel stockte. Zu einer so ungelegenen Zeit verlangte Louis Philipp von der Kammer eine Erhöhung seiner Civilliste auf 18 Millionen, während er bei seiner Thronbesteigung zu Dupont gesagt hatte: „Ein Bürgerkönig hat an 6 Millionen Civilliste übrig genug.“ Die Kammer wählte für den König des juste milieu zwischen beiden Summen die richtige Mitte und bewilligte ihm 12 Millionen. Bei dem Leichenbegängniß des republikanischen Generals Lamarque am 5. Juni 1832 kam es zu einem erbitterten Straßenkampf, und der Ruf ertönte: „Es lebe die Republik!“.

Glücklicherweise konnte die Regierung einige Thatsachen zu ihren Gunsten aufweisen. Die Erblichkeit der Pairs wurde aufgehoben, freilich später ihre Ernennung auf Lebenszeit durch den König zugegeben, wodurch diese Kammer vollends den Rest ihrer Unabhängigkeit verlor. Bei der zweiten Intervention der Oestreicher in Italien ließ Périer Ankona besetzen und erklärte in der Kammer, daß er damit den Unterthanen des Papstes eine Bürgschaft für dessen Versprechungen geben wolle. „Bleiben die Oestreicher, so bleiben auch wir; gehen sie, so werden auch wir gehen.“ Die Besetzung dauerte sieben Jahre, gerade so lange als die Oestreicher in der Romagna blieben.

Am 16. Mai starb der Premierminister Périer an der Cholera,

und die übrigen Minister traten bei Eröffnung der Kammern ab. Der unwandelbare Gedanke (la pensée immuable) des Königs machte sich immer mehr bei allem Wechsel der Minister geltend. Am 11. Oktober 1832 trat Marschall Soult, zugleich Kriegsminister, an die Spitze eines neuen Ministeriums, in welchem Guizot, der frühere Geschichtsprofessor, den öffentlichen Unterricht, der frühere Redakteur des National, Thiers, die inneren Angelegenheiten übernahm. Es war ein großentheils doktrinäres Ministerium, welches eine starke Regierungsgewalt, aber auch ein festeres Auftreten in den auswärtigen Angelegenheiten, die von dem Herzog von Broglie geleitet wurden, zu seinem Programm machte. Große Unzufriedenheit erregten die neuen Gesetze, welche gegen die Presse, die Vereine und die Geschworenen gerichtet waren. Das Feilbieten der Journale an öffentlichen Orten wurde verboten, das Bestehen und die Gründung der Vereine von der Erlaubniß der Regierung abhängig gemacht und die Zuwiderhandelnden nicht vor die Geschworenen, sondern vor das Zuchtpolizeigericht, bei einem Angriff auf den König und die Verfassung vor die Pairskammer verwiesen. Die Republikaner, welche darin ihre vollständige Unterdrückung sahen, wagten im April 1834 in Lyon und Paris einen neuen Kampf. Sie wurden überwältigt, und die Regierung benützte den Aufruhr, um bei der Kammer ein Gesetz durchzubringen, das den Besitz von Waffen ohne polizeiliche Ermächtigung bei schwerer Strafe verbot. Zugleich wurde das stehende Heer auf 360,000 Mann erhöht und die Theilnehmer an dem Aprilaufstand vor den Pairshof gebracht. Die bedeutendsten Angeklagten, Cavaignac und Marrast, entkamen nach England, die übrigen wurden zu Freiheitsstrafen, keiner zum Tode verurtheilt. Dieser Prozeß, welcher von tumultuarischen Scenen begleitet war, brachte der Regierung mehr Schaden als Nutzen.

Günstiger wirkte die Höllenmaschine des Korsen Fieschi. Der König ritt am 28. Juli 1835, umgeben von seinen Söhnen und einem glänzenden Generalstab, nach den Boulevards, um die Nationalgarde und die Besatzung von Paris zu mustern. Bei seiner Ankunft auf dem Boulevard du Temple erfolgte eine furchtbare Explosion, und aus den Fenstern eines gegenüberliegenden Hauses flog ein Hagel von Kugeln auf die Menge. Im Nu lagen gegen 60 Personen todt oder verwundet auf der Straße. Der Marschall Mortier und mehrere andere Personen aus der Umgebung des Königs waren getödtet, dieser

selbst, auf den es abgesehen war, ganz unverletzt. Fieschi und zwei Pariser Bürger, welche jener als Mitschuldige angab, wurden hingerichtet, ungerechterweise aber die ganze republikanische Partei für das Attentat verantwortlich gemacht und neue Schläge gegen die Geschworenen und gegen die Presse geführt. Jedes Preßvergehen, worin eine Beleidigung des Königs und der Regierung lag, wurde von nun an von dem Pairshof gerichtet, und die Verurtheilung war bei dessen Zusammensetzung sicher. Mit diesen „Septembergesetzen" war die innere Reaktion vollendet, die Macht der Republikaner gebrochen. Ihre Thätigkeit freilich hörte nicht auf, ihre vielen Vereine bestanden im geheimen fort, und zu den politischen gesellten sich noch die socialen, welche in kommunistischer Weise, nach den Schriften des Grafen St. Simon und der Anhänger desselben, die Aufhebung des Privateigenthums und andere Unmöglichkeiten verlangten. Gerade diese schlimmen Auswüchse brachten den Republikanismus um allen Kredit, so daß Aufstände, wie der vom 12. Mai 1839, wo einige hundert Mitglieder der „Gesellschaft der Jahreszeiten", Barbès und Blanqui an der Spitze, militärische Posten entwaffneten und die Republik ausriefen, nicht den geringsten Anklang fanden. Auch die weiteren Mordversuche, welche auf den König gemacht wurden, hatten keinen Erfolg. Im Jahre 1836 versuchte Alibaud ein Attentat, bald darauf Meunier, 1840 Darmès, 1846 Lecomte und nach ihm Henri.

Louis Philipp fühlte sich so sicher auf seinem Throne, daß er 1837 eine Amnestie erlassen konnte, wodurch Polignac und seine Genossen wieder die Freiheit und ihre bürgerliche Stellung erlangten. Sein Verhältniß zu den auswärtigen Mächten wurde um so besser, je mehr er sich ihrem System näherte, das Vereinswesen, die Presse, die Geschworenen beschränkte und die Volksaufstände mit aller Energie niederschmetterte. Freilich entfremdete er sich eben dadurch die Masse des Volkes immer mehr. Man sah es als eine Demüthigung der Nation an, daß er um jeden Preis mit den Großmächten im Frieden leben wollte, Italien, Polen, Mehemed Ali preisgab und nur gegen schwächere Staaten, wie gegen Portugal unter Don Miguel, gegen die Schweiz, Marokko u. s. w., eine drohende Haltung oder gar Feindseligkeiten wagte. Seine beiden ältesten Söhne, die Herzoge von Orleans und von Nemours, machten 1836 eine Reise nach Deutschland und wurden an den Höfen von Berlin und Wien aufs beste aufgenommen. Jener vermählte sich 1837 mit der Prinzessin Helene von

Mecklenburg=Schwerin und erhielt von ihr einen Sohn, den Grafen von Paris, welcher seit dem unglücklichen Sohne Ludwigs XVI. das vierte Königskind sein sollte, das mit goldenen Hoffnungen und glänzenden Ansprüchen in die Welt eintrat und wenig davon in Erfüllung gehen sah. Die Kammer bewilligte bereitwillig für den Herzog von Orleans eine Erhöhung seiner Apanage auf 3 Millionen und für die Königin der Belgier eine Million Brautgeschenk, legte es aber dem König als schimpfliche Habsucht aus, daß er, trotz seines Reichthums, für seine Kinder immer neue Apanagen verlangte.

Was die Legitimisten und Republikaner nicht vermocht hatten, eine Regierungsveränderung herbeizuführen, wollten nun die Napoleoniden in die Hand nehmen. Nach dem Tode des Herzogs von Reichstadt (1832) hielt sich Ludwig Napoleon Bonaparte, Sohn des Exkönigs Ludwig von Holland und der Hortense Beauharnais, Stieftochter des Kaisers Napoleon, für den rechtmäßigen Erben des kaiserlichen Thrones. Am 20. April 1808 geboren, lebte er seit seinem siebenten Jahre mit seiner Mutter in der Verbannung, zuerst in Augsburg, später auf dem Schlosse Arenenberg im Kanton Thurgau, trat in die Reihen des schweizerischen Militärs ein und studirte unter Anleitung des Generals Dufour die Artilleriewissenschaft. Der Aufstand des Kirchenstaats 1831 führte ihn und seinen älteren Bruder in die Reihen der Carbonari. Dieser fand dort seinen Tod, jener entkam nach England. Von da kehrte er wieder nach Arenenberg zurück und beschäftigte sich mit literarischen Arbeiten, besonders den rêveries politiques, worin er für Frankreich die Unmöglichkeit jeder anderen als der Napoleonischen Dynastie zu beweisen suchte. Als er die Unpopularität der Julimonarchie sah, glaubte er, seine Zeit sei gekommen. Er hatte mit einigen Officieren der Garnison Straßburg geheime Verbindungen und hoffte, durch sein bloßes Erscheinen, durch den Zauber seines Namens die ganze Besatzung für sich zu gewinnen und so in einem lawinenartigen Siegeszug, wie sein Oheim im März 1815, an der Spitze der bewaffneten Macht in Paris einzuziehen. Am 30. Oktober 1836 erschien er plötzlich mit seinen Vertrauten im Hof der Artilleriekaserne in Straßburg, wurde von den Soldaten mit „Vive l'empereur!“ empfangen, fand aber in der Infanteriekaserne, nach welcher die Verschworenen zogen, nicht die gleiche Aufnahme. Der Gouverneur Voirol wußte die Soldaten in der Treue zu erhalten, Louis Napoleon wurde mit mehreren seiner Theilnehmer

gefangen. Er wurde nach Paris gebracht, und Louis Philipp war großmüthig genug, ihn ohne weitere Untersuchung auf einem französischen Kriegsschiff nach Nordamerika überzusiedeln. Dieses milde Urtheil hatte aber die für den König unangenehme Folge, daß die sieben Mitschuldigen, welche vor das Geschworenengericht in Straßburg gestellt wurden, selbst die aktiven Officiere, freigesprochen und von der Bevölkerung mit Jubel empfangen wurden. Das Volk hatte es nicht für billig gehalten, den hochgeborenen Urheber entschlüpfen zu lassen und die niedrigeren Kreaturen zu bestrafen.

Als Thiers, der Geschichtschreiber des französischen Kaiserreichs, Ministerpräsident war (vom 1. März bis 21. Oktober 1840), wurde, um die öffentliche Meinung zu gewinnen, beschlossen, die Gebeine Napoleons von der Insel St. Helena nach Frankreich zu bringen. Die englische Regierung gab ihre Zustimmung; die Ehre der Heimführung wurde dem dritten Sohne des Königs, dem Prinzen von Joinville, überlassen. Dieser landete mit seiner kostbaren Ladung in Cherbourg, und am 15. December 1840 wurden die Ueberreste des Kaisers in einem prachtvollen Sarkophag, unter dem Zuströmen einer ungeheuren Menschenmenge, nach dem Dom der Invaliden gebracht, wo sie später ein besonderes Denkmal erhielten.

Die Begeisterung, welche schon die Vorbereitungen zu dieser Reliquienfahrt in Frankreich erregt hatten, veranlaßte den Prinzen Louis Napoleon zu einem zweiten Versuch, sich als Neffen und Erben des Kaisers der Nation vorzustellen. Er war von Nordamerika wieder nach der Schweiz zurückgekehrt, hatte diese, als Louis Philipp auf seine Ausweisung drang und mit Krieg drohte, freiwillig verlassen und sich nach England begeben. Dort schiffte er sich mit etwa 60 Personen, welche in die Uniform der ehemaligen kaiserlichen Garde gekleidet waren, ein und landete am 6. August 1840 in der Nähe von Boulogne. Um mehr Effekt zu machen, hatte er einen lebendigen Adler mitgebracht. In seiner Proklamation erklärte er, daß die Bourbons-Orleans aufgehört hätten zu regieren, und versprach Frankreich die Herstellung seiner alten Größe. Ein Dekret setzte einstweilen eine provisorische Regierung ein, stellte Thiers, den damaligen Premierminister, an deren Spitze und machte den Marschall Clauzel zum Oberbefehlshaber des Heeres. Aber auch dieser Versuch scheiterte. Zwar das Linienregiment in Boulogne verhielt sich sehr passiv, dagegen drangen die Zollsoldaten auf ihn ein, er mußte sich mit seinen Be-

gleitern in ein Boot werfen, um das Dampfschiff, welches ihn herübergeführt hatte, zu erreichen, das Boot schlug um, und triefend wurde er aus dem Wasser gezogen und ins Gefängniß gebracht. Vor den Pairshof gestellt, entwickelte er mit der ihm eigenthümlichen Glaubensstärke und Beharrlichkeit seine napoleonischen Grundsätze und Ansprüche. Er wurde vom Pairshof zu lebenslänglichem Gefängniß verurtheilt und in das Schloß Ham gebracht, von wo er am 25. Mai 1846, als Maurer verkleidet, entfloh und nach England entkam. Alle Welt lachte damals über die tollen Streiche des excentrischen Prinzen; aber ohne die Scenen von Straßburg und Boulogne und ohne das Martyrium einer sechsjährigen Gefangenschaft hätte sein Name sicherlich im Jahre 1848 nicht solche Wirkung hervorgebracht.

Die Isolirung, in welche Frankreich durch seine orientalische Politik gerathen war, hatte, wie dies bei dem Streit zwischen der Türkei und Aegypten erzählt worden ist, die Entlassung Thiers' veranlaßt. Nachdem dieser große Kriegsrüstungen gemacht und die Kammer zur Genehmigung der Befestigung von Paris bewogen hatte, mußte er abdanken, da Louis Philipp keine Lust hatte, die Coalition Europa's gegen sich heraufzubeschwören. Die Rüstungen wurden eingestellt, die Befestigung aber mit Ernst betrieben. Man warf der Regierung vor, die Befestigung sei weniger gegen einen äußeren Feind als gegen die revolutionslustigen Pariser gerichtet, was sich freilich in späteren Jahren nicht bewährte. Das neue Ministerium, in welchem am 29. Oktober 1840 Soult den Vorsitz und das Kriegsdepartement, Guizot das Auswärtige, Graf Düchatel das Innere, Villemain das Unterrichtswesen übernahm, erhielt sich in seinen Hauptpersonen (Guizot und Düchatel) bis zur Februarrevolution und verstand es bald, sich wieder in ein gutes Vernehmen mit den vier Großmächten zu setzen. Beim Volke war es übrigens als „das Ministerium des Auslands" sehr unbeliebt, wozu die heftige Opposition Thiers' gegen seinen glücklicheren Nebenbuhler Guizot viel beitrug. Jener hatte als Minister sich eine selbständige Stellung zu bewahren gewußt und den Satz aufgestellt: le roi règne, mais il ne gouverne pas; Guizot gieng auf das verknöcherte System des alternden Königs mit der ganzen Zähigkeit eines zwar ehrenwerthen Charakters, aber unverbesserlichen Büreaukraten ein.

Ein günstiges Feld kriegerischer Thätigkeit gewährte der Julimonarchie die Eroberung Algiers, eine Erbschaft, welche sie von den

Bourbonen angetreten hatte. Wenn auch diese neue Provinz den Franzosen, welche im Kolonisiren keine großen Meister sind, wenig eintrug, vielmehr Geld und Leute in Menge verschlang, so war doch der Kampf mit den fanatischen Beduinen- und Kabylenstämmen für die Soldaten eine treffliche Kriegsschule und zugleich der Regierung ein willkommener Ableitungskanal für die aufgeregte und rauflustige Pariser Jugend. Hier bildeten sich die Generale des zweiten Kaiserreichs, das kaum einen Militär von Bedeutung aufzuweisen hatte, der nicht in Algerien seine Sporen verdient hätte. Unter den Arabern ragte der Emir Abdel Kader, ein zweiter Jugurtha, weit über alle hervor. Priester und Heerführer zugleich, genoß er unter seinen Landsleuten ein unbegrenztes Vertrauen und wußte bei seiner Schlauheit und Ortskenntniß mehrere Jahre lang gegen die französischen Generale sich zu behaupten. Kaum war er geschlagen, kaum hieß es, er sei vernichtet, so rückte er wieder mit neuen Streitkräften heran und ergriff eine respectable Offensive. Unter Marschall Clauzel wurde 1835 Mascara, Abdel Kaders Residenz, erobert, aber die Unternehmung auf Konstantine, das alte Cirta, mißlang. Erst bei der zweiten Expedition, 1837, wurde die Stadt, nachdem General Damrémont am ersten Tage des Sturmes gefallen war, am 13. Oktober von General Valée erstürmt. Zur Zeit des orientalischen Krieges knüpften sich für Frankreich an diese neue Besitzung in Nordafrika weit aussehende Plane. Um so heftiger entzündete sich auch die Eifersucht Englands, dessen Umtrieben man es auch zuschrieb, daß 1839 die Araber in großen Massen zum heiligen Krieg gegen die Franzosen auszogen und bis vor die Thore Algiers streiften. Da erhielt 1841 General Bügeaud den Oberbefehl, und unterstützt von tüchtigen Officieren, wie Oberst Lamoricière, Changarnier, gab er dem Kriege eine überraschende Wendung. Abdel Kader wurde, nachdem der Herzog von Aumale, des Königs vierter Sohn, dessen Smalah (wanderndes Hoflager) erbeutet hatte, und mehrere Stämme von ihm abgefallen waren, aus Algerien verdrängt und mußte bei Kaiser Abderrhaman von Marokko Schutz suchen. Dieser ließ sich zum Kriege verleiten und schickte seinen Sohn mit einem Heere ab. Aber während der Prinz von Joinville mit der französischen Flotte die Festungswerke von Tanger und Mogador beschoß und zerstörte, erfocht Bügeaud bei dem Flusse Isly am 14. August 1844 einen glänzenden Sieg und zwang den Kaiser zum Frieden. Der Krieg wurde von dem

unermüdlichen Abdel Kader fortgeführt und auf beiden Seiten abscheuliche Grausamkeiten begangen. Es erregte einen Sturm des Unwillens in Europa, als bekannt wurde, daß der Oberst Pelissier (im Krimkrieg Herzog von Malakow) eine große Anzahl von Arabern mit Weib und Kind in einer Höhle, in welche sie sich geflüchtet hatten, ersticken ließ, ein Verfahren, das freilich der Kriegsminister Soult, der an napoleonische Blutdekrete gewöhnt war, sehr in der Ordnung fand. Und als endlich 1847 Abdel Kader, von allen verlassen und von allen Seiten bedrängt, sich an Lamoricière ergab, unter der Bedingung freien Abzugs nach Syrien oder Aegypten, welche Bedingung der Herzog von Aumale, Bügeauds Nachfolger in der Statthalterschaft, eingieng, bestätigte der königliche Vater den Vertrag seines Sohnes nicht, sondern ließ Abdel Kader nach Frankreich führen, wo er mehrere Jahre lang zu Amboise in strenger Haft gehalten wurde. Der Kaiser Napoleon ließ ihn 1852 frei, gegen das Versprechen, in der Stadt Brussa in Kleinasien sein Leben zuzubringen, und wies ihm einen Jahrgehalt an. Dort lebte er in Zurückgezogenheit bis zum Jahr 1855, wo die Stadt durch ein Erdbeben zerstört wurde. Darauf wählte er Damaskus zu seinem Aufenthaltsort, wo er sich im Jahre 1860 bei den Greuelthaten der Drusen und Türken gegen die Christen mit aller Energie der letzteren annahm, daher ihm Napoleon das Großkreuz der Ehrenlegion überschickte.

Der Tod des allgemein geachteten und beliebten Herzogs von Orleans war das erste Memento mori für die Julidynastie. Er fuhr am 13. Juli 1842 nach dem Schloß Neuilly, um sich vor seiner Abreise nach dem Lager bei St. Omer von seiner Familie zu verabschieden. Die Pferde wurden scheu, er sprang aus dem Wagen, wurde auf das Pflaster geschleudert und war nach 4 Stunden todt. Von seinen zwei Söhnen war der ältere, der Graf von Paris, erst vier Jahre alt, und man machte sich daher, da Louis Philipp schon 69 Jahre alt war, auf eine lange Vormundschaft gefaßt. Auf den Vorschlag der Regierung wurde, für den Fall des Ablebens des Königs, nicht der beliebten Herzogin Helene von Orleans (angeblich wegen ihres Protestantismus), sondern dem wegen seiner aristokratischen Neigungen unpopulären Herzog von Nemours von der Kammer die Regentschaft übertragen. Einigen Ersatz für den Verlust des ältesten Sohnes schien dem König die Vermählung seines jüngsten Sohnes, des Herzogs von Montpensier, mit der Infantin Luise Fernanda zu gewähren

(1846). Aber dieses Bündniß, welches den Orleans den spanischen Thron in Aussicht stellte, lockerte das nach der orientalischen Frage wiederhergestellte gute Einvernehmen mit dem englischen Kabinet, welches dem König diplomatische Unehrlichkeit vorwarf. Auch bei anderen Gelegenheiten fielen dunkle Schatten auf die Julimonarchie. Zwei frühere Minister, der Präsident des Kassationshofs Teste, vorher Minister der öffentlichen Arbeiten, und der ehemalige Kriegsminister Cubières wurden 1847 wegen groben Unterschleifs und Bestechlichkeit angeklagt und verurtheilt. Einen noch schlimmeren Eindruck machte die Ermordung der Tochter des Marschalls Sebastiani durch ihren eigenen Gatten, den Herzog von Praslin. Und als sich dieser im Gefängniß der Verurtheilung durch Gift entzog, hieß es, die Regierung habe ihm dazu verholfen, um dem Volke nicht das Schauspiel der Enthauptung eines Herzogs geben zu müssen. Es war schwer, den Beweis herzustellen, daß der König und sein Regierungssystem für diese Verbrechen verantwortlich sei; aber die Legitimisten und die Republikaner wiesen auf einen inneren Zusammenhang zwischen diesen und jenen hin und erklärten solche Verbrechen für die Folgen des herrschenden Systems. Der König, hieß es, setze allerdings seinen Willen nur durch die Kammer durch, gebe sich aber dabei dem Wahne hin, als sei diese Kammermajorität der Ausdruck des Volkswillens. Wo die Wahlbezirke durch Aussichten auf Anlegung von Straßen und Eisenbahnen zur Erwählung der ministeriellen Kandidaten und diese selbst durch Anhäufung von einträglichen Stellen und Würden für sich und ihre Familie zur unbedingten Folgsamkeit, zu einem Mitgehen durch Dick und Dünn verleitet würden, da seien, zumal wenn nur die wohlhabende Klasse das Wahlrecht habe, die Volksrepräsentanten nicht mehr Repräsentanten des Volks, und wer als König auf ihre Stimme höre, höre nicht mehr des Volkes Stimme, sondern seine eigene.

In dieser Lage war Louis Philipp und das Ministerium, in welchem seit September 1847, seit Soults Rücktritt, Guizot das Präsidium führte. Sein Gegner und Rivale Thiers versäumte nicht, ihn in der Kammer schonungslos anzugreifen, die von oben ausgehende zunehmende Korruption aufzudecken und auf die Schmach hinzuweisen, mit welcher er durch seine Parteinahme für den Sonderbund und die Jesuiten in der Schweiz das Land bedeckt habe. Weder er noch Odilon Barrot, welcher die Errungenschaften von 1789 bewahrt wissen wollte, war für den Sturz der Dynastie, nicht einmal für allgemeines

Stimmrecht. Im Gegensatz zu dem Advokaten Ledru-Rollin, welcher die Fahne der rothen Demokratie aufpflanzen wollte, und dem Dichter Lamartine, welcher mit verschwommenen Gleichheitsphrasen um sich warf, vereinigten sich jene beiden zur Opposition gegen das Ministerium und den Radikalismus zugleich. Sie wollten die Monarchie stützen und einer neuen Revolution vorbeugen, was nur durch eine Wahlreform möglich war. Daher stellten sie einigemal einen Antrag in der Kammer, wonach der Census für die Wahlbefähigung herabgesetzt, die Zahl der Abgeordneten vermehrt und alle abhängigen, absetzbaren Beamten aus der Deputirtenkammer ausgeschlossen werden sollten. Jedesmal widersetzten sich die Minister dem Antrag, und die Mehrheit der Kammer verwarf ihn. So glaubten sie sich unmittelbar an das Volk wenden und durch dieses auf Kammer und Minister einen Druck ausüben zu müssen. Dies gab Veranlassung zu den „Reformbanketten", wo Oppositionsmitglieder und Journalisten sich mit Leuten aller Stände bei einem Festmahle vereinigten, um in der Erinnerung an die Revolution von 1789 und 1830 von Volkssouveränetät, von Bekämpfung des Regierungssystems, von der Sorge für die arbeitenden Klassen zu sprechen und eine Petition für Wahlreform zu unterzeichnen. Diese Bankette, deren erstes am 9. Juli 1847 in der Nähe von Paris abgehalten wurde, fanden im ganzen Lande Anklang und steigerten die Aufregung.

In der Kammer, welche am 28. December 1847 eröffnet wurde, gieng es sehr stürmisch her. Die Thronrede sprach von den „feindseligen und blinden Leidenschaften" der Opposition und ließ sich so wenig als die Kammermajorität auf eine Wahlreform ein. Daher entschloß sich die Opposition, am 22. Februar in Paris selbst ein Reformbanket zu halten, machte Vorbereitungen im größten Stil, lud die Nationalgarde ein, unbewaffnet, aber in Uniform von der Place Madeleine bis zu dem Festort in den elysëischen Feldern Spalier zu bilden, scheinbar zur Aufrechterhaltung der Ordnung, in Wahrheit aber um auch die Nationalgarde für die Reform zu gewinnen und durch die Oeffentlichkeit der Sache einen Blitz unter die Massen zu werfen. Aber der Minister des Innern, Graf Duchatel, verbot diese Schaustellung der Nationalgarde und drohte mit militärischem Einschreiten, worauf die Opposition, deren gemäßigter Theil keinen bewaffneten Zusammenstoß wollte, den Plan eines Reformbankets ganz aufgab und dem Präsidenten der Deputirtenkammer eine von 54 Abgeordneten unter-

zeichnete Schrift überreichte, wonach das Ministerium wegen Verraths an den Grundsätzen von 1830 in Anklagestand versetzt werden sollte.

Damit war dem Volke, welches sich auf ein großes Spektakelstück gefaßt gemacht hatte, schlecht gedient. Zum Theil von dem Abstellen des Bankets gar nicht unterrichtet, versammelte es sich am 22. Februar in Masse auf den Straßen, sang die Marseillaise und rief wiederholt: „Es lebe die Reform!“ Nieder mit Guizot!“ Wenn der König an diesem Tage das Ministerium entließ, den Reformer Odilon Barrot berief und die Wahlreform zu seinem Programm machte, so war seine Dynastie gerettet. Er that nichts von all dem, ließ die Bewegung anwachsen und war erst dann zum Nachgeben bereit, als es schon zu spät war. „Keine Koncessionen mehr!“ hatte Karl X. gesagt. Auch Louis Philipp dachte so, und als er sie endlich nothgedrungen tropfenweise machte, wurden ihm keine mehr gemacht. Es ist merkwürdig, wie wenig Verständniß der sonst so unterrichtete König in diesen Februartagen zeigte, wie wenig Gedächtniß er für die Lehren der Geschichte, für die Ereignisse von 1830 hatte, zu welchen er nun eben ein Seitenstück liefern sollte. Auf seine korrumpirte Kammermajorität gestützt, glaubte er, durchaus auf legalem Boden zu stehen, die Charte immer noch eine Wahrheit nennen und seine Lage von der Karl's sehr unterscheiden zu dürfen. Es war allerdings ein Unterschied. Ordonnanzen und Kammerbeschlüsse sind nicht einerlei. Für das Volk aber war es ganz gleichgiltig, ob seine eingebildete Souveränetät durch Ordonnanzen oder durch Kammerbeschlüsse beschränkt wurde. Darin lag die Kurzsichtigkeit des alten Königs.

Dritter Zeitraum.

1848—1863.

Februarrevolution und ihre Folgen. Das zweite Kaiserreich und seine Uebermacht in Europa.

§. 15.

Die Februarrevolution, die französische Republik und das Kaiserreich.

Die Führer der geheimen Gesellschaften waren zum Losschlagen bereit. Sie wollten nur zuvor sehen, wie weit sich die Masse des

Volks dafür begeistern lasse, und welche Partei die Nationalgarde ergreife. Natürlich ließen sie es an Hetzen und Schüren nicht fehlen. Einer ihrer Leute, Charles Lagrange, welcher sich schon bei dem Lyoner Aufstand von 1834 als gewandter Revolutions-Regisseur gezeigt hatte, hatte für sein Rachecorps die Rollen bereits gehörig einstudirt. Schon am 22. Februar wurden einige Barrikaden errichtet, und es fanden Straßenkämpfe statt. Sie nahmen am 23. schon eine bedenklichere Gestalt an, besonders da die Nationalgarde nicht nur die Linientruppen nicht unterstützte, sondern selbst auch in die Rufe: „Nieder mit Guizot!“ einstimmte. Dies bewog den König, das Ministerium Guizot zu entlassen und den Grafen Molé mit einigen Mitgliedern des linken Centrums zu berufen. Obgleich die Ernennung Molé's, der sich in seinen Regierungsprincipien von Guizot nicht sehr unterschied, ein Mißgriff war und nur Odilon Barrot, der Führer der Reformpartei, damals noch der andrängenden Flut gewachsen war, so bewirkte doch schon die am Nachmittag des 23. bekannt gewordene Entlassung Guizots eine augenblickliche Einstellung der Feindseligkeiten und Abends die freiwillige Beleuchtung eines Theils der Stadt. Die Ruhe schien wieder hergestellt.

Nachts zehn Uhr wogte die Menge auf den erleuchteten Boulevards lärmend und singend hin und her. Lagrange mit seiner wilden Rotte war dabei. Eine rothe Fahne und Fackeln wurden vorausgetragen, Weiber und Kinder folgten. Dem Justizminister Hebert warfen sie die Fenster ein. Dann gieng es nach dem Ministerium des Auswärtigen, um auch Herrn Guizot eine Aufmerksamkeit zu erweisen. Dort stand ein Wachposten von etwa 50 Mann. Plötzlich fiel aus der Volksmenge (man sagt, von Lagrange mit voller Berechnung des Erfolgs) ein Schuß, der Posten hielt dies für einen Angriff und gab eine volle Salve auf den dichtgedrängten Haufen. Bestürzt stob alles auseinander; aber gegen 50 Todte und Verwundete blieben auf dem Platz, wurden von den Beherzteren geholt, auf Karren geladen und unter dem Geschrei: „Mord! Verrath! zu den Waffen!“ durch die Straßen geführt. Die Sturmglocke ertönte, in allen Theilen der Stadt wurden Barrikaden errichtet, Tausende von Bewaffneten hielten sie besetzt.

Am Morgen des 24. erschien eine von Odilon Barrot und Thiers, als den neuen Ministern, unterzeichnete Proklamation, welche die Auflösung der Kammer und die Ernennung des beliebten Generals

Lamoricière zum Befehlshaber der Nationalgarde verkündigte. Es war umsonst. Ein Aufruf des radikalen Blattes „Réforme“ sagte: „Louis Philipp läßt das Volk zusammenschießen wie Karl X. Schicken wir ihn seinem Vorgänger nach!“ Die Linientruppen, welche schon 36 Stunden im Dienst waren, mit Lebensmitteln nicht gehörig versorgt wurden, als ihren Oberbefehlshaber bald den einem solchen Aufstand allein gewachsenen Marschall Bugeaud, Herzog von Isly, nennen hörten, bald den altersschwachen Marschall Gérard, blieben größtentheils unthätig, sahen der Wuth des Vulkans zu, zumal da der Proklamation zufolge der Befehl zum Einstellen des Feuers gegeben war. So gelang es der Menge, Vormittags zwischen 10 und 11 Uhr, das Palais Royal, ein Privateigenthum der Familie Orleans, zu nehmen und alle Kostbarkeiten desselben zu zertrümmern. Der gegenüberstehende Wachposten, welcher seine Gewehre nicht abliefern wollte, wurde niedergemetzelt. Darauf gieng es gegen die Tuilerien.

Dort war schon alles in Auflösung begriffen. Der Redakteur der Presse, Emil Girardin, trat unangemeldet ein und verlangte zur Rettung des Thrones die augenblickliche Abdankung des Königs. Seine Gemahlin widersetzte sich aufs entschiedenste; andere, besonders auf eine sehr unangenehme Weise der Herzog von Montpensier, sprachen zu; Bugeaud, welcher bereits einen vollständigen Angriffsplan entworfen hatte, drang noch im letzten Moment auf einen Kampf auf Leben und Tod; endlich schrieb Louis Philipp die Abdankungsurkunde zu Gunsten seines Enkels, des Grafen von Paris. Die Nachricht wurde schnell überallhin verbreitet, konnte aber das Austoben der Leidenschaften nicht mehr hindern. Als der König in bürgerlicher Kleidung, den runden Hut auf dem Kopf, seiner Gemahlin den Arm reichte, um in seinem Alter aus der Fülle des Glücks in das Land der Verbannung zu wandern, war alles, selbst mancher Soldat, erschüttert. „Das ist Ihr Werk, mein Herr! Sie haben es so weit gebracht! Sie verdienten nicht, einen so guten König zu haben,“ sagte zu Thiers die Königin, mit richtigem Instinkt erfassend, daß sein Antrag auf Wahlreform den ersten Anstoß zur Revolution gegeben habe. Zu Fuß gieng das Königspaar mit der Herzogin von Nemours und deren Kindern durch den Tuileriengarten nach der Place de la Concorde, bestieg dort zwei bereitstehende Fiaker und fuhr nach St. Cloud, traf dort bald darauf seine zwei Kinder, den Herzog von Montpensier und die Herzogin Clementine von Koburg, und diese

alle fuhren noch am nämlichen Tage über Trianon nach dem Schlosse Dreux, wo der König einige Tage ausruhen zu können hoffte.

Die Herzogin von Orleans war auf seinen Befehl zurückgeblieben, um das Interesse ihres Sohnes zu wahren. Auf den Rath Dupin's begab sie sich, in Begleitung ihrer beiden Söhne und des Herzogs von Nemours, zu Fuß in die Deputirtenkammer. Kaum hatte sie die Tuilerien verlassen, so drangen die Barrikadenkämpfer unter dem Rufe: „Es lebe die Republik!" ein und ließen ihrer Zerstörungswuth freien Lauf. Von den Deputirten wurde die Herzogin achtungsvoll empfangen, und Dupin forderte mit zaghafter Stimme die Versammlung auf, den Grafen von Paris als König und die Herzogin als Regentin auszurufen. Aber aus Furcht vor dem in immer größeren Haufen eindringenden Volke wagte die Kammer nicht, für das Königthum ihre Stimme zu erheben, und selbst die auf Rührung berechneten Worte Odilon Barrots: „Das Julikönigthum beruht jetzt auf dem Haupte einer Frau und eines Kindes" hatten keine Wirkung. Und um es ja zu keinem Beschlusse kommen zu lassen und unter den Anhängern der Monarchie eine Spaltung hervorzurufen, erklärte der republikanische Abgeordnete Marie, daß nach dem von den Kammern genehmigten Gesetz nicht die Herzogin von Orleans, sondern der Herzog von Nemours zur Regentschaft berufen sei, stellte aber dennoch, als ob dies konsequent wäre, einen Antrag auf Einsetzung einer provisorischen Regierung. Die Galerien klatschten Beifall. Neue Haufen drangen ein. Betrunkene Blusenmänner, die sich in die Keller der Tuilerien verirrt hatten, brachen mit der Gewalt eines austretenden Stromes in den Saal und schrieen: „Nieder mit der Regentschaft! Nieder mit den Bourbons, den neuen wie den alten! Nieder mit der bestochenen Kammer! Nieder mit allen Verräthern!"

Dies war die Todesstunde der Julimonarchie, in diesem Moment war alles verloren. Nachdem Guizot gestürzt, der König zur Abdankung genöthigt war, hätte die Kammer durch ihr Votum die Monarchie retten können, wie dies 1830 der Fall war. Aber damals war die Mehrheit der Kammer und das Volk eins, diesmal uneins; jene wurde diesmal als Mitschuldige des verhaßten Regierungssystems angesehen, durfte in ihrem Schuldbewußtsein selbst nichts wagen; somit wurde sie von der nämlichen Volksgewalt, welche den Thron in den Tuilerien in Stücke brach, widerstandslos weggefegt und hatte so gut als das Königthum zu regieren aufgehört. Als

jene von Pulverdampf geschwärzten Arbeitergestalten, trunken von den köstlichen Schloßkellerweinen, in den Sitzungssaal hereinbrachen, gab es keine Monarchie und keine Kammer mehr, die Ansprüche des Grafen von Paris standen nicht höher im Kurs als in den letzten Julitagen von 1830 die des Herzogs von Bordeaux. Die meisten Abgeordneten flohen eilends, die Herzogin mit ihren Kindern mußte sich durch das ungeheure Gedränge Bahn brechen, wurde einigemal fast erdrückt, ihre Kinder von ihr gerissen, sie selbst nur durch die Aufopferung ihrer Begleiter in den Garten und von da in das nahe Haus des Präsidenten Sauzet gerettet. Sie war in Verzweiflung über ihre Kinder. Der Graf von Paris fand sich bald wieder ein, nachdem man ihn mit Mühe der fürchterlichen Umarmung eines mordlustigen Kerls entrissen hatte. Die Auffindung des jüngeren Sohnes, des 7jährigen Herzogs von Chartres, kostete die unglückliche Witwe eine bange Nacht und einen bangen Tag. Das arme Kind war nahe daran, in dem Gedränge zerdrückt und zertreten zu werden, wurde durch einen Thürsteher der Kammer gerettet und am folgenden Tage der Mutter in das Schloß Ligny, wohin sie sich begeben hatte, gebracht. Bald darauf reiste sie mit ihren Kindern über Belgien nach Deutschland. Der Herzog von Nemours hatte sich in ein Hintergebäude gerettet, und, seiner Unpopularität sich bewußt, suchte er in der Kleidung eines Nationalgardisten zu entkommen.

Als Louis Philipp am Morgen des 25. Februar erfuhr, daß in Paris die Republik ausgerufen worden sei, hielt er es nicht mehr für sicher, im Schlosse zu Dreux länger zu verweilen. Während die übrige Familie auf anderen Wegen ihrem künftigen Asyl zusteuerte, begab sich der König mit seiner Gemahlin, mit erborgtem Geld und falschem Paß, nach der Küste der Normandie, um auf einem Fischerboot nach England überzuschiffen. Das stürmische Wetter erlaubte dies nicht, und so mußte er sich zur Reise nach Havre entschließen trotz der Gefahr, erkannt zu werden. Aber man legte seiner Abreise so wenig Hindernisse in den Weg als früher der Karls X. In Havre schiffte er sich auf dem englischen Postschiff ein und kam glücklich nach England, wo nach und nach auch die übrigen Mitglieder seiner Familie anlangten, am spätesten der Prinz von Joinville und der Herzog von Aumale. Jener befehligte damals die Flotte im Mittelmeer, dieser stand als Statthalter von Algerien an der Spitze von 100,000 Mann. Der provisorischen Regierung war es anfangs

beim Gedanken an die große Macht der beiden Prinzen nicht ganz wohl; als aber ganz Frankreich dem Beispiele der Hauptstadt folgte und für die Republik sich entschied, war an eine militärische Restauration von Algerien aus nicht mehr zu denken. Die Prinzen legten ihr Kommando nieder und reisten über Gibraltar nach England. Dort nahm die königliche Familie ihren Aufenthalt zu Claremont, welches dem Schwiegersohn des Königs, dem König Leopold von Belgien, gehörte. Louis Philipp starb dort am 26. August 1850 in einem Alter von 77 Jahren. Auch Guizot und den übrigen Ministern war es gelungen, sich ins Ausland zu flüchten.

Die Republikaner und Socialisten waren es, welche durch einen kecken Handstreich die Julimonarchie stürzten, während die intelligentesten Gegner des Guizot'schen Systems sie zu erhalten wünschten. Da aber die Intelligenz sich selten auf die Barrikaden wirft, so giengen diesmal die Barrikadenmänner über sie hinweg und setzten auf einige Zeit ihren Willen durch. Die Sache entschied sich bei jener Ueberrumpelung der Deputirtenkammer. Dort gieng es nach der Flucht der Herzogin von Orleans aufs tollste her. Ein Metzgergeselle schritt, mit blutiger Schürze und einem Schlächtermesser in der Hand, gravitätisch in der Mitte des Saales auf und ab. Ein Blusenmann legte sein Gewehr auf den Präsidenten, ein anderer auf Lamartine an. Es war lebensgefährlich, höher als die Menge stehen zu wollen. Der alte Republikaner Dupont de l'Eure verschaffte sich endlich auf dem Präsidentenstuhle einiges Gehör. Die schwierige Aufgabe, eine provisorische Regierung zu bilden, wurde von Lamartine gelöst. Er ließ sämtliche Anwesende: Abgeordnete, Nationalgardisten, Studenten und Blusenmänner die Personen ihres Vertrauens niederschreiben, nahm diese Stimmzettel in Empfang, stellte aus ihnen nach eigenem Ermessen eine Liste zusammen und überreichte diese Dupont, welcher sie unter allgemeinem Beifall vorlas. Es waren die Namen: Dupont de l'Eure, Lamartine, Arago, Marie, Garnier-Pagès, Ledru-Rollin und Crémieux. Diese provisorische Regierung beeilte sich, nach dem Stadthaus sich zu begeben und durch dessen Besitznahme den Antritt ihrer Regierung anzukündigen. Es war hohe Zeit. Denn als sich die sieben Regierungsherren in Begleitung einiger hundert Bewaffneten durch die unermeßliche Volksmenge, welche das Stadthaus und dessen Umgebung anfüllte, hindurchdrängten und in einem kleinen Zimmer ein Unterkommen fanden,

zeigte es sich, daß in den Redaktionszimmern der beiden Journale „Résorme“ und „National“ ebenfalls eine provisorische Regierung eingesetzt worden war. Es befanden sich darunter die nämlichen Namen wie auf der Liste Lamartines, aber auch noch fünf andere. Man half sich damit, daß man diese fünf als Sekretäre der provisorischen Regierung annahm. Aber nur einer von ihnen, Pagnerre, der Hauptverleger republikanischer Schriften, begnügte sich mit dieser untergeordneten Rolle, die anderen: Flocon und Armand Marrast, die Redakteure der obengenannten Journale, Louis Blanc, der Wortführer des Socialismus, und Albert, als Schlossergeselle der Repräsentant des Arbeiterstandes, stiegen bald von bloß berathenden Mitgliedern zu beschließenden auf.

Kaum war die neue Regierung unter der Präsidentschaft Dupont's eingesetzt, so drohte ihr am 25. Februar, wo gegen 30,000 Bewaffnete das Stadthaus umgaben, die Gefahr, von der rothen Republik überflutet zu werden. Wie 1789 der dritte Stand sich die Herrschaft errang, so wollte jetzt der vierte Stand des Steuerruders sich bemächtigen. Diese von socialistischem und kommunistischem Wirrwarr ergriffene Volksmenge schrie: „Es lebe die demokratische und socialistische Republik!“ und einer aus ihrer Mitte, ein Fabrikarbeiter, drang in das Sitzungszimmer der provisorischen Regierung ein, schlug mit dem Kolben seines geladenen Gewehrs auf den Boden, daß das ganze Zimmer erzitterte, und verlangte im Namen des Volkes „Einführung der Gütergemeinschaft, Errichtung einer Proletarierregierung und Annahme der rothen Fahne und Kokarde anstatt der dreifarbigen.“ Es ist hauptsächlich das Verdienst Lamartines, welcher in diesen Tagen neben einer volksthümlichen, hinreißenden Beredsamkeit bewundernswerthe Geistesgegenwart und Todesverachtung zeigte, daß aus der Februarrevolution nicht eine Pöbelherrschaft hervorgieng. Das erste Dekret der Regierung enthielt eine Bestätigung der Republik, welche am 27. Februar auf dem Bastilleplatz in Gegenwart von Hunderttausenden feierlich verkündigt wurde. Die Straßen von Paris nahmen allmählich wieder ein menschlicheres Ansehen an, während die Trümmer des geplünderten und angezündeten königlichen Schlosses von Neuilly noch rauchten, bei welchem Autodafé einige Plünderer in den Kellern sich selbst allzusehr vergaßen und mitverbrannten.

Bei solch zudringlichen Elementen war die Aufgabe der Regierung eine ungeheure. Mit ihrer Anerkennung des sogenannten „Rechts

auf Arbeit" hatte sie sich die Pflicht auferlegt, „den Unterhalt des Arbeiters durch Arbeit zu gewährleisten," und jeder, der keine Arbeit hatte oder auch keine wollte, verlangte nun von der Regierung ebenso seinen Unterhalt wie ein Beamter. Natürlich stockte in diesen unruhigen Zeiten aller Handel, alles Gewerbe, der Zuzug nach Paris vermehrte sich und ebendamit die Zahl der brotlosen Arbeiter. Dies führte zur Errichtung von „Nationalwerkstätten", in welchen jedermann Arbeit und Lohn vom Staate geboten wurde. Diese Arbeiten, an welchen sich bald gegen 100,000 Menschen, selbst Gelehrte und Künstler, betheiligten, beschränkten sich auf nutzlose Erdarbeiten in Paris und einigen anderen großen Städten und liefen zuletzt auf vollständigen Müßiggang hinaus. Wenn diese Wirthschaft ein paar Monate fortdauerte, so war der finanzielle und moralische Bankerott nicht erst vor der Thüre, sondern schon da. Es sah ohnedies in der Staatskasse trostlos genug aus, so daß der Finanzminister sich genöthigt sah, die direkten Steuern um 45 Procent zu erhöhen, eine Maßregel, wodurch die Begeisterung des Landvolks für die Republik bedeutend abgekühlt wurde. Und doch glaubte der vierte Stand, der Staat sei nichts anderes als eine Experimentirmaschine für die verschrobenen und hirnverbrannten Köpfe der Kommunisten. Im Palast Luxemburg, wo früher die Pairskammer der um sich greifenden Monarchie ihren Weihrauch streute, tagte nun unter dem Vorsitz des „Apostels" Louis Blanc ein „Arbeiter-Parlament", das meist aus Handwerksgesellen und Taglöhnern bestand und über die nationalökonomische Frage debattirte, wie man bei weniger Arbeit einen größeren Unterhalt sich verschaffen könne. Die Schlagwörter: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit waren hier an der Tagesordnung, und jeden Augenblick mußte man sich darauf gefaßt machen, den offensten und rohesten Kommunismus durch dieses Parlament von der Theorie in die Praxis übergetragen zu sehen. Zu diesem Zwecke hetzten die demokratische Presse und die politischen Klubs das Volk täglich mehr auf. Eine Menge von neuen Zeitungen war entstanden, mehrere hundert Klubs hatten sich in Paris gebildet, da nicht bloß die alten Revolutionäre wie Barbès, Blanqui, Cabet, Raspail u. s. w., sondern auch unbekanntere Namen ihr kleines Parlament um sich versammeln wollten. Sie waren die geschworenen Gegner jeder staatlichen Ordnung und machten daher mehrere Versuche, die provisorische Regierung zu stürzen und die Wahl der Nationalversammlung, die

auf den Monat April ausgeschrieben war, hinauszuschieben. Denn das merkten sie wohl, daß sie in dieser nicht die Mehrheit haben würden, und daß sie diese als den Ausdruck des Nationalwillens weit schwieriger bei Seite werfen könnten. Aber weder am 16. März noch am 16. April gelang es den Socialdemokraten, wie sich die vereinigten Ultrarepublikaner und Socialisten nannten, trotz der Entfaltung ihrer ungeheuren Massen, ihren Willen durchzusetzen. Die neugeschaffene Mobilgarde und die Nationalgarde und die Festigkeit Lamartines trugen den Sieg davon.

Die verhängnißvollen Wahlen zur Nationalversammlung rückten heran. Durch ein Dekret der provisorischen Regierung war jeder Franzose mit dem 21. Jahre wahlberechtigt, mit dem 25. wählbar. Die Zahl der Abgeordneten wurde auf 900 festgesetzt, je auf 40,000 Einwohner einer. Das Ergebniß der Wahlen beurkundete eine glänzende Niederlage der Socialdemokraten. Die Sitzungen wurden am 4. Mai eröffnet, die am 24. Februar ausgerufene Republik noch einmal als die bleibende Staatsform Frankreichs proklamirt, die Abdankung der provisorischen Regierung und der Bericht über ihre Wirksamkeit entgegengenommen. Der Vorschlag, die Regierungsgewalt vorläufig einem einzigen Manne, und zwar dem so populären Lamartine zu übertragen, welcher in 10 Wahlbezirken gewählt worden war und im ganzen über 2 Millionen Stimmen erhalten hatte, wurde von diesem selbst abgelehnt, da er sich vor den drastischen Mitteln, um die sich erhebende Opposition niederzuwerfen, fürchtete. Daher wählte die Nationalversammlung am 10. Mai eine aus fünf Mitgliedern bestehende „Exekutivkommission". Ihre Wahl fiel auf Arago, Garnier-Pagès, Marie, Lamartine, Ledru-Rollin. Sie hatten bis zur Vollendung der zu berathenden Verfassung durch ein verantwortliches Ministerium die Regierung zu führen. Arago hatte als Erstgewählter den Vorsitz in der Exekutivkommission; die folgenreichste Ernennung war die Cavaignacs zum Kriegsminister.

Diesem sich wieder ordnenden Staatswesen gegenüber beschloßen die Klubs, die Nationalversammlung samt der Exekutivkommission zu sprengen und eine socialdemokratische Diktatur einzusetzen. Die Ueberreichung einer Monsterpetition um Wiederherstellung eines freien, selbständigen Polens bildete den Vorwand, unter welchem am 15. Mai eine Masse von 100,000 Köpfen, unter ihren Führern Blanqui, Raspail, Sobrier und Huber, sich auf dem Bastilleplatz versammelte und

gegen den Palast der Nationalversammlung anmarschirte. Betrunkene Menschen mit wilden Mordgesichtern drangen in den Sitzungssaal, alles schrie hin und her, Huber erklärte „im Namen des von seinen eigenen Vertretern betrogenen Volkes“ die Versammlung für aufgelöst, diese räumte den Platz, und die siegreiche Revolte setzte eine neue Regierung ein. Die Nachricht von dem Anmarsch von Truppen störte sie in ihrem Geschäft, daher sie sich eiligst nach dem Stadthause begaben, dort eine Regierung unter Louis Blanc, Blanqui, Ledru-Rollin, Raspail, Proudhon, Albert, Barbès und 4 anderen bildeten und eine Kriegserklärung an Rußland, Oestreich und Preußen abfaßten, falls diese sich der Wiederherstellung Polens widersetzen würden. Aber das Stadthaus wurde durch die Energie Lamartines von den rasch aufgebotenen Nationalgardisten wieder genommen und Raspail, Blanqui und ihre Mitverschworenen als Gefangene nach Vincennes geschickt. Um ähnlichen Aufständen gewachsen zu sein, erhöhte die Regierung die Besatzung von Paris auf 55,000 Mann, und diese wurden unter den Befehl des aus Algier zurückberufenen neuen Kriegsministers Cavaignac gestellt.

Die Ergänzungswahlen, welche in den ersten Tagen des Juni stattfanden, brachten neue, bedeutende Persönlichkeiten in die Nationalversammlung, wie Thiers, Changarnier, Viktor Hugo. Doch all diese Namen überragte ein einziger, welcher schon damals ganz Frankreich in Aufregung versetzte, und dies war der Name Louis Napoleons. In Paris und drei anderen Wahlbezirken zum Abgeordneten gewählt, war er bereit, dem Rufe Frankreichs zu folgen. Die Exekutivkommission aber erinnerte sich, daß seine Attentate von Straßburg und Boulogne ihn weniger zu einem Deputirten, als zu einem Prätendenten qualificirten, und beantragte daher, daß das 1832 gegen die Napoleoniden erlassene Verbannungsdekret gegen Louis Napoleon aufrecht erhalten werden sollte. Die Nationalversammlung, welche bereits die Zulassung seiner Vettern, der Söhne Jeromes und Lucians, genehmigt hatte, erklärte jedoch die Wahl Louis Napoleons für giltig. Dieser blieb, nachdem er bei einem kurzen Besuche in Paris die Regierung anerkannt hatte, vorerst noch in England, die Entwicklung der Verhältnisse aus der Ferne beobachtend.

Zunächst mußte sich die Frage der Nationalwerkstätten entscheiden. Die Zahl der eingeschriebenen Arbeiter war im Juni bis auf 117,000 gestiegen, von welchen jeder täglich 2 Franks erhielt. Der gänzlichen

Aufhebung sollten einige vorbereitende Maßregeln vorhergehen wie die Bestimmung, daß die Arbeit nur noch nach dem Stück bezahlt, und daß ein Theil der Arbeiter aus Paris entfernt und in entlegenen Provinzen beschäftigt werden sollte. Die Socialdemokraten wußten nun schon, woran sie waren, und rüsteten sich zu einem Kampf auf Leben und Tod. Aber auch die Regierung war gerüstet. Der Kriegsminister Cavaignac hatte für diese Straßenkämpfe einen förmlichen Feldzugsplan ausgearbeitet. Der Kampf, zu welchem die Aufständischen 40,000 Mann stellten, begann am 23. Juni am Thore St. Denis mit einem Angriff auf die Nationalgarde und nahm am 24. einen so bedenklichen Charakter an, daß die Nationalversammlung beschloß, Paris in Belagerungszustand zu erklären und die ganze vollziehende Gewalt dem General Cavaignac zu übertragen. Bis zum 26. dauerte der wüthende Kampf, in welchem mehr als 10,000 Menschen getödtet wurden, der General Brea trotz seiner Eigenschaft als Unterhändler von den Aufständischen schändlich ermordet, der Erzbischof Affre, welcher Worte der Versöhnung an sie richtete, tödtlich verwundet wurde. Mit der Beschießung der Vorstadt St. Antoine war der Sieg der Ordnungspartei entschieden. Es war der heftigste Straßenkampf, welchen Paris je gesehen hatte. 12—14,000 Empörer wurden gefangen genommen, und von diesen die der Theilnahme Ueberwiesenen zur Deportation nach einer transatlantischen Kolonie verurtheilt, die Anstifter an das Kriegsgericht verwiesen.

Zum Dank für die Rettung des Vaterlandes ernannte die Nationalversammlung am 28. Juni, nachdem die Exekutivkommission zurückgetreten war, den General Cavaignac zum Haupt der Exekutivgewalt und Kabinets-Präsidenten. Sofort bildete dieser ein neues Ministerium und ernannte den General Changarnier zum Oberbefehlshaber der Pariser Nationalgarde. Daß gegen die wilden Auswüchse der Republik nach diesen blutigen Junitagen eine Reaktion eintreten mußte, war natürlich. Die Nationalwerkstätten wurden geschlossen, die zügellosesten Klubs und Zeitungen unterdrückt, der Belagerungszustand verlängert. Die Nationalversammlung war in ihrer Mehrheit für eine kräftige Regierung und unterstützte Cavaignac. Die Debatten über die neue Verfassung kamen im November zum Abschluß. Der letzte Punkt derselben betraf die Frage, ob die Wahl des Präsidenten von der Nationalversammlung oder unmittelbar vom Volke ausgehen sollte. Das letztere wurde beschlossen, so treffend

auch der Dichter Felix Pyat die Folgen einer solchen Wahl vorausgesagt hatte. Am 12. November wurde die neue Verfassung feierlich auf dem Eintrachtsplatze verkündigt, und am 10. December sollte die Präsidentenwahl stattfinden. Louis Napoleon war am 26. Sept. zum erstenmal in der Nationalversammlung erschienen und hatte weder durch sein Aeußeres noch durch seine abgelesene Erklärung einen besonderen Eindruck hervorgebracht. Seine Freunde betrieben seine Kandidatur für die Präsidentenstelle mit aller Macht und schwatzten dem Landvolk vor, daß der Neffe des Kaisers als Präsident die auf die Grundsteuer geschlagenen 45 Procent aus seiner eigenen Tasche zurückbezahlen werde. Dieses Mittel wirkte ungemein, obgleich die Tasche des Neffen nur voll von Schuldbriefen war. Das Landvolk, welches die Februarrevolution, die Republik und was damit zusammenhieng, haßte, gab den Ausschlag, und so gieng aus dem Wahlkampf zwischen Cavaignac und Louis Napoleon der letztere als Sieger hervor. Er erhielt von 7,300,000 Stimmen, welche abgegeben wurden, 5,430,000, Cavgignac nur 1,448,000, und den Rest Ledru-Rollin, Raspail, Lamartine und Changarnier. So mächtig war noch bei der Menge das Zauberwort „Napoleon“. Manche waren auch deßwegen für ihn und gegen Cavaignac, weil dieser durch seine kraftvolle Bekämpfung des Juniaufstandes ein zu straffes Regiment in Aussicht stellte, während sie Napoleon für schwach und unfähig hielten und ihn für ihre Parteizwecke ausbeuten zu können hofften. Dieses seltsame Urtheil, wozu einige Excentricitäten den Anlaß gegeben haben mochten, konnte man damals fast überall in Frankreich und in der Schweiz hören. Die Enttäuschung sollte bald eintreten.

Am 20. December legte Cavaignac seine Stelle nieder, und Louis Napoleon wurde als Präsident der Republik ausgerufen und beeidigt. Er schwur, der einen und untheilbaren demokratischen Republik treu zu bleiben, und erklärte darauf: „Meine Pflichten sind mir vorgeschrieben, und ich werde sie als Ehrenmann erfüllen.“ Nach seiner Anrede gieng er auf Cavaignac zu, der wieder seinen Sitz als Abgeordneter eingenommen hatte, ergriff seine Hand und sagte: „General, ich bin stolz darauf, der Nachfolger eines Mannes zu sein wie Sie.“ Cavaignac dankte mit einer stummen Verbeugung. Der neue Präsident begab sich in Begleitung mehrerer Beamten der Nationalversammlung und vieler Militärpersonen nach dem ihm angewiesenen Palast Elysée Bourbon, wo ihn seine Ver-

wandten und Anhänger empfiengen und in ihm bereits ihren Souverän sahen.

Die konstituirende Nationalversammlung löste sich am 26. Mai 1849 auf, und die „gesetzgebende" eröffnete am 28. Mai ihre Sitzungen. Die Legitimisten und Orleanisten hatten hier die Mehrheit; die Republik war schon fast ein überwundener Standpunkt, was dem Präsidenten am meisten zu gut kam. Der tiefe Gegensatz zwischen ihm und der Volksvertretung wurde täglich unversöhnlicher. Die Socialdemokraten waren kaum mehr zu fürchten. Ihr Aufstand vom 13. Juni bei Gelegenheit des Antrags Ledru-Rollins, den Präsidenten und seine Minister wegen der Expedition gegen die römische Republik in Anklagestand zu versetzen, welcher Antrag in der Versammlung durchfiel, wurde von General Changarnier, dem Befehlshaber der Nationalgarde und Linientruppen in Paris, rasch und ohne viele Mühe unterdrückt. Ledru-Rollin mußte fliehen. Paris wurde in Belagerungszustand erklärt, die socialdemokratischen Blätter verboten, alle politischen Vereine, außer den Wahlversammlungen, aufgelöst. Durch diese fortwährenden Beschränkungen der Volksrechte und durch das unerquickliche Parteigezänke der einzelnen Coterien, welche so verschiedenen Zielen zusteuerten, verlor die Nationalvertretung an Beliebtheit und Achtung bei dem Volke. Der „Prinz-Präsident" benützte diese Stimmung und stellte sich bei jeder Gelegenheit als denjenigen hin, von welchem das Land, wenn es nur ihn allein regieren ließe, ein ganzes Füllhorn von Glück zu erwarten hätte. Von den Juni-Gefangenen wurden die meisten von ihm begnadigt, öfters Rundreisen im Lande gemacht und dabei immer viel von dem großen Oheim, von dem Glanz des alten Kaiserthums gesprochen. Gelegenheitlich ließ der verschlossene Mann auch seine geheimsten Wünsche durchblicken wie im Herbst 1851 in Lyon, wo er auf die Huldigungen der wohlhabenden Klassen sich zu der Erklärung herbeiließ, „er sei bereit, den Volkswillen zu vollziehen, möge derselbe Entsagung von ihm verlangen oder Beharrlichkeit." In der Normandie drückte er sich noch bestimmter aus und wies auf die großen Fehler der Verfassung hin. Für den größten derselben hielt er den Artikel 45, wonach die Dauer der Präsidentschaft auf 4 Jahre beschränkt war und der abgehende Präsident erst nach einem Zeitraum von 4 Jahren wieder gewählt werden durfte.

Diese Bestimmung durchkreuzte die ehrgeizigen Bestrebungen

Napoleons. Er veranlaßte daher einen Sturm von Petitionen um Revision der Verfassung. Zu einer solchen war gesetzmäßig ein von einer Mehrheit von drei Viertheilen gefaßter Beschluß der Nationalversammlung nöthig, und diese Mehrheit ließ sich nicht zusammenbringen. Nun wurde die Sache vor die Generalräthe der Departements gebracht, von welchen 80 unter 85 für die Revision sich aussprachen. Der Riß wurde immer bedenklicher. Eine Diktatur stand vor der Thüre; dies ahnte jedermann. Wer war der Auserkorene? Da die Volksvertretung und ihr Anhang zu sehr gespalten war, die einen an den Grafen Chambord (Herzog von Bordeaux), die andern an den Prinzen von Joinville oder an Changarnier, die Socialisten an Carnot dachten, so hatte Napoleon leichtes Spiel, sobald er vor extremen Schritten nicht zurückschreckte, was eben nicht seine schwache Seite war. Er handelte nach dem Göthe'schen Wort: „Und folgst du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.“ Die Soldaten und Officiere suchte er durch Bankette, wo Wein und Cigarren auf's reichlichste gespendet wurden, für sich zu gewinnen; dem unbeugsamen Changarnier hatte er das Kommando über die Pariser Armee genommen, durch häufigen Wechsel der Ministerien die berühmtesten Namen abgenützt, mit Odilon Barrot als Kabinetspräsidenten angefangen und mit seinem getreuen St. Arnaud als Kriegsminister geendigt. Der Plan gieng zunächst dahin, trotz des Artikels 45 Napoleon die Verlängerung seiner Präsidentschaft durch eine neue Volkswahl zu sichern. Der ausgesprochene Nationalwille, dachte man, habe doch mehr Kraft als ein papierner Paragraph. Zu diesem Zwecke ließ der Präsident die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts, das durch ein Gesetz vom 31. Mai 1850 etwas beschränkt worden war, beantragen. Die Nationalversammlung lehnte den Vorschlag ab und wollte, in Erwartung eines Bruches, die Verfügung über die bewaffnete Macht nicht dem Kriegsminister, wie dieser von den kommandirenden Generalen verlangte, sondern der Versammlung überlassen. Aber auch dieser Vorschlag fiel bei dem Widerstand der wegen Beschränkung des Wahlrechts grollenden Bergpartei durch, und die Nationalversammlung war so eine wehrlose Beute des nächsten besten Kasernenstreichs. Zwar fehlte es nicht an einsichtsvollen und kühnen Männern, welche den einzig richtigen Rath gaben, man solle, statt sich selbst vom Prinz-Präsidenten nach Vincennes schicken zu lassen, diesen im Palast Elysée aufheben und in Vincennes hin-

ter Schloß und Riegel setzen. Aber die Ausführung erforderte mehr Muth und mehr Militärkräfte, als die Partei der Orleanisten besaß. So blieb nur noch eins übrig, und damit wurde auch nicht gezögert.

Nur wenige Personen waren in das Geheimniß eingeweiht: der Kriegsminister St. Arnaud, der Abgeordnete Graf Morny, ein natürlicher Bruder Napoleons (Sohn der Exkönigin Hortense und des kaiserlichen Adjutanten, Grafen Flahaut), der Polizeipräfekt Maupas und, soweit es nöthig war, General Magnan, Befehlshaber der ersten Militärdivision. Den ganzen Plan hatte Napoleon mit dem ehemaligen Unterofficier Persigny, welcher sich schon in Straßburg und Boulogne als seinen entschiedensten Anhänger bewiesen hatte, ausgearbeitet. Die Ausführung des Staatsstreichs wurde auf den 2. December 1851, den Jahrestag der Krönung Napoleons und der Schlacht bei Austerlitz, festgesetzt. Den Abend vorher war im Elysée eine glänzende Versammlung, der Präsident zeigte sich sehr heiter und bat beim Abschied seine Base, die Prinzessin Mathilde, Tochter des Exkönigs Jerome und geschiedene Gemahlin des russischen Grafen Demidow, um ein freundliches Andenken, „besonders für den Fall, daß sie einander nicht wiedersehen sollten.“ Uebrigens soll bei diesem Staatsstreich Morny weit mehr Muth und Entschlossenheit gezeigt haben als Napoleon und geradezu das drängende Element gewesen sein.

Nachdem sich die Gesellschaft um Mitternacht getrennt hatte, ließ der Polizeipräfekt, unter dem Vorwand einer socialdemokratischen Verschwörung, gegen 100 Personen, Mitglieder der Nationalversammlung, Chefs der geheimen Verbindungen und Volksmänner aus den Vorstädten verhaften. Es befanden sich darunter die Generale Changarnier, Cavaignac, Lamoricière, Bedeau, sowie Oberst Charras, Thiers, Lagrange. Zu gleicher Zeit wurden die wichtigsten Punkte der Stadt vom Militär besetzt und mehrere Dekrete angeschlagen, worin dem Volke die Auflösung des Staatsraths und der Nationalversammlung, die ein Herd von Verschwörungen geworden sei und Waffen für den Bürgerkrieg schmiede, die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts, die Verhängung des Belagerungszustandes über Paris und 10 benachbarte Departements und die Berufung von Urversammlungen des französischen Volkes, um über die Grundlagen der künftigen Verfassung abzustimmen, angekündigt wurde. Solche Grundzüge sollten sein: die zehnjährige Dauer der Präsidentenstelle, die ausschließliche Abhängigkeit der Minister vom Staatsoberhaupt,

die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe durch den Staatsrath, die Einsetzung eines Senats und eines gesetzgebenden Körpers. Es war eine getreue Kopie der Konsularverfassung von 1799.

Am Morgen des 2. Decembers lasen die Pariser diese von Morny, als dem neuen Minister des Innern, unterzeichneten Dekrete und erfuhren, daß sie über Nacht eine andere Regierung bekommen hatten und dem Kaiserreiche näher standen als der Republik. Der Eindruck war mehr Erstaunen als Entrüstung. Anders war es bei einem großen Theil der Abgeordneten. Da der Sitzungspalast durch Truppen abgesperrt war, so versammelten sich gegen 200 in der Mairie des zehnten Stadtbezirks, erklärten, daß der Präsident abgesetzt und die vollziehende Gewalt an die Nationalversammlung übergegangen sei, und ernannten den General Oudinot zum Befehlshaber der Militärmacht zu Paris. Wie wirkungslos ihre Dekrete waren, konnten sie gleich darauf sehen, als die Polizei ihnen befahl, auseinanderzugehen, und sie auf die Erklärung, daß sie nur der Gewalt weichen würden, gepackt und in den Zellenwägen der Galeerensträflinge nach verschiedenen Gefängnissen und Forts abgeführt wurden. Alle Zeitungen wurden unter Censur gestellt, mehrere ganz unterdrückt, die Barrikadenkämpfer vom 3. und 4. December durch eine Truppenmacht von 80,000 Mann schonungslos niedergeschmettert, die Kasematten der Pariser Forts mit mehreren hundert Gefangenen angefüllt. Die meisten derselben wurden „kraft einer allgemeinen Sicherheitsmaßregel“ nach Cayenne oder Algier deportirt, von den am 2. December verhafteten Abgeordneten die Mehrzahl entlassen, gegen 80, darunter Thiers, Viktor Hugo, Changarnier, Cavaignac, Lamoricière, Bedeau, des Landes verwiesen. Wie das Land den Staatsstreich aufnahm, zeigte sich bei der Abstimmung am 20. und 21. December, wo $7^1/_2$ Millionen Stimmen gegen 650,000 die Regierungsgewalt des Präsidenten auf zehn Jahre verlängerten. Dieser verließ nun das Elysée Bourbon und siedelte in die Tuilerien über, ließ am 14. Januar die neue Verfassung bekannt machen und verkündigte in einem Dekrete vom 22. Januar die Konfiskation aller derjenigen Besitzungen der Familie Orleans, welche Louis Philipp den Tag vor seiner Thronbesteigung, statt sie nach altem Brauch mit den Staatsdomänen zu vereinigen, als Privateigenthum auf seine Kinder hatte übertragen lassen. Diese Maßregel wurde selbst von Morny mißbilligt, daher er das Ministerium des Innern niederlegte und Persigny zum Nachfolger erhielt. Am 29. März wurde der

Senat und der gesetzgebende Körper, in welchen fast nur bonapartistische Kandidaten gewählt worden waren, eröffnet und der Staatsstreich durch die Nothwendigkeit einer „rettenden That“ gerechtfertigt. Die einzige Lebensthätigkeit des Senats war die Erhöhung des Gehalts des Prinz-Präsidenten auf 12 Millionen Franks; der gesetzgebende Körper hatte das Budget zu regeln und die Vorlagen der Regierung in aller Unterthänigkeit zu genehmigen. Um die Arbeiterbevölkerung zu gewinnen, wurden 80 Millionen für öffentliche Bauwerke bestimmt und schon im Jahre 1852 mit Aufführung jener großen und prächtigen Bauten begonnen, welche Paris zur schönsten Stadt der Welt machen, den arbeitenden Klassen reichlichen Verdienst geben und die Möglichkeit von Barrikadenkämpfen vermindern sollten.

Auf einer neuen Rundreise durch Frankreich fand Napoleon überall einen begeisterten Empfang und besonders bei dem Landvolke offene Aufforderung, noch einen Schritt weiter zu gehen. „Es lebe der Kaiser!“ war der Ruf, welcher, heiß ersehnt von ihm, häufig gehört wurde. Er gab sich den Anschein, als ob er nicht nach dieser neuen Würde strebe, aber, wenn Frankreich es ernstlich wolle, sich dessen Willen nicht entziehen könne. Die Sache hatte nur das eine Bedenken, daß sowohl das Inland als besonders das Ausland das Kaiserreich ohne Krieg und Eroberungen sich nicht denken konnte. Um diesen Befürchtungen zu begegnen, sagte Napoleon bei einem Banket in Bordeaux: „Frankreich scheint zum Kaiserthum zurückkehren zu wollen. Das Kaiserthum, meinen manche, sei der Krieg. Nein, meine Herren, das Kaiserthum ist der Friede.“ Sofort erhielten die Generalräthe wieder einen Wink, Petitionen um Proklamirung des Kaiserthums an den Senat einzuschicken; einige Maires waren ungeduldig genug, dasselbe in ihren Gemeinden vorderhand für sich zu verkünden. Der am 4. Nov. einberufene Senat genehmigte die vorgeschlagene Verfassungsveränderung und beschloß am 7. Nov. die Wiederherstellung des Kaiserthums. Das Volk bestätigte diesen „Senatskonsult“ am 21. und 22. Nov. mit 7,800,000 Stimmen gegen 253,000, worauf am 2. December 1852, am Jahrestag des Staatsstreichs, „Napoleon III. durch die Gnade Gottes und durch den Nationalwillen als Kaiser der Franzosen“ ausgerufen wurde. Die auswärtigen Mächte, welchen der Staatsstreich als die Errettung von der Revolution so willkommen gewesen war, konnten sich in das neue Kaiserthum nicht ebenso leicht finden. Doch blieb ihnen auch beim besten Willen

nichts anderes übrig, als dasselbe anzuerkennen. Die drei Ostmächte zögerten damit am längsten, und wie bei Louis Philipp, so konnte auch bei Napoleon Kaiser Nikolaus es nicht über sich gewinnen, ihm den üblichen Titel „Bruder" zu geben, und er nannte ihn daher seinen „guten Freund". Als dieser aber, nach dem Beispiele seines Oheims bei seiner zweiten Verheiratung, nach einer Gemahlin aus einem der alten fürstlichen Häuser sich umsah, brachten es die Ostmächte dahin, daß die Bewerbung des Parvenu um die Prinzessin Karlota von Wasa erfolglos war, worauf er sich am 30. Januar 1853 mit der schönen Spanierin Eugenia Montijo, Herzogin von Teba, vermählte, welche ihm am 16. März 1856 einen Thronfolger, den Prinzen Napoleon Eugen, gebar.

§. 16.

Italien.

Die Revolution von 1831, welche den Kirchenstaat, Modena und Parma ergriffen hatte, war, wie früher die Aufstände in Neapel und Piemont, durch die östreichische Intervention überwältigt worden. Ließ man der Revolution in Italien den Lauf, so war auch ihr Sieg entschieden. Nur die Fremdherrschaft war es, welcher sie noch nicht gewachsen war. Aller Haß der Italiener war daher auf diese, als auf das einzige Hinderniß der Einheit und Freiheit der Halbinsel, gerichtet. Wie in den Zeiten Barbarossa's und seines Enkels, so war auch in den vierziger Jahren „Tod den Deutschen!" (womit Oestreich gemeint war) das Feldgeschrei. Die geheimen Gesellschaften und die mit ihnen in Verbindung stehenden Verbannten, besonders Josef Mazzini, der von London aus seine Befehle ertheilte, sorgten dafür, daß der nationale Gedanke nicht unter den materiellen Interessen sich begraben ließ, sondern immer wach blieb.

Und seltsamerweise giengen die ersten Frühlingsregungen gerade von derjenigen Seite aus, auf welcher man sonst nur Hang für chinesische Zustände zu erblicken gewohnt war. Papst Gregor XVI., ein Mann der alten Zeit, dem nichts über die geistliche Herrschaft und über die östreichischen Bajonette gieng, war am 1. Juni 1846 gestorben, und sein Nachfolger wurde der 54jährige Kardinal Graf Mastai-Ferretti, welcher den Namen Pius IX. annahm. War die fromme Welt, welche ihn besuchte, entzückt von der Liebenswürdigkeit und Milde des neuen Oberhauptes, so staunten die Kardinäle über die

Reformen, welche er im Kirchenstaat, ja in ganz Italien einführen wollte. Er erließ eine Amnestie für alle politischen Vergehen, gestattete den Verbannten straflose Rückkehr, gewährte der Presse eine freiere Bewegung, eröffnete den Laien Zutritt zu den höchsten Staatsämtern, berief aus den Notabeln der Provinzen einen Staatsrath, welcher Vorschläge zu Reformen machen sollte, verlieh der Stadt Rom eine freisinnige Gemeindeverfassung, arbeitete an einer italienischen Konföderation, an welcher sämtliche italienischen Staaten theilnehmen sollten, um in der Bundesstadt Rom über Krieg und Frieden, über Zölle, Handelsverträge und andere gemeinschaftliche Angelegenheiten zu berathen, und gab, nach der französischen Revolution von 1848, eine Konstitution mit einer vom Papste zu ernennenden ersten und einer vom Volke zu wählenden zweiten Kammer, neben welchen das unverantwortliche Kardinalskollegium eine Art Geheimrath bildete. Eine neue Zeit schien anzubrechen. Die alte Welthauptstadt Rom, einst die Beherrscherin der Völker, damals noch der katholischen Herzen, sollte der politische Mittelpunkt Italiens werden, dem Jahrhundert die Bahn brechen, die nationale Fahne erheben und von den Alpen bis zum Kap Passaro alle Kräfte des jungen Italiens zu einem unzerbrechlichen Ruthenbündel zusammenfassen. War es nicht, als ob der Papst selbst ein Carbonaro geworden wäre? Noch ehe die Februarrevolution die europäischen Monarchen zur Rettung ihrer Throne in das freisinnige Lager trieb, war ganz Rom voll von dem neuen Reformator, voll von Evviva auf Pio nono, voll von Hoffnungen auf endliche Befreiung. Und was in Jahrhunderten nicht vorgekommen war: ein Evviva auf Pius galt in Mailand und Modena für politische Ketzerei, für einen revolutionären Ruf.

Als aber der Kampf in Oberitalien entbrannte, als zwischen Sardinien und Oestreich auf den alten Schlachtfeldern der Lombardei das Los Italiens sich entscheiden sollte, da verlangten die Römer vom Papste eine Kriegserklärung an Oestreich, die Absendung der römischen Truppen zur Armee Karl Alberts. Pius wies das Ansinnen als unverträglich mit seiner päpstlichen Stellung ab und entzweite sich dadurch mit den extremen Parteien, welche, eben noch von ihm amnestirt und zurückberufen, bereits im Begriff waren, über ihn hinwegzuschreiten. In dieser bewegten Zeit glaubte Pius an dem Grafen Pellegrino Rossi aus Carrara, welcher Louis Philipps Gesandter in Rom gewesen war, den rechten Mann zur Durchführung

eines gemäßigten Liberalismus gefunden zu haben. Er berief ihn am 17. Sept. 1848 an die Spitze eines neuen Ministeriums. Daß Rossi die Zügel mit fester Hand ergriff, Ruhe und Ordnung herstellen wollte, all den Schwätzern und Schreiern der Hauptstadt an Geist weit überlegen war, konnte ihm von den Anarchisten, die in Rom wie in Paris nur bei einem allgemeinen Umsturz ihren Stern erblickten, nicht verziehen werden. Und nicht bloß die radikale, sondern auch die extrem hierarchische Partei hatte er zur Feindin. Am 15. November fuhr er, trotz aller Warnungen, nach dem Sitzungssaal der Kammern, welche er nach ihrer Vertagung mit einer Rede eröffnen wollte, in der er Aufhebung der Kardinalsregierung, Einführung eines Laienregiments verhieß und an der Unabhängigkeit und Einheit Italiens festhielt. Kaum war er aus dem Wagen gestiegen, so traf ihn aus einem Haufen Gesindels ein Dolchstoß in den Hals, und lautlos sank er zu Boden. Am folgenden Tage zog ein bewaffneter Volkshaufe vor den Quirinal, griff die aus Schweizersöldnern bestehende Wache an, die Kugeln drangen ins Vorzimmer des Papstes, und dieser wurde genöthigt, ein radikales Ministerium anzunehmen und die Schweizertruppen zu entlassen. Schutzlos, wie er nun war, dem Zwang der Umsturzpartei, wozu Fürst Karl von Canino, ein Sohn Lucian Bonaparte's, gehörte, preisgegeben, entfloh Pius am 24. Nov. verkleidet aus Rom nach Gaëta, bei dem König von Neapel Schutz suchend.

Mazzini und seine Partei hatten nun freies Feld. Eine konstituirende Versammlung wurde berufen, und diese erklärte am 5. Febr. 1849 die weltliche Macht des Papstthums für aufgehoben und Rom für eine Republik. An sie schloß sich Toskana an, wo der Großherzog Leopold II. schon am 17. Febr. 1848 eine Verfassung gegeben hatte, aber durch das republikanisch gesinnte Ministerium Guerazzi gleichfalls zur Flucht nach Gaëta genöthigt wurde (21. Febr. 1849). Darauf wurde auch in Toskana die Republik proklamirt und ihre Vereinigung mit Rom beschlossen. Aber hier liefen die Sachen nicht so gemüthlich ab, als sich manche nach der Flucht des Papstes dachten. Denn dieser hatte die katholischen Mächte um ihre Hilfe angegangen, und der Präsident der französischen Republik, Louis Napoleon, hatte mehr als einen Grund, die Truppen Frankreichs gegen die römische Republik marschiren zu lassen. Der Widerspruch, in welchen er gerieth, wenn er die eine Republik durch die andere bekämpfen ließ, machte ihm wenig Gewissensskrupel. Die Hauptsache

war ihm, daß er durch die Unterstützung des Papstes die französische Geistlichkeit, deren Einfluß auf das Volk er für seine weiteren Plane zu benützen gedachte, für sich gewann, und daß er, nachdem man der Regierung Louis Philipps lange genug schmachvolle Nachgiebigkeit und Unterwürfigkeit unter das Ausland vorgeworfen hatte, die französischen Fahnen wieder in den fremden Hauptstädten wehen ließ und der östreichischen Hegemonie in Italien Schach bot. Er schickte daher den Marschall Oudinot mit 8000 Mann ab. Dieser landete am 26. April 1849 in Civita-Vecchia und erschien am 30. vor den Mauern Roms, das er ohne Mühe einnehmen zu können hoffte. Aber hier hatte sich nach Besiegung des sardinischen Heeres eine Menge verzweifelter Köpfe aus allen Ländern Europas gesammelt. Josef Garibaldi, der kühne Freischarenführer von Nizza, war nach langjährigen Kämpfen im Dienst der südamerikanischen Republiken zurückgekehrt und auf Mazzini's Aufforderung an die Spitze der Vertheidiger Roms getreten, und diese empfiengen den französischen Marschall mit so wohlgezielten Schüssen, daß er sich nach mehrstündigem Kampfe mit einem Verlust von 700 Mann nach Civita-Vecchia zurückziehen mußte. Wenige Tage darauf wurde das neapolitanische Heer, das von Süden her angreifen sollte, bei Velletri zurückgeschlagen, während die spanischen Truppen, die dritten im Bunde gegen die rothe Republik, einem Kampfe vorsichtig auswichen. Doch erhielt Oudinot bedeutende Verstärkung und rückte am 3. Juni mit 35,000 Mann zum zweitenmal vor Rom, wo etwa 19,000 Mann, meist Freiwillige und Nationalgarden, standen. Trotz aller Kühnheit und Tapferkeit Garibaldi's und der von ihm und für ihn begeisterten Freischaren mußte nach längeren blutigen Kämpfen bei der Ueberlegenheit der französischen Artillerie Rom kapituliren. Am 4. Juli zog Oudinot in die schweigende Hauptstadt ein. Garibaldi, Mazzini und ihr Anhang entflohen, die Fremdherrschaft, gegen welche man aufgestanden war, wurde in anderer Form wieder eingesetzt, und Pius, welchem die Atmosphäre von Rom noch schwer auf den Nerven lag, kehrte erst am 4. April 1850 dahin zurück. Sein Eifer für Reformen war erkaltet, er so wenig als der König von Neapel ließ sich zur Wiederherstellung der Verfassung bewegen, und wenn er auch den Laien im Staatsrath und den Gemeinden noch einige Freiheit ließ, so waren doch alle höheren Aemter, die ganze Regierungsmaschine wieder in den Händen der Kardinäle, deren pfauenmäßige Machtentfaltung sich

um so seltsamer ausnahm, je mehr ihre Ohnmacht am Tage lag, da sie sich in den Legationen durch die östreichischen, in Rom und Civita-Vecchia durch die französischen Bajonette, dort bis 1859, hier bis 1866 und 1870, beschützen lassen mußten.

Gleichzeitig mit Rom war auch der Süden Italiens in die dem Jahre 1848 so eigenthümliche Gährung gekommen. Die Scenen von 1820 und 1821 wiederholten sich hier. Sicilien wollte aufs neue aus einer Provinz zu einem selbständigen Königreich sich erheben. Am 12. Januar 1848 brach der Aufstand in Palermo aus, die Stadt wurde von der Citadelle aus bombardirt, aber zuletzt mußte die ringsum eingeschlossene neapolitanische Besatzung auf englischen und französischen Kriegsschiffen nach Neapel zurückkehren. König Ferdinand II. glaubte den Sturm, der sich auch in Neapel ankündigte, nicht anders beschwichtigen zu können, als wenn er eine Verfassung nach dem französischen Muster von 1830 einzuführen versprach, dieselbe am 24. Februar, dem Tag der Pariser Revolution, beschwor und ein liberales Ministerium ernannte. Da aber diese Verfassung für Neapel und Sicilien ein vereinigtes Parlament schuf, so wurde sie von der provisorischen Regierung in Sicilien, an deren Spitze der ehrwürdige Contreadmiral Ruggiero Settimo stand, nicht angenommen und ein besonderes sicilisches Parlament und die sicilische Verfassung von 1812 verlangt. Unter dem Schrecken der Pariser Februarrevolution gieng König Ferdinand darauf ein, berief das sicilische Parlament und ernannte Settimo zu seinem Generalstatthalter. Allein die Sicilianer, gleichfalls von Pariser Eindrücken erfüllt, giengen nun noch weiter und verlangten, daß zwischen Neapel und Sicilien eine Personalunion bestehen und letzteres außer dem Parlament auch ein eigenes Ministerium, besonderes Heer und besondere Finanzen haben solle. Diese Forderungen schienen Ferdinand doch gar zu rund, und er verwarf sie, hierin im Einverständniß mit den Neapolitanern handelnd. Darauf erklärte das sicilische Parlament den König der Krone Siciliens für verlustig, die Dynastie Bourbon für immer ausgeschlossen und wählte am 11. Juli den Sohn Karl Alberts, den Herzog von Genua, zum König von Sicilien. Aber Karl Albert, welcher im Kampfe mit den Oestreichern kaum seine eigene Krone retten konnte, wagte nicht, für seine Familie eine zweite anzunehmen, und England, welches die Trennung begünstigte, gieng in seiner eigennützigen Theilnahme für die Insel nicht über fromme

Wünsche und salbungsvolle Reden hinaus. Wollte Sicilien frei sein, so mußte es mit seinen eigenen Armen die Freiheit erkämpfen.

Auch in Neapel befand sich das Königthum auf einer schiefen Fläche und schien rasch hinabzurollen. Am 7. April wurde Ferdinand gezwungen, Oestreich den Krieg zu erklären und 13,000 Neapolitaner unter dem alten Revolutionär Wilhelm Pepe zu Karl Alberts Heer in Oberitalien stoßen zu lassen. Die Radikalen, auf Paris hinweisend, sprachen schon von Einsetzung einer Republik, von einer konstituirenden Versammlung, und als am 15. Mai die Kammern eröffnet werden sollten, wurden Barrikaden in der Stadt errichtet. Ferdinand ließ seine Schweizertruppen anrücken, und diese bewältigten in einer Stunde den Aufstand. Die Stadt wurde der Rache der Soldaten und der Plünderungslust der Lazzaroni preisgegeben. Sofort wurde die Nationalgarde entwaffnet, die Kammern aufgelöst, ein neues Ministerium nach dem Geschmack des Königs gebildet und das neapolitanische Hilfsheer aus Oberitalien zurückgerufen. Nur etwa 1500 Mann zogen, den Gehorsam verweigernd, mit Pepe nach Venedig, um zu dessen Vertheidigung mitzuwirken; mehr als 11,000 kehrten heim und wurden auf den Schlachtfeldern der Lombardei von Karl Albert schmerzlich vermißt. Damit war die Demokratie in Neapel vernichtet und der Bourbon Ferdinand zuerst unter den Monarchen Herr über die Revolution geworden. Doch blieb ihm noch die Unterwerfung des abtrünnigen Siciliens übrig.

Eben hatten die Oestreicher Karl Albert über den Ticino zurückgetrieben und die Lombardei wieder besetzt, da schickte König Ferdinand eine Flotte unter General Filangieri, Fürsten von Satriano, mit 8000 Mann Landungstruppen nach Sicilien. Die Stadt Messina wurde von der Flotte und von der in den Händen der Neapolitaner befindlichen Citadelle mehrere Tage unausgesetzt beschossen, zum Theil in einen Schutthaufen verwandelt und am 7. September 1848 erstürmt und geplündert. Die Flüchtigen fanden Schutz auf den englischen und französischen Kriegsschiffen. Die Admirale derselben machten Vermittlungsvorschläge, und Ferdinand ließ sich herbei, eine Verfassung, besonderes Parlament und Verwaltung und ausgedehnte Amnestie anzubieten, verweigerte aber ein besonderes Ministerium für Krieg und auswärtige Angelegenheiten. Die Sicilier, damit nicht zufrieden, begannen, gleichzeitig mit Karl Alberts zweitem Feldzug, den Krieg aufs neue, beriefen den Polen Mieroslawski als Ober-

befehlshaber, und dieser warf sich nach Catania. Filangieri griff ihn dort an. Die Neapolitaner wurden zurückgeschlagen, aber die nachrückenden Schweizertruppen erstürmten nach hartnäckigem Kampfe die Stadt (6. April 1849). Darauf zog Filangieri gegen Palermo, die dortige Regierung löste sich auf und floh nach Malta, das Volk wollte nichts von Kapitulation wissen, wurde aber durch das Artilleriefeuer des Landheeres und der Flotte dazu genöthigt. Am 17. Mai zog Filangieri in Palermo ein, befahl eine allgemeine Entwaffnung, richtete auf der ganzen Insel eine drückende Militärherrschaft ein, und von Parlament und Entwaffnung war keine Rede mehr.

Alle diese Kämpfe in Mittel- und Unteritalien standen in engem Zusammenhang mit dem, was 1848 und 1849 in Oberitalien vorgieng. Wenn hier die Würfel günstig fielen und die nationale Sache siegte, so mußte sowohl Pius als Ferdinand in sanftere Bahnen einlenken; umgekehrt hatte eine Niederlage am Po das Scheitern der Revolutionen im Süden zur Folge. Es handelte sich im Norden um die Abschüttlung der östreichischen Herrschaft. Dieser war es seither nicht gelungen, die Herzen der Italiener zu versöhnen oder auch nur die geringste Partei für sich zu gewinnen. Die Reformen des Papstes 1847 riefen auch in Lombardo-Venetien die nationalen Wünsche und Hoffnungen wieder wach. Aehnliche Forderungen wie in Sicilien wurden an Oestreich gestellt: ein Vicekönigthum mit besonderem Parlament, italienischen Ministern und nur italienischen Truppen. Der Kaiserstaat war damals noch in der Lage, dies abschlagen zu können. Um die östreichischen Einkünfte zu schmälern, enthielten sich die Italiener des Tabaks und Lotteriespiels, mit welchen der Staat ein Monopol trieb. In Mailand, in den Universitätsstädten Pavia und Padua kam es im Januar 1848 zu fortwährenden Reibungen zwischen Civil und Militär. Schon stand Sicilien in Flammen, schon war Ferdinand in Neapel zur Verleihung einer Constitution gezwungen, Toskana und Rom mit fortgerissen, auch Karl Albert in Turin am 8. Februar zu verfassungsmäßigen Zuständen bekehrt, und immer noch glaubte Oestreich, die politischen Leidenschaften in der Lombardei nicht besser als durch Einführung des Kriegszustandes (22. Februar 1848) dämpfen zu können. Der Bogen war zum Brechen angespannt. Zwei Tage darauf erhob sich Paris, am 13. März sogar das gemüthliche Wien, und nun war keine Fessel stark genug, um einen Aufstand niederzuhalten. Am 18. März erhob sich ganz Mailand, alle Stände nahmen

am Kampfe theil, und der 82jährige Feldmarschall Graf Josef Radetzky, ein ruhmgekrönter Veteran aus den Befreiungskriegen, sah sich nach zweitägigem Straßenkampf genöthigt, seine Truppen aus der Stadt zu führen, die in den anderen Städten liegenden Besatzungen möglichst schnell an sich zu ziehen und in dem berühmten Festungsviereck, zwischen Peschiera, Verona, Legnago, Mantua, Stellung zu nehmen. Auch Venedig, wo Graf Zichy kommandirte, gieng am 22. März für Oestreich verloren, die übrigen Städte folgten, und der Advokat Manin trat in der Lagunenstadt an die Spitze einer provisorischen Regierung. Die kleinen Herzogthümer Modena und Parma konnten sich nun nicht mehr halten, die Herzoge Franz und Karl flohen nach Oestreich, hinter ihnen erhoben sich provisorische Regierungen, und wie Neapel, so schickten auch die Herzogthümer und Toskana ihre Truppen über den Po, um im Bunde mit Sardinien den entscheidenden Waffengang zu machen.

Die Hoffnungen ganz Italiens standen auf Sardinien und dessen König. Der Charakter des Volkes hatte etwas Straffes, Militärisches; auch fand man dort nicht geringe Bildung; der Philosoph und Jesuitenfeind Gioberti und der Historiker Cäsar Balbo hatten dort ihre Heimat; die literarische Tüchtigkeit verband sich mit dem Patriotismus und übte großen Einfluß aus. Das Heer war schlagfertig, und wenn schon die früheren Regenten der östreichischen Vormundschaft sich möglichst zu entziehen suchten, so hatte Karl Albert, welchem Metternich die Thronfolge streitig gemacht hatte, noch besondere Gründe zur Abneigung. Das Haus Savoyen, von welchem der König ein Abkömmling war, ist wie das Haus Hohenzollern durch die Geschichte von Jahrhunderten instinktmäßig auf Ausdehnung seiner Macht, auf friedliche oder kriegerische Eroberungen hingewiesen, und so rückte Karl Albert, von den Lombarden zu Hilfe gerufen, in Mailand ein, um das lombardisch-venetianische Königreich und damit die Hegemonie in Italien sich zu erkämpfen. Er trat als Befreier der Halbinsel auf, war aber nach seinen Antecedentien für diese Rolle nicht ganz geeignet. Wer wie er zuerst Carbonaro war, dann unter dem Herzog von Angoulème die spanische Revolution bekämpfte und dem bigottesten Absolutismus sich hingab, taugte eher in das Lager der Oestreicher als für die italienische Tricolore. Sein Haß gegen Oestreich war nicht national, nur dynastisch. Auch war er zwar ein tapferer Soldat, aber ein schlechter Feldherr, voll Mißtrauen und Eifersucht gegen die

militärischen Größen seines Vaterlandes, daher er lieber zweifelhafte Fremde als zuverläßige und erprobte Landsleute an die Spitze des Heeres stellte. Sein Gegner Radetzky war alt, aber noch frischen, jungen Geistes, hatte einen geübten Blick, viel Energie und Entschlossenheit, tüchtige Generale und ein wohl disciplinirtes Heer. Die Verstärkungen, welche Neapel und die Herzogthümer dem sardinischen Heere brachten, waren nicht hoch anzuschlagen. Die Neapolitaner wurden zeitig zurückgerufen, aus den Herzogthümern kamen ungeübte Truppen, und selbst Mailand, das mit Reden und Demonstrationen so schlagfertig war, brachte kaum 8000 Mann zusammen.

Auch Radetzky bekam von Oestreich Verstärkungen und schlug am 6. Mai den Angriff des sardinischen Königs bei Santa Lucia, südwestlich von Verona, ab. Am 29. Mai erstürmte er die Verschanzungen am Curtatone, mußte aber, da die Sardinier am 30. bei Goito siegten und Peschiera nahmen, und Garibaldi mit seinen Alpenjägern ihn im Rücken bedrohte, von weiterem Vorrücken abstehen und auf die Wiedereroberung Vicenza's und der übrigen Städte des venetianischen Festlands sich beschränken. Der östreichische Hof hatte inzwischen, besonders auf Betreiben des englischen Gesandten, Unterhandlungen mit den Lombarden angeknüpft und ihnen ihre Unabhängigkeit angeboten, falls sie einen bedeutenden Theil der Staatsschuld übernehmen und mit Oestreich einen günstigen Handelsvertrag abschließen würden. Da die Lombarden sicher zu sein glaubten, ihre Freiheit wohlfeiler zu bekommen, so nahmen sie den Vorschlag nicht an. Radetzky war nun in der Lage, eine kräftige Offensive zu übernehmen. Er erfocht am 25. Juli bei Custozza einen glänzenden Sieg, trieb die wieder Stand haltenden Sardinier bei Goito und Volta zurück und drang gegen Mailand vor. Karl Albert mußte die Stadt, in welcher er, aufs neue des Verraths beschuldigt, kaum den Ausbrüchen der Volkswuth entgieng, räumen, und Radetzky hatte die Genugthuung, daß eine städtische Deputation ihn, den kurz zuvor Vertriebenen, bat, schleunigst in die Stadt einzurücken und dem Wüthen des losgelassenen Pöbels Einhalt zu thun. Am 6. August zog er in Mailand ein und schloß am 9. einen Waffenstillstand mit Karl Albert, welcher seine Truppen aus der Lombardei und aus den Herzogthümern zurückziehen mußte.

Diese Demüthigung des Königs, welcher so große Hoffnungen gehegt und erregt hatte, war zu groß, als daß er nicht gerne dem Drängen der radikalen Partei in Turin, noch einmal das Kriegsglück

zu versuchen, nachgegeben hätte. Er übertrug dem polnischen General Chrzanowski, welcher noch unter Napoleon und später 1831 in Polen mit Auszeichnung gefochten hatte, den Oberbefehl, ohne an ihm mehr als einen tüchtigen Divisionsführer zu haben, und betraute auch den von den Radikalen begünstigten General Ramorino mit einem Kommando. Am 20. März 1849 kündigte er den Waffenstillstand auf, in dem Gedanken, in die Lombardei einzurücken, dessen Bewohner ihm viel Schönes über ihre Freiheitsbegeisterung und über den schlimmen Zustand der östreichischen Armee berichteten. Aber die Enttäuschung folgte rasch. Radetzky gieng über den Ticino und schlug auf sardinischem Gebiet in einem viertägigen Feldzuge, am 21. März bei Mortara, am 23. bei Novara, den Feind so gänzlich, daß von einer Erneuerung des Kampfes keine Rede sein konnte. Der Genuese Ramorino, welcher den ihm angewiesenen Posten am Po nicht besetzte und dadurch dem Eindringen der Oestreicher Vorschub leistete, wurde vor ein Kriegsgericht gestellt. Dasselbe verurtheilte ihn, ohne die Anklage auf Verrath für ganz begründet zu erklären, zum Tode. Am 22. Mai wurde er bei Turin erschossen. Karl Albert, welcher vergebens den Tod auf dem Schlachtfelde gesucht hatte, war des Regierens und des Lebens satt, legte noch in der Nacht des 23. in Novara die Krone nieder und erklärte seinen ältesten Sohn als Viktor Emanuel II. zum König von Sardinien. Er hoffte, daß dieser von den Oestreichern einen günstigeren Frieden bekommen werde als er, der jenen so verhaßt war. Darauf reiste er, seiner Gemahlin ein schriftliches Lebewohl sagend, nur von zwei Dienern begleitet, über Frankreich und Spanien nach Portugal, wo er am 26. Juli 1849 in der Stadt Oporto an wiederholten Schlaganfällen starb. Der neue König hatte am 24. März in einem Gehöfte bei Novara eine Zusammenkunft mit Radetzky und schloß einen Waffenstillstand ab. Die in Mailand geführten Friedensunterhandlungen wollten wegen der hohen Forderungen Oestreichs nicht recht vorwärts gehen und führten erst am 6. August, als Oestreich auf Frankreichs und Englands Zureden seine Ansprüche ermäßigte, zum Ziele: Sardinien behielt seine Grenzen und zahlte 75 Millionen Lire Kriegsentschädigung.

Die falsche Nachricht von einem sardinischen Siege bei Novara hatte die Bevölkerung von Brescia veranlaßt, über die östreichische Besatzung herzufallen und sie in die Citadelle zurückzutreiben. General Haynau eilte mit 4000 Mann und zahlreicher Artillerie herbei, bom-

barbirte die Stadt und setzte sich nach einem furchtbaren Straßenkampf, an welchem selbst Frauen theilnahmen, am 1. April wieder in den Besitz derselben, befleckte aber seinen Namen durch unmenschliche Grausamkeit, namentlich gegen die Frauen. Auch Venedig konnte sich nicht mehr lange halten. Dort war zuerst der Anschluß an Sardinien, nach dessen Niederlage die Republik proklamirt worden. Im Lager Haynau's vor Venedig wütheten die Sumpffieber, in der Stadt Hunger und Cholera. Auf die Nachricht von der Unterwerfung Ungarns kapitulirte Venedig am 22. August, und die Häupter der Revolution, Manin und Pepe, wanderten in die Verbannung.

Ganz Italien war wieder unter seine alten Herren gebracht. Die vertriebenen Fürsten kehrten zurück, die Oestreicher besetzten im Kirchenstaat Bologna und Ankona, ihre Herrschaft schien bei der Tapferkeit ihrer Heere und der Tüchtigkeit ihrer Feldherren unbezwingbar zu sein. Der Sturm, welcher die ganze Halbinsel durchtobte, war verbraust, aufs neue lachte die italienische Sonne, aber finster und immer finsterer wurde der Haß der Italiener gegen die Fremdherrschaft. Man glaubte jetzt den Staat zu kennen, welcher unter günstigeren Konstellationen den Kampf mit Oestreich wieder aufnehmen werde. Trotz Custozza und Novara blieb das savoyische Kreuz die Hoffnung Italiens.

§. 17.

Revolutionen in Deutschland, Oestreich und Preußen.

In keinem Lande lag so viel Zündstoff aufgehäuft als in Deutschland. Die Fülle von Geist und Patriotismus, welche man hier fand, stand in keinem Verhältniß zu dem Maß von Freiheit und Macht, welches die Kabinette dem Volke boten, daher diese auch überall Opposition fanden. Alles, was von den Regierungen ausgieng, wurde einer schonungslosen Kritik unterworfen, worin sich in den vierziger Jahren namentlich einige junge philosophische Köpfe auszeichneten. Auch die damals auftauchenden „politischen Lieder“ verschiedener talentvollen Dichter trugen zur Entzündung und Erhaltung des patriotischen Feuers nicht wenig bei. Schon im Jahre 1847 war jedermann überzeugt, daß es so nicht fortgehen könne, daß es in kurzem zu einem Bruch kommen müsse. Selbst populäre Fürsten, wie Wilhelm von Württemberg, waren in jenem durch Theurung ausgezeich-

neten Jahre bei Gelegenheit eines Brodkrawalls persönlichen Beleidigungen ausgesetzt. Man fühlte sich zu sehr eingeengt, seinen Vormündern sich überlegen und traute sich die Kraft zu, im Innern und nach Außen die Nation zu einer höhern Stellung zu erheben, als diejenigen Herren es vermochten und wollten, welche bisher die grünen Sessel inne gehabt hatten. Die Schmach des Bundestages, die Verwerflichkeit des Metternich'schen Systems wurde nie so lebhaft empfunden, nie so ungescheut besprochen, wie eben damals. Man hatte es satt, immer nur als das Volk der Denker in den englischen Blättern bewundert und bespöttelt zu werden. Ein Volk, das eine vielhundertjährige, zum Theil glorreiche Geschichte hatte, das seine zerstreuten und zwieträchtigen Theile nur unter einem einzigen Willen zusammenzufassen brauchte, um das erste Wort in Europa zu führen, wollte aus der Kleinlichkeit und Ohnmacht der Vielstaaterei heraustreten, aus dem Staatenbund einen Bundesstaat machen, eine kräftige Centralgewalt an die Spitze stellen und dieser durch ein Nationalparlament eine feste Stütze geben. Der Bundestag, welcher sich meist nur als einen Bund von Polizeidirektoren erwiesen hatte, galt als ein überwundenes Institut, das vom nächsten Windstoß über den Haufen geworfen würde. Die bescheidensten Wünsche sprachen sich wenigstens dahin aus, daß dem Bundestag als einer Vertretung der Fürsten ein vom Volke gewähltes Parlament als Vertretung des Volkes zur Seite stehen müsse.

Die rasche Beendigung und die Erfolge des Sonderbundskriegs, wodurch die Schweiz ein auf Volkssouveränetät beruhendes Gemeinwesen mit fester Koncentration schuf, fanden in Deutschland die innigste Theilnahme; man sah hier im Kleinen, was man im eigenen Hause im Großen auszuführen gedachte. Dazu kam die Aufregung und Agitation wegen Schleswig-Holsteins, das durch den „offenen Brief" des Königs Christian VIII. vom 8. Juli 1846 zu einem deutschen Schmerzenskind gemacht worden war. Man wollte sich von dem kleinen und anmaßenden Dänemark eine so eklatante Rechtsverletzung nicht gefallen, nicht aufs neue Stücke vom Körper Deutschlands losreißen lassen, nicht wackere Landsleute, deren Herz der Rückkehr ins Vaterhaus so sehnsüchtig entgegenschlug, den Mißhandlungen eines brutalen Matrosenvolkes noch länger preisgeben. Die Sympathie für Schleswig-Holsteins Recht und Wünsche durchdrang alle Schichten des deutschen Volkes, so daß es kaum eine Stadt geben

mochte, in der man nicht das „Schleswig-Holstein, stammverwandt" mit großer Begeisterung sang.

Es wäre vielleicht noch einige Zeit beim Singen geblieben, wenn nicht durch die Februarrevolution der äußere Anstoß zu energischer Durchführung alles dessen gegeben worden wäre, was als Forderung des deutschen Volkes aufgestellt worden war. Das Großherzogthum Baden, dessen Kammer eine Zierde ganz Deutschlands war, war nicht nur vermöge der räumlichen Nähe, sondern noch mehr wegen der politischen Richtung und Bildung des lebhaften, beweglichen Volksstammes für die Einflüsse der Revolution am empfänglichsten. Der Advokat Hecker und der Journalist Struve sprachen schon im September 1847 in einer Versammlung zu Offenburg von Selbstregierung des Volkes, von allgemeiner Bewaffnung, von Garantie der Arbeit durch den Staat und zeigten sich als Gesinnungsgenossen der Pariser Socialdemokraten. Im Oktober verhandelte eine aus Oppositionsmitgliedern verschiedener Kammern bestehende Versammlung zu Heppenheim über eine Volksvertretung am Bundestag. Und noch am 12. Februar 1848 stellte Bassermann aus Mannheim in der badischen Kammer einen Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments, um die durch den Bundestag entstandene tiefe Kluft zwischen Fürsten und Völkern auszufüllen.

Die Fürsten waren durch die Pariser Ereignisse sehr überrascht. Sie glaubten in gewohnter Weise mit einigen unschuldigen Reformen, mit Anlegung einiger Heftpflaster, dem Uebel abhelfen zu können. Die Höfe von Berlin und Wien kamen mit einander überein, am 15. März einen Fürstenkongreß zu Dresden zu halten und das Wohl Deutschlands, in des Wortes doppelter Bedeutung, zu verhandeln. Aber die unerbittliche Logik der Thatsachen nahm der Diplomatie ihre Mühe ab. In Baden wurde die Regierung durch eine Volksversammlung in Mannheim und einen Massenzug nach Karlsruhe am 27. Februar aufgefordert, Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung herzustellen und auf ein deutsches Parlament hinzuwirken. Sie bewilligte alles. Auch die anderen Regierungen konnten dem Andrang nicht widerstehen. Ueberall wurden ähnliche Forderungen aufgestellt und bewilligt, und die Häupter der früheren Opposition in die Ministerien berufen, so Römer in Württemberg, Wipperman in Kurhessen, Stüve von Osnabrück in Hannover, Heinrich von Gagern in Hessen-Darmstadt. In Baiern gab es sogar einen Thronwechsel. Dort

hatte sich König Ludwig, welcher aus einem Philhellenen und einem Gegner der Metternich'schen Politik zu einem Werkzeug der ultramontanen Partei geworden war und durch sein Kniebeugungsedikt viel Aergerniß verursacht hatte, von einer abenteuernden Tänzerin Lola Montez seinen alten Kopf so verrücken lassen, daß er sie im Februar 1847 zur Gräfin von Landsfeld erhob und ihr einen Einfluß auf die Regierung gestattete, der eine Vergleichung mit der Marquise von Pompadour oder der Gräfin Dubarry unter Ludwig XV. fast herausforderte. Dadurch kam er mit seinem ultramontanen Ministerium Abel in Konflikt, berief das sogenannte Lola-Ministerium, fand aber in der Kammer, bei den Studenten und im Volke eine solche Entrüstung über die Mätressenwirthschaft, daß er die Gräfin aus Baiern verbannen und, der Achtung und des Vertrauens beraubt, am 20. März 1848 abdanken mußte, worauf sein ältester Sohn, Maximilian II. (1848—1864), den Thron bestieg.

Im südwestlichen Deutschland stellte sich die liberale Partei, wie in Paris bei der Julirevolution von 1830, an die Spitze der Bewegung. Die Heidelberger Versammlung vom 5. März, aus den Führern der bisherigen Kammeroppositionen bestehend, erließ einen Aufruf an die deutsche Nation und wählte eine Kommission von sieben Männern, welche Vorschläge hinsichtlich des Parlaments machen und ein Vorparlament nach Frankfurt einberufen sollte. Dieses versammelte sich am 31. März in der Paulskirche unter dem Vorsitz des Heidelberger Professors Mittermaier. Die konstitutionell-monarchische Mehrheit beschloß, daß eine aus direkten Wahlen, welche von Vermögen, Stand und Glaubensbekenntniß unabhängig seien, hervorgehende Nationalversammlung im Monat Mai zusammenkommen und über die künftige Reichsverfassung mit souveräner Machtvollkommenheit entscheiden, und daß ein Ausschuß von 50 Männern über die genaue Vollziehung dieser Beschlüsse von Seiten der Regierungen wachen sollte. Diese Beschlüsse genügten der radikalen Partei, an deren Spitze Hecker und Struve standen, nicht. Da ihre Anträge, welche auf Einsetzung eines Konvents und Republikanisirung Deutschlands hinausliefen, verworfen wurden, so verließen sie Frankfurt und forderten in Volksversammlungen, welche sie im badischen Oberland hielten, zur Verkündigung der Republik auf. Ein hessen-darmstädtisches Corps unter Friedrich von Gagern, der früher in holländischen Diensten gestanden hatte, sollte die Freischaren auseinandersprengen. Bei

Kandern kam es zu einem Gefecht, in welchem Gagern erschossen, Hecker und seine Leute in die Flucht geschlagen wurden. Die deutschen Arbeiter aus Frankreich, welche unter dem Dichter Herwegh ins Badische einrückten, wurden von württembergischem Militär bei Dossenbach auseinandergetrieben und damit vorläufig die republikanische Partei unterdrückt. Anderer Art waren die Unruhen im Odenwald, den Main- und Taubergegenden, der alten Heimat des Bauernkriegs, wo das Landvolk sich gegen die Grundherrschaften erhob, die Archive mit den fatalen Grund- und Zehntbüchern vernichtete und einige Schlösser zerstörte.

Der Bundestag setzte indessen sein Scheinleben fort und glaubte mit einigen Koncessionen noch davon zu kommen. Er nahm das Wappen und die einst so verpönten Farben des Reichs, den Adler und das Schwarzrothgold, an und lud die Regierungen ein, Vertrauensmänner abzusenden, um gemeinschaftlich mit diesen eine Revision der Bundesverfassung zu besprechen. Für die 17 Stimmen des engeren Rathes der Bundesversammlung wurde je einer abgeschickt, und diese 17 Vertrauensmänner, darunter der Dichter Uhland für Württemberg, begannen am 30. März ihre Thätigkeit. Die Wahlen für die Nationalversammlung regten das deutsche Volk, das in Träumen einstiger Größe sich wiegte, bis in seine innersten Fasern auf.

Am 18. Mai versammelten sich etwa 320 Abgeordnete des deutschen Volkes im Kaisersaale des Römers zu Frankfurt, zogen in feierlichem Zuge in die Paulskirche und erklärten die Nationalversammlung für konstituirt. Heinrich von Gagern, eine imponirende Persönlichkeit, wurde am folgenden Tage zum Präsidenten gewählt. Niemals hat eine politische Versammlung eine größere Fülle von geistvollen und unterrichteten Männern, von charakterfesten und aufopferungsfähigen Persönlichkeiten gezeigt; aber praktische Politik zu treiben, war freilich nicht die Sache dieser vielen Professoren und Juristen. Die gemäßigte Partei war entschieden in der Mehrheit, die Republikaner und Reaktionäre hatten über wenige Kräfte zu disponiren. Die nächsten Fragen, welche die Geltung der Beschlüsse und die Errichtung einer neuen Centralgewalt betrafen, wurden im Sinne der Volkssouveränetät entschieden. Der Beschluß gieng dahin, daß diejenigen Bestimmungen der Einzelverfassungen, welche mit der zu berathenden Gesamtverfassung im Widerspruch ständen, ungiltig seien, und daß an der Stelle des Bundestags eine provisorische

Centralgewalt geschaffen werden solle und zwar nicht von der Nationalversammlung im Einverständniß mit den Fürsten, sondern ausschließlich von jener. Am 27. Juni entschied sich die Versammlung, durch den „kühnen Griff“ ihres Präsidenten, Heinrich von Gagern, fortgerissen, für die Einsetzung eines unverantwortlichen Reichsverwesers mit einem verantwortlichen Ministerium, und am 29. Juni wählte sie mit 436 Stimmen unter 546 den Erzherzog Johann von Oestreich zum Reichsverweser. Dieser hielt am 11. Juli seinen Einzug in Frankfurt und trat am folgenden Tage sein Amt an. Die Stunde des Bundestags, anscheinend die letzte, hatte nun geschlagen: er legte seine Gewalt in die Hände des Reichsverwesers und trat nach 32jähriger Existenz unbetrauert vom Schauplatz ab.

Erzherzog Johann war ein volksthümlicher Fürst, welchem die Bergluft in Tirol und Steiermark besser zusagte als die parfümirte Atmosphäre am Wiener Hof. Aber den Regierungsgeschäften war er als 66jähriger Neuling nicht gewachsen, und um für ganz Deutschland ein Herz zu haben, war er zu sehr Oestreicher. Die Hauptfrage für die Nationalversammlung und für ihn war die, welche Macht man aufbieten wolle, wenn die deutschen Regierungen den Dekreten, die er im Namen der Nationalversammlung erließ, keinen Gehorsam leisteten. Dieser Punkt war die Achillesferse der deutschen Revolution. Zuallererst mußte man sich darüber in’s Klare setzen, auf welche Weise man den Regierungen der 35 souveränen Bundesstaaten, worunter 31 Monarchien und sogar 2 Großmächte waren, den durch die Nationalversammlung ausgesprochenen Volkswillen oktroyiren könne. Wie war es möglich, die Militärstaaten Oestreich und Preußen an die Befehle von Frankfurt zu gewöhnen? Und wenn diese nicht parirten, was war dann von den mittleren und kleinen Staaten zu erwarten, welche in Wien und Berlin Hilfe zu suchen und zu finden pflegten? Nichts war sicherer, als daß all diese Fürsten die Nationalversammlung sich so lange gefallen ließen, als sie, am eigenen Herde bedroht, mußten, aber auch keine Stunde länger. Die Bundestruppen erhielten zwar vom Reichskriegsministerium Befehl, sämtlich am 6. August dem Reichsverweser zu huldigen; aber nur die kleineren Staaten befolgten die Weisung; Preußen und Oestreich (mit Ausnahme der Wiener Besatzung) thaten, als ob sie dies gar nichts angehe, und selbst Ernst August in Hannover setzte seinen harten Kopf durch. Und selbst wo die Huldigung vor sich

gegangen war, war es in diesen altmonarchischen Staaten kaum denkbar, daß die Heerführer auf die Befehle der ihnen fernstehenden Reichsregierung eher hörten als auf ihren Landesfürsten und „Kriegsherrn“. Hier war schlechterdings nicht anders zu helfen als durch Aufstellung eines Parlamentsheeres, wie die englische Revolution ein solches geschaffen und zum Siege geführt hat. Die Nationalversammlung mußte dann entschlossen sein, die erste widerspenstige Regierung mit allen Mitteln der Gewalt zu Boden zu schlagen, es auf einen Kampf auf Leben und Tod ankommen zu lassen. Mit bloßen Beschlüssen und Voraussetzungen, mit langen Reden und Sentimentalitäten kam man in der Hauptsache keinen Schritt weiter. Entweder mußte man noch ganz andere „kühne Griffe“ thun, oder man war bald das wehrlose Objekt derselben. Statt diesen Gefahren mit entschlossenem und praktischem Sinn entgegenzutreten, ließ die Versammlung die Dinge außerhalb Frankfurt ihren Weg gehen, ließ sich eine Demüthigung um die andere gefallen und beschäftigte sich Monate lang mit einer Gründlichkeit, als ob eine juridische Fakultät beisammen säße, mit der ins Einzelnste gehenden Berathung der Grundrechte des deutschen Volkes.

Die erste bedeutende Veranlassung, den Zwiespalt zwischen der Reichsgewalt und den Einzelregierungen bloß zu legen und in die Versammlung selbst einen klaffenden Riß zu sprengen, bildete die schleswig-holsteinische Frage, die eben damals in ein neues Stadium getreten war. Es handelte sich in dieser Frage um einen Erbfolgestreit. Nach dänischem Gesetz war bei dem Aussterben des oldenburgischen Mannsstammes auch die weibliche Linie successionsfähig, nach schleswig-holsteinischem nur der Mannsstamm. Da Christian VIII. und sein Sohn kinderlos waren, so rückte die Gefahr nahe, daß Dänemark die beiden Herzogthümer mit ihren herrlichen Küstenländern und dem Kieler Hafen verlieren und auf sich selbst angewiesen sein solle. In Dänemark war für diesen Fall die an den Prinzen Wilhelm von Hessen verheiratete Schwester des Königs und ihr Sohn Friedrich, in Schleswig-Holstein der Herzog Christian August von Augustenburg zur Nachfolge bestimmt. Gegen die Verkleinerung des Königreichs sträubte sich der Uebermuth des längst an die Mißhandlung und Aussaugung der Herzogthümer gewöhnten Dänenvolkes, daher der König 1846 den schon erwähnten „offenen Brief“ erließ, worin er das dänische Erbfolgerecht auch auf Schleswig-Holstein ausdehnte und an

der Union beider Länder festhielt. Um diese bittere Pille zu versüßen, verkündigte König Friedrich VII., der am 20. Januar 1848 seinem Vater auf dem Throne gefolgt war, eine freisinnige Verfassung für sämtliche Theile der Monarchie. Aber die Herzogthümer protestirten gegen die Gesamtstaatsverfassung und beharrten auf ihrem Recht der besonderen Erbfolge, der besonderen Verfassung und ihrer Untheilbarkeit. Die Februarrevolution brachte auch diese Verhältnisse in rascheren Fluß. Die Stände der Herzogthümer errichteten eine provisorische Regierung, wandten sich nach Frankfurt um Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund und baten hier und in Berlin um bewaffnete Hilfe. Das Vorparlament bewilligte das Aufnahmegesuch und beauftragte Preußen, in Verbindung mit den Truppen des zehnten Bundesarmeecorps Holstein und Schleswig zu besetzen. General Wrangel überschritt am 21. April als Bundesfeldherr die Eider, trieb im Verein mit den schleswig-holsteinischen Truppen am 23. die Dänen aus dem Danewerk, am folgenden Tage wurden sie von dem 10. Armeecorps bei Oeversee geschlagen, nach der Insel Alsen verjagt, und ganz Schleswig war frei. Wrangel drang in Jütland ein, schrieb eine Kriegssteuer von 3 Millionen Thalern aus und wollte diese Provinz besetzt halten, bis die Dänen, welche bei der unverantwortlich geringen Seemacht Preußens zur See freie Hand hatten und den Ostseehandel beeinträchtigten, den Preußen für ihre Verluste Entschädigung gegeben hätten. Aber Preußen, theils durch die Störung seines Seehandels empfindlich berührt, theils durch die drohende Haltung Rußlands, Schwedens und Englands eingeschüchtert, rief seine Truppen ab und schloß am 26. August zu Malmö in Schweden einen Waffenstillstand mit Dänemark, wonach alle Beschlüsse der provisorischen Regierung für ungiltig erklärt, für die Herzogthümer eine gemeinschaftliche Regierung, zur Hälfte von Dänemark, zur Hälfte von dem deutschen Bunde, ernannt, die schleswigschen Truppen von den holsteinischen getrennt, der Krieg vor dem 1. April 1849, also in der für die Dänen ungünstigen Winterzeit, nicht wieder angefangen werden sollte.

Es war keine Frage, dieser Vertrag war gerade kein diplomatisches Meisterstück von Preußen. Alle Vortheile waren auf Seiten der besiegten Dänen, Schleswigs Einverleibung so gut als zugegeben. Die Nachricht hievon erregte in Frankfurt allgemeine Entrüstung. Nicht bloß die Radikalen, sondern vor allen der konservativ gesinnte Historiker Dahlmann, ein alter Freund und Vertheidiger der Rechte

des verlassenen Bruderstammes, drang, wenn auch nicht auf sofortige Verwerfung, so doch auf vorläufige Sistirung des Waffenstillstandes und Zurücknahme der Rückzugsbefehle. Kaum war dieser von der Ehre Deutschlands gebotene Antrag am 5. Sept. von der Mehrheit genehmigt, so überlegte die gemäßigte Partei, daß ein solcher Beschluß einen Bruch mit Preußen bedeute, und daß hiedurch der Bürgerkrieg, die Revolution, die wildesten Leidenschaften des ohnehin schon aufgeregten Volkes entzündet würden. In Folge dessen wurde nach den heftigsten Debatten am 16. Sept. der Waffenstillstand von Malmö von der Mehrheit genehmigt, somit der frühere Beschluß zurückgenommen. Dies gab den Radikalen einen willkommenen Anlaß, an die Fäuste der unteren Volksschichten zu appelliren und zu dem Juniaufstand der Pariser Socialdemokraten ein Seitenstück zu liefern. Am 17. Sept. wurde auf der Pfingstweide eine Volksversammlung gehalten, bei welcher die Mitglieder der demokratischen Vereine aus der ganzen Umgegend zusammenkamen. Unter dem Deckmantel des Gefühls für Nationalehre wurden hier wahre Donnerkeile gegen die Monarchien und die Nationalversammlung geschleudert, die Mehrheit der letzteren für Verräther am deutschen Volke erklärt und eine Sturmpetition beschlossen, welche am folgenden Morgen von der ganzen Masse des Volkes in der Paulskirche überreicht werden sollte. Das Ziel der Häupter war offenbar Sprengung des Parlaments, Ausrufung der Republik, Einsetzung eines Konvents. Der radikale Abgeordnete Zitz aus Mainz hatte offen erklärt: „jetzt wollen wir Fraktur schreiben!“ Wirklich versuchte die Menge am 18. Sept. in die Paulskirche einzudringen. Aber das Reichsministerium, von der Gefahr unterrichtet, hatte einige Bataillone Oestreicher und Preußen aus Mainz herbeigerufen und alle Zugänge zur Paulskirche besetzt. Es kam hier zu einem Zusammenstoß, Barrikaden wurden errichtet, aber von den Truppen ohne viel Blutvergießen genommen. So wenig kriegerisch und ausdauernd sich hier die Aufständischen gezeigt hatten, so blutgierig stürzten sie sich auf die beiden Abgeordneten, General Auerswald und Fürst Lichnowsky, welche bei einem Spazierritt vor der Stadt von einem Pöbelhaufen verfolgt wurden, in einer Gärtnerwohnung auf der Bornheimer Heide Schutz suchten, aber herausgeschleppt und unter den schändlichsten Mißhandlungen ermordet wurden. Auf dies hin wurde die Stadt in Belagerungszustand erklärt, die Vereine aufgehoben und strengere Maßregeln zur Aufrechthaltung

der Ordnung getroffen. Die Blütenträume der Märzrevolution waren nach diesen Septembertagen vorüber; jetzt blühte wieder der Weizen der Reaktion, welche mit Hinweisung auf die Verbrechen der rothen Republik die Gemäßigten auf ihre Seite zog, um bald auch über sie hinwegzuschreiten. Die Ereignisse an der Donau und an der Spree arbeiteten dieser Wendung vor.

Selbst dem Staate Metternichs sollte eine Katastrophe nicht erspart werden. Durch Absperrung von dem politischen Leben des Auslands, durch Niederhaltung aller Verfassungswünsche und durch geflissentliche Pflege der sinnlichen Natur des Menschen glaubte dieser Staatskünstler Oestreich in einem paradiesischen Zustande zu erhalten. Aber je unreifer und ungebildeter die Bevölkerung blieb, desto leichter war sie, wenn einmal die Wogen der Revolution kamen, von den neuen Steuermännern zu verführen, desto mehr mußte sie die Fülle von neuen Freiheiten eher mißbrauchen als gebrauchen, desto wilder, desto naturwüchsiger tobten die Leidenschaften. An ein Entgegenkommen dachte Metternich nicht; vielmehr wollte er nach der Februarrevolution durchaus den Schein meiden, als ob er bloß aus Furcht sich zu Koncessionen herbeilasse. Die Gefährlichkeit einer solchen Deutung betonte er in der Staatskonferenz, welche, anstatt des körperlich und geistig unfähigen Kaisers Ferdinand, eine Art Regentschaft führte. Dieselbe bestand aus dem Erzherzog Ludwig, Fürst Metternich und Graf Kolowrat. Je länger die Regierung zögerte, desto mehr Petitionen und Adressen wurden an sie abgeschickt, von den Wiener Studenten geradezu Preß-, Rede-, Lehr-, Lern- und Glaubensfreiheit und allgemeine Volksvertretung gefordert. Am 13. März veranlaßte die Eröffnung des niederöstreichischen Landtags die Ansammlung vieler tausend Menschen vor dem „Landhause“, welche, durch die von einem Studenten vorgelesene Rede des ungarischen Volksführers Kossuth aufgereizt, die Stände nöthigten, sich in die Hofburg zu begeben und die Wünsche des Volkes vorzubringen. Der vornehme Bescheid, welchen sie von der Staatskonferenz erhielten, steigerte die Erbitterung; Volk und Militär kamen hinter einander, und nun wurde ein Zugeständniß nach dem andern, Preßfreiheit, Volksbewaffnung, Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände, abgerungen. Metternich mußte seine Stelle niederlegen und, wie Louis Philipp, nach England flüchten. Die Gewalt war nun in den Händen der Wiener Studenten und der Bürgerwehr. Diese

erhielten die Revolution permanent und brachten jede mißliebige Persönlichkeit und Maßregel durch ihre bewaffneten Aufzüge zum Rückzug. Kossuth, welcher am 15. März Nachts in Wien eintraf, wurde mit Fackeln und Musik wie ein Triumphator empfangen.

Das neue Ministerium wollte die Versammlung eines konstituirenden Parlaments vermeiden, erließ daher am 25. April ein Staatsgrundgesetz, das schon deßwegen, weil die Wahl der Abgeordneten an einen bestimmten Census geknüpft war, niemand befriedigte. Als daher die Minister das Centralcomité der Studenten und Nationalgarde, welches eine förmliche Nebenregierung, mächtiger als die eigentliche, bildete, auflösen wollten, wurden sie durch eine Sturmpetition von 15,000 Menschen, welche die Hofburg umlagert hielten, am 15. Mai genöthigt, nicht nur das Comité bestehen zu lassen, sondern auch einen konstituirenden Reichstag mit einer einzigen Kammer einzuberufen, dessen Wahl aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgehe. Diese fortwährenden Tumulte und die Angst vor noch drohenderen Scenen bestimmten die Umgebung des Kaisers, diesen am 17. Mai zur Flucht nach Innsbruck zu veranlassen. Auf kurze Zeit erfolgte nun ein Umschlag in der öffentlichen Stimmung. Die Entfernung des Kaisers war dem loyalen Wiener doch gar zu hart, und er bestürmte ihn mit Bitten, wieder in die Hauptstadt zurückzukehren. Statt aber diese günstigere Strömung rasch zu energischen Maßregeln zu benützen, ließen sich die Minister, welche als Bedingung der Rückkehr des Kaisers die Auflösung der Studentenlegion gestellt und das Auflösungsdekret schon verkündigt hatten, am 26. Mai durch einen dritten Aufstand, durch neue Barrikaden zu dem Zugeständniß herbei, das Dekret zurückzunehmen und die Linientruppen in die Kasernen zurückzuziehen. Ja, der Minister des Innern, Freiherr von Pillersdorff, überließ die Herstellung der Ordnung den bisherigen Störern derselben und duldete die Einsetzung eines Sicherheitsausschusses, welcher aus Gemeinderäthen, Nationalgarden und Studenten gebildet wurde. Dies war nichts anderes als eine Volksdiktatur, wodurch nicht nur die Thätigkeit des Ministeriums bei Seite geschoben, sondern auch der gebildete und gemäßigte Theil der Bevölkerung aus dem unsicheren Fahrwasser der Bewegung hinausgetrieben wurde.

Um das Maß der Verlegenheiten voll zu machen, als ob es an dem Aufstand in Italien, an dem Unabhängigkeitssinn der sporenklirrenden Magyaren, an dem Sicherheitsausschuß in Wien noch nicht

genug wäre, trat auch Prag in die Reihe der Revolutionsstädte. Dort kündigten die Czechen der deutschen Bevölkerung die Feindschaft an, wollten gar nicht mehr ein Glied Deutschlands ausmachen, sondern mit Mähren und östreichisch Schlesien ein besonderes slavisches Königreich bilden, das seine selbständige Verfassung habe. Um sich als mächtige Partei zu konstituiren, veranstalteten sie am 2. Juni einen allgemeinen Slavenkongreß zu Prag unter Palackys Vorsitz, setzten, im Gegensatz zu dem unfreien Ministerium in Wien, eine provisorische Regierung ein und ließen durch Rieger eine czechische Konstitution ausarbeiten. Auch hier trieben die Studenten hohe Politik. Es fehlte nicht an Konflikten mit den von den Czechen bedrohten Deutschen und mi dem Militär, das an dem Fürsten Alfred Windischgräz einen entschlossenen, aber sehr aristokratischen Kommandanten hatte. Man legte ihm die kulturhistorische Naivetät in den Mund: „Der Mensch fängt erst bei dem Baron an." Dieser schlug das Begehren der czechischen Studenten, ihnen eine Batterie und 60,000 Patronen zu überlassen, rundweg ab. Denn es war leicht zu merken, daß diese Patronen niemand anders als dem Fürsten und seinen Soldaten gelten, und daß wie in Wien so auch hier eine Volksregierung und zwar eine czechische gebildet werden sollte. Am 12. Juni kam es vor dem Palast des Fürsten zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Czechen und dem Militär, wobei die am Fenster lauschende Gemahlin des Fürsten von einer Kugel tödtlich getroffen wurde. Mit einigen Kanonenschüssen wurde an diesem und dem folgenden Tage der Aufstand bezwungen, den sich aufblähenden Czechen „der Standpunkt klar gemacht", der Slavenkongreß gesprengt und nach langer Pause wieder einmal die Thatsache konstatirt, daß Oestreichs Militärmacht noch keine Lust, abzudanken, habe.

Bald darauf trat der konstituirende Reichstag in Wien zusammen und wurde am 22. Juli von Erzherzog Johann, dem Reichsverweser, eröffnet. Es war ein babylonisches Sprachgewirr, wobei wenig Konstitutionelles herauskommen konnte, zumal da die äußeren Verhältnisse fortwährend Stoff zu den lebhaftesten Debatten gaben. Die Rückkehr des Kaisers, welche auf das besondere Verlangen des Reichstags am 12. August erfolgte, trug zur Beruhigung der Gemüther nichts bei. Ein Antrag auf Aufhebung aller Robot- und Unterthänigkeitsverhältnisse, das heißt, auf Abschüttlung aller Feudallasten, wie sie in der französischen Revolution von 1789 in der berühmten Nacht vom

4. August durchgeführt wurde, gieng mit der Bestimmung durch, daß den Berechtigten eine billige Entschädigung vom Staate geleistet werden sollte. Der Reichstag kam bald in eine unhaltbare Stellung zwischen dem Ministerium und den Arbeitervereinen und verlor täglich an Einfluß, da er bei dem allgemeinen Ausreißen der slavischen Mitglieder bereits zu einem Rumpfparlament zusammengeschmolzen war. Ein offener Kampf konnte nicht ausbleiben. Die Verhältnisse gestalteten sich immer mehr zu einer Kopie des Pariser Arbeiterthums. Handel und Wandel stockte. Die reichen Familien suchten idyllischere Wohnsitze. Das Proletariat wurde täglich zahlreicher und steigerte seine Ansprüche. Oeffentliche Arbeiten, Pariser Nationalwerkstätten, mußten von der Regierung angewiesen werden, und die ohnedies schon schwindsüchtige Staatskasse sollte der Gesellschaft der Müßiggänger noch einen hübschen Taglohn bezahlen. Das Ministerium Wessenberg, das auf Pillersdorff gefolgt war, ermannte sich endlich, setzte vorerst den Arbeitslohn um 5 Kreuzer herab und unterdrückte den Aufstand der widerspenstigen Arbeiter durch die Hilfe der Nationalgarde (23. August). Da kam eine neue Verwicklung. Der Bruch mit Ungarn war entschieden. Ein Theil der Wiener Besatzung sollte am 6. Oktober gegen Ungarn abmarschiren. Ein Grenadierbataillon verweigerte den Gehorsam, und als es durch Reiterei zum Abmarsch gezwungen werden sollte, kam es zum Kampf, in welchem die Grenadiere von den Studenten, der Nationalgarde und den Arbeitern unterstützt wurden. General Bredy wurde erschossen, mehrere Kanonen vom Volke erbeutet. Ueberall wurden Barrikaden errichtet, auf dem Stefansthurm heulte die Sturmglocke, ein wüthender Pöbelhaufe eilte nach dem Kriegsministerium, um den Minister Latour aufzusuchen, dessen Maßregeln gegen die Ungarn nicht im Sinne der Wiener Demokratie waren. Aus seinem Versteck hervorgeholt, wurde er in den Hof geschleppt, mit Hammerschlägen und Säbelhieben aufs grausamste gemordet und, aus 43 Wunden blutend, an einem Gaskandelaber aufgeknüpft. Darauf wurde das Zeughaus erstürmt und die reichen Vorräthe zum Theil seltener und kostbarer Waffen unter die Menge vertheilt. Der Reichstag erklärte sich für permanent und verlangte in einer Adresse an den Kaiser die Bildung eines neuen Ministeriums, die Absetzung des Generals Jellachich, Banus von Kroatien, und ähnliches. Die Wiener Demokratie hatte an diesem Tage gesiegt, aber sie war nun verloren.

Unter solchen Umständen konnte der Kaiser nicht mehr länger in Schönbrunn verweilen. Er flüchtete am 7. Oktober unter starker Bedeckung nach Olmütz in Mähren und gab dem Fürsten Windischgräz den Befehl, Wien zu unterwerfen. Dieser, welcher zum Oberbefehlshaber aller kaiserlichen Truppen, mit Ausnahme der italienischen, ernannt war, marschirte mit seinem Heere von Prag ab, kam am 20. Oktober vor Wien an, vereinigte sich mit den Truppen des Banus Jellachich von Kroatien und mit der Wiener Besatzung, welche der Kommandant Graf Auersperg aus der Stadt geführt hatte, und forderte am 23. unbedingte Unterwerfung. Von einer solchen versprachen sich die Revolutionsmänner, welche eine Schreckensherrschaft in Wien ausübten, wenig Gutes für ihre Personen und wollten es lieber auf einen Kampf ankommen lassen, wobei sie sich auf die Hilfe der Ungarn verließen. An der Spitze der Nationalgarde stand der ehemalige Lieutenant Messenhauser, die akademische Legion und die aus bezahlten Proletariern bestehende Mobilgarde wurde von dem polnischen General Bem befehligt, die zwei Reichstagsabgeordneten von Frankfurt, Julius Fröbel und Robert Blum, traten unter die Freischaren ein. Tag und Nacht wurde auf beiden Seiten eine ganze Woche lang mit der größten Erbitterung gekämpft. Endlich waren die Vorstädte erobert, und Messenhauser selbst rieth zur Uebergabe, weil es ihm an tüchtiger Mannschaft und an Munition fehlte. Am 30. Oktober unterhandelte eine Deputation des Gemeinderaths in dem Hauptquartier des Fürsten Windischgräz über die Unterwerfung, als Nachmittags vom Stefansthurm aus die Annäherung der ungarischen Hilfsarmee bemerkt wurde. Nun drangen die Freischaren und das Proletariat auf Erneuerung des Kampfes, Messenhauser wurde gezwungen, das Kommando zu behalten und es mit Fenner von Fenneberg zu theilen. Aber die Ungarn wurden durch eine Truppenabtheilung, welche Windischgräz gegen sie schickte, zurückgetrieben, und Wien am 31. Oktober im Sturm genommen. Die kaiserlichen Truppen besetzten am Abend alle Plätze. Der Kandelaber, an welchem Latour aufgehängt worden war, wurde von ihnen zertrümmert. Mord, Plünderung, Feuersbrünste wütheten da und dort; wer fliehen konnte, floh. Ueber die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt, ein schrankenloser Militärdespotismus begann, die standrechtlichen Hinrichtungen mit Pulver und Blei wollten kein Ende nehmen. Bem und Fenneberg waren entflohen, Fröbel wurde aus

dem Gefängniß entlassen, aber Robert Blum, welcher sich zu sehr auf seine Eigenschaft als Mitglied der Reichsversammlung verlassen hatte, am 9. November in der Brigittenau erschossen. Auch Messenhauser, obgleich vom Reichstag und Ministerium als Kommandant anerkannt, erlitt den Tod. Man wollte den Revolutionsmännern von Pesth und von Frankfurt zeigen, daß die Armee, in deren Lager jetzt Oestreich sei, nicht länger mit sich spassen lasse.

Schon vor dieser Katastrophe, am 22. Oktober, war der Reichstag von Wien nach dem mährischen Städtchen Kremsier berufen, wo er fern von demokratischen Einflüssen ungestört der Berathung einer Konstitution obliegen konnte. Am 22. November wurde er dort eröffnet, nachdem am Tage vorher Fürst Felix Schwarzenberg, als General und Diplomat bekannt, ein neues Ministerium gebildet hatte, in welchem Graf Franz Stadion das Innere, der ehemalige Bonner Buchhändler und Gründer des Triester Lloyd, Baron Bruck, das Handelsministerium übernahm. Diesem Wechsel, welcher auf ein strafferes Regiment hindeutete, folgte rasch noch ein anderer. Am 2. December legte Kaiser Ferdinand die Krone nieder, sein Bruder Erzherzog Franz Karl, dessen Gemahlin Sophie sehr unbeliebt war, verzichtete auf die Thronfolge, und der Sohn des letzteren, Franz Josef, bestieg den habsburgischen Thron. Für die neuen Verhältnisse sollte eine neue, junge Kraft gewonnen werden und zugleich eine solche, welche nach keiner Seite hin durch irgend welche Zusagen an die Revolution, besonders in Ungarn, gebunden war. Ebendies fürchtete die liberale Partei und glaubte deßhalb, die Reaktion bereits in vollem Anmarsch zu sehen. Der Reichstag in Kremsier, welcher, in die Fußstapfen des Frankfurter tretend, in lange Debatten über die Grundrechte sich verirrte, stand bald dem Ministerium schroff gegenüber. Dem Gottesgnadenthum, welches von diesem wieder betont wurde, stellte jener die Volkssouveränetät gegenüber. Um rasch zu Ende zu kommen und den in den Straßen Wiens besiegten Revolutionsgeist nicht wieder emporkommen zu lassen, lösten die Minister am 7. März 1849 den konstituirenden Reichstag auf und oktroyirten eine Verfassung für Gesamt-Oestreich, welche nie ins Leben trat und nach der Unterwerfung Ungarns 1851 auch formell zurückgenommen wurde.

Einen ähnlichen Gang wie in Wien nahm die Revolution in Berlin. Hier hielt der König immer noch an seinem „Vereinigten Landtag“ fest und glaubte mit dieser ohnmächtigen Schöpfung das

Aeußerste gethan zu haben. Anderer Ansicht war das Volk, welches, obgleich nicht blind für manches Ausgezeichnete in der Civil- und Militär-Verwaltung, es doch für beschämend hielt, daß ein Staat, welcher auf solcher Höhe von Intelligenz stehen wollte, hinsichtlich des politischen Lebens zu den hintersten Gruppen gehören sollte. Die Februarrevolution mußte sich auch hier als zündender Blitz erproben. Vom 6. März an wurden Versammlungen vor den Zelten gehalten, beim Nachhausegehen gab es Konflikte mit dem Militär, das am 15. und 16. von der Schußwaffe Gebrauch machte, und Deputationen des Magistrats wurden an den König geschickt. Die Nachricht von der Wiener Revolution vom 13. März ließ die Berliner nicht mehr schlafen. Am 17. kam eine Deputation aus Köln, welche von der drohenden Stimmung der Rheinprovinz sprach und sogar eine Losreißung von der preußischen Monarchie durchblicken ließ, falls nicht im Geiste der Freiheit reformirt würde. Eine neue Abordnung aus Berlin am 18. März verlangte vom König hauptsächlich Entlassung des Ministeriums, Einführung einer freisinnigen Verfassung und Bürgerbewaffnung. Sie wurde wohlwollend empfangen, und schon Nachmittags zwei Uhr hieß es, daß zwei königliche Patente gedruckt seien, welche die Gewährung der Volkswünsche bereits enthielten: Aufhebung der Censur, Verbesserung der Verfassung Preußens und des deutschen Bundes im Einverständniß mit den übrigen deutschen Regierungen. Das Volk war freudig gestimmt, stand in Masse auf dem Schloßplatz und empfieng mit großem Jubel den König. Daß aber alle Eingänge des Schlosses mit Militär besetzt waren, erzeugte, in der Erinnerung an die Todten und Verwundeten der letzten Tage, allgemeine Erbitterung. Der Ruf: „Militär fort!" wurde immer heftiger und gebieterischer. Infanterie rückte mit gezogener Waffe vorwärts, um das Volk zu zerstreuen. Zwei Schüsse fielen, wie das Volk glaubte, aus den Reihen der Soldaten, wie andere behaupten, aus der Reihe der Umsturzpartei, um einen ähnlichen Erfolg wie am 23. Februar vor dem Guizot'schen Hotel zu erzielen. Das Volk glaubte zunächst an einen grausamen Betrug, als ob man all das Schöne nur versprochen habe, um das Volk hier in Masse niedermetzeln zu lassen. „Wir sind verrathen! Man mordet uns! zu den Waffen!" war das allgemeine Geschrei. Alles floh mit wüthendem Grimm auseinander, und in ein paar Stunden waren gegen 200 Barrikaden errichtet, auf welchen die schwarzrothgoldene Fahne wehte. Um 3 Uhr griffen die Truppen

an und räumten durch Kartätschenschüsse bis gegen sieben Uhr den größten Theil der Königsstraße. Aber der Kampf dauerte die ganze Nacht unter schrecklichem Sturmläuten fort, und am Morgen des 19. fühlten sich die Truppen nach dem strengen Dienst der letzten Woche und den Anstrengungen des verflossenen Tages zu sehr erschöpft, als daß auf einen Sieg über das erbitterte Volk mit Sicherheit zu rechnen gewesen wäre. Daher gab endlich der König dem Andrängen der Bürgerschaft nach, befahl dem Militär, die Stadt zu verlassen, willigte in eine Bürgerwehr zum Schutze der Stadt und des Schlosses und berief ein neues Ministerium, an dessen Spitze Graf Arnim=Boytzenburg stand. Darauf wurden die 216 Leichen der Barrikadenkämpfer auf Bahren oder offenen Wagen, die Häupter mit Blumen und grünen Zweigen geschmückt, in den Schloßhof gebracht und der König gezwungen, in Begleitung der Königin ihnen mit entblößtem Haupte seine Achtung zu bezeigen. In Folge der Amnestie, welche für alle politischen Vergehen erlassen wurde, öffneten sich auch die Kerker der wegen des Aufstands von 1846 in Berlin gefangen gehaltenen Polen, und Mieroslawski zog am 20. mit seinen Leidensgefährten wie im Triumph durch die Stadt, von der Verbrüderung Deutschlands und Polens, von der Herstellung eines freien großen Polens, als einer Vormauer gegen Rußland, sprechend.

Friedrich Wilhelm IV. schien wie umgewandelt. Er, der stolze Hohenzoller, der seine königliche Gewalt nie anders als im Strahlenglanz überirdischer Majestät erblickte, stieg auf den Posaunenschall des großen Leichenfelds auf seinem Schloßplatz von seiner Himmelsleiter herab und wurde „wie unser einer“. Am 21. März erließ er eine Proklamation „An die deutsche Nation“, worin er erklärte, daß er sich „zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesamtvaterlands“ stelle, und Nachmittags hielt er, von den Prinzen, mehreren Ministern und Generalen umgeben, einen Umritt durch die Stadt, wobei er und sein Gefolge schwarzrothgoldene Schleifen trugen und eine deutsche Fahne vorausgetragen wurde. Vor dem Universitätsgebäude hielt er still und sprach in begeisterten Worten von Deutschlands Freiheit und Einheit. Eine Proklamation vom nämlichen Tage, welche „An mein Volk und an die deutsche Nation“ gerichtet war, verkündigte den berühmten Satz: „Preußen geht fortan in Deutschland auf“. Die Beerdigung der Barrikadenleichen in dem Riesengrab des Friedrichshains am 22. März, wobei der König auf dem Balkon des

Schlosses mit entblößtem Haupte den 20,000 Mann starken Zug an sich vorbeigehen ließ, bildete den Schluß der Berliner Revolutionstage. Der Bruder des Königs, der Prinz von Preußen, welchen man fälschlich beschuldigte, das Widerstreben des Hofes veranlaßt und den Befehl zum Einschreiten des Militärs gegeben zu haben, reiste, jedoch erst auf ausdrücklichen Befehl des Königs, nach England ab, um nicht durch seine Anwesenheit eine Versöhnung zu verhindern. Der Vereinigte Landtag trat am 2. April noch einmal auf acht Tage zusammen, um das von dem Ministerium Camphausen, welches bereits am 29. März an die Stelle des Arnim'schen getreten war, vorgelegte Wahlgesetz für eine konstituirende Versammlung zu prüfen und zu genehmigen.

Im Großherzogthum Posen, wo die Polen mit der ihnen angebotenen Abtrennung und besonderen Verwaltung des östlichen Theiles nicht zufrieden waren, sondern die gänzliche Losreißung des Großherzogthums vom Königreich Preußen verlangten, hatte sich unter Mieroslawski ein Aufstand erhoben. Derselbe wurde durch die preußischen Truppen in mehreren Gefechten in den Monaten April und Mai unterdrückt, sowie auch der polnische Aufstand in Krakau durch das östreichische Militär. Die konstituirende Versammlung wurde in Berlin am 22. Mai eröffnet. Abgesehen davon, daß ihr durch die Reichsversammlung in Frankfurt die besten politischen Kräfte entzogen waren, stand sie auch ganz unter dem Einfluß und dem Druck des Berliner Demagogenthums, das nach dem Abzug des Militärs sich ganz als Herrn der Stadt und des Landes fühlte und zur Abwechslung auch einmal selbst Souverän spielen wollte. Der vom Ministerium vorgelegte Verfassungsentwurf wurde von der Versammlung bei Seite gelegt und die Berathung eines neuen begonnen. Aber bei den vielen Interpellationen an die Minister und bei der Erledigung der brennenden Tagesfragen gieng es auch hier, wie in Wien und in Frankfurt, nicht vorwärts. Bei jeder wichtigen Debatte war das Sitzungsgebäude, das Schauspielhaus, von der Menge dicht umstellt, welche jeden, der nicht in ihrem Sinne gesprochen oder abgestimmt hatte, mit Thätlichkeiten bedrohte. Das Zeughaus wurde am 15. Juni von dem Pöbel gestürmt und geplündert. Der üble Wille und die Ohnmacht der Behörden und der Bürgerwehr lag klar am Tag. Als aber die Versammlung den Beschluß faßte, daß der Kriegsminister die Officiere vor reaktionären Tendenzen warnen und es ihnen zur Ehrenpflicht machen sollte, aus dem Dienst zu treten, falls sie mit den

neuen politischen Principien nicht harmonirten, bei welcher Gelegenheit die Minister ihre Entlassung nahmen und das Ministerium Pfuel gebildet wurde (7. Sept.); als die Abschaffung des Adels, die Aufhebung der Orden und adeligen Titel votirt wurde; als am 31. Oktober, nach dem Einlaufen der Wiener Neuigkeiten, Waldeck, das Haupt der linken Partei, den Antrag stellte, das Reichsministerium aufzufordern, „zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle Mittel und Kräfte aufzubieten“, und als die zahlreichen Volkshaufen gegen die gemäßigten Abgeordneten die Messer zückten und Stricke emporhielten, da sah jedermann, daß man von den Wiener Oktoberzuständen nicht mehr ferne sei. Aber gerade die Ueberwältigung derselben durch den Fürsten Windischgräz ermuthigte auch in Berlin zu rettenden Thaten. Pfuel reichte seine Entlassung ein, und Graf Brandenburg, ein natürlicher Sohn des Königs Friedrich Wilhelm II., kündigte am 2. November der konstituirenden Versammlung an, daß er mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt sei. Jene sandte eine Deputation an den König nach Potsdam, um gegen die Erwählung einer so aristokratischen Persönlichkeit zu protestiren und ein volksthümliches Ministerium zu verlangen. Der König war nicht umzustimmen, und Jakoby, der Abgeordnete von Königsberg, rief ihm im Weggehen nach: „Das ist eben das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nie hören wollen“, ein Wort, das, an dieser Stelle gesprochen, mehr Schaden als Nutzen stiftete. Das Kabinet, welches thatsächlich unter der Leitung des Ministers des Innern, von Manteuffel, stand, war am 9. November gebildet und schickte der Versammlung als ersten Gruß eine königliche Botschaft zu, mit der Mittheilung, daß sie, „um ihre Berathungen vor dem Scheine der Einschüchterung zu bewahren“, von Berlin nach Brandenburg verlegt und vom 9. bis zum 27. November vertagt würde. Zugleich erhielt General Wrangel den Befehl, mit bedeutender Truppenmacht in Berlin einzurücken. Die Stadt wurde in Belagerungszustand erklärt, die Bürgerwehr aufgelöst, eine allgemeine Entwaffnung angeordnet und die politischen Vereine geschlossen. Die Versuche der radikalen Mehrheit der Versammlung, nach Schließung des Schauspielhauses ihre Sitzungen unter ihrem Präsidenten von Unruh in anderen Lokalen fortzusetzen, scheiterten an den militärischen Maßregeln, und kaum gelang es ihr noch, zu beschließen, daß dem Ministerium Brandenburg die Steuern zu verweigern seien. Woher wollte sie aber die Mittel nehmen, um einem solchen Beschlusse,

welcher die Brandfackel der Revolution durch alle Gauen des Reiches schleudern wollte, Geltung zu verschaffen? Die Mitglieder der Rechten fanden sich am 27. November in Brandenburg ein; am 1. December erschienen auch gegen 100 Abgeordnete von der Opposition, aber nur, um ihren Protest gegen die Verlegung zu wiederholen. Mit ihrem Ausscheiden war die beschlußfähige Zahl nicht mehr vorhanden. So geschah, was einige Monate nachher auch in Kremsier erfolgte: die Versammlung wurde am 5. December aufgelöst und eine Verfassung oktroyirt, welche, mit dem altpreußischen Ständewesen vollständig brechend, auf demokratischer Grundlage ruhte und den beiden neu zu wählenden Kammern, deren Eröffnung in Berlin auf den 26. Febr. 1849 festgesetzt wurde, zur Prüfung und Annahme vorgelegt werden sollte. Damit war Preußen in die Reihe der modern-konstitutionellen Staaten eingetreten.

Je rascher die beiden großen Militärstaaten Deutschlands aus den Trümmern der Revolution sich wieder emporarbeiteten und auf der Grundlage des Belagerungszustandes in ihren Hauptstädten wieder festen Fuß faßten, desto mehr schienen die Märzministerien der übrigen Staaten in der Luft zu schweben, desto schneller neigten sich die Tage von Frankfurt ihrem Ende zu. Der Freischarenzug des revolutionslustigen Struve, welcher am 21. September 1848 von Basel aus in Baden einfiel und die deutsche Republik ausrief, wurde am 24. September in dem Gefecht bei Stauffen durch den badischen General Hoffmann zersprengt, Struve gefangen und nach Bruchsal ins Gefängniß geführt. Sein Kampfgenosse Hecker hatte kurz vorher, aus Verzweiflung an dem Gelingen seiner Plane, dem Vaterlande den Rücken gekehrt und nach Nordamerika sich eingeschifft. Auch in Frankfurt klärte sich allmählich die Situation. Mit dem Ende des Jahres waren endlich die Grundrechte des deutschen Volkes durchberathen. Die vielen Freiheiten, welche der deutsche Bürger genießen sollte, nahmen sich alle so schön aus; aber wer garantirte ihre Benützung? Oestreich, Preußen, Baiern, Hannover und Sachsen lehnten vorläufig ihre Annahme ab. Wenn die mächtigsten Staaten sich schon bei den Grundrechten renitent zeigten, wie mochte es erst bei der Reichsverfassung sein! Denn hier mußten ganz andere, in die Souveränetät der einzelnen Fürsten weit einschneidendere Fragen vorkommen. Handelte es sich ja hier nicht bloß um die Gründung eines Staatenhauses und Volkshauses und um deren specielle Befugnisse

sondern um die nothwendige Beschränkung der Selbständigkeit der Souveräne und Staaten, um das Verhältniß der beiden Großmächte theils zu einander theils zu den übrigen Bundesstaaten und um die Lösung der Oberhauptsfrage. Gerade hierin zeigte es sich, wie übel man daran gethan hatte, während der Revolutionsstürme mit den Grundrechten anzufangen und während der Erstarkung der Reaktion an die Reichsverfassung zu gehen. Nur in der Leidenschaft der ersten drei Monate, wo die Volkskraft unwiderstehlich, die Macht der Dynastien gebrochen war, ließ sich ein neues Deutschland, mit oder ohne Oestreich, konstituiren, und selbst König Friedrich Wilhelm IV. hätte wohl damals die Kaiserkrone aus den Händen des Volkes genommen. Wie anders aber stellte sich die Frage im Jahr 1849, als nicht die Ohnmacht der Dynastien, sondern die der Revolution hervortrat, als Oestreich in Italien, in Prag und in Wien seine Siegestrophäen errichtete und eben daran war, auch die Magyaren, wenn auch mit fremder Hife, zu bändigen!

Nachdem Fürst Schwarzenberg die ungetrennte Einheit sämtlicher östreichischen Länder in seinem Programm verkündigt hatte, mußte die Frankfurter Reichsversammlung entweder, um die deutschen Provinzen Oestreichs im Bund zu behalten, auf die angestrebte Einheit Deutschlands verzichten, oder, um letztere zu erreichen, jene sich selbst überlassen. Die Frage, ob Oestreich in den neuen Bundesstaat eintreten oder ausgeschlossen werden solle, verursachte einen tiefen Riß in die bisherige Mehrheit. Die Großdeutschen wollten das erste, die Kleindeutschen das zweite. Jene hielten eine Verkleinerung Deutschlands für eine Schmach und für ein Unglück, diese sagten, ein kompaktes Kleindeutschland sei mächtiger als ein lose verbundenes Großdeutschland. Heinrich von Gagern, welcher am 16. December an die Spitze des Reichsministeriums getreten war, stellte den Antrag auf einen engeren Bundesstaat, auf den Nichteintritt Oestreichs in denselben, auf ein bloßes Unionsverhältniß zwischen beiden, und dieser Antrag wurde zum großen Verdruß des Reichsverwesers und der östreichischen Abgeordneten zum Beschluß erhoben. Darauf säumte Schwarzenberg nicht, zu erklären, daß Oestreich weder sich aus dem deutschen Bunde hinausstoßen, noch seine deutschen Provinzen von der ungetheilten Monarchie lostrennen lasse. Und als die Oberhauptsfrage dahin entschieden wurde, daß ein regierender Fürst an die Spitze von Deutschland zu stellen sei, und am

28. März 1849 mit 290 gegen 248 Stimmen die erbliche Würde eines „Kaisers der Deutschen" dem König von Preußen übertragen wurde, sprach sich nicht nur der Kaiser von Oestreich, sondern auch andere Fürsten dahin aus, daß sie sich dem neuen Kaiser nicht unterordnen würden, der König von Württemberg mit dem speciellen Beisatz: „Dem Hause Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht; dem Kaiser von Oestreich, wenn er gewählt worden wäre, würde ich mich unterworfen haben."

Eine Deputation von 34 Mitgliedern brachte die wichtige Botschaft nach Berlin. Der König empfieng sie am 3. April im Rittersaal seines Schlosses. Auf die Rede des Präsidenten Simson gab er zuerst eine unbestimmte, dann eine entschieden ablehnende Antwort. Eine Krone, welcher nur ein suspensives Veto zustand, hatte an sich schon wenig Reiz für ihn. Ihr Werth sank aber noch mehr, da er sie bloß durch einen Krieg mit Oestreich, mit den vier Königreichen, vielleicht auch mit einem auswärtigen Staate hätte behaupten können, wobei er um der neuen Krone willen seine preußische aufs Spiel gesetzt hätte. Ein Friedrich der Große hätte sie vielleicht trotz all dieser Hindernisse angenommen und dadurch Preußen in Deutschland aufgehen lassen; Friedrich Wilhelm IV. konnte sie bloß annehmen, wenn die deutschen Fürsten damit einverstanden waren, oder vielmehr, wenn nicht die Nationalversammlung, welche er als revolutionär haßte, sondern die deutschen Fürsten freiwillig sie ihm antrugen; wenn die Kaiserkrone eine Krone von Gottes Gnaden war und nicht, wie er an Bunsen schrieb, „mit ihrem Ludergeruch der Revolution von 1848 den Träger überschwenglich verunehrte". Auch die preußische Kammer, welche am 26. Februar zusammengetreten war, wollte einen Druck auf den König ausüben und beschloß, nachdem bereits 28 Regierungen ihre Zustimmung zu der Reichsverfassung und zum Erbkaiserthum Friedrich Wilhelms ausgesprochen hatten, die Annahme der Kaiserwürde und der Reichsverfassung ihrer Regierung zu empfehlen. Allein das Ministerium Brandenburg löste die Kammern am 27. April wieder auf und suchte unter der Hand die deutschen Regierungen zur Uebertragung der provisorischen Centralgewalt an Preußen zu bewegen.

Das Frankfurter Parlament war durch die abschlägige Antwort des Königs von Preußen und durch die schroffe Haltung seiner Regierung an seinem Lebensnerv getroffen. Sein weiteres Leben war nur noch eine Scheinexistenz. Die Verlegenheiten mehrten sich mit

jedem Tage. Hatte man auch den König von Württemberg durch einen Adressensturm zur Annahme der Reichsverfassung gedrängt, so war doch von Oestreich nichts als Feindseligkeit zu erwarten, und nach dem Beispiele Preußens lösten Hannover und Sachsen ihre Kammern, welche auf Annahme drangen, auf, und Baiern berief sie nicht ein. Die Reichsversammlung antwortete darauf mit dem Beschlusse vom 4. Mai, worin die deutschen Regierungen, die Ständekammern, die Gemeinden, kurz das ganze deutsche Volk aufgefordert wurde, daß, „wenn Preußen auf diesem Reichstage nicht vertreten sein sollte, der Regent desjenigen Staates, welcher unter den im Reichstag vertretenen Staaten die größte Seelenzahl habe, unter dem Titel eines Reichsstatthalters in die Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes eintreten sollte". Mit diesem Beschluß war Preußen der Fehdehandschuh hingeworfen und das Volk in denjenigen Staaten, wo die Reichsverfassung nicht anerkannt wurde, zum Aufstand wenigstens gereizt. Die Folgen sollten sich bald zeigen.

In ganz Deutschland war eine große Aufregung sichtbar, als immer klarer an den Tag trat, daß die Errungenschaften der Märzrevolutionen und die Hoffnung auf eine endliche glückliche Gestaltung des Vaterlandes durch den Widerstand einiger Regierungen vernichtet werden sollten. Die demokratische Partei raffte sich noch einmal zu verzweiflungsvollen Schritten auf. Auch in Preußen kam es zu aufständischen Bewegungen (im Mai 1849) in den Städten Crefeld, Elberfeld, Düsseldorf, Iserlohn und anderen. Doch war die preußische Regierung stark genug, nicht nur im eigenen Lande jede Bewegung niederzuschlagen, sondern auch anderen Fürsten mit ihren Bajonetten auszuhelfen. In Dresden sollte der König, welcher die Annahme der Reichsverfassung beharrlich verweigerte, durch Waffengewalt dazu gezwungen werden. Freischaren und Bürgerwehr griffen am 3. Mai das Militär an, der König floh in der Nacht mit seiner Familie und den Ministern auf die Festung Königstein und bat den König von Preußen um Hilfe. Eine provisorische Regierung unter Tzschirner, Heubner und Todt wurde in Dresden gebildet, der russische Flüchtling Bakunin leitete die Vertheidigungsanstalten, vom Lande her trafen Zuzüge ein; aber auch die preußischen Truppen kamen und eroberten nach den hartnäckigen Kämpfen vom 6. bis 9. Mai die Hauptstadt. Einige der Führer entkamen in die Pfalz und nach Baden; Heubner und Bakunin wurden gefangen; Belagerungs-

zustand, Kriegsgerichte und Ausnahmegesetze traten an die Stelle der vorigen Freiheit, und das Gefängniß von Waldheim war viele Jahre lang mit den Maigefangenen bevölkert.

Zu gleicher Zeit brach in der Pfalz ein Aufstand aus. Hier lebt ein lebhafter, für politische Eindrücke sehr empfänglicher Volksstamm, dem die verfassungsfeindliche Haltung der bairischen Regierung, mit der er ohnedies nicht sehr sympathisirte, ein Gegenstand des Hasses wurde. Auf einer großen Volksversammlung vom 1. Mai wurde die Lostrennung von Baiern und die Errichtung einer provisorischen Regierung beschlossen und eine Volkswehr errichtet, wozu aus aller Herren Ländern Freiwillige, aus den Festungen Landau und Germersheim viele Deserteure herbeiströmten. An die Spitze derselben wurde zuerst Fenner von Fenneberg, ein ehemaliger östreichischer Officier, der sich an der Oktoberrevolution in Wien betheiligt hatte, dann der frühere Weinreisende Blenker gestellt. Von der Pfalz sprang der Aufstand nach Baden über, obgleich die dortige Regierung die Reichsverfassung angenommen hatte und ein liberales Regiment führte. Aber das Land war durch Hecker, Struve und solche Leute viel zu sehr unterwühlt, als daß es durch eine geregelte Freiheit sich befriedigt gefunden hätte. Eine „gemüthliche Anarchie" kam vielen als das Ideal ihrer politischen Wünsche vor. Zudem war die Disciplin der badischen Truppen vollständig gelockert und offen wurde ausgesprochen, daß man bei einer Revolution nicht mehr auf die „Brüder", sondern auf die Officiere schießen werde. Die Besatzung von Rastatt empörte sich am 11. Mai. Der Kriegsminister Hoffmann, welcher mit treuen Truppen von Karlsruhe herbeieilte, entkam mit Mühe mit der Mehrzahl der Officiere den Mißhandlungen der betrunkenen und tobenden Soldaten; Bürgerwehr und Militär fraternisirten. Aehnliche Vorgänge fanden in Lörrach, Freiburg und Bruchsal statt, wo Struve aus dem Gefängnisse befreit wurde. Nun verlangte die Volksversammlung von Offenburg am 13. Mai die Auflösung der Kammern, Einberufung einer konstituirenden Landesversammlung, Entlassung des Ministeriums Bekk und eine allgemeine Amnestie. Kaum konnte der Advokat Brentano, welcher an der Spitze der zahlreichen Volksvereine stand, die Ausrufung der Republik verhindern. Doch waren die übrigen Beschlüsse extrem genug. Die Revolution wurde für permanent erklärt, ein „Landesausschuß" eingesetzt und, damit auch die kommunistischen Ideen zu ihrem Rechte

kämen, ein „Landespensionsfonds für arbeitsunfähig gewordene Bürger“ in Aussicht gestellt.

Am Abend des nämlichen Tages entstand in Karlsruhe eine Militärmeuterei. Zwei Kompagnien kamen in betrunkenem Zustande von Bruchsal zurück, zerstörten das Innere einer Kaserne, demolirten die Wohnung eines unbeliebten Oberst, tödteten den Rittmeister Laroche, welcher ihrem Treiben entgegentrat, nebst einem Unterofficier und einem Gemeinen nnd stürmten gegen das Zeughaus, das von der Bürgerwehr tapfer vertheidigt wurde. In der Nacht entfloh der Großherzog mit seiner Familie unter dem Geleite von Dragonern und Artilleristen nach Germersheim, dann nach dem elsäßischen Städtchen Lauterburg. Von da begab er sich nach Frankfurt, und da die Centralgewalt ihn nicht gehörig mit Truppen unterstützen konnte, wandte er sich an die preußische Regierung. Unter der Bedingung, daß er dem „Dreikönigsbunde“ beitrat und ein preußisch-gesinntes Ministerium annahm, erhielt er die Hilfstuppen, welche in der Nähe von Kreuznach bereit standen und sogleich Befehl zum Vorrücken erhielten. Nach des Großherzogs Abreise zog am Abend des 14. Mai Brentano mit dem Landesausschuß in Karlsruhe ein und stellte sich an die Spitze der Regierung. Die Kammern wurden aufgelöst und eine konstituirende Versammlung auf den 10. Juni einberufen, die freilich auf eine Art zusammengesetzt war, daß sich Brentano ihrer zu schämen hatte. Und wie in den Kriegen der ersten französischen Revolution, wurde ein allgemeines Aufgebot der wehrfähigen Jugend von 18—30 Jahren erlassen, die Zeughäuser geöffnet, Kriegs- und Civilkommissäre angestellt und der Mangel an großen Ideen und an Nationalgefühl durch den unmäßigen Genuß geistiger Getränke zu ersetzen gesucht. Aus allen Gegenden Deutschlands, aus Frankreich, Ungarn, Polen kamen Abenteurer, die Revolution von ganz Europa gab sich in Baden ein Rendez-vous. Mit der Pfalz wurde ein Schutz- und Trutzbündniß geschlossen, das badische Militär unter den Befehl des früheren Lieutenants Sigel, später unter den des Polen Mieroslawski gestellt, welcher in den letzten Monaten in Posen und Sicilien einen unglücklichen Oberbefehl geführt hatte. Die Pfälzer beriefen den ehemaligen polnischen General Sznayde, der in Polen geboren war, aber von deutschen Eltern, welche Schneider hießen, abstammte. Es kam nun darauf an, ob man den Brand auch in die Nachbarländer, zunächst nach Hessen-Darmstadt und Württemberg tragen

konnte. Gelang dies nicht, so mußte diese neue Revolution sich selbst verzehren. Im Darmstädtischen empörte die Ermordung des Kreisraths Prinz, welcher die Volksversammlung in Oberlaudenbach am 24. Mai zum friedlichen Auseinandergehen hatte bewegen wollen, die Soldaten so sehr, daß sie keine Lust bezeigten, mit den Badenern gemeinschaftliche Sache zu machen, vielmehr dieselben am 30. Mai bei Heppenheim bis nach Heidelberg zurückschlugen. Anders stand die Sache in Württemberg, wo zu der politischen Exaltation und zu der Unzuverläßigkeit der Truppen noch ein weiteres, unerwartetes Element hinzukam.

Die Reichsversammlung in Frankfurt war inzwischen mit raschen Schritten ihrer Auflösung zugeeilt. Ihre Machtlosigkeit nach Außen hatte sich neuerdings auch darin gezeigt, daß sie es geschehen lassen mußte, daß die Mehrzahl ihrer Mitglieder von ihren Regierungen abberufen wurde. Auf den Beschluß über die Kaiserwahl und die Verbindlichkeit der Reichsverfassung antwortete die östreichische Regierung mit einer Abberufung aller ihrer Landesangehörigen. Das nämliche that die preußische Regierung, als die Reichsversammlung am 10. Mai die preußische Intervention in Dresden für einen schweren Reichsfriedensbruch erklärte. Auch mit dem Reichsverweser gab es Verwicklungen. Dieser wurde seines undankbaren Amtes müde und zog sich nach und nach auf seinen partikularistischen Standpunkt zurück. Mit gänzlicher Aufgebung der Ideen von 1848 ernannte er das Ministerium Grävell, Jochmus, Detmold, welche Wahl für eine „Beleidigung der Nationalrepräsentation" angesehen wurde. An seiner Stelle sollte ein Reichsstatthalter gewählt werden, welcher der Verfassung gemäß den Reichstag zu berufen hatte. Den Regierungen wurde das Recht bestritten, den vom Volke gewählten Abgeordneten ihr Mandat zu entziehen. Aber selbst wenn diese Rechtsanschauungen richtig waren, fragte es sich doch, ob denn auf die realen Verhältnisse gar keine Rücksicht genommen werden sollte. Der abstrakte Rechtsboden und die Gefühlspolitik mochten ihren Vertheidigern einen Glorienschein geben; aber der Nutzen, den das Land davon hatte, war sehr gering. Dies bedachten Gagern und seine Anhänger. Die Gegensätze waren auf ihrer Spitze angekommen. Eine mittlere Stellung zwischen Revolution und Reaktion gab es nicht mehr. Wer obige Beschlüsse herbeiführen und durchsetzen wollte, mußte sich auch parat halten, sie sogar mit den Waffen zu vertheidigen. Unter solchen Umständen legten am 21. und 23. Mai über 100 Mit-

glieder, darunter Gagern, Dahlmann, Arndt, Welcker, ihr Mandat nieder.

Durch den Austritt derselben erlangte die linke Partei die Oberhand in der Versammlung. Aber die Reihen waren so stark gelichtet, daß die beschlußfähige Anzahl auf 100 herabgesetzt werden mußte. Auch Baiern und mehrere andere Regierungen riefen die Mitglieder ihrer Staaten zurück, und so lag der Vorschlag einer Vertagung nahe. Aber nicht diese, sondern die Verlegung wurde beschlossen. In der Hoffnung, das süddeutsche Volk zu einem allgemeinen Sturm für die Reichsverfassung fortzureißen, verließ das „Rumpfparlament" Frankfurt, das zu sehr in der Machtsphäre der preußischen Truppen lag, und siedelte, hundert und etliche Mitglieder stark, nach Stuttgart über. Am 30. Mai sagten sie der Paulskirche Lebewohl, und am 6. Juni hielten sie ihre erste Sitzung in Stuttgart. Eine Reichsregentschaft von fünf Mitgliedern: Raveaux, Vogt, Heinrich Simon aus Breslau, Schüler und Becher wurde ernannt, die Absetzung des Reichsverwesers ausgesprochen, die badische und pfälzische Erhebung gutgeheißen und von der württembergischen Regierung Geld und Mannschaft verlangt. Nur wenige Tage Zögerung, und man hatte auch in Württemberg badische Zustände. Die Volksvereine drängten dazu, die Reutlinger Volksversammlung vom 27. Mai wollte die Rolle der Offenburger nachahmen, und der republikanische Fickler, Heckers Freund, wurde von Karlsruhe nach Stuttgart mit ziemlichen Geldmitteln abgeschickt, um sie unter dem Militär flüssig zu machen. Um das Land nicht durch die Beschlüsse einer Versammlung, welche thatsächlich den Volkswillen Deutschlands nicht mehr repräsentirte, sondern nur noch eine Partei war, der äußersten Gefahr preiszugeben, wurde vom württembergischen Ministerium dem Rumpfparlament das Gastrecht gekündigt und das Verlangen ausgedrückt, daß es seinen Sitz anderswohin verlegen möchte. Da diesem nicht entsprochen und immer noch auf die Majestät der Volkssouveränetät gepocht wurde, so that Römer, die Seele des Ministeriums, „ein Mann mit fester Hand und hartem Kopf", einen kühnen Griff, ließ am 18. Juni das Sitzungslokal im Reithaus sperren und die im gemeinschaftlichen Zuge sich dahin begebenden Abgeordneten, worunter sein Schwiegervater Schott und sein Freund Uhland sich befanden, durch Fußvolk und Reiterei auseinander treiben. Es war ein tragisches Verhängniß, daß ein Mann, welcher zur Berufung des Parlaments so viel beigetragen hatte, welcher im

Siebener-Ausschuß und im Vorparlament gesessen war, seinem eigenen Werk den Todesstoß geben und sich von den Anhängern seiner alten Partei sein ganzes Leben lang den Vorwurf machen lassen mußte, daß er das Parlament gesprengt habe. Die auswärtigen Mitglieder erhielten den Befehl zur alsbaldigen Abreise und begaben sich theils nach Baden, theils in die Schweiz; Fickler wurde verhaftet und auf die Festung Asberg gebracht, das Militär in der Treue erhalten.

So fand der badisch-pfälzische Aufstand in den Nachbarstaaten keine Unterstützung und hatte den Angriff der herbeigerufenen Preußen allein auszuhalten. Während die Reichstruppen unter General Peuker, dem früheren Reichskriegsminister, durch eine preußische Heeresabtheilung unter General Gröben verstärkt, auf der Bergstraße vordrangen, rückte der Prinz von Preußen, welcher den Oberbefehl über die Hauptmacht führte, von der Nahe aus in der Pfalz ein, drängte die Freischaren mit leichter Mühe über den Rhein zurück und entsetzte die von den Truppen fast entblößten Festungen Landau und Germersheim. Nach der Einnahme der Pfalz, welche sofort von bairischen Truppen unter dem Fürsten Taxis wieder besetzt wurde, giengen die Preußen bei Philippsburg über den Rhein und schlugen am 20. Juni das etwa 15,000 Mann starke badische Heer unter Mieroslawski zuerst bei Waghäusel, dann bei Durlach und zuletzt am 29. und 30. Juni an der Murg. Trotz aller Tapferkeit blieb den Aufständischen keine Aussicht mehr, und sie mußten sich, 10,000 Mann stark, auf Schweizergebiet zurückziehen. Die Festung Rastatt, vergebens auf die rothe Republik in Frankreich und auf einen Sieg der Ungarn hoffend, ergab sich am 29. Juli auf Gnade und Ungnade. Das ganze Land war in der Gewalt der Sieger. Die Kriegsgerichte, welche über die gefangenen Führer gehalten wurden, fielen nicht milder aus als in Wien. Mehrere Personen wurden erschossen, darunter der Reichstagsabgeordnete von Trützschler, Tiedemann, der Gouverneur von Rastatt, Elsenhans, der Redakteur des „Festungsboten", Böning, ein Veteran aus den griechischen Befreiungskämpfen. Auch der Dichter Gottfried Kinkel, welcher den Zeughaussturm in Siegburg mitgemacht hatte, wurde im Badischen ergriffen, zu lebenslänglicher Zuchthausarbeit verurtheilt, entkam aber, nach einjähriger leiblicher und geistiger Tortur, durch die muthige Hilfe seines Freundes Karl Schurz glücklich nach England. Hecker war auf die Einladung der provisorischen Regierung aus Amerika zurückgekehrt, um durch den Zauber seines

Namens das Volk zu großen Thaten zu begeistern. Er kam am 16. Juli in Straßburg an, um zu hören, daß alles verloren sei, worauf er wieder die Rückreise nach seiner transatlantischen Farm antrat. Den nämlichen Weg betraten Brentano, Struve, Sigel und viele andere, während die Unterofficiere und Soldaten nach einiger Zeit aus der Schweiz in die Heimat zurückkehrten. Bis das badische Heer wieder organisirt war, blieb das Land von den Preußen besetzt und erholte sich erst langsam wieder von den Wunden, welche ihm diese Revolution geschlagen hatte. Auch der Großherzog Leopold war durch die letzten Erfahrungen aufs tiefste erschüttert, erkrankte bald und starb am 24. April 1852.

Mit Eifersucht sah Oestreich, wie Preußen seinen Adler siegreich den Rhein aufwärts bis nach Konstanz trug und durch Erwerbung der hohenzollernschen Lande und der Stammburg, welche die verwandten Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen und Hechingen gemäß dem Erbvertrag vom 7. December 1849 abtraten, festen Fuß in Süddeutschland faßte. Allein der Prinz von Preußen ließ sich von dem durchgreifenden Schwarzenberg nicht verdrängen, und dieser hatte ebendamals noch in Ungarn die letzten Kämpfe zu bestehen. Die Mißhelligkeiten zwischen den Ungarn und dem Wiener Kabinet waren von altem Datum. Jene strebten nach möglichster Unabhängigkeit von Oestreich, nach einer bloßen Personalunion, wobei selbst das Heer und die Finanzen von dem guten Willen des Reichstags abhängig gemacht werden sollten; dieses, darin den Anfang zur Zerbröckelung des vielsprachigen Kaiserstaates sehend, suchte die Konsequenzen der ungarischen Verfassung möglichst zu umgehen. Als die Seele der neuen Opposition galt Ludwig Kossuth, ein Advocat und Journalist, welcher weder durch eine Fülle von positiven Kenntnissen, noch durch staatsmännische Begabung glänzte, aber, was in aufgeregten Zeiten am schwersten wiegt, eine hinreißende Beredsamkeit besaß. Schon bei dem ungarischen „Schutzverein", wobei der Gebrauch der östreichischen Fabrikate zu Gunsten der heimischen Industrie verpönt war, so daß selbst die reichsten Familien sich in rauhe Zeuge kleideten, war Kossuth hauptsächlich der Agitator. Seine Bedeutung stieg, als er 1846 in den Reichstag gewählt wurde, wo er bald wie ein gebietender Feldherr auftrat. Am 12. November 1847 eröffnete Kaiser Ferdinand den letzten Reichstag in Presburg mit einer ungarischen Thronrede, indem er damit dem Beschluß desselben,

daß statt der lateinischen Sprache die ungarische als die officielle zu gebrauchen sei, eine Koncession machte. Zum Dank hiefür wurde Erzherzog Stefan, an der Stelle seines kurz vorher verstorbenen Vaters Josef, vom Reichstag zum Palatinus von Ungarn erwählt. Seit der Februarrevolution wurde die Sprache des Reichstags immer kühner. Kossuths Rede vom 3. März, in welcher er eine Verfassung für alle Länder Oestreichs verlangte, hatte der Wiener Revolution vom 13. März ihr nächstes Ziel gezeigt, und als am 15. eine ungarische Deputation nach Wien kam, um dem Kaiser in einer Adresse die Forderungen des Reichstags vorzulegen, war, wie schon bemerkt wurde, Kossuth der Löwe des Tages. In der Noth des Augenblickes gewährte der Kaiser, wie dies auch andere gethan haben, alles. Er schloß am 10. April persönlich den Reichstag und bestätigte dessen Beschlüsse, welche ein unabhängiges Ministerium, allgemeines Stimmrecht bei den Deputirtenwahlen, Vereinigung Ungarns und Siebenbürgens, Abschaffung der Steuerfreiheit des Adels, Aufhebung aller Feudallasten und anderes betrafen.

Das neue ungarische Ministerium, in welchem Graf Ludwig Batthyani den Vorsitz führte und Kossuth das Finanzwesen übernahm, richtete sich in Pesth ein, wo von nun an auch die Reichstage gehalten wurden. Der erste wurde am 5. Juli 1848 von Erzherzog Stefan als souveränem Stellvertreter des Kaisers eröffnet. Er bestand aus der Magnatentafel, die nun Oberhaus hieß, und der Ständetafel, dem Unterhaus. Es lag im Zeitgeist, daß jene, einst von entscheidender Bedeutung, alle Geltung verlor, und daß auch diese weniger selbst schob, als von den Pesther Studenten und der übrigen Jugend, welche wie die Wiener die Politik diktirten, geschoben wurde. Diese Herren thaten bereits, als ob es für sie kein Oestreich mehr gebe, lehnten die Uebernahme eines Theils der östreichischen Staatsschuld ab und behandelten die sogenannten ungarischen Nebenländer, Kroatien, Slavonien, Militärgrenze nebst Siebenbürgen, mit der nämlichen Rücksichtslosigkeit, über welche sie seither, als sie von Wien aus gegen sie geübt wurde, so entrüstet sich beklagt hatten. Dies trug seine Früchte. Während die Magyaren in Wien die Vereinigung dieser Länder mit Ungarn zu einem großen Königreiche verlangten und durchsetzten, bestürmte eine kroatische Deputation das kaiserliche Kabinet um Abwendung dieses Uebels und bat um gänzliche Lostrennung von Ungarn und Errichtung des dreieinigen Königreichs:

Kroatien, Slavonien, Dalmatien und der Militärgrenze, was diesen Ländern zugleich eine größere Selbständigkeit Oestreich gegenüber gegeben hätte. Diese Eifersucht der Nationalitäten wurde von der östreichischen Regierung dazu benützt, die eine durch die andere im Schach zu halten, zu bekriegen, zu unterdrücken. Sie ernannte den Magyarenfeind Baron Jellachich, welcher bei Hof sehr beliebt war, zum Banus von Kroatien, unterstützte ihn in seinen Rüstungen gegen Ungarn, entsetzte ihn auf die Beschwerde der ungarischen Minister, ließ ihn aber, als der Hof sich seiner annahm, wieder im Amt. Nun stellte sich Jellachich an die Spitze seiner Truppen und rückte als Vertheidiger des „einigen" Oestreichs in Ungarn ein, während im südöstlichen Theile desselben, im Banat, die Serben und Grenzer sich mit den ungarischen Truppen herumschlugen. Um den offenen und den noch drohenden Gefahren die Stirne bieten zu können, setzte Kossuth beim Reichstag eine Aushebung von 200,000 Mann Nationaltruppen (Honveds) und die Ausgabe von 42 Millionen Gulden Papiergeld (Kossuthnoten) durch. Die Verhältnisse waren nach allen Seiten hin so verwickelt, daß nur das Schwert den Knoten lösen konnte. Die Vermittlungsversuche des Erzherzogs Stefan scheiterten, er legte seine Palatinuswürde nieder und begab sich in eine Art freiwillige Verbannung auf sein Erbgut Schaumburg an der Lahn. Auch Batthyani trat aus dem Ministerium, wo nur Kossuth und die Kriegspartei etwas galten. Zur Vermeidung der Feindseligkeiten übertrug der Hof dem mit Batthyani befreundeten General Graf Lamberg den Oberfehl über sämtliche ungarischen und kroatischen Truppen, wodurch Jellachich vorläufig wieder beseitigt war. Als aber Lamberg nach Pesth kam, hörte er von der Protestation des Reichstags gegen seine Ernennung; die Menge schrie über Verrath und schlug ihn am 27. Sept. auf der Donau-Schiffbrücke mit Aexten und Knütteln todt.

Dieser abscheuliche Mord und die schwache Verfolgung der Mörder riefen das kaiserliche Manifest vom 3. Oktober hervor, in welchem die Auflösung des Reichstags, die Ungiltigkeit seiner vom Kaiser nicht bestätigten Beschlüsse, die Verhängung des Kriegszustandes über ganz Ungarn und die Uebertragung des Oberbefehls und der Statthalterwürde in Ungarn an Jellachich ausgesprochen wurde. Umgekehrt erklärte der ungarische Reichstag das Manifest für ungesetzlich und ungiltig und Jellachich für einen Hochverräther. Der seit dem

22. September errichtete Landesvertheidigungs-Ausschuß verwandelte sich in eine provisorische Regierung, in welcher Kossuth als Diktator schaltete. Jellachich wurde mit seinen Truppen nach der östreichischen Grenze gedrängt, das Bestreben Latours, ihm von Wien aus neue Truppen zuzuschicken, verursachte die Oktober-Revolution in Wien und Latours Ermordung, und Jellachich wurde zur Unterwerfung Wiens von Ungarn abberufen und unter den Fürsten Windischgräz gestellt. Dieser, der Besieger Prags und Wiens, schien der rechte Mann für die Bezwingung der Ungarn zu sein. Sein Programm lautete: die untheilbare östreichische Monarchie mit der Centralgewalt in Wien. Da aber damit die von Kaiser Ferdinand den Ungarn aufs feierlichste bewilligten Zugeständnisse nicht übereinstimmten, so fand, wie schon erwähnt, am 2. December seine Abdankung und Franz Josefs Thronbesteigung statt. Auch dagegen protestirte der Reichstag und verweigerte die Anerkennung des neuen Kaisers, so lange er nicht als König von Ungarn gekrönt sei und die Verfassung beschworen habe.

Windischgräz erhielt den Oberbefehl über die mehr als 100,000 Mann starken Truppen und rückte mit der Hauptarmee am 15. December an der oberen Donau vor, während kleinere Abtheilungen von Mähren aus unter General Simonich, von Galizien unter Schlick, von Siebenbürgen unter Puchner, von Steiermark unter Nugent eindringen sollten. Der Kriegsplan, welcher eine gänzliche Umzinglung der Ungarn, ein gemeinsames Vorrücken gegen Pesth zum Ziel hatte, bedurfte zu seiner Ausführung ein entschlossenes Vorgehen der Hauptarmee und ein präcises Ineinandergreifen sämtlicher Aktionen. An beidem fehlte es vollständig. Windischgräz trieb zwar die ungarischen Heerhaufen zurück, nahm die Städte Oedenburg, Presburg, Raab, ließ eine Deputation des Reichstags gar nicht vor, unbedingte Unterwerfung verlangend, und zog am 5. Januar 1849 in Ofen und Pesth ein, nachdem kurz vorher der Sitz der Regierung und des Reichstags nach Debreczin verlegt worden war und die Armee nach dem Süden sich zurückgezogen hatte. Aber auf dem Schlosse von Ofen blieb Windischgräz drei kostbare Monate unthätig sitzen, als ob mit der Einnahme der Hauptstadt der Feldzug schon so gut als gewonnen sei. Und von den anderen Heerführern kam eine Hiobsbotschaft um die andere. Schlick wurde durch die tüchtigen ungarischen Generale Görgei und Klapka zurückgedrängt, Puchner

samt den zu Hilfe gerufenen 10,000 Russen von dem polnischen General Bem, der sich mit den siebenbürgischen Szeklern verband, aus Siebenbürgen nach der Walachei verjagt, auch im Banat wurden von den Ungarn Erfolge errungen. Zum Glück für die Oestreicher machte Kossuth mit der Ernennung des Polen Dembinski zum Oberbefehlshaber einen militärischen und politischen Fehler. Denn dieser war seiner Stellung nicht gewachsen, fand bei den eifersüchtigen ungarischen Generalen als Ausländer wenig Gehorsam und gab dem Kriege neue Zielpunkte in Polen, wodurch Rußland auf den Kampfplatz gerufen werden konnte. Als er gegen Pesth vordrang und am 26. Februar bei Kopolna geschlagen wurde, verlangte das Heer seine Absetzung, und Kossuth mußte nachgeben.

Dagegen drang Görgei, welcher an Feldherrnkunst alle anderen Generale in Schatten stellte und außer Kossuth den populärsten Namen hatte, mit 50,000 Mann in der Richtung gegen Pesth vor und schlug zwischen Gödöllö und Isaszeg am 6. April die Truppen des Fürsten Windischgräz. Das Olmützer Kabinet sah nun ein, daß Städte zu bombardiren und eine streitbare Nation zu besiegen, zwei sehr verschiedene Sachen seien, rief Windischgräz ab und übertrug das Kommando dem nicht gerade fähigeren General Welden. Dieser räumte Pesth und ließ in Ofen eine Besatzung unter dem tapferen General Henzi, einem Schweizer. Görgei erhielt Befehl, Ofen zu erstürmen, was ihm auch troz der muthigsten Gegenwehr Henzi's, der dabei umkam, am 21. Mai gelang. Aber schon hatte das Zerwürfniß unter den Leitern der Revolution einen hohen Grad erreicht. Denn gegen den Rath und den Willen Görgei's hatte Kossuth, als das Ministerium Schwarzenberg eine Verfassung für Gesamt-Oestreich oktroyirte und ebendamit Ungarn auf das Niveau aller übrigen Provinzen herabdrückte, am 14. April in dem Reichstag zu Debreczin „das Haus Habsburg der Herrschaft verlustig, aus Ungarn für ewige Zeiten verbannt“ erklärt. Ungarn war nun ein selbständiger Staat, mitten unter den alten Monarchieen eine Republik, von welcher jedenfalls das sicher war, daß ihre Existenz allen ihren Nachbarn gefahrdrohend erschien. Kossuth wurde zum Oberhaupt der Republik als der verantwortliche „Gouverneur-Präsident“ von Ungarn ernannt und umgab sich mit einem neuen Ministerium, in welchem der eifersüchtige Görgei neben dem Oberkommando das Kriegswesen leitete. Der Reichstag wurde wieder nach Pesth zurückverlegt.

Es waren kurze Flitterwochen, welche die siegreichen Ungarn in der wiedergewonnenen Hauptstadt feierten. Oestreich, für welches der Besitz Ungarns eine Lebensfrage war, bot zu dessen Wiedereroberung alle seine Kräfte auf, übertrug den Oberfehl dem durch seine rücksichtslose Kriegführung von Brescia her bekannten Baron Haynau und wandte sich mit einem Hilfegesuch an Rußland. Zweierlei hatte der Gefühlspolitiker Kossuth nicht in Rechnung genommen: daß Oestreich so rasch in Italien Herr würde, und daß eine zweite Macht interveniren könnte. Und doch lag das letztere bei der Theilnahme der Polen an dem ungarischen Befreiungskrieg und bei der Nachbarschaft ihres Landes so nahe. Daß nach der vollzogenen Losreißung Ungarns Polen nicht mehr zu halten sei, konnte niemand zweifelhaft sein. Daher besann sich Kaiser Nikolaus keinen Augenblick, den Wunsch Franz Josefs zu erfüllen, zumal er diesen jugendlichen Monarchen durch einen solchen Dienst dauernd an seine Politik fesseln und bei Gelegenheit einen Gegendienst fordern zu können hoffte.

Mit dem Eingreifen Rußlands war die Sache so gut als entschieden, der Kampf Ungarns nur noch ein heldenmüthiger Todeskampf. Während Paskewitsch mit 80,000 Russen über die Karpathen zog und gegen die obere Donau vorrückte, andere russische Abtheilungen von der Bukowina und Walachei aus in Siebenbürgen eindrangen, trat Jellachich mit einem serbisch-kroatischen Heere wieder im südlichen Ungarn auf, und Haynau gieng von Westen her über Raab geradezu auf Komorn los, drängte nach mehrtägigen Kämpfen Görgei, der in Komorn den General Klapka zurückließ, gegen die Theiß zurück und hielt am 12. Juli seinen Einzug in den Schwesterstädten Ofen und Pesth. Zum zweitenmal hatte Kossuth die Hauptstadt verlassen müssen, hatte Reichstag und Banknotenpresse, welche indessen tüchtig gearbeitet hatte, nach Szegedin an der Theiß und zuletzt nach Arad an der Maros verlegt. Zwar gelang es Görgei, auf seinem Rückzug die Russen unter Rüdiger bei Waizen zu schlagen und durch meisterhafte Manöver sein Heer mitten durch die Russen hindurch unversehrt bis nach Arad zu bringen. Aber weder Bem noch Dembinski vermochten ihren Gegnern Stand zu halten: jener wurde von dem russischen General Lüders bei Schäßburg (31. Juli) und anderen Orten geschlagen und aus Siebenbürgen verdrängt, dieser von dem rasch vordringenden Haynau bei Szöreg und Temeswar (5. und 9. August) besiegt. Die ungarischen Truppen waren

um Arad koncentrirt, große Rathlosigkeit herrschte im Hauptquartier; nur eine militärische Diktatur schien noch einen, obgleich schwachen, Halt zu geben. Kossuth mußte am 10. August seine Gouverneursstelle niederlegen, Görgei übernahm die Diktatur und streckte, von Russen und Oestreichern eingeschlossen, am 30. August bei Vilagos mit 23,000 Mann und 130 Kanonen vor dem russischen General Rüdiger die Waffen, übrigens mit Wissen und Willen Kossuths und der Regierung. Zu gewinnen war allerdings nichts mehr; aber die Nation hatte einen anderen Ausgang verlangt. Die Hoffnung, für sein Vaterland günstigere Bedingungen zu erhalten, der Wunsch, nachdem für die Waffenehre schon so viel gethan war, ein nutzloses Blutvergießen zu vermeiden, die Abneigung gegen die polnischen Generale und die republikanische Regierung, die mehrmals daran war, ihm den Oberbefehl zu entziehen, hatten Görgei, der schon einige Zeit mit Paskewitsch in Unterhandlung stand, zu diesem auffallenden Schritte bewogen. Der Groll Haynau's, daß Görgei sich nicht ihm, sondern den Russen ergeben hatte, wurde durch die stolze Meldung des Fürsten Paskewitsch an Kaiser Nikolaus: „Ungarn liegt besiegt zu den Füßen Eurer Majestät!“ nicht geschwächt. Mit Recht konnte jener erwidern, daß die östreichische Armee „den Feind in sechs Schlachten bis zur Vernichtung besiegt und auch die Unterwerfung des Görgei'schen Corps bewirkt habe.“ Görgei erhielt übrigens nur für seine eigene Person Begnadigung und lebte von da an meist in der Zurückgezogenheit in Klagenfurt.

Nach der Katastrophe von Vilagos kapitulirten alle Festungen, Komorn, wo Klapka befehligte, erst am 27. Sept. Die kleineren Truppenabtheilungen ergaben sich, die Honveds eilten der Heimat zu. Nur etwa 5000 Mann mit Kossuth, Bem, Dembinski und anderen retteten sich in die Türkei, welche ihnen trotz der Drohungen Oestreichs und Rußlands ein Asyl gewährte. Ueber die Zurückgebliebenen und Gefangenen hielt Haynau ein strenges Strafgericht. In Pesth und Arad wurden Kriegsgerichte eingesetzt. Viele der ersten Männer Ungarns wurden zu Pulver und Blei oder zum Galgen verurtheilt, darunter der frühere Premierminister Graf Batthyani. Die Güter der Hingerichteten und Flüchtlinge wurden konfiscirt. Viele schmachteten im Gefängniß, mehrere tausend wurden unter die östreichische Armee eingereiht. Die Verfassung wurde aufgehoben, Ungarn als ein neu erobertes Land betrachtet, das alle

früheren Rechte verwirkt habe. Ob diese Racheakte, welche an das Blutgericht von Eperies im Jahre 1687 erinnern, von politischer Klugheit zeugten, war freilich eine andere Frage.

Während Ungarn mit dem Tode rang, hatte im Norden noch ein anderes Land zu bluten, Schleswig-Holstein. Die Herzogthümer hatten sich mit bewundernswerther Ergebung in den Waffenstillstand von Malmö gefügt, welcher in Frankfurt die Septembergreuel veranlaßt hatte, und stellten nach Ablauf desselben ein Heer von 14,000 Mann unter dem tüchtigen preußischen General Bonin auf. Von der Frankfurter Centralgewalt wurde an die Stelle der von Dänemark und Preußen errichteten „gemeinschaftlichen Regierung" eine Statthalterschaft eingesetzt und dieser Posten den beiden wackeren Männern, Graf Reventlow-Preetz und Wilhelm Beseler, übertragen. Zugleich rückten die Reichstruppen, Baiern und Württemberger, Preußen und Hannoveraner, ein, um die deutschen Stammländer vor dem unerträglichen Dänenthum zu beschützen. Am 26. März 1849 wurde von den Dänen der Waffenstillstand gekündigt, und am 5. April im Hafen von Eckernförde von den Strandbatterien der Schleswig-Holsteiner das dänische Linienschiff „Christian VIII." in Brand geschossen und die Fregatte „Gefion" so übel zugerichtet, daß sie sich ergeben mußte. Die Düppeler Schanzen wurden am 13. April von den Reichstruppen erstürmt und die Dänen auf die Insel Alsen zurückgeschlagen. Auch die Schleswig-Holsteiner unter Bonin drangen siegreich vor. Sie erstürmten die jütische Grenzstadt Kolding (20. Mai), verloren sie zwar wieder, eroberten sie aber in einem neuen Kampfe und zwangen die Dänen zum Rückzug nach der Festung Fridericia. Während der Befehlshaber der Reichstruppen, General Prittwitz, in Folge höherer Weisungen, sich unthätig verhielt, wurde die schleswig-holsteinische Armee in der Nacht vom 5. auf den 6. Juli von dem überlegenen dänischen Heere unter General Rye in einem Ausfall vor Fridericia geschlagen, und als jene, nicht entmuthigt, aufs neue den Kampf aufnehmen wollte, kam die Nachricht von dem Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Dänemark und Preußen (10. Juli), welchem geraume Zeit nachher, am 2. Juli 1850, der definitive Friede zwischen beiden Staaten folgte, wobei Preußen zugleich im Namen des deutschen Bundes auftrat. In Folge des Waffenstillstandes mußten die deutschen Truppen Schleswig räumen; der nördliche Theil desselben wurde von schwedischen, der südliche von preu-

ßischen Soldaten besetzt. Das Land erhielt eine besondere Landesverwaltung, die aus einem preußischen und einem dänischen Kommissär bestand. Die schleswig-holsteinische Armee mußte sich hinter die Eider zurückziehen.

Alles dies geschah in Folge einer diplomatischen Intervention Englands und Rußlands, welche die meerumschlungenen Herzogthümer lieber in den Händen des kleinen Dänemark als in den Händen Deutschlands oder vielmehr Preußens sahen und deßwegen in dem Londoner Protokoll vom 2. Juni den kühnen Satz aufstellten, die Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Dänemark sei im Interesse des europäischen Gleichgewichts. Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und seine Armee hatten zwar ihre Ehre für das Recht der Herzogthümer verpfändet; aber des Königs Charakter war zu friedliebend, seine Scheu vor neuen Volksbewegungen noch zu reizbar, als daß er nicht vor einem Kampf von möglicherweise europäischen Dimensionen zurückgeschreckt wäre. Er unterschrieb den Frieden und lieferte Schleswig an die Dänen aus. Denn dieses sollte von Holstein getrennt werden, von Dänemark zwar durch eine besondere Verfassung geschieden, aber politisch doch verbunden sein, welch unklare Bezeichnung die Dänen natürlich so sehr als möglich benützten, wie dies ihr Kommissär, der Herr von Tillich, während des Waffenstillstands bereits bewiesen hatte.

Die Statthalterschaft erkannte den Berliner Frieden nicht an, verstärkte das schleswig-holsteinische Heer und berief an die Stelle des abberufenen Bonin den preußischen General Willisen zum Oberkommando, entschlossen, den Kampf auf eigene Faust zu unternehmen. Die Wahl war insofern keine glückliche, als Willisen zwar als militärischer Schriftsteller, aber nicht als praktischer Stratege einen Namen hatte, und zu fürchten war, daß ihm Entschlossenheit und der rasche Ueberblick fehle. Nach dem Abzug der preußischen Truppen rückten die Dänen von Jütland und Alsen aus in Schleswig ein und trafen zwischen Flensburg und Schleswig auf Willisen, der von Süden aus vorgedrungen war. Bei Idstedt kam es am 25. Juli 1850 zwischen 37,000 Dänen und 26,000 Schleswig-Holsteinern zur Schlacht, und letztere, welche den Sieg schon in den Händen hatten, wurden zuletzt geschlagen, mußten sich nach der Festung Rendsburg zurückziehen und ganz Schleswig den Dänen preisgeben. Ein Angriff bei Missunde (12. Sept.) und ein Sturm auf Friedrichsstadt

(4. Okt.) wurde von den Dänen zurückgeschlagen. Die Statthalterschaft glaubte durch einen Wechsel im Oberkommando die Verluste wieder zu ersetzen, entließ Willisen und berief den General von der Horst, welcher bei Idstedt rühmlich gekämpft hatte. Aber es war schon zu spät. Auf der Olmützer Konferenz wurde der schleswig-holsteinische Kampf auf eine Linie mit dem badischen und pfälzischen Aufstand gestellt und von den deutschen Großmächten die Erstickung dieser nationalen Flamme beschlossen.

Der letzte Akt der deutschen Revolution war damit beendigt. Wo nur irgend dieselbe aufgetreten war, war sie niedergeschmettert, überall hatten die Märzminister ihren Abschied erhalten, und Männer, wie man sie vor 1848 dem Volke zu bieten nicht gewagt hätte, rückten an deren Stelle. Was sollte aber nun aus Deutschland werden? Unter welcher Form sollten die auseinandergerissenen Glieder wieder zusammenkommen? Sollte auf den Ruf des deutschen Volkes nach Einheit, nach Parlament, nach freiheitlicher Gestaltung gar keine Rücksicht genommen werden? Sollten die beiden letzten Jahre aus dem politischen Kalender der Monarchieen ebenso gestrichen werden, wie der Kurfürst von Hessen im Jahre 1814 die französische Herrschaft ausstrich und die alten Zöpfe einführte? Sollten immer wieder die alten Fehler gemacht, die Revolutionen mit Pulver und Blei unterdrückt, nie durch vernunftgemäße Zustände geschlossen werden? Wenn man Fürst Schwarzenberg fragte, so erklärte er rund heraus, daß von einem Parlament und dergleichen keine Rede mehr sei, daß Deutschland wieder zum alten Bundestag unter Oestreichs Vorsitz zurückkehren müsse. Gegen diese Schmach sträubte sich Preußen lange. Es wollte den Forderungen des deutschen Volkes theilweise nachgeben, auf Grund der Reichsverfassung ein neues Deutschland aufbauen, die Hegemonie, welche es von dem souveränen Volke nicht angenommen, durch Vereinbarung mit den deutschen Fürsten erringen. So entstand das sogenannte Dreikönigsbündniß vom 28. Mai 1849 zwischen Preußen, Hannover und Sachsen, worin dem ersteren die militärische und diplomatische Leitung des Bundes übertragen wurde. Dies sollte der Anfang zu einem engeren Bundesstaat, der Union, sein, von dem sich freilich Oestreich, schon was die Berathungen betraf, ganz fern hielt und, auf seinen Vorgang hin, auch Baiern. Dagegen interessirte sich die Frankfurter Kaiserpartei für den Plan, veranstaltete am 26. Juni eine Zusammenkunft der Gesinnungs-

genossen in Gotha und sprach sich für das preußische Projekt aus. Um aber einstweilen etwas Gemeinsames zu haben, übernahmen Oestreich und Preußen in dem sogenannten „Interim", welcher Namen schon von der Reformation her in einem schlechten Andenken stand, „die Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund", bis etwas Definitives geschaffen war. In die Hände dieser Interimskommissäre legte am 20. December 1849 der Reichsverweser Erzherzog Johann sein Amt nieder.

Preußen gieng auf der betretenen Bahn weiter. Dadurch daß bei dem Landtag in Berlin, der nach einem neuen, oktroyirten Wahlgesetz zusammengekommen war, auf dem Wege der Vereinbarung zwischen Volk und Regierung eine Verfassung hergestellt und am 6. Februar 1850 vom König beschworen wurde, hatte der preußische Staat an Vertrauen bei dem deutschen Volke gewonnen. Um so hartnäckiger widersetzten sich die Fürsten. Baiern, Sachsen und Württemberg stellten dem preußischen Plane einen neuen Verfassungsentwurf entgegen, wonach Oestreich, die 5 Königreiche und beide Hessen eine Bundesregierung von 7 Mitgliedern bilden sollten. Doch kam das Erfurter Parlament, wozu Preußen die Staaten des engeren Bundes eingeladen hatte, am 20. März 1850 zu Stande. Der Entwurf der Unionsverfassung, wie er schon dem Dreikönigsbündniß zu Grunde gelegen hatte, wurde von dem Erfurter Parlament angenommen und dem Fürstenkongreß in Berlin, wozu sämtliche Unionsfürsten im Mai eingeladen wurden, zur Annahme vorgelegt. Hier herrschte nicht die größte Einmüthigkeit, und man vereinigte sich mit Mühe zu einem provisorischen Fürstenkollegium als der Centralgewalt der Union. Der größere Theil der deutschen Fürsten, fast alle Kleinstaaten, nahm an der Union theil, einige aber nur noch äußerlich; die Mittelstaaten steuerten mit vollen Segeln der östreichischen Fahne zu, welche nach den Triumphen in Italien und Ungarn auch in Frankfurt sich wieder entfalten sollte. Schon saßen dort, auf Oestreichs Einladung vom 26. April, die Gesandten von 13 Regierungen und bildeten eine „außerordentliche Plenarversammlung". Kaiser Nikolaus, von beiden streitenden Theilen angerufen, übernahm gerne ein Schiedsrichteramt in den deutschen Angelegenheiten, hatte im Juni mit dem Prinzen von Preußen und dem Fürsten Schwarzenberg eine Zusammenkunft in Warschau und sprach sich für die östreichischen Plane aus. Darauf wurden durch eine Cirkulardepesche vom 14. August alle

früheren Bundestagsglieder von Oestreich eingeladen, auf den 1. September den alten Bundestag wieder zu beschicken. Preußen lehnte seine Betheiligung ab und sprach sich in einer besonderen Denkschrift gegen die Wiederherstellung des 1848 einstimmig aufgehobenen Bundestags aus. Die Gegensätze, welche im Frankfurter Parlament so hart zusammengestoßen waren, hatten sich in die Kabinette verpflanzt. Deutschland war in zwei Lager gespalten: Preußen nebst dem Fürstenkollegium und Oestreich nebst dem Bundestag schienen sich so unversöhnlich gegenüberzustehen wie die Republikaner und die Reaktionäre der Paulskirche. Aufs neue hörte man Säbelgerassel und Sporengeklirr. Und wie kriegerisch lauteten die Nachrichten aus Bregenz, wo am 11. Oktober Kaiser Franz Josef mit den Königen von Baiern und von Württemberg zusammenkam, und König Wilhelm mit jugendlichem Feuer, als ob es noch einmal gegen die Franzosen gienge, ausrief: „Wenn der Kaiser befiehlt, so werde ich folgen, wohin er mich ruft!“

In Bregenz wurde der Einmarsch eines aus Oestreichern und Baiern bestehenden Bundesexekutionsheeres in Kurhessen beschlossen. Dort hatte sich wieder einmal der Kurfürst in seiner ganzen Liebenswürdigkeit gezeigt. Nachdem er sein liberales Ministerium entlassen, hatte er den in Hessen schon längst verhaßten, in Preußen wegen Fälschung sogar gerichtlich verfolgten Hassenpflug an die Spitze eines neuen Ministeriums berufen. Das Volk, welches ihn „Hessenfluch“ nannte, hatte eben damit das kürzeste Urtheil über ihn gefällt. Nach Auflösung von zwei Ständeversammlungen, welche seine ungesetzlichen Finanzvorschläge nicht genehmigten, wollte er ohne Landstände regieren und willkürlich die Steuern forterheben. Da dies bei den Gerichten Anstand fand, verhängte er am 7. September 1850 über das ganze Land den Kriegszustand, und als das ganze Beamtenthum, sogar Polizei und Militär ihm den Gehorsam versagte, beredete er den Kurfürsten zur Flucht nach Frankfurt, wo er persönlich die Bundesversammlung um Hilfe angieng. Hier herrschte wieder die alte Metternich'sche Ansicht, daß man einen Fürsten nie „stecken lassen“ dürfe, daß ihm gegenüber das Volk stets im Unrecht sei. Somit wurde durch Beschluß vom 17. September dem Kurfürsten bereitwillig Bundeshilfe zugesagt. Aber Preußen protestirte. Noch hielt es an seiner Union fest, noch hatte es seinen Gegenfüßler, den Bundestag, nicht anerkannt und konnte daher auch nicht dulden, daß

letzterer in einem ihm befreundeten Gebiete ohne seine Zustimmung mit Exekutionstruppen auftrete. Der feingebildete und dem König Friedrich Wilhelm IV. sehr befreundete General von Radowitz, ein entschiedener Anhänger der Union, wurde ins Ministerium berufen und übernahm die auswärtigen Angelegenheiten. Das Heer wurde auf den Kriegsfuß gestellt, die Landwehr einberufen, die in Baden stehenden Truppen, als ein zu weit vorgeschobener Posten, zurückgezogen, die bundesgemäß Preußen zustehenden Militärstraßen besetzt. Ehe man zur Ausführung schritt, wurde die Sache noch einmal dem Kaiser Nikolaus zur Begutachtung vorgelegt. Eine neue Zusammenkunft fand in Warschau statt. Kaiser Franz Josef nebst Fürst Schwarzenberg und von preußischer Seite der Ministerpräsident Graf Brandenburg kamen hier mit Nikolaus zusammen. Oestreichs Bedingungen einer friedlichen Lösung lauteten dahin, daß Preußen die Union aufgeben und den restaurirten Bundestag anerkennen solle, eine Forderung, welche von Nikolaus aufs lebhafteste unterstützt wurde. Das bairisch-östreichische Corps rückte in Hessen ein und marschirte gegen Kassel, das von den Preußen besetzt war, daher hier ein Zusammenstoß unvermeidlich schien. Aber am 2. November hatte die Friedenspartei in Berlin gesiegt, Radowitz seine Stelle niedergelegt, Manteuffel das Ministerium des Auswärtigen übernommen. Dieser sah, wie der Bundestag, in Kurhessen nichts als Revolution und verabscheute einen Krieg, der nur mit Hilfe der konstitutionellen und demokratischen Partei durchzuführen war. Daher erhielt der preußische Befehlshaber in Kassel, Graf von der Gröben, Befehl zum Rückzug; bei Bronzell kam es am 8. November mit den Baiern zu einem kleinen Vorpostengefecht, dem man die unschuldige Deutung eines „militärischen Mißverständnisses“ gab, und Manteuffel selbst reiste nach Olmütz, um dort mit dem Fürsten Schwarzenberg Frieden um jeden Preis zu machen. Es war für Preußen ein hoher Preis. Der an Kühnheit und diplomatischer Gewandtheit dem preußischen Minister weit überlegene Schwarzenberg trug einen vollständigen Sieg davon. In dem Olmützer Vertrag vom 29. November 1850 wurde ausgemacht, daß Preußen der Besetzung Kurhessens sich nicht widersetzen dürfe, daß in Schleswig-Holstein von beiden Großmächten der Friede im Sinn des dänischen Gesamtstaates diktirt werde, und daß zur endlichen Erledigung der deutschen Bundesverhältnisse Konferenzen sämtlicher Regierungen in Dresden stattfinden sollten.

In Kurhessen begann nun unter dem Schutze der fremden Bajonette und unter den Augen eines östreichischen und preußischen Bundeskommissärs die reine Willkürherrschaft: massenhafte Einquartierung, Beamtenentsetzung, Einkerkerung. Das ohnedies schon arme Land wurde immer ärmer, und die Auswanderung nahm überhand.

In Schleswig-Holstein handelte Schwarzenberg wie einst Metternich, welcher keinem Volke, nicht einmal dem griechischen, ein Recht zur Erhebung eingeräumt hatte. Nach dem Katechismus dieser hochgeborenen Herren hatten immer nur die Fürsten Recht. Ein östreichischer und preußischer Kommissär erschienen am 6. Januar 1851 in Holstein, übernahmen die Regierung des Landes, und ein östreichisches Armeecorps unter Feldmarschall Legeditsch besetzte nebst einer Abtheilung Preußen die wichtigsten Orte. Die Statthalterschaft legte ihr Amt nieder, die Armee wurde aufgelöst, die rechtmäßige Verbindung der beiden Herzogthümer aufgehoben, die Idee des dänischen Gesamtstaates nicht mehr bloß, wie die Eiderdänen gewollt hatten, auf Schleswig, sondern auch auf das deutsche Bundesland Holstein ausgedehnt, in ähnlicher Weise wie Schwarzenberg von einem Gesamt-Oestreich sprach. Die deutschen Truppen zogen wieder ab, die Regierung wurde dem dänischen Könige übergeben, das ganze Kriegsmaterial der schleswig-holsteinischen Armee ausgeliefert, und damit die Erbfolge keinen Anlaß zu Zwistigkeiten mehr gebe, wurde in dem neuen Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852, mit Umgehung der weiblichen (hessischen) und der Augustenburgischen Linie, von sämtlichen Großmächten Prinz Christian von Glücksburg und seine männliche Nachkommenschaft als Thronfolger der ungetheilten Monarchie anerkannt. Daß aber weder der deutsche Bundestag noch die Stände in Schleswig und in Holstein dem Protokoll ihre Zustimmung gaben, konnte größere Folgen haben, als die Weisheit der Kabinette sich träumen ließ.

Von einem Volke wie die Dänen konnte niemand eine anständige Behandlung erwarten. Daß aber allen Friedensbestimmungen in solchem Grade Hohn gesprochen, Schamlosigkeiten und Brutalitäten gegen Leute jeden Standes und Geschlechts ausgeübt, das Deutschthum in Schleswig durch empörende Mittel ausgerottet werden durfte, das hatte doch kaum jemand geglaubt. Kein Land in ganz Europa wurde mit solchem Cynismus ausgesogen und gemaßregelt wie Schleswig, und jeder ehrenhafte Deutsche fluchte einer

Diplomatie, welche im 19. Jahrhundert die Völker noch wie Schafherden behandelte, fluchte einer Regierung, die gegen ein deutsches Stammland die Seelenverkäuferei im Großen trieb, und erröthete vor Scham und Wuth, wenn er den Namen „Schleswig-Holstein" hörte. Solch' unnatürliche Zustände mußten ihre Früchte tragen. Die Zeit der Rache konnte nicht ausbleiben.

Die Dresdener Konferenzen, welche vom 23. December 1850 bis zum 15. Mai 1851 dauerten, blieben vollständig resultatlos. Eine Menge von Vorschlägen wurde gemacht: Oestreich und Preußen wollten ein Direktorium mit der unumschränkten Entscheidung über Krieg und Frieden bilden; Oestreich wollte mit seiner ganzen Ländermasse in den deutschen Bund eintreten; Baiern beantragte ein dreiköpfiges Direktorium, die sogenannte Trias, Württemberg ein deutsches Parlament. Unter lebhafter Betheiligung Rußlands, das besonders gegen die zwei ersten Vorschläge sein entscheidendes Veto einlegte, wurden alle Neuerungen beseitigt und einfach zum alten Regiment zurückgegriffen. Preußen löste seine Union auf, und am 30. Mai 1851 war der Bundestag als Vertreter des deutschen Fürstenbundes ganz in der alten Weise wiederhergestellt. Reichsverfassung und Grundrechte wurden in den Einzelstaaten, von denen sie anerkannt worden waren, in den Papierkorb geworfen, Verfassungsveränderungen in reaktionärem Sinne vorgenommen, gegen die Presse und Vereine eingeschritten, die ultramontane Partei gehätschelt, Konkordate von unglaublichem Kaliber sei's geschlossen, sei's erstrebt, und dem Volke gegenüber von den Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten in ihrem Verhältniß zum Bundestag jene Taktik befolgt, welche einst der Minister Römer als Abgeordneter der württembergischen Kammer eine „Fickmühle" genannt hatte.

Von allen deutschen Staaten gieng keiner so unbefriedigt aus dieser Krisis hervor wie Preußen. Eine Gelegenheit, wie nie vorher eine, war ihm geboten worden. Es brauchte nur „Ja" zu sagen, um endlich aus dieser Zwitterstellung zwischen Mittelstaat und Großstaat herauszukommen und als gebietende europäische Macht dazustehen. Aber es fehlten ihm damals die geeigneten Persönlichkeiten, die großen Charaktere, die Männer von Entschlossenheit und politischem Scharfblick. Unter lauter Bedenklichkeiten und Rücksichten gieng ihm das, was es beanspruchte, die militärische und diplomatische Führung Norddeutschlands, verloren. Es mußte unter das alte

Joch zurück; aber die Wunde von Olmütz brannte. Gesehen hatte es nun, wie es nicht zum Ziele gelangen könne; wollte es dasselbe doch noch erringen, so mußte es einen anderen Weg einschlagen.

§. 18.

Der Krimkrieg.

Die größten Staaten des Kontinents waren von der Revolution aufs heftigste erschüttert worden; nur Rußland blieb unberührt. Sogar die Polen hatten, eingedenk der blutigen Erfahrungen von 1831, keinen Aufstand gewagt, nur hoffnungsvoll und theilnehmend nach Ungarn hinübergeschaut. Die Katastrophe von Vilagos legte ihnen weiteres Zuwarten auf. Um so stolzer stand Kaiser Nikolaus da. Sein Ansehen als Autokrator hatte nicht die geringste Einbuße erlitten, vielmehr hatte es durch seine Hilfeleistung in Ungarn bedeutend gewonnen. Oestreich glaubte er wie eines Vasallen sicher zu sein, und mit dem Könige von Preußen stand er in so intimen Beziehungen, daß dieser den Kriegsminister General Bonin entließ, weil derselbe beim Beginn des nun folgenden orientalischen Krieges äußerte, eine Allianz mit Rußland in dieser Frage wäre für Preußen ein Selbstmord, und den Ritter von Bunsen des Gesandtschaftspostens in London enthob, weil derselbe zu sehr die englischen Anschauungen theilte. Frankreich, wo kurz vorher Louis Napoleon auf dem Kaiserthron sich niedergesetzt hatte, schien Nikolaus zu erschöpft und zu zerrissen, als daß es auf große, entfernte Unternehmungen sich einlassen könnte, und in England, das bei allen orientalischen Streitigkeiten das größte Interesse an den Tag gelegt hatte, hatte er eben damals an dem Premierminister Lord Aberdeen einen vieljährigen Freund, so daß er nicht zweifelte, auch mit dieser gefürchteten Seemacht leicht ins Reine zu kommen. Einzeln war von diesen beiden Mächten, wenn es sich um einen Angriffskrieg gegen Rußland handelte, keine dem nordischen Kaiserreich gewachsen, und daß zwischen den Westmächten eine Allianz zu Stande komme, schien Nikolaus bei dem tiefen Mißtrauen der englischen Staatsmänner gegen Napoleon undenkbar. Welch' günstige Konstellationen, die Plane Katharina's II. wieder aufzunehmen und „die Schlüssel zu seinem Hause zu holen!" Geflissentlich verbreitete man, es sei eine alte Prophezeiung, daß im Jahre 1853, nach dem vierhundertjährigen Bestehen der türkischen Herrschaft in Europa, dieser ein Ziel gesetzt sei. In den Gesprächen

mit dem englischen Gesandten in Petersburg, Sir Hamilton Seymour, nannte Nikolaus die Türkei einen „kranken Mann", dem kein Doktor mehr helfen könne, daher es an der Zeit sei, jetzt schon über dessen Hinterlassenschaft Bestimmungen zu treffen. Dazu gehöre, daß Bulgarien, Serbien und Bosnien zu selbständigen Staaten erhoben und nebst der Moldau und Walachei unter das russische Protektorat gestellt würden. Wenn England dafür Aegypten und die Insel Kandia sich aneignen wolle, so habe er nichts einzuwenden. Nur auf sie beide, England und Rußland komme es an; sie allein hätten in der Türkei ein greifbares Interesse; seien sie in dieser Sache handelseinig, so habe man nach den anderen Mächten nichts zu fragen.

Das englische Kabinet war von dem Krankenbericht seines Gesandten nicht sehr erbaut. Es wußte recht wohl, daß ein russisches Protektorat nur ein diplomatischer Name für eine russische Herrschaft sei, die sich, wenn sie einmal Bulgarien habe, rasch über den Balkan nach Konstantinopel ausdehnen und nicht ruhen würde, bis die ganze olympische Halbinsel, von der Donau bis zum Kap Matapan, sich unter ihren Scepter beuge. Die Gründung einer solchen Macht zu dulden, erlaubten weder Englands Interessen im Mittelmeere, noch seine asiatischen Besitzungen. Die Besitznahme Aegyptens aber war für England ein Anerbieten von sehr zweifelhaftem Werth, da es darüber nothwendig mit Frankreich in einen Krieg verwickelt worden wäre. Daher wies England das Projekt entschieden von sich und erklärte, daß der kranke Mann weit mehr Lebensfähigkeit besitze, als manchem lieb sei. Darauf soll sich Nikolaus an Napoleon gewandt, aber auch bei diesem, trotz des lockend hingestellten linken Rheinufers, keine günstige Aufnahme gefunden haben. Doch ließ er sich dadurch nicht abschrecken und benützte zur Aufstellung seiner Forderungen einen langjährigen Streit wegen des heiligen Grabes zwischen Griechen und Lateinern. Der Sultan hatte 1852 durch einen Ferman die Rechte der griechischen Kirche auf den Besitz des heiligen Grabes anerkannt, den Römisch-Katholischen (Lateinern) aber, welche von Napoleon nachdrücklich unterstützt wurden, zugleich erlaubt, in der Kapelle des Oelbergs Messe zu lesen, was die Griechisch-Katholischen als eine Benachtheiligung ihrer Kirche ansahen. Um seine bevorrechtete Stellung aufrecht zu erhalten, forderte Rußland förmliche Bürgschaft für die Rechte der griechischen Kirche durch einen Vertrag. Im Vertrauen auf die unbedingte Ergebenheit Preußens und Oestreichs,

welches letztere übrigens so eben die russischen Plane auf Montenegro durch die Sendung des Grafen Leiningen nach Konstantinopel durchkreuzte, rüstete Nikolaus im Süden seines Reichs Flotte und Heer und schickte, in der Hoffnung, durch ein gebieterisches Auftreten die Pforte einzuschüchtern, den Admiral Fürst Menzikow als außerordentlichen Gesandten nach Konstantinopel, um für Rußland ein religiöses Protektorat über alle griechischen Christen zu verlangen, das ihm, um was es ihm zunächst zu thun war, das Recht zu fortwährenden Interventionen in die inneren Verhältnisse des türkischen Reiches gegeben hätte. Menzikow erschien am 2. März 1853 im Paletot und mit bestaubten Stiefeln in der feierlichen Sitzung des Divans und setzte durch diese übermüthige Mißachtung der Etikette das türkische Kabinet ebensosehr in Erstaunen als durch den Inhalt seiner Aufträge. An ein Eingehen auf seine Vorschläge war nicht zu denken; denn damit wäre der russische Kaiser Mitregent der Türkei geworden und hätte bald Gelegenheit gefunden, diesen Titel um eine Silbe zu verkürzen. Menzikow erhielt also eine abschlägige Antwort und reiste am 21. Mai unter lauten Drohungen von Konstantinopel ab.

Um bei dem bevorstehenden Kriege nicht eine wehrlose Beute des Mächtigen zu sein, ergriff Sultan Abdul Medschid, welchem der europäisch gebildete Großvezier Redschid Pascha zur Seite stand, hauptsächlich zwei Maßregeln: er suchte die Christen seines Reiches bei guter Laune zu erhalten, indem er ihnen in einem besonderen Ferman ihre Rechte feierlich bestätigte, und wandte sich mit einem Hilfegesuch an die Westmächte. Napoleon, welcher sich berufen glaubte, den Sturz des großen Oheims zu rächen und die Verträge von 1815 zu zerreißen, war der türkische Schmerzensschrei eine sehr willkommene Gelegenheit, das feindselige Rußland zu demüthigen und seinen neuen Kaiserthron mit glänzenden Trophäen zu umgeben. Er zog das englische Kabinet trotz der Bedenklichkeiten des Lord Aberdeen nach sich, die Flotten wurden gerüstet und legten sich am 14. Juni in der Besikabai, am Eingang der Dardanellen, vor Anker. Auf dies hin gab Nikolaus, welcher sich in den Augen seines Volkes als den Vertheidiger der griechisch-katholischen Kirche hinstellte, dem Fürsten Michael Gortschakow den Befehl, mit zwei Armeecorps, welche je aus 40,000 Mann bestanden und von den Generalen Lüders und Danneberg befehligt wurden, in die Donaufürstenthümer einzurücken und

dieselben als „materielles Pfand“ in Besitz zu nehmen, bis die Pforte seine Forderungen erfüllt habe. Der Einmarsch erfolgte am 2. Juli. Die öffentlichen Kassen wurden in Beschlag genommen, Steuern ausgeschrieben, Soldaten ausgehoben, die beiden Länder, Moldau und Walachei, wie 1789 unter Potemkin dem Taurier, als russische Provinzen angesehen. Um so eifriger waren die Anstrengungen der Diplomatie, noch in der letzten Stunde den Ausbruch des Krieges aufzuhalten. Die Gesandten der Großmächte hielten in Wien Konferenzen und vereinigten sich zu einer Vermittlungsnote, wonach die Pforte die Forderungen Rußlands bewilligen sollte mit Ausnahme des Protektorats, das übrigens nicht verweigert, sondern nur mit Stillschweigen übergangen wurde. Indem man aber so die Hauptfrage umgieng, wurde sie doch sicherlich nicht gelöst. Nikolaus nahm die Note an, gab ihr aber die Auslegung, daß sie alle seine Ansprüche, auch das Protektorat, gutheiße. Darüber entstand in London und in Konstantinopel großer Lärm. Dort griff Layard, welcher die orientalischen Verhältnisse genau kannte, im Unterhaus das russenfreundliche Ministerium heftig an und verlangte entschiedene Theilnahme für die Türkei; hier ließ die alttürkische Partei dem Sultan keine andere Wahl als Abdankung oder Verwerfung der Note.

Sofort wurde in der Türkei aufs eifrigste gerüstet, Freiwillige aufgerufen, die Kontingente der Vasallenstaaten Aegypten und Tunis aufgeboten, die Steuern auf mehrere Jahre zum voraus erhoben und auch hier der religiöse Haß aufgestachelt. Am 4. Oktober wurde an Rußland der Krieg erklärt, falls nicht die Donaufürstenthümer sogleich geräumt würden. Darauf erwiderte Rußland mit einem Kriegsmanifest vom 1. November. Die ersten Kämpfe begannen. Die Hauptmacht der Türken stand auf dem rechten Donauufer unter dem Oberbefehl Omer Pascha's. Er gieng bei Widdin auf das linke Ufer, befestigte Kalafat und schlug am 4. November in verschanzter Stellung bei Oltenizza die Angriffe der an Zahl überlegenen Russen zurück. Freilich wurde dieser Glücksfall durch ein anderes Ereigniß mehr als aufgewogen. Der russische Admiral Nachimow überfiel an einem nebeligen Tage, am 30. November, von Sebastopol aus ein türkisches Geschwader unter Osman Pascha bei Sinope und vernichtete es fast vollständig. Nun war der englische Leopard, welcher ein maritimes Aufsichtsrecht zu besitzen glaubte, nicht mehr zu halten. Lord Aberdeen mußte abtreten, und Lord Palmerston, welcher mit

Napoleon in engen Beziehungen stand und vor kriegerischen Verwicklungen nicht zurückschreckte, trat an die Spitze des Ministeriums. Noch einmal sandte die Wiener Konferenz eine Note vom 5. Dec. an Rußland, worin einige Zugeständnisse gemacht, aber zugleich die Räumung der Donaufürstenthümer gefordert wurde. Als Nikolaus sich weigerte, darauf einzugehen, schloßen die Westmächte am 12. März 1854 mit der Türkei ein Offensiv- und Defensivbündniß und erklärten am 28. März an Rußland den Krieg. Wenn Oestreich und Preußen das Gleiche thaten, so mußte Nikolaus nachgeben. Es lag ihm alles daran, sie wenigstens in der Neutralität zu erhalten. Eine Zusammenkunft mit Franz Josef in Olmütz und eine Reise nach Berlin (1853) dienten diesem Zwecke. Die Interessen der zwei deutschen Großmächte waren bei dieser Frage nicht gleich betheiligt. Was „hinten in der Türkei" vorgieng, berührte Preußen nicht unmittelbar, um so mehr aber Oestreich. Dieses ließ sich daher das Versprechen geben, daß die russischen Heere die Donau nicht überschreiten würden. Als dies nun doch geschah, schloß Oestreich mit Preußen ein Schutz- und Trutzbündniß, worin sich beide verbindlich machten, Rußland zu bekriegen, wenn es die Donaufürstenthümer sich einverleibe oder über den Balkan gehe. Auch schickten sie eine Note nach Petersburg und verlangten die sofortige Räumung der Donaufürstenthümer. Damit war die mittelstaatliche Bamberger Konferenz, welche im Namen des Bundestags große Politik treiben und Rußland unterstützen wollte, nicht zufrieden, richtete Noten an Oestreich und Preußen, wurde aber von diesen ohne viele Mühe zu schließlicher Zustimmung gebracht. Die Noten Oestreichs und Preußens machten auf Nikolaus wenig Eindruck, da er Preußens sicher zu sein glaubte und immer noch auf Oestreichs Dankbarkeit rechnete. Die Sache wurde aber verdächtiger, als Oestreich am 14. Juni einen Vertrag mit der Pforte schloß, worin diese jenem erlaubte, mit seinem bereits hart an der Grenze stehenden Heere in den Donaufürstenthümern einzurücken und diese zu besetzen. Wurde dieser Vertrag ausgeführt, so war die Rückzugslinie der Russen bedroht, und sie standen zwischen zwei Feuern.

Auch andere Hoffnungen wollten sich nicht erfüllen. Nikolaus hatte darauf gerechnet, daß auf sein Vorrücken alle christlichen Unterthanen des Sultans nebst den Bewohnern Griechenlands zu einem Kreuzzug gegen den Halbmond sich erheben würden. Allein die Bosnier, Serben und Bulgaren waren theils durch Omer Pascha nieder-

gehalten und durch Oestreich bedroht, theils wollten sie, um sicher zu gehen, entschiedene Siege der russischen Heere abwarten. In Griechenland dagegen entstand eine große Bewegung. Der Haß gegen den alten Dränger regte sich, die Enge der Nordgrenzen wurde fühlbarer, die Gelegenheit zu ihrer Ausdehnung schien gekommen, ja man sprach schon von der Erneuerung eines byzantinischen Reiches. Zur Dämpfung dieser kriegerischen Gelüste schickten die Westmächte einige Schiffe in den Piräus, französische Truppen landeten und zwangen die Regierung, in Gemeinschaft mit ihnen die unruhigen Köpfe im Zaume zu halten. Außer einigen Einfällen raublustiger Klephten in Thessalien und Epirus kam hier nichts von Bedeutung vor. Doch wurde König Otto seine Energielosigkeit in dieser Sache von dem hellenischen Volke sehr übel genommen und schon damals an eine Aenderung in der Person des Monarchen gedacht.

So war Rußland auf seine eigene Macht angewiesen und mußte sich mit dem alten Satze trösten: „viel Feind', viel Ehr'!“ Mit der letzteren ging es aber nicht so rasch. Die Expedition gegen Kalafat, wo Achmet Pascha mit 16,000 Mann stand, mißlang; die Russen wurden sogar bei Cetate von Iskender Bey, dem ehemaligen polnischen Grafen Jelinski, einem kühnen Reiterführer, überfallen und geschlagen. Nun übernahm Fürst Paskewitsch den Oberbefehl, gieng über die Donau und belagerte Silistria, während Omer Pascha sich nach der Festung Schumla zurückzog. Aber alle Angriffe der Russen auf Silistria, alle Geschicklichkeit des im Ingenieurwesen ausgezeichneten Generals Schilder scheiterten an der tapferen und umsichtigen Vertheidigung des Kommandanten Mussa Pascha und des preußischen Artillerieofficiers Grach. Beide wurden tödtlich verwundet, auch Schilder. Paskewitsch erhielt einen Streifschuß, zog, an der Eroberung der Stadt verzweifelnd, am 21. Juni ab und führte sein geschwächtes Heer über die Donau, ja selbst über den Pruth zurück. Denn bereits war eine Truppenabtheilung der Westmächte in Varna gelandet, und ein östreichisches Heer rückte von Siebenbürgen aus gegen die Donaufürstenthümer vor und besetzte dieselben nach dem Abzug der Russen.

Zu gleicher Zeit war eine englische Flotte unter dem Admiral Charles Napier, an welche sich französische Schiffe unter Baraguay d'Hilliers anschloßen, in die Ostsee eingelaufen, um Schweden zum Anschluß an die Westmächte zu veranlassen und den Kriegsschrecken

in den finnischen Meerbusen bis nach Kronstadt und Petersburg zu tragen. Aber Schweden blieb neutral, und das in der letzten Zeit zur uneinnehmbaren Festung gemachte Kronstadt spottete der englischen Schiffskanonen. Napier mußte gegen den Herbst unverrichteter Sache wieder umkehren und hatte außer der Wegnahme einiger Handelsschiffe, dem Bombardement friedlicher finnischen Dörfer, der Anzündung von Theer- und Holzmagazinen keine Heldenthat aufzuweisen. Auch die Franzosen mußten sich mit der Eroberung der Festung Bomarsund (16. August), auf einer der Alandinseln, begnügen.

Doch die Entscheidung lag im Süden. Wenn die Westmächte der Türkei wirksame Hilfe leisten wollten, so mußten sie mit einer starken Landmacht kommen. England schiffte ein Heer von 20,000 Mann unter dem Oberbefehl Lord Raglans ein, welcher ein Waffengefährte Wellingtons war und bei Waterloo einen Arm verloren hatte. Das französische Landungsheer bestand aus etwa 50,000 Mann, die meist in Algier gedient hatten, und wurde vom Marschall St. Arnaud kommandirt, der, wegen seiner Verdienste um den Staatsstreich vom 2. December, bei Napoleon in hoher Gunst stand. Auch der Herzog von Cambridge und der Prinz Napoleon, ein Vetter des Kaisers, schloßen sich den Heeren an; doch machte sich der letztere mehr durch seinen Mangel an Muth als durch große Thaten bemerklich. Der Truppentransport dauerte mehrere Wochen, während welcher Zeit die verbündete Flotte Odessa bombardirte, ohne jedoch die wehrlose Handelsstadt, wo auch viele englischen Güter lagen, gar zu stark mitzunehmen. Endlich kamen die Landtruppen an, landeten in Galipoli und wurden von da theils zur See theils zu Land nach Varna geführt. Dort machten sie bald Bekanntschaft mit der Cholera; ein Brand legte fast die ganze Stadt in Asche, kaum konnte das große Pulvermagazin gerettet werden, und der nutzlose Marsch in die Dobrutscha während der glühenden Augusthitze kostete 2000 Mann. Nach dem Abzug der Russen hatte Varna keine Bedeutung mehr, und man berieth sich in einem Kriegsrath darüber, an welchem Punkte man der russischen Herrschaft einen empfindlichen Schlag beifügen könne. Die türkischen Befehshaber wünschten eine Landung in Asien, um die Russen aus den Kaukasusländern zu vertreiben; aber St. Arnaud, welcher die Wirkungen des Fiebers, das er schon von Marseille aus mitgebracht hatte, immer heftiger spürte und die letzten Tage seines Lebens mit einer glän-

zenden Waffenthat beleuchten wollte, drang auf einen Angriff auf Sebastopol, den bedeutendsten Kriegshafen in der Krim. Da hiedurch die russische Seemacht in der Krim vernichtet werden sollte, war Lord Raglan auch von der Partie.

Rasch gieng es an die Ausführung der Krim-Expedition. 55,000 Franzosen und Engländer nebst 6000 Türken landeten am 14. September 1854 bei Eupatoria auf der Westseite der Halbinsel und schlugen am 20. September an dem Flusse Alma den Fürsten Menzikow, Gouverneur von der Krim. Die Tapferkeit des Generals Bosquet, welcher mit seinen Zuaven die von den Russen besetzten Höhen erstieg, entschied hauptsächlich diesen Tag. Als aber die Verbündeten am 27. September vor Sebastopol erschienen, fanden sie, daß die nördlichen Festungswerke der Stadt zu stark seien, als daß sie ohne Belagerungsgeschütz, das erst geholt werden mußte, einzunehmen waren. Das Eindringen in den Hafen war von den Russen durch Versenkung sieben großer Kriegsschiffe unmöglich gemacht, die Vertheidigungswerke wurden durch die rastlose Thätigkeit des genialen Artillerieofficiers Tottleben von Woche zu Woche fester, und aus dem inneren Rußland rückten über die Landenge von Perekop bedeutende Verstärkungen an. Die Verbündeten entschloßen sich daher zu einer regelmäßigen Belagerung und lagerten sich im Süden der Stadt, die Franzosen an der Bucht von Kamiesch, die Engländer an der von Balaklawa. Vielleicht hätte ein rascher Angriff auf die Nordseite der Stadt zu einem raschen Ziele geführt; aber der sich verschlimmernde Zustand St. Arnauds war für energische Operationen nicht günstig. Er übergab den Oberfehl an den General Canrobert, schiffte sich nach Konstantinopel ein, starb aber schon am 29. September an der Cholera auf dem Schiffe.

Die Belagerungskämpfe, welche nun begannen, gehören zu den hartnäckigsten und blutigsten, welche die Geschichte kennt. Um vor dem Eintritt des Winters Herren der Festung zu werden, unternahmen die Verbündeten am 17. Oktober von den Landbatterien und von der Flotte aus ein Bombardement, erlitten aber, namentlich auf den Schiffen, mehr Schaden, als sie zufügten. Darauf giengen die Russen zur Offensive über. Der General Liprandi griff am 25. Oktober die Engländer bei Balaklawa an und brachte ihrer Reiterei große Verluste bei; noch heftiger war der Angriff vom 5. November, wo die Engländer bei Inkermann nur durch die rasche

Hilfe Canroberts und Bosquets einer Niederlage entgiengen. Die Russen wurden geschlagen und zu eiligem Rückzug nach der Festung genöthigt. Damit waren für das Jahr 1854 die Kämpfe beendigt. Denn das Eintreten des Winters, besonders der strömende Regen machte die Thätigkeit im Freien unmöglich. Und doch waren die Truppen für einen Winterfeldzug gar nicht eingerichtet. Die Engländer und Türken, bei denen das Verpflegungswesen sehr schlecht bestellt war, litten ungeheuer; Cholera und Ruhr rafften Tausende weg. Die Franzosen waren theils von Hause aus besser versorgt, theils wußten sie bei ihrer angeborenen Beweglichkeit und Munterkeit sich eher zu helfen, und sie hatten noch Humor genug, in ihrem Lager ein Theater zu improvisiren.

Auch die Diplomatie benützte die Winterzeit. Die Wiener Konferenz trat aufs neue zusammen. Aber Rußland, dem es bloß darum zu thun war, die Verbündeten zu trennen, verwarf die ihm gestellten Bedingungen, so daß Oestreich am 2. December mit den Westmächten ein förmliches Schutz- und Trutzbündniß eingieng und seine Heere in Siebenbürgen und Galizien verstärkte. Da aber Preußen durchaus nicht zum Kampfe gegen Rußland zu bringen war und die deutschen Mittelstaaten über eine Kriegsbereitschaft nicht hinausgiengen, so wagte auch Oestreich nicht, wenn es überhaupt je daran dachte, bei ungedecktem Rücken seine Heere gegen Osten zu führen. Während es auf diese Weise auf keiner Seite Dank einerntete, seinem Ansehen als Großmacht viel vergab und durch seine Truppenaufstellungen finanziell sich verblutete, trat das kleine Sardinien durch den Vertrag vom 26. Januar 1855 in die Reihe der kriegführenden Mächte und schickte 15,000 Mann unter dem General Lamarmora nach der Krim. Graf Cavour mit seinem politischen Scharfblick hatte sogleich erkannt, welch günstige Chancen der damalige Augenblick Sardinien darbiete. Das Bündniß der drei Ostmächte, die heilige Allianz, war durch Oestreichs „Undankbarkeit“ vernichtet; Frankreich und England waren dem König von Sardinien für die Hilfe seiner tapferen Soldaten zum Dank verbunden; es war also vorauszusehen und durch eine geschickte italienische Politik, wozu Graf Cavour ganz der Mann war, leicht einzuleiten, daß, wenn noch einmal in der Po-Ebene gekämpft wurde, Sardinien einen mächtigen Bundesgenossen zur Seite hatte und Oestreich vollständig isolirt stand.

Kaiser Nikolaus strengte die Wehrkraft seines Volkes aufs äußerste

an und sandte beträchtliche Truppenmassen nach der Krim, von denen viele das Ziel nicht erreichten und in den Schneefeldern Südrußlands zu Grunde giengen. Von Petersburg aus ergieng der Befehl, die unter Omer Pascha bei Eupatoria stehenden Türken zu überfallen. General Chruleff unternahm am 17. Februar 1855 den Angriff und wurde von den wachsamen Türken zurückgeschlagen. Diese vielen Hiobsbotschaften erschütterten die Gesundheit des stolzen Zaren, und am 2. März 1855 starb er. Sein Nachfolger war sein ältester Sohn, Alexander II., ein milder, friedliebender Monarch. Aber die Ehre Rußlands und die Manen des zürnenden Vaters forderten gebieterisch die Fortsetzung des Kampfes, obgleich Rußland in diesem Kriege bereits 250,000 Mann, größtentheils durch Krankheiten, verloren hatte. Doch rief Alexander den Fürsten Menzikow ab und übertrug den Oberbefehl dem Fürsten Michael Gortschakow. Umgekehrt konnten auch die Westmächte vor der Eroberung Sebastapols keinen Frieden schließen, zumal nicht Napoleon, dessen erstere größere Unternehmung ihm nothwendig den Sieg bringen mußte, wenn nicht sein Kaiserthron gefährdet sein sollte. Er schickte daher seinen tüchtigsten Kriegsingenieur, den Artilleriegeneral Niel, nach der Krim, um an Ort und Stelle seine Rathschläge zu ertheilen. Dieser erkannte bald die richtige Stelle für einen Hauptangriff und ließ daher die Laufgräben und Verschanzungen immer näher gegen die südliche Vorstadt Karabelnaja vorschieben. Sein Gegner Tottleben kam ihm wo möglich auf halbem Wege entgegen, legte auf dieser neuen Angriffsseite neue Verschanzungen an und machte den sogenannten Malakowthurm zu einem fast unbezwinglichen Fort. Ueber und unter der Erde wüthete Tag und Nacht der Krieg. Die Armee der Verbündeten war auf 174,000, die der Russen auf 150,000 Mann verstärkt worden. Am 6. April wurde die Stadt aus 500 Geschützen beschossen und das Bombardement 14 Tage nach einander fortgesetzt. Aber die russischen Kanonen blieben keine Antwort schuldig, und was von Befestigungen zerstört wurde, ließ Tottleben auf der Stelle wieder herstellen. Inzwischen machte die verbündete Flotte einen Abstecher nach dem asow'schen Meere, um die Städte Kertsch, Jenikale, Mariopol, Taganrog und Anapa mit ihren reichen Vorräthen zu vernichten. Dies gelang ihnen zwar, doch war dabei so wenig als in der Ostsee Ruhm zu holen, und es wurde nicht gebilligt, daß Kertsch, das ehemalige Panticapäum, wo der alte Mithridates sich den Tod gegeben

hat, mit seiner werthvollen Sammlung von Alterthümern von den Soldaten des „civilisirtesten“ Volkes nicht geschont wurde.

In Paris, wo man sehnsüchtig einer Siegesbotschaft entgegensah, war man mit Canroberts Erfolgen nicht zufrieden. Sein Verhältniß zu Lord Raglan war ein sehr gespanntes. Dadurch litt das Ineinandergreifen der Operationen Noth. Daher schien ein Wechsel im Obercommando am Platz, worauf Canrobert selbst antrug. General Pelissier, der Höhlenräucherer von Algier, schien bei seiner rücksichtslosen Energie der rechte Mann zu sein, und Canrobert besaß Selbstverleugnung genug, um als Divisionsgeneral unter seinem Nachfolger zu dienen. Die Folgen des Wechsels zeigten sich sogleich. So viele Menschen auch zu Grunde giengen, Pelissier rückte mit seinen Verschanzungen immer vor und ließ am 7. Juni den „grünen Mamelon“ erstürmen. Doch mißlang der allgemeine Sturm, welcher am 18. Juni, dem Waterlootag, unternommen wurde, und kostete die Verbündeten 7000 Mann. Lord Raglan, welcher den von ihm gehegten Erwartungen nicht entsprochen hatte, starb am 28. Juni an der Cholera, und an seiner Stelle übernahm der gleichfalls schon bejahrte General Simpson den Oberbefehl über die englischen Truppen. Auch die Russen verloren um jene Zeit einen Führer. Admiral Nachimow, der Sieger von Sinope, wurde am 11. Juli, als er mit gewohnter Unerschrockenheit die Festungswerke besichtigte, von einer Kugel tödtlich getroffen.

Auch in der Ostsee machten die verbündeten Flotten wieder einen Besuch, konnten aber der Festung Kronstadt so wenig als im vorigen Sommer beikommen. Das Bombardement der finnischen Stadt Sweaborg am 7. August war die einzige bemerkenswerthe That dieser Seeexpedition.

Vor Sebastopol wurde den Russen die Nähe der feindlichen Arbeiten sehr bedenklich. Wenn dieselben in diesem Tempo vorschritten, so waren die Tage Sebastopols gezählt. Daher unternahm General Read am 16. August einen Ausfall. Die Belagerungsarbeiten sollten zerstört, die dichte Kette der Feinde zersprengt werden. Vom Nebel begünstigt überraschte er den Feind, wurde aber von den Franzosen und Sardiniern, die sich rasch wieder sammelten, mit Verlust von mehreren Tausend Mann zurückgeschlagen. Pelissier verfolgte seinen Plan mit mathematischer Unerbittlichkeit. Der Kugelregen war vom 19. August an so fürchterlich, daß in 3 Tagen 5000 Russen auf den

Wällen und in den Straßen verwundet oder getödtet wurden. 800 Feuerschlünde waren gegen die Stadt gerichtet, die Erde erbebte, die Einwohner wurden wie betäubt; an ein Ausbessern der zusammengeschossenen Werke war nicht mehr zu denken; gegen ein solches Höllenfeuer vermochte auch Tottlebens Kunst nichts mehr. Es war ein fortwährendes Donnern, das von den Russen nicht in solchem Grade erwidert werden konnte. Auf den 8. September wurde der Sturm beschlossen. Mittags Punkt 12 Uhr schwieg auf der ganzen Linie der Verbündeten plötzlich die Kanonade, und im nämlichen Augenblick giengen die Franzosen auf den Malakowthurm, die Engländer auf den Redan (Sägewerk) los. Die französischen Sturmkolonnen unter Mac Mahon erstiegen rasch die Außenwerke des Malakow, fanden aber im Innern einen furchtbaren Widerstand, und als sie auch diesen überwältigt hatten, drohte ihnen die Gefahr, samt dem Thurm in die Luft geschleudert zu werden; denn von dem Pulvermagazin führten unterirdische Drähte nach der Stadt. Diese wurden rasch durchschnitten und ein Graben gezogen. Auch den kleinen Redan und die Centralbastion erstürmten die Franzosen, verloren aber bei diesen Angriffen in wenigen Stunden 7300 Mann. Weniger glücklich waren die Engländer. Sie drangen zwar trotz des schrecklichen Kartätschenfeuers der Russen in den großen Redan ein, wurden aber mit einem Verlust von 2400 Mann wieder hinausgetrieben. Doch war nach Einnahme des Malakows Sebastopol nicht mehr zu halten. Fürst Gortschakow, welcher durch den Sturm 13,000 Mann verloren hatte, ließ die noch übrigen Festungswerke der südlichen Stadt in die Luft sprengen, den Rest seiner Schiffe versenken, zog sich, die Schiffbrücke hinter sich zerstörend, nach der Nordseite des Meerbusens und nahm in dem östlich gelegenen Gebirge eine feste Stellung. Hier war er mit Perekop und dem übrigen Rußland in Verbindung und hatte von den Verbündeten, die über ihre eigenen Verluste nachzudenken hatten, zunächst nichts zu fürchten. Diese fanden in der Stadt noch ungeheure Vorräthe an Kriegsmaterial und Schiffsbauholz. Die Belagerung hatte elf Monate gedauert und die Kräfte aller Betheiligten sehr erschöpft. Jedermann wünschte Frieden, und es kam Rußland sehr zu Statten daß der General Murawiew in Kleinasien am 28. November die Festung Kars zur Uebergabe zwang, nachdem sie von dem Kommandanten Wassif Pascha, unter Beihilfe des Engländers Williams

und des Ungarn Kmety, einige Monate lang tapfer vertheidigt worden war.

Diesen Sieg in die Friedens-Wagschale werfend, schickte Kaiser Alexander den Grafen Orlow zum Friedenskongreß nach Paris, an welchem, außer Rußland, Frankreich, England, Oestreich und der Türkei, auch Sardinien in der Person des Grafen Cavour und des Marquis von Villamarina theilnahm. Zuletzt wurde auch noch Preußen wegen etwaiger Abänderungen der Wiener Verträge zugelassen. Am 30. März 1856 wurde der Pariser Friede unterschrieben. Rußland bekam nach demselben Sebastopol, und was es sonst verloren hatte, zurück, mußte Kars herausgeben, einen kleinen Landstrich an der Donaumündung an die Türkei abtreten und dem Protektorat über die Donaufürstenthümer und die griechischen Christen in der Türkei entsagen. Es sollte am schwarzen Meere keine Arsenale mehr errichten und nicht mehr Kriegsschiffe halten als die Türkei. Die Donauschiffahrt wurde für frei erklärt, die Integrität der Pforte bestätigt und das Schicksal der dortigen Christen, deren Gleichberechtigung mit den Türken bereits verkündigt war, unter den Schutz sämtlicher Großmächte gestellt.

Durch diese Friedensbestimmungen sollte Rußland die Macht und die Gelegenheit, in die inneren Angelegenheiten der Türkei sich einzumischen, benommen werden. Es brauchte wieder längere Zeit, um seine Kräfte zu einem neuen Schlage zu sammeln, welchen es, so oft er auch mißglückt, immer wieder erneuern wird, bis es sein Kreuz auf der Sophienkirche zu Konstantinopel aufgepflanzt hat. Der Glaube an seine unerschöpflichen Hilfsquellen, an seine Unüberwindlichkeit, wie ihn Nikolaus zu verbreiten wußte, war freilich dahin. Deutschland war von einem Druck erlöst. Die erste Rolle, welche in der europäischen Politik längere Zeit Rußland gespielt hatte, gieng jetzt auf Napoleon über, der aus einem geringgeschätzten Parvenu auf einmal eine sehr höflich behandelte Majestät wurde, zu deren Palast die Fürsten wallfahrteten. Frankreich strahlte wieder in altem Kriegsruhm, war die erste Großmacht, während Oestreich und Preußen durch ihre ewigen Rivalitäten zur Ohnmacht verurtheilt, das übrige Deutschland als kaum den Kinderschuhen entwachsen behandelt und England, das weder zur See noch zu Land etwas Großes geleistet hatte, als im Niedergang begriffen angesehen wurde. Der russische Reichskanzler Fürst Alexander Gortschakow, ein Bruder des Generals, bezeichnete in seinem Rundschreiben vom 2. Sept. 1856 das neueste

Programm Rußlands mit den Worten: „Rußland schmollt nicht, es sammelt sich.“ Gegen Oestreich, welches „durch seine Undankbarkeit die Welt in Erstaunen setzte“, hegte Rußland den tiefsten Groll, während es die wohlwollende Haltung Preußens durch freundliches Entgegenkommen anerkannte.

Der „kranke Mann“ befand sich nach der Aussage seiner Leibärzte wieder in durchaus normalem Zustande. Daß freilich ein Theil seines Vermögens, seine christlichen Unterthanen, unter die Kuratel der Großmächte gestellt war, zeugte von einiger Abnormität. Schon im Hattischerif von Gülhane (3. Nov. 1839) hatte Sultan Abdul Medschid allen seinen Unterthanen Gleichheit vor dem Gesetz zugesichert. Nach dem Krimkrieg erließ er, auf das Andrängen des englischen Gesandten, Lord Redcliffe, den sogenannten Hat Hümayun vom 18. Februar 1856, worin den Christen in allen Stücken die gleichen bürgerlichen Rechte wie den Türken zugesichert waren, aller Unterschied zwischen beiden im staatlichen Leben aufgehoben sein sollte. Aber, wenn es schon den christlichen Regierungen nicht selten begegnet, daß ihre Versprechungen und ihre Handlungen in einem merkwürdigen Mißverhältniß zu einander stehen, was kann man dann von einem unter Vormundschaft gestellten Muhamedaner erwarten? Der vielgerühmte Hat Hümayun war und blieb ein Blatt Papier. Von dem Christenhasse der türkischen Race zeugten jene entsetzlichen Greuel, welche die türkische Bevölkerung 1860 in Syrien, besonders in Damaskus, an den Christen verübte, was den Franzosen Anlaß zu einer zehnmonatlichen Occupation Syriens gab. Zu Ende derselben, am 26. Juni 1861, starb Abdul Medschid, nachdem er all seine Kraft in den Genüssen des Harems vergeudet hatte. Sein Bruder Abdul Azis folgte ihm und wandelte, nach einigen schüchternen Versuchen zur Herstellung kräftigerer Zustände, bald die nämlichen Wege. Er konnte es nicht hindern, daß die Moldau und Walachei, welche beide 1859 den Oberst Alexander Kusa zu ihrem Hospodaren erwählt hatten, am 23. December 1861 ihre Vereinigung unter dem Namen Rumänien proklamirten, wodurch die Oberhoheit der Pforte vollends ganz zu einem Schatten wurde. Die Willkürlichkeiten und Verschwendungen des Fürsten veranlaßten zuletzt eine Verschwörung, und in der Nacht vom 23. auf den 24. Februar 1866 wurde Kusa in seinem Palast überfallen und zur Abdankung genöthigt. An seine Stelle wurde Prinz Karl von Hohenzollern-

Sigmaringen gewählt und von der Pforte als erblicher Fürst von Rumänien bestätigt.

Mit dem Pariser Frieden, welcher der Türkei ihre Grenzen garantirte, war Griechenland sehr unzufrieden. Seit jener Zeit hatte König Otto einen schweren Stand. Die Nation konnte es ihm nicht verzeihen, daß er während des Krimkriegs keinen kriegerischen Ehrgeiz, keinen Unternehmungsgeist gezeigt hatte, und hielt ihn von da an für ganz untauglich, die „große Idee“ eines Großgriechenthums durchzuführen und seine Residenz nach Konstantinopel zu verlegen. Als dann der italienische Feldzug von 1859 im Sinne des Nationalitätsprincips entschieden wurde, Garibaldi 1860 seinen Zug nach Sicilien und Neapel antrat und 1862 zur Eroberung Venetiens den ganzen östlichen Theil der adriatischen Küste in Aufruhr setzen wollte, da fragten sich die Hellenen, ob ihnen denn verwehrt sein solle, was den Italienern eben erlaubt und größtentheils gelungen war, ob sie nicht das nämliche Recht haben sollten, den Schmerzensschrei ihrer griechischen Brüder, die unter der Herrschaft eines Barbarenvolkes seufzten, zu vernehmen und alle griechischen Provinzen der olympischen Halbinsel zu einem Einheitsstaat zu vereinigen. Italienische Agenten und wohl selbst der italienische Gesandte in Athen schürten das Feuer, und so brach im Februar 1862 ein Militäraufstand in Nauplia aus, welcher unterdrückt wurde und an König Otto einen milden Richter fand. Aber während der König mit seiner Gemahlin Amalie von Oldenburg im Oktober den Peloponnes besuchte, erhoben sich gegen ihn die Städte Vonizza, Patras und Athen; eine provisorische Regierung bildete sich und sprach die Thronentsagung Otto's aus. Auf die Nachricht von dieser Militärverschwörung kehrte das Königspaar am 23. Oktober in den Piräus zurück, durfte jedoch nicht mehr landen, fuhr nach Salamis zurück und bestieg dort ein englisches Schiff, mit welchem es nach Triest fuhr, um sich von da in die Heimat zu begeben. Darauf wählten die Griechen den zweiten Sohn der Königin von England, den Prinzen Alfred, zu ihrem König, und als das englische Kabinet diese Ehre ablehnte, ernannten sie hiezu am 30. März 1863 den Prinzen Georg von Glücksburg, dessen Vater durch das Londoner Protokoll zum König von Dänemark bestimmt war. Der junge Georg I. landete am 30. Oktober im Piräus. Zur Bedingung der Annahme hatte er die Vereinigung der jonischen Inseln mit Griechenland gemacht. England willigte

ein, und die griechische Nation sah es als ein günstiges Prognostikon an, daß der neue König diese Erwerbung als Morgengabe mitbringe, und hoffte, daß er auch der Türkei gegenüber den nationalen Wünschen entsprechen werde. Diese Hoffnung fand 1866 einige Bestätigung, als König Georg bei dem Aufstand der Kandioten gegen die Türkei sich offen auf die Seite der ersteren stellte und die Freischarenzüge nach Kandia nicht hinderte.

Dieses feindselige Auftreten Griechenlands und die Aufstände griechisch-türkischer Provinzen wurden von Rußland sehr begünstigt, so lange es sich um eine Bekämpfung, nicht um eine Theilung der Türkei handelte. Sollte es zu der letzteren kommen, so würde Griechenland an Rußland sicherlich einen sehr eigennützigen Miterben finden, der eher geneigt wäre, nicht bloß die Rechte eines Universalerben für sich in Anspruch zu nehmen, sondern Griechenland selbst noch zu verschlingen, wie ja auch Nikolaus in seinen Unterredungen mit Seymour von einer Vergrößerung Griechenlands, vollends von der Wiederherstellung eines byzantinischen Reiches durchaus nichts wissen wollte. Sein Sohn Alexander II. kündigte sich zunächst als den Förderer der Civilisation an. Eine Zusammenkunft mit Napoleon, welche er im September 1857 in Stuttgart am Hofe des Königs Wilhelm von Württemberg hatte, begründete freundliche Beziehungen im persönlichen Verkehr der beiden Kaiser. In den inneren Beziehungen des Landes suchte Alexander durch den Bau von Eisenbahnen, durch Handelsverträge, durch Verbesserung des Unterrichtswesens die geschlagenen Wunden zu heilen und Rußland seiner asiatischen Formen immer mehr zu entkleiden. Seine bedeutendste That, zu der nicht weniger Muth als Einsicht und guter Wille gehörte, ist die Aufhebung der Leibeigenschaft, in welcher 23 Millionen Menschen lebten. Die leibeigenen Bauern sollten von den Grundherren ein bestimmtes Gehöfte erhalten und in einer bestimmten Frist von Jahren durch eine Art Ablösung, die in Geld oder anderen Leistungen bestand, dieses als Eigenthum bekommen, während solche Leibeigene, welche Gewerbe trieben und häusliche Dienste besorgten, innerhalb zwei Jahre ihrer Verpflichtungen gegen die bisherigen Herren entledigt sein sollten. Alexander gieng mit einem guten Beispiel voran, erklärte alle Leibeigenen des kaiserlichen Hauses für frei und überließ ihnen die von ihnen bebauten Güter unentgeltlich. Weder der Widerstand des in seiner Macht bedrohten Adels, noch

Aufstände von Bauern, welche es noch praktischer fanden, die Güter ohne Ablösung zu erhalten, konnten den Kaiser in der Ausübung seines civilisatorischen Berufes aufhalten. Sein Manifest vom 17. März 1861 legte nach allen Seiten hin sein Verfahren klar dar, und die Ausführung desselben mußte die socialen und politischen Verhältnisse Rußlands ganz umgestalten.

Mitten in diese Reformbewegungen fiel ein neuer Aufstand der Polen. Obgleich ihnen Alexander auf materiellem und geistigem Gebiet bedeutende Erleichterungen gewährte und andere in Aussicht stellte, so entstand doch nach dem italienischen Krieg von 1859, wo die Frage der Nationalitäten zu ihrem Rechte gekommen war, eine große Aufregung unter den Polen, welche sich auch diesmal wieder auf Frankreichs Hise verließen. Die Herstellung eines selbständigen Königreichs, sogar in seiner alten Ausdehnung, wie es vor der ersten Theilung 1772 bestanden hatte, war das Ziel der Bewegung. Großartige Trauerfestlichkeiten, zu Ehren des Beginns der Revolution von 1830, der Schlacht bei Grochow und des in Paris verstorbenen Fürsten Czartoryski, erhielten vom November 1860 an die politischen Leidenschaften in Athem. Die bürgerlichen Kreise der Städte, die studirende Jugend, die katholische Priesterschaft waren die hauptsächlichsten Stützen der Bewegung. Der Kaiser stellte dem Fürsten Gortschakow, dem Vertheidiger von Sebastopol, welcher dem verstorbenen Fürsten Paskewitsch als Statthalter von Polen gefolgt war, den polnischen Markgrafen Wielopolski, einen gemäßigten Patrioten, für die Verwaltung des Kultus und des Unterrichts zur Seite. Aber weder diese noch andere Koncessionen befriedigten das Volk, das die Trauerfarbe zur Nationalfarbe machte und in den Kirchen revolutionäre Lieder sang, während der Adel den „landwirthschaftlichen Verein“ für seine politischen Zwecke ausbeutete. Bald gab es in Warschau blutige Konflikte zwischen Volk und Militär; Graf Lambert, der Nachfolger Gortschakows, erklärte am 14. Oktober 1861 ganz Polen in Belagerungszustand, und General Lüders, welcher jenen ablöste, ließ mehrere angesehene Männer verhaften. Doch ließ es die Regierung an versöhnlichen Schritten nicht fehlen: der Priester Felinski wurde zum Erzbischof von Warschau, der Großfürst Konstantin, des Kaisers Bruder, zum Statthalter von Polen ernannt und Wielopolski ihm für die Civilverwaltung beigegeben. Eine Reihe nationaler Reformen begann. Aber die Bevölkerung Warschau's stand

unter dem Bann einer geheimen Verschwörung. Mordversuche auf General Lüders, auf den Großfürsten, auf Wielopolski zeigten den Abgrund, vor welchem man stand. Um mit der revolutionären Bevölkerung aufzuräumen, veranstaltete die Regierung, nachdem mehrere Jahre keine Rekrutenaushebung stattgefunden hatte, in der Nacht des 14. Januar 1863 eine gewaltsame Militäraushebung, bei welcher alle jungen Leute in Warschau, welche verdächtig schienen, ergriffen und unter das Militär gesteckt wurden. Dies gab den Ausschlag zur Entzündung des Volkskrieges. Eine provisorische Nationalregierung konstituirte sich, rief das Volk zur Freiheit auf, suchte die bisher zurückhaltenden Bauern durch die Erklärung, daß sie die freien und erblichen Eigenthümer der von ihnen bebauten Grundstücke sein sollten, für den nationalen Kampf zu gewinnen, und ernannte den aus den Jahren 1848 und 1849 bekannten General Mieroslawski zum Diktator. Aber nach wenigen Tagen wurde derselbe von den Russen geschlagen und floh nach Preußen, worauf der aus Posen stammende Langiewicz als Diktator auftrat. Nur wenige Tage bekleidete derselbe diese Würde; auch er mußte am 19. März flüchten, wandte sich nach Oestreich und erhielt nach längerer Haft die Erlaubniß zur Auswanderung nach der Schweiz. Darauf übernahm die Nationalregierung wieder die Leitung und stellte sich, wie ein Femgericht Befehle ertheilend, Steuern ausschreibend, Mord aussendend, neben die officielle russische Regierung. Auf die Länge konnte dieser Bandenkrieg in den polnischen Wäldern, diese Revolutionstribunale in Warschau nicht bestehen, besonders, seitdem der energische General Berg, nach Entlassung Wielopolski's, an die Spitze der Verwaltung gestellt wurde (31. Oktober 1863). Das ganze Land war voll von russischen Soldaten; der Adel in Polen, in Podolien und der Ukräne wurde durch Einkerkerung unschädlich gemacht; der katholischen Geistlichkeit eine außerordentliche Einkommenssteuer auferlegt, die Bauern durch Verleihung des Eigenthumsrechts auf ihre Pachtgüter gewonnen, in Lithauen dem polnischen Element durch General Murawiew ein Vernichtungskrieg angekündigt.

Mit dem Ende des Jahres 1863 erlosch der Aufstand, und der russische Reichskanzler, Fürst Alexander Gortschakow, konnte dem französischen Kabinet mittheilen, daß zu diplomatischen Noten durchaus kein Anlaß mehr vorliege. Denn auch diese Gelegenheit hatte Napoleon benützen wollen, um als Schiedsrichter Europa's aufzutreten. Allein

er hatte es nicht weiter gebracht als zu gleichlautenden Noten Frankreichs, Englands und Oestreichs, auf welche Gortschakow erwiderte, daß der Aufstand um so rascher erlöschen werde, je energischer diese Mächte der Revolutionspartei ihrer eigenen Länder das Handwerk und das Schüreisen niederlegten. England und Oestreich wollten sich in keinen Krieg mit Rußland wegen Polens einlassen, der ja für Oestreich die Bedeutung einer Abtretung Galiziens gehabt hätte, daher Napoleon durch den Vorschlag eines allgemeinen Kongresses, als eines obersten Areopags in allen europäischen Angelegenheiten, aus der Verlegenheit sich zu ziehen suchte. Der Kongreß kam nicht zu Stande, und der Tod des Königs von Dänemark rief ganz andere Verwicklungen in den Vordergrund der politischen Bühne. Preußen hatte auch diesmal seine russischen Sympathien gezeigt. Am 8. Februar 1863 hatte es mit Rußland einen geheimen Vertrag zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes geschlossen, der sowohl in der preußischen Kammer als bei den auswärtigen Kabinetten entschiedene Proteste veranlaßte und nicht zur Ausführung kam.

§. 19.

Italienischer Krieg.

Auf dem Friedenskongreß zu Paris hatte Graf Camillo Cavour, welcher seit 1852 Ministerpräsident in Sardinien war, eine Denkschrift vorgelegt, worin er erklärte, daß Europa nicht zu einem dauernden Frieden kommen werde, bevor die nationalen Forderungen der Italiener erfüllt seien. Diese präcisirte er dahin, daß die Großmächte die nationale Einheit Italiens anerkennen, daß Oestreich im lombardisch-venetianischen Königreiche eine liberale Verfassung geben, daß die fremden Truppen aus dem Kirchenstaat entfernt werden und ein weltlicher Statthalter unter der Oberhoheit des Papstes dort regieren, und daß der willkürlichen Regierung in Neapel und Sicilien durch eine Intervention ein Ende gemacht werden sollte. Dieses Programm konnte und wollte nicht den Anspruch machen, in Paris zur Berathung zu kommen; aber die bloße Erwähnung desselben, die sichtbare Billigung Frankreichs und Englands, die kaum verhehlte Schadenfreude Rußlands bedeuteten so viel, daß gleich nach der orientalischen Frage die italienische in Scene gesetzt werde. Der Augenblick war nicht schlecht gewählt.

Oestreich, um dessen Bekämpfung es sich hier allein handelte,

war vollständig isolirt. Es gebot scheinbar über eine ungeheure Macht. Seine vielen Provinzen hatten eine Bevölkerung von 38 Millionen Einwohnern und unerschöpfliche Hilfsquellen, am Bundestag führte es immer noch das erste Wort, und in Italien folgten, außer Sardinien, alle Staaten seiner Stimme. Aber im Innern des eigenen Reiches befolgte es, die Erfahrungen der letzten Revolutionen bei Seite werfend, ein abgelebtes Regierungssystem, hatte am 31. December 1851 die oktroyirte Verfassung vom 4. März 1849 wieder aufgehoben, kehrte zum vormärzlichen Absolutismus zurück, gab durch sein Konkordat vom 18. August 1855 der katholischen Geistlichkeit einen unbeschränkten Einfluß auf das Unterrichtswesen und auf die Presse und opferte wesentliche Thron- und Staatsrechte dem päpstlichen Stuhle. Religiöse Intoleranz, Beeinträchtigung der Rechte der „Akatholiken“, unbefugte Einmischung in die konfessionelle Erziehung der Kinder waren an der Tagesordnung. In Folge dessen fehlte es dem Staate an den nothwendigsten Bedingungen eines gesunden Lebens: an Luft und Licht. Woher sollte unter solchen Verhältnissen Intelligenz, patriotische Begeisterung, Opferwilligkeit kommen, wie sie bei heftigen Erschütterungen des Staates so nothwendig sind? Auch das Uebergewicht am Bundestag mochte ihm in einem auswärtigen Kriege, welcher die Grenzen Deutschlands nicht berührte, nicht gar viel helfen. Allerdings bargen sich die meisten deutschen Regierungen unter dem Schutze des Doppeladlers und wirthschafteten in diesem Sinne. Die kurhessische Verfassung von 1831 wurde vom Bundestag, als unvereinbar mit den Bundesgesetzen, am 27. März 1852 aufgehoben und von Hassenpflug eine andere oktroyirt, die alle Volksrechte zur Illusion machte. Dieses Unwesen dauerte fort, bis endlich 1862 Preußen für die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 in die Schranken trat. In Mecklenburg griff man, nach Beseitigung des Staatsgrundgesetzes von 1849, sogar bis zum Grundgesetz von 1755 zurück, um die Ansprüche der ritterschaftlichen Pascha's zu befriedigen. Allein diese Nachbildungen und Sympathien der Mittel- und Kleinstaaten brachten Oestreich keinen greifbaren Nutzen, da jene, wie dies die Bamberger Konferenzen während des Krimkrieges gezeigt hatten, sich nicht zu einem gemeinsamen und energischen Entschlusse aufraffen konnten, und wenn je, so war von da an bis zur That noch ein weiter Weg. Alles kam hier auf die Haltung Preußens an. Nur wenn Oestreich dessen sicher war,

konnte es über die Kräfte von ganz Deutschland gebieten; sonst kaum über ein einziges Bataillon. Zwar verfolgte auch Preußen reaktionäre Ziele, sucht durch eine gefügige Kammer die Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege zu verschlechtern und brachte sich unter dem geistlosen und kleinmüthigen Ministerium Manteuffel im Inland und Ausland um alle Achtung. Aber an Licht fehlte es diesem Staate nicht. Die Wissenschaften wurden trotz dem Kultminister Raumer und seinen Schulregulativen kaum irgendwo so sehr gefördert. Namen wie Alexander von Humboldt, Karl Ritter, Jakob und Wilhelm Grimm, Ranke, gehörten zu den bedeutendsten in ganz Europa. So lange Friedrich Wilhelm IV. lebte, welcher nur in friedlichen Bahnen sich wohl fühlte, war keine Systemsänderung zu erwarten. Nur auf dem Gebiet des deutschen Zollvereins erfocht Preußen einen Sieg über Oestreich. Dieses sah neidisch auf die glückliche Leitung des Vereins durch Preußen und verlangte, in denselben aufgenommen zu werden. Von den Regierungen, besonders den süddeutschen, angefeindet, aber von den Gewerbtreibenden unterstützt, gab Preußen nicht nach und setzte es durch, daß sich Oestreich mit dem Abschluß eines Handelsvertrags vom 19. Februar 1853 begnügte. Zu jener Zeit erwarb Preußen von Oldenburg das Hafengebiet am Jahdebusen und damit für die Anfänge seiner Seemacht einen festen Punkt an der Nordsee.

Nur einmal noch schien König Friedrich Wilhelm in eine kriegerische Verwicklung zu kommen. Am 2. Sept. 1856 stellte sich Graf Friedrich von Pourtalès in Neuenburg an die Spitze einer kleinen königlichen Partei, sprengte die republikanische Regierung, welche 1848 den Kanton von der preußischen Oberhoheit losgerissen und das Fürstenthum zu einer Republik gemacht hatte, und pflanzte auf dem Schlosse Neuenburg die hohenzollernsche Fahne auf. Aber schon nach zwei Tagen war dieser royalistische Putsch unterdrückt und die Führer ins Gefängniß geführt. Preußen verlangte ihre Freilassung. Unter Frankreichs Vermittlung kam zwischen den zwei sich bereits rüstenden Parteien ein Vergleich zu Stande, wonach die Royalisten entlassen wurden, und der König von Preußen seinen Rechten auf Neuenburg entsagte (26. Mai 1857). Aber die Tage Friedrich Wilhelms waren von nun an gezählt. Er fiel noch im nämlichen Jahre in eine unheilbare Gehirnkrankheit und mußte am 23. Oktober 1857 seinen Bruder, den Prinzen von Preußen, zu seinem Stellvertreter ernennen. Das Leiden nahm solche Dimensionen an, daß eine bloße

Stellvertretung keinen Sinn mehr hatte, daher der Prinz von Preußen am 7. Oktober 1858 unter dem Titel eines Regenten die volle Regierungsgewalt übernahm, ein Verhältniß, das bis zum 2. Januar 1861 fortdauerte, an welchem Tage Friedrich Wilhelm im Schlosse zu Sanssouci starb, und der Prinz von Preußen als König Wilhelm I. die Regierung antrat. Dieser, eine nicht romantisch, sondern verständig und praktisch angelegte Natur, in voller Kraft und Frische des Körpers und des Geistes, war mit dem Regierungssystem seines Bruders und mit dem übermächtigen Einfluß einzelner Persönlichkeiten in der Umgebung desselben längst nicht einverstanden und erkannte sehr wohl, was Preußen und Deutschland Noth that. Von ihm hatte Oestreich weniger Nachgiebigkeit zu erwarten als von dem verstorbenen Bruder. Schon an den Antritt der Regentschaft knüpfte sich die „neue Aera" in Preußen, welche sich unter dem liberalen Ministerium Hohenzollern-Sigmaringen in einer selbständigeren Haltung in der auswärtigen Politik ankündigte. Die Schmach von Bronzell und Olmütz, die Gewaltthätigkeiten des Fürsten Schwarzenberg, welcher die Großmacht Preußen zu einem deutschen Mittelstaat herabdrücken wollte, empfand man in diesen Kreisen tief. Es zeigte sich in allen Dingen ein lebhaftes Gefühl für Preußens Größe und für Deutschlands Machtstellung. War es unter der vorigen Regierung Oestreich gelungen, die preußischen Vergrößerungsplane in dem Unionsprojekt, in Kurhessen und in Schleswig-Holstein aus dem Feld zu schlagen und den lästigen Rivalen in alte, brandenburgische Bahnen zurückzuwerfen, so war es jetzt eher an Oestreich, für seine Stellung fürchten zu müssen. Auf seinen Bruder hinweisend, hätte Friedrich Wilhelm, wie einst der Vater Friedrichs des Großen, sagen können: „Da steht einer, der mich rächen wird." Schwarzenberg war übrigens schon 1852 gestorben und sein Nachfolger, Graf Buol-Schauenstein, huldigte einer milderen Praxis. Dazu zwang ihn besonders die italienische Frage. Je mehr es den Anschein hatte, daß Sardinien an Frankreich einen Alliirten haben werde, desto mehr bemühte sich Oestreich um Preußens Allianz. Sie war unter der neuen Aera nur gegen Koncessionen in der Leitung der deutschen Angelegenheiten zu gewinnen.

Nicht besser stand es mit Oestreichs Macht in Italien. Allerdings erstreckte sich dort seine unmittelbare Herrschaft gerade über die fruchtbarsten Landstriche mit etwa ein Fünftheil der Gesamtbevölke-

rung Italiens, und in Toskana und Modena herrschten Prinzen seines Hauses, gewohnt, ihr Losungswort aus Wien zu erhalten. In den wichtigen Festungen Ferrara und Piacenza hatte Oestreich das Garnisonsrecht, in Parma, Rom und Neapel war sein Einfluß der überwiegende. Aber alle diese Vasallenstaaten waren in einem Kriege, wo es sich um die Unabhängigkeit Italiens handelte, für Oestreich mehr eine Last als eine Stütze; denn das Mißverhältniß zwischen Regierung und Volk war dort noch weit schlimmer als in den deutschen Kleinstaaten, als selbst in Kurhessen. Mit dem Sturze der östreichischen Herrschaft in Italien mußten alle diese Throne nicht bloß wanken, sondern fallen. Waren doch in einigen derselben die Verhältnisse von der Art, daß man nicht im neunzehnten Jahrhundert, sondern noch in der dicksten Barbarei des Mittelalters zu stehen glaubte. Der Herzog von Modena, der alte Schildknappe Oestreichs, trieb nach der Besiegung der Revolution sein jesuitisch-absolutistisches Handwerk so schwunghaft wie zuvor. Unter dem Herzog Karl III. von Parma, einem spanischen Bourbon, wüthete gegen alle patriotisch Gesinnten das Prügelsystem, und sein englischer Stallmeister Ward wurde zum Minister erhoben. Der Herzog wurde 1854 auf offener Straße ermordet, und sein Günstling, der Gensdarmerieoberst Graf Anviti, fiel 1859 unter den Dolchen des empörten Volkes. In Toskana herrschte Großherzog Leopold, wie früher, nicht ohne Milde; aber die Aufhebung der Verfassung und den Einfluß des Wiener Kabinets verzieh man ihm nicht. Papst Pius IX. hatte bei seiner Rückkehr von Gaëta die Einführung von Reformen in der Staatsverwaltung zugesagt; aber die Schrecken der Revolution hielten ihn so gelähmt, daß er sich nicht entschließen konnte, sein Versprechen zu halten. Er zog sich immer mehr in die Falten seiner geistlichen Würde zurück, überließ das Steuerruder am Schifflein Petri dem Kardinal-Staatssekretär Antonelli und fiel zuletzt ganz in die Hände der Jesuiten. Die Verfolgung der Republikaner wurde aufs äußerste ausgedehnt; man zählte 1854 im Kirchenstaat 13,000 politische Gefangene und 19,000 politische Flüchtlinge. In Neapel füllte König Ferdinand II., vom Volke König Bomba genannt, die Gefängnisse und Galeeren mit den Gegnern seiner Despotie, politische Verurtheilte vornehmer Abkunft mit den gemeinsten Verbrechern zusammensperrend, stützte sich auf seine schweizerischen Söldner, war taub gegen die Mahnungen des Erdbebens von 1857, das 20,000

Häuser zerstörte und 10,000 Menschen verschüttete, taub gegen die Aufstände des Barons Ventivenga in Sicilien und des Obersten Pisacane und gegen den Mordversuch des Soldaten Milano und zog sich aus Scheu vor den Menschen meist in sein wohlverwahrtes Schloß Caserta oder nach Gaëta zurück. Während des Krimkriegs war er unpolitisch genug, seine Sympathie für Rußland an die große Glocke zu hängen und durch ein Ausfuhrverbot die Westmächte zu reizen. Die Briefe des englischen Staatsmannes Gladstone stellten sein Schreckenssystem an den Pranger von Europa und machten seine Dynastie in England zu einem Gegenstand des Abscheus.

Oestreich war, wenn es um seine italienische Herrschaft kämpfen mußte, auf sich selbst angewiesen. Die Bevölkerung der Lombardei und Venedigs wurde durch Militärdruck niedergehalten, die wohlhabenden Städter und der reiche Adel durch Polizeimaßregeln und Steueraufschlag aufgereizt, die Güter der Ausgewanderten mit Beschlag belegt und dadurch Konflikte mit Sardinien hervorgerufen, welches, da viele derselben in dessen Gebiet naturalisirt waren, gegen die Sequestrationen protestirte und dabei von den Westmächten unterstützt wurde. Die Reise des Kaisers Franz Josef und seiner Gemahlin, Elisabeth von Baiern, und ihr längerer Aufenthalt in Mailand, im Winter 1856, änderte trotz der Aufhebung der Güter-Sequestration und trotz der Amnestie in dem Verhältniß zwischen Regierung und Volk nicht das Geringste. Eine Versöhnung war schlechterdings unmöglich; diese ewigen Reibungen, diese fortwährenden Scharmützel, dieser geheime Krieg konnte nur mit der Vernichtung des einen Theiles enden. Daran arbeitete Sardinien aus allen Kräften und wurde dabei von einer kriegslustigen Presse, von den Agitationen Mazzinis und Garibaldis und von dem über ganz Italien verbreiteten Nationalverein unterstützt.

Unter den trostlosen Zuständen einer rachsüchtigen Reaktion und gehaßten Fremdherrschaft bildete die sardinische Regierung eine Oase. König Viktor Emanuel hatte ein Herz für Italiens Größe, und seine Politik war der östreichischen in allem schnurstracks entgegengesetzt. Er führte die Verfassung in freiheitlichem Sinne fort, nahm alle flüchtigen Patrioten Italiens in seinem Staate auf und brach vollständig mit den ultramontanen Ideen, unbekümmert um das Grollen Roms und seiner Bischöfe. Seine Regierung, von Cavour mit Einsicht und Kühnheit geleitet, galt als der Hort aller liberalen Be-

strebungen, seine Dynastie, obgleich aus dem französischen Savoyen abstammend, durch hundertjährige Einbürgerung als die einzige nationale auf der ganzen Halbinsel. Obgleich ein Staat von kaum 5 Millionen Einwohnern, war Sardinien doch mächtig; denn ganz Italien stand hinter ihm. Nicht zum erstenmal hegte es Vergrößerungs- und Nationalitätsplane. Schon im Anfang dieses Jahrhunderts vertheidigten die sardinischen Staatsmänner in London und Petersburg den Satz von der Nothwendigkeit des Ausschlusses Oestreichs aus Oberitalien und der Errichtung eines starken norditalienischen Königreichs. Der sardinische Gesandte am russischen Hof, Josef de Maistre, schrieb schon 1814: „Es gibt für das Haus Savoyen kein höheres Interesse — und dasselbe hat ganz Italien — als daß Oestreich auf der Halbinsel nicht eine Handbreit Landes besitze. Der König muß sich zum Haupt der Italiener machen, er muß in alle Civil- und Militärposten selbst seiner Residenz sogar Revolutionäre berufen.“ Er kannte keine andere Wahl für Sardinien, als entweder von Oestreich sich verschlingen zu lassen oder Oestreich aus Italien hinauszujagen und sich an seine Stelle zu setzen. Wenn die Erreichung dieses Zieles bisher mißlang, so hatte dies seinen Grund darin, daß Sardinien mit dem nämlichen Regierungsprincip, welches Oestreich hatte, dieses überwältigen zu können wähnte. Und doch war ein Gelingen nur möglich, wenn Sardinien sein Staatswesen von Grund aus reformirte, dem Stabilitätsprincip Oestreichs das der freiesten Volksentwicklung entgegensetzte und ganz Italien zum klaren Bewußtsein brachte, daß der neue Krieg kein sardinischer, sondern ein italienischer, kein Kabinetskrieg, sondern ein Nationalitätskrieg, daß das Interesse des Hauses Savoyen und das Interesse Italiens eins und dasselbe sei. Erst Cavour schlug diese Richtung in der Politik ein; ohne einen Mann wie ihn wäre das Ziel unerreichbar gewesen. Für die Unabhängigkeit und Größe Italiens begeistert, besaß er ungemeinen Scharfsinn, die feinsten Plane zu entwerfen, auf mehrere Jahre hinaus die Wege vorzubereiten, und was die Mittel betraf, so war er zu sehr Italiener und Nachkomme Macchiavelli's, als daß er sich so leicht von Gewissensskrupeln beunruhigen ließ.

Aber bei all' dem wäre es selbst einem Cavour nicht möglich gewesen, auf die Kräfte Sardiniens allein angewiesen, den Kampf gegen Oestreich siegreich zu bestehen. Nur die damalige Isolirtheit Oestreichs und die Hilfe einer Großmacht konnte ihm den Sieg in

Aussicht stellen. Die Früchte des Krimkriegs kamen nun zur Reife; die sardinische Hilfe konnte nun verwerthet werden. Der Sympathien Englands, das einen fast krankhaften Haß gegen den König „Bomba“, gegen die päpstliche Regierung, gegen das ganze katholisch-absolute System in Italien zeigte, konnte man auch unter dem Toryministerium des Grafen Derby sicher sein. Rußland gerieth bei dem Gedanken an den ungarischen und den Krimkrieg in eine solche Wuth, daß es den Augenblick kaum erwarten konnte, wo auch Oestreich der Friede diktirt wurde. Obgleich sardinische Truppen vor Sebastopol gestanden waren, so kokettirte doch Rußland förmlich mit seiner sentimentalen Freundschaft für Sardinien. Die russische Großmacht und der sardinische Kleinstaat drückten einander bei einem Besuche der Kaiserin-Mutter in Nizza 1856 aufs zärtlichste die Hände, und der russischen Flotte wurde sogar der Hafen von Villafranca überlassen.

Doch wichtiger als dieser Gefühlsaustausch waren die Beziehungen zu Frankreich. Napoleon, in der Rolle des Siegers sich gefallend, seit dem Pariser Frieden der anerkannte Schiedsrichter Europa's, fand den östreichischen Einfluß in Italien unerträglich. Dieses Land, wo seit dem König Franz I. von Frankreich der habsburgische und der französische Einfluß sich bekämpften, wo der große Oheim seine ersten und herrlichsten Triumphe errungen hatte, betrachtete er vorzugsweise als eine Staatsdomäne von Frankreich. Den Verträgen von 1815 auch auf diesem Gebiet sein neues Staatsrecht entgegenzusetzen, war sein erklärter Wunsch, und mit der Besetzung Roms 1849 war ein Anfang dazu schon gemacht. Was konnte ihm gelegener sein als eine Allianz mit Sardinien, das durch die Eroberung Mailands und Venedigs groß genug werden sollte, um einen Damm gegen Oestreich zu bilden, und doch noch so klein bleiben sollte, daß es der Hilfe Frankreichs stets bedurfte! Dieses norditalische Königreich dachte er dann mit den übrigen Staaten der Halbinsel zu einem italienischen Bund, ähnlich dem ohnmächtigen deutschen Bund, zu vereinigen, und durch die Stimme seines Schützlings in demselben die Rolle eines Protektors zu spielen.

Ein unerwartetes Ereigniß beschleunigte die Zeitigung dieser Plane. Als Napoleon am Abend des 14. Januars 1858 mit seiner Gemahlin in die Oper fuhr, wurden Handgranaten gegen seinen Wagen geschleudert, wodurch eine Menge von Personen getödtet oder verwundet, das Kaiserpaar nur leicht verletzt wurde. Es war die

verzweifelte That Felix Orsini's, welcher Mitglied der konstituirenden Versammlung in Rom, dann Gefangener in Mantua gewesen war und nach seiner Flucht von dort in England sich mit drei anderen Flüchtlingen, Pieri, Rudio und Gomez, verbunden hatte, um Napoleon zu ermorden. An diesem sollte Rache genommen werden dafür, daß er, der 1831 in den Carbonaribund aufgenommen war, die römische Republik gestürzt hatte und die Schatten seines napoleonischen Despotismus über den ganzen Erdtheil werfen wollte. Seine Person schien der Mazzinischen Partei das Haupthinderniß der italienischen Unabhängigkeit zu sein, und darum sollte er fallen. Beim Verhör erklärte Orsini, daß er früher Napoleon für den künftigen Retter Italiens gehalten habe, und richtete zwei Schreiben an ihn, worin er ihn erinnerte, daß „Italiens Söhne ihr Blut für seinen Oheim vergossen", und mit den Worten schloß: „Befreien Sie mein Vaterland, und der Segen von 25 Millionen Bürgern wird Ihnen auf die Nachwelt folgen!" Orsini und Pieri wurden hingerichtet, die andern deportirt. Wegen eines fünften Verschworenen, des Franzosen Bernard, welcher in England zurückgeblieben war, kam es beinahe zum Bruch zwischen Frankreich und England, als jener vom englischen Schwurgericht freigesprochen wurde. Da aber England in Ostindien beschäftigt war und Napoleon seinen italienischen Krieg vorhatte, so war eine Aussöhnung im Interesse der beiden Staaten. Dieselbe wurde durch die persönliche Theilnahme der Königin Viktoria an der Hafeneinweihung zu Cherbourg (5. August 1858), äußerlich wenigstens, besiegelt. Nun gieng es rasch an die Ausführung des Orsini'schen „Testaments". Im Juli 1858 fand die Zusammenkunft Napoleons und Cavours im Badeort Plombières statt, wobei die Plane hinsichtlich Italiens festgestellt und die Vertragsbestimmungen verabredet wurden. Auf dem Rückweg machte Cavour dem in Baden-Baden verweilenden Prinz-Regenten Wilhelm von Preußen einen Besuch, um sich Preußens Neutralität für den bevorstehenden Krieg mit Oestreich zu versichern, und der Prinz äußerte sich nachher über ihn: „Aber er ist ja gar nicht so revolutionär, als man von ihm sagt!" Bald darauf schickte Cavour den Marchese Pepoli an den preußischen Ministerpräsidenten, Fürsten von Hohenzollern, nach Düsseldorf, um für eine wohlwollende Neutralität zu wirken, die um so mehr geboten sei, da Preußen früher oder später in die nämliche nationale Strömung hineingerissen würde, in welcher Sardinien sich

jetzt befinde; denn für Preußen sei Olmütz, was für Sardinien Novara.

Die am 30. Januar vollzogene Vermählung der ältesten Tochter Viktor Emanuels, der Prinzessin Klotilde, mit dem Prinzen Napoleon Bonaparte, dem Sohne Jerome's, bildete einen Theil des Programms von Plombières und sollte das neue Bündniß durch ein verwandtschaftliches Band noch enger knüpfen. Wenige Wochen vorher äußerte Napoleon am Neujahrstag 1859 bei der Gratulationscour in den Tuilerien zu dem östreichischen Gesandten, Baron Hübner: „Ich bedaure, daß unsere Beziehungen nicht so gut sind, als ich sie zu sehen wünsche; aber ich bitte Sie, dem Kaiser zu melden, daß meine persönlichen Gefühle für ihn immer die nämlichen sind.“ Viktor Emanuel drückte sich bei Eröffnung der sardinischen Kammern am 10. Januar noch deutlicher aus, indem er sagte, daß er „trotz aller Achtung vor den Verträgen nicht unempfindlich sein könne für den Schmerzensschrei, der aus so vielen Theilen Italiens zu ihm töne“. In der Presse der beiden Staaten wurde viel von der „Berechtigung der Nationalitäten“ und von der „Revision der Verträge“ gesprochen. Oestreich verstand diese Sprache und rüstete sich zum Krieg. Erzherzog Maximilian, der Bruder des Kaisers, welcher als General-Gouverneur des lombardisch-venetianischen Königreichs die Härte der Fremdherrschaft möglichst zu mildern suchte, wurde abberufen, das Land unter das Kriegsgesetz gestellt, Truppen über Truppen nach Oberitalien geschickt. Auch Sardinien ließ es an Rüstungen nicht fehlen, und Frankreich hielt seine kriegstüchtigsten Truppen in Algerien zur Einschiffung bereit. Die Diplomatie suchte die Schwerter noch in der Scheide zu halten. Aber vergebens reiste der englische Gesandte in Paris, Lord Cowley, nach Wien und sprach von Koncessionen; vergebens schlug Rußland einen Kongreß der Großmächte vor, auf welchem die italienische Frage entschieden werden sollte. Oestreich wußte recht wohl, zu wessen Gunsten die Sache entschieden würde, und zog eine rasche Entscheidung durch die Waffen einem Friedenszustande vor, bei dem es finanziell zu Grunde gehen mußte, und nur seine Gegner, die noch nicht vollständig gerüstet waren, gewannen. Daher übergab es am 23. April in Turin in einem Ultimatum die Erklärung, daß es den Krieg beginnen werde, wenn die sardinische Armee nicht innerhalb drei Tage entwaffnet sei. Am 25. April kam eine ablehnende Antwort, und am folgen-

den Tage ließ Napoleon durch seinen Gesandten in Wien eröffnen, daß er den Uebergang der Oestreicher über den Ticino als eine Kriegserklärung an Frankreich ansehe.

Die Oestreicher giengen am 29. April über den Ticino, und damit war der Krieg eröffnet. Aber es wurden auf ihrer Seite gleich anfangs Fehler um Fehler gemacht. Radetzky, der Sieger von Novara, war seit dem vorigen Jahre todt. An seine Stelle wurde Graf Franz Gyulai zum Oberfeldherrn ernannt, der außer seinem alten, ungarischen Adel nichts aufzuweisen hatte, was ihn vor gewöhnlichen Menschenkindern auszeichnete. Man konnte es im Interesse Oestreichs schon tadeln, daß es nicht die Strategie Friedrichs des Großen vom Jahr 1756 nachahmte und nicht, sobald es von der „Verschwörung von Plombières“ Kunde hatte, mitten im Winter in Sardinien einbrach und den Feind vernichtete, bevor auch nur ein einziger Franzose im Lande war. Nachdem es sich zu solcher Kühnheit nicht hatte aufschwingen können, war es Sache des Oberfeldherrn, rasch auf Turin loszugehen, an Truppen und Kriegsmaterial zu vernichten, was ihm in die Hände fiel, die Straßen nach Savoyen und Genua zu besetzen und die französischen Heeresabtheilungen, wie sie einzeln ankamen, zu schlagen und ins Gebirge und auf ihre Schiffe zurückzuwerfen. Statt dessen besetzte Gyulai den zwischen Ticino und Sesia gelegenen fruchtbaren Landstrich, die Lomellina, und glaubte damit ein Pfand in der Hand zu haben, bei dessen Besitz er, wie bei einem gerichtlichen Prozeß, dem weiteren Verlauf der Dinge ruhig zusehen könne. Inzwischen marschirten die Franzosen über den Mont Cénis und Mont Genèvre, der größere Theil kam zur See in Genua an, darunter Napoleon selbst mit seinen berühmtesten Generalen, Canrobert, Mac Mahon, Niel. Obgleich mehr Theoretiker im Kriegswesen, übernahm Napoleon den Oberbefehl über die französisch-sardinische Armee. Um endlich über die Stellung des Feindes sich zu orientiren, ordnete Gyulai eine größere Recognoscirung an, welche zu dem Gefecht bei Montebello (20. Mai) Anlaß gab, das zum Nachtheil der Oestreicher ausfiel. Auf dies hin lenkte er seine Aufmerksamkeit auf seinen linken Flügel, während die Verbündeten am 30. und 31. Mai über seinen rechten Flügel bei Palestro siegten und Garibaldi mit seinen Alpenjägern im Norden der Lombardei vordrang, Como besetzte und Mailand bedrohte.

Nun konnte sich Gyulai nicht mehr halten, mußte sein Pfand

zurückgeben und am 1. Juni bei Pavia über den Ticino zurückgehen. Die Verbündeten folgten ihm rasch, eine Zeitlang war Napoleon mit seiner Garde an der Brücke von Buffalora in großer Gefahr, aber das wenn auch verspätete Eintreffen Mac Mahons entschied die Schlacht bei Magenta (4. Juni) zu Gunsten der Verbündeten. (In Folge dessen erhielt der General den Titel eines Herzogs von Magenta.) Heldenmüthig kämpften die östreichischen Soldaten; aber in der Oberleitung war keine Einheit; niemand wußte, wer Feldherr war; die einzelnen Corpsführer waren sich selbst überlassen. Mit dieser Niederlage war der Verlust der Lombardei entschieden. Gyulai gab Mailand und die anderen Städte auf, ließ die Festungswerke von Pavia und Piacenza sprengen, rief die östreichischen Besatzungen aus allen Städten des Kirchenstaats ab und zog sich mit seinem ganzen Heere über den Mincio zurück, um durch das Festungsviereck gedeckt zu sein. Napoleon und Viktor Emanuel hielten am 8. Juni unter dem Jubel der Bevölkerung ihren Einzug in Mailand, und jener erklärte in einer Proklamation an die Italiener, daß er nicht aus selbstsüchtigen Gründen, sondern nur zur Befreiung Italiens gekommen sei. Mit dem Abzug der Oestreicher erhob sich in Mittelitalien die Revolution. Der Herzog Franz von Modena, die Herzogin Luise von Parma mit ihrem minderjährigen Sohne Robert und der Großherzog Leopold von Toskana mußten ihre Staaten verlassen, in Oestreich und in der Schweiz Schutz suchen, und hinter ihnen wurden provisorische Regierungen errichtet und der Anschluß an Sardinien verkündigt. In Bologna mußte der päpstliche Legat zugleich mit den Oestreichern abziehen, und die Bevölkerung proklamirte die Diktatur Viktor Emanuels. Auch andere Städte des Kirchenstaats fielen ab; nur die blutige Erstürmung Perugia's durch die Schweizertruppen hielt noch einige im Zaum.

Um den Muth der Truppen zu beleben und die Einheit des Oberbefehls herzustellen, begab sich Kaiser Franz Josef selbst zur Armee und übernahm das Kommando. Alles brannte vor Ungeduld, die Niederlage von Magenta zu rächen. Daher beschloß der Kaiser, sich nicht in der Defensive zu halten und es auf einen langwierigen Festungskrieg ankommen zu lassen, sondern selbst den Feind anzugreifen. Zwischen den Flüssen Mincio und Chiese war das östreichische Heer in einem Halbkreis aufgestellt, um von drei Seiten concentrisch gegen den Feind anzurücken. Die Linie war zu lang,

gegen vier Stunden ausgedehnt und das Centrum dadurch zu schwach, nicht gehörig mit Reservetruppen versehen. Eine Anhöhe bei dem Dorfe Solferino bildete den Mittelpunkt des Centrums. Napoleon, von allen Anordnungen des Gegners vollständig unterrichtet, ließ sich nicht überraschen und richtete am 24. Juni seinen Hauptangriff gegen das schwache Centrum der Oestreicher. Die Franzosen, welche durch ihre gezogenen, auf weite Entfernung hin treffenden Kanonen im Vortheil waren, erstürmten mehrmals die Höhe von Solferino, wurden jedesmal wieder zurückgeschlagen, blieben aber gegen vier Uhr Abends Herren derselben, als eben ein furchtbares Gewitter ausbrach, welches dem Kampfe auf den meisten Punkten ein Ende machte. Die Oestreicher zogen sich in guter Ordnung über den Mincio zurück, während General Benedek auf ihrem rechten Flügel, nachdem er bei San Martino zweimal die Sardinier zurückgeschlagen hatte, den Kampf noch bis gegen acht Uhr Abends fortsetzte. Auf Seiten der Verbündeten hatte sich General Niel, welcher dem linken Flügel der Oestreicher gegenüberstand, am meisten ausgezeichnet und hätte die Verluste derselben noch bedeutend vermehrt, wenn er von General Canrobert rechtzeitig unterstützt worden wäre. Die Oestreicher verloren 25,000 Mann an Todten und Verwundeten, 6000 Gefangene und 30 Kanonen; die Franzosen hatten einen Verlust von 15,000 Mann an Todten und Verwundeten, die Sardinier einen solchen von 5000 Mann und von 3000 Gefangenen. Einen Theil der Schuld an dieser Katastrophe hatte die schlechte Armeeverwaltung, bei welcher Beispiele von schändlicher Nachläßigkeit und Unterschleif vorkamen. Ungeheure Vorräthe an Schlachtvieh, Brot und Wein waren in Anrechnung gebracht, aber nie abgeliefert, so daß die armen Soldaten Tage lang hungern mußten und erschöpft in die Schlacht giengen. Kam ja der fast unglaubliche Fall vor, daß, als zur Zurückeroberung der verlorenen Stellung der Kaiser Franz Josef den Befehl gab, die Reserveartillerie ins Feuer zu bringen, die Antwort kam, dieselbe sei mit einer Kavalleriedivision schon seit ein paar Stunden nach dem Mincio abmarschirt. Aber nicht bloß der östreichischen Heeresleitung fehlte es vollständig an Intelligenz und Strategie, sondern auch die französischen Generale hatten in diesen Tagen kaum einen einzigen Beweis von strategischem Genie gegeben, und Napoleon selbst verdankte seine Siege mehr dem Zufall als dem Scharfsinn seiner Berechnungen. Diese Verhältnisse wurden im

preußischen Generalstab, wo die Kriegskunst nicht bloß als Gegenstand der Routine und der mechanischen Fertigkeit, sondern zugleich als Wissenschaft betrieben wurde, genau beobachtet, und man gieng hier mit eisernem Fleiß, aber auch mit Ruhe, den Jahren 1866 und 1870 entgegen.

Die Verbündeten zogen den Oestreichern nach, giengen am 28. Juni über den Mincio und verstärkten sich durch das Corps des Prinzen Napoleon, das dieser, nach seiner Landung in Livorno, in Toskana gesammelt hatte, zunächst zu dem Zwecke, in diesem schönen Lande für einen französischen Prinzen Sympathien hervorzurufen. Da sich aber für diesen Prinzen durchaus keine zeigen wollten, so gieng er über den Po. Eine französische Flotte erschien vor Venedig, und so erwartete ganz Europa die weitere Entwicklung des Krieges, in welchem die Oestreicher von zwei Seiten, von Westen und von Süden, angegriffen würden. Um so mehr wurde es durch die Nachricht überrascht, daß in Villafranca am 8. Juli ein Waffenstillstand geschlossen und am 11. Juli bei einer persönlichen Zusammenkunft Franz Josefs und Napoleons die Friedenspräliminarien bereits verabredet seien. Man wußte nicht, über wen man sich mehr wundern sollte, über Franz Josef, daß er nach einer Niederlage, die den Feind selbst auch sehr geschwächt hatte, schon den Kampfpreis bezahlte, oder über Napoleon, daß er seinem Programm: „Italien frei bis zur Adria!“ untreu wurde und nach zwei glänzenden Siegen anstatt nur mit dem Ganzen, auch mit der Hälfte sich begnügte. Und doch lagen die Gründe für das Verhalten beider Monarchen ziemlich klar vor. Napoleon brauchte für seinen militärischen Ruhm keine weiteren Kämpfe, dagegen hatten die bisherigen die Reihen seiner besten Truppen furchtbar gelichtet, und während für ihn die Verstärkung und Versorgung des Heeres immer schwieriger wurde, wurde sie für das östreichische Heer, das sich seinen Reserven näherte, immer leichter. Zudem begann jetzt eine ganz andere Art von Krieg, bei welcher das ungestüme Losstürzen und Dreinschlagen der Zuaven nicht von so großem Gewicht war. Die Belagerung des Festungsvierecks wäre, was Schwierigkeit und Hartnäckigkeit des Unternehmens betrifft, sicherlich ein würdiges Seitenstück zu der von Sebastopol gewesen. Zu gewinnen war da nimmer viel, jedenfalls nicht schnell, wohl aber viel zu verlieren. Auch war die Entwicklung der italienischen Sache nicht ganz nach Napoleons Geschmack. Daß Sardinien

die ganze Halbinsel an sich reiße und zu einem Staate anwachse, der weder einen Protektor noch einen Mentor brauche, war in Plombières nicht ausgemacht worden, und doch lief nun alles darauf hinaus. Die damaligen Verabredungen bezogen sich auf die Lombardei, Venetien, Parma, Modena und nicht auf weiteres; die anderen vakant gewordenen und werdenden Throne wollte Napoleon mit seinen Vettern Mürat und Napoleon besetzen, was freilich für Italien ein Tausch von sehr zweifelhaftem Werth gewesen wäre. Somit schien ihm Sardinien durch den Besitz der Lombardei, voraussichtlich auch der Herzogthümer, schon mächtig genug zu sein, und das französische Interesse verlangte nach seiner Ansicht, daß der Cavour'schen Lawine vorerst Halt geboten werde. Freilich ist es auch für einen Kaiser eine schwierige Sache, mit Lawinen wie mit Bataillonen reden zu wollen.

Andere beachtenswerthe Gründe lagen in Deutschland. Hier hatte das Vorgehen Frankreichs und die Bedrängniß des deutschen Kaiserstaates große Aufregung verursacht. In Süddeutschland verlangte man eine offene Unterstützung Oestreichs, sprach sogar von einem Heereszug nach Paris. In Berlin herrschte eine ziemlich kühlere Temperatur. Dort hatte Franz Josef schon einigemal bei dem Prinzregenten angeklopft, die Allianz Preußens gefordert und den Satz aufgestellt, daß es sich Napoleon gegenüber nicht bloß um den Po, sondern in noch weit höherem Grade um den Rhein handle, daß also Preußen keine andere Wahl habe, als entweder mit Oestreich und dem übrigen Deutschland vereint unter günstigen Aussichten über Frankreich herzufallen oder, nach einer etwaigen Besiegung Oestreichs, das nächste Objekt eines napoleonischen Krieges zu bilden und gerade so isolirt wie jetzt Oestreich dazustehen. Auch bei dem Neffen gelte der Grundsatz des Oheims: l'un après l'autre. Zuerst habe Rußland herhalten müssen, dann Oestreich, und nach diesem werde es an Preußen und wohl auch noch an England kommen. Dies sei so gewiß, als daß auf ein Jahr 1805 (Austerlitz) das Jahr 1806 (Jena) gekommen sei. Dann erst sei Leipzig und Waterloo gerächt und der neue Cäsar befriedigt. Bei der Undurchdringlichkeit seiner Plane, der Offenkundigkeit seines Ehrgeizes und dem schon mehrmals bethätigten Bestreben, seinen Oheim zu kopiren, hatten diese politischen Sätze und Prophezeiungen einiges Bestechende. Die Antwort Preußens fiel nicht gerade ablehnend aus, aber die Politik

der „freien Hand“, welche so sehr betont wurde, war auch keine Zusage und gab den schlimmsten Hintergedanken Raum. Jedenfalls war es für Deutschland gut, sich zu rüsten. Preußen machte sein ganzes Heer mobil, beantragte am Bund die Aufstellung des 7. und 8. Armeecorps am Oberrhein und verlangte den Oberbefehl über die sämtlichen Streitkräfte Deutschlands. Es schien entschlossen, für Oestreichs italienischen Besitzstand unter gewissen Bedingungen einzutreten zu wollen, aber nicht als mittelalterlicher Vasall, sondern als europäische und deutsche Großmacht. Die Bedingungen waren in Deutschland zu suchen, wo das Berliner Kabinet, das sich aus der Schmach von Olmütz mit einem kräftigen Schlage herausarbeiten wollte, eine erhöhte Machtstellung und eine straffere Bundeskriegsverfassung forderte. Oestreich handelte nach dem Grundsatz, den ein östreichischer Minister im ersten schlesischen Kriege 1741 ausgesprochen hatte: „man müsse lieber alle italienischen Besitzungen dem Könige von Sardinien abtreten als einen Fuß breit Land an Preußen.“ Man glaubte in Oestreich, daß die preußischen Hegemoniegelüste, welche Schwarzenbergs hochfahrende Politik niedergedrückt hatte, eine Gelegenheit suchten, mit frischer Naturgewalt wieder hervorzubrechen, daher man, um den Rivalen in die alten Grenzen der Bescheidenheit zurückzuwerfen, in Italien zu Koncessionen sich bereit zeigte. Hatte ja Oestreich sogar den Oberbefehl beanstandet und dem Prinzregenten zugemuthet, das Amt eines Bundesfeldherrn, der vom Bundeskriegsrath in Frankfurt abhängig sei, zu übernehmen, statt daß er als Regent von Preußen die oberste Leitung des Krieges allein in seiner Hand habe. Die Schroffheit der Gegensätze trat aufs entschiedenste hervor.

Um so leichteres Spiel hatte Napoleon, als er in Villafranca den Kaiser Franz Josef für einen raschen Frieden gewinnen wollte. Indem er auf die preußischen Plane hinwies und ihn, für den Fall, daß er den Krieg in Italien fortsetzen wolle, auf die Gefahr aufmerksam machte, daß Preußen seine Verlegenheiten benützen, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten unterwerfen, sich selbst an die Spitze Deutschlands stellen und Oestreich aus demselben hinausdrücken werde, hatte er, zumal er die französischen Farben sehr stark auftrug, seinen Gegner matt gemacht und das Schachspiel gewonnen. Es war freilich eine Perfidie ohne Gleichen, wenn Napoleon eine solche Sprache führte; denn er war es, der schon 1851 dem König Friedrich Wil-

helm durch Herrn von Persigny eine französisch-preußische Allianz antrug, um zu Gunsten Frankreichs die Oestreicher aus Italien hinauszutreiben und nach den Wünschen Preußens Deutschland in nationalem Sinn zu konstituiren, und er war es, der im Februar 1859 Preußen die Erwerbung von Holstein, Hannover, Kurhessen und ebendamit die Hegemonie in Deutschland anbot, falls Preußen ihn in dem italienischen Kriege unterstütze. Beidemal erfolgte eine abweisende Antwort. Franz Josef schenkte den Einflüsterungen Napoleons Gehör und willigte ein, die Lombardei, mit Ausnahme der Festungen Mantua und Peschiera, an Frankreich abzutreten, das sie dann an Sardinien übergeben wollte, aus Italien einen Staatenbund unter dem Ehrenvorsitz des Papstes, welcher um Einführung von Reformen im Kirchenstaat zu ersuchen sei, zu bilden und die Wiedereinsetzung der Fürsten von Toskana und Modena an die Bedingung ihrer förmlichen Zurückberufung durch ihre Unterthanen und der Nichtintervention einer fremden Macht zu knüpfen. Was vorläufig in diesen Präliminarien von Villafranca ausgemacht war, wurde am 10. November 1859 durch den Züricher Frieden bestätigt und dadurch der östreichische Einfluß in Italien beseitigt. Wenn Oestreich auch Venedig und einen kleinen Theil der Lombardei noch behielt, so machte doch das übrige Italien so rasche Fortschritte in der Einigung, daß es bei der nächsten Gelegenheit auch jene Gebiete als sein Eigenthum zurückfordern konnte.

Mit der Ausführung derjenigen Bestimmungen des Züricher Friedens, welche mehr im Sinne Oestreichs waren, beeilten sich die Italiener nicht. Sie wollten von der Kleinstaaterei nichts mehr wissen, wollten keinen Bundesstaat, geschweige einen Staatenbund, sondern einen Einheitsstaat, und versprachen sich wenig Gutes von dem Präsidium des Papstes, dessen Regierung ja im eigenen Lande eine wahre Monstrosität war. Sie grollten Napoleon, daß er sie nicht bis zur Adria geführt habe. Um so begieriger griffen sie nun in Mittel- und Unteritalien zu. Die Nationalversammlung in Bologna erklärte am 6. Sept. 1859, daß der ganze nördliche Theil des Kirchenstaates, die sogenannte Emilia, nicht mehr unter die Herrschaft des Papstes zurückkehre, sondern an Sardinien sich anschließe. Viktor Emanuel nahm das Anerbieten an, und Napoleon forderte den Papst auf, freiwillig auf diese Provinzen zu verzichten. Dieser wies die Zumuthung zurück. Die französische Schrift: „Der Papst

und der Kongreß", bei deren Redaktion Napoleon selbst betheiligt war, stellte noch weitere Abtretungen in Aussicht; denn sie stellte den Satz auf, daß der Papst um so mehr Papst sein könne, je weniger Land er zu regieren habe. Durch die Volksabstimmung im März 1860 sprach sich auch Toskana, Modena und Parma für den Anschluß an Sardinien aus, und um das Wort Napoleons, daß er nicht wegen einer Gebietsvergrößerung, sondern für eine „Idee" das Schwert ziehe, Lügen zu strafen, wurde auch in Savoyen, dem Stammland der Dynastie Viktor Emanuels, und in Nizza eine Volksabstimmung in Scene gesetzt, deren Resultat die Welt glauben machen wollte, daß die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung den Anschluß an Frankreich wünsche. Die Annectirung dieser beiden Provinzen war eine der Bedingungen Napoleons in Plombières.

Bei diesen Fortschritten der nationalen Partei konnte Neapel und Sicilien nicht ruhig bleiben. Ferdinand II. war dort am 22. Mai 1859 gestorben und hinterließ die Regierung seinem unerfahrenen, von der Königin Mutter und der Kamarilla am Gängelband geleiteten Sohne Franz II. Zu einer Zeit, wo ganz Italien einem Vesuv glich, wurde in Neapel der Absolutismus als das Völker beglückende System beibehalten und alle Rathschläge und Warnungen des englischen und französischen Gesandten verworfen. Um so günstiger war der Boden für die Wühlereien der Mazzinisten, welche es auch dahin brachten, daß gerade diejenigen Truppen, auf welche allein der König sich verlassen konnte, die Schweizersöldner, damals, wo er sie am nothwendigsten brauchte, entlassen wurden. Im April 1860 fanden Aufstände in Palermo und Messina statt, die schnell wieder unterdrückt wurden. Aber am 6. Mai schiffte sich Garibaldi mit mehr als 1000 Freiwilligen in Genua unter den Augen der Behörden ein. Gelang sein Unternehmen, so wurde das Resultat desselben von der sardinischen Regierung angenommen; mißlang es, so wurde es desavouirt. Am 11. Mai landete er unter dem Schutz zweier englischen Korvetten bei Marsala an der Westküste Siciliens, brachte seine Mannschaft durch die Zuzüge von der Insel schnell auf 4000 Mann, erließ eine Proklamation, in welcher er die Diktatur über Sicilien im Namen Viktor Emanuels, des „Königs von Italien", übernahm, und stand am 27. Mai vor den Thoren von Palermo. In wenigen Stunden war die eine Hälfte der Stadt genommen; doch wurde sie von dem neapolitanischen General Lanza,

der 25,000 Mann unter sich hatte, bombardirt und zum Theil in einen Trümmerhaufen verwandelt. Zuletzt mußte Lanza, der die ganze Bevölkerung gegen sich hatte, kapituliren und nach Neapel sich einschiffen (6. Juni). Wenige Wochen darauf ergab sich auch Messina, und die ganze Insel war frei. Sofort segelte Garibaldi mit 5000 Mann über die Meerenge, in welcher die neapolitanische Flotte kreuzte, und landete glücklich auf dem Festlande. Nirgends fand er Widerstand. Alle Besatzungen ergaben sich; die alten Behörden lösten sich auf; alles gieng zu ihm über; sein Zug über Reggio, Cosenza und Salerno war ein Triumphzug, und am 7. September langte er mit einem Extrazug, fast ohne militärisches Gefolge, mit der rothen Bluse und dem Filzhut, in Neapel an, von dem Volke mit ungeheurer Begeisterung empfangen. Den Tag vorher hatte Franz II. seine Hauptstadt verlassen und sich nach Gaëta eingeschifft. Seine Armee, etwa 40,000 Mann stark, verlegte er hinter den Volturno in die Gegend von Kapua. Er hatte sich zu spät zum Nachgeben entschlossen, nach der Uebergabe Palermo's die Verfassung von 1848 wiederhergestellt, ein liberales Ministerium berufen und Sardinien seine Allianz angetragen. Diese Nothbehelfe hatten sich gerade in Neapel schon zu oft wiederholt, als daß sie irgend welchen Glauben gefunden hätten, und so war ihm nichts anderes übrig geblieben, als vor der Revolution sich in seine Festungen zurückzuziehen.

Garibaldi übernahm nun auch die Diktatur von Neapel und hegte den Plan, nach Besiegung der königlichen Truppen im Kirchenstaat einzurücken und in Rom auf dem Kapitolium zum zweitenmal seine Fahne aufzupflanzen. Er proklamirte daher die Annexion Neapels und Siciliens an Sardinien noch nicht, sondern hatte sich, wie er erklärte, in den Kopf gesetzt, „vom Quirinal aus“ das Königreich Italien zu verkündigen. Dadurch kam nicht bloß der Papst und die katholische Welt, sondern auch Napoleon in Aufregung. Im Kirchenstaat war alles zum Abfall reif; wo nicht französische Truppen standen, hörte das päpstliche Regiment auf, und doch wollte dieses von einer Vermittlung nichts wissen und vertraute auf die Wirkung seines Bannstrahls gegen die Räuber der Kirche Petri, als ob man in dem Zeitalter der Gregor und Innocens lebte, nicht in einem Jahrhundert, das solche Dinge nur mit dem Auge eines Antiquitätensammlers ansieht. In allen Ländern wurde der Klerus aufgefordert, für den „Peterspfennig“ zu agitiren und junge Leute zum

Eintritt in die neu zu organisirende päpstliche Armee zu bewegen. An die Spitze derselben wurde der Freund des Kriegsministers Merode, der französische General Lamoricière, gestellt. Aber das Unmögliche zu leisten war auch ihm nicht möglich. Napoleon wollte um jeden Preis Garibaldi die Gewalt entwinden, da er hinter ihm Mazzini und die republikanische Partei vermuthete, welcher er, wenn sie in den Besitz von Rom kam, das Schlimmste zutraute. Daher ließ er auf seiner Reise durch Savoyen Viktor Emanuel sagen, „er solle freie Hand haben, die Marken und Umbrien mit seinem Reiche zu vereinigen und mit seiner Armee in Neapel einzurücken, um daselbst statt der revolutionären Diktatur Garibaldi's ein geordnetes monarchisches Regiment einzurichten, wenn er nur Rom selbst und das sogenannte Patrimonium Petri, das die Franzosen besetzt halten würden, unangetastet lasse." Darauf besetzte der sardinische Kriegsminister Fanti Umbrien, und General Cialdini rückte in den Marken ein. Ihm stellte sich Lamoricière trotz seiner Minderzahl am 18. September bei Castelfidardo entgegen, mußte aber nach kurzem Gefecht der Uebermacht weichen, warf sich mit wenigen Begleitern nach Ankona und gab sich, zu Land und zur See angegriffen, am 29. September mit der ganzen Besatzung kriegsgefangen. Darauf erklärte sich eine Volksabstimmung in den Marken und Umbrien für den Anschluß an Viktor Emanuel.

Dieser traf am 9. Oktober in Ankona ein, übernahm den Oberbefehl über seine Truppen und zog nach Neapel. Dort stand noch Garibaldi, und es war diesem, obgleich er gegen 25,000 Mann unter sich hatte, noch nicht gelungen, die Volturnolinie zu sprengen oder die neapolitanische Armee zum Abfall zu bringen. Nach der Ankunft Viktor Emanuels hielt er mit ihm einen feierlichen Einzug in Neapel, legte, nachdem auch dort der Anschluß an Viktor Emanuel verkündigt war, seine Diktatur in dessen Hände und kehrte, jede Auszeichnung verschmähend, nach der Insel Caprera zurück. Viktor Emanuel drängte nun die neapolitanische Armee hinter den Garigliano in die Festung Gaëta. Dort hielt sich König Franz mit seiner Gemahlin, Maria von Baiern, drei Monate lang, die Festung mit Entschlossenheit vertheidigend. Als aber die französische Flotte, welche den Hafen besetzt gehalten hatte, abgerufen wurde, die dem König Viktor Emanuel jetzt gehorchende neapolitanische an ihre Stelle trat, Mangel an Lebensmitteln und Munition in der Festung eintrat, der Typhus

wüthete und nirgends sich ein Hoffnungsstern zeigte, da kapitulirte am 13. Februar 1861 König Franz, schiffte sich mit seiner Gemahlin auf einem französischen Schiffe nach Terracina ein und begab sich nach Rom, wo er vergebens kleinere Banden organisirte, um in Neapel die bourbonische Fahne zu erheben. Diese royalistischen Räuber kosteten ihn viel Geld, und die Schandthaten, welche sie ausübten, ließen bald die Glorie von Gaëta vergessen.

Am 18. Februar 1861 wurde das erste „italienische Parlament" von Viktor Emanuel in Turin eröffnet, und dieser nahm mit Zustimmung desselben den Titel „König von Italien" an. Wie gering erschien nun das, was Cavour bei dem Pariser Friedenskongreß gefordert, was Napoleon in Plombières zugegeben, was der Züricher Friede bestimmt hatte, gegen diese Resultate einer zweijährigen Anstrengung! Mit Ausnahme Venedigs und der zu Rom gehörigen Gebietstheile waren alle Provinzen Italiens, so verschiedenartig sie auch waren, zu einem Einheitsstaate vereinigt. Aber diese Einheit war denn doch mehr äußerlich, und es galt nun, sie auch innerlich herzustellen, sämtliche Theile zu einem unauflöslichen Ganzen zu verschmelzen. Dazu gehörte, daß man sich in den nächsten Jahren von allen weiteren Unternehmungen fern hielt und einige Friedensjahre mit Energie und Glück ausbeutete, um im Heerwesen, in den Finanzen, in der Civilverwaltung den alten bourbonischen Stall zu säubern und ein wohnliches Gebäude herzurichten. Auch diese Aufgabe, welche noch schwieriger war als die der Eroberung, griff Cavour mit Geschick an. Er hatte hier die tobenden Republikaner, dort den grollenden Napoleon zu versöhnen, welcher übel dazu sah, daß seine Lehre von dem Nationalitätsprincip und von dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen gegen seinen Willen durchgeführt war, und zuletzt noch blitzte und donnerte es in der Rüstkammer des Papstes, welcher für den, übrigens nicht sehr glücklichen, Cavour'schen Satz von der „freien Kirche im freien Staate" wenig Verständniß zeigte. Mitten in diesen zum Theil noch chaotischen Zuständen starb Graf Cavour am 6. Juni 1861, durch die Riesenarbeit aufgerieben. Sein Nachfolger Ricasoli, welcher Frankreich gegenüber eine reservirte Stellung annahm, folgte in der inneren Politik den Fußstapfen des großen Staatsmanns. Gegen das Brigantenwesen in Neapel schickte er den General Cialdini, welcher mit rücksichtsloser Energie einschritt und durch massenhafte Erschießungen Ruhe herstellte. Dieses selbständige Auftreten

war nicht nach Napoleons Geschmack. Ricasoli, welcher sich nicht zu einem französischen Präfekten hergeben wollte, mußte abtreten und Ratazzi Platz machen. Unter ihm sollten alle Parteien, die sich mitunter wieder scharf bekämpften, vereinigt und besonders die sogenannte Actionspartei, an deren Spitze Garibaldi stand, versöhnt werden. Er nahm die Reste der Freischaren, welche, nachdem sie ihre Schuldigkeit gethan hatten, mit auffallender Zurücksetzung behandelt worden waren, in die Armee auf und erklärte den Beschluß des Parlaments vom 27. März 1861, daß Rom die künftige Hauptstadt des Königreichs Italien sein sollte, als noch zu Recht bestehend. Dadurch wurde die Actionspartei und ganz Italien auf's neue in Flammen gesetzt. „Rom und Venedig!" riefen die Italianissimi, und nicht zufrieden damit, sprachen sie von der Eroberung des südlichen Tirols, Istriens und der dalmatinischen Küste. Garibaldi wollte sein Werk vollenden und zuerst mit der Lösung der für seine patriotische Ungeduld viel zu verwickelten römischen Frage anfangen. Er segelte nach Sicilien, sammelte gegen 3000 Freiwillige und landete in Kalabrien unter dem Rufe: „Rom oder den Tod!" Aber die Regierung, welcher von Napoleon ein absolutes Halt geboten war, erklärte in einer Proklamation sein Beginnen für strafbar und schickte den General Cialdini gegen ihn. Bei Aspromonte traf der Oberst Pallavicino am 28. August 1862 mit Garibaldi und dessen Freischaren zusammen, es entspann sich ein Gefecht; mehrere Freiwillige fielen, Garibaldi wurde am rechten Fußgelenk gefährlich verwundet und mußte sich mit seinen Leuten ergeben. Sie wurden bald darauf entlassen; Garibaldi, welcher eine Zeit lang in Todesgefahr schwebte, wurde von einem französischen Arzt in Pisa die Kugel aus der Wunde gezogen, und im December schiffte er wieder nach seiner Einsamkeit in Caprera zurück.

Die Regierung hatte gezeigt, daß sie Herr im eigenen Hause sei und sich von niemand, auch nicht von ihren edelsten Söhnen, zu Unbesonnenheiten drängen lasse. Es war daher Zeit, daß Frankreich einen Stein des Anstoßes entfernte und das Nichtinterventionsprincip, welches es anderen Mächten so gerne predigte, selbst auch befolgte. Die französische Besatzung in Rom war eine beständige Bedrohung und Bevormundung Italiens, und damit mußte es ein Ende nehmen. Der am 15. September 1864 zwischen Frankreich und Italien geschlossene Vertrag bestimmte, daß die französischen Truppen

längstens innerhalb zwei Jahre abziehen, Italien das dem Papst gehörige Gebiet nicht angreifen, gegen jeden Angriff von außen beschützen, einen Theil der römischen Staatsschuld übernehmen, auf Rom als Hauptstadt verzichten und seine Hauptstadt von Turin nach Florenz verlegen sollte. Diese Bestimmungen wurden eingehalten. Der König und das Parlament siedelten 1865 nach Florenz über, und am Schluß des Jahres 1866 befand sich kein französischer Soldat mehr in dem Gebiet des Patrimoniums Petri.

§. 20.

Außereuropäische Länder.

Nicht bloß in Italien, auch in Ostindien gab es eine Frage der Nationalitäten, und eine „Revision der Verträge" wäre auch dort sehr willkommen gewesen. Nur gezwungen ertrugen die Hindu's die Herrschaft eines so fremden Volksstammes, welcher eine andere Religion hatte und die ihrige so sehr verachtete. Daß eine Gesellschaft von Kaufleuten, die ostindische Kompagnie, ein Reich von 180 Millionen beherrschte und für ihre Handelsinteressen ausbeutete, war etwas in der Geschichte noch nie Vorgekommenes. Die englische Regierung hatte nur den Generalgouverneur und den Oberbefehlshaber zu erwählen; alle Verwaltungsbeamten wurden von den 12 Direktoren der ostindischen Kompagnie eingesetzt und von dem Gouverneur bestätigt; die Verwaltung selbst unterlag nur in den wichtigsten Angelegenheiten der Kontrole einer königlichen Kommission. Wo die Regierung als ein kaufmännisches Geschäft betrieben wurde, lag die Gefahr nahe, daß dieselbe nicht nach Recht, sondern nach Willkür, nicht zum Zweck der Förderung des Volkswohles, sondern zur Befriedigung der Habsucht geleitet werde. Die Bewohner Ostindiens gehören theils dem Brahmaismus theils dem Islam an; beide sahen in den Engländern und deren Missionären ihren gemeinschaftlichen Feind, von welchem sie eben damals mit großer Verachtung behandelt wurden, und verschworen sich miteinander zum Sturze desselben. Bald war auch die Armee dafür gewonnen, von welcher der bei weitem größere Theil aus Eingeborenen, den Sipahi's, bestand, die jedoch höchstens bis zum Hauptmannsrang aufsteigen konnten. Unter einer Armee von 250,000 Mann waren nur 30,000 Engländer, die übrigen alle Sipahi's und größtentheils für den Aufstand gewonnen. Die Tage der britischen Herrschaft schienen sich zu neigen;

der Machtstellung Englands drohte ein ungeheurer Stoß. Eine alte Prophezeiung wurde in Umlauf gesetzt, daß die Fremdherrschaft, welche gerade vor einem Jahrhundert durch die Siege Lord Clive's begründet worden war, nicht länger als ein Jahrhundert dauern werde.

Ein für abendländische Anschauung unbedeutender Umstand warf den Funken in die Pulverkammer. Bei den neuen Patronen, welche ausgetheilt wurden, waren die Kugeln mit Ochsen- oder Schweinefett eingerieben. Die Eingeborenen hielten dies für eine Mißachtung ihrer Religion, welche den Hindu's dieses, den Muhamedanern jenes zu berühren verbot. In Mirot, in der Nähe von Delhi, weigerten sich am 9. Mai 1857 einige Sipahi's, diese Fettkugeln anzunehmen. Sie wurden verhaftet, von ihren Kameraden befreit, die englischen Officiere mit ihren Frauen und Kindern niedergehauen. Zwei Tage darauf erhob sich die bedeutende Stadt Delhi. 150 Kanonen, ungeheure Kriegsvorräthe, 2 Millionen Pfund Sterling fielen in die Hände der Sipahi's. Der Aufstand ergriff ganz Nordindien, alle Garnisonsstädte des oberen Ganges. In der Person des 92jährigen ehemaligen Großmoguls Akbar wurde ein Schattenkaiser aufgestellt. Fürchterlich waren die Mißhandlungen, welchen die Engländer und ihre Familien ausgesetzt waren. Die bloße Ermordung genügte nicht; unter den ausgesuchtesten Martern wurden sie hingeschlachtet; „nicht eine Seele der verruchten Frengibrut sollte am Leben bleiben". Die Schreckensscenen von Cawnpore, wo Nana Sahib wüthete, gehören zu den gräßlichsten Bildern eines erbitterten Racenkampfes.

Zum Glück für die Engländer brach der Aufstand nicht überall zu gleicher Zeit aus, sondern beschränkte sich zunächst auf das Gebiet von Delhi und Audh. So gelang es ihnen, wie Napoleon in Italien, den Krieg zu „lokalisiren", keimende Aufstände zu ersticken und durch ein furchtbares Rachesystem Schrecken zu verbreiten und die Zaghaften im Gehorsam zu erhalten. England schickte einen Truppentransport um den anderen nach Ostindien, über 100,000 Mann, und von den eingeborenen Regimentern blieben ihnen die kriegerischen Sikhs, welche das Pendschab, und die Ghorka's, welche Theile des Himalaja-Gebirges bewohnten, treu. General Wilson eroberte nach dreimonatlicher Belagerung Delhi, General Havelock brachte dem in der Citadelle von Lucknow, der Hauptstadt von Audh, mit 400 Frauen und Kindern eingeschlossenen Lawrence Hilfe. Beide wurden von dem neuen Oberbefehlshaber Campbell, der von Kalkutta herbeieilte,

zu einer Zeit, wo die Lebensmittel auszugehen anfiengen, entsetzt. Zur Erstürmung der Stadt, welche von 50,000 Sipahi's vertheidigt wurde, hatte Campbell zu wenige Truppen, und erst nachdem er andere Siege errungen und aus Kalkutta Verstärkung erhalten hatte, eroberte er am 13. März 1858 nach dreitägigem Sturm Lucknow und ließ der Rache seiner Soldaten freien Lauf. Ueber die Aufständischen wurde strenges Gericht gehalten, viele Hunderte gehenkt oder an die Kanonen gebunden und „weggeblasen". Nana Sahib gelang es, zu entkommen; sein Gefährte Tantia Topi, einer der tüchtigsten Rebellenführer, wurde gefangen und starb am Galgen. Mit dem Jahre 1858 erlosch der Aufstand, bei welchem beide Theile in blutiger Grausamkeit mit einander wetteiferten. Die Mäßigung des Generalgouverneurs Lord Canning, eines Sohnes des berühmten Staatsmannes, konnte wieder zu ihrem Rechte kommen. In England sah man ein, daß die Aufgabe, ein so großes Reich zu regieren, über die Kräfte einer Privatgesellschaft gehe, daher das Parlament das Privilegium der ostindischen Kompagnie aufhob und beschloß, daß die englische Regierung die Herrschaft über Ostindien selbst in die Hand nehmen, einen besonderen Staatssekretär hiefür aufstellen und einen „Vicekönig" als Stellvertreter der Krone dahin schicken solle. Dadurch wurde Ostindien aus einer Handelsniederlassung zu einer englischen Provinz, und es fragte sich nun, ob die Bevölkerung durch den Tausch namhaft gewonnen habe.

Anderer Natur waren die Kämpfe in Nordamerika, wo die in stetem Fortschreiten begriffene Union (die Vereinigten Staaten) in zwei feindselige Lager sich spaltete und der Schauplatz eines mehrjährigen blutigen Bürgerkrieges wurde. Seit mehreren Jahrzehnten waren die Südstaaten gewohnt, der Union einen Präsidenten aus ihrer Mitte zu geben, alle bedeutenden Aemter mit ihren Leuten zu besetzen, im Kongreß die Gesetze zu diktiren. Denn diese Männer des Südens bildeten eine „kleine, aber mächtige Partei", welche es verstand, imponirend aufzutreten, Befehle zu ertheilen, das Land auszubeuten. Diese amerikanischen Junker waren, wie einst die römischen Großen, im Besitze von ausgedehnten Ländereien, welche sie zum Anbau von Tabak und Baumwolle, von Mais und Reis, zu Kaffee- und Zuckerplantagen benützten. Und damit die Aehnlichkeit mit den Römern vollkommen werde, wurden auch hier alle Dienste von Sklaven verrichtet. Zur Herrschaft geboren, im Reichthum auf-

wachsend, in traditioneller Staatskunst sich ausbildend, durch gesellschaftliche Talente glänzend, waren diese Südstaatenmänner ein Geschlecht voll Selbstgefühl, voll Prätensionen, dünkten sich um einige Stufen höher als andere Sterbliche, welche durch ihre Geisteskraft sich erst Bahn brechen mußten, und hatten einen entschiedenen Corpsgeist. Ist der kalte, nackte Egoismus eine der unliebenswürdigsten Eigenschaften des amerikanischen Volkes, so trat er hier im Süden in seiner widerwärtigsten Gestalt auf, woran das Sklavenhalten nicht wenig Schuld war. An diesem Princip der Sklaverei hielten sie mit wahrem Fanatismus fest, da sie wohl erkannten, daß auf diesen 4 Millionen Sklaven, welche in ihrem Gebiete lebten, ihr Wohlstand und ihre Macht beruhe. Aber gerade deßwegen, weil mit der Sklaverei dieses südliche Junkerregiment gesprengt werden sollte, kündigten die „Republikaner" des Nordens, welche durch die dem Sklavenwesen abgeneigten europäischen Einwanderer an Zahl von Jahr zu Jahr verstärkt wurden, den Sklavenhaltern den Krieg an, suchten sie von Posten zu Posten zu verdrängen, im Kongreß die Mehrheit zu erhalten und mit der Präsidentenstelle das ganze Regierungssystem in ihre Hand zu bringen. Uebrigens bildete nicht die Sklavenfrage die ursprüngliche Differenz, sondern die volkswirthschaftliche: der Norden huldigte dem Schutzzoll-, der Süden dem Freihandelssystem. Erst nachdem der Norden, welchem in Folge der massenhaften Einwanderung aus Europa und bei der Beschaffenheit seiner Agrikultur die Arbeitskräfte der Neger nach und nach entbehrlich geworden waren, den größten Theil seiner Sklaven an den Süden verkauft hatte, gab jener die Frage der Abschaffung der Sklaverei als Losung aus. Lange dauerten die Vorpostengefechte, und die Sklavenhalter trugen in diesen manchen Sieg davon. Sie machten mit den „Demokraten" (Konservativen) des Nordens gemeinschaftliche Sache, setzten das berüchtigte Sklaven-Auslieferungsgesetz durch und widersetzten sich der bedingungslosen Verleihung des amerikanischen Bürgerrechts an Einwanderer, da diese sich immer nur im Norden ansiedelten. Auch erhoben sie 1854 zum Beschluß, daß die sogenannten freien Territorien nach eigener Willkür Sklaven halten konnten oder nicht, woraus sie sich für die Zukunft, wenn diese Territorien zu Staaten heranwuchsen, eine kompakte Bundesgenossenschaft heranzubilden gedachten. 1856 überwältigten sie die Freibodenmänner oder Abolitionisten von Arkansas durch Waffengewalt, den Staat wieder in die Sklaverei zurückwerfend.

Aber auch die Republikaner strengten ihre äußersten Kräfte an, um das verhaßte Joch abzuschütteln und den Schandfleck der Menschheit, das Sklavenwesen, auszulöschen. Es glückte ihnen, 1860 ihren Kandidaten Abraham Lincoln, einen Advokaten, auf den Präsidentenstuhl zu bringen. Alle Folgen dieser Niederlage mit raschem Blicke übersehend, beschloßen die Sklavenhalter, sich von der Union loszusagen. Am 4. Februar 1861 konstituirten sich sieben Sklavenstaaten, denen bald noch vier weitere beitraten (Virginien, Nord- und Süd-Karolina, Tennessee, Arkansas, Georgia, Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana und Texas), als einen besonderen Bundesstaat unter dem Namen die „konföderirten Staaten von Amerika", verkündigten eine provisorische Verfassung und machten den früheren Kriegsminister Jefferson Davis zu ihrem Präsidenten und Richmond in Virginien zur Bundeshauptstadt. Ihr Gebiet umfaßte $5^1/_2$ Millionen Weiße und 4 Millionen Sklaven, während die Nordstaaten samt den Territorien $22^1/_2$ Millionen Weiße und $^1/_2$ Millionen Sklaven hatten. Im April 1861 nahm mit Wegnahme des Fort Sumter bei Charleston in Südkarolina der Krieg seinen Anfang. Denn dazu mußte es kommen, da die Nordstaaten, die Unauflösbarkeit der Union betonend, in dem Auseinanderreißen derselben in zwei Republiken eine Schmälerung ihrer Macht von nicht zu übersehenden Folgen erblickten und daher diese Konföderation gerade so als Rebellion behandelten wie die Schweiz 1847 den Sonderbund. Doch so sehr auch der Zahlen-Unterschied zu Gunsten der Nordstaaten war, so waren diese doch in den ersten Kriegsjahren sehr im Nachtheil. Es gieng ihnen wie den alten Römern, welche in ihren gefährlichsten Kämpfen, den Kriegen gegen Pyrrhus und Hannibal, zuerst Niederlage um Niederlage erlitten, weil sie mit zu geringen Streitkräften und minder begabten Generalen auftraten, und erst am Ende, wo sie alle Kräfte aufboten und die tüchtigsten Männer hervorsuchten, das Schlachtfeld behaupteten. Der Norden unterschätzte die Macht des Gegners, zersplitterte die eigenen Streitkräfte in vielerlei kleinen Expeditionen, fand durch die Schuld seiner früheren Herren das ganze Heerwesen völlig vernachläßigt und war in zwei unversöhnliche Parteien, Republikaner und Demokraten, gespalten, von denen die letzteren selbst den Verrath nicht scheuten. Dagegen hatten die Konföderirten eine reiche Kriegsrüstung, koncentrirten ihre Kräfte zu Hauptschlägen, verfügten mit diktatorischer Gewalt über alles öffentliche und Privateigenthum und

hatten das Glück, von Anfang an gute Generale zu besitzen. Von Parteiwesen war bei ihnen kaum eine Rede, alles bildete einen kompakten, geschlossenen Haufen. Nur massenhafte Sklavenaufstände hätten ihnen gleich anfangs Gefahr bereiten können. Durch schrankenlosen Terrorismus wurden die Sklaven von ihren Herren in thierischer Unterwürfigkeit erhalten. Von den europäischen Kabinetten hatten die Südstaaten das französische und englische für sich, da diese in der Schwächung der Union ihren Vortheil fanden, England zur See, Napoleon in Mexiko; es fehlte nicht an Konflikten zwischen ihnen und der Union, und nur der klugen Mäßigung des Präsidenten Lincoln ist es zuzuschreiben, daß Europa von diesem Kriege ferngehalten und die Union nicht in mehrere Kämpfe zugleich verwickelt wurde.

Die bedeutendsten Schlachten fanden in Maryland und Virginien statt, und hier mußte die Entscheidung fallen. Die südstaatlichen Generale Beauregard, Lee und Jackson erfochten die Siege bei Bull-Run 1861, bei Fredericksburg und Chancellorsville 1863. Auf Seiten der Union lösten sich die Generale Mac Clellan, Burnside, Hooker ab, und erst Meade gelang es, bei Gettysburg 1863 einen Sieg über Lee zu erkämpfen. Doch der ganze Kriegsplan wurde ein anderer, als Grant den Oberbefehl über sämtliche Streitkräfte des Nordens erhielt, mit der Potomac-Armee gegen Richmond vorrückte und den General Sherman in die Uferstaaten des Golfs von Mexiko schickte, damit er durch Zerstörung der dortigen militärischen Etablissements dem Süden seine Hilfsquellen entziehe, von Georgia und Südkarolina aus wieder gegen Norden sich wende und in Verbindung mit Grant die zusammenschmelzende Armee der Konföderirten erdrücke. Sherman führte seinen Auftrag meisterhaft aus, Grant siegte in der fünftägigen Schlacht bei Petersburg über Lee, und am folgenden Tage, am 3. April 1865, wurde Richmond geräumt, und der Kapitulation Lee's vom 9. April folgte die der übrigen Heeresabtheilungen und Städte. Im Mai 1865 konnte der Krieg nach einer vierjährigen Dauer als beendigt angesehen werden. Kaum in irgend einem andern Kriege waren dem Schlachtengotte solche Hekatomben geweiht worden. Ueber eine halbe Million Menschen, 325,000 Mann Unionstruppen und 200,000 Konföderirte, hatte der Bürgerkrieg gekostet.

Es lag nun in der Hand des Nordens, die Friedensbedingungen vorzuschreiben. Sie waren zum Theil schon seit ein paar Jahren

diktirt. Denn am Neujahrstag 1863 proklamirte der Präsident Lincoln die Befreiung sämtlicher Sklaven in den konföderirten Staaten, um diesen im Innern ihres eigenen Hauses einen Schlag zu versetzen. Derselbe hatte aber nicht die beabsichtigte Wirkung. Selbst die Organisation von Neger-Regimentern stieß auf Schwierigkeiten. Die Unionstruppen verschmähten die Waffenbrüderschaft mit ihnen. Als aber bei der längeren Dauer des Krieges die Begeisterung erlahmte und bei den mörderischen Schlachten kräftige Arme seltener wurden, die Werbegelder über 600 Dollars betrugen, ließ man sich die schwarzen Kameraden eher gefallen, und man zählte 1865 über 100,000 derselben. Auf jene erste Proklamation schafften einige Nordstaaten freiwillig die Sklaverei ab, und am 3. Januar 1865 wurde sie vom Kongreß in der ganzen Union aufgehoben. Für diese Frage war die Wahl des Präsidenten, welche auf den 8. November 1864 festgesetzt war, sehr wichtig. Siegte der Kandidat der demokratischen Partei, General Mac Clellan, so durfte man sich auf einen faulen Frieden gefaßt machen; siegten die Republikaner, welche die Wiedererwählung Lincolns betrieben, so war von einem Frieden mit den Rebellen keine Rede, außer nach vollständiger Unterwerfung und gegen Freilassung der Sklaven. Lincoln gieng als Sieger aus der Urne hervor und setzte nach Niederwerfung des Südens alles daran, sein politisch-sociales Programm auszuführen, ohne durch übermäßige Strenge die Besiegten abzustoßen. Da raffte sich die Rebellion noch einmal zu einer verzweifelten That auf. Lincoln und alle hervorragenden Staatsmänner sollten an *einem* Tage ermordet und in der Verwirrung des Augenblicks katilinarische Theorien ins Werk gesetzt werden. Der Streich mißlang nur theilweise; Grant und andere wurden in ihren Wohnungen nicht angetroffen; der Staatssekretär Seward wurde gefährlich, jedoch nicht tödtlich verwundet; Lincoln aber wurde im Theater zu Washington von dem Schauspieler Wilkes Booth am 14. April 1865 durch einen Schuß in den Hinterkopf verwundet, so daß er am folgenden Morgen starb. Der Mörder wurde bald darauf entdeckt und nach hartnäckigem Kampfe halbtodt gefangen. Viele Mitverschworene wurden verhaftet, einige gehenkt; die Fäden der Verschwörung schienen bis zum Gegenpräsidenten Jefferson Davis, welcher nach seiner Flucht aus Richmond gefangen worden war, hinaufzureichen. Dies verlängerte seine Gefangenschaft. Die öffentliche Meinung forderte seine Hinrichtung; aber die Leiter der Unionsregierung

wollten ihn nicht wie einen gewöhnlichen Verbrecher behandeln, vertagten seinen Prozeß und ließen ihn frei unter der Bedingung, daß er sich jederzeit auf geschehene Aufforderung vor Gericht zu stellen habe.

An Lincolns Stelle übernahm, wie es die Verfassung vorschreibt, der Vicepräsident, Andrew Johnson, welcher zuerst Schneidermeister, dann Gouverneur von Tennessee gewesen war, die Stelle des Präsidenten. Er schien zuerst in der Bahn seines Vorgängers wandeln zu wollen und mit politischer Unerbittlichkeit individuelle Nachsicht zu verbinden. Eine ausgedehnte Amnestie gewährte die Rückkehr in die Union. Wer davon ausgeschlossen war, erhielt Begnadigung, sobald er darum einkam und die Gesetze der Union anerkannte. Bald aber kam Johnson wegen der Frage über die Reconstruktion der Südstaaten, wobei es sich hauptsächlich um die Vertretung derselben im Kongreß und um die politische Stellung der Sklaven handelte, in einen tiefen Konflikt mit dem Kongreß.

Während die Union in Folge des Bürgerkriegs an tausend Wunden blutete und ihr Einfluß nach außen gelähmt war, wurde im Nachbarstaat ein echt napoleonisches Stück aufgeführt. In so manchen Dingen war der „große Oheim" bisher nachgeahmt worden; nur eins fehlte noch: es war zwar mancher Thron durch die napoleonischen „Ideen" zertrümmert, aber noch keiner errichtet, und dieses süße Vatergefühl wollte sich Napoleon III., nach seinem Fiasko in Italien, doch nicht ganz versagen. Sehr gelegen kam ihm daher die Aufforderung Spaniens, sich an einer Intervention in Mexiko zu betheiligen. Auch England wurde ins Interesse gezogen, und so kam die Konvention von London vom 31. Oktober 1861 zu Stande, welche zur Wahrung der verletzten europäischen Interessen militärische Maßregeln ankündigte, aber Plane einer Wegnahme von Ländereien oder Einmischung in die Regierungsform von sich wies. Das Kabinet von Washington lehnte die Theilnahme an der Konvention ab. Allerdings hatte Benito Juarez, der Präsident der Republik Mexiko, ein Advokat von indianischer Race, sich manche Rechtsverletzungen gegen Europäer erlaubt, sie zum Kriegsdienst ausgehoben, ihre Konsuln verhaftet und alle Zahlungen an das Ausland auf zwei Jahre eingestellt. Dabei stützte er sich auf die Partei der Liberalen und Radikalen und hatte wegen Veräußerung der Kirchengüter die katholische Geistlichkeit und die anderen Konservativen gegen sich. Er gab auch nicht nach, als eine Flotte der drei europäischen Mächte vor

der Hafenstadt Veracruz erschien und diese und andere Städte besetzte. Unter Vermittlung des spanischen Generals Prim wurde mit Juarez die Konvention von Soledad (19. Februar 1862) abgeschlossen, wonach die Unabhängigkeit der mexikanischen Republik unangetastet bleiben und Konferenzen in Orizaba eröffnet werden sollten, um die streitigen Ansprüche auszugleichen.

Als aber bald darauf der von Juarez verbannte mexikanische General Almonte, der Vertrauensmann Napoleons, in dem Lager der Verbündeten eintraf, seine Auslieferung dem Präsidenten Juarez verweigert wurde und die Plane Napoleons, welcher bereits mit Erzherzog Maximilian unterhandelte, sich immer mehr enthüllten, trat die Verschiedenheit der Ansichten und Absichten der Verbündeten aufs entschiedenste hervor, und die Konferenz von Orizaba löste sich auf. Die Bevollmächtigten erließen eine Erklärung an die mexikanische Regierung, die englischen und spanischen Truppen schifften sich im April ein, die Londoner Konvention war thatsächlich aufgehoben.

So blieben die Franzosen allein zurück. Napoleon, auf den Sieg der konföderirten Staaten in Nordamerika sicher rechnend, glaubte, auch allein das Spiel zu gewinnen. Freilich mit den 5000 Mann, welche General Lorencez aus Frankreich nachführte, war in einem Lande von so ungeheurer Ausdehnung wenig geholfen. Und was Almonte dem Kaiser vorgeschwatzt hatte, daß die Bevölkerung in Masse sich gegen Juarez erheben und an die Franzosen als ihre Befreier sich anschließen werde, erwies sich als das Produkt einer ultramontanen Phantasie. Das Volk beeilte sich mit seiner Theilnahme an der kaiserlichen Politik um so weniger, je sicherer verlautete, daß Napoleon und Almonte in ihren Zwiegesprächen ausgemacht hatten, die Republik in eine Monarchie zu verwandeln. Wollte Napoleon seinen Willen durchsetzen, so mußte er Geld und Truppen genug aufwenden, weit mehr, als selbst die gefügigen Kammern ertragen konnten. Lorencez führte, nach einem vergeblichen Sturm auf Puebla, seine Truppen nach Orizaba und wartete dort die Ankunft eines größeren Heeres unter General Forey ab. Dieser übernahm den Oberbefehl über die nun etwa 45,000 Mann starke Armee, rückte gegen das von General Ortega muthig vertheidigte Puebla an und eroberte es nach dreimonatlicher Belagerung am 17. Mai 1863. Gegen 12,000 Mann mußten sich mit Ortega ergeben. Nun konnte sich Juarez in der Hauptstadt Mexiko, wo sich die konservative Partei mächtig regte,

nicht mehr halten und zog sich nördlich nach San Luis Potosi zurück. Am 10. Juni hielt Forey mit Almonte an der Spitze von 15,000 Mann seinen Einzug in Mexiko und berief dahin eine Notabelnversammlung, welche, nur aus Gegnern des Präsidenten Juarez bestehend, am 12. Juli den Beschluß faßte, eine konstitutionelle Erbmonarchie einzuführen und dem Erzherzog Ferdinand Maximilian von Oestreich, mit welchem sich Napoleon bereits verständigt hatte, die Kaiserkrone von Mexiko anzutragen. Eine Gesandtschaft eilte über den Ocean nach dem Schloß Miramar am adriatischen Meer und theilte dem Erzherzog den Beschluß mit. Dieser war bereit, die Krone anzunehmen, sobald die ganze Nation durch freie Abstimmung sich dafür ausspreche. Auf die Nachricht, daß 2000 Gemeinden, also die große Mehrheit des Volkes, für seine Berufung gestimmt hätten (auf die Leitung solcher Abstimmungen verstehen sich die Franzosen bekanntlich sehr gut), schiffte er sich mit seiner Gemahlin Marie Charlotte, einer Tochter des belgischen Königs Leopold I., ein und hielt am 12. Juni 1864 seinen Einzug in Mexiko. Zuvor hatte er mit Napoleon den Vertrag von Miramar geschlossen, wonach dieser sich verpflichtete, 25,000 Mann in Mexiko zu lassen und sie erst dann zurückzuziehen, wenn Maximilian aus Fremden und Einheimischen eine Armee zu organisiren vermöge. Dagegen hatte der neue Kaiser versprochen, die Kosten der französischen Expedition mit 270 Millionen Francs in bestimmten Raten zu bezahlen und vom 1. Juli 1864 an die französische Armee ganz aus den Mitteln der mexikanischen Staatskasse zu unterhalten, und hatte noch andere die damaligen Kräfte Mexikos weit übersteigende pekuniäre Verpflichtungen übernommen. Es war einer jener Verträge, die geschlossen wurden, um nicht gehalten zu werden.

Jedermann wunderte sich, als es hieß, daß ein Habsburger von Napoleon eine Krone angenommen habe. Niemand hatte Maximilian für so kurzsichtig gehalten, daß er nicht wissen sollte, daß diese Krone im Sommer 1864 eigentlich bereits eine Unmöglichkeit war. Denn die Vernichtung der konföderirten Staaten war damals so viel als entschieden, und sobald sich die Union wieder zu ihrer alten Stärke emporhob, galt sicherlich einer ihrer ersten Schläge der Zertrümmerung dieses mexikanischen Kaiserthrones. Denn diesen Faustschlag, welchen Napoleon der „Monroe-Doctrin“ vom Jahr 1823 versetzt hatte, ließ Nordamerika nicht auf sich sitzen. Nach dieser Doktrin sollte

keine europäische Macht sich eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten amerikanischer Staaten erlauben. Und nun gieng die Einmischung vollends bis zur Errichtung eines Thrones hart an der Grenze der Union. Diejenigen hatten Recht, welche schon damals behaupteten, daß dieser Thron gerade so lange bestehen werde, als der amerikanische Bürgerkrieg, und daß das Siegesgeläute der Union das Grabgeläute des mexikanischen Kaiserthrones sei. Juarez war zwar von dem französischen General Bazaine, der dem zum Marschall ernannten Forey im Kommando gefolgt war, zur Flucht nach Texas gezwungen worden. Aber nach den Siegen der Union kam er wieder, von ihr unterstützt, und der Norden von Mexiko blieb seinem Präsidenten treu, der auch im Süden noch viele Anhänger hatte. Je mehr sein und seiner „Beschützer“ Einfluß wuchs, desto schwieriger wurde die Lage Maximilians. Hatte sich dieser zuerst auf die liberale Partei gestützt und sich darüber mit den Klerikalen und dem Papste, welcher durch seinen Nuntius Meglia unbedingte Unterwerfung unter den Willen der Kurie verlangte, zerworfen, so schloß er sich später, da ihn jene mehr und mehr verließ, an diese an, konnte sie aber nie ganz für sich gewinnen, da die Zurückgabe der verkauften Kirchengüter, welche von ihnen gefordert wurde, nicht mehr durchzusetzen war. Das Schlimmste kam von Washington und Paris. Die Regierung der Union gab Napoleon ziemlich unverblümt zu verstehen, daß er keine andere Wahl habe, als seine Truppen aus Mexiko zurückzurufen oder mit Nordamerika Krieg zu führen. Napoleon hatte sich in seinen Berechnungen über die amerikanischen Verhältnisse getäuscht und sah immer klarer, wie verhaßt die kostspielige mexikanische Expedition in ganz Frankreich sei; daher fürchtete er für seinen eigenen Thron und überließ lieber Maximilian seinem Schicksal, als daß er um seinetwillen einen so gewagten Krieg anfieng. Er drang Maximilian einen neuen Vertrag (30. Juli 1866) auf, wonach dieser den größten Theil seiner Revenüen an die Franzosen abtreten mußte, des Schutzes ihrer Truppen in kurzer Frist beraubt wurde und den tief gegen Süden vorgedrungenen republikanischen Truppen fast hilflos preisgegeben wurde. Da eilte die Kaiserin Charlotte aus Mexiko nach Paris und erinnerte Napoleon an den Vertrag von Miramar. Aber er blieb unerbittlich; denn die Amerikaner wurden mit ihrem „Entweder — oder“ immer zudringlicher, die Verhältnisse in Deutschland immer bedenklicher. Verzweifelnd eilte Charlotte nach Rom und Mi-

ramar, dem Wahnsinn verfallen. Anstatt unter solchen Umständen abzudanken und nach Europa zurückzukehren, ließ sich Maximilian von den Ultramontanen, denen er sich ganz in die Arme geworfen hatte, vorschwatzen, daß sie ihm eine nationale Armee und die nöthigen Geldmittel verschaffen würden, und daß man die Hilfe der Franzosen nicht mehr brauche. Maximilian, an seinem Kaiserthron festhaltend, war verblendet genug, nicht einzusehen, daß diese Leute sowohl sich selbst als ihn täuschten, und kündigte in einem Manifest vom 1. December 1866 den Mexikanern an, daß er seine Entschlüsse von der Entscheidung eines Nationalkongresses abhängig machen werde. Aber die Berufung eines Nationalkongresses war, da der größte Theil des Landes sich bereits in den Händen der Republikaner befand, eine Unmöglichkeit.

Vierter Zeitraum.

1864—1866.

Das Ringen Preußens um die Hegemonie in Deutschland.

§. 21.

Schleswig-Holstein.

Noch bevor sich diese amerikanischen Verhältnisse ganz abgewickelt hatten, traten in Europa sehr bedeutsame Ereignisse in den Vordergrund der Geschichte. Und zum Erstaunen der französischen Nation war es diesmal nicht Frankreich, das die Welt von sich reden machte, sondern Deutschland, freilich nicht dasjenige Deutschland, das in der Eschenheimer Gasse zu Frankfurt die Politik der Lächerlichkeit trieb, sondern das mächtigste Glied desselben. Der Drang Deutschlands nach einem Einheitsstaat, nach politischer Geltung, nach einer den äußeren und inneren Hilfsmitteln entsprechenden Machtentfaltung war nicht ausgetrieben worden, trotz all der vielen Mixturen, welche östreichische und preußische Staatskünstler und die Doktoren zweiten und dritten Ranges ihm seit 1849 zu verschlucken gegeben hatten.

War die damalige Bewegung hauptsächlich daran gescheitert, daß man in aller Behaglichkeit die Fresko der Freiheit ausmalte, ehe der Bau der Einheit hergestellt war, so wurde jetzt das entgegengesetzte Princip befolgt, die Einheit mit Kanonen erzwungen, auch auf die Gefahr hin, daß einige Volkstribunen über Beeinträchtigung der Freiheit sich beklagen würden. Und wiederum waren es, wie am Schluß jener Bewegung, die zwei deutschen Großmächte, welche als gigantische Gladiatoren in die Arena traten. Jenes Wort der Maria Theresia, welches sie von Friedrich dem Großen, „dem bösen Mann", gebrauchte, daß er „in Deutschland den Rang einzunehmen trachte, den das Haus Oestreich behaupte", bekam erst in diesen letzten Jahren seine farbenreichen Illustrationen. Allerdings seit dem zweiten hohenzollern'schen Friedrich war die Suprematie Oestreichs in Deutschland auf's ernstlichste bedroht: sie wurde es um so mehr, je gründlicher sich das habsburgische Haus in das Blau des italienischen Himmels und in die mittelalterlichen Studien des päpstlichen Kirchenrechts vertiefte. Nichts hat Oestreich in neuerer Zeit so sehr geschadet, hat es auf eine Linie mit Spanien und der Türkei herabgedrückt, als sein Konkordat mit Rom. Man sehe sich in Europa um und frage, welche Staaten am meisten Jugendkraft zeigen, so sind es sicherlich diejenigen nicht, welche dem Papste auch heute noch den Steigbügel halten.

Schon nach dem Frieden von Villafranca hoffte man, daß in Oestreich eine totale Umänderung des Systems eintreten werde. Denn was bei Solferino geschlagen war, das waren denn doch weit weniger die tapferen Soldaten des Kaiserreichs, als jenes theokratisch-absolutistische System, das drei Jahrhunderte nach der Reformation ein unseliger Anachronismus war. Somit mußte man nach Solferino jene altväterische Regierungsweise beseitigen; wo nicht, so wurde man eben wieder geschlagen. Nur wenn hierin ein vollständig neuer Boden geschaffen wurde, konnte Oestreich geholfen werden; so nützlich auch andere Maßregeln sein mochten, von Entscheidung waren sie nicht.

Die Zerrüttung der Finanzen und der nicht endende Streit mit Ungarn erheischten freilich einige Reformen. Der schwache Anfang hiezu war die Berufung des „verstärkten Reichsraths" 1860, in welchem Adel und Geistlichkeit eine überwiegende Stimme hatten. Als Feinde der Centralisation sprachen diese für die historischen Rechte und Zustände der einzelnen Kronländer, und so erschien am 20. Oktober 1860 das sogenannte „Oktoberdiplom", welches den zur ungarischen

Krone gehörigen Ländern eine modernisirte Verfassung und den übrigen Ländern besondere Landtage gab, in welchen wiederum die Feudalstände das Uebergewicht hatten. Gemeinsame Reichsinteressen sollten von einem gemeinsamen Reichsrath berathen werden. Niemand außer den Rittern der Vorzeit war von einem solchen Diplom entzückt: die Ungarn sehnten sich nach ihrer alten Verfassung von 1848 und verwünschten die Neuerung; die übrigen Länder hätten gern einen neuen Schnitt angenommen, wenn sie nur die langen Talare und die Ritterspоren losgeworden wären. Die allgemeine Unzufriedenheit veranlaßte eine neue Schwenkung. Der Kaiser ernannte den Ritter von Schmerling zum Staatsminister, und nun probirte man es wieder mit der Centralisation. Am 26. Februar 1861 erfolgte das sogenannte „Februarpatent", welches neben dem allgemeinen oder weiteren Reichsrath noch einen engeren schuf. In diesem sollten die gemeinschaftlichen Interessen der deutsch-slavischen Länder berathen werden, in jenem, das zu einem vollständigen, aus Herrenhaus und Abgeordnetenhaus bestehenden Parlament erweitert wurde, die Angelegenheiten des Gesamtreiches, daher auch der ungarische Landtag seine Vertreter dahin zu senden hatte. Wenn dieser aber den Beitritt verweigerte, was dann? Er verweigerte ihn nicht nur und protestirte gegen die Giltigkeit der Beschlüsse des Reichsraths in ungarischen Angelegenheiten, sondern forderte auch absolut als erste Bedingung seiner Mitwirkung die Anerkennung der Gesetze von 1848. Da dies die Personalunion bedeutete und Oestreich dann von der Gnade des ungarischen Landtags abhieng, so wurde die Forderung in Wien abgeschlagen und die Erklärung gegeben, daß die von den Ungarn verlangte „Reichskontinuität" durch die Revolution verwirkt, daß in einem neu eroberten Lande auch ein neues Recht einzuführen sei. Gerade so hatte schon Herzog Ulrich von Württemberg gesprochen, als er am 15. August 1519 kurz nach seiner Vertreibung Stuttgart überrumpelte und den Tübinger Vertrag aufhob. Der ungarische Landtag wurde aufgelöst, und der Ritter von Schmerling sagte: „Wir können warten."

Dieses resignirende Wort war nur dann mehr als eine bloße Phrase, wenn Regierung und Reichsrath die Bahn der Freiheit wandelten, wenn es der Wiener Hofburg mit dem neuen konstitutionellen System Ernst war und nach Aufhebung des Feudalstaates die Principien des neunzehnten Jahrhunderts Raum fanden, wodurch die westliche Hälfte des Reichs auf die östliche eine Anziehungskraft

hätte ausüben können. Nichts von all dem geschah. Die Regierung benützte den Reichsrath hauptsächlich als Helfer in der Noth des Finanzwesens und hatte durchaus keine Lust, ihre eigentliche Gewalt mit demselben zu theilen und das schöpferische Wort: „Es werde Licht!“ in das Dunkel der kirchlichen und politischen Zustände Alt-Oestreichs mit Posaunenstimme zu verkündigen. Der Zwiespalt mit Ungarn blieb; man kam hier keinen Schritt weiter; von Anerkennung der Februarverfassung und Beschickung des Reichsraths war von Seiten Ungarns keine Rede. Und selbst in der westlichen Hälfte erhob sich ein Widerspruch gegen den Reichsrath, da die Slaven, welche separatistische Tendenzen hegten, das Uebergewicht des deutschen Elements in demselben unbequem fanden. Die Finanzvorlagen des Jahres 1865 ließen in einen tiefen Abgrund blicken. Um so entschiedener drang das Abgeordnetenhaus auf Ersparnisse und zwar da, wo die Hofkreise am empfindlichsten waren, im Etat des Militärs und der Marine. Dies wurde von der altadeligen Partei, wozu namentlich Graf Moriz Esterhazy gehörte, benützt, um die Februarverfassung samt Schmerling zu beseitigen und es wieder einmal mit den Ungarn zu probiren. Der Kaiser machte Anfangs Juni 1865 eine Reise nach Pesth, wurde glänzend empfangen, verkehrte mit den hervorragenden Männern, wie mit Franz Deak, verabschiedete den ungarischen Hofkanzler Graf Zichy und berief an dessen Stelle den in Ungarn beliebten Grafen Mailath. Das Ministerium Schmerling gab seine Entlassung ein, und nach vierwöchiger Krisis hatte man ein „Drei-Grafen-Ministerium“, in welchem Graf Belcredi Staatsminister war, Graf Larisch die Finanzen, Graf Mensdorff-Pouilly (übrigens schon seit dem 21. Oktober 1864) die auswärtigen Angelegenheiten verwaltete. Die neuen Zielpunkte traten bald an den Tag. Die Länder der Stefanskrone: Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien, u. s. w. sollten wieder ein Ganzes ausmachen, der weitere Reichsrath mußte wegfallen, der engere konnte bleiben und das Band für die deutsch-slavischen Provinzen bilden. Aber auch dieser blieb nicht. Durch das Patent vom 20. Sept. 1865 wurde die ganze Februarverfassung, engerer und weiterer Reichsrath suspendirt, die Landtage sämtlicher Kronländer einberufen und das Versprechen gegeben, die Resultate des ungarischen Ausgleichs ihnen vorzulegen. Mit diesem neuen Staatsstreich war man wieder so ziemlich beim alten Absolutismus angekommen. Auf allen deutschen Landtagen wurde daher

gegen die „Sistirung" der Verfassung protestirt und der Kaiser um ihre Wiederherstellung gebeten. Nur in Böhmen, Mähren und Krain jubelten die Slaven. Die böhmischen Czechen, welche den Ungarn nicht nachstehen wollten, träumten von einer heiligen Wenzelskrone und führten gegen die deutsche Bevölkerung eine Sprache, welche an die dänische Brutalität in Schleswig erinnerte. Die Tendenzen, welche 1848 den Kanonen Windischgräz' hatten weichen müssen, wurden wieder laut, und Schmerlings Nachfolger, Belcredi, war sinnlos genug, solche slavische Sonderbünde zu begünstigen und den „historisch-politischen Individualitäten" das Wort zu reden. Wenn aber er und Mailath meinten, daß bei den Unterhandlungen mit Ungarn die Regierung so leichten Kaufs wegkomme, so täuschten sie sich. Die Ungarn wollten entweder alles oder nichts. Sie bestanden auf vollständiger Selbständigkeit, auf ihren Gesetzen von 1848, auf Einsetzung eines besonderen ungarischen Ministeriums und wollten höchstens das Auswärtige, das Kriegs- und Finanzwesen als das mit der Regierung der übrigen Länder Gemeinsame, in diesen Departements also Reichsministerien gelten lassen. Zu einer solchen Theilung seiner Gewalt konnte sich das Wiener Kabinet im Jahre 1865 nicht verstehen. Möglich, daß die Ereignisse des folgenden Jahres dasselbe willfähriger machten.

Anderer Art waren die Verhältnisse in Preußen, wenn gleich es auch hier an Konflikten zwischen Regierung und Volk nicht fehlte. Zwar wurde die Verfassung nicht „sistirt", aber sie zeigte eine bedenkliche, für die Regierung nicht gerade unangenehme Lücke. König Wilhelm I. schenkte von seinem Regierungsantritt an seine Hauptaufmerksamkeit dem Militärwesen. Soldat durch und durch, setzte er die Macht und den Stolz Preußens in ein schlagfertiges Heer. Er wollte nicht wie sein Bruder ein Olmütz erleben, trachtete vielmehr seit Beginn seiner Regierung darnach, diese Schmach zu tilgen und für Preußen diejenige Stellung in Deutschland zu erringen, welche demselben, wenn die realen Machtverhältnisse in die Wagschale gelegt wurden, von Rechtswegen gebührten. Da ihm aber zu einer raschen Mobilmachung das bisherige Landwehrinstitut nicht ganz zweckmäßig zu sein schien, so wünschte er einige Veränderungen an demselben vorzunehmen und das Linienmilitär durch eine Präsenzzeit von drei Jahren zu verstärken. Diese „Reorganisation" des Heeres war sein Lieblingswerk, erwies sich im Kriege als vorzüglich, kostete aber na-

türlich das Land mehr Geld und entzog ihm viele Arbeitskräfte. Das Abgeordnetenhaus, die nationalen Ziele dieser Reorganisation nicht erkennend, war nicht zu bewegen, die Mittel hiefür zu verwilligen. Vertagungen und Auflösungen erfolgten, das liberale Ministerium wurde am 18. März 1862 entlassen, das konservative Ministerium Hohenlohe zog sich am 23. September 1862 zurück, und an diesem Tage übernahm Herr von Bismarck-Schönhausen den interimistischen Vorsitz im Staatsministerium, am 8. Oktober das Auswärtige und die Ministerpräsidentschaft. Dies war der Mann, wie ihn König Wilhelm für seine Plane brauchte. In seinem 47. Lebensjahre stehend, ausgezeichnet durch Schärfe der politischen Diagnose, durch einen unbeugsamen Willen, durch glühende Begeisterung für Preußens und Deutschlands Größe, hatte er bereits eine wechselvolle Laufbahn hinter sich, hatte auf verschiedenen Posten reiche Erfahrungen gesammelt, die geheimen Plane und Motive der Kabinette durchschaut, die maßgebenden Persönlichkeiten kennen gelernt, die reale Macht der auswärtigen Staaten von ihrer imaginären zu unterscheiden verstanden und galt schon 1860 denen, die ihn genau kannten, als ein Staatsmann ersten Rangs, welcher die Einheit Deutschlands zu Stande bringen werde, wenn auch auf eine Weise, an welcher viele Anstoß nehmen würden. Auf dem „Vereinigten Landtag" 1847 war er noch Führer der äußersten Rechten, zeigte sich als entschiedenen Feind der Nationalversammlung und Reichsverfassung und nannte 1849 den Kampf in Schleswig-Holstein „eine Revolution gegen den rechtmäßigen Landesherrn, einen Streit um des Kaisers Bart, eine echte querelle allemande." Die Benennung „Junker" ließ er sich gerne gefallen und rief seinen Gegnern zu: „Seien Sie versichert, wir werden unsererseits den Namen des Junkerthums noch zu Ehren und Ansehen bringen." Als Bundestagsgesandter nach Frankfurt geschickt (1851), hatte er Gelegenheit, den Einfluß Oestreichs auf die Mittel- und Kleinstaaten und die schiefe Stellung Preußens kennen zu lernen. „Wie Schuppen fiel es mir von den Augen," äußerte er selbst und trat nun als offener und geheimer Gegner Oestreichs auf, nachdem er bisher in junkerlicher Manier sich in Lobeserhebungen über diesen Staat ergossen hatte. Um durch Bismarcks Sympathien für die Sache Italiens nicht kompromittirt zu werden, versetzte ihn der König zu Anfang des Jahres 1859 als Gesandten nach Petersburg. Im Frühjahr 1862 übernahm er den

Gesandtschaftsposten in Paris und machte bei seinem späteren Rivalen Napoleon politische Studien. Seine politische Ueberzeugung stand felsenfest dahin, daß Preußen die damaligen Bundeseinrichtungen als eine drückende Fessel anzusehen habe, daß es sich derselben so bald als möglich entledigen müsse, und daß eine Auflösung des Bundes für Preußen günstigere Folgen haben würde als ein Fortbestehen desselben in seiner jetzigen Gestalt, woraus nur Oestreich und die Mittelstaaten, welche die realen Machtverhältnisse gar nicht in Berechnung zögen, auf Kosten Preußens Vortheile sich verschafften und eine mit ihren wirklichen Kräften in keinem richtigen Verhältniß stehende hohe Stellung sich aufbauten. Diesem Ziele steuerte er als Minister mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit zu. Allgemeines Aufsehen erregten die Worte, welche der neue Premierminister in der Budgetkommission äußerte: „Preußen muß seine Kraft zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einigemal verpaßt ist. Preußens Grenzen sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — dies ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen, — sondern durch Blut und Eisen.“ Der Opposition des Abgeordnetenhauses, welches einseitig auf seinen parlamentarischen Rechten, namentlich seinem Budgetrecht bestand, hielt er sein, freilich noch etwas verschleiertes, nationales Programm entgegen. Von den liberalen Fraktionen nicht verstanden und abgewiesen, verzichtete er auf eine Verständigung mit dem Abgeordnetenhaus und suchte eine Stütze bei seinen früheren Parteigenossen, der feudalen Partei, welche bereitwillig auf die Militärreform eingieng und ihm auch sonst in jeder Weise willfährig war. Da das Abgeordnetenhaus jedes Jahr die Gelder für die bereits eingeführte Reorganisation verweigerte und das vorgelegte Budget verwarf, das Herrenhaus aber dasselbe genehmigte, so erklärte Bismark, daß ein solcher Zwiespalt zwischen beiden Häusern nicht vorgesehen und bei dieser „Lücke in der Verfassung“ die Regierung berechtigt sei, den Staatshaushalt auch ohne Finanzgesetz zu führen. Auch die Verweigerung einer Anleihe beunruhigte ihn nicht; mit einer Offenheit, die nichts zu wünschen übrig ließ, sagte er, er werde in diesem Falle „die Mittel, welche er bedürfe, nehmen, wo er sie bekomme.“

Solchem Vorgehen entsprach die äußere Politik. In der deutschen Frage sollte energisch vorgegangen werden, die Unterordnung

Preußens unter den Bund und das östreichische Präsidium sollte aufhören. Auf „moralische Eroberungen in Deutschland" und auf dessen politische Sympathien wurde wenig Werth gelegt; ein starkes Kriegsheer war ein weit sichereres Mittel, Preußens Wünsche am Bunde durchzusetzen und seine Beziehungen zu den deutschen Bundesstaaten auf die wirklichen Machtverhältnisse zu gründen. In Unterredungen mit dem östreichischen Gesandten, Grafen Karolyi, im December 1862 erklärte sich Bismarck über Preußens Stellung zu Oestreich dahin: „Preußen wünsche bessere Beziehungen zu Oestreich. Letzteres habe die Wahl, seine gegenwärtige antipreußische Politik mit dem Stützpunkt einer mittelstaatlichen Coalition fortzusetzen oder eine ehrliche Verbindung mit Preußen einzugehen. Dazu gehöre das Aufgeben der preußenfeindlichen Thätigkeit bei den deutschen Höfen und die gemeinsame Leitung des Bundes. Fragen von erheblicher Wichtigkeit könnten nur nach vorgängiger Vereinbarung zwischen beiden Großmächten vor den Bund gebracht, dürften aber nicht von Oestreich, trotz des Widerspruchs Preußens, einfach durch Majoritätsbeschlüsse entschieden werden. Eine Ueberschreitung der Kompetenz des Bundes durch Majoritätsbeschlüsse würde Preußen als einen Bruch der Bundesverträge betrachten und demgemäß verfahren. Oestreich solle sich nicht der Illusion hingeben, daß Preußen für alle Fälle in einem Kriege auf seiner Seite stehen werde. Oestreich würde überhaupt in seinem besten Interesse handeln, wenn es seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegte." Damit war Oestreich nicht einverstanden. Die dortigen Staatsmänner trauten Preußen nicht den Muth zu einem selbständigen Vorgehen zu und hofften, falls Preußen sich doch zu einem Kampf entschließen sollte, auf die Unterstützung ganz Deutschlands und auf eine gründliche Demüthigung des emporstrebenden Rivalen. Nicht geschwächt, sondern verstärkt sollte Oestreichs Macht am deutschen Bunde werden. Zu diesem Zwecke legte Franz Josef auf der Fürstenversammlung zu Frankfurt am 16. August 1863 sein Reformprojekt vor. Durch Bismarck über die Bedeutung des Projects unterrichtet, nahm König Wilhelm an dem Kongreß keinen Theil und lehnte seinen Beitritt zu den Frankfurter Beschlüssen ab. Bismarck erklärte, daß die östreichischen Reformplane weder der berechtigten Stellung der preußischen Monarchie noch den Interessen des deutschen Volkes entsprächen, und unterzog in einem officiellen Aktenstück vom 15. Sept. den östreichischen

Verfassungsentwurf einer vernichtenden Kritik, die eigenen Forderungen in ihrer ganzen Schärfe entgegenstellend. An diesem Widerstande Preußens mußte das ganze Projekt scheitern. Der Bundestag, dessen Leitung Oestreich noch fester als bisher in seine Hand nehmen wollte, um dadurch Preußens Unterwerfung zu erzwingen, blieb in seiner alten Form bestehen und sollte sich nun gleich in seiner ganzen Zerfahrenheit zeigen.

Am 15. November 1863 starb König Friedrich VII. von Dänemark. Sein Nachfolger war der durch das Londoner Protokoll von 1852 oktroyirte Christian IX. Daß er im eigentlichen Dänemark König wurde, bestritt ihm niemand; ob aber in den Herzogthümern, war eine andere Frage. Weder die Stände derselben noch der deutsche Bund hatten das Protokoll anerkannt, und wenn auch Christian von den Herzogthümern bereits Besitz genommen hatte, so hielten diese doch an dem Prinzen Friedrich von Augustenburg fest, welcher auch nicht säumte, gegen die Usurpation Christians zu protestiren und sich den Titel „Herzog von Schleswig-Holstein" beizulegen. Und selbst diejenigen Staaten, welche das Protokoll unterzeichnet hatten, wie Oestreich und Preußen, unter den Mittelstaaten Hannover, Sachsen und Württemberg, waren nicht gehalten, dasselbe auszuführen, da Dänemark die daran geknüpften Bedingungen nicht hielt. Dieses hatte sich verpflichtet, die Provinzialverfassungen der Herzogthümer wiederherzustellen und Schleswig niemals dem eigentlichen Dänemark einzuverleiben. Aber am 30. März 1863 wurde von der eiderdänischen Partei, welche allenfalls das zum deutschen Bunde gehörige Holstein fahren lassen wollte, um Schleswig desto fester an sich zu ziehen, das sogenannte Märzpatent durchgesetzt, wonach Holstein, ohne Zustimmung der Stände, aus der Gesamtmonarchie zwar ausgeschieden, aber zur tributpflichtigen Provinz gemacht wurde, deren Soldaten in den dänischen Garnisonen von dänischen Officieren befehligt wurden. Zugleich wurde das Parlament für Dänemark und Schleswig nach Kopenhagen berufen und eine für beide gemeinsame Verfassung vorgelegt und berathen, wodurch die Einverleibung Schleswigs förmlich ausgesprochen war. Der Entwurf wurde am 14. November vom Parlament angenommen, und am 15. starb König Friedrich. Der Protokollkönig hatte die Wahl, entweder diese Verfassung zu unterzeichnen und dadurch auf's neue Deutschland in Flammen zu setzen oder seine Unterschrift zu verweigern und sich seine Krone vom Kopen-

hagener Pöbel, der drohend seinen Palast umlagerte, wieder herunterreißen zu lassen. Das erstere hielt er für die kleinere Gefahr und unterzeichnete am 18. November. Dabei hoffte er auf die Hilfe Schwedens und Englands. Mit jenem war schon unter seinem Vorgänger eine Offensiv- und Defensiv-Allianz besprochen worden; aber nach seinem Tode unterblieb Schwedens Ratification. England gab sich allerdings unter allen Großmächten die meiste Mühe, die Gefahr von Dänemark abzuwenden; aber auch hier gieng es, wie kurz vorher für Polen, über diplomatische Verwendung nicht hinaus, und als es in Frankfurt gegen eine Bundesexekution in Holstein protestirte, wurde ihm entgegnet, daß dies das Ausland gar nichts angehe, da es eine rein innere Angelegenheit Deutschlands sei.

Seit 1848 hatte man in Deutschland keine solche Aufregung gesehen wie im Winter von 1863 auf 1864. Jedermann fühlte, daß es sich hier nicht bloß um die Vertheidigung eines unglücklichen, verlassenen Bruderstammes handle, sondern um Deutschlands Zukunft, um eine rasche Entwicklung jenes endlosen Drama's, das in seinem Schlußakt Deutschland als kräftigen Einheitsstaat ebenbürtig neben den ersten Großmächten auftreten lassen sollte. Das Recht Schleswig-Holsteins wurde in der Presse, in den Volks- und Ständeversammlungen mit einer Begeisterung verfochten, daß man sich nicht scheute, ganz Europa in die Schranken zu fordern. Je höher die Fluten der Volksbewegung stiegen, desto kühler und zugeknöpfter zeigten sich die Minister der deutschen Großmächte, Bismarck und Rechberg. Beide fingirten einen gewaltigen Respekt vor der Bedeutung des Londoner Protokolls, durch das sie gebunden seien, und thaten, als ob dasselbe seine Giltigkeit bis an's Ende der Welt haben müßte. In Wien wurde die Agitation für die Herzogthümer sehr ungnädig aufgenommen und möglichst unterdrückt. Mit Bismarck ließ sich eher etwas machen. Nicht als ob er sich an die Spitze der deutschen Freischaaren hätte stellen wollen! Aber wenn sich die Sache im Interesse einer preußischen Macht- oder gar Gebietserweiterung und als Ableiter für die Kammeropposition verwerthen ließ, so war er trotz des Londoner Protokolls dabei. Somit mußte, wenn etwas geschehen sollte, zunächst der Bundestag seine Stimme erheben. Er that einen Schritt vorwärts und einen halben rückwärts. Nachdem er den dänischen Bundestagsgesandten von den Sitzungen ausgeschlossen hatte, beschloß er am 7. December, einem Drucke der beiden Groß-

mächte nachgebend, daß nicht, wie das deutsche Volk wollte, die Occupation Holsteins, sondern nur die Exekution stattfinden solle. Zugleich trafen aus Holstein von den Ständemitgliedern, der Ritterschaft, den Prälaten und der Universität Kiel Eingaben an den Bundestag ein, welche um Anerkennung und Einsetzung ihres „rechtmäßigen Herzogs Friedrich VIII.“ baten. Fast alle Beamten Holsteins hatten König Christian den Huldigungseid verweigert.

Doch gleichviel, ob Occupation oder Exekution, wenn es nur einmal vorwärts gieng! Die Ausführung der Exekution wurde Hannover und Sachsen übertragen, welche je 6000 Mann aufstellen und diese unter dem Oberbefehl des sächsischen Generallieutenants Hacke in Holstein einmarschiren lassen sollten. Oestreich und Preußen sollten je 5000 Mann als Reserven an der Grenze bereit halten und nöthigenfalls mit größeren Truppenmassen eingreifen. Am 23. December überschritten die Bundestruppen die holsteinische Grenze und besetzten bis zum Ende des Monats das ganze Herzogthum bis Kiel und Rendsburg, nachdem die Dänen sich über die Eider in ihr festes Danewerk zurückgezogen hatten. Gleich nach ihrem Abzug wurde in allen Gemeinden Herzog Friedrich proklamirt, und obgleich die Civilkommissäre des Bundes eine öffentliche Kundgebung verhindern wollten, so lange Friedrich nicht vom Bunde anerkannt sei, so traten doch am 27. December gegen 20,000 Holsteiner in Elmshorn unter freiem Himmel zu einer Landsgemeinde zusammen, erklärten Herzog Friedrich für ihren rechtmäßigen Landesherrn und luden ihn ein, sich in ihre Mitte zu begeben. Und wirklich langte er, der bisher in Gotha seinen Sitz gehabt hatte, am 30. December in Kiel an.

Es fragte sich nun, ob der deutsche Bund Friedrich als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und ihm als Bundesfürsten bewaffnete Hilfe zur Eroberung Schleswigs leisten würde. Die Regierungen der Mittelstaaten, zum Theil von der Bevölkerung hiezu gedrängt, waren voll guten Willens. Doch mußte das Augustenburgische Erbrecht noch einmal auf's gründlichste untersucht werden. Dasselbe war schon dadurch etwas zweifelhaft geworden, daß der Vater des Prinzen 1852 gegen Ausbezahlung von 2,250,000 Thalern auf sein Erbrecht verzichtet hatte, ohne daß seine beiden, schon damals majorennen, Söhne dagegen protestirten, was erst 7 Jahre später von Seiten des Prinzen Friedrich geschah. Bis aber der bairische Gesandte, von der Pfordten, vom Bundestag zum Refe-

renten bestellt, seine Arbeit auch nur zur Hälfte fertig hatte, hatten Oestreich und Preußen dem Bunde das Heft entwunden und in die eigene Hand genommen. Preußen, dem das Vorgehen der Mittelstaaten sehr unangenehm war, beredete seinen Rivalen Oestreich, im Verein mit ihm den deutsch-dänischen Streit selbst auszukämpfen. Bismarck wollte weder Lossagung vom Londoner Vertrag, weil er dadurch einen Krieg mit England und Rußland herbeizuführen fürchtete, noch die Einsetzung des Augustenburgers, weil er, falls Dänemark auf seinem Vertragsbruch beharrte, Schleswig-Holstein an Preußen zu bringen im Sinne hatte. Erfüllte Dänemark seine vertragsmäßigen Zusagen, so unterblieb der Krieg; erfüllte es sie nicht, so war die Aufrechthaltung des Londoner Protokolls ein günstiger Vorwand zum Einmarsch in Holstein und zur Besetzung Schleswigs als eines Pfandes. Die Bundesgenossenschaft Oestreichs war Bismarck hiebei willkommen, theils um dasselbe nicht auf Seiten der auswärtigen Mächte zu sehen, theils um durch ein solches Zuwiderhandeln gegen die Intentionen des Bundestags Oestreich mit den Mittelstaaten zu verfeinden. Andererseits gieng Oestreich auf die Aufforderung zu gemeinschaftlicher Aktion schon deßwegen ein, weil es dadurch Preußens Annexionsgelüste zügeln zu können hoffte. Beide erklärten daher am Bund, daß sie die „Geltendmachung der Rechte desselben in Bezug auf Schleswig nunmehr in ihre eigenen Hände nehmen werden", und kümmerten sich um den Protest Baierns und der übrigen Mittelstaaten nichts. Wollten diese nicht einen Bürgerkrieg heraufbeschwören, so blieb ihnen nichts übrig, als sich in ihr Schicksal zu ergeben. Die beiden „Vormächte" ließen am 16. Januar 1864 in Kopenhagen erklären, daß sie, wenn nicht innerhalb 48 Stunden die dänisch-schleswig'sche Verfassung vom 18. November 1863 aufgehoben sei, Schleswig mit ihren Truppen besetzen und ihre Gesandten abberufen würden. Die eiderdänischen Führer glaubten, daß auch diesmal, wie im Jahre 1848, die auswärtigen Mächte Deutschland nicht erlauben würden, in eigenen Angelegenheiten Krieg zu führen, und zwangen daher den König, am 18. Januar eine abschlägige Antwort zu geben.

Schon standen die neuen Alliirten an der Grenze. Obgleich das preußische Abgeordnetenhaus, eine auswärtige politische Frage zu einer Frage der ministeriellen Opposition machend, am 22. Januar die Genehmigungder Kriegsanleihe von 12 Mill. Thalern ver-

weigerte und die entschiedenste Mißbilligung der Politik Bismarks aussprach, ließ sich dieser doch in der Durchführung seiner Plane nicht aufhalten. Gegen Ende Januars rückten die Truppen in Holstein ein. Die Preußen, welche 39,000 Mann und 110 Kanonen hatten, standen unter dem Prinzen Friedrich Karl, die Oestreicher mit 20,800 Mann und 48 Kanonen unter dem Feldmarschall-Lieutenant Freiherrn von Gablenz. Den Oberbefehl über beide Corps führte der 80jährige preußische Feldmarschall Wrangel. Die entscheidende Stimme in diesem Feldzug hatte somit Preußen. Den rechten Flügel der Armee bildete Friedrich Karl, das Centrum Gablenz, den linken Flügel die preußische Gardedivision unter General von der Mülbe. In dieser Aufstellung rückten die Alliirten gegen das berühmte Danewerk vor, von dem man in Kopenhagen glaubte, daß die „tapperen Landsoldaten“ sich darin so sicher befänden wie in Abrahams Schoß. Aber diese elf Meilen lange Verschanzungslinie, deren Gründung uns bis ins Jahr 808, in die Zeiten Karls des Großen, zurückführt, erforderte zur Vertheidigung zum mindesten eine Armee von 60,000 Mann, und der dänische Oberbefehlshaber de Meza hatte nur etwa 30,000. Am 1. Februar giengen die Alliirten über die Eider, Friedrich Karl besetzte Eckernförde, bestürmte unter dreistündiger Kanonade, wenn auch ohne Erfolg, am 2. die Schanzen von Missunde, schlug weiter abwärts bei Arnis eine Brücke über die Schlei und richtete seinen Marsch nach Flensburg, um dem Feinde den Rückzug abzuschneiden. Inzwischen schlugen sich die Oestreicher, welche den Feind in der Front anzugreifen hatten, am 3. bei Jagel, Overselk und am Königsberg und drangen bis zum eigentlichen Danewerk vor. Als sie sich aber zum Sturm anschickten, erfuhren sie, daß das Danewerk geräumt und der Feind im vollen Rückzug nach den Düppeler Schanzen sei. Da nämlich General Meza einsah, daß er gegen die tüchtigen und überlegenen Truppen der Alliirten weder das Danewerk halten, noch eine offene Feldschlacht bestehen könne, so zog er sich, nach einem fast einstimmigen Beschluß des Kriegsraths, um wenigstens die Armee dem Staate zu retten, in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar, nach der zweiten Verschanzungslinie, den Düppeler Höhen, zurück. Rasch folgten ihm die Alliirten. Bei Oeversee holte die östreichische Vorhut den dänischen Nachtrab ein und schlug ihn in einem blutigen Gefecht zurück (6. Februar). Unaufhaltsam gieng es nun auf der ganzen Linie der Alliirten vorwärts nach Norden. Prinz

Friedrich Karl wandte sich gegen Düppel, Gablenz und Mülbe gegen Nordschleswig und Jütland. Der letztere besetzte am 19. Februar Kolding, eine jütische Grenzstadt. Mit Ausnahme der Inseln und der auf der Halbinsel Sundewitt liegenden Düppeler Verschanzungen war ganz Schleswig in der Gewalt der Alliirten. Die preußische Garde und die Oestreicher trieben den Feind, nachdem er noch einmal bei Veile von Gablenz geworfen war, bis hinter den Lymfiord im Norden Jütlands zurück, wandten sich dann wieder südlich, und ein Theil der Garde zog nach Düppel, um an dem Sturm theilzunehmen; der Rest rückte mit den Oestreichern vor die Festung Fridericia, welche von den Dänen am 29. April, zehn Tage nach der Erstürmung der Düppeler Schanzen, in aller Stille geräumt wurde.

Die Düppeler Stellung erforderte, wenn man nicht gar zu viele Menschen opfern wollte, eine regelmäßige Belagerung. Dazu aber mußte erst aus Preußen schweres Geschütz herbeigeschafft werden. So hatte man hier ein kleines Sebastopol, bei welchem die unterirdische Arbeit mehrere Wochen in Anspruch nahm. Am 18. April erfolgte der Sturm unter der Leitung des Prinzen Friedrich Karl. Die Tapferkeit und Aufopferungsfähigkeit der Preußen überwand alle Schwierigkeiten, so hartnäckig auch die Vertheidigung war. Bis Nachmittags zwei Uhr waren die Düppeler Schanzen erobert und ebendamit das Festland von Schleswig von seinen dänischen Bedrückern vollständig befreit. Die Preußen hatten an Todten und Verwundeten 1188 Mann, darunter 70 Officiere, die Dänen verloren 110 Officiere und 4736 Mann, darunter 2600 unverwundete Gefangene; der Rest wurde über die Brücke von Sonderburg nach der Insel Alsen zurückgetrieben. Auch fielen 120 Geschütze und 4000 Gewehre in die Hände der Sieger. Diese wandten sich nördlich, besetzten ganz Jütland bis zum Lymfiord und legten zum Ersatz für die Blokade der deutschen Seehäfen und die Wegnahme deutscher Handelsschiffe der Bevölkerung Jütlands eine entsprechende Kontribution auf. Auch zur See wurde gekämpft, wenn gleich gerade hier die Unterlassungssünden der deutschen Vormächte am meisten sich bemerklich machten. Die preußische Marine hatte am 17. März unter Contreadmiral Jachmann an der Ostseite von Rügen ein rühmliches Gefecht mit einer überlegenen dänischen Flottenabtheilung, und am 9. Mai griffen die zwei östreichischen Fregatten „Schwarzenberg“ und „Radetzky“ unter Contreadmiral Tegetthoff nebst drei preußischen

Schiffen ein dänisches Geschwader bei Helgoland an, mußten sich aber, weil der „Schwarzenberg“ in Brand gerieth, nach der Elbemündung zurückziehen, über welchen „glänzenden Sieg“ der dänischen Flotte das englische Parlament in einen cynischen Jubel ausbrach.

Das englische Kabinet hatte seither alles gethan, um das Heiligthum des Protokolls nicht antasten zu lassen. Hatte es doch sogar Napoleon aufgefordert, zur Erleichterung Dänemarks eine kriegerische Demonstration am Rhein zu machen! Aber so populär wohl in Frankreich ein Rheinfeldzug gewesen wäre, so hatte Napoleon, das Ende des Oheims bedenkend, doch nicht Lust, einen solchen allein auf sich zu nehmen oder gar mit einer bloßen Demonstration sich zu begnügen. Er gab daher zur Antwort, daß er den nationalen Wünschen Deutschlands und Schleswig-Holsteins, welche auf eine engere Verbindung zwischen beiden gerichtet seien, unmöglich mit den Waffen entgegentreten könne. Er mochte wohl hoffen, Preußen, das er bisher vergebens seinen Zwecken dienstbar zu machen versucht hatte, nun endlich, nachdem es den großen politisch-militärischen Schauplatz betreten hatte, bald in solche innere und äußere Verwicklungen gebracht zu sehen, daß es seine Forderungen, ohne Widerstand leisten zu können, annehmen mußte. Durch die Haltung Napoleons war jede europäische Intervention beseitigt. Die englischen Minister wagten für sich allein nicht in kriegerischer Weise vorzugehen, zumal da sie gegen das Auftreten Preußens und Oestreichs nichts Ernsthaftes vorzubringen wußten; denn sie hatten ja früher selbst die Verpflichtung Dänemarks zur Erfüllung seiner Zusagen hinsichtlich der schleswig-holsteinischen Verfassungsrechte anerkannt. Von Rußland vollends, wo man in dieser neuen Verwicklung einen sehr willkommenen Ableiter für die Theilnahme an dem Schicksal Polens erblickte, hatten die deutschen Mächte nichts zu besorgen. Endlich brachte es England, wo die Tochter des dänischen Königs, die Prinzessin Alexandra von Wales, all ihre Liebenswürdigkeit aufbot, um die alten, steifen Herren des Kabinets zu einem lustigen Turnier für ihren Herrn Papa zu entflammen, wenigstens zu einer Konferenz der Unterzeichner des Londoner Protokolls, an welcher als Stellvertreter des deutschen Bundes der sächsische Minister von Beust theilnahm. Dieselbe wurde am 25. April in London eröffnet und zunächst ein Waffenstillstand vom 12. Mai bis 12. Juni, später mit einer Verlängerung bis zum 26. Juni beschlossen. Deutschlands

Presse und Vereine und die Herzogthümer protestirten übrigens gegen die Anmaßung der Konferenz, über eine Sache, die sie gar nicht angehe, entscheiden zu wollen. Zum Glück hatte Deutschland an der Hartnäckigkeit des dänischen Gesandten einen Bundesgenossen, wie es ihn nicht besser wünschen konnte. Noch am 17. Mai schlugen Oestreich und Preußen die Personalunion zwischen Dänemark und den Herzogthümern vor. Die Dänen schauderten vor einem solchen Resultat und giengen in gar keine Berathung darüber ein. Andererseits war dies von Preußen die äußerste Koncession. Wurde sie nicht angenommen, so blieb Preußen nichts anderes übrig, als weniger zu bieten. Ohnedies hatte in Berlin die Militärpartei die Oberhand am Hofe bekommen. Diese rechnete nach dem sehr einfachen Calcul des Eroberungsrechts und nicht nach den verwickelten Sätzen des Londoner Protokolls. Preußen und Oestreich sagten sich offen von demselben los und verlangten in der Sitzung vom 28. Mai die „vollständige Trennung der Herzogthümer von Dänemark und ihre staatliche Vereinigung unter der Souveränetät des Erbprinzen von Augustenburg," ohne damit die Erbberechtigung desselben als definitiv erledigt anzusehen. Nun suchte England von Schleswig noch möglichst viel für Dänemark herauszuschlagen, und es entstand ein langes Markten über eine mehr südliche oder nördliche Theilungslinie. Die deutschen Mächte wollten sich höchstens herbeilassen, als Ersatz für Lauenburg den nördlichsten, großentheils dänischen Theil von Schleswig an Dänemark zurückzugeben. Die dänischen Gesandten verwarfen diesen Antrag, verwarfen auch den Vorschlag des Herrn von Beust, die Bevölkerung Schleswigs selbst hierüber abstimmen zu lassen, und verwarfen zuletzt den Antrag Englands, einen Schiedsrichter zu erwählen, welcher die Theilungslinie zu bestimmen habe. Damit war aber auch aller englische Witz erschöpft, und es gieng nach dem Sprichwort: „Wem nicht zu rathen ist, dem ist auch nicht zu helfen." Die Konferenz gieng am 25. Juni resultatlos auseinander. Das Schwert mußte den dänischen Knoten zerhauen.

Wie die Polen, so täuschten sich auch die Dänen in England. Dieses wollte nur eine diplomatische, nicht eine bewaffnete Einmischung, und Kabinet und Parlament waren hierin einig. Auch Deutschland war mit der Erklärung seiner Vormächte am 28. Mai einverstanden und jubelte, daß nun wieder die Kanonen zum Wort kamen. Prinz Friedrich Karl, der für den alten Wrangel den Oberbefehl über-

nommen hatte, ließ am 29. Juni vor Tagesanbruch auf 160 Kähnen seine Bataillone über den Alsensund setzen und unter dem Feuer der dänischen Batterien landen. General Herwarth von Bittenfeld kommandirte die preußischen Truppen. Die Dänen wurden auf allen Seiten zurückgeworfen, nach dem äußersten Winkel der Insel Alsen; der Halbinsel Kekenis, gedrängt, von wo sie am folgenden Tage nach der Insel Fünen sich retteten. Aber gegen 3000 Gefangene und viel Kriegsmaterial fielen den Siegern in die Hände. Das Städtchen Sonderburg war von den Dänen selbst in Flammen gesetzt worden. Fast zu gleicher Zeit rückten die Alliirten in Jütland vor, überschritten den Lymfiord, zwangen das 5000 Mann starke dänische Heer zur Einschiffung nach Seeland und pflanzten ihre Fahnen an der Nordspitze Jütlands, dem Kap Skagen und am Ottensund auf, wo einst Kaiser Otto I. seinen Speer weit hinaus in die Wogen geschleudert hatte. Die östreichischen Kriegsschiffe erlösten endlich auch die westfriesischen Inseln Sylt, Föhr u. s. w. von ihrem Tyrannen, dem dänischen Seekapitän Hammer, welcher samt Fahrzeugen und Mannschaft den Befreiern in die Hände fiel.

So heftig die Bevölkerung Kopenhagens nach der Räumung des Danewerks getobt und die Absetzung Meza's durchgesetzt hatte, so kleinmüthig war sie jetzt, da die ganze dänische Monarchie nur noch auf einigen Inseln zu suchen war. Man hielt sich selbst in Kopenhagen nicht mehr für sicher vor den Preußen und verlangte nach dem Schutz des Heeres und der Flotte. Diese niedergeschlagene Stimmung benützte König Christian, entließ das eiderdänische Ministerium Monrad, suchte um Waffenstillstand nach und schickte zu Friedensunterhandlungen einen Gesandten nach Wien. Dort wurden, mit gänzlicher Ausschließung des deutschen Bundes, zwischen Preußen, Oestreich und Dänemark am 1. August die Präliminarien verabredet und am 30. Oktober der Friede geschlossen. In diesem Wiener Frieden verzichtete der König von Dänemark auf alle seine Rechte an Schleswig, Holstein und Lauenburg zu Gunsten des Kaisers von Oestreich und des Königs von Preußen. Das langjährige Unrecht war endlich gerächt, das freche, übermüthige Dänenthum war auf seine Inseln zurückgeworfen, das arme Schleswig durfte wieder seine Muttersprache reden, drei deutsche Herzogthümer waren wieder Deutschland zurückgegeben. Doch durfte man fragen: wem in Deutschland? Die Herzogthümer, das übrige Deutschland, selbst Oestreich glaubten, daß nun

der Einsetzung des Augustenburgers als Herzogs von Schleswig-Holstein nichts mehr im Wege stehe. Wer aber den Wortlaut des Wiener Friedens näher ansah, konnte kaum daran zweifeln, daß Preußens Entschluß, sich in den Herzogthümern festzusetzen, unwiderruflich feststehe. Denn in demselben war ja ausdrücklich von den Rechten des Königs Christian die Rede; und doch hatte sich Preußen während der Konferenz von dem Londoner Protokoll losgesagt, ebendamit Christian die Anerkennung seiner Rechte versagt. Wenn es nun wieder zu dem alten Standpunkte zurückkehrte, so geschah es offenbar bloß, um durch diesen Widerspruch die Rechte des Augustenburgers, die es am 28. Mai verkündigt hatte, bei Seite setzen und alle Besitzrechte auf sich selbst und auf Oestreich übertragen lassen zu können. Diese allein, und niemand sonst, sollten ein Recht auf die Herzogthümer haben. Der Mitbesitz Oestreichs war zwar immerhin lästig; aber Bismarck, die Seele der neuen Annexionspolitik, glaubte, bei den fortwährenden Verlegenheiten dieses Staates, leicht mit ihm fertig zu werden. Hatte doch Oestreich durchaus kein greifbares Interesse an der Nordsee! Konnte es doch für sich selbst unmöglich dieses entlegene Besitzthum begehren oder behalten! Hatte es doch von Anfang an gezeigt, daß es eher für Dänemark als für den Augustenburger begeistert war! Warum sollte es also nicht seinem Alliirten von 1864 durch die Finger sehen, wenn dieser die hauptsächlich mit preußischem Blute befreiten Provinzen entweder sich vollständig einverleibte oder in militärischer und maritimer Beziehung ganz von sich abhängig machte? Und wenn es je in seiner Eifersucht auf das Emporkommen des jüngeren Nebenbuhlers dessen fieberhaftem Appetit eine Tantalusqual bereiten wollte, so gab es ja für Oestreich ein Ungarn und Italien und damit einen Berg von Verlegenheiten, die ihm, wenn es nicht kameradschaftlich gesinnt war, in den Weg geworfen werden konnten. Und dann konnte man, schloß Bismark weiter, erst recht mit Oestreich abrechnen, die deutsche Frage auf's Tapet bringen, mit der reorganisirten Armee und den Zündnadelgewehren Oestreich aus Deutschland hinaustreiben und einen neuen deutschen Bund gründen, in welchem Preußen das große Wort führte. Dann erst war Preußen eine wirkliche Großmacht, dann auch mit der Erwerbung der Herzogthümer eine Seemacht, dann erst war der Staat Friedrichs des Großen fertig.

Gleich beim Friedensschluß prophezeiten klügere Politiker, daß

die siegreichen Alliirten wegen Theilung der Beute einander selbst in die Haare kommen würden. Hundertjähriger Groll hatte sich angesammelt. Bei den Unionsbestrebungen Preußens in den Jahren 1849 und 1850 war der Krieg nur durch die Nachgiebigkeit Friedrich Wilhelms IV. verhindert worden. Aber der Stachel war stecken geblieben, und König Wilhelm und sein Minister Bismarck scheuten auch vor einem Krieg nicht zurück, wenn sie die preußische Machtstellung gefährdet sahen. So blieb also Oestreich wohl keine andere Wahl übrig, als entweder Preußen die Elbherzogthümer zu überlassen oder einen Krieg auf Tod und Leben mit ihm anzufangen. Denn dazu war Bismarck fest entschlossen, und je mehr er sich als den Mann zeigte, der allein im Stande sei, die Armee-Reorganisation durchzusetzen, desto mehr stieg sein Einfluß auf den König. Nach der Opposition des Landtags fragte er nichts; die deutschen Mittel- und Kleinstaaten behandelte er samt dem Bundestag als ohnmächtige Geschöpfe, die wohl gerne ein Geschrei erhoben, aber, wenn sie den Ernst sahen, wieder ruhig zu ihrer Bürgerpflicht zurückkehrten. Dies zeigte sich eben damals auch auf dem Gebiet des Zollvereins. Preußen hatte im Namen desselben 1862 einen Handelsvertrag mit Frankreich geschlossen, welchem mehrere Mittelstaaten aus Vorliebe für Oestreich, das seine handelspolitischen Interessen dadurch gefährdet sah, die Zustimmung verweigerten. Darauf antwortete Preußen mit eventueller Kündigung des Zollvereins, und eben jene Staaten, mit dem Ruin ihrer Industrie bedroht, von ihren Gewerbetreibenden gedrängt, im schleswig-holsteinischen Krieg durch Oestreichs Zurückschiebung des Bundes verletzt, gaben ihre Zollverhandlungen mit Oestreich auf, traten dem Handelsvertrag bei und schickten auf den 30. September 1864 ihre Bevollmächtigten zur Zollkonferenz nach Berlin. Dies war zugleich eine Schlappe für Oestreich, das sich nun von jedem engeren Verhältniß zum Zollverein ausgeschlossen sah und wie jeder andere fremde Staat mit demselben zu unterhandeln hatte.

Nicht glimpflicher verfuhr Preußen mit den Bundes-Kommissären und Generalen in Holstein. Schon während des Krieges kümmerte es sich um die Anordnungen derselben nicht im geringsten, besetzte „zur Sicherheit und Freiheit der Kriegsoperationen" die holsteinischen Städte Altona, Kiel und Neumünster und am 21. Juli auch die Festung Rendsburg. Nach dem Abschluß des Friedens erklärte es, daß nun Holstein an Preußen und Oestreich zu übergeben, somit eine weitere

Besetzung des Landes durch Bundestruppen „gegenstandslos" sei. Da Hannover und Sachsen nicht darauf eingehen wollten, so besetzte Preußen, als die östreichischen Truppen größtentheils Holstein bereits verlassen hatten und die preußischen von Schleswig aus langsam nachrückten, mit diesen für die Heimkehr bestimmten Heeresabtheilungen plötzlich alle wichtigen Punkte in Holstein, forderte Hannover und Sachsen auf, ihre Truppen und Kommissäre zurückzuziehen und stellte, um ein rascheres Verständniß zu erzielen, zur Drohung für diese zwei Staaten eine Division bei Minden und eine südlich von Berlin auf. Hannover begriff rasch, Sachsen dagegen rüstete sich und brachte die Sache vor den Bund. Hier half Oestreich seinem Alliirten; der Bund beschloß die Zurückziehung der Truppen, da die Exekution nun zu Ende sei; am 7. December 1864 übergaben die Bundeskommissäre den östreichisch-preußischen Civilkommissären Holstein und Lauenburg, und sofort begann der Rückmarsch der Hannoveraner und Sachsen. Preußen richtete sich nun in den Herzogthümern auf eine Art ein, daß man wohl sah, es werde freiwillig nie mehr herausgehen. Bei der Bevölkerung fand es übrigens wenige Sympathien. Nur der lauenburgische Adel wünschte das Ländchen durch Personalunion mit Preußen verbunden zu sehen; in Schleswig war man schon kühler und fügte sich höchstens in das Unvermeidliche; in Holstein dagegen hielt man fest an dem Recht des Augustenburgers und erklärte, daß dieser zunächst als Herzog einzusetzen sei, und daß er dann im Verein mit der Landesvertretung zu bestimmen habe, welche Konzessionen Preußen zu machen seien. Dieser Weg kam Bismarck für seine Plane nicht sicher genug vor, zumal da der Prinz von Augustenburg bei seiner Anwesenheit zu Berlin zu keinen namhaften Koncessionen sich hatte verstehen wollen. Der umgekehrte Weg gefiel ihm besser, die Anerkennung des Herzogs davon abhängig zu machen, daß Fürst und Land zum allerwenigsten vorher dem König von Preußen die unbedingte Verfügung über die Militärkräfte der Herzogthümer zu Wasser und zu Land überließen. Geschah dies nicht, so sollte auch von einem selbständigen Schleswig-Holstein und einem Herzog Friedrich keine Rede sein, und die Preußen blieben einstweilen faktisch die Herren des Landes. Um die Sache noch verworrener zu machen, forderte Bismarck den Großherzog von Oldenburg auf, seine Erbansprüche auf Schleswig-Holstein geltend zu machen, vindicirte dem preußischen Königshause selbst auch Erb-

rechte und berief die preußischen Kronjuristen zu einer staatsrechtlichen Prüfung dieser verwickelten Frage. Dieselben sprachen sich dahin aus, daß keiner der Prätendenten einen Anspruch auf das Ganze habe, sondern jeder nur auf einzelne Theile, daß der Augustenburger jedenfalls nicht mehr Rechte habe als die anderen, in Folge der Verzichtleistung und der Annahme einer Entschädigungssumme, welche mit Zustimmung der Söhne zum Ankauf des zum Familienfideikommiß gemachten Ritterguts Dolzig verwendet worden sei, gar keine mehr habe, und daß Preußen und Oestreich, welche allein das Land erobert hätten, niemand, auch nicht dem Bundestag Rechenschaft schuldig seien über die Verfügungen, welche sie über die drei abgetretenen Herzogthümer treffen wollten.

Den Vorschlag Oestreichs, die Herzogthümer dem Augustenburger als dem bestlegitimirten Prätendenten zu übergeben, lehnte Bismarck ab und erwiderte am 13. December 1864, daß vor der Entscheidung über die Erbfolgefrage die Frage über die künftige Stellung Preußens in den Herzogthümern entschieden sein müsse, und gab zu verstehen, daß Preußen an eine Einverleibung denke, natürlich gegen Geldentschädigung. Im Wiener Kabinet war indessen eine Aenderung vorgegangen. Graf Rechberg, welcher sich von Bismarck allzusehr hatte leiten lassen und in der Frage der Herzogthümer das Vertrauen der Mittelstaaten verscherzt hatte, war am 21. Oktober 1864 abgetreten. Sein Nachfolger war der schon erwähnte Graf Mensdorff-Pouilly, welcher wegen dieser, nach Schmerlings Ausdruck, „total verfahrenen" Sache mit Preußen zwar keinen Krieg anfangen, aber dasselbe doch an der Erreichung seines Zieles möglichst hindern wollte. Und dazu hatte er alle Mittel in der Hand; denn Oestreich war ja vollständiger Mitbesitzer und hatte gleich viel Rechte wie Preußen. Wie dieses die Konstituirung der Herzogthümer als eines selbständigen Staates dadurch hinderte, daß es nichts dafür und alles dagegen that, so verhielt sich Graf Mensdorff zu den Annexionsentwürfen seines preußischen Kollegen und schickte als Civilkommissär den Herrn von Halbhuber ab, der es besser als seine Vorgänger verstand, dem preußischen Kommissär, Freiherrn von Zedlitz, die Wage zu halten. Graf Mensdorff antwortete daher auf die Bismarck'sche Depesche am 21. December, daß Oestreich in die Einverleibung Schleswig-Holsteins nur gegen das Aequivalent einer ihm selbst zu gewährenden Vergrößerung seines deutschen Gebiets willigen könnte. Darauf präcisirte Bismarck

in seiner Depesche vom 22. Februar 1865 die Forderungen Preußens, ohne deren Erfüllung es nie ein selbständiges Schleswig-Holstein zugeben könne. Das Wesentliche derselben bestand darin, daß dem König von Preußen die unbedingte Verfügung über die ganze See- und Landmacht der Herzogthümer überlassen werden sollte. Oestreich konnte die Berechtigung der Februar-Vorschläge nicht ganz leugnen, erklärte aber die Bildung eines halb souveränen Staates für unvereinbar mit dem Bundesrecht und stimmte am 6. April einem Antrag der süddeutschen Staaten am Bundestag bei, wonach die bedingungslose Einsetzung des Augustenburgers in die Verwaltung Holsteins sofort erfolgen sollte. Der Antrag wurde zwar angenommen, hatte aber bei dem Widerstande Preußens keine weiteren Folgen. Eine Versammlung von Vertrauensmännern der Herzogthümer bezeichnete diejenigen Koncessionen, welchen sie ihre Zustimmung geben könnten. Allein Bismarck, welcher deutlich erkannte, daß die schleswig-holsteinische Frage nur im Zusammenhang mit der deutschen gelöst werden könne, und auf dieses Ziel hinarbeitete, gieng auf keine Abschlagszahlungen ein und machte zunächst Anstalten, um Kiel zu einer preußischen Marinestation zu machen. Aber hier stand der wachsame Herr von Halbhuber, ohne dessen Einwilligung Herr von Zedlitz nichts thun konnte, sehr hindernd im Weg. Allerhand wurde probirt. Die schleswig-holsteinische Ständeversammlung sollte berufen werden, was Oestreich nicht wollte, und als Oestreich später sich bereit zeigte, wollte Preußen nicht mehr und verlangte vor allen Dingen die Ausweisung des „Prätendenten", da unter dem Einfluß dieser „Augustenburgischen Nebenregieruug" an eine freie Meinungsäußerung der Stände nicht zu denken sei. Einen solchen Auftrag wollte Oestreich, schon aus Scheu vor der öffentlichen Meinung Deutschlands, nicht übernehmen, fand sich durch diese „Nebenregierung" durchaus nicht genirt und hatte nichts dagegen, als der 6. Juli, der Geburtstag des Augustenburgers, im ganzen Lande festlich begangen wurde und zahlreiche Deputationen aus Holstein und Schleswig nach Nienstädten, dem Wohnsitz des Herzogs, pilgerten, während bei der Geburtstagsfeier des Königs von Preußen auffallend wenige Personen sich einfanden.

Die Lage verschlimmerte sich von Woche zu Woche. Der König und Bismarck befanden sich im Juli 1865 in Karlsbad. Eine Depesche gelangte an das Wiener Kabinet voll bitterer Vorwürfe über die

holsteinische Opposition, ein einseitiges, gewaltsames Vorgehen Preußens in Aussicht stellend. Mit seiner bekannten Offenheit äußerte Bismarck gegen den Herzog von Gramont, den französischen Gesandten in Wien, er fürchte einen Krieg mit Oestreich so wenig, daß er ihn vielmehr wünsche; Preußen werde die Herzogthümer und die Suprematie in Deutschland, sei es auf dem Wege der Güte oder der Gewalt, bekommen. Wichtige Ereignisse waren im Anzug. Dahin deuteten die Ministersitzungen, welche sogar unterwegs, auf der Reise des Königs von Karlsbad nach Gastein, gehalten wurden. Sämtliche Minister und die Gesandten von Wien und Paris wurden vom König auf den 21. Juli nach Regensburg beordert, und gleich darauf hatte Bismarck in Salzburg mit dem bairischen Minister von der Pfordten eine Unterredung, worin er den Mittelstaaten in dem nahe bevorstehenden Krieg zwischen Preußen und Oestreich die Einhaltung strenger Neutralität sehr ans Herz legte. Ueber den Ausgang des Krieges sprach er sich sehr unbesorgt aus, da Oestreich weder gerüstet sei, noch Geld zum Kriegführen habe. Zu gleicher Zeit erfüllte er auch seine Drohung, in den Herzogthümern einseitig vorzugehen. Ohne den östreichischen Civilkommissär zu fragen, ließ er am 26. Juli den in Augustenburgischem Sinne agitirenden Redakteur May, einen geborenen Schlesier, in Altona verhaften und auf die Festung Rendsburg bringen und den preußischen Abgeordneten Frese, welcher zum Zwecke preußenfeindlicher Agitation in Kiel verweilte, aus Holstein ausweisen. Oestreich ließ es an Protesten nicht fehlen, aber zum Kriege war es allerdings nicht entschlossen, da gerade damals die Sistirung der Verfassung erfolgt war, der Ausgleich mit Ungarn versucht wurde und die Finanzkalamitäten einen üblen Eindruck im Volke zurückgelassen hatten. Nach einigen Unterhandlungen, bei welchen Oestreich sich zuerst für das Bundesrecht, Preußen für die Annexion aussprach, kam am 14. August die Gasteiner Konvention zu Stande, durch welche, unbeschadet der Rechte beider Großmächte auf beide Herzogthümer, die Regierung Schleswigs an Preußen, Holsteins an Oestreich überlassen und Lauenburg gegen die Summe von 2,500,000 dänischen Reichsthalern von Oestreich an Preußen vollständig abgetreten wurde. Der Kieler Hafen wurde zum Bundeshafen bestimmt, Preußen provisorisch das Commando und die Polizei in demselben überlassen, Rendsburg zur Bundesfestung erklärt, mit östreichischer und preußischer Besatzung und jährlich wechselndem

Obercommando, und Preußen das Recht zugestanden, den Nordostseekanal durch Holstein zu führen, Eisenbahnen und Telegraphen dort anzulegen.

Dadurch war Preußen seinem Ziele etwas näher gerückt, daher auch Bismarck zum Dank für seine Bemühungen von seinem König am 16. September in den Grafenstand erhoben wurde. Die gemeinschaftliche Regierung der Herzogthümer wurde am 15. September aufgelöst, und an ihre Stelle trat in Kiel als östreichischer Statthalter von Holstein Freiherr von Gablenz, in Flensburg als preußischer Gouverneur von Schleswig Freiherr von Manteuffel. Aber von definitiven Zuständen war immer noch keine Rede; von der eigentlichen Annexion war Bismarck nach der Gasteiner Konvention noch so ferne wie vor derselben; für das bisherige Provisorium hatte man jetzt ein neues erhalten. Preußens Verhältniß zu Oestreich war in Folge dieser Vorgänge so schlecht, als es ohne Krieg möglich war, und dieser mußte nothwendig ausbrechen, wenn nicht einer von beiden Theilen sich ganz in den Willen des anderen fügte. Dazu war bei der Eifersucht Oestreichs auf Preußens Machtvergrößerung, bei Preußens entschiedenem Willen, diese Machtvergrößerung zu erringen und aus seinen knappen Verhältnissen zu einem mächtigen, achtunggebietenden Großstaat sich aufzuschwingen, auch nicht die geringste Aussicht vorhanden. Hätte Preußen seinem „Alliirten“ irgend ein Stück Land als Ausgleichungsobjekt bieten können, so hätte Oestreich sicherlich gerne seinen schon halb verlorenen Posten in Holstein geräumt und ihm abgetreten, wie es dies bei Lauenburg gethan hat. Zu der Abtretung eines Theiles von Schlesien mit der Festung Glatz, was wohl ganz im Sinne des Wiener Kabinets gewesen wäre, konnte sich Preußen nicht verstehen. Schon damals fiengen die beiden Staaten, Preußen und Italien, an, sich gegenseitig zu verstehen. Hiezu hatte der Abschluß eines Handelsvertrags zwischen dem deutschen Zollverein und Italien viel beigetragen. Preußen war auch hier, wie bei den Verhandlungen über einen französischen Handelsvertrag, energisch vorgegangen, und den deutschen Mittelstaaten blieb nichts anderes übrig, als (am Ende des Jahres 1865 und zu Anfang des Jahres 1866) den Vertrag zu unterzeichnen und ebendamit ihre förmliche Anerkennung des Königreichs Italien auszusprechen. Italien war in Folge dessen einer Allianz mit Preußen sehr zugänglich.

Von Frankreich glaubte Bismarck bei einem preußisch-östreichischen Kriege nichts fürchten zu müssen. Bei seiner Zusammenkunft mit Napoleon in Biarritz, im Spätherbst 1865, hatte er diesem unverhohlen gesagt, daß Preußen in seiner jetzigen Lage nicht verharren könne, sondern sein Gebiet arrondiren müsse. Napoleon gieng darauf ein, sprach aber zugleich von „Kompensationen". Es ist wahrscheinlich, daß Bismarck denselben in dem Glauben ließ, daß er von Preußen, im Fall des Sieges über Oestreich, zum Dank für seine Neutralität oder sonstige Dienste irgend welche Kompensation erhalten werde; sicher aber ist, daß Bismarck ihm nicht die geringste Zusage machte, dabei aber doch den Eindruck bekam, daß er auf die Neutralität Frankreichs rechnen könne und im Fall des Krieges die Rheingrenze nicht zu besetzen brauche. Zum Krieg aber war Bismarck trotz der Gasteiner Konvention fest entschlossen, da er nur durch einen solchen seine preußischen und deutschen Ziele mit einem Schlage zu erringen hoffen konnte. Denn so sehr ihm auch an dem Besitz von Schleswig-Holstein lag, der für die Weltstellung Preußens eine absolute Nothwendigkeit war, so war doch damit noch nicht alles abgemacht. Die schiefe Stellung, in welcher Preußen zu Oestreich und zu den Mittelstaaten im deutschen Bunde war, blieb nach wie vor ebendieselbe, wenn nicht die schleswig-holsteinische Frage nur als ein Glied eines Ganzen, als ein Theil der deutschen Frage angesehen wurde. Mit der Lösung der ersteren war diese noch nicht entschieden, aber mit der Lösung der letzteren auch jene. Die deutsche Frage endlich einmal zum Austrag zu bringen, Preußen an die Spitze von Deutschland zu stellen und in Deutschland aufgehen zu lassen, das verachtete Deutschland auf diesem Wege zum ersten Staate von Europa zu machen, war die kühne, aber große und nationale Politik des Grafen Bismarck. Aber er hatte mit großen Schwierigkeiten am eigenen Herde zu kämpfen. Die Königin und das kronprinzliche Paar waren entschieden gegen einen Krieg, das letztere sprach sogar energisch für die Rechte des Augustenburgers und verhehlte nicht seine Abneigung gegen den Ministerpräsidenten. Doch gewann dieser den König immer mehr für seine Plane und brachte ihm immer mehr seine eigene Zuversicht auf den glücklichen Erfolg des Krieges bei. An Schwankungen fehlte es natürlich nicht. Dem Plane, Oestreich durch die Garantie Venetiens zur Nachgiebigkeit in der schleswig-holsteinischen Frage zu bringen, war Bismarck nicht zu-

gethan, weil dadurch nur diese, nicht die deutsche Frage gelöst werde, und weil man durch eine solche Garantie in seinen Wegen und Zielen gebunden sei. Und als es wiederum schien, daß der König zu dem Wagniß eines Krieges sich nicht bewegen lasse, so rieth Bismarck, die deutsche Reichsverfassung zu proklamiren, das Feld der moralischen Eroberungen zu betreten und unter der schwarz-roth-goldenen Fahne die deutschen Stämme zu vereinigen. Dann aber, erklärte er, müsse er, wenn auch nur temporär, abtreten, da er vermöge seiner Antecedentien für eine solche Aufgabe nicht der rechte Mann sei. Die Männer der liberalen Aera müßten in diesem Falle wieder in die Schranken treten. Es war dies der Weg, welchen Tausende von patriotischen Deutschen in den letzten Jahren von Preußen gefordert hatten. Ob er zu einem raschen Ziele, ob er überhaupt zu einem Ziele führe, war sehr fraglich.

§. 22.

Krieg in Deutschland und Italien, Austritt Oestreichs aus Deutschland, Auflösung des deutschen Bundes, Gründung eines norddeutschen Bundes unter Preußens Suprematie.

Das Jahr 1866 begann unter schlimmen Auspicien. Am 23. Januar richteten 19 Mitglieder der holsteinischen Ritterschaft eine Adresse an den Grafen Bismarck, worin sie um Personalunion der Herzogthümer mit Preußen baten. Aber an dem gleichen Tage sprach sich eine Versammlung von 3—4000 Männern aus beiden Herzogthümern, ohne gerade förmliche Beschlüsse zu fassen, in Altona für Einberufung einer schleswig-holsteinischen Ständeversammlung aus und brachte „dem rechtmäßigen, geliebten Fürsten Herzog Friedrich" ein Hoch. Dies gab dem Grafen Bismark Veranlassung zu einer Depesche vom 26. Januar, worin er das ganze politische Regierungssystem Oestreichs in Holstein angriff, es für eine Schädigung der konservativen Interessen erklärte, sein Bedauern aussprach, daß „revolutionäre und jedem Thron feindliche Tendenzen unter dem Schutze des östreichischen Doppeladlers sich entfalten" dürften, und einen Bruch der bisherigen Allianz in Aussicht stellte. Graf Mensdorff wies am 7. Februar die Anklage der östreichischen Politik in Holstein entschieden zurück und schloß mit der Bemerkung,

daß der Kaiser, selbst auf die Gefahr eines Bruches der Allianz mit Preußen, bei jener zu verharren entschlossen sei. Nun mußte die Möglichkeit eines Kriegs scharf in's Auge gefaßt werden, daher vom 7. bis 13. März in Wien die Sitzungen des Marschallsrathes unter dem Vorsitz des Kaisers stattfanden, Truppen aus Ungarn und anderen Provinzen nach Böhmen geschickt wurden, wofür die in einigen böhmischen Städten ausgebrochenen Judenverfolgungen unmöglich einen genügenden Vorwand darbieten konnten. Dagegen ließ Preußen seine schlesischen und sächsischen Festungen armiren und unterhandelte mit dem am 10. März in Berlin angekommenen italienischen General Govone über eine preußisch-italienische Allianz gegen Oestreich, zu deren Abschluß Bismarck schon seit seinem Eintritt in's Ministerium einleitende Schritte gethan hatte. Am 10. April kam der Vertrag zu Stande. In demselben verpflichtete sich Italien, Preußen zur Seite zu stehen, falls dieses wegen Aufrechthaltung seiner Reformvorschläge binnen drei Monate in einen Krieg verwickelt werden sollte; Preußen dagegen sicherte in diesem Falle dem Königreich Italien seine Unterstützung in der Gewinnung Venetiens zu. Auf die weitere Forderung des italienischen Ministerpräsidenten Lamarmora, daß auch das Trentino mit Italien vereinigt werde, gieng Bismarck nicht ein, da es sich dabei um deutsches Bundesgebiet handelte. In diese Allianzverhandlungen war Napoleon vollständig eingeweiht, da sowohl Viktor Emanuel als Lamarmora keinen Schritt hierin thaten, ohne vorher die Zustimmung Napoleons eingeholt zu haben. Nach Abschluß dieses Vertrags wurden die Rüstungen in Italien und ganz Deutschland sehr lebhaft betrieben. Auch die Mittelstaaten, welche sich meist auf die Seite Oestreichs stellten, trafen Vorbereitungen für den Krieg, besonders Sachsen, dessen Königsfamilie mit Kaiser Franz Josef eng befreundet, dessen Ministerpräsident, von Beust, ein erbitterter Feind des Grafen Bismarck war. Der letztere hatte sich der unbequemen Kammeropposition längst entledigt. Die erst am 15. Januar eröffnete Session für 1866 wurde schon am 23. Februar geschlossen. Und doch hatte die so heimgeschickte Opposition so viel nationales Bewußtsein, daß an dem Abgeordnetentag in Frankfurt (20. Mai) nur 8 preußische Abgeordnete sich betheiligten und Twesten, ein Führer der Opposition, in seinem Absagebrief der Versammlung erklärte, „daß er nicht allein das Selbstbestimmungsrecht des Volkes und seine Rechte den Regie-

rungen gegenüber, sondern auch die Machtstellung Preußens in's Auge zu fassen habe, und daß er sich nie an Schritten betheiligen werde, welche darauf abzielten, Preußen eine Niederlage beizubringen. Es gebe keine Macht in Deutschland, die für Deutschland etwas leisten könne, außer Preußen". Dies war die Gesinnung der überwiegenden Mehrheit des preußischen Volkes. Daher kam es auch, daß, obgleich dasselbe dem Kriege im allgemeinen abgeneigt war, doch alle unverdrossen zu den Fahnen eilten und selbst bei der Einberufung der Landwehr nur sehr wenige Ruhestörungen vorkamen, was für den Geist und die Disciplin des Volkes ein günstiges Zeugniß war.

Beide Großmächte suchten sich für den bevorstehenden Krieg die Gunst der Mittelstaaten zu verschaffen: Oestreich zu thätiger Mithilfe, Preußen wenn nicht zu dieser, so doch zur Neutralität. In einer „ganz vertraulichen" Circulardepesche vom 16. März theilte Oestreich den ihm befreundeten deutschen Regierungen mit, welchen Operationsplan es Preußen gegenüber einzuhalten gedenke. Von seiner Verpflichtung, die schleswig-holsteinische Frage nur im Einverständniß mit Preußen zu lösen, werde es sich lossagen und die Entscheidung derselben dem Bunde übertragen. Greife dann Preußen zu den Waffen, so solle das 7., 8., 9. und 10. Bundesarmeecorps und die mit diesen vereinigte östreichische Armee ihm entgegentreten. Die sofortige Mobilisirung dieser Armee sei also dringend nothwendig. Andererseits stellte Bismarck in einer Circulardepesche an die deutschen Regierungen vom 24. März die Frage an sie, „ob und in welchem Maße Preußen auf ihre Unterstützung für den Fall des Kriegs mit Oestreich zu rechnen habe", wobei er zugleich die Nothwendigkeit einer den realen Verhältnissen Rechnung tragenden Reform des Bundes betonte und für den Fall einer kriegerischen Niederlage Preußens Deutschland das Schicksal Polens in Aussicht stellte. Von den meisten Regierungen an den Bund verwiesen, stellte Preußen am 9. April am Bundestag den Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlaments auf Grund direkter Wahlen und des allgemeinen Stimmrechts, welches nach den Vorlagen der Regierungen die Neugestaltung der Bundesverfassung zu berathen habe. Fragte man nach den Absichten Preußens bei dieser Reform, so gab das officielle Organ desselben an, daß Preußen wünsche, „die militärischen Kräfte Nord- und Mitteldeutschlands zu wirksamer That um sich vereinigen zu können".

Dies klang den Fürsten wie Mediatisirung. Weder Volk noch Fürsten ließen sich für ein Parlament begeistern; jenes nicht, weil es, mit den Zielen der preußischen Politik gänzlich unbekannt, der ganzen Sache kein Vertrauen schenkte, diese nicht, weil ihnen ein deutsches Parlament noch von 1848 her schwer auf den Nerven lag. Daher besprachen sich Bevollmächtigte von neun Mittelstaaten in Augsburg und Bamberg über ihre gemeinsamen Interessen und stellten am 19. Mai am Bundestag den Antrag auf gleichzeitige Abrüstung sämtlicher Bundesglieder, welcher Antrag einstimmig angenommen wurde, während Oestreich und Preußen sich die Erklärung, unter welchen Voraussetzungen sie abrüsten wollten, vorbehielten. Dadurch wurde der Beschluß wieder erfolglos.

Auch Napoleon wollte sich als Friedensfürst aufwerfen und ließ in Verbindung mit den Kabinetten von London und Petersburg am 28. Mai in Wien, Berlin, Florenz und am Bundestag eine Einladung zu einer Friedenskonferenz in Paris übergeben. Dieselbe sollte über die drei brennendsten Fragen, die der Elbherzogthümer, des italienischen Streits und der Bundesreform, so weit sie das europäische Gleichgewicht berühren könnte, zu berathen haben. Preußen, Italien und der Bundestag nahmen die Einladung an, Oestreich nur unter dem Vorbehalt, „daß von den Berathungen jede Kombination ausgeschlossen bleiben werde, die darauf abzielen würde, einem der eingeladenen Staaten eine territoriale Vergrößerung oder einen Machtzuwachs zu verschaffen". Durch diesen Vorbehalt wurden, nach der Erklärung Frankreichs und Englands, die Konferenzen unmöglich.

Das diplomatische Spiel, welches Napoleon damals spielte, war voll der perfidesten Doppelzüngigkeit. Der Ausbruch des Krieges zwischen Preußen und Oestreich war ihm sehr willkommen, weil er hoffte, daß der Krieg von langer Dauer sein, beide Mächte ungemein schwächen und Preußen, an dessen Niederlage er nicht zweifelte, in seine Arme treiben und geneigt machen werde, in seine Eroberungsplane einzugehen. Daher trieb er Preußen zum Krieg an, sicherte ihm seine wohlwollende Neutralität zu und gab zu der preußisch-italienischen Allianz, wodurch Venetien den Oestreichern entrissen und ein Theil des östreichischen Heeres am Mincio beschäftigt werden sollte, seine ausdrückliche Zustimmung. Er unterhandelte aber auch direkt mit Bismarck. Dieser selbst sagt hierüber in seinem Rundschreiben vom 29. Juli 1870, welches einen Theil jener be-

rühmten, die Napoleonische Politik so sehr kompromittirenden Enthüllungen bildet: „Schon im Jahre 1862, als er noch preußischer Gesandter in Paris war, habe die französische Regierung ihm ihre Bestrebungen kund gegeben, ihre Absichten auf Belgien und die Rheingrenze mit preußischem Beistande durchzuführen. In dem deutsch-dänischen Kriege habe sie nur deßwegen eine freundliche Haltung beobachtet, um Preußen für solche Plane günstig zu stimmen. Der Vertrag von Gastein habe in Paris sehr verstimmt, weil man sich dort der Besorgniß hingab, daß eine dauernde Befestigung des preußisch-östreichischen Bündnisses das Tuilerienkabinet um die Früchte dieser seiner Haltung bringen könnte. Man habe dort schon 1865 auf den Ausbruch des Krieges zwischen Preußen und Oestreich gerechnet und sich Preußen bereitwillig wieder genähert, sobald dessen Beziehungen zu Oestreich sich zu trüben begannen. Vor Ausbruch des Krieges seien ihm theils durch Verwandte des Kaisers (wohl durch den Prinzen Napoleon), theils durch vertrauliche Agenten Vorschläge gemacht worden, welche dahin giengen, zum Behuf beiderseitiger Vergrößerung einen Vertrag zu Stande zu bringen; es habe sich bald um Luxemburg oder um die Grenze von 1814 mit Landau und Saarlouis, bald um größere Objekte gehandelt, von denen die französische Schweiz und die Frage, wo die Sprachgrenze in Piemont zu ziehen sei, nicht ausgeschlossen geblieben seien. Im Mai 1866 seien alle diese Zumuthungen in dem Vorschlag eines Defensiv- und Offensivbündnisses zusammengefaßt worden, dessen Grundzüge dahin gegangen seien, daß im Fall eines Kongresses die beiden Alliirten die Abtretung Venetiens an Italien und Schleswig-Holsteins an Preußen erstreben sollten, und daß, im Fall daß der Kongreß nicht zu Stande komme, Preußen 10 Tage nach Unterzeichnung des Vertrags den Krieg mit Oestreich eröffnen und Frankreich nach Beginn der Feindseligkeiten gleichfalls den Krieg an Oestreich erklären und mit 300,000 Mann an demselben theilnehmen sollte. Der Friede sollte von Preußen und Frankreich unter folgenden Bedingungen geschlossen werden: Venetien wird an Italien abgetreten; Preußen erhält deutsche Gebiete nach beliebiger Wahl mit 7 bis 8 Millionen Bevölkerung und das Recht, die Bundesreform in seinem Sinne durchzuführen; Frankreich nimmt das deutsche Gebiet zwischen Mosel und Rhein, doch ohne Koblenz und Mainz, also ein Stück von Rheinpreußen, Rheinbaiern, Birkenfeld, Homburg und Rheinhessen."

Dieses Allianzprojekt wurde trotz mehrfacher, fast drohender Mahnungen im Juni 1866 von Bismarck definitiv abgelehnt, wohl in der Weise, daß er Napoleon, um dessen Neutralität zu erhalten, für den Fall des Sieges noch einige Hoffnung auf spätere Zugeständnisse ließ. Dieser aber rechnete, sobald er sah, daß seine Anträge nicht günstig aufgenommen wurden, nur noch auf die Niederlage Preußens und auf dessen Ausbeutung für französischen Beistand. Zu diesem Zwecke suchte er für Preußen seine Allianz mit Italien werthlos zu machen, Oestreich in seiner Kriegslust zu bestärken und zu einem für Frankreich günstigen Vertrag zu vermögen. Die Unterhandlungen mit Oestreich fanden fast zu gleicher Zeit wie die mit Preußen statt. Jenes hatte im November 1865 einem italienischen Unterhändler, der nach Wien geschickt war, um für die Abtretung Venetiens sehr bedeutende finanzielle, wirthschaftliche und politische Vortheile anzubieten, eine abschlägige Antwort ertheilt und erklärt, daß das militärische Ehrgefühl ihm eine solche Lösung nicht erlaube. Nun aber, auf die französischen Anträge hin, bot Oestreich am 5. Mai 1866 dem italienischen Kabinet freiwillig die Abtretung Venetiens an und zwar ohne alle Entschädigung, unter der einzigen Bedingung, daß Italien in dem bevorstehenden östreichisch-preußischen Kriege neutral bleibe. Die italienischen Minister hatten Mühe, der Versuchung zu widerstehen, bedachten aber doch in diesem „schrecklichen Moment", daß sie durch Annahme des Anerbietens einen gar zu schmählichen Vertragsbruch begehen und besonders daß ein siegreiches und mächtig gewordenes Oestreich eine stete Gefahr für das Königreich Italien sein würde. Das Anerbieten wurde abgelehnt und die Allianz blieb gesichert. Doch gab Napoleon seine Plane nicht auf. Die Allianz konnte ja auch dadurch an Werth verlieren, daß Italien den Krieg mit Oestreich nicht mit der nöthigen Energie führte. Für solche Rathschläge war der italienische Ministerpräsident General Lamarmora, ein unbedingter Verehrer Napoleons, sehr zugänglich. Auch mit Oestreich wurden die Unterhandlungen fortgesetzt und führten zu dem französisch-östreichischen Vertrag vom 9. Juni, wonach der Kaiser Franz Josef Venetien an Frankreich, beziehungsweise an Italien abtreten und als Entschädigung hiefür Schlesien erhalten sollte. Was für Erwerbungen in diesem sehr geheim gehaltenen Vertrag Napoleon für sich beanspruchte, ist unbekannt; Oestreich, das schon viel deutsches Gebiet preisgegeben hat,

wird wohl auch hier nicht zu skrupulös mit der Abtretung linksrheinischer Gebiete gewesen sein, wenn nur der verhaßte Rivale niedergeworfen war. Napoleon war seines Erfolgs schon so sicher, daß er 3 Tage nach diesem geheimen Vertrag in einem Schreiben vom 11. Juni, welches er an seinen Minister des Auswärtigen, Drouin de Lhuys, richtete, sich sehr offen über seine Plane aussprach: „Der entstandene Konflikt hat drei Ursachen: die schlecht abgegrenzte geographische Lage Preußens, den Wunsch Deutschlands nach einer seinen allgemeinen Bedürfnissen mehr entsprechenden politischen Gestaltung und die Nothwendigkeit für Italien, seine nationale Unabhängigkeit zu sichern. Wir hätten, was uns betrifft, für die Nebenstaaten des deutschen Bundes eine engere Vereinigung, eine mächtigere Organisation, eine bedeutsamere Rolle gewünscht; für Preußen mehr Abrundung und Kraft im Norden, für Oestreich die Aufrechthaltung seiner einflußreichen Stellung in Deutschland. Wir hätten ferner gewünscht, daß Oestreich gegen eine angemessene Entschädigung Venetien an Italien abtreten könnte; denn wenn Oestreich in Gemeinschaft mit Preußen, ohne sich um den Vertrag von 1852 zu kümmern, im Namen der deutschen Nationalität einen Krieg gegen Dänemark geführt hat, so schien es mir gerecht, daß es ebendasselbe Princip in Italien anerkannte, indem es die Unabhängigkeit der Halbinsel vervollständigte“. Wenn dieses Napoleonische Programm ausgeführt wurde, so blieb die Deutschlands Macht lähmende Rivalität Oestreichs und Preußens bestehen; Preußen erhielt, als Ersatz für Schlesien und die Rheinprovinz, die Elbherzogthümer und vielleicht Hannover oder Kurhessen, die Mittel- und Kleinstaaten im südwestlichen Deutschland wurden für eine Erneuerung des Rheinbundes reif. Die nächste Folge dieser politischen Veränderungen wäre dann für Frankreich die Einverleibung des linken Rheinufers und Belgiens gewesen.

Welche Bewandtniß es mit Venetien und einer Entschädigung Oestreichs habe, erfuhr man in Berlin schon in den ersten Tagen des Mai. Der Herzog von Koburg war dort angekommen, um im Interesse des Friedens zu wirken. Er warnte vor der Zweideutigkeit Napoleons und bezeichnete die Freundschaft Italiens als eine sehr unzuverläßige. Da seine Worte wenig Glauben fanden, so zeigte er einen Brief, welchen er von dem öftreichischen Minister Graf Mensdorff erhalten hatte. Darin äußerte der Minister seine Siegeszu-

versicht und bemerkte, daß Preußen, wenn es Krieg anfange, nicht bloß mit Oestreich, sondern auch mit Frankreich es zu thun haben werde. Franz Josef habe sich mit Napoleon vollständig geeinigt, habe an diesen Venetien zu freier Disposition abgetreten und von ihm die Zusage erhalten, daß er gegen eine Entschädigung Oestreichs durch Schlesien nichts einzuwenden habe. Sollte Italien den Krieg gegen Oestreich eröffnen wollen, so werde es durch Napoleon, der ihm das Ziel des Krieges, Venetien, überlasse, davon abgehalten werden. Dadurch zerfalle die preußisch-italienische Allianz, und Oestreich und seine Bundesgenossen könnten alle ihre Streitkräfte gegen das isolirte Preußen richten. Was für Kompensationen Napoleon für sich verlangte, ob Oestreich ihm Rheinbaiern, Rheinhessen und Luxemburg angewiesen habe, darüber war in dem Schreiben begreiflicherweise nichts enthalten.

Was alle Verhandlungen und Vermittlungen nicht vermocht hatten, den Frieden aufrecht zu erhalten, wollte der Stiefsohn des badischen Flüchtlings Blind, Karl Cohen, erreichen. Bismarck erschien ihm als der hauptsächlichste Friedensstörer, und darum reiste der exaltirte, sonst wackere junge Mann, welcher sich in der letzten Zeit in Hohenheim und auf dem Bläsiberg bei Tübingen zum Zweck des Studiums der Landwirthschaft aufgehalten hatte, nach Berlin, um Bismarck zu ermorden. Sein Attentat vom 7. Mai mißlang, Bismarck blieb unverwundet, Cohen ermordete sich während der Untersuchungshaft.

Um diese Zeit hatten Oestreich, Preußen und Italien ihre Rüstungen so ziemlich vollendet. Die zwei letzteren klagten Oestreich an, durch seine Rüstungen die ihrigen hervorgerufen zu haben, und wollten, wenn es sich um das Abrüsten handelte, ihm auch hierin die Initiative überlassen; Oestreich dagegen versicherte feierlich, daß es Preußen nie angreifen werde, und hob hervor, daß es gegen Italien, welches Venetien erobern wolle, seine Armee auf dem Kriegsfuß halten müsse. Noch einmal hatte es am 26. April einen Versuch gemacht, sich mit Preußen über die schleswig-holsteinische Frage innerhalb des bestehenden Bundesrechts zu verständigen, ohne ihm auf die Februarforderungen auch nur irgend eine Koncession zu machen. Da Preußen nicht darauf eingieng und, wenn es sich nicht ein zweites Olmütz bereiten wollte, auch nicht darauf eingehen konnte, so stellte Oestreich, wie es bereits angekündigt hatte, in der Bundestagssitzung vom 1.

Juni die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage den „Entschließungen des Bundes anheim, welchen von seiner Seite die bereitwilligste Anerkennung gesichert sei". Zugleich erklärte es, daß „der kaiserliche Statthalter in Holstein die erforderliche Spezialvollmacht zur Einberufung der holsteinischen Ständeversammlung erhalten habe, da die Wünsche und Rechtsanschauungen des Landes einen berechtigten Faktor der Entscheidung bilden". Den Tag darauf berief Gablenz die Ständeversammlung von Holstein auf den 11. Juni nach Itzehoe. Diese Uebertragung des Streites an den Bund erklärte Preußen für einen Bruch der Gasteiner Konvention, und Manteuffel erhielt Befehl, mit seinen Truppen in Holstein einzurücken und wieder, wie früher, mit dem östreichischen Statthalter eine gemeinsame Regierung für beide Herzogthümer zu bilden. Gablenz lehnte das Anerbieten Manteuffels ab und zog sich, als am 7. Juni gegen 20,000 Preußen die Eider überschritten und Rendsburg, Kiel und Itzehoe besetzten, mit der Brigade Kalik (nur etwa 3000 Mann), der Landesregierung und dem Prinzen Friedrich nach Altona zurück. Manteuffel löste am 10. Juni die bisherige holsteinische Regierung auf, ernannte den Freiherrn von Scheel-Plessen zum Oberpräsidenten beider Herzogthümer und ließ den Zusammentritt der Stände in Itzehoe am 11. Juni gewaltsam verhindern. Darauf verließ Gablenz, welcher gegen die sechsfache Uebermacht auf einem so weit vorgeschobenen Posten keinen Kampf versuchen konnte, am 12. Juni Holstein, gieng mit seinen Truppen über die Elbe in's Hannöversche und begab sich über Kassel und Frankfurt zur Nordarmee nach Böhmen, in der Hoffnung, dort auf dem eigentlichen Kriegsschauplatz die Fahne Oestreichs wieder zu Ehren zu bringen. Wenige Wochen vorher hatte Oestreich den Plan gehabt, seine Truppen in Holstein zu verstärken, dieselben vereint mit den hannöverischen bei Stade aufzustellen und unter Gablenz' Befehl im Rücken der preußischen Hauptarmee als ein Parteigängercorps zu verwenden. Der Plan scheiterte an der Unschlüssigkeit Hannovers. Zugleich mit Gablenz entfernte sich aus Holstein auch der Prinz von Augustenburg, nachdem er 2½ Jahre vergebens auf seine Einsetzung als Herzog gewartet hatte.

Soweit war es mit der Allianz von 1864 gekommen, daß die Heere, welche als Waffengenossen Schleswig-Holstein erobert hatten, nun in Holstein als Feinde von einander schieden. Der Kampf, welcher zur Befreiung der Herzogthümer unternommen war, schlug in

einen Kampf um die Leitung Deutschlands um. Beide Fragen, die der Herzogthümer und die der Bundesreform, sollten mit einem Schlage gelöst werden und als dritte zugleich noch die italienische. Was der deutsche Nationalverein seit 1859 erstrebt hatte, Preußen die militärische und diplomatische Führung Deutschlands zu übertragen, nahm nun Graf Bismarck selbst in die Hand. Denn nichts anderes bedeuteten die „Grundzüge einer neuen Bundesverfassung", welche Preußen am 10. Juni den einzelnen deutschen Regierungen, mit Ausnahme Oestreichs, hatte übergeben lassen. Es wurde die Frage an sie gestellt, ob sie für den Fall einer Auflösung des alten Bundes geneigt seien, auf der Grundlage dieser Grundzüge einem neuen Bunde mit Preußen beizutreten, von dem die östreichischen und niederländischen Landestheile ausgeschlossen sein sollten. Dieses neue Reformprojekt legte die Kraft des ganzen Deutschlands in die Hand des militärischen Preußens, muthete den deutschen Fürsten nur solche Opfer zu, welche im Interesse der Gesamtheit nothwendig waren, und theilte die ganze Landmacht des Bundes in eine Nord- und Südarmee, jene unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen, diese unter dem des Königs von Baiern. Diejenigen mittelstaatlichen Fürsten, welche, wie Hannover und Kurhessen, noch schwankten, wurden, von nichts als Souveränetät und Selbständigkeit träumend, durch dieses Reformprojekt vollends auf die Seite Oestreichs gezogen, unter dessen Doppeladler sie sich eine behaglichere Existenz versprachen.

Schon am 11. Juni stellte Oestreich am Bundestag einen Antrag auf schleunige Mobilisirung des ganzen Bundesheeres mit Ausnahme des preußischen Kontingents, weil Preußen durch sein Einrücken in Holstein einen Akt gewaltsamer Selbsthilfe begangen habe, welchen die Bundesversammlung gemäß den Artikeln 18, 19 und 20 der Wiener Schlußakte zu verhindern verpflichtet sei. Dies hieß, Preußen den Bundeskrieg ansagen, wogegen der preußische Gesandte Savigny mit Recht bemerkte, daß das Bundesrecht keine Kriegserklärung, sondern nur ein an bestimmte Normen geknüpftes Exekutionsverfahren kenne. Ohne sich an diese formellen Bestimmungen zu kehren, beschloß die Bundesversammlung am 14. Juni mit 9 gegen 6 Stimmen die Mobilmachung der Bundestruppen gegen Preußen. Unter diesen 9 Stimmen wurde eine (die der 16. Kurie) mit Recht angefochten. Auf diese Abstimmung hin erklärte der preußische Gesandte, daß Preußen den bisherigen Bundesvertrag für gebrochen und

erloschen ansehe, und legte die den einzelnen Regierungen bereits mitgetheilten Grundzüge eines neuen Bundes, welche mit einem deutschen Parlament zu vereinbaren seien, vor. Darauf verließ er die Versammlung. Die Staaten, welche mit Preußen gestimmt hatten, Luxemburg, Mecklenburg, Oldenburg, die sächsischen Herzogthümer und die freien Städte, außer Frankfurt, folgten in den nächsten Wochen dem Beispiele Preußens und riefen ihre Gesandten von Frankfurt ab. Die Vertreter der zurückgebliebenen Staaten erklärten Preußens Austritt für ungesetzlich und betrachteten sich nach wie vor als die deutsche Bundesversammlung, welche die abtrünnigen Glieder wieder zu ihrer Pflicht zurückzuführen berufen sei. Man verglich das Verhältniß der Bundesmajorität zur Minorität vielfach mit dem Verhältniß der Nordstaaten der amerikanischen Union zu den Konföderirten oder mit dem der schweizerischen Tagsatzung zum Sonderbund. Die Vergleichung mochte einiges Richtige enthalten. Nur handelt es sich, wenn einmal der Krieg beginnt, nimmer um Rechtsfragen, sondern um die Macht. Diese war, wenn man auf die Kopfzahl sah, entschieden auf Seiten der Majorität; sprach man doch von 6—800,000 Mann, welche allein Oestreich aufgeboten habe; eine Zahl, welche seine glaubensstarken Alliirten sehr beruhigte, den Preußen aber, welche dieselbe um die Hälfte zu groß fanden, wenig imponirte. Doch abgesehen von der Kopfzahl, fragte es sich, auf wessen Seite Geist und Energie war. Oestreich war so voll Siegeszuversicht, daß der Präsidialgesandte in der Bessitzung vom und 16. Juni erklärte, die kaiserliche Regierung garantire allen bundesgetreuen Regierungen ausdrücklich ihren Besitzstand, und dabei ganz vergaß zu fragen, welche dieser Regierungen dem östreichischen Kaiserstaate seinen eigenen Besitzstand garantire.

An Energie ließ es Preußen gleich in den folgenden Tagen nicht fehlen. Um den Kriegsschauplatz von Brandenburg und Berlin möglichst fern zu halten und die Verbindung zwischen der östlichen Monarchie und der Rheinprovinz nicht gefährden zu lassen, mußte es einerseits Sachsens, andererseits Hannovers und Kurhessens sicher sein. Diese drei Staaten hatten am 14. Juni in Frankfurt gegen Preußen gestimmt. Daher ergieng an sie, sowie auch an Nassau, am 15. Juni eine preußische Sommation, worin sie zur Neutralität, zur Demobilisirung und zur Zustimmung zur Bundesreform gegen Garantie ihres Besitzstandes und ihrer Souveränetätsrechte aufgefordert wurden. Die Antworten lauteten noch am nämlichen Tage abschlägig,

und nun rückten, da eine ablehnende Antwort zum voraus als eine Kriegserklärung bezeichnet worden war, am 16. Juni die Preußen ein. Auf dem westlichen Kriegsschauplatz befehligte General Vogel von Falckenstein, welchem die Divisionen Göben und Beyer, zusammen gegen 36,000 Mann, untergeordnet waren. Die Division Manteuffel, etwa 14,000 Mann, sollte von Holstein aus gegen Hannover vorrücken und zu Falckenstein stoßen. Während Manteuffel von Norden her eindrang, rückte Falckenstein mit der Division Göben von Minden aus vor und hielt am 17. Juni seinen Einzug in der Hauptstadt Hannovers, aus welcher der König und der Kronprinz mit der Armee eilends gegen Süden abgezogen waren. Am 18. Juni wurde die kleine Festung Stade überrumpelt, und am 22. war ganz Hannover besetzt mit Ausschluß von Göttingen, wohin sich die hannöversche Armee zurückgezogen hatte. Bedeutende Krigsvorräthe fielen in die Hände der Preußen.

Inzwischen hatten sich die süddeutschen Kontingente, das 7. (Baiern) und das 8. (Württemberger, Badener, Hessen-Darmstädter) Armeecorps, am 17. Juni am Main, im unteren Franken und bei Frankfurt, gesammelt. Zum Kommandanten des achten Armeecorps war Prinz Alexander von Hessen ernannt, der von den italienischen Feldzügen her, welche er als östreichischer General mitgemacht hatte, einigen militärischen Ruf genoß. Das siebente Armeecorps stand unter dem alten Prinzen Karl von Baiern, welchem zugleich der Oberbefehl über sämtliche süddeutschen Bundestruppen in der Weise übertragen wurde, daß er sich nach dem mit dem östreichischen Oberfeldherrn Benedek vereinbarten Operationsplan zu richten habe. (So war es in dem zwischen Oestreich und Baiern abgeschlossenen Olmützer Vertrag vom 14. Juni ausgemacht, worin sich Oestreich zugleich verpflichtete, nur unter Theilnahme und im Einverständniß mit Baiern Friedensverhandlungen mit Preußen zu führen und bei der Nothwendigkeit von Territorialveränderungen aus allen Kräften dahin zu wirken, daß Baiern keine Verluste erleide und für etwaige Abtretungen entschädigt werde. Wo diese Entschädigungen zu holen seien, ob etwa in dem preußenfreundlichen Baden, war in der officiellen Vertragsurkunde nicht ausgesprochen. Andererseits hatte in jener Zeit auch Preußen Unterhandlungen mit Baiern eröffnet und demselben eine hervorragende Stellung in dem neuen Deutschland gesichert, falls es neutral bleibe. An der östreichischen Gesinnung des Herrn von

der Pfordten scheiterten diese Verhandlungen.) Von einer so komplicirten Maschine, welche immerhin ein paar Wochen brauchte, bis sie aufgestellt und in Gang gebracht wurde, ließ sich wenig erwarten. Darauf rechneten die Preußen und setzten, wichtige Punkte vorderhand entblößend, ihre Occupationen fort. Von Wetzlar brach General Beyer mit 17,000 Mann am 16. Juni auf, zog über Gießen und Marburg und rückte am 19. in Kassel ein. Die kurhessische Armee war schon am 16. Juni mit der Eisenbahn nach Fulda abgefahren und zum 8. Armeecorps gestoßen, mit welchem sich auch die Nassauer vereinigten. Der Kurfürst selbst war auf seinem Schloß Wilhelmshöhe geblieben, und da er in seiner Opposition gegen Preußens Forderungen verharrte, so wurde er am 24. Juni als preußischer Staatsgefangener nach Stettin abgeführt.

Bald entschied sich auch das Schicksal der hannöverschen Armee, welche 18—19,000 Mann stark war, eine zahlreiche und gute Reiterei und 52 Geschütze hatte. Durch die Besetzung Kassels war ihr der Weg nach Frankfurt verlegt, daher sie sich, nachdem sie sich zu lange, bis zum 20. Juni, bei Göttingen aufgehalten hatte, südöstlich wandte, um sich über Gotha nach Baiern durchzuschlagen. Sie überschritt am 21. Juni, mit einem endlosen Troß von Küchenwagen, Silberzeug und Staatskarossen belastet, die preußische Grenze, zog über Heiligenstadt, Mühlhausen und Langensalza und kam am 24. Juni zwischen Eisenach und Gotha an. Nachts wurde der Archivrath Onno Klopp ins bairische Hauptquartier nach Bamberg geschickt, um dieses zu einem raschen Vorgehen und zu schleuniger Hilfeleistung zu veranlassen. Aber Prinz Karl war nicht aus seiner Defensivstellung herauszubringen und meinte, eine Armee von 19,000 Mann müsse sich selbst durchschlagen können. Zu gleicher Zeit wurden durch Vermittlung des Herzogs von Koburg und direkt Unterhandlungen mit dem König von Preußen angeknüpft. Dieser bot am 25. Juni dem König Georg noch einmal Allianz mit Preußen an und stellte die Bedingungen vom 15. Juni. Georg wies auch diesmal das Anerbieten zurück und bestand auf ungehindertem Durchzug nach Baiern. Diesen unmöglich zu machen, waren die Preußen, mit welchen die koburgischen Truppen sich vereinigt hatten, am 26. stark genug. Daher zogen sich die Hannoveraner an diesem Tage wieder nach Langensalza zurück, planlos dem Norden zu marschirend. General Falckenstein, welcher von Hannover aus mit den Divisionen Göben und

Manteuffel ihnen nachgerückt war, während Beyer von Kassel aus gegen Eisenach vordrang, hatte von Berlin Befehl erhalten, in Gotha stehen zu bleiben und dort die Baiern zu erwarten. Aber von diesen war noch nichts zu sehen; sie hatten am 26. nur eine Reiterbrigade bis Meiningen vorgeschoben. Falckenstein wollte die Hannoveraner nur dann angreifen, wenn entweder die Baiern anrücken würden und sich mit denselben vereinigen wollten, oder wenn die anrückenden preußischen Kolonnen alle auf dem Platze wären und ein siegverheißender, umfassender Angriff unternommen werden könnte. Daher befahl er dem General Flies, welcher mit 9000 Mann von der Manteuffel'schen Division den Hannoveranern zunächst gegenüberstand, am 26. Juni dieselben bei Langensalza nicht anzugreifen, sondern ihnen im Fall des Abzugs zu folgen und „Klinge an Klinge" zu bleiben. Da aber Falckenstein am folgenden Morgen eine politische Mission nach Kassel erhielt und inzwischen von Berlin eine Depesche einlief, wonach die Hannoveraner unter allen Umständen angegriffen und zur Kapitulation gezwungen werden sollten, so griff General Flies am 27. Juni Vormittags 10 Uhr an. Er unternahm seinen Angriff, mit 9000 gegen 18,000 Mann und mit wenig Artillerie, etwas zu früh, um auf Unterstützung rechnen zu können, warf am 27. Juni die Vortruppen der Hannoveraner nach heftigem Kampfe über Langensalza hinaus zurück, suchte die Höhen von Merxleben, wo sie eine starke Stellung eingenommen hatten, zu erstürmen, wurde aber mit einem heftigen Granatenfeuer empfangen und mußte, da sich die ganze feindliche Armee gegen ihn wandte, sich zurückziehen, wobei die Carré's seiner Infanterie die Angriffe der hannöver'schen Reiter muthvoll zurückwiesen. Der Verlust der Preußen betrug 41 Officiere und 800 Mann und 2 Kanonen, der der Hannoveraner 1400 Mann; doch hatten jene den Vortheil errungen, den Feind bei Langensalza festgebannt zu haben. Er blieb am 28. dort stehen, das Netz schloß sich immer enger, gegen 40,000 Preußen und Koburger machten ihm jeden Schritt streitig, es blieb ihm nichts mehr übrig als einen Kampf bis zum letzten Mann zu wagen oder zu kapituliren. König Georg wählte am 29. Juni das letztere. Die Mannschaft wurde entwaffnet und in die Heimat entlassen, die Officiere gaben ihr Ehrenwort, in diesem Kriege nicht gegen Preußen zu dienen, sämtliches Kriegsmaterial, darunter 5000 treffliche Pferde, blieb den Preußen, der König und der Kronprinz erhielten, unter

Garantie ihres Privatvermögens, die Erlaubniß, ihren Wohnsitz zu nehmen, wo sie wollten, nur nicht in Hannover, und reisten mit ihrem Gefolge nach Wien. Damit war von der Nordsee bis zum Main aller Widerstand gebrochen, von einem Hereingreifen der östreichischen Alliirten in die Operationen in Böhmen war keine Rede mehr, und Preußen konnte seine volle Kraft gegen Oestreich und die süddeutschen Staaten richten.

Geringere Erfolge hatte Preußens Alliirter, der König von Italien, aufzuweisen. Auf seine Kriegführung äußerten die Anerbietungen in Betreff der Abtretung Venetiens einen lähmenden Einfluß. Frankreich wurde nicht müde, Italien begreiflich zu machen, daß eine energische militärische Aktion von seiner Seite ganz überflüssig sei, daß es sich bei ihm mehr um ein militärisches Duell mit Oestreich als um einen ernsthaften Krieg handle. Daher sagte auch Lamarmora, er rücke in's Feld, Venetien in der Tasche. Die Veranstaltung eines bloßen Duells entsprach aber den Interessen Preußens und den Pflichten eines Alliirten durchaus nicht. Daher übersandte der preußische Gesandte in Florenz, Graf Usedom, dem Ministerpräsidenten General Lamarmora am 17. Juni ein Schreiben, worin er demselben an's Herz legte, daß es sich bei dem nächsten Feldzug um einen gründlichen Krieg (guerra a fondo) handle. Es genüge nicht, daß Italien bis zu den nördlichen Grenzen Venetiens vordringe; es müsse sich vielmehr den Weg gegen die Donau frei machen, sich mit Preußen im Mittelpunkt der öftreichischen Monarchie begegnen, mit einem Wort, auf Wien marschiren. Um sich den dauernden Besitz Venetiens zu sichern, müsse vor allem die östreichische Macht in's Herz getroffen sein. Und während die Hauptarmee gegen Wien marschire, sollten die Freiwilligen unter Garibaldi ihre rechte Flanke bilden, in Ungarn eindringen und dort dem von Schlesien her einrückenden preußisch-ungarischen Corps die Hand bieten. Allen Mittheilungen zufolge würden diese Streifcorps bei den Ungarn und Slaven den herzlichsten Empfang finden. Mit diesem kühnen und großartigen Kriegsplan, welcher der preußischen und der italienischen Armee Wien als Vereinigungspunkt bezeichnete, die Revolutionirung Ungarns als Hilfsmittel zu einer gänzlichen Niederwerfung Oestreichs in Aussicht stellte, war der Mentor des italienischen Kabinets, Napoleon, durchaus nicht einverstanden und stellte dem König und Lamarmora vor, daß die Erhaltung eines starken

Oestreichs innerhalb seiner natürlichen Grenzen dem Vortheile Italiens weit mehr entspreche als die Herstellung eines deutschen Reiches, das unter Preußens Führung von der Ostsee bis Triest gebiete. Die gelehrigen Schüler giengen auf diese französische Lektion ein. Lamarmora nahm von dem Usedom'schen Schreiben nicht die geringste Notiz, theilte es keinem seiner Kollegen mit und publicirte es erst am 21. Juli 1868, als er, längst nicht mehr Minister, in der Abgeordnetenkammer klagend gegen den Bericht des preußischen Generalstabs auftrat. Statt des von diesem anempfohlenen Kriegsplanes führte er nun seinen eigenen durch, um, nicht eine kombinirte, sondern eine isolirte Aktion im alten Militärstil zu beginnen und an den Wällen der Festungen die Hörner sich einzustoßen. Viktor Emanuel hatte am 20. Juni Oestreich den Krieg erklärt und überschritt am 22. mit 2 Armeecorps den Mincio, ein 3. zwecklos bei Goito zurücklassend, während Cialdini mit einem 4. stärkeren Armeecorps über den unteren Po gegen die Etsch vordringen und Garibaldi mit seinen Freischaren in Tirol einbrechen sollte. Die Italiener hatten eine Feldarmee von 218,000 Mann, die Oestreicher von 85,000, konnten sich aber auf das gewaltige Festungsviereck stützen. Den Oberbefehl führte Erzherzog Albrecht, ein Sohn des durch Aspern berühmten Erzherzogs Karl. Sein Hauptquartier und der größte Theil des Heeres war in und um Verona. Kaum bemerkte der Erzherzog, welcher an dem General John einen tüchtigen Generalstabschef hatte, daß die italienische Armee bei ihrem Vordringen den nordwestlich gelegenen Hügelsaum von Custozza nicht besetzt habe, wie denn überhaupt in unbegreiflich leichtsinniger Weise vorgegangen wurde, so nahm er am 23. Juni diese wichtige Position und lieferte am 24. Juni, dem Jahrestag von Solferino, den Italienern die Schlacht bei Custozza, wo achtzehn Jahre früher der alte Radetzky einen glorreichen Sieg über die Piemontesen erfochten hatte. Der Kampf dauerte in glühender Sonnenhitze den ganzen Tag. Abends sieben Uhr war das italienische Heer trotz aller Tapferkeit geschlagen, wurde über den Mincio zurückgeworfen und sammelte sich erst wieder hinter dem Oglio. Der Verlust der Italiener betrug 8250 Mann, darunter 4350 Gefangene, der der Oestreicher 7850 Mann, darunter 2000 Gefangene. Der rechte Flügel unter Cialdini konnte nun seine Unternehmung am Po nicht ausführen und zog sich gegen Bologna zurück. Erzherzog Albrecht beutete den Sieg nicht weiter aus. Er durfte den geschlagenen Geg-

ner nicht verfolgen; denn Oestreich hatte sich in dem obenerwähnten Vertrag gegenüber dem französischen Kabinet verpflichtet, daß es, im Fall des Sieges, den Mincio nicht überschreiten und die Lombardei unberührt lassen werde. Daher wartete er in Verona ab, bis Viktor Emanuel zu einem zweiten Stoß aushole. Es trat hier thatsächlich ein vierzehntägiger Stillstand ein, während welcher Zeit die preußische Armee in Böhmen von Sieg zu Sieg flog und dort für Italien die Provinz eroberte, für welche dessen eigene Kräfte nicht ausreichten.

Wie in Hannover und Kurhessen, so waren die Preußen auch in Sachsen am 16. Juni eingerückt. Sie hatten dort gewaltige Heeresmassen versammelt, um den Streit mit Oestreich rasch und gründlich auszukämpfen. Eine eigentliche Kriegserklärung war zwar noch nicht erfolgt. Da aber auf das Hilfegesuch Sachsens der Bundestag am 16. Juni mit 10 gegen 5 Stimmen schleunige Bundeshilfe gegen „die Vergewaltigung Preußens“ beschlossen und der östreichische Präsidialgesandte erklärt hatte, daß Oestreich mit all seinen militärischen Kräften Preußen entgegentreten werde, so glaubte man in Berlin kein weiteres Aktenstück abwarten zu müssen. Drei große Heerhaufen waren aufgestellt: auf dem rechten Flügel die Elbarmee, 40,000 Mann unter General Herwarth von Bittenfeld, welcher am 29. Juni 1864 den Uebergang über den Alsensund geleitet hatte; im Centrum die erste Armee, 100,000 Mann unter Prinz Friedrich Karl; auf dem linken Flügel, in Schlesien, die zweite Armee, 116,000 Mann unter dem Kronprinzen von Preußen. Dazu kam noch ein Reservecorps von 24,000 Landwehrmännern, so daß die ganze Armee 280,000 Mann betrug, welche 800 Kanonen mit sich führten. Davon wurde das Reservecorps in Sachsen und 10,000 Mann in Schlesien zurückgelassen, nach deren Abzug für den Einmarsch in Böhmen 246,000 Mann (nach anderen Berechnungen 255,000 oder 260,000 Mann) übrig blieben. Am 16. Juni drang die Elbarmee und die erste Armee in Sachsen ein, Herwarth besetzte am 18. Juni Dresden, am 19. Leipzig, Friedrich Karl zu gleicher Zeit Bautzen und Zittau, und am 20. war, außer der Festung Königstein, ganz Sachsen in der Gewalt der Preußen.

Gegen alles Erwarten hatte Oestreich nichts gethan, um ihnen in der Besetzung dieses strategisch so wichtigen Gebietes zuvorzukommen. Vielmehr hatten die Sachsen, 23,000 Mann mit 60 Kanonen,

beim Einmarsch der Preußen nebst dem König ihr Vaterland verlassen und waren unter dem Befehl des Kronprinzen nach Böhmen gezogen, um sich hier mit der östreichischen Armee zu vereinigen. Diese bestand aus etwa 230,000 Mann und hatte 750 Kanonen und 7 Raketen-Batterien. Die östreichisch-sächsische Nord-Armee war also ungefähr 250,000 Mann stark. Sie hatte sieben Armeecorps, welche von den Erzherzogen Ernst und Leopold, den Grafen Clam-Gallas, Thun, Festetics und den Feldmarschall-Lieutenants von Gablenz und von Ramming befehligt wurden. Den Oberbefehl führte Feldzeugmeister Ritter von Benedek, welcher am Tag von Solferino auf dem rechten Flügel sich so rühmlich gehalten hatte. Armee und Volk wünschten ihn an der Spitze der Truppen zu sehen, und der Kaiser betraute ihn mit dem Kommando, alles in seine Hände legend. Aber theils fragte es sich, ob Benedek, ein so tüchtiger Corpsführer er auch war, auch den genialen Blick des Feldherrn, intelligente und kühne Strategie besitze, theils kam es darauf an, ob seine Corpsführer ihren Platz auszufüllen vermochten und den Befehlen des Feldherrn Gehorsam leisteten. Benedek gehörte nicht zum hohen östreichischen Adel und war Protestant. Dies waren zwei Punkte, welche in Oestreich schwer wiegen. Die Erzherzoge und Grafen sollen in diesem Feldzug nicht durch prompten Gehorsam sich ausgezeichnet haben. Und doch durfte Benedek seine äußerste Kraft anspannen, um dem Gegner, der so ziemlich in gleicher Stärke gegen ihn vorbrach, die Spitze bieten zu können. Hatten die Preußen auch keine neuen Feldzüge als den in Schleswig und 1849 den gegen die badischen Freischaren aufzuweisen, so hatten sie doch in allen Zweigen des Kriegswesens das Beste sich angeeignet, an dem Kriegsminister von Roon einen trefflichen Organisator, an General v. Moltke einen ausgezeichneten Generalstabschef, einen kühnen und zugleich besonnenen Strategen, in ihren Truppenkörpern vermöge der allgemeinen Wehrpflicht eine Masse von Intelligenz, in ihrem Officiersstand durchschnittlich weit mehr Bildung als andere Heere. Das Zündnadelgewehr, mit welchem sie etwa sechsmal schneller schoßen als die Oestreicher, gab ihnen einen ungeheuren Vortheil, wogegen das ungestüme Dreinschlagen, welches sich jene seit Solferino angewöhnt hatten, wenig Nutzen gewährte; denn ehe ein Bataillon zum Handgemenge kam, waren seine Reihen durch das Zündnadelgewehr furchtbar gelichtet. Außerdem war die östreichische Armee darin im Nachtheil, daß der größte Theil

der Infanterie nur eine einjährige Dienstzeit hinter sich hatte und wenig Sinn für persönliche Ehre besaß, und daß sich bei dem Officierscorps ein erstaunlicher Mangel an kriegswissenschaftlicher Bildung und an moralischem Einfluß bemerklich machte. Zu diesen Zuständen und Thatsachen bieten die Zeiten der zwei schlesischen Kriege und des siebenjährigen manch interessantes Seitenstück, wie die Erfindung der eisernen Ladstöcke statt der hölzernen, die geniale Strategie, die Besetzung Sachsens, die Vereinigung des sächsischen Heeres mit dem östreichischen, das wiederholte Einbrechen durch die Pässe des Erzgebirges und der Sudeten nach Böhmen. Wer all diese Verhältnisse nicht kannte, gab sich freilich ganz sonderbaren Erwartungen hin. So kam es, daß man in Süddeutschland mit der nämlichen Zuversicht auf einen Sieg der Oestreicher rechnete, wie in Norddeutschland auf einen preußischen.

Benedek, dessen Armee einen weiten Bogen von Krakau bis zum linken Elbufer bildete, hielt sich zur Offensive für zu schwach. Er mußte den Einfall seines Gegners in Mähren oder Böhmen geschehen lassen und verlegte, als er die Absichten desselben erkannte, sein Hauptquartier von Olmütz nach Josefsstadt, in dessen Umgebung die meisten Corps concentrirt wurden. Mußte er sich aber auch zunächst in der Defensive halten, so hinderte ihn nichts, jeden Augenblick in die kräftigste Offensive überzugehen, sich mit Uebermacht den getrennten Heeren entgegenzuwerfen, eines nach dem andern anzugreifen und zurückzuschlagen, ihre Vereinigung um jeden Preis unmöglich zu machen. Statt dessen schickte er gegen die Elbarmee und die erste Armee, zusammen 140,000 Mann, den Grafen Clam-Gallas mit nur 60,000 Mann, darunter die sächsischen Truppen, und glaubte der schlesischen Armee, wenn sie aus den Gebirgspässen hervorkam, je ein östreichisches Corps gegen ein preußisches entgegenstellen zu müssen, als ob es sich um einen Kampf auf der Mensur, nicht um das Ringen einer halben Million Menschen handelte. So mußte denn kommen, was rasch genug kam.

In der Frühe des 23. Juni gieng die Elbarmee und die erste Armee jubelnd über die sächsisch-böhmische Grenze, jene auf der Straße nach Rumburg, diese auf Reichenberg zu. Letztere Stadt wurde am 24. besetzt und die Zittau-Reichenberger Eisenbahn, so weit sie unfahrbar gemacht worden war, von den eigens hiezu mitgenommenen Technikern rasch wiederhergestellt. Die Truppen des Grafen

Clam=Gallas wurden am 26. Juni von der Avantgarde Herwarths bei Hünerwasser zurückgeschlagen, am 26. und in der Nacht auf den 27. Juni von der Avantgarde des Prinzen Friedrich Karl bei Liebenau und bei Podol. Dadurch war Clam=Gallas genöthigt, das rechte Iser=Ufer gänzlich zu räumen und die Elbarmee mit der ersten Armee sich vereinigen zu lassen, welche denn auch am 28. Juni gemeinschaftlich vorgiengen, unter bedeutenden Gefechten den Uebergang über die Iser bei Münchengrätz forcirten und Clam=Gallas zwangen, nach einem Verlust von etwa 1800 Mann ihnen die ganze Iser=Linie zu überlassen und vier Meilen rückwärts bei Gitschin in dem gebirgigen Terrain eine festere Position zu nehmen. Allein auch hier wurde er am 29. durch zwei Divisionen des Prinzen Karl zurückgeschlagen und das von den Sachsen besetzte Gitschin in einem nächtlichen Angriff erstürmt. Dieser Tag, an welchem 14,000 Preußen gegen 22,000 Oestreicher fochten, kostete jene 1020 Todte und Verwundete, die Oestreicher und Sachsen 5000 Mann, darunter 2000 Gefangene. Clam=Gallas zog sich mit seinen entmuthigten und erschöpften Truppen nach Königgrätz zurück; Friedrich Karl ließ seine Armee bei Gitschin ausruhen und erwartete die Vereinigung mit der schlesischen Armee, wofür eben die Stadt Gitschin zum voraus bestimmt war.

Um seinen Marsch durch die Pässe des Riesengebirges zu maskiren, schickte der Kronprinz, Befehlshaber der zweiten Armee, in der Zeit vom 20. bis 23. Juni Streifcorps von Neiße gegen die Grenze, um glauben zu machen, daß die ganze Armee durch Oestreichisch=Schlesien in Mähren einzurücken beabsichtige. Es kam zu unbedeutenden Reitergefechten, und Benedek ließ sich insofern täuschen, als ihn das plötzliche Erscheinen dieser Armee in Böhmen sehr überraschte. Die schlesische Armee zog, zur Deckung Schlesiens etwa 10,000 Mann zurücklassend, am Morgen des 27. Juni in drei Kolonnen über die Grenze nach Böhmen: das erste Armeecorps unter General Bonin von Landshut über Trautenau, das Gardecorps unter dem Prinzen August von Württemberg von Braunau über Eypel, das fünfte Armeecorps unter General Steinmetz, den linken Flügel bildend, von Reinerz über Nachod und Skalitz; das sechste Armeecorps unter General Mutius sollte diesem nachrücken. Benedek hatte gegen diesen neuen Feind die vier Armeecorps Gablenz, Ramming, Festetics und Leopold zur Hand und schickte die beiden ersten gegen Trautenau und Nachod vor, die zwei letzten als Reserve behaltend. So mußte Gab=

lenz dem Stoß Bonin's, möglicherweise auch noch dem des Gardecorps gewachsen sein, Ramming mit Steinmetz sich messen.

Bonin vertrieb mit dem ersten Armeecorps am 27. Juni die Oestreicher aus Trautenau und drängte sie bis zum Kapellenberg zurück. Aber gegen Abend erhielt Gablenz eine Verstärkung von zwei Brigaden und drang nun gegen die von Marsch, Hitze und Kampf erschöpften Preußen mit solcher Gewalt vor, daß sich diese über Trautenau und den Fluß Aupa bis nach Schömberg, von wo sie am Morgen aufgebrochen waren, zurückziehen mußten. Sie hatten 1208 Todte, Verwundete und Vermißte, aber keine Kanonen verloren, während die Oestreicher einen Verlust von 5730 Mann, darunter die Hälfte Gefangene, hatten. Das Gardecorps, welches Bonin seine Unterstützung angeboten, aber bei dem zuerst günstigen Stand des Gefechts eine abschlägige Antwort erhalten hatte, griff nun am 28. Juni die durch den Kampf des vorigen Tages ermatteten Oestreicher bei Burgersdorf und Soor, in der Nähe von Trautenau, mit solchem Erfolg an, daß Gablenz gegen 4000 Todte und Verwundete hatte, 4500 Gefangene und 10 Kanonen einbüßte und sich nach Königinhof zurückziehen mußte. Aber auch Königinhof wurde am 29. Juni von der Garde erstürmt, die dortige Elbbrücke besetzt, worauf jene auf dem linken Elbufer ungehindert die Richtung zu der Armee des Prinzen Friedrich Karl einschlagen konnte.

Die schwierigste Aufgabe hatte das fünfte Armeecorps unter Steinmetz, das auf einer engen Straße in einem wenigstens zwei Meilen langen Zuge gegen Nachod vorbrach und dort am 27. Juni das sechste östreichische Corps unter Ramming antraf. Dieser hatte anfangs einige günstige Gefechtsmomente, setzte aber nicht alles daran, die Entwicklung größerer Massen auf feindlicher Seite zu verhindern, und wurde von Steinmetz so zurückgeschlagen, daß er am andern Tag nicht mehr kampffähig war und das Corps des Erzherzogs Leopold ihn ablösen mußte. Er hatte 2500 Gefangene und 6 Kanonen verloren und einen Gesamtverlust von etwa 5000 Mann, die Preußen hatten 1200 Todte und Verwundete. Am 28. Juni pflückte sich Steinmetz neue Lorbeeren bei Skalitz, wo er den Erzherzog Leopold zurückschlug und ihm 2500 Gefangene und 5 Kanonen abnahm. Auf seinem Weitermarsch gegen Königinhof traf er am 29. Juni bei Schweinschädel (Jaromirz) das vierte östreichische Corps unter Graf Festetics, schlug auch dieses, verfolgte es bis unter die Kanonen von

Josefstadt und vereinigte sich am 30. Juni bei Gradlitz mit der übrigen Armee des Konprinzen, welche, nachdem auch das Corps des Generals Mutius angekommen war, nun vollständig beisammen war und die Elblinie von Arnau bis Josefstadt besetzt hielt. Sie hatte in den letzten Tagen mehr als 10,000 Gefangene, 20 Kanonen, 5 Fahnen und 2 Standarten erbeutet und gieng dem Entscheidungskampfe mit großer Zuversicht entgegen.

Benedek hatte gegen die drei preußischen Armeen in wenigen Tagen gegen 35,000 Mann verloren; von seinen 7 Armeecorps waren 5 geschlagen; nur eines von diesen hatte an dem ersten Tage einen Vortheil erfochten. Nachdem sein Heer in lauter Einzelgefechten geschwächt und entmuthigt worden war, koncentrirte er nun die 7 Corps, noch etwa 200,000 Mann, bei Königgrätz und bereitete sich zu einer Hauptschlacht vor. Er selbst hatte wenig Vertrauen und Lust zu einer solchen. Aber auf seine Meldung, daß die Armee nach so vielen Unfällen nicht in der für eine Entscheidungsschlacht nöthigen Stimmung und Verfassung sei, erhielt er vom Kaiser den direkten Befehl, sofort eine Schlacht zu liefern. Hiezu wählte er auf dem rechten Elbufer das zwischen der Elbe und dem Flüßchen Bistritz in der Breite von 1½ Meilen liegende Terrain und besetzte die günstigsten Höhenpunkte mit seinen 500 gezogenen Geschützen. Seine Flanken waren hier freilich nicht gesichert, wenn sie es nicht durch seine Truppen waren, und ein etwaiger Rückzug über die Elbe mit solchen Truppenmassen war auch keine Kleinigkeit. Der Muth seiner Soldaten hatte sich wieder ein wenig gehoben; man wünschte die Scharten auszuwetzen.

Sobald Prinz Friedrich Karl, welcher bei Horitz, gegen 5 Stunden von Königgrätz, stand, von dieser Bewegung Nachricht erhielt, machte er am Abend des 2. Juli dem preußischen Hauptquartier zu Gitschin Meldung hievon. Dort war König Wilhelm, welcher am 29. Juni Berlin verlassen hatte, so eben mit Graf Bismarck, Roon und Moltke eingetroffen und hatte den Oberbefehl über seine sämtlichen Truppen übernommen. Als er kurz vor Mitternacht die Meldung erhielt, beschloß er auf den Rath Moltke's, auf den Vorschlag des Prinzen, gleich am folgenden Tage mit der ganzen Armee anzugreifen, einzugehen, und schickte sogleich Adjutanten an den Kronprinzen nach Königinhof und an Herwarth. Dieser bekam Nachts 1 Uhr, jener Morgens 4 Uhr den Befehl zum Vormarsch, und beide

brachen nun so rasch als möglich gegen Königgrätz auf. Aber die Truppen des Kronprinzen waren weit vom Schlachtfeld entfernt, $2^1/_2$ Armeecorps sogar 5 Stunden. Der Plan war: Prinz Friedrich Karl, welcher dem Feinde am nächsten stand, sollte im Centrum den Feind festhalten, bis Herwarth, welcher sich auf dem rechten Flügel, $1^3/_4$ Meilen davon entfernt, bei Smidar befand, und die den linken Flügel bildende schlesische Armee den Feind in beiden Flanken faßten. Wenn alles hübsch in einander griff, wie man es im Hauptquartier berechnet und festgesetzt hatte, so hoffte man am 3. Juli in der Schlacht bei Königgrätz Benedeks Armee nicht bloß zu schlagen, sondern zu vernichten.

Die preußische Armee mochte noch 200,000 Mann stark sein, wovon übrigens, da von der schlesischen Armee mehrere Truppentheile nicht rechtzeitig eintrafen, nur 150,000 an der Schlacht theilnahmen. Um acht Uhr traf der König mit dem Herzog von Koburg, Roon, Moltke und Bismarck bei der Avantgarde des Prinzen Friedrich Karl, welche schon im Gefecht war, bei dem Dorfe Dub ein und übernahm den Oberbefehl. Die 1. Armee hatte den schweren Kampf um Sadowa und die Bistritz-Uebergänge den ganzen Vormittag allein zu bestehen, hatte 4 bis 5 Stunden lang mit 3 Armeecorps gegen 6 allein zu kämpfen; einzelne Divisionen wurden von der östreichischen Artillerie und den Jägern furchtbar mitgenommen; Herwarth fand auf dem feindlichen linken Flügel, wo die Sachsen das Dorf Ober-Prim und die Höhen von Problus hartnäckig vertheidigten, größeren Widerstand, als er vermuthete, wurde erst gegen 3 Uhr Herr über seinen Gegner und konnte sich nun an die Armee des Prinzen Friedrich Karl anschließen. Bei dieser war volle 4 Stunden, von 9—1 Uhr, die Division Fransecky, im Walde von Maslowed vor den Höhen von Chlum, einem schrecklichen Kartätschenfeuer und dem ungestümen Angriff der numerisch weit überlegenen Oestreicher ausgesetzt, kämpfte mit unbeschreiblichem Heldenmuth und deckte den linken Flügel der preußischen Schlachtlinie trotz des Verlustes eines vollen Viertheils ihrer Infanterie so lange, bis mit den Spitzen der kronprinzlichen Armee die ersehnte Hilfe herbeikam. Es waren für die Preußen bange Augenblicke; besorgt schauten die Generale nach Osten, ob die Armee des Kronprinzen noch nicht anrücke; wenn sie sich verspätete, so war die Schlacht verloren. Rückzug oder Durchbrechung des preußischen Centrums war die trostlose Alternative. König Wilhelm mochte an Wel-

lington denken, wie dieser in der Schlacht bei Waterloo so sehnsüchtig nach Blücher ausschaute. Man sprach schon davon, die Infanterie zurückzuziehen. „Was dann?“ fragte der besorgte König. Aber wie damals Blücher, so erschien jetzt der Kronprinz noch zu rechter Zeit, und damit war die Schlacht gewonnen.

Der durch den Regen aufgeweichte Lehmboden und das hügelige Terrain hatte die Armee des Kronprinzen, besonders die Artillerie, auf dem Marsch sehr aufgehalten, so daß erst kurz vor 1 Uhr eine Gardedivision, dann das 6. und 1. Armeecorps und endlich die zweite Gardedivision auf dem Schlachtfeld eintrafen. Aber was ankam, griff auch gleich in den Kampf ein und nöthigte den östreichischen rechten Flügel, welcher mit seiner Artillerie den linken Flügel der Armee des Prinzen Friedrich Karl furchtbar beschoß, von diesem abzulassen und mit der Garde und dem 6. Armeecorps einen neuen Kampf aufzunehmen. Die erste Gardedivision und die beiden Divisionen des 6. Armeecorps (Mutius) nahmen im ersten Anlauf die Dörfer Horeniowes und Ratschitz. Der Raum zwischen Maslowed, Cistowes und Chlum, neben welchem die Reste der Division Fransecky kämpften, war von Vertheidigern fast ganz entblößt. In diese Lücke drang General Hiller mit der ersten Gardedivision ein und nahm trotz des mörderischen Geschützfeuers die Höhen von Chlum, welche den Schlüssel der ganzen östreichischen Stellung bildeten, und das Dorf Rozberitz, wodurch die Position von Lipa, von deren Höhen aus in die Armee des Prinzen Friedrich Karl den ganzen Vormittag Tod und Verderben geschleudert worden war, im Rücken gefaßt wurde. Eben dort stand Benedek und erfuhr kurz vor 3 Uhr, was sich in der letzten halben Stunde in seinem Rücken zugetragen hatte. Er wollte es kaum glauben, bis er es selbst sah. Von der Aufstellung bei Olmütz her war es sein Fehler und sein Verhängniß, daß er sich um die Armee des Kronprinzen fast gar nicht kümmerte, ihr gar keine Bedeutung beilegte, auch in den Dispositionen von Königgrätz gerade so verfuhr, wie wenn eine solche Armee gar nicht existirte, nicht auf einmal auftauchen, auf seinen rechten Flügel sich werfen, in der Flanke und im Rücken ihn mit Vernichtung bedrohen könnte. Rasch warf er der Hiller'schen Division seine Reserve entgegen, um die verlorenen Positionen um jeden Preis wieder zu nehmen. Rozberitz wurde von den Oestreichern wieder erobert. Auf den Höhen von Chlum erhielt Hiller Verstärkung an Artillerie und Infanterie. Die Avantgarde der zweiten Gardedivision

und des ersten Armeecorps (Bonin) rückte an. Eine volle Stunde tobte hier der Kampf mit fürchterlicher Heftigkeit. Es war 4½ Uhr. Der wackere General Hiller wurde durch eine Granate niedergestreckt; die Bataillone des ersten Armeecorps, welche so eben die Höhen von Chlum besetzt hatten, schlugen den letzten Angriff der Oestreicher zurück, stürmten, alles vor sich niederwerfend, bis Rozberitz, und zu gleicher Zeit hatte die Avantgarde der zweiten Gardedivision auch die Höhen von Lipa erstürmt. Damit waren die Hauptpositionen in den Händen der Preußen; die Schlacht war gewonnen.

Benedek gab den Befehl zum Rückzug; die ganze Kavalerie des Prinzen Friedrich Karl machte sich zur Verfolgung auf, die elfte Division des Corps Mutius nahm die zur Deckung der Rückzugsstraße bei Swietj aufgestellten Reservegeschütze, überschüttete von den dortigen Höhen die abziehenden Truppen mit Geschossen, drang bis zur Königgrätzer Straße vor und zwang dadurch den Feind, gegen Südwesten hin auszuweichen. Um der Infanterie und Artillerie den Abzug zu erleichtern, stellte sich die östreichische Reserve-Kavalerie bei Streselitz, südlich von Chlum, auf, konnte aber dem Anprall der preußischen Reiterei nicht widerstehen. Der Rückzug artete immer mehr in wilde Flucht aus. Die einen retteten sich unter die Kanonen von Königgrätz, die anderen nach Pardubitz. Die östreichischen Verluste waren ungeheuer, gegen 42,000 Mann, darunter 4600 Todte, 14,000 Verwundete, 20,000 Gefangene und gegen 4000 Vermißte, zudem 174 Kanonen und 11 Fahnen. Daß aber Benedeks Soldaten sich zum Theil wacker geschlagen hatten, konnte man daraus sehen, daß die Preußen 1840 Todte und 6688 Verwundete hatten, wozu noch 278 Vermißte kamen, was in runder Summe einen Verlust von 8800 Mann ausmacht. Von Geschützen hatten sie keines verloren. „Unsere Nordarmee existirt nicht mehr", meldeten die östreichischen Zeitungen vom 4. Juli, nachdem noch am 3. Juli Nachmittags 2½ Uhr der Kommandant von Josefstadt ein Siegestelegramm nach Wien gesandt hatte.

Mit dem Tag von Königgrätz war der Feldzug entschieden. Die Nordarmee, welche in diesem achttägigen Kriege, vom 26. Juni bis 3. Juli, fast nichts als Unfälle erlitten hatte, war so tief erschüttert, daß der Kaiser von Oestreich keine Schlacht mehr mit ihr wagen konnte, zumal einem Feinde gegenüber, der außer anderen Vorzügen nun auch den der Siegeszuversicht hatte und nach solchen Erfolgen

jeder Aufgabe sich für gewachsen hielt. Durch Herbeiziehung eines Theils des in Sachsen zurückgelassenen Mülbe'schen Reservecorps wurden der preußischen Armee frische Kräfte zugeführt und dadurch die Lücken wieder ausgefüllt. Da man durch Aufhebung einer östreichischen Feldpost erfahren hatte, daß Benedek seine ganze Armee nach dem festen Olmütz zurückgezogen (wohl in der Voraussetzung, daß die Preußen den Marsch nach Wien nicht wagen würden, wenn sie in der linken Flanke und im Rücken von einer zahlreichen Armee bedroht würden) und nur das Corps Gablenz und den größten Theil der Kavalerie über Brünn direkt nach Wien geschickt habe, so beschloß König Wilhelm, daß der linke Flügel, die Armee des Kronprinzen, gegen Olmütz marschiren und den Feind dort festhalten, daß die Armee des Prinzen Friedrich Karl die mittlere Straße über Brünn, die Elbarmee den direkten Weg über Iglau nach Wien einschlagen solle. Der Waffenstillstand, um welchen Gablenz, der im Auftrag Benedeks am 4. Juli und wieder am 10. Juli im Hauptquartier eintraf, bat, wurde begreiflicherweise nicht gewährt. Hatte doch der Mangel an einer energischen Verfolgung, wie sie Gneisenau nach dem Sieg von Waterloo ausgeführt hat, am 4. und 5. Juli der militärischen und politischen Ausbeutung des großen Sieges bereits Eintrag gethan. Am 6. Juli brach die ganze preußische Armee von Pardubitz gegen Süden auf, zur Beobachtung der Festungen Königgrätz und Josefstadt eine Division zurücklassend. Die böhmische Hauptstadt Prag wurde von den Oestreichern geräumt, und am 8. Juli rückte General Rosenberg-Gruszinsky mit einer Division der Gardelandwehr dort ein.

In Wien erkannte man die Gefahr. Die Barvorräthe der Bank wurden nach der ungarischen Festung Komorn geschafft. Trotz der Verschanzungen von Florisdorf, an welchen man nördlich von Wien mit angestrengtem Eifer arbeitete, machte man sich auf eine Einnahme der Stadt gefaßt. Um den Siegeszug der Feinde aufzuhalten, glaubte der Kaiser keinen geschickteren Schachzug thun zu können, als wenn er, wie dies am 5. Juli geschah, das im geheimen bereits abgetretene Venetien nun vor aller Welt an Napoleon abtrat und zur Herbeiführung des Friedens dessen Vermittlung annahm. Wurde dadurch Venetien eine französische Provinz, so sollte Viktor Emanuel nur durch Eingehen in die Napoleonischen Plane sie für sich gewinnen können. Kaiser Franz Josef dagegen konnte dann die ganze Süd-

armee, die Sieger von Custozza, zur Vertheidigung seiner Monarchie den Preußen entgegenwerfen. Zugleich wurde im Stillen auch darauf gerechnet, daß Napoleon aus Eifersucht über die Trophäen der Preußen diesen ein donnerndes Halt, ein Entweder=Oder zurufen und ihnen als Friedensvermittler keine andere Wahl lassen werde als die von ihm diktirten Bedingungen anzunehmen oder neben dem Krieg an der Donau auch einen Kampf am Rhein zu haben. Wie 1859 die Lombardei, so wurde 1866 Venetien aufgegeben, um Oestreichs Stellung in Deutschland aufrecht zu erhalten und Preußen Schach zu bieten. Napoleon und seine Staatsmänner waren, wie Staatsminister Rouher am 16. März 1867 im gesetzgebenden Körper versicherte, „durch das unwahrscheinliche und unerwartete Ereigniß des Sieges von Königgrätz mit patriotischer Angst erfüllt." Sie hatten der Eröffnung des Krieges ruhig zugesehen in der Erwartung, Preußen und Oestreich würden sich aufs hartnäckigste bekämpfen und beide Staaten würden aus diesem Kampfe so geschwächt hervorgehen, daß Napoleon, so bald es ihm beliebe, als der diktatorische Schiedsrichter in ihre Mitte treten, die Gestaltung Europa's nach den Grundzügen seines Schreibens vom 11. Juni vornehmen und die ersehnten Kompensationen auf dem linken Rheinufer erzwingen könne. Auch er hatte, wie Oestreich und die deutschen Mittelstaaten, die Leistungsfähigkeit der preußischen Armee bedeutend unterschätzt und der Sicherheit und Präcision, mit welcher diese im dänischen Kriege operirte, zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Um so größer war seine Bestürzung über den Sieg von Königgrätz, seine Furcht vor den Folgen desselben. Sein Programm war bereits überholt. Denn es war klar, daß nicht Oestreichs, sondern Preußens Stellung in Deutschland von nun an eine „einflußreiche" sein, und daß Preußens „Abrundung und Kraft im Norden" über die Wünsche und vermeintlichen Interessen Frankreichs weit hinausgehen würden. Sein Bestreben war daher, den Siegeslauf Preußens möglichst zu zügeln, von den Früchten eines solchen Sieges ihm möglichst viele zu entziehen.

Dies wäre freilich durch ein militärisches Eingreifen am leichtesten zu erreichen gewesen. Aber eben dieses war Napoleon zu seinem größten Schmerze damals durchaus unmöglich. Denn mit der Wehrfähigkeit Frankreichs sah es in Folge der mexikanischen Expedition sehr schlecht aus. Der damalige Kriegsminister Randon, welcher sich scheute, für Mexiko immer neue Kredite von der mit dieser Ex-

pedition so unzufriedenen Kammer zu verlangen, hatte nicht nur die Armee, sondern auch alle Reserven, Arsenale, Zeughäuser, Magazine so vollständig herunterkommen lassen, daß am 3. Juli 1866 Frankreich unfähig war, auch nur 50,000 Mann kriegsmäßig auszurüsten. Ein solcher Zustand war zur Uebernahme einer bewaffneten Mediation nicht angethan. Somit blieb Napoleon nur die bescheidenere und weniger einträgliche Rolle eines zudringlichen Mahners und Rathgebers übrig. Er suchte Italien durch die Anerbietung Venetiens von aller weiteren Kriegführung abzuziehen und jedenfalls, so wie auch Preußen, zu einem sofortigen Waffenstillstand zu bewegen. Aber weder Italien noch Preußen gieng auf seine Vorschläge ein, und König Wilhelm erklärte bestimmt, daß er den Bemühungen Napoleons, wenigstens einen Waffenstillstand herbeizuführen, gerne entgegenkommen werde, sobald Franz Josef sich zur Annahme der Hauptbedingungen herbeilasse. Inzwischen werde er sich in seiner militärischen Aktion nicht stören lassen. Dadurch war das östreichische Projekt der Hauptsache nach vereitelt, Venetien verloren und in Deutschland damit nichts gewonnen. Denn die 80,000 Mann, welche Franz Josef aus Italien, wo man sich nun in der strengsten Defensive hielt, nach der Donau zog, waren im Verein mit den Trümmern der Nordarmee dem preußischen Heere nicht gewachsen, trafen auch erst zwischen dem 22. und 26. Juli sämtlich in der Nähe von Wien ein, und bis dahin konnte die Hauptstadt erobert sein. Den Oberbefehl über alle östreichischen Heere übernahm am 13. Juli der aus Italien berufene Erzherzog Albrecht. Benedek war des Oberbefehls entsetzt, blieb aber vorläufig als dessen Untergebener im Dienst. Die Generale Clam Gallas, Henikstein (Chef des Generalstabs) und Krismanic (Generalquartiermeister) waren schon am 3. Juli, vor Anbruch der Schlacht, ihrer Funktionen enthoben worden. Später wurden sie vor ein Kriegsgericht gestellt, aber freigesprochen.

König Wilhelm blieb bei der Armee des Prinzen Friedrich Karl. Dieser hatte am 10. Juli bei Saar ein kleines Reitergefecht zu bestehen, rückte am 13. in Brünn ein, besetzte am 16. Lundenburg an der Thaya und machte sich dadurch zum Herrn der Eisenbahn zwischen Olmütz und Wien. Das königliche Hauptquartier war am 18. Juli in Nikolsburg, 10 Meilen von Wien, und die Vorposten wurden bis auf 4 Meilen von der Hauptstadt vorgeschoben. General Herwarth, welcher mit der Elbarmee den rechten Flügel bildete, war

indessen über Iglau und Znaym marschirt, hatte am 14. Juli bei Jetzelsdorf eine Kavalerie=Brigade zurückgeworfen, am 16. Hollabrunn besetzt, und seine Vorposten standen noch drei Meilen von Wien. Zur Deckung der bedrohten Hauptstadt hielt Erzherzog Albrecht das Heranziehen der Nordarmee für unumgänglich nöthig. Benedek hatte gleich nach seiner Ankunft bei Olmütz das 3. Ameecorps und den größten Theil der sächsischen Truppen vermittelst der Eisenbahn nach Wien abgehen lassen und behielt in seinem verschanzten Lager noch 5 Infanteriecorps und die Reiterdivision Taxis. Mit diesen wollte er die Armee des Kronprinzen angreifen und an der Vereinigung mit den beiden anderen Heeren hindern. Aber er erhielt am 12. und 13. Juli den dringendsten Befehl von Albrecht, mit sämtlichen Truppen sogleich nach Wien aufzubrechen. Da die direkte Linie über Brünn und Nikolsburg bereits verlegt war, so mußte er die Eisenbahnlinie Olmütz=Presburg benützen. Aber auch diese war schon am 16. Juli von der Avantgarde des Prinzen Friedrich Karl bei Lundenburg besetzt, daher Benedek die Eisenbahn nur zum Theil benützen konnte, das Marchthal verlassen, die kleinen Karpaten übersteigen und vom Waagthal aus nach Presburg ziehen mußte, wo er mit dem größten Theil seiner Truppen am 26. Juli, das 2. Corps (Thun) schon am 22., anlangte. Um Benedek's Abmarsch von Olmütz zu recognosciren und ihm möglichst viel Abbruch zu thun, schickte der Kronprinz am 15. Juli das Kavaleriecorps Hartman und eine Brigade Bonin ab Diese drängten bei Tobitschau einen Theil des 8. Armeecorps zurück, machten über 600 Gefangene und nahmen 18 Geschütze; als aber die leichte Reiterei noch weiter gegen den Bahnhof von Prerau vorrückte, mußte sie sich nach kurzem Kampfe vor der bedeutenden Uebermacht zurückziehen. Nun ließ der Kronprinz zur Beobachtung der Festung Olmütz das Corps Bonin, bald nur eine Division desselben stehen, rückte gleichfalls gegen Süden vor und vereinigte sich am 19. Juli bei Nikolsburg und Lundenburg mit der Armee des Prinzen Friedrich Karl, die Reserve derselben bildend.

Die ganze preußische Armee war nun wieder beisammen; ihr äußerster linker Flügel stand noch einen halben Tagmarsch von Presburg, der äußerste rechte bei Krems, wo die Oestreicher die Donaubrücke gesprengt hatten. Durch Heranziehen von Reservetruppen war sie auf 240,000 Mann gebracht. Der Spiegel der Donau, die Thürme von Wien und Presburg lagen vor ihnen, ihre vordersten Truppen sahen

Nachts die erleuchteten Fenster der Häuser Wiens; trotz Cholera und Strapazen brannten alle vor Begierde, Wien zu erstürmen, in Wien einzuziehen. Am 20. Juli stand die Avantgarde noch 1 1/2 Meilen von den Florisdorfer Schanzen. Noch ein rascher Stoß in den nächsten 2 Tagen, und Wien war gefallen. Vor der Hauptstadt standen höchstens 130,000 Mann zu ihrer Deckung bereit; weitere 110,000 Mann, von der Nordarmee, vereinigten sich zwischen dem 22. und 26. Juli bei Presburg. Dahin schickte Prinz Friedrich Karl den General Fransecky am 21. Juli mit 2 Divisionen Infanterie und einer Reiterdivision. Dieser stieß am 22. Juli auf das eben angelangte Corps Thun und die bei Blumenau aufgestellte Brigade Mondl, ließ dieselbe durch die Brigade Bose, welche links ab die Ausläufer der kleinen Karpaten überstieg, umgehen, hielt in der Front, besonders durch Artillerie, das Gefecht eine Zeit lang hin, gieng gegen elf Uhr zum Angriff über und brachte den feindlichen linken Flügel zum Weichen. Es war zwölf Uhr, als er von Bose die Meldung erhielt, daß die Umgehung vollkommen geglückt sei, daß er einige Bataillone des Thun'schen Corps geworfen habe und bereits bei der Jägermühle, an der Straße zwischen Presburg und Blumenau, stehe. Die Vernichtung der Brigade Mondl und der zerstreuten und ermatteten Truppen des Thun'schen Corps und ebendamit die Einnahme Presburgs waren die sichere Beute dieses Tages. Aber um die nämliche Stunde kam ein feindlicher Parlamentär zu Fransecky und theilte ihm mit, daß zwischen Oestreich und Preußen eine fünftägige Waffenruhe ausgemacht sei, daß diese am 22. Juli Mittags 12 Uhr zu beginnen habe, also alle Feindseligkeiten von dieser Stunde an einzustellen seien. General Bose nahm sich die Genugthuung, daß er in seiner Stellung 24 Stunden lang bivuakirte und die nach Presburg zurückziehenden Truppen Mondls alle an seiner Front vorbei marschiren ließ, um ihnen damit zu zeigen, wie sehr er den Sieg schon in seinen Händen gehabt habe. Mit diesem Gefecht bei Blumenau war der Krieg zwischen Preußen und Oestreich zu Ende. Es begannen die Tage der Diplomatie.

Napoleon lag alles daran, den Einmarsch der Preußen in Wien zu verhindern und den Ruhm des „großen Oheims" nicht verdunkeln zu lassen. Seine Diplomatie war in athemloser Thätigkeit. Der französische Gesandte in Berlin, Benedetti, traf auf seinen Befehl am 14. Juli im preußischen Hauptquartier ein, der Herzog von Gra-

mont war in Wien thätig; jener sollte von zu großen Forderungen abmahnen, dieser zu weiteren Concessionen zureden. Andererseits war Bismarck die diplomatische Intervention Frankreichs so unangenehm, daß er, um derselben die weitere Mühe zu ersparen, durch Vermittlung des Bürgermeisters Giskra von Brünn dem Wiener Kabinet direkte Eröffnungen machte, wonach Oestreich es frei stehen sollte, sich mit Süddeutschland, welches Herr seiner Geschicke bleiben sollte, in Verbindung zu setzen, jedoch nur unter der Bedingung der Ausschließung jeder französischen Intervention oder Mediation. Aber der Unterhändler wurde in Wien so lange hingehalten, daß er bei seiner Rückkehr nach Nikolsburg die französische Intervention bereits als Thatsache vorfand. Am 14. Juli legte Napoleon beiden Kabinetten sechs Propositionen vor, welche zwar die Grundlagen der späteren Friedenspräliminarien bildeten, aber durch den Grafen Bismarck eine für Preußen weit günstigere Redaktion erfuhren. Es lag im Interesse Preußens, die Verhandlungen hinzuziehen, um die militärischen Erfolge der nächsten Tage noch in die Wagschale werfen zu können. Der König von Preußen forderte als erste Bedingung den Austritt Oestreichs aus dem deutschen Bund, sodann freie Disposition im nördlichen Deutschland, um eine für Preußen günstigere Länder-Arrondirung vorzunehmen und einen neuen Bund zu konstituiren, endlich die Annexion von Schleswig-Holstein. Bevor diese Bedingungen von Oestreich zugestanden seien, erklärte er, könne von Waffenstillstand und Friedensverhandlungen keine Rede sein. Dem König lag der Gebietszuwachs, dem Grafen Bismarck die Konstituirung des neuen Bundes mehr am Herzen. Die Standpunkte Beider ließen sich verschmelzen. Napoleon blieb, wenn er nicht Krieg mit Preußen, beziehungsweise mit Deutschland anfangen wollte, nichts anderes übrig als seine Zustimmung zu dem preußischen Programm zu geben, zumal auch Frankfurt von den Preußen schon besetzt war. In einer Depesche vom 19. Juli kündigte er in auffallend bescheidener Weise seine Zustimmung an. Eine Gebietsabtretung wurde Oestreich nicht zugemuthet, nur daß es, wozu es sich ja schon längst entschlossen hatte, Venetien an Italien abreten sollte. Das Ausscheiden aus Deutschland war für Oestreich ein schweres Opfer, besonders für die habsburgische Dynastie. Nur unter dem Druck der eisernen Nothwendigkeit fügte sich Franz Josef dieser Forderung. Am 20. und 21. Juli begannen Unterhandlungen, um nach Vereinbarung der wichtigsten Punkte we-

nigstens eine vorläufige Waffenruhe herbeizuführen. Dieselbe begann, wie schon angeführt, am 22. Juli Mittags 12 Uhr und sollte 5 Tage dauern. In dieser Zeit wurde in dem Hauptquartier des Königs von Preußen, in Nikolsburg, über die Friedenspräliminarien und den Waffenstillstand unterhandelt. Die östreichischen Grafen Karolyi und Degenfeld und der italienische Graf Barral versammelten sich mit den preußischen Bevollmächtigten um den greisen König. Auch der bairische Minister von der Pfordten erschien, uneingeladen, um im Namen der süddeutschen Staaten zu unterhandeln. Da er aber von Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, welche nicht selbst vertreten waren, keine Vollmacht hiezu vorzuweisen hatte, so konnte ihm kein Gehör geschenkt werden. Am 27. Juli wurden von Preußen und Oestreich der Waffenstillstandsvertrag und die Friedenspräliminarien unterzeichnet. Wegen der Verständigung mit Italien wurde die Waffenruhe bis zum 2. August verlängert, von welchem Tag an der vierwöchige Waffenstillstand eintreten sollte. Auch mit Baiern wurde am 28. Juli ein dreiwöchiger Waffenstillstand abgeschlossen, der am 2. August beginnen sollte. Der weiteren Bitte, daß die Feindseligkeiten am Main jetzt schon, am 28. Juli, eingestellt werden sollten, wurde nicht entsprochen. Hinsichtlich der drei anderen süddeutschen Staaten wurde die Zusage ertheilt, daß sie, falls sie eine ausdrückliche Bitte in dieser Richtung stellen würden, ebenso wie Baiern behandelt werden sollten.

In den Präliminarien von Nikolsburg erkannte Franz Josef die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an und gab seine Zustimmung zu einer Neugestaltung Deutschlands ohne Betheiligung Oestreichs. Ebenso versprach er in Artikel 4, „das engere Bundesverhältniß anzuerkennen, welches der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt." Seine Rechte auf die Elbherzogthümer trat er an den König von Preußen ab (die nördlichen Distrikte von Schleswig sollten nach Artikel 5 durch freie Abstimmung sich entscheiden dürfen, ob sie wieder mit Dänemark vereinigt werden wollten), zahlte 20 Millionen Thaler Kriegskosten, erkannte die Territorialveränderungen in Norddeutschland an, wogegen Preußen den Territorialbe-

stand Sachsens unangefochten ließ und dessen Stellung im norddeutschen Bund durch einen Friedensvertrag zu ordnen versprach. Auch nahm Preußen es auf sich, den König von Italien zur Anerkennung des Waffenstillstandes und der Präliminarien zu bestimmen, sobald Venetien durch eine Erklärung Napoleons diesem übergeben sei. Bis zum definitiven Frieden hielten die preußischen Truppen, wie gleichfalls bestimmt war, fast ganz Böhmen und Mähren besetzt. Am 23. August endlich wurde der Friede zu Prag geschlossen, welcher die Nikolsburger Bestimmungen bestätigte. Auf den Wunsch Napoleons, welcher die südlich vom Main gelegenen Staaten (Baiern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt) nicht gleichfalls Preußen unterworfen sehen, sondern die Neugestaltung Deutschlands gleich mit einer Spaltung beginnen lassen wollte, wurden dem Artikel 4, welcher von dem Verein der süddeutschen Staaten handelt, noch die Schlußworte hinzugefügt: „und der eine internationale, unabhängige Existenz haben wird.“ Nicht im östreichischen, sondern im französischen Interesse wollte Napoleon diese Mainlinie gezogen sehen und den süddeutschen Staaten eine selbständige Stellung geben. Er hoffte dadurch wenigstens einiges noch von seinem Programm vom 11. Juni zu retten. Diese süddeutschen Staaten sollten wie im Jahr 1806 ihren Protektor in dem französischen Kaiser finden und in politischer und militärischer Beziehung dem erstarkten Preußen gegenüber die Bundesgenossen Frankreichs werden. Doch damit war Napoleon noch nicht zufrieden. Sein Gesandter, Graf Benedetti, welchen Bismarck von den Konferenzen mit den östreichischen Bevollmächtigten in Nikolsburg fern zu halten wußte, erfuhr von jenem erst am 26. Juli, daß die Präliminarien abgeschlossen seien, und auf seine Frage, was für Kompensationen auf dem linken Rheinufer Frankreich zu erwarten habe, erhielt er die Antwort, der König werde nach einem so glänzenden Feldzuge zur Abtretung rheinischer Gebiete nicht wohl zu vermögen sein. Benedetti meldete dies dem Kaiser Napoleon und erhielt von diesem aus Vichy am 5. August einen Vertragsentwurf, wonach Frankreich von Preußen die Grenzen von 1814, Rheinbaiern und Rheinhessen nebst der Festung Mainz, Auflösung des zwischen dem deutschen Bund und Luxemburg bestehenden Verhältnisses und Aufhebung des preußischen Garnisonsrechtes in der Festung Luxemburg forderte. Benedetti schickte diesen Entwurf am 5. August dem Grafen Bismarck, welcher zugleich mit dem König am 4. wieder in Berlin eingetroffen

war, zu und hatte am 6. eine Unterredung mit demselben. Dabei erklärte er, daß, falls diese Forderungen nicht angenommen würden, Frankreich den Krieg erklären würde, und daß er selbst den Kaiser in der Aufrechthaltung dieser Bedingungen bestärken müßte, da die Dynastie verloren wäre, wenn sie jene Kompensationen nicht durchsetzen könnte. Die Antwort Bismarcks lautete ganz einfach: „Gut, dann ist Krieg!“ Mit diesem Bescheid reiste Benedetti nach Paris. Dort besann man sich doch noch einmal, ob man durch eine Kriegserklärung die soeben mit Mühe errungene Mainlinie wieder preisgeben und selbst zu Deutschlands Einigung beitragen solle. Man ließ also Bismarck sagen, der Abtretungsvertrag und die Kriegsdrohung seien dem Kaiser während einer Krankheit entrissen worden, und der Minister des Auswärtigen, Drouyn, wurde entlassen. Vom linken Rheinufer war nun keine Rede mehr. Man richtete seine Blicke nach Luxemburg und nach Belgien.

Indessen hatten die Italiener wieder die Offensive ergriffen. Sie hatten sich bei den diplomatischen Unterhandlungen vom 5. Juli und den folgenden Tagen durchaus korrekt benommen; aber auf militärischem Gebiet gieng es auch jetzt nicht vorwärts, auch jetzt wurden keine wesentlichen Erfolge errungen. Sie hielten viel auf ihre in den letzten Jahren ziemlich vermehrte Flotte und nahmen es als gewiß an, daß beim nächsten Zusammentreffen die östreichische von derselben vernichtet werde. Am 17. Juli segelte Admiral Persano mit 23 Schiffen, darunter 10 Panzerschiffen, und 2200 Landungstruppen aus dem Hafen von Ancona, um sich der für jene Gewässer so wichtigen Insel Lissa zu bemächtigen. Die Beschießung der Forts begann am 19., und Persano war am 20. eben im Begriff, seine Truppen landen zu lassen, als der durch das Treffen bei Helgoland bekannte östreichische Contreadmiral Tegetthoff mit 22 Schiffen, darunter nur 7 Panzerfregatten, herbeieilte und in dem Seetreffen bei Lissa am 20. Juli in einem heftigen vierstündigen Kampfe die größere Manövrirfähigkeit der östreichischen Marine aufs glänzendste zeigte. Das größte italienische Panzerschiff „König von Italien“ wurde von dem gepanzerten Widderschiff „Erzherzog Max“ in den Grund gebohrt, und das Panzerkanonenboot „Palestro“ in Brand geschossen und in die Luft gesprengt, während das östreichische ungepanzerte Linienschiff „Kaiser“ durch sein treffliches Feuern alle Angriffe der italienischen Panzerschiffe zurückschlug. Persano mußte sich nach Ancona zurückziehen und wurde später vor

ein Kriegsgericht gestellt, in welchem er die Schuld auf die Marineverwaltung schob, welche die Flotte schlecht ausgerüstet und ihn wider seinen Willen zum Kampfe gedrängt habe. Er wurde jedoch für schuldig erkannt.

Der Landkrieg bot Italien, nachdem Oestreich 80,000 Mann an die Donau gezogen hatte, keine großen Schwierigkeiten mehr dar. Viktor Emanuel erkannte die Abtretung Venetiens an Napoleon nicht an, und dieser, welcher wegen des preußisch-italienischen Bündnisses das östreichische Geschenk nicht nach Wunsch verwerthen konnte, ließ den Dingen ihren Lauf. Die Oestreicher hielten sich in ihrem Festungsviereck, welches Lamarmora mit 6 bis 7 Divisionen unnützerweise beobachtete, und räumten das ebene Land, und so war der Marsch Cialdini's mit 8 Divisionen vom untern Po über die Etsch, Brenta, Tagliamento nichts weiter als ein militärischer Spaziergang. Die einzige Waffenthat war die Einnahme des wichtigen Brückenkopfes am Po, Borgoforte, dessen Werke von der italienischen Artillerie so zugerichtet wurden, daß die Besatzung am 17. Juli den Ort räumte und sich nach Mantua zurückzog. Auch Garibaldi leistete mit seinen Freiwilligen weniger, als man erwartet hatte. Er drang in das westlich vom Gardasee gelegene Judicarienthal in Tirol ein, konnte aber, zumal ihn auch seine Wunde, die er in einem Gefecht am 3. Juli erhalten hatte, hinderte, gegen die geübten Tiroler Schützen nichts ausrichten. Der Kampf hielt sich hier Wochen lang in kleineren Gefechten hin. Er schien für Garibaldi eine günstigere Wendung zu nehmen, als der von Cialdini mit einer Division gegen Trient abgeschickte General Medici nach einigen glücklichen Gefechten am 24. Juli bis auf 2 Meilen von dieser Stadt vordrang. Aber die in Nikolsburg vereinbarte Waffenruhe machte auch hier den Feindseligkeiten ein Ende. Sie wurde in Italien am 25. Juli verkündigt. Als aber Viktor Emanuel erklärte, daß er während des Waffenstillstandes die von ihm eingenommenen Theile Tirols besetzt halten werde und außer Venetien auch das italienisch redende Südtirol beanspruche, schien der Krieg hier aufs neue auflodern zu wollen. Oestreich erwiderte, daß es von Südtirol kein Dorf hergebe. Auch Preußen, welches in dem Bündniß nur für Venetien eingetreten war, wollte seinem Alliirten nicht zu diesem neuen Besitzthum verhelfen; Napoleon wünschte ohnedies das junge Königreich in einiger Bescheidenheit zu erhalten. Die Sache wurde bedenklich, als Oestreich, an der Donau

nun frei, umgekehrt wieder große Truppenmassen nach Italien sandte, eine starke Armee am Isonzo, eine Reserve bei Villach versammelte. Viktor Emanuel riskirte, allein den Kampf mit ganz Oestreich aufnehmen zu müssen. Was dies für ihn bedeute, wußte er. So zog er, den Rathschlägen Napoleons und König Wilhelms nachgebend, das Gewisse dem Ungewissen vor, gab seine Ansprüche auf und schloß am 11. August einen vierwöchigen Waffenstillstand mit Oestreich, welchem sofort die Räumung von ganz Südtirol folgte. Am 3. Okt. wurde zwischen Oestreich und Italien der Friede in Wien unterzeichnet. Oestreich lieferte jetzt erst die eiserne Krone der Lombardei an Italien aus. Doch mußte sich Italien gefallen lassen, daß es Venetien aus der Hand Frankreichs und erst nach erfolgtem Plebiscit erhalte. Vom 9. Oktober an verließen die östreichischen Truppen das Festungsviereck, räumten am 16. Venedig, am 18. übergab der von Napoleon hiezu abgesandte General Leboeuf die Stadt im Namen des Kaisers einer Kommission des Gemeinderaths, und die italienischen Truppen hielten ihren Einzug.

Die Volksabstimmung über die Vereinigung Venetiens mit dem Königreich Italien fand am 21. und 22. Oktober statt und lieferte das Ergebniß, daß 651,758 mit Ja, nur 69 mit Nein stimmten. Dieses Resultat wurde von einer venetianischen Deputation am 4. November dem König in Turin mitgetheilt, worauf er unter anderem erwiderte: „Heute hat die Fremdherrschaft aufgehört. Italien ist gemacht, aber noch nicht vollendet. Die Italiener müssen es vertheidigen und groß machen". Darauf unterzeichnete er das Annexionsdekret, und am 7. November hielt er unter dem unendlichen Jubel der Bevölkerung seinen Einzug in Venedig. Der Traum der alten Karbonari von einem einheitlichen Italien war damit größtentheils in Erfüllung gegangen. Das isolirte Rom konnte trotz aller Konventionen dem Zuge des Jahrhunderts, welches die Zusammenfassung gleichartiger Bestandtheile fordert, nicht mehr lange widerstehen. Italien aber mag sich bei den Siegern von Königgrätz bedanken, daß es, ohne eine Schlacht gewonnen zu haben, nach zwei vollständigen Niederlagen, bei Custozza und bei Lissa, eine Provinz gewonnen hat. Die Kriegsgeschichte weiß kein zweites Beispiel für ein solches Glück im Unglück.

In Böhmen und in Italien hatte der Krieg bereits ein Ende genommen, als er am Main erst recht anfieng. Dort stand rechts

bei Bamberg die bairische Armee, anfangs 42,000, später gegen 50,000 Mann, unter dem 71jährigen Prinz Karl, welcher noch nie ein Feldherrnamt bekleidet hatte, links das achte Bundesarmeecorps unter Prinz Alexander von Hessen bei Frankfurt, welcher bei seinen unter 6 Kriegsherren stehenden Truppen, deren Führer theils ihm, theils gegenseitig sich selbst ganz unbekannt waren, eine sehr schwierige Aufgabe hatte. Dieses Corps bestand aus 14,000 Württembergern unter General Hardegg, 10,000 Badenern unter Prinz Wilhelm und 9000 Hessen-Darmstädtern, wozu noch 8000 Kurhessen, 4000 Nassauer und 12,000 Oestreicher unter General Neipperg kamen, von welchen übrigens die Kurhessen sich meist in und bei der Festung Mainz aufhielten, so daß diese Armee, so weit sie sich am offenen Kampf betheiligte, auf etwas über 50,000 Mann zu schätzen war. Sie standen zunächst nördlich von Frankfurt, um diese Stadt und die Bundesversammlung gegen jeden Ueberfall zu decken, machten viele Hinundhermärsche und besetzten auf ein paar Tage Gießen und die preußische Stadt Wetzlar. Als Ersatz für die von Preußen besetzten Bundesländer nahm, nach einem Bundesbeschluß vom 25. Juni, ein Bataillon Württemberger, welches am 26. Juni in Hohenzollern einrückte, das Land in Bundesverwaltung.

Beiden Armeen gegenüber stand der früher genannte General Vogel von Falckenstein mit den 3 Divisionen Göben, Beyer und Manteuffel, anfangs gegen 45,000 Mann, worunter 3000 Sachsen-Koburger und Lippe-Detmolder. Obgleich diese „Main-Armee" nicht stärker war als jede der zwei süddeutschen Armeen, so beschloß doch ihr energischer Anführer, wie seine Kollegen in Böhmen, die Offensive zu ergreifen. Sein nächster Plan war, die Vereinigung der beiden Armeen zu hindern und eine nach der andern über den Main zurückzudrängen. Bei Eisenach hatte er nach der Kapitulation der Hannoveraner seine Armee koncentrirt und marschirte am 2. Juli auf der Straße, die von Fulda über Hanau nach Frankfurt führt. Die Baiern waren in den letzten Tagen bis Koburg und Meiningen, ihre äußersten Vortruppen bis Suhl und Schmalkalden vorgerückt, um den Hannoveranern Hilfe zu bieten, wandten sich aber, da sie am 30. Juni ihre Kapitulation erfuhren, westlich und suchten sich mit dem 8. Armeecorps zu vereinigen. Auf diesem Marsche mußten sie auf die Mainarmee stoßen und wurden von dieser am 4. Juli in mehreren Gefechten, bei Dermbach, Neidhardhausen, Zella, Wiesenthal,

Roßdorf, zurückgedrängt, ohne daß das nur ein paar Meilen davon entfernte 8. Armeecorps davon Notiz nahm. Nur bei Diedorf und Fischbach hielten die bairischen Truppen Stand. Bei Hünfeld suchte ihre Reiterei nach ein paar Kanonenschüssen in wilder Flucht sich zu retten. Als nun die Baiern sich an die fränkische Saale zurückzogen, folgte ihnen Falckenstein, überschritt am 9. Juli bei Brückenau die bairische Grenze und erzwang am 10. in mehreren Gefechten den Uebergang über die Saale. Die Division Göben hatte bei Kissingen einen harten Kampf zu bestehen, Manteuffel griff nördlich bei Hausen und Waldaschach, Beyer südlich bei Hammelburg an. Auf allen Punkten wurden die Baiern zurückgeworfen, mußten die Saale-Linie den Preußen überlassen und zogen sich am 11. Juli bei Schweinfurt über den Main zurück. Rasch wandte sich nun Falckenstein westlich gegen das 8. Armeecorps, schickte die Division Beyer nördlich nach dem Paß von Gelnhausen, welchen dieser bereits von den württembergischen Truppen verlassen fand, zog am 12. Juli mit der Division Göben, welcher Manteuffel als Reserve folgte, die Saale abwärts und marschirte am 13. über den Spessart, um Aschaffenburg zu besetzen und dem Gegner in die rechte Flanke zu fallen. Gelang dies, so war die Mainlinie und Frankfurt verloren. Die Gefahr erkennend, schickte Prinz Alexander am 12. die hessen-darmstädtischen Truppen vermittelst der Eisenbahn von Frankfurt nach Aschaffenburg mit dem Befehl, vor dem Eintreffen von Verstärkungen kein Gefecht anzunehmen. Aber der hessische General Perglas wollte die günstige Gelegenheit, die Preußen gleich bei ihrem Austritt aus dem Spessart anzugreifen, nicht vorübergehen lassen, griff mit der hessischen Division am 13. an, wurde bei Laufach und Frohnhofen von Göben zurückgeworfen und zog sich nach Aschaffenburg zurück. Hier waren die versprochenen Verstärkungen, östreichische und kurhessische Truppen unter dem Befehl des Grafen Neipperg, am Abend des 13. eingetroffen. Göben griff sie am 14. dort an, schlug sie bis dicht vor Aschaffenburg zurück, erstürmte den Eisenbahnhof, nahm die Stadt nach einem unbedeutenden Straßenkampf und besetzte die Mainbrücke. 1500 Gefangene, meist Oestreicher, fielen in seine Hände. Prinz Alxander gab nun seine Stellung bei Frankfurt preis, räumte Hanau und Frankfurt und gieng am 14. Juli mit seiner ganzen Armee über den Main nach dem Odenwald, um über Miltenberg nach Würzburg zu gelangen und sich dort mit dem Prinzen Karl zu vereinigen.

Die Bundesversammlung und die ihr beigegebene Militärkommission hatte indessen 180,000 fl. auf Errichtung von Schanzen in der Nähe von Frankfurt verwandt, die deutschen Farben hervorgeholt, eine schwarzrothgoldene Fahne auf dem Bundespalais aufgepflanzt, Landwehren und Freischaren aufgeboten und in den Stunden der Gefahr mit staunenswerther Ungeduld Armeen aus dem Boden zu stampfen gesucht. Es war zu spät. Sie mußte, wie am 16. Juni 1849 das Rumpfparlament, im Vorgefühl ihrer Todesstunde am 14. Juli Frankfurt verlassen und siedelte nach Augsburg in den durch seine feinen Weine bekannten Gasthof „zu den drei Mohren" über.

Sofort marschirte Falckenstein am 16. Juli mit der Division Göben nach Hanau, rückte Abends in Frankfurt ein, nahm von dieser Stadt, von Oberhessen und Nassau im Namen seines Königs Besitz und konnte diesem melden: „Die Länder nördlich des Mains liegen jetzt zu Ew. Königlichen Majestät Füßen." Nassau war bereits von preußischen Landwehrtruppen unter dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen genommen. Frankfurt erhielt wegen allzustarker Sympathie für Oestreich eine Kontribution von 6 Millionen Gulden auferlegt, und weitere 19, welche übrigens nicht eingetrieben und zu deren Abwendung Könige und Kaiser um Hilfe angegangen wurden, wurden am 19. Juli von Manteuffel verlangt. Falckenstein, welcher in 14 Tagen von Eisenach bis Frankfurt sein Heer von Sieg zu Sieg geführt hatte, erhielt nämlich bei seiner Ankunft in Frankfurt, am 17. Juli, den vom 12. Juli datirten Befehl, das Kommando über die Mainarmee an Manteuffel zu übergeben und die Stelle eines Gouverneurs von Böhmen zu übernehmen. Dabei soll ihm der Oberbefehl über eine neue Armee, welche Baiern von Osten aus angreifen sollte, zugedacht gewesen sein. Doch blieb es hier bei kleineren Operationen, welche der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin mit einem Reservecorps von etwa 21,000 Mann, von Leipzig gegen Hof marschirend, leitete.

Manteuffel ließ nach der Besetzung Frankfurts seine Truppen fünf Tage lang rasten, verstärkte sich durch die oldenburg-hanseatische Brigade und ein schwarzburgisches Bataillon (Oldenburger, Hamburger, Lübecker, Bremenser, Waldecker, Sondershauser) und neu formirte preußische Bataillone und brachte so seine Armee auf 66,000 Mann, wovon er gegen 6000 in und bei Frankfurt zurückließ, mit 60,000 die Operationen gegen die süddeutschen Heere wieder auf-

nahm. General Göben besetzte am 20. Juli Darmstadt und marschirte von hier über den Odenwald gegen die Tauber; General Flies, welcher, nachdem Manteuffel den Oberbefehl übernommen hatte, dessen bisherige Division befehligte, zog von Aschaffenburg auf dem linken Mainufer bis Miltenberg, während die Division Beyer ihm als Reserve folgte. Auf die Nachricht, daß die süddeutschen Truppen hinter die Tauber zurückgegangen seien und auf dem linken Ufer derselben nur einzelne Posten zurückgelassen hätten, wandte sich Manteuffel von Miltenberg aus links und lieferte vom 23. bis 26. Juli dem Feinde mehrere Gefechte. General Flies schlug am 23. die Badener bei Hundheim, westlich von der Tauber, zurück, worauf Prinz Alexander am Vormittag des 24. Juli seine sämtlichen Truppen hinter die Tauber zurückzog. Daher beschloß Manteuffel, sich am nämlichen Tage der Uebergänge über den Fluß bei Wertheim, Werbach und Bischofsheim zu bemächtigen. General Flies fand bei Wertheim, das von den Hessen besetzt gewesen war, keinen Feind mehr; während Göben die Badener bei Werbach und die Württemberger bei Tauberbischofsheim zurückdrängte. Die letzteren griffen zwar Nachmittags wieder an; aber fünf Angriffe wurden von den Preußen zurückgewiesen. Das achte Armeecorps zog darauf gegen Würzburg, nahm in der Mitte des Weges auf der Höhe von Gerchsheim Stellung und hatte als rechten Flügel bei Helmstadt und Uettingen die bairische Armee. Endlich, nachdem man fast fünf Wochen Versteckens gespielt hatte, fand noch in den letzten Auftritten dieses militärischen Drama's die längst vermißte Vereinigung des 7. und 8. Bundesarmeecorps statt. Aber zu helfen war nicht mehr viel. Die Führung hatte sich von Anfang an zu schwach gezeigt, das pünktliche und gehorsame Ineinandergreifen der einzelnen Truppentheile fehlte vollständig, das Kommando dreier Prinzen machte die Sache nicht besser, und so wurde aus dem Feldzug nach dem Volkswitz ein „Fehlzug". Manteuffel rückte nach, schlug am 25. Juli das 8. Armeecorps bei Gerchsheim durch die Division Göben und den linken Flügel der bairischen Armee bei Helmstadt durch die Division Beyer, zu welcher Abends auch die Division Flies stieß. Letztere, durch die Division Beyer unterstützt, warf am 26. nach hartnäckigem und blutigem Kampfe die Baiern bei Uettingen und Roßbrunn, worauf das 7. und 8. Armeecorps bei Würzburg über den Main gieng, sich auf dem rechten Ufer bei Rottendorff und Kitzingen aufstellte, Würzburg

und die auf dem linken Mainufer gelegene Festung Marienberg besetzt hielt. Am 27. Juli stand die Mainarmee vor Würzburg und beschoß die Festung. Unterhandlungen wegen ihrer Uebergabe wurden angeknüpft. Da kam die Nachricht von dem Abschluß eines Waffenstillstandes.

Inzwischen war das Reservecorps des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin noch tiefer in Baiern eingedrungen. Derselbe hatte am 20. Juli Leipzig verlassen und am 23. die bairische Stadt Hof erreicht. Seinem 21,000 Mann starken Heere konnte Baiern nur 4 schlecht ausgerüstete Reservebataillone entgegenstellen. So machte der Großherzog, wie Cialdini in Venetien, einen Spaziergang, rückte am 28. Juli in Baireuth ein, zersprengte am 29. bei Seybottenreuth ein unvorsichtig postirtes Bataillon und zog am 31. in Nürnberg ein.

Die Lage der süddeutschen Staaten war eine verzweifelte. Von Böhmen rückte General Mülbe mit einer preußischen Division gegen Amberg heran, von Sachsen zogen anhaltische und braunschweigische Truppen zur Verstärkung des Reservecorps nach, und dieses und die Mainarmee standen im Herzen Baierns. Das 7. und 8. Armeecorps, welche auf dem rechten Mainufer standen, waren abgeschnitten und konnten nur durch einen glänzenden Sieg, wozu sie mehr Lust als Anlage hatten, den Weg in die Heimat sich bahnen. Die Hauptstädte lagen dem Feinde offen, bereits wurden Kostbarkeiten, Kassen und Werthpapiere über den Bodensee geschafft, und manch kühnes Haupt, das eine zu spitzige Feder geführt hatte, fand eine Luftkur am See oder in den Alpen für seine angegriffene Gesundheit absolut nothwendig. Nach dem Abschluß der Präliminarien von Nikolsburg war weiterer Widerstand ganz unmöglich. Alles rief nach Frieden, nach Abberufung der Truppen. Von Nikolsburg traf beim Prinzen Karl am 27. Juli ein Telegramm des Hrn. v. d. Pfordten ein, das von Waffenruhe bis zum Beginn des Waffenstillstands sprach. Sogleich wurden Verhandlungen mit Manteuffel eingeleitet, welche, da dieser ohne Instruktion war, noch zu keinem definitiven Resultat führen konnten. Thatsache war, daß von einer Waffenruhe bis zum 2. August gar keine Rede war, sondern, wie schon erwähnt, am 28. Juli zwischen dem Grafen Bismarck und von der Pfordten eine Konvention abgeschlossen wurde, wonach vom 2. August an zwischen Preußen und Baiern und, falls darum nachgesucht würde,

auch zwischen Preußen und den drei Staaten des 8. Armeecorps ein dreiwöchiger Waffenstillstand stattfand, welchem Friedensverhandlungen in Berlin nachfolgen sollten. Dennoch bewilligte Manteuffel vorläufige Waffenruhe auf der ganzen Mainlinie und schloß am 1. August mit dem Prinzen Karl von Baiern eine Waffenstillstands-Konvention ab, wonach die Preußen am folgenden Tage Würzburg besetzten, die Baiern in Marienberg blieben. Am 2. August begann der Waffenstillstand für Baiern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, nachdem jeder einzelne Staat für sich in dem Hauptquartier Manteuffels hatte unterhandeln lassen, und Baden, wo bereits ein vollständiger Systemwechsel vorgegangen, Edelsheim entlassen und Mathy zum Staatsminister ernannt war, seine Truppen schon am 29. Juli heimberufen hatte. Bis zum Friedensschluß blieb Hessen-Darmstadt ganz, von den drei anderen Staaten die nördlichen Gebietstheile von den Preußen besetzt, was auf Kosten des Landes gieng. Um dieser Quartierkosten möglichst bald enthoben zu sein, beeilten sich die süddeutschen Staaten, ihren definitiven Frieden mit Preußen zu schließen. Sie hatten bei demselben die Bestimmungen des Nikolsburger Vertrags anzuerkennen und für ihr kriegerisches Auftreten noch besondere Leistungen zu übernehmen. Der Zollverein blieb zwar bestehen, jedoch mit der Bedingung einer sechsmonatlichen Kündigungsfrist, wodurch Preußen den süddeutschen Staaten gegenüber ein starkes Pressionsmittel in Händen hatte. Württemberg und Baden, welche am 13. und 17. August ihren Frieden in Berlin schloßen, verloren nichts von ihrem Gebiet; jenes hatte 8, dieses 6 Millionen Gulden Kriegskosten zu bezahlen. Hessen-Darmstadt, das am 3. September Frieden schloß, hatte 3 Millionen Gulden zu zahlen, Hessen-Homburg, Meisenheim und einige Theile Oberhessens an Preußen abzutreten, das Besatzungsrecht in der früheren Bundesfestung Mainz ausschließlich Preußen zu überlassen und zuzugeben, daß die Provinz Oberhessen, welchem die Annexion zugedacht war, dem norddeutschen Bunde beitrete. Baiern war anfangs eine starke Rechnung zugedacht, gegen welche die Olmützer Konvention nicht hätte schützen können. Denn trotz derselben sah es sich bei den Verhandlungen in Nikolsburg von Oestreich vollständig verlassen, und es mußte sogar von Oestreich den Vorwurf hören, daß es dasselbe im Stich gelassen habe. Graf Bismarck sprach in Nikolsburg von 20 Millionen Thalern und von Abtretung eines Gebiets

von wenigstens 500,000 Seelen in der nördlichen Pfalz und in Franken, wofür Baiern in Württemberg und Baden einige Entschädigung hätte finden sollen, und erinnerte Herrn von der Pfordten, daß Ansbach und Baireuth noch zu Anfang dieses Jahrhunderts preußische Besitzungen gewesen seien. Darüber erschrack dieser so sehr, daß er, wie auch die anderen süddeutschen Kabinette, mit Ausnahme des Karlsruhers, sich an Napoleon wandte, um denselben für die zu eröffnenden Unterhandlungen um seine Unterstützung anzugehen.

Diesem kam eine solche Aufforderung zur Fürsprache sehr gelegen, und er wies Benedetti an, in Berlin für die 3 Südstaaten Schritte zu thun. Aber Bismarck machte Herrn von der Pfordten darauf aufmerksam, daß dessen französischer Fürsprecher, ohne mit Baiern Krieg geführt zu haben, die ganze Rheinpfalz beansprucht habe. Um die Beziehungen, in welchen unseligerweise Baiern seit Jahrhunderten zu Frankreich stand, zu lockern und durch Bande der Dankbarkeit Baiern an Preußen zu fesseln, stand nun Bismarck von seinen hohen Forderungen ab. Daher durfte Baiern im Friedensschluß vom 22. August nur zwei kleine Bezirke im Spessart und Rhöngebirge, Orb und Gersfeld, mit 33,900 Einwohnern, an Preußen abtreten und 30 Millionen Gulden bezahlen. Ein weiterer Grund dafür, daß die Friedensbedingungen für die Südstaaten weit glimpflicher ausfielen, als sie bei ihrer Feindseligkeit gegen Preußen und dem Resultate des Krieges hatten erwarten können, lag darin, daß sie bei den Friedensunterhandlungen Preußen den Abschluß eines Trutz- und Schutzbündnisses antrugen. Dasselbe wurde von Preußen mit Baiern, Württemberg und Baden, je am Tage des Friedensschlusses, abgeschlossen und enthielt die Bestimmung, daß die Kontrahenten sich gegenseitig die Integrität ihres Gebietes garantirten, im Fall eines Krieges ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung stellten und für den Kriegsfall der Oberbefehl über die süddeutschen Truppen dem König von Preußen übertragen wurde. Dieser Vertrag wurde vorläufig geheim gehalten und erst am 19. März 1867, als die Luxemburger Frage auftauchte, veröffentlicht. Mit Hessen-Darmstadt fand der Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses am 11. April 1867 statt, nachdem es am 7. April eine Militärkonvention mit Preußen eingegangen hatte, wonach alle hessischen Truppen als eine geschlossene Division dem elften preußischen Armeecorps zugetheilt, nach preußischem Muster umgestaltet und,

auch im Frieden, unter den Oberbefehl des Königs von Preußen gestellt wurden. Mit Sachsen kam am 21. Oktober ein Friede zu Stande. Diesem Staate vor allen hatte Preußen Einverleibung zugedacht, um das Werk von 1815 zu vollenden und seine hier so offene Grenze bis an das Erzgebirge vorschieben zu können. Aber Oestreich, welches in dem ganzen Feldzuge an Sachsen einen so treuen Alliirten gehabt hatte, hielt es für seine Pflicht, für dessen Integrität ebenso wie für seine eigene einzustehen, und sprach sich demgemäß im Nikolsburger Vertrag aus. Napoleon, immer gleich bei der Hand, wenn es galt, Preußen nicht zu viel bekommen zu lassen, zugleich auch in dankbarer Erinnerung an Sachsens treue Dienste im Jahre 1813, legte auch ein gewichtiges Wort für dasselbe ein. Zuerst hatte er den Plan, Preußen vorzuschlagen, es solle Sachsen annektiren und den König Johann mit katholischen Gebieten auf dem linken Rheinufer entschädigen, wodurch er für seine luxemburg-belgische Plane einen bequemeren Nachbar bekommen hätte. Doch wurde dieser Vorschlag fallen gelassen und auf der Erhaltung des Königreichs Sachsen bestanden. So unterblieb zwar die Annexion; aber Sachsen mußte 10 Millionen Thaler Kriegskostenentschädigung zahlen, dem norddeutschen Bunde beitreten, seine Truppen unter den Oberbefehl des Königs von Preußen stellen und sein Post- und Telegraphenwesen an die Krone Preußen überlassen. Dadurch bekam Preußen im wesentlichen, was es gewollt hatte. Freiherr von Beust, der bisherige Leiter der sächsischen Politik, hatte schon am 16. August seine Entlassung erhalten, nachdem Bismarck erklärt hatte, daß er mit diesem Manne nicht verhandeln könne.

Die Bundesversammlung in den „drei Mohren“ zu Augsburg war nach den vernichtenden Schlägen in Böhmen und am Main zu einer fast lächerlichen Kleinheit zusammengeschrumpft. Ein Staat um den anderen schickte ihr seinen Absagebrief, und von den 9 Stimmen, welche am 14. Juni durch ihre Abstimmung den Kampf mit Preußen herbeigeführt hatten, fanden sich am 24. August nur noch 4 zusammen. Durch den Nikolsburger Vertrag und die anderen Ereignisse war der Bund bereits faktisch aufgelöst. Es handelte sich nur noch darum, ihn unter einer anständigen Form zu Grabe zu tragen. Zu dieser Feierlichkeit reiste der Präsidialgesandte Freiherr von Kübeck von Wien nach Augsburg und hielt im Beisein der Gesandten von Baiern, Sachsen, Hannover, Württemberg, den beiden Hessen, Nassau und

Lichtenstein die Leichenrede. Am 8. Juni 1815 war der deutsche Bund von den Diplomaten auf dem Wiener Kongreß gegründet, am 5. November 1816 die Bundesversammlung in Frankfurt von dem Grafen von Buol-Schauenstein eröffnet worden, und am 24. August 1866 wurde sie in den „drei Mohren" zu Augsburg durch den Mund des östreichischen Gesandten für aufgelöst erklärt. Fragt man, was der Bund während seiner fünfzigjährigen Existenz Großes geleistet hat, so ist sehr wenig anzuführen, und nicht die kleinste Schuld davon hat die Präsidialmacht, welche die alte Metternich'sche Anschauung, den Bund nur zu dynastischen und zu Polizeizwecken zu benützen, nicht aufgeben konnte.

An seine Stelle trat nun der norddeutsche Bund unter der Führung Preußens. Die Annexionen giengen voran. Der preußische Landtag wurde am 5. August eröffnet und die Thronrede des Königs kündigte die Gründung eines neuen Bundes, die Einberufung einer Volksvertretung der Bundesstaaten und das Verlangen der Indemnität für die seitherige budgetlose Verwaltung an, damit der bisherige Konflikt für alle Zeit zum Abschluß gebracht werde. Am 17. August verlas Graf Bismarck im preußischen Abgeordnetenhause eine königliche Botschaft, nach welcher Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt der preußischen Monarchie einverleibt wurden, und durch das Patent vom 12. Januar 1867 wurde auch Schleswig-Holstein, mit Ausschluß eines kleinen an Oldenburg abgetretenen Bezirks, einverleibt. Dadurch erhielt Preußen, die Gebietsabtretungen Baierns und Hessen-Darmstadts, sowie Lauenburg dazu gerechnet, einen Zuwachs von 1308 Quadratmeilen mit 4,815,700 Seelen und hatte nun ein Gesamtgebiet von 6395 Quadratmeilen mit 23,590,000 Einwohnern. Und abgesehen von dieser Vergrößerung durch rein deutsches, größtentheils protestantisches Gebiet hatte Preußen noch den großen Vortheil, daß sein Gebiet nicht mehr in zwei Theile getrennt, im Westen durch selbständige, meist feindselige Mittelstaaten wie durch einen Keil auseinander gehalten war, sondern nun ein zusammenhängendes, wohl arrondirtes Ganzes ausmachte. Der preußische Landtag stimmte den Vorlagen bei und genehmigte auch auf den Vorschlag der Regierung für den Grafen Bismarck und die Generale Roon, Moltke, Herwarth von Bittenfeld, Steinmetz und Vogel von Falckenstein Dotationen.

Einen weiteren Machtzuwachs erhielt Preußen durch seine nord-

deutschen Bundesgenossen, welche ihr Militärwesen ganz der Leitung des Königs von Preußen anheimstellten. Alle Fürsten und freien Städte von der Nordsee bis zum Main vereinigten sich mit Preußen zu dem Norddeutschen Bund und gaben jenem einen Zuwachs von 6 bis 7 Millionen Einwohnern, so daß das Gebiet, über welches Preußen zu verfügen hatte, eine Bevölkerung von etwa 30 Millionen Einwohnern umfaßte. Schon am 4. August hatte Preußen an sämtliche norddeutsche Staaten die Aufforderung zum Abschluß eines Bündnißvertrags gerichtet und einen auf die „Grundzüge" vom 10. Juni basirten Entwurf mitgetheilt, welchem, außer Meiningen und Reuß (ältere Linie), alle zustimmten. Am 15. December traten die Bevollmächtigten sämtlicher norddeutschen Staaten in Berlin zusammen, um den von der preußischen Regierung ausgearbeiteten Verfassungsentwurf des Nordbundes zu berathen und festzustellen. Nachdem es am 9. Februar 1867 zu einer Vereinbarung gekommen war, wurde der Entwurf dem norddeutschen Reichstag zu weiterer Berathung vorgelegt. Derselbe war am 12. Februar 1867 auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts unter geheimer Abstimmung gewählt worden und wurde am 24. Februar vom König von Preußen im Schloß zu Berlin mit einer Rede voll deutschen Patriotismus und Selbstgefühls eröffnet, welche in ganz Europa ungeheure Aufmerksamkeit erregte und als die Proklamirung eines großen Deutschlands angesehen wurde. Nach einer Berathung von nicht ganz 2 Monaten war der Entwurf mit einigen Abänderungen vom Reichstag festgestellt und damit ein Werk gegründet, wodurch der Volksvertretung im Finanzwesen und in der Gesetzgebung die wichtigsten Rechte überlassen, der Centralgewalt eine straffe, einheitliche Leitung des Militär- und Marinewesens und aller Verkehrsverhältnisse möglich gemacht wurde. Am 17. April erklärte Graf Bismarck „die Verfassung des norddeutschen Bundes durch den Reichstag und die Regierungen für angenommen", und der König entließ die Versammlung. Damit sah Preußen einen alten Traum erfüllt: was Friedrich der Große durch den Fürstenbund von 1785, Friedrich Wilhelm III. 1806 durch das Projekt eines norddeutschen Reichsbundes im Gegensatz zum napoleonischen Rheinbund, Friedrich Wilhelm IV. 1850 durch die Gründung der deutschen „Union" erstrebte, eine wenigstens theilweise Einigung Deutschlands zu schaffen, das ist, während jene Versuche mißlangen, König Wilhelm I. im Jahre 1866 gelungen.

§. 23.

Der Luxemburger Handel. Frankreichs Kriegsrüstungen. Der Norddeutsche Bund und die süddeutschen Staaten.

Die ungeheuren Erfolge Preußens, durch welche es sich mit einem Schlage aus seiner geringgeschätzten Stellung emporgeschwungen und in die vorderste Reihe der Großmächte, wenn nicht an ihre Spitze gestellt hatte, erregten das Staunen der ganzen Welt. Während einige Staaten offen ihre Freude und Bewunderung darüber äußerten, konnten andere ihren Neid und ihren Aerger nicht verbergen. Zu jenen gehörten vor allen die Vereinigten Staaten von Nordamerika und England, zu diesen Frankreich, Holland, Dänemark, der Kirchenstaat. „Die Welt bricht zusammen!" soll Kardinal Antonelli bei der Nachricht von der Schlacht bei Königgrätz ausgerufen haben. Napoleon, dessen Politik in den letzten Jahren, in Mexiko und in Italien, nichts als Niederlagen erlitten hatte, fühlte sich sehr unbehaglich bei dem Gedanken, daß die Uneinigkeit und Ohnmacht Deutschlands nun größtentheils beseitigt und ihm in dem Norddeutschen Bund und dessen kräftig organisirter Präsidialmacht ein Rivale an die Seite gesetzt sei. Mit der französischen Suprematie war es nun Gottlob zu Ende. Auch mit dem deutschen Gegenstück zu „Savoyen und Nizza" wollte es Napoleon nicht gelingen. Das besiegte Oestreich konnte ihm die versprochenen „Kompensationen" nicht geben, und das siegreiche Preußen schlug ihm jede Gebietsforderung rundweg ab. Und doch hätte er so gerne seinen eifersüchtigen Franzosen irgend ein Stück Land gezeigt, das er bei der neuen Ländertheilung als Beutestück errungen und Frankreich einverleibt habe, zumal da die Oppositionsblätter täglich das von Thiers in der Kammer gesprochene Wort wiederholten: „Frankreich ist auf den dritten Rang herabgesunken." Napoleon unterhandelte daher aufs neue mit Bismarck und gleichzeitig mit dem König von Holland. Benedetti wurde beauftragt, dem Grafen Bismarck einen Vertragsentwurf zu einem Offensiv- und Defensivbündniß zwischen Preußen und Frankreich vorzulegen, wonach Preußen die käufliche Erwerbung Luxemburgs von Seiten Frankreichs unterstützen und dem letzteren mit seiner ganzen Land- und Seemacht gegen jeden auswärtigen Staat beistehen sollte, falls der Kaiser durch die Umstände veranlaßt würde, seine Truppen in Belgien einrücken zu lassen, um es zu erobern. Für diese Unter-

stützung bei der Erwerbung Luxemburgs und Belgiens mit etwa 5 Millionen Einwohnern versprach Napoleon die preußischen Annexionen von 1866 anzuerkennen und einer Aufnahme der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund sich nicht zu widersetzen. Dieser, im Jahre 1870 wiederholte, Antrag wurde von Bismarck „dilatorisch“ behandelt, die Erörterung hinausgezogen, niemals ein Versprechen gegeben.

Willfähriger zeigte sich König Wilhelm von Holland. In seiner Besorgniß, Preußen möchte ihn zum Eintritt in den Norddeutschen Bund nöthigen, und aufgestachelt von seiner preußenfeindlichen Umgebung, besonders auch von seiner Gemahlin, welche Preußen den Plan zuschrieb, daß es alle germanischen Volksstämme zu einem Bunde vereinigen wolle, ohne dabei vor einer Gewaltmaßregel zurückzuschrecken, ließ der König von Holland bei Napoleon anfragen, ob er, falls Preußen ihn zu einem Bündniß zwingen wollte, an Frankreich einen Rückhalt finden würde. Napoleon, von dieser Anfrage ganz entzückt, ließ am 28. Februar 1867 durch seinen Gesandten im Haag den König fragen, ob er nicht geneigt wäre, das Großherzogthum Luxemburg gegen eine entsprechende Geldentschädigung an Frankreich abzutreten. Der König, welcher sehr viele Schulden hatte, gieng darauf ein, und schon am 22. März war der Abtretungsvertrag aufgesetzt mit der Bestimmung, daß derselbe bis zum 5. April von Frankreich ratificirt und daß die Unterhandlungen mit Preußen, welches in der Festung Luxemburg das Besatzungsrecht hatte, ausschließlich von Frankreich geführt, im übrigen vollständiges Geheimniß gewahrt werden sollte. Aber der König, welcher Preußen nicht bloß haßte, sondern auch fürchtete, bewahrte das Geheimniß nicht, machte am 26. März dem preußischen Gesandten Mittheilung von den Verhandlungen mit Napoleon und fragte, ob wohl seine Regierung es gutheißen würde, wenn er seine Souveränetät über Luxemburg an Frankreich abträte. Dieser erwiderte im Auftrag seiner Regierung, daß Preußen zu einer Abtretung oder zu einem Verkauf Luxemburgs niemals seine Zustimmung geben werde, und der Norddeutsche Reichstag sprach sich am 1. April entschieden gegen die Preisgebung des stammverwandten Landes aus. Denn wenn Luxemburg mit seiner starken Festung, in welcher kraft der Verträge von 1815, 1816 und 1817 Preußen eine Besatzung hatte, in französischen Händen war, so war die Selbständigkeit Belgiens und die Sicherheit der Rheinlande aufs

empfindlichste bedroht und bei dem Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges die militärische Position Preußens eine weit ungünstigere. Preußen wandte sich daher am 3. April zunächst an die Unterzeichner der Verträge von 1839, in welchen von den Großmächten der belgische und der holländische Antheil an Luxemburg festgestellt worden war. Sobald Napoleon sah, daß er Luxemburg nicht so leichten Kaufs bekommen könne, erklärte er in einer Cirkulardepesche vom 15. April, daß er auf die Abtretung des Landes für den Fall verzichte, wenn Preußen auf das Besatzungsrecht verzichte. Dasselbe sei, nachdem durch die Ereignisse von 1866 der deutsche Bund aufgelöst und dadurch Luxemburg von Deutschland getrennt sei, hinfällig geworden. Gegen diese Behauptung ließen sich vom staatsrechtlichen und nationalen Standpunkt sehr gewichtige Einwendungen erheben. In Berlin war die Stimmung getheilt. Die eine Partei, an deren Spitze Moltke stand, wollte von Nachgeben nichts wissen, wollte den ungerüsteten Zustand des händelsüchtigen Frankreichs benützen und ihm keine andere Wahl lassen, als seine sämtlichen Forderungen aufzugeben oder mit dem wohlgerüsteten Preußen einen furchtbaren Krieg zu beginnen; die andere Partei, welche den Grafen Bismarck zum Führer hatte, wollte die Errungenschaften von 1866 nicht jetzt schon, bevor sie sich gehörig konsolidirt hatten, den Wechselfällen eines neuen Krieges preisgeben, nicht aufs neue alles auf eine Karte setzen, sondern eine friedliche Lösung herbeiführen, sofern die Modalitäten derselben mit der Ehre Preußens vereinbar waren. Diese Ansicht erlangte die Zustimmung des Königs. Auf dies hin versammelten sich auf den Vorschlag Rußlands am 7. Mai in London die Gesandten derjenigen Mächte, welche den Vertrag von 1839 unterzeichnet hatten (nebst dem von Italien), und unterzeichneten schon am 11. Mai einen neuen Londoner Vertrag, worin bestimmt wurde, daß Luxemburg bei dem Hause Nassau-Oranien verbleiben und für immer einen neutralen Staat bilden, daß seine Neutralität unter die Garantie der Unterzeichner dieses Vertrags gestellt, die Festung von den preußischen Truppen geräumt, von dem König von Holland geschleift und nie wiederhergestellt werden, und daß Limburg, von Deutschland abgetrennt, einen integrirenden Theil des Königreichs Holland bilden solle. Doch blieb Luxemburg im deutschen Zollverein.

Zu diesem Rückzug hätte sich Napoleon sicherlich nicht verstan-

den, wenn er eine große, schlagfertige Armee gehabt hätte. „Herr von Bismark hat mich düpirt! Ein Kaiser der Franzosen darf sich nicht düpiren lassen," hörte man ihn voll Entrüstung ausrufen. Um so mehr war es daher sein Bestreben, in der kürzesten Zeit eine starke Armee zu schaffen. Der neue Kriegsminister, Marschall Niel, war für ein solches Projekt der rechte Mann. Mit fieberhafter Ungeduld wurde an der Verbesserung des Militärwesens gearbeitet und kolossale Rüstungen gemacht. Den Kammern wurde ein Entwurf zur Reorganisation der Armee vorgelegt, ein neues, dem preußischen nachgeahmtes Hinterladungsgewehr, das Chassepotgewehr, eingeführt, Mitrailleusen verfertigt, Pferdeaufkäufe gemacht, die Arsenale und Montirungsmagazine gefüllt. An Großsprechereien und Hetzereien ließ es die officiöse Presse nicht fehlen, und selbst die Regierung konnte ihre Interventionsgelüste nicht zurückhalten. Wegen des fünften Artikels des Prager Friedensvertrags hatte Preußen mit Dänemark Unterhandlungen angeknüpft und dabei erklärt, daß vor allen weiteren Verhandlungen Dänemark die nöthigen Garantien für den Schutz der in dem abzutretenden Territorium wohnenden Deutschen zu geben habe. Eine Depesche des französischen Kabinets, welche am 23. Juli 1867 im auswärtigen Ministerium zu Berlin vorgelesen wurde, nahm sich Dänemarks an und machte darauf aufmerksam, daß dasselbe die verlangten Garantien nicht geben könne, da hiedurch Preußen Gelegenheit zu fortwährender Einmischung in die inneren Angelegenheiten Dänemark's bekäme. Die Antwort war, daß Preußen die Einmischung Frankreichs, beziehungsweise dessen Theilnahme bei den Verhandlungen über die Ausführung des Artikels V des Prager Friedens sich allen Ernstes verbitten müsse. Auch diese Schlappe mußte Napoleon hinnehmen und sich vorderhand mit dem Glanz der Pariser Weltindustrieausstellung begnügen, zu deren Besuch fast alle Monarchen Europas nach Paris kamen. Das Attentat des Polen Berezowski, welcher bei der großen Revue im Boulogner Wald am 6. Juni den Kaiser von Rußland erschießen wollte, brachte einige Störung in diese Festlichkeiten. Daß die Bevölkerung von Paris zärtliche Theilnahme für den Thäter kundgab, war nicht geeignet, den Kaiser Alexander zugänglicher zu machen für den Gedanken an ein Aufgeben seines intimen Verhältnisses mit Preußen und an eine engere Verbindung mit Frankreich. Auffallend und als das Vorspiel einer französisch-östreichischen Allianz erschien die Zusammen-

kunft, welche Napoleon und seine Gemahlin vom 18. bis 23. August 1867 mit dem habsburgischen Kaiserpaar in Salzburg hatten. Daran reihten sich in den folgenden Jahren Verhandlungen zwischen dem östreichischen Minister Beust und dem französischen Gesandten, Herzog v. Gramont, über die Kriegsfrage, wobei ersterer dem Gesandten den dringenden Rath gab, darauf hinzuwirken, daß Frankreich den Anlaß zum Kriege nicht in einer deutschen Frage suche. Der ostensible Grund der Salzburger Zusammenkunft war der Wunsch Napoleons, im Gefühl der Mitschuld an dem Schicksal des Kaisers Maximilian, dessen Bruder, Franz Josef, einen Kondolationsbesuch zu machen. Denn die Geschicke des mexikanischen Kaiserthums hatten sich bereits erfüllt.

Maximilian berief, nachdem er von seinem Ausflug nach Orizaba wieder in die Hauptstadt zurückgekehrt war, auf den 14. Jan. 1867 eine Junta in das Schloß von Mexiko, um ihr die Frage über Abdankung oder Ausharren vorzulegen. Die überwiegende Mehrheit derselben äußerte die Ansicht, daß die Monarchie den Entscheidungskampf mit der Republik aufnehmen solle, täuschte aber sich selbst und den Kaiser über die Möglichkeit desselben. Maximilian glaubte, seine Ehre erfordere es, seine Anhänger nicht im Stich zu lassen, sondern mit ihnen und für sie den Kampf gegen Juarez auszufechten. Noch ehe die letzten Franzosen, welche die Hauptstadt Mexiko unter dem Jubel der Bevölkerung (6. Febr.) verließen, (11. März) in Veracruz sich eingeschifft hatten, hatte er sich (am 19. Febr.) mit ein paar tausend Mann nach Queretaro begeben. Dort wurde er von dem republikanischen General Escobedo eingeschlossen und fiel am 15. Mai durch den Verrath des Oberst Lopez in dessen Hände. Am 13. und 14. Juni wurde Kriegsgericht über ihn gehalten. Dabei wurde ihm hauptsächlich der Erlaß des Dekrets vom 3. Oktober 1865, wonach alle Republikaner, welche mit den Waffen in der Hand ergriffen wurden, binnen 24 Stunden erschossen werden sollten, zum Vorwurf gemacht. Er wurde zum Tode verurtheilt und am 19. Juni 1867 nebst den zugleich mit ihm gefangenen Generalen Miramon und Mejia in Queretaro erschossen. Die Hauptstadt ergab sich den Juaristen am 21. Juni, Veracruz am 27., und am 15. Juli hielt der vertriebene Präsident Juarez seinen Einzug in Mexiko und übernahm wieder die Regierung des Landes. Die Leiche Maximilians wurde vom Contreadmiral Tegetthoff abgeholt und am 18. Januar

1868 in der Kaisergruft der Kapuzinerkirche in Wien feierlich beigesetzt.

Zu diesem Ausgang des mexikanischen Kaisertraums hatte die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten am meisten beigetragen. In ihren inneren Angelegenheiten hatten sie der Zerwürfnisse genug. Der Streit zwischen dem Kongreß und dem Präsidenten nahm erst mit dem Aufhören seiner Präsidentschaft ein Ende. Trotzdem daß im Laufe des Jahres 1865 acht Südstaaten das Gesetz vom 3. Januar 1865, wonach die Sklaverei in dem ganzen Gebiet der Union aufgehoben sein sollte, annahmen und demselben dadurch die zu seiner Rechtsgiltigkeit nöthige Dreiviertelmajorität verschafften, in Folge dessen das Antisklavereigesetz am 18. December 1865 vom Präsidenten als Theil der Verfassung publicirt wurde, nahm der Kongreß diese Staaten doch nicht in den Unionsverband auf und stellte sie aufs neue unter die Unionsverwaltung und Militärgouverneure. Um der politischen Macht der südstaatlichen Pflanzer ein Gegengewicht entgegenzustellen, forderte die republikanische Partei die sofortige Gleichstellung der Neger mit den Weißen in sämtlichen politischen Rechten, besonders die Bestimmung, daß sie zu allen Aemtern befähigt sein, das aktive und passive Wahlrecht haben sollten. Präsident Johnson dagegen verlangte, man solle den Negern nur allmählich das Wahlrecht geben, zuerst denen, die für die Union gekämpft hatten, dann denen, die lesen und schreiben konnten, und endlich solchen, die durch den Besitz eines Vermögens von 200 bis 300 Dollars bewiesen, daß sie sich durch ihre eigene Arbeit ernähren könnten. Der Kongreß war entschlossen, nur denjenigen Staaten die Rückkehr in die Union zn gestatten, welche die Grundsätze der republikanischen Partei in dieser Sache zu den ihrigen machten. Daher verwarf er in einer Bill vom 16. März 1866 die Wiederaufnahme der Südstaaten und schloß damit elf Staaten von der politischen Vertretung aus, während er allen Bewohnern der Union ohne Rücksicht auf ihre Hautfarbe und ihren bisherigen Sklavenstand volles Bürgerrecht verlieh. Darauf antwortete Johnson in scharfer Weise und machte seinen Gegnern den Vorwurf, sie giengen darauf aus, den Süden zu afrikanisiren. Kongreßbeschlüsse, Präsidenten-Veto und Kassation des Veto durch Zweidrittelmajorität des Kongresses wechselten Jahre lang in ermüdender Einförmigkeit. Im Repräsentantenhaus kam es endlich (24. Februar 1868) zu dem Beschlusse, den Präsidenten in

Anklagestand zu versetzen. Der Prozeß wurde vor dem Senat als dem obersten Gerichtshof geführt und endigte am 16. Mai mit der Freisprechung des Präsidenten. Uebrigens wurden im Laufe dieses Jahres die meisten der Südstaaten wieder vollberechtigt in die Union aufgenommen, nachdem sie die ihnen gestellten Forderungen erfüllt hatten. An der Präsidentenwahl vom 3. November 1868 haben nur drei derselben nicht theilgenommen. Von den übrigen 33 Staaten stimmten 25 für General Grant, den Besieger der Konföderation, als Präsidenten und für Colfax als Vicepräsidenten. Die Gewählten traten am 4. März 1869 ihr auf 4 Jahre berechnetes Amt an.

In Südamerika war die Republik Paraguay seit 1865 in Krieg mit den Nachbarstaaten Brasilien, Laplata und Uruguay verwickelt. Doch waren die Kriegsleistungen der beiden letzten Staaten sehr gering. Die brasilianischen Truppen erfochten 1868 und 1869 unter dem Marschall Caxias und später unter dem Grafen von Eu, dem Schwiegersohn des Kaisers von Brasilien, mehrere Siege. Am 1. März 1870 fiel Lopez, und damit war der Krieg beendigt. Paraguay mußte die Kriegskosten bezahlen.

Die Beziehungen der Union zu den Staaten Europa's waren im ganzen günstig. Bei ihrer Ansicht, daß jede europäische Herrschaft auf dem amerikanischen Kontinent auszuschließen sei, fühlte sie sich befriedigt, daß Rußland sich bereit zeigte, seine amerikanischen Besitzungen gegen Bezahlung von 7,200,000 Dollars abzutreten. Der Kongreß genehmigte den Kauf, obgleich dieses russische Nordamerika eine ziemlich werthlose Besitzung war. Am günstigsten waren die Beziehungen der Union zu dem neuen Deutschland. Der Grund hievon lag theils darin, daß kein anderes Land in Europa durch seine Auswanderung in dem Grad von Wechselwirkung mit den Nordstaaten steht wie Deutschland, theils darin, daß Deutschland in dem amerikanischen Bürgerkrieg am entschiedensten Partei für den Norden genommen und dessen Werthpapiere vertrauensvoll angenommen hat. Anders stand es mit England. Der Streit wegen des südstaatlichen Kaperschiffes „Alabama", welches in England unter den Augen der Behörden erbaut und armirt worden war und binnen 8 Wochen 22 nordstaatliche Handelsfahrzeuge weggenommen hat, wurde erst 1872 geschlichtet. Am 14. September dieses Jahres fällte das hiefür eingesetzte Genfer Schiedsgericht den Spruch, welchem England und Amerika sich unterwarfen, daß England als

Entschädigung an Amerika die Summe von 15,500,000 Dollars in Gold zu zahlen habe. Umgekehrt beklagten sich die Engländer über die ungehinderten Einfälle der amerikanischen Fenier in Kanada. Die letzteren hatten es auf Losreißung Kanada's, ja Irlands von dem Königreich Großbritannien abgesehen. Um den Irländern eher gerecht zu werden und sie einigermaßen zu versöhnen, schlug Gladstone, als Führer der liberalen Partei des Unterhauses, die Aufhebung der irischen Staatskirche vor. Unter dieser Staatskirche versteht man sonderbarerweise in England nicht die katholische Kirche, welcher die Mehrzahl der Einwohner Irlands, 4½ Millionen, angehören, sondern die anglikanische, welche in Irland blos 700,000 Bekenner zählt. Diese Staatskirche ist vom Staat ungemein reich dotirt, und die Katholiken, welche für ihre Kirche vom Staat fast nichts erhalten und sie durch freiwillige Beiträge unterhalten müssen, haben an die anglikanische Kirche sogar noch den Zehnten zu entrichten. Um solch abnorme Zustände zu beseitigen, beantragte Gladstone, sämtliche Einkünfte der Staatskirche einzuziehen und sie ausschließlich für Irland, jedoch nicht für kirchliche, sondern für andere Bildungszwecke (Schulen) zu verwenden. Seine Anträge giengen im Jahre 1868 im Unterhause durch und wurden im Oberhaus verworfen. Im November fand die Auflösung des Parlaments statt und begannen die Wahlen nach dem durch die Reformbill von 1867 ausgedehnten Wahlrecht. Die Partei Gladstone's erhielt eine Mehrheit von über 100 Stimmen, worauf das Ministerium Disraeli abtrat und am 3. December Gladstone mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt wurde. Als Premierminister setzte er im Jahre 1869 seine irische Bill durch einen Kompromiß mit dem Oberhaus durch.

Noch unter das vorige Ministerium Derby und Disraeli fällt die englische Expedition nach Abessinien. Sie war gegen den dortigen König Theodor gerichtet, welcher schon seit Jahren den englischen Konsul Cameron und andere englische Beamte und Missionäre gefangen gehalten und trotz aller Vorstellungen und Drohungen nicht ausgeliefert hatte. Um sein Ansehen, namentlich im Orient aufrecht zu erhalten, beschloß England die Freilassung der Gefangenen durch Waffengewalt zu erzwingen. Die Ausrüstung der Truppen stach sehr vortheilhaft gegen die bei der Krim-Expedition ab. Der Oberbefehlshaber Sir Charles Napier landete mit seinem in Bombay gebildeten Corps von 12,000 Mann am 3. Jan. 1868 im Hafen von

Zulla, zog unter ungeheuren Terrain-Schwierigkeiten gegen die Felsenfestung Magdala und schlug vor derselben einen Angriff Theodors am 10. April zurück. Darauf lieferte dieser die Gefangenen aus. Da er sich aber nicht auf Gnade und Ungnade ergeben wollte, so wurde die Festung am 13. April von den Engländern erstürmt. Um nicht in ihre Hände zu fallen, erschoß sich Theodor. Die Engländer zogen sofort wieder ab und schifften sich am 1. Juni wieder in Zulla ein, was besonders in Frankreich große Verwunderung ererregte und Vergleichungen mit der mexikanischen Expedition hervorrief, die für die Napoleonische Politik nicht sehr schmeichelhaft waren.

Sehr interessirt war England bei der Entwicklung der orientalischen Verhältnisse, welche es aus maritimen Gründen für eine Domäne seiner Politik hält. Es fehlte hier nicht an Verwicklungen. Zuerst fürchtete man, daß die Ermordung des Fürsten Michael Obrenowitsch von Serbien, welche im Park von Topschider, in der Nähe von Belgrad, am 10. Juni 1868 erfolgte, schlimme Folgen nach sich ziehen werde. Die Fäden dieses Verbrechens liefen bis zu dem Rivalen Michaels, dem im Jahre 1858 vertriebenen Fürsten Alexander Karageorgiewitsch, welcher denn auch verhaftet wurde. Die sogleich einberufene Skuptschina (Nationalversammlung) wählte einen Vetter des Ermordeten, den 13jährigen Milan Obrenowitsch IV. zum Fürsten von Serbien, setzte auf 3 Jahre eine Regentschaft von 3 Mitgliedern ein, und so wurde die Ruhe nicht weiter gestört. Auch das Nachbarland Rumänien erregte eine Zeit lang Besorgnisse. Der dortige Fürst, Prinz Karl von Hohenzollern-Sigmaringen, suchte die schlecht ausgerüstete rumänische Armee nach preußischem Muster zu organisiren und wurde dabei von Preußen, das ihm Officiere zu Instruktoren, Kanonen und Zündnadelgewehre schickte, unterstützt. Oestreichische Gespensterfurcht sah darin eine Bedrohung Oestreichs und der Türkei und traute dem Fürsten Karl und seinem Minister Bratiano das Gelüste zu, die Lunte an das orientalische Pulverfaß zu legen. Die Entlassung des Ministeriums Bratiano 28. November 1868), welche auf preußische Einwirkung erfolgte, machte dieser geisterhaften Unsicherheit ein Ende. Gefährlicher war der Streit Griechenlands mit der Türkei wegen der Insel Kandia. Diese Insel, welche in dem 9jährigen Unabhängigkeitskampf, von 1821—1830, so treu zu Griechenland gestanden war, war durch die Weisheit der Londoner Konferenzen von 1832, hauptsächlich auf Englands Veran-

lassung, nicht mit Griechenland vereinigt, sondern der Türkei zurückgegeben und von dieser unter ägyptische Verwaltung gestellt. Als Mehemed Ali sich gegen die Pforte auflehnte und durch die Quadrupelallianz von 1840 unterworfen wurde, wurde ihm Kandia genommen und wieder unmittelbar unter türkische Hoheit, ebendadurch aber vom Regen unter die Traufe gebracht. Dagegen halfen alle die humanen, auf Englands Betreiben gegebenen türkischen Gesetze, der Hattischerif von Gülhane (3. Nov. 1839) und der Hat Hymayun (18. Febr. 1856), wodurch den Christen die gleichen bürgerlichen Rechte mit den Türken versprochen wurden, durchaus nichts. Denn diese Gesetze kamen nie zur Ausführung. Es sammelten sich endlich so viele Klagen und Beschwerden an, daß die Kandioten zur Beseitigung derselben im April 1866 sich mit einer Bittschrift an die Pforte wandten. Da diese abschlägig beschieden wurde, so erfolgte die allgemeine Erhebung der Insel und der Beschluß der Generalversammlung vom 2. Sept., daß die türkische Herrschaft auf Kandia abgeschafft sei und die Insel mit Griechenland sich vereinige. Darauf landeten türkische Truppen, und es entspann sich ein verzweifelter Kampf, welcher sich drei Jahre lang hinzog. So oft auch das Erlöschen desselben gemeldet wurde, brachen die Bewohner des Gebirgslandes, die tapferen Sphakioten, immer wieder aufs neue gegen die Türken hervor. Schon gaben die Gesandten von Frankreich, Rußland, Preußen und Italien, aus Furcht, daß ein orientalischer Krieg daraus entstehe und ganz Europa darein verwickelt werde, im März 1867 der Pforte den Rath, Kandia an Griechenland abzutreten. Aber England, welches die Besorgniß hegte, daß dadurch der russische Einfluß im Orient zunehme, munterte die Pforte auf, nicht nachzugeben. Die Kandioten hätten sich schon damals unterwerfen müssen, wenn sie nicht von Griechenland mit Freiwilligen, Waffen und Geld unterstützt worden wären. Wollte König Georgios nicht wie sein Vorgänger Otto vom Throne gestoßen werden, so mußte er für die großgriechische Bewegung, welche Thessalien, Epirus und den Archipel als Etappen, Konstantinopel als Zielpunkt ansieht, mehr Verständniß zeigen als dieser. Die türkischen Kriegsdrohungen schreckten die griechische Regierung nicht. Als aber im November 1868 der griechische Minister des Auswärtigen in der Kammer offen erklärte, daß die Politik der Regierung mit Bezug auf Kandia die der Annexion sei, und als neue Scharen von Freiwilligen mit fliegenden Fahnen an den

Fenstern des türkischen Gesandten in Athen vorbeizogen, da gieng endlich dem Türken die Geduld aus. Er schickte am 10. December ein Ultimatum nach Athen, und als dieses verworfen wurde, wurden dem griechischen Gesandten in Konstantinopel seine Pässe zugestellt. Beide Mächte rüsteten sich zum Krieg. Die Diplomatie kam fast außer Athem. Graf Bismark schlug dem auswärtigen Minister Frankreichs die Berufung der Unterzeichner des Pariser Friedens von 1856 zu einer Specialkonferenz vor. Dieser Vorschlag fand allgemeinen Anklang, worauf unter dem Vorsitz des französischen Ministers Lavalette die Konferenz am 9. Januar 1869 in Paris begann. Die Forderung der Türkei, daß Griechenland die Bildung neuer Freiwilligenscharen verhindern, die Korsarenschiffe entwaffnen oder aus seinen Häfen ausschließen und den nach Griechenland ausgewanderten kandiotischen Familien die Rückkehr nach Kandia gestatten solle, wurde als berechtigt anerkannt und durch einen Abgesandten der Konferenz Griechenland zur Annahme derselben eingeladen. Durch einen Wechsel des Ministeriums wurde dies möglich gemacht und die diplomatischen Beziehungen zwischen der Pforte und Griechenland wiederhergestellt. Die Insel Kandia mußte sich unterwerfen und wird wohl so lange ruhig bleiben, bis sie für einen neuen Aufstand günstigere Chancen findet. Auch diese werden kommen, und Griechenland und die unter türkischer Herrschaft stehenden griechischen Provinzen werden es dann gerade so machen wie Italien im Jahre 1859.

Dieser Ausgang war nicht nach den Wünschen Rußlands, obgleich Kaiser Alexander selbst dem König Georgios, welcher die Tochter des Großfürsten Konstantin zur Gemahlin hat, die Annahme des Konferenzprotokolls anempfahl. Denn das russische Interesse verlangt die Loslösung der christlichen Provinzen aus der Gesamt-Türkei und ihre Umbildung zu halb oder ganz selbständigen Staaten, um dann den Rest desto leichter überwältigen zu können. So lange übrigens Rußland nicht seine Armee organisirt, mit Hinterladern versehen und sein Eisenbahnnetz nach und in dem Süden hergestellt hatte, konnte es aus der Zurückhaltung, die es sich seit dem Krimkrieg auferlegte, nicht freiwillig heraustreten. Einstweilen rückten seine Grenzsteine in Asien von Jahr zu Jahr vor, Samarkand (das alte Marakanda) in Turan kam im Frühling des Jahres 1868 in seine Gewalt, Buchara wurde nahezu ein Vasallenstaat, und die russische Nivellirungssucht umklammerte alle polnischen und deutschen Elemente

mit unerbittlichem Fanatismus. Russische Sprache und griechisch-katholischer Gottesdienst sollten überall im „heiligen" russischen Reich eingeführt, andere Sprachen und Konfessionen nach und nach vollständig ausgerottet werden. Ein Königreich Polen gibt es nicht mehr; Polen war seit 1868 eine russische Provinz wie jede andere. Die polnische Sprache war in Polen und Lithauen auf die engsten häuslichen Cirkel beschränkt, für den Unterricht, den Gottesdienst und die öffentlichen Geschäfte die russische Sprache anbefohlen. Auch in den deutschen Ostseeprovinzen wurde diese die Geschäftssprache und sollte bald die Unterrichtssprache werden, trotzdem daß die bestimmtesten Verträge den Rechten der Einwohner zur Seite standen. Den polnischen Bischöfen und Geistlichen, welche sich auf ihr Gewissen und auf die Befehle des Papstes beriefen, wurde jede Verbindung mit Rom untersagt, in Petersburg eine römisch-katholische Synode errichtet, von welcher jene allein ihre Weisungen einzuholen hatten und der Besuch des vatikanischen Koncils 1869 ihnen verboten. Dadurch wurde der schon bestehende Konflikt zwischen Rußland und dem Papst Pius IX. noch verschärft.

Einen noch stärkeren Konflikt führte Garibaldi herbei, als er seinen Ruf von 1862 „Rom oder den Tod!" im Oktober 1867 erneuerte. Er hatte anfangs den damaligen Ministerpräsidenten Ratazzi für sich. Obgleich die italienische Regierung in der mit Frankreich geschlossenen Septemberkonvention versprochen hatte, weder selbst einen Angriff auf das päpstliche Gebiet zu machen, noch von andern einen solchen zu dulden, gieng doch Ratazzi auf die Garibaldischen Plane ein, wollte Hand in Hand mit der Aktionspartei Rom nehmen und dem zürnenden Napoleon ein unumstößliches fait accompli entgegensetzen. Aber Ratazzi war kein Cavour. Als es darauf ankam, den König zu ernstlichen Maßregeln zu bewegen, schreckte dieser zurück, Ratazzi mußte am 19. Okt. seine Entlassung einreichen, und am 27. Okt. bildete General Menabrea ein neues Ministerium, welches in einer Proklamation den Freischarenzug verdammte und Achtung der Verträge forderte. In der Zwischenzeit zog Garibaldi gegen Rom, wo das Nationalcomité die Einwohner zum Aufstand aufrief, aber wenig Anklang fand. Kleine Ueberfälle durch die Freischaren mißlangen. Dagegen ließ Napoleon, um seinerseits die Septemberkonvention aufrecht zu erhalten, eine Flotte von Toulon absegeln, und am 30. Okt. landeten zwei Brigaden unter General Failly in

Civitavecchia, von welchen noch am Abend dieses Tages die ersten Bataillone zum Schutze der päpstlichen Regierung in Rom einzogen. Auch jetzt nicht ließ sich Garibaldi zur Niederlegung der Waffen und zur Umkehr bewegen, obgleich ein Bote um den andern aus Florenz kam. Er hatte gegen 8000 Mann bei sich, darunter viele Leute, die kaum dem Knabenalter entwachsen waren. Bei Mentana stieß er am 3. November auf den Feind. Es waren 3000 Mann päpstlicher Truppen unter dem Befehl des Kriegsministers General Kanzler und eine Reserve von 2000 Mann von der französischen Brigade Polhès. Schon waren die päpstlichen Truppen geschlagen und zurückgedrängt, da rückten die Franzosen in die vordere Linie und schoßen mit ihren Chassepot's die Garibaldiner zu Hunderten nieder. „Die Chassepot's haben Wunder gethan" telegraphirte Failly nach Paris. 1000 Garibaldiner lagen todt oder verwundet auf dem Schlachtfeld, 1400 wurden gefangen; die Päpstlichen sollen 30 Todte und 103 Verwundete, die Franzosen sogar nur 2 Todte und 36 Verwundete gehabt haben. Garibaldi zog sich auf das italienische Gebiet zurück, wurde verhaftet und in das Fort Varignano in La Spezzia gebracht, bald aber (26. Nov.) wieder nach Caprera entlassen.

Rom war gerettet, aber Napoleon in großer Verlegenheit. Denn nachdem er das Recht der Nationalitäten und das Prinzip der Nichtintervention als das moderne Staatsrecht aufgestellt hatte, war diese neue römische Expedition eine sonderbare Illustration hiezu. Um diesen Verlegenheiten zu entgehen, wollte er eine Konferenz der europäischen Mächte berufen, damit diese die weiteren Geschicke Italiens berathen und für ihre Aufrechthaltung eine Art Garantie übernehmen sollten. Da aber Napoleon keine praktische Grundlage für die Konferenz vorlegen konnte und Italien und der Papst die Beschlüsse derselben nicht zum voraus als bindend anerkannten, so erklärten, außer Oestreich, Spanien und Hessen-Darmstadt, alle anderen Mächte, daß sie sich an der Konferenz nicht betheiligen würden. So unterblieb dieselbe, und Napoleon mußte die Verantwortung und die Folgen der neuen Besetzung Roms allein auf sich nehmen. Denn die Franzosen, welche im December 1866 aus Rom abgezogen waren, blieben nun wieder dort stehen. Italien sah deßhalb in Napoleon seinen schlimmsten Gegner, in Frankreich selbst fand die Occupation bitteren Tadel, und die Klerikalen, welche gewonnen werden sollten, waren nur dann mit Napoleon ganz zufrieden, wenn er den Kirchen-

staat in der Ausdehnung vor 1859 wiederherstellte. Zu einem solchen Rückschritt waren aber die Zeiten nicht mehr angethan.

Nicht viel besser als in Italien stand es mit Napoleons Einfluß in Spanien. Königin Isabella trat immer mehr in die Fußstapfen ihres Vaters Ferdinand und befolgte ein Regierungssystem, bei welchem militärischer Despotismus mit klerikalem Absolutismus gepaart war, Beichtväter und Nonnen eine politische Rolle spielten, ja das Ruder des Staats in der Hand hatten. Stieß sie dadurch alle liberalen Elemente von sich, so begab sie sich durch die Frivolität ihres Privatlebens aller Ansprüche auf Achtuug. Sie brachte es so weit, daß man die Legitimität ihrer sämtlichen Kinder anzweifelte. Kein Wunder, daß von Zeit zu Zeit Aufstände entstanden, welche, wie dies in Spanien üblich ist, von Officieren angezettelt und geleitet wurden. Die Regierung half sich mit Erschießungen und Deportationen. Zu solch drastischen Mitteln war der Ministerpräsident Marschall Narvaez, welcher den Titel „Herzog von Valencia" führte, stets bereit. Dieser starb am 23. April 1868. Sein Nachfolger, Gonzalez Bravo, hatte bald die ganze Armee gegen sich. Im Juli sollte ein großer Militäraufstand ausbrechen. Der Minister ließ die bedeutendsten Generale, darunter Serrano und Dulce, nach den kanarischen Inseln deportiren und sogar den Schwager der Königin, den Herzog von Montpensier, dessen Name der Revolution als Losungswort zu dienen schien, aus Spanien ausweisen. Die Aufregung des Landes stieg. Isabella glaubte sich an ihren Freund und Verbündeten, wie sie Napoleon nannte, noch inniger als bisher anlehnen zu müssen und verabredete mit ihm eine Zusammenkunft auf den 18. und 19. September in den beiden Grenzorten Biarritz und San Sebastian. Man schrieb damals Napoleon den Plan zu, für den Fall, daß er den von seinen Leibjournalen längst angedrohten Krieg mit Deutschland beginne, seine Truppen von Rom abzuberufen und durch spanische ablösen zu lassen. Isabella, eben noch vom Papst durch Uebersendung der goldenen Glaubens- und Tugendrose beehrt, war einem solchen Projekte sehr zugethan. Aber in dem Moment, wo die französisch-spanische Allianz geschlossen werden sollte, und die Majestäten schon auf den bezeichneten Posten standen, brach der Aufstand in Cadiz aus. Es war der 18. September. Die verbannten Generale Serrano und Prim kamen in die Heimat zurück, der Gegenadmiral Topete schloß sich mit der ganzen Flotte an sie an, die wenigen treuen Truppen

wurden von Serrano am 28. September bei Alcolea zurückgeschlagen, alle größeren Städte, auch Madrid erklärten sich für die Revolution unter dem Rufe: „nieder mit den Bourbonen! nieder mit den Jesuiten!“ und so blieb Isabella nichts anderes übrig, als am 30. September San Sebastian zu verlassen und sich auf das französische Gebiet zu flüchten. Sie nahm sofort ihren Aufenthalt in Paris. Den Führern der Revolution wurde die Leitung des Staates übertragen. Marschall Serrano übernahm die Stelle eines Ministerpräsidenten, Prim das Kriegswesen, Topete die Marine. Der Jesuitenorden und eine Menge von Klöstern wurden aufgehoben, Glaubensfreiheit proklamirt und in Barcelona und Madrid sogar ein protestantischer Gottesdienst gehalten. Die auf den 18. Februar 1869 einberufenen neugewählten Cortes beriethen eine neue Verfassung, erklärten sich für eine konstitutionelle Monarchie und ernannten, bis der passende Thronkandidat gefunden würde, Serrano zum Regenten. Die politischen Aussichten waren übrigens für Spanien nicht günstig. Es existirte dort eine sehr starke republikanische Partei, welche der Errichtung eines neuen Thrones mit den Waffen sich zu widersetzen drohte, die Insel Kuba, diese Perle der Antillen, war in vollem Aufstand und bereit, von Spanien sich loszureißen und eine selbständige Republik zu gründen, und der Karlismus erhob auf's neue sein Haupt.

Bevor es zu einer ähnlichen Katastrophe komme, fand das Haus Habsburg es für gut, ein wenig einzulenken. Denn so viel war klar, daß, wenn in Oestreich noch länger mit Verfassungssistirung und Konkordatsherrschaft fortregiert wurde, es für die sogenannten Staatsmänner Oestreichs bald nimmer viel zu regieren geben würde. War man durch Solferino noch nicht zur Einsicht gekommen, so war der Schlag von Königgrätz sicherlich stark genug, um auch die harthörigsten Schläfer aus ihren Träumen zu wecken. Die Schäden des Reiches lagen offen vor aller Welt. „Mehr Licht!“ riefen, das letzte Wort des großen Dichters wiederholend, die meisten Denkenden unter den Oestreichern. Damit vertrug sich der kirchlich-politische Absolutismus der Regierung schlechterdings nicht. Es mußten andere Bahnen eingeschlagen werden. Der Kaiser Franz Josef berief im Oktober 1866 den früheren sächsischen Minister Freiherrn von Beust, das Orakel der kleinstaatlichen Bamberger Politik, den Antipoden des Grafen Bismarck, ins auswärtige Ministerium nach Wien an die Stelle des Grafen Mensdorff. Der czechische Staatsminister Graf

Belcredi, welcher für die „historisch-politischen Individualitäten“ schwärmte und den Kaiserstaat in eine Konföderation mehrerer von einander unabhängigen Königreiche umbilden wollte, erhielt am 7. Februar 1867 den Abschied, und Beust wurde zum Ministerpräsidenten ernannt. Am folgenden Tage wurde der Ausgleich mit Ungarn in Wien mit Franz Deak definitiv abgeschlossen, die Verfassung von 1848 wiederhergestellt, und Graf Julius Andrassy beauftragt, ein ungarisches Ministerium zu bilden. Dasselbe wurde aus den Männern der Partei Deak gewählt und legte am 15. März 1867 im Schloß zu Ofen seinen Eid in die Hände des Kaisers, welcher am 8. Juni als König von Ungarn gekrönt wurde. Damit war der Dualismus des Reiches eine vollendete Thatsache. Mit Ungarn wurde Siebenbürgen und im Jahre 1868 auch Kroatien vereinigt. Darauf wurden auch in den deutsch-slavischen Provinzen oder Cisleithanien verfassungsmäßige Zustände hergestellt. Der Reichsrath wurde berufen, der Ausgleich mit Ungarn als bereits vollzogen ihm mitgetheilt, die Februarverfassung von 1861 revidirt und am 31. December 1867 die neuen Staatsgrundgesetze veröffentlicht. Dieselben enthielten für das Volk und seine Vertreter die wichtigsten Rechte: Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, unbeschränktes Steuer- und Rekrutenbewilligungsrecht der Volksvertretung u. s. w. Zugleich wurde auch für die westliche Reichshälfte am 30. December ein verantwortliches Ministerium, das sogenannte Doktorenministerium, ernannt, an dessen Spitze Fürst Carlos Auersperg stand. Wie das ungarische Ministerium mit dem „Reichstag“ zu verhandeln hat, so das cisleithanische mit dem „Reichsrath“ (Herrenhaus und Abgeordnetenhaus). Für die den beiden Reichshälften gemeinsamen Angelegenheiten, das Auswärtige, die Finanzen und das Kriegswesen, wurde am 21. December ein besonderes Reichsministerium ernannt. Reichskanzler von Beust übernahm das Auswärtige, Beke die Finanzen, Feldmarschall-Lieutenant Kuhn das Heerwesen. Diese drei Reichsminister sollten mit den vom Reichsrath und Reichstag zu wählenden „Delegationen“ von je 60 Mitgliedern, welche abwechselnd in Wien und in Pesth sich zu versammeln haben, die gemeinsamen Angelegenheiten berathen. Die Staatsmaschine war zwar etwas komplicirt eingerichtet; denn man hatte drei Ministerien, drei Parlamente und außerdem noch die 17 Landtage Cisleithaniens; aber es

gab kaum ein anderes Mittel, um bei dem Dualismus die Einheit des Reiches noch aufrecht zu erhalten.

Damit war aber der Friede noch nicht hergestellt. Noch war das Konkordat vom 18. August 1855 in Kraft, übte in Kirche und Schule einen unerträglichen Druck und empörte alle Nichtkatholiken durch seine in die heiligsten Familienrechte eingreifende Intoleranz. So lange das Konkordat noch in voller Kraft bestand, hatte die Verfassung nicht den geringsten Werth. Man konnte sagen, es sei durch die Staatsgrundgesetze bereits aufgehoben. Denn Glaubens- und Gewissensfreiheit vertrugen sich ja mit dem Konkordat nicht. Aber die Regierung und die Volksvertretung mußten nun eben den Muth haben, aus jenen Gesetzen die Konsequenzen zu ziehen und ihren Bruch mit dem Konkordat offen auszusprechen. Schon im Jahre 1867 äußerte sich das Abgeordnetenhaus in diesem Sinne und war nur über das Erreichbare nicht ganz einig. Die einen verlangten geradezu die Aufhebung des Konkordats, die anderen begnügten sich vorläufig mit der Durchführung der drei konfessionellen Gesetze, welche den Kern des Konkordats modificirten. Die Mehrheit entschied sich für das letztere, und so wurden von der Regierung drei Gesetzentwürfe eingebracht: das Ehegesetz stellte das Eherecht des bürgerlichen Gesetzbuchs wieder her, nahm die Gerichtsbarkeit in Ehesachen den Geistlichen ab, gab sie den weltlichen Gerichten zurück und führte die fakultative Civilehe ein; das Schulgesetz entzog die Leitung des Unterrichtswesens (mit Ausnahme des Religionsunterrichts) der Geistlichkeit und übergab sie dem Staate; das interkonfessionelle Gesetz regelte das Religionsbekenntniß der Kinder bei gemischten Ehen, den Uebertritt zu einer anderen Konfession, die Begräbnisse u. s. w.

Diese drei Entwürfe giengen im Abgeordnetenhaus und nach heftigen Kämpfen auch im Herrenhaus durch, und am 25. Mai 1868 wurden sie vom Kaiser, wenn auch mit Widerstreben, unterzeichnet. Inzwischen hatte letzterer mit der Kurie wegen Revision des Konkordats vergebens unterhandeln lassen. Papst Pius IX., immer mehr den jesuitischen Einflüsterungen sich hingebend, blieb starr auf seinem Non possumus. In einer Versammlung des geheimen Konsistoriums am 22. Juni 1868 erklärte er in seiner „Allokution", daß er „kraft seiner apostolischen Autorität diese Gesetze verwerfe und verdamme und sie samt ihren Folgerungen als durchaus nichtig und immerdar ungiltig" bezeichne. In Folge dessen forderten die meisten Bischöfe

in ihren Hirtenbriefen und Instruktionen die Geistlichkeit und alle guten Katholiken auf, um diese Gesetze sich nichts zu kümmern und sich lediglich an die Bestimmungen des Konkordats zu halten. Jetzt erst wurde manchem klar, was es heiße, mitten im weltlichen Staat einen kirchlichen Staat zu besitzen und den anmaßenden und gewaltthätigen Uebergriffen des letzteren ausgesetzt zu sein. Die Regierung, wenn gleich durch Kundgebungen von Gemeindevertretungen und Volksversammlungen aufs entschiedenste unterstützt, zeigte dennoch gegen diese offene Renitenz und Aufreizung zum Ungehorsam eine Langmuth und Schwäche, wie sie es bei anderen renitenten Christenkindern nicht im Brauch hatte, und rief dadurch gerechtes Mißtrauen gegen den guten Willen hoher Personen hervor.

Auch an die Besserung des Finanzwesens, mit dem es in Oestreich seit Jahren sprichwörtlich schlecht stand, legte man Hand an. Dasselbe drückte die deutsch-slavischen Provinzen um so härter, weil die Ungarn bei ihrem Ausgleich es durchgesetzt hatten, daß sie von den gemeinsamen Reichslasten nur 30 Procent, jene dagegen volle 70 übernahmen. Ein Bankerott schien unvermeidlich und wurde von mehreren Seiten mit cynischer Offenheit als das bequemste Hilfsmittel vorgeschlagen. Statt dessen wurde auf Andrängen der Regierung am 6. Juni 1868 eine Couponsteuer beschlossen. Daß trotzdem die Regierung in ihrem neuen Wehrgesetzentwurf für die nächsten 10 Jahre ein jährliches Budget von 80 Millionen Gulden und eine Kriegsstärke von 800,000 Mann forderte, konnte man, wenn auch politisch, so doch nicht finanziell begreifen. Die drei Parlamente nahmen den Entwurf mit unbedeutenden Veränderungen an, und Beust, welcher sich für denselben sehr eifrig als Redner verwendet hatte, wurde vom Kaiser in den Grafenstand erhoben, was ihn seinem preußischen Rivalen wenigstens äußerlich gleichstellte. Diese 800,000 Mann, welche der Stimme Oestreichs in der politischen Arena der europäischen Staaten Metall und Nachdruck geben sollten, hätten, wenn man die Neigung hochadeliger Kreise, Revanche für Königgrätz zu nehmen, bedachte und das Liebäugeln Beusts mit Frankreich und sein unstetes, wichtigthuendes Wesen damit zusammenhielt, als eine Bedrohung Deutschlands angesehen werden können. Aber abgesehen davon, daß dieselben vorderhand nur erst auf dem Papier standen, sprachen sich alle Parteien in Ungarn ganz entschieden dahin aus, daß sie der Wiener Regierung zu einem Angriffskrieg gegen

Deutschland keinen Kreuzer und keinen Soldaten verwilligen würden. Denn die Ungarn sahen recht wohl ein, daß sie nur der Niederlage bei Königgrätz ihren Ausgleich mit Oestreich zu verdanken hatten, und daß dasselbe, wenn es wieder eine mächtige Stellung in Deutschland erringen würde, bald wieder zu neuen Verfassungssistirungen aufgelegt wäre. Sie fanden es daher in ihrem Interesse, daß die östreichisch-ungarische Monarchie, wie nun der officielle Titel lautete, in ihrem jetzigen Bestand erhalten bleibe, da sie an Oestreich immerhin auch einen Rückhalt hatten; aber von Wiedergewinnung der alten habsburgischen Stellung, von Einmischung in die Verhältnisse zwischen Nord- und Süddeutschland, von Verhinderung des Anschlusses des Südens an den Norddeutschen Bund wollten sie nichts wissen. Ebendadurch aber war die Wiener Hofburg außer Stand gesetzt, durch eine aggressive Politik der Konstituirung des neuen Deutschlands sich zu widersetzen.

Mit der letzteren gieng es nicht so rasch vorwärts, als nach der Strömung der ersten Monate von mancher Seite vermuthet wurde. Preußen hatte im Jahre 1866 am Main Halt gemacht und sein Einigungswerk unvollendet gelassen. In gewisser Beziehung war dies nicht so sehr zu beklagen. Denn mit den widerstrebenden Elementen des Südens eine Verfassung, im Sinne einer starken Centralgewalt, vereinbaren zu können, durfte Bismarck nicht hoffen. Es war für Preußen günstiger, vorerst die gleichartigen und leicht zu verschmelzenden Elemente heranzuziehen und zuerst einen Norddeutschen Bund zu schaffen. Den vier süddeutschen Staaten, welche nach der Sprengung des deutschen Bundes eine weit souveränere Stellung einnahmen, als sie bisher gehabt hatten und als ihnen zuträglich war, sollte die Entscheidung der Frage, ob und wann sie in den Norddeutschen Bund eintreten und denselben dadurch zum deutschen ausdehnen wollten, selbst überlassen bleiben. Dies war in der berühmten Depesche des Grafen Bismarck vom 7. September 1867 auf's deutlichste ausgedrückt, wenn es in derselben hieß: „Der Norddeutsche Bund wird jedem Bedürfnisse der süddeutschen Regierungen nach Erweiterung und Befestigung der nationalen Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden Deutschlands auch in Zukunft bereitwillig entgegenkommen; aber wir werden die Bestimmung des Maßes, welches die gegenseitige Annäherung innezuhalten hat, jederzeit der freien Entschließung unserer süddeutschen Verbündeten über-

lassen." Es trat also an die süddeutschen Staaten die Frage heran, welche Position sie zu dem übrigen Deutschland einnehmen sollten. Eine nähere Verbindung mit Oestreich, auf welche anfangs einige ultramontane Kreise spekulirten, war, abgesehen davon, daß Oestreich eben jetzt einen höchst gefährlichen Entwicklungsprozeß durchzumachen hatte, schon deßwegen nicht möglich, weil nach Artikel IV. des Prager Friedens „die neue Gestaltung Deutschlands ohne Betheiligung des östreichischen Kaiserstaates" vor sich gehen sollte. Es blieb also diesen Staaten nichts anderes übrig, als entweder dem Norddeutschen Bund sich anzuschließen oder, wie es in dem eben erwähnten Friedensartikel heißt, in einen Verein, das heißt in einen Südbund zusammenzutreten, „dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bund der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt," oder endlich ihre Selbständigkeit, jeder einzelne für sich, möglichst zu wahren, eine Art europäische Stellung einzunehmen und nur zum Zweck ihrer militärischen und wirthschaftlichen Interessen theils mit dem Norddeutschen Bund, theils unter sich in nähere Verbindung zu treten.

Zum Anschluß an den norddeutschen Bund war nur in Baden die Regierung und die Volksvertretung bereit; der Staatsminister Mathy richtete in diesem Sinne am 18. November 1867 ein Schreiben an den Bundeskanzler Bismarck, erhielt aber vorerst eine ablehnende Antwort; in den drei übrigen Südstaaten war der Haß der demokratischen und ultramontanen Elemente, wovon jene in Württemberg, diese in Baiern ihr Heerlager hatten, und die Antipathie des Hofes, wie dies in Hessen trotz des im Norddeutschen Bund befindlichen Oberhessens der Fall war, zu stark, als daß einem Anschluß, der ohne äußere Nöthigung erfolgte, in der nächsten Zeit entgegenzusehen gewesen wäre. Keine bessere, ja noch geringere Aussichten auf Verwirklichung hatte die Idee eines Südbundes. Derselbe hätte acht bis neun Millionen umfaßt, wäre also nicht stark genug gewesen, um, in die Mitte zwischen die großen Militärmächte, Frankreich, Norddeutscher Bund und Oestreich, gestellt, auf eigenen Füßen zu stehen und eine selbständige Politik zu verfolgen. Er wäre vielmehr nur der Spielball auswärtiger Intriguen geworden, hätte bald in Paris bald in Wien, bald in Berlin um Gnadenspendungen angeklopft und dem nächsten, über Mitteleuropa hinbrausenden Sturme schwerlich widerstanden. Was ihn in der öffentlichen Meinung am

meisten in Mißkredit brachte, war die Thatsache, daß Napoleon für seine Bildung sich so sehr interessirte. Dadurch wurde die Erinnerung an die Schmach des Rheinbundes wach gerufen, und das Urtheil über ihn war hiemit gefällt. Selbst die Kabinette hatten nicht die geringste Lust zu einer solchen Verbrüderung. Denn in einem Südbund hätte dem mächtigsten Staat, also Baiern, die Hegemonie übertragen werden müssen. Wenn aber die drei anderen Staaten sich durchaus eine Hegemonie gefallen lassen mußten, so wollten sie sich lieber dem mächtigen Preußen als dem ihnen nicht gerade viel überlegenen Baiern unterordnen, was auch Freiherr v. Varnbüler in der württembergischen Abgeordnetenkammer offen ausgesprochen hat.

Somit blieb nur die dritte Möglichkeit übrig, daß jeder der vier süddeutschen Staaten seine selbständige Existenz aufrecht erhielt und an den Norddeutschen Bund sich soweit anschloß, als die Sicherheit und Behaglichkeit seiner Existenz es durchaus erforderte, und eben dies war der faktische Zustand, in welchem sich Süddeutschland seit den Friedensschlüssen mit Preußen bewegte. Das erste Band, wodurch es an den Norddeutschen Bund geknüpft wurde, war das mit Preußen geschlossene Schutz- und Trutzbündniß, wonach es im Kriegsfall seine Truppen unter den Oberbefehl des Königs von Preußen zu stellen hatte. Dazu kam bald ein zweites, ebenso wichtiges Verbindungsmittel. Durch eine Erklärung vom 24. August 1866 hatte Preußen denjenigen Regierungen, welche sich mit ihm in Krieg befunden hatten, die weitere Theilnahme am Zollverein nur auf sechsmonatliche Kündigungsfrist zugesichert. Ein solches Verhältniß konnte nur ein vorübergehendes sein. Es fand daher am 3. und 4. Juni 1867 in Berlin eine Konferenz des Grafen Bismarck mit den süddeutschen Ministern der auswärtigen Angelegenheiten statt. In derselben beantragte Bismarck, daß von nun an die Gesetzgebung über das gesamte Zollwesen, über die Besteuerung des einheimischen Zuckers, Salzes und Tabaks und über die Maßregeln, welche zur Sicherung der gemeinschaftlichen Zollgrenze erforderlich seien, durch die Mehrheitsbeschlüsse des norddeutschen Bundesraths und Reichstags, in welche für diesen Fall die Vertreter Süddeutschlands einzutreten hätten, festgestellt werden sollte. Preußen würde bei dieser neuen Organisation die Stellung der leitenden Präsidialmacht einnehmen und nur für den Fall, daß es sich für Aufrechthaltung bestehender Einrichtungen erkläre, ein Veto beanspruchen, in allen übrigen Fällen sich wie jede andere Regierung

den Mehrheitsbeschlüssen der beiden berathenden Körper unterwerfen. Der Vertrag sollte bis zum letzten December des Jahres 1877 gelten. Durch diese Einrichtung sollte jenes unsinnige liberum Veto, wonach bisher jedes einzelne Zollvereinsglied, wie einst die Edelleute im polnischen Reichstag, gegen die Beschlüsse der Mehrheit protestiren und diese dadurch ungiltig machen konnte, aufgehoben und das Recht der Majorität gewahrt werden. Die süddeutschen Minister zeigten sich mit dem Vorschlag eines „Zollparlaments“ einverstanden, und am 8. Juli wurde, nach einer Berathung bevollmächtigter Fachmänner, der neue Zollvertrag in Berlin geschlossen.

Es handelte sich nun darum, daß diese beiden Verträge, der Allianz- und Zollvereinsvertrag, von den süddeutschen Landtagen genehmigt würden. Dies hatte in Baden und Hessen (in letzterem war nur der Zollvereinsvertrag vorzulegen), nicht den geringsten Anstand. In Baiern aber schien der zweite von der Reichsrathskammer, in Württemberg der erste von der Abgeordnetenkammer nicht genehmigt zu werden. Daher erklärte die preußische Regierung, daß der Zollverein augenblicklich gekündigt werde und Baiern und Württemberg nach Ablauf von sechs Monaten vom Zollverein ausgeschlossen seien, falls Baiern den neuen Zollvereinsvertrag, Württemberg den Allianzvertrag nicht genehmige. Es war bitterer Ernst. Eine Menge von Kundgebungen von Gemeindevertretungen und industriellen Vereinen sprach sich für die preußischen Vorschläge aus. Auch die bairische Abgeordnetenkammer zeigte sich ihnen günstig und genehmigte den Zollvereinsvertrag mit großer Majorität, die Reichsrathskammer erst dann, nachdem der Führer der Widerspenstigen, Freiherr von Thüngen, sich durch eine Unterredung mit Graf Bismarck selbst überzeugt hatte, daß Preußen keine leere Drohung ausgesprochen habe. In Württemberg wurde der Allianzvertrag nur nach den heftigsten Debatten, der Zollvereinsvertrag unter dem Einfluß der Münchener Verhandlungen von der Abgeordnetenkammer am 31. Oktober 1867 genehmigt.

Doch war mit der bloßen Annahme dieser Verträge noch nicht alles abgemacht. Der Allianzvertrag hatte seine Konsequenzen. Wollte sich Süddeutschland durch die militärische Macht Preußens beschützen lassen, so mußte es derselben selbst auch durch seine Truppen einen entsprechenden Zuwachs an Kräften verleihen. Sollten seine Truppen in Verbindung mit den norddeutschen unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen kämpfen, so mußten sie auf die nämliche Weise

wie diese organisirt sein. In derjenigen Verfassung, in welcher die süddeutschen Heere im Jahre 1866 aufgetreten waren, konnten sie sich, nach dem Urtheil ihrer eigenen Officiere, ohne die schmählichste Einbuße an militärischer Ehre nicht mehr sehen lassen. Die Anforderungen an die Officiere, die Arbeit der Mannschaft mußte eine weit strengere sein als bisher, und vor allem mußte die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden. Schon am 5. Februar 1867 hatten die Kriegsminister der vier süddeutschen Staaten auf den Stuttgarter Konferenzen den Versuch gemacht, sich über eine gleichartige Organisation ihrer Heeresabtheilungen zu vereinigen. Die Stimmung war sehr partikularistisch. Jeder Staat zeigte für die „berechtigten Stammeseigenthümlichkeiten" große Vorliebe. Man überzeugte sich aber bald, daß es so nicht vorwärts gehe, und daß man zu einem Bundesgenossen und unter den Oberbefehl Preußens nur dann tauge, wenn man die bewährten preußischen Einrichtungen bei sich einführe. Dieselben wurden daher nach ihren wesentlichen Zügen (Aufhebung der Stellvertretung, allgemeine Wehrpflicht, Institut der einjährigen Freiwilligen, Kriegsdienstpflicht im aktiven Heer mit 3 Dienstjahren, in der Kriegsreserve mit 4, in der Landwehr mit 4—5) in Süddeutschland eingeführt, nicht ohne heftige Kämpfe mit den Preußenhassern in den Kammern. Das letztere fand namentlich in Württemberg statt, wo nur eine zweijährige Präsenz verwilligt wurde, während Baden sich so vollständig an die preußischen Einrichtungen anschloß, daß seine Division jeden Augenblick als gleichartiges Glied in den norddeutschen Heereskörper eingefügt werden konnte. Beide Staaten führten das preußische Zündnadelgewehr ein; bei Hessen verstand sich dies nach der schon erwähnten Militärkonvention mit Preußen ohnedies von selbst; Baiern behielt das Werder'sche Gewehr.

Nicht minder wichtig waren die Wahlen für das Zollparlament. In Baden war Regierung und Volksvertretung, in den anderen drei süddeutschen Staaten die nationale Partei für eine Erweiterung seiner etwas gar zu beschränkten Kompetenz, wenn nicht geradezu für die Umwandlung des Zollparlaments in ein „Vollparlament", während in den anderen Kreisen theils streng konservativ auf die loyale Haltung der Verträge hingewiesen, theils, vorerst in Presse und Versammlungen, ziemlich destruktiv mit ihnen verfahren wurde. Damit war die Parole für die einzelnen Parteien ausgetheilt. Die Wahlen fanden im Februar und März 1868 statt. Das Zollparlament sollte

neben den 297 Mitgliedern des norddeutschen Reichstags aus 85 Mitgliedern der süddeutschen Staaten bestehen, wovon Baiern 48, Würtemberg 17, Baden 14, Südhessen 6 Abgeordnete zu wählen hatte. Aehnlich war das Verhältniß im Zollbundesrath, in welchem die Bevollmächtigten von 25 Regierungen mit zusammen 58 Stimmen ihren Sitz hatten. Von diesen Stimmen hatte die Präsidialmacht Preußen 17, Baiern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3. Im ganzen genommen, fielen die Wahlen größtentheils partikularistisch aus, in Baden und Hessen zwar nicht, aber in Baiern der Mehrheit nach, in Württemberg durchgängig, nicht einmal mit einer einzigen Ausnahme. Mit einer Aufregung, wie man sie seit den Wahlen zur Nationalversammlung von 1848 nicht mehr gesehen hat, wurden die Zollparlamentswahlen vorgenommen und leider dabei ein Bodensatz von Rohheit und Haß an die Oberfläche aufgerüttelt, welcher die Geschichte Deutschlands nicht um ein schönes Blatt bereichert hat. Hiemit war zugleich das Programm des Zollparlaments festgestellt; es hieß: Festhalten an der Kompetenz, energische Zurückweisung jeder Debatte über Politik, jedes nationalen Gedankens. Dies hat denn auch, nachdem am 27. April 1868 das Zollparlament vom König von Preußen eröffnet worden war, die „süddeutsche Fraktion", welche sich hauptsächlich aus den bairischen Ultramontanen und den württembergischen Demokraten rekrutirte, von der ersten bis zur letzten Sitzung (23. Mai) treulich beobachtet. Und da die preußischen Feudalen und Fortschrittsmänner aus Haß gegen die Nationalliberalen jener Fraktion ihre Unterstützung angedeihen ließen, so setzte dieselbe ihren Willen durch, nur nicht am 18. Mai, wo eine Hinweisung des württembergischen Abgeordneten Probst auf die drohende französische Lawine den Grafen Bismarck zu einer kurzen Darlegung des Verhältnisses von Norden und Süden und zu dem stolzen Wort veranlaßte, daß „ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo finde". Auch noch am Schluß des Zollparlaments ließ diese Fraktion ihr Veto vernehmen. In dem von 31 ihrer Mitglieder unterschriebenen „Rechenschaftsbericht an ihre Wähler" vom 22. Mai verlangten sie „die Sammlung der staatlichen Kräfte Süddeutschlands, welche zwischen den Großmächten vermittelnd wirken, dem europäischen Frieden und den materiellen Interessen dienen und den süddeutschen Staaten die kräftige Erfüllung ihrer vertragsmäßigen Pflichten gegen Norddeutschland ermöglichen werde, ohne sie

der Gefahr des Aufgehens in Preußen auszusetzen." Damit war dem unmöglichen Südbund, denn nichts anderes war ja gemeint, eine große Rolle zugedacht. Je schlechter er sie spielte, desto besser war es für Deutschland.

Wenn es sich hier zeigte, daß einer nationalen Vereinigung des Nordens und Südens noch bedeutende Hindernisse im Wege standen, so gieng der Verschmelzungsprozeß der neuen, annektirten Provinzen Preußens mit den alten und der 22 Mitglieder des Norddeutschen Bundes unter einander um so günstiger vor sich. In der freien Entwicklung des wirthschaftlichen Lebens überholte Norddeutschland, Dank der Energie seines Reichstags, den Süden bei weitem. Selbst das früher so verzärtelte und gehätschelte Frankfurt fand sich allmählich in seine neue Stellung, und kaum irgendwo hat König Wilhelm auf seinen Reisen eine begeistertere Aufnahme gefunden als in der Welfenstadt Hannover. Seit der bezahlten Wallfahrt zu der silbernen Hochzeit des in Hietzing bei Wien verweilenden hannöverischen Königspaares (18. Febr. 1868) hatte sich die Stimmung der Hannoveraner für ihren exilirten König sehr abgekühlt. That doch dieser selbst alles, um sich bei Freund und Feind aufs gründlichste zu diskreditiren. Oder ist es nicht das Aeußerste von politischem Wahnsinn und Verrath an Deutschland, wenn die zuerst in Holland, dann in der Schweiz stationirten Welfenlegionäre, gegen 800 Mann, im Febr. 1868 von König Georg nach Frankreich geschickt wurden, damit sie von dort aus, bei dem ersehnten Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, Hand in Hand mit den Franzosen einen Einfall in Deutschland machen und das Werk von 1866 zertrümmern helfen sollten? Auch der Kurfürst von Hessen, welcher seinen Aufenthalt in Prag nahm, rechnete auf einen europäischen Krieg und sandte an alle Höfe eine politische Denkschrift, worin er gegen die ihm widerfahrene Vergewaltigung protestirte. Und doch hatten beide Fürsten mit der Krone Preußen einen Vertrag abgeschlossen, worin sie zwar nicht auf ihre Thronrechte verzichteten, aber ein finanzielles Arrangement eingiengen. Preußen war aber nicht gemeint, ihnen das Geld zu ihren feindseligen Agitationen selbst noch auszubezahlen, und ließ das Vermögen der beiden Fürsten mit Beschlag belegen, wozu in den ersten Wochen des Jahres 1869 das preußische Abgeordnetenhaus und Herrenhaus ihre Genehmigung ertheilten. Das ganze nationale Deutschland jauchzte den Worten des Grafen Bismarck zu, als er, bei den De-

batten im Abgeordnetenhaus, von den „Reptilien" sprach, die man in ihre Höhlen verfolgen müsse, von den depossedirten Fürsten, „welche sich nichts kümmern um die rauchenden Trümmer ihres Vaterlandes, wenn nur sie obendrauf stehen", und mit den Worten endigte: „Wir müssen diesem frevelhaften Spiel mit den heiligsten Interessen der Nation, mit der Ruhe und Ehre des Vaterlandes, diesem frevelhaften erbärmlichen Spiel, dem die Ruhe Europas nichts gilt gegenüber einem kleinlichen dynastischen Interesse, ein Ziel setzen. Das ist unsere Schuldigkeit, uns, Deutschland, Europa gegenüber."

Es war natürlich, daß der Norddeutsche Reichstag die ihm durch die Verfassung gesteckten Grenzen zu erweitern und noch weitere Gebiete in den Kreis seiner Berathungen hereinzuziehen suchte. In diesem Sinne wurde in der Session von 1869 von den Abgeordneten Lasker und Miquel der Antrag gestellt, die Bundesgesetzgebung auf das gesamte bürgerliche Recht auszudehnen. Der Antrag wurde vom Reichstag angenommen, vom Bundesrath aber abgelehnt. Dagegen wurde der Antrag auf Errichtung eines Bundesoberhandelsgerichtes, das seinen Sitz in Leipzig haben sollte, vom Reichstag und vom Bundesrath genehmigt. Aus der Session von 1870 ist vorzugsweise die Annahme eines neuen Strafgesetzbuches und die Unterstützung des Baues der Gotthardbahn anzuführen, zu deren, auf 85 Millionen Francs veranschlagten, Kosten der Reichstag 20 Millionen beizusteuern beschloß. Die Zollparlamente dieser beiden Jahre entsprachen hinsichtlich ihrer Leistungen nicht den nationalen Erwartungen. Die Schuld hievon trug hauptsächlich die süddeutsche Fraktion, welche es sich zum Grundsatz machte, „das Einigungswerk Bismarck's zu verpfuschen", soweit es ihr möglich war, und aufs eifersüchtigste darüber wachte, daß die Befugnisse des Zollparlamentes nicht erweitert, die der Landtage nicht geschmälert würden. Doch fand diese Fraktion bei den preußischen Konservativen nicht mehr die Unterstützung wie im Jahre 1868. Die Thätigkeit des Zollparlaments blieb daher auf Berathungen über Handelsverträge und über Reform des Vereinszolltarifs beschränkt.

In Süddeutschland dauerte die Opposition gegen einen Anschluß an den Norddeutschen Bund fort. Die Ultramontanen und Demokraten, welche sich zu diesem Zwecke die Hand reichten, wurden nicht müde, unter die Bevölkerung den blindesten Haß gegen Preußen auszusäen, die Allianzverträge als ein Unglück und Süddeutschland

als die Burg der deutschen Freiheit zu bezeichnen. Sehr gelegen kam ihnen die Veröffentlichung der Arcolay'schen Flugschrift, welche zu beweisen suchte, daß das Ausscheiden Oestreichs eine nicht auszufüllende Lücke im deutschen Vertheidigungssystem zur Folge habe und daß Preußen in einem Kriege mit dem mächtigen Frankreich nicht im Stande sei, Süddeutschland zu beschützen, daher sich für dasselbe die Einhaltung strenger Neutralität am besten empfehle. Diese grundlosen und unpatriotischen Behauptungen riefen mehrere Gegenschriften hervor, in welchen die Mängel der württembergischen und bairischen Militärverhältnisse aufgedeckt und nachgewiesen wurde, daß Süddeutschland nur in dem engsten Anschluß an den Norddeutschen Bund Schutz finden könne. Aber nicht bloß einzelne Parteien, sondern auch die Regierungen huldigten einem unseligen Partikularismus und leisteten jenen dadurch Vorschub. Dies zeigte sich sehr auffallend bei den Berathungen der Festungskommission, bei welcher Baiern und Württemberg sehr ängstlich darauf bedacht waren, die süddeutsche Kommission nicht zu einer deutschen erweitern zu lassen, welche unter dem Vorsitz Preußens das gesamte deutsche Festungswesen unter ihre Verwaltung nehmen würde.

Eine rühmliche Ausnahme unter den vier süddeutschen Staaten bildete Baden. Hessen kam weniger in Betracht, weil ein Theil des Landes, Oberhessen, bereits in den Norddeutschen Bund aufgenommen, mit Preußen eine Militärkonvention geschlossen, die Festung Mainz der preußischen Militärgewalt übergeben war. Was aber sonst zur Bekämpfung des preußischen Einflusses geschehen konnte, das hat der hessische Staatsminister, Freiherr von Dalwigk, welcher das ganze katholische Unterrichtswesen in Hessen dem heißspornigen Bischof Ketteler von Mainz auslieferte, redlich gethan. Anders in Baden. Hier war Fürst und Volksvertretung einig in dem Bestreben, sobald die politischen Verhältnisse es erlaubten, die letzten Konsequenzen des nationalen Gedankens zu ziehen und mit klingendem Spiel in das norddeutsche Lager überzugehen. Nachdem der wackere Mathy am 3. Februar 1868 gestorben war, wurde am 12. Februar das Staatsministerium dem Präsidenten des Ministeriums des Innern, Jolly, übertragen und wenige Tage darauf der preußische Militärbevollmächtigte in Karlsruhe, General von Beyer, zum Kriegsminister und zugleich zum badischen Generallieutenant und Generaladjutant des Großherzogs ernannt. Das badische Kadetteninstitut

wurde aufgehoben, die badischen Kadetten in die preußischen Militäranstalten aufgenommen und am 25. Mai 1869 zwischen Baden und dem Norddeutschen Bunde ein Vertrag über Einführung militärischer Freizügigkeit geschlossen, wonach die Militärpflichtigen des einen Gebietes ihrer Dienstpflicht auch in dem anderen Gebiete genügen konnten. Eine vorübergehende Verstimmung der nationalliberalen Partei, welche sich in der Offenburger Versammlung vom 8. Nov. 1868 kund gab, wurde durch die Erklärungen des Ministeriums und durch das Vorgehen der Ultramontanen und Großdeutschen wieder beseitigt. Denn diese glaubten den unter den Liberalen ausgesprochenen Konflikt für ihre Zwecke ausbeuten zu können und veranstalteten einen Adressensturm an den Großherzog auf der Grundlage der Auflösung des Landtags und der Einführung des direkten geheimen Wahlverfahrens. Sie bewirkten das Gegentheil: der Friede war rasch hergestellt, aus allen bedeutenden Städten liefen liberale Adressen an den Großherzog ein, und die nationale Sache stand fester als je.

Die politischen Verhältnisse in Württemberg bildeten einen entschiedenen Gegensatz zu denen in Baden. Durch die Landtagswahlen vom 8. Juli 1868 erhielten die Demokraten und Großdeutschen die Mehrheit in der Abgeordnetenkammer. Das Zusammengehen der Klerikalen und Demokraten ergab sich auch hier als etwas Selbstverständliches. „Gegen Preußen mit dem Schwarzen und den Schwarzen!“ sagte beschönigend der „Beobachter“, das Preßorgan der Demokraten. In Wahlversammlungen konnte man auch den Ruf vernehmen: „Lieber französisch als preußisch!“ Diese Partei war entschlossen, das Ministerium Varnbüler entweder unter ihren Willen zu beugen oder zu stürzen. Das Ministerium wich einer solchen Kammer möglichst lange aus. Nach einer kurzen Berufung im December 1868, aus welcher Zeit nur eine dreitägige resultatlose Adreßdebatte hervorzuheben ist, wurde die Kammer wieder vertagt und erst am 8. März 1870 wieder eröffnet. Die lange Zwischenzeit benützte die Demokratie, um das ganze Land mit einem Netze von Volksvereinen zu bedecken, Versammlungen zu veranstalten und eine an die Abgeordnetenkammer gerichtete Adresse unterzeichnen zu lassen, worin die Abschaffung des eben erst angenommenen und eingeführten Kriegsdienstgesetzes und „die Einführung der wahrhaft allgemeinen Dienstpflicht mit militärischer Jugendvorbereitung und kurzer Präsenz“ gefordert wurde. Vermöge eines unerhörten Ter-

rorismus, dem die Regierung auffallenderweise ruhig zusah, gelang es der württembergischen Demokratie, 150,000 Unterschriften zu sammeln. Offen wurde von dem Krieg gegen den preußischen Militarismus, gegen das „Fluchgesetz“ gesprochen und geschrieben und dagegen „das freie Bürgerthum, das wider preußische Verführung und Gewalt einig und fest entschlossen sei“, gepriesen.

Nach solchen Vorbereitungen brachten 45 demokratische und großdeutsche Abgeordnete in der Kammer von 1870 den Antrag ein, daß zur Abwendung der volkswirthschaftlichen und finanziellen Nachtheile das Kriegsdienstgesetz abgeändert, namentlich die Präsenz herabgesetzt werden solle. Nach der ersten Berathung dieses Antrags wurde derselbe an die Finanzkommission verwiesen. Bevor diese ihren Bericht der Kammer vorlegte, traten außerhalb derselben ernste Ereignisse ein. Sämtliche Minister gaben ihre Entlassung, und am 24. März fand die Neubildung des Ministeriums statt. Von den ausgetretenen Ministern ist anzuführen der großdeutschgesinnte Kultusminister v. Golther, von den neueingetretenen der Kriegsminister von Succow. Die Bedeutung dieses Ministerwechsels wurde besonders darin gesucht, daß von nun an ein Zusammengehen der Regierung mit Großdeutschen, Ultramontanen und Demokraten nicht mehr möglich war. Darin lag aber noch kein Aufgeben des bisherigen Partikularismus. Zugleich wurde am 24. März die Kammer auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Erbitterung der antinationalen Parteien war ungeheuer. Sie rüsteten sich zu einem neuen Feldzug und rechneten auf die wegen der Steuerbewilligung nothwendige baldige Wiedereinberufung der Kammern. Das Ministerium schien dann verloren, ein großdeutsch-ultramontanes Ministerium schien dann die unabwendbare Folge einer unverzeihlichen Politik zu sein.

Einen ähnlichen Verlauf nahmen die Verhältnisse in Baiern, nur daß hier nicht Demokraten, sondern Klerikale das große Wort führten. Das den Kammern vorgelegte liberale Schulgesetz war 1868 an der Ungunst der Reichsrathskammer gescheitert. Die Klerikalen waren voll Haß gegen das Ministerium Hohenlohe, welches Mittel und Wege zu einer engeren Verbindung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bunde suchte und in einem Rundschreiben vom 9. April 1869 die europäischen Mächte auf die ihnen von dem vatikanischen Koncil drohenden Gefahren aufmerksam machte und zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die römischen Herrschaftsgelüste auf-

forderte. Unter diesem Eindruck fanden am 20. Mai 1869 die Neuwahlen zur Abgeordnetenkammer statt. Der katholische Klerus bot alle Mittel, die ihm zu Gebot standen, auf, um den Klerikalen den Sieg zu verschaffen. Der Bischof Senestrey von Regensburg drohte bereits mit dem Umsturz der Throne. Die Wahlen gaben das Resultat, daß 72 Liberale und 72 Klerikale einander gegenüberstanden. Eine Präsidentenwahl kam, da immer Stimmengleichheit stattfand, nicht zu Stande, und so mußte die auf den 21. Septbr. 1869 einberufene Abgeordnetenkammer am 6. Oktober wieder aufgelöst und neue Wahlen angeordnet werden. Es wurden diesmal 83 Klerikale und 71 Liberale gewählt. Darauf gab das Ministerium seine Entlassung ein, welche jedoch der König nur zwei Ministern bewilligte. Am 17. Januar 1870 wurde der neue Landtag eröffnet, und beide Kammern benützten die Adreßdebatte, um ihrem Mißtrauen gegen den Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe den gehässigsten Ausdruck zu geben. In der zweiten Kammer nahm die Debatte sogar volle 12 Sitzungen in Anspruch. Die Klerikalen oder, wie sie sich selbst nannten, die „Patrioten" leisteten das Unglaublichste in Konfusion und Anstandslosigkeit. Nachdem die Adressen in beiden Kammern angenommen worden waren, reichte Fürst Hohenlohe auf's neue seine Entlassung ein; denn nach solchen Vorgängen war für ihn ein Zusammengehen mit dem Landtag unmöglich. Der König nahm die Entlassung an und ernannte am 7. März den bairischen Gesandten in Wien, den Grafen Bray, zum Minister des Auswärtigen. Dieser sprach sich in der Kammer über sein Programm in dem Sinne aus, daß er zwar die Haltung der Verträge, zugleich aber auch die Wahrung der Unabhängigkeit und freien Selbstbestimmung Baierns betonte. Dies hieß den Statusquo aufrecht erhalten und die Trennung des Südens von dem Norden verewigen. Mit letzterem waren die „Patrioten" wohl einverstanden, aber nicht mit ersterem. Sie giengen, wie die württembergischen Demokraten und Großdeutschen, darauf aus, den Allianzvertrag, welchen sie nicht aufzukündigen vermochten, dadurch völlig werthlos zu machen, daß das bairische Militär nach Qualität und nach Quantität möglichst verschlechtert werden sollte. Ihre Anträge bezweckten zunächst eine bedeutende Herabsetzung der Zahl und der Präsenz der Truppen und eine fast gänzliche Auflösung der Reiterei, im Grund aber die totale Umgestaltung des Militärwesens und die Errichtung einer Miliz oder vielmehr be-

waffneter Bauernvereine, welche weniger den Generalen und Officieren als den Bischöfen und Kaplanen Gehorsam leisten würden. Die Generaldebatte über das Militärbudget war an dem verhängnißvollen 15. Juli beendigt, und es sollte nun auf die Anträge der Regierung und auf die der Klerikalen näher eingegangen werden. Der politische Barometer stand bereits so hoch, daß die Sitzung abgebrochen und auf den 18. Juli vertagt wurde.

Die Beziehungen Preußens zu Frankreich waren äußerlich höflich, in Wahrheit aber so schlecht als möglich. In Berlin war man überzeugt, daß der Krieg nicht zu vermeiden sei, und in Paris that man alles, um diesen Glauben zu befestigen. Die eitle, anspruchsvolle französische Nation konnte es Preußen nicht verzeihen, daß es durch seine kriegerischen Erfolge vom Jahre 1866 den Ruhm Frankreichs in Schatten gestellt und die Trophäen von Sebastopol und von Solferino in Vergessenheit gebracht hatte, und „Rache für Sadowa!“ galt als ein patriotischer Ruf, als ob dort die Franzosen, nicht die Oestreicher geschlagen worden wären. In Preußen sah man diesem tollen Treiben Gewehr bei Fuß zu; man that nichts, um die Aufregung zu vermehren, duldete nicht die geringste Einmischung in die deutschen Angelegenheiten und traf in aller Stille seine Maßregeln. Aeußerungen hochgestellter Personen, welche von einem Bewußtsein der eigenen Kraft zeugten, wurden in Paris als unerträgliche Anmaßungen angesehen, so die Worte, welche General Moltke am 15. Juni 1868 im Reichstag sprach, daß Deutschland, wenn es geeinigt sei, stark genug sein werde, um seinen Nachbarn den Krieg zu verbieten, und die Antwort des Königs von Preußen am 14. September 1868 an eine Deputation in Kiel, welche er wegen etwaiger Kriegsbesorgnisse dadurch beruhigte, daß er sie auf „die hier versammelten Repräsentanten der Armee und der Marine, dieser Kraft des Vaterlandes, hinwies, welche bewiesen habe, daß sie sich nicht scheue, einen ihr aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und durchzuführen.“ Schon im Winter 1868 auf 1869 hatte Moltke dem König eine Denkschrift des preußischen Generalstabs überreicht, welche den Feldzugsplan gegen Frankreich enthielt und bis ins Einzelste so genau ausgearbeitet war, daß noch am nämlichen Tage die Mobilisirung hätte erfolgen können. Es wurden darin die verschiedenen Möglichkeiten des Vorgehens der französischen Armee besprochen, auf die Theilnahme der süddeutschen Staaten noch nicht sicher

gerechnet und als wahrscheinlicher Ort für die Sammlung der französischen Truppen die Gegend zwischen Metz und Straßburg angenommen, für welchen Fall die deutsche Armee sich in der bairischen Pfalz aufzustellen hätte, um von dort aus die Offensive nach Metz und Straßburg gleichzeitig zu ergreifen, in Feindesland einzudringen und jedem Betreten deutschen Bodens von Seiten der Franzosen zuvorzukommen. Die Möglichkeit dieses Zuvorkommens wies die Denkschrift durch detailirte Angaben der Märsche und Eisenbahnfahrten nach.

Auch der französische Kriegsminister Marschall Niel, welcher seit 1867 unermüdlich an der Reorganisation der französischen Armee arbeitete, hatte schon einen Feldzugsplan ausgearbeitet. Nach demselben sollte der linke Flügel in Holland Stellung nehmen und dieses Land nebst Belgien in die Aktion mitfortreißen, der rechte Flügel über den Oberrhein gehen und die Streitkräfte Süddeutschlands mit Hilfe der dortigen Partikularisten im Sinne eines neuen Rheinbundes verwerthen, das Centrum dagegen die Straße nach Kurhessen und Hannover einschlagen und die dortige Bevölkerung für die abgesetzten Fürsten zu den Waffen rufen. Durch eine solche Spaltung der deutschen Streitkräfte glaubte Niel mit Preußen leicht fertig werden zu können. Auf den Beistand der süddeutschen Staaten wurde von Niel sicherer als von Moltke gerechnet. Die dortigen Demokraten und Klerikalen haben fürwahr nichts gethan, um Frankreich diese Hoffnung zu benehmen oder auch nur sie zu schwächen. Hat ja doch der Redakteur des bairischen Blattes „Vaterland“ noch am 17. Juli nach Paris telegraphirt: „Die patriotische Partei der Kammer ist entschlossen, keinen Kreuzer für die zu Gunsten Preußens befohlene Mobilmachung zu verwilligen“, und in seinem Blatte geradezu die Parteinahme für Frankreich verlangt und die Behauptung gewagt, daß die bairischen Soldaten sich längst auf das Ausrücken gegen die Preußen freuten! Abgesehen von bedeutenden Rechnungsfehlern, welche in diesem auf allerhand Unwahrscheinlichkeiten basirenden Feldzugsplan sich finden, war der Ausführung desselben schon das ungünstig, daß sein Verfasser, der Marschall Niel, am 13. August 1869 starb. Der an seiner Stelle zum Kriegsminister ernannte General Leboeuf war nicht der Mann, um die Reorganisation mit Energie und Verstand weiter zu führen, so daß er zu einer Zeit, wo es mit der Mobilmachung verzweifelt schlecht stand, das bekannte Wort sprach, er sei überbereit.

Die inneren Verhältnisse Frankreichs nahmen einen immer ernsteren Charakter an. Das persönliche Regiment des Kaisers, welches man sich hatte gefallen lassen, so lange er einen Feldzug um den andern siegreich beendigte und als Schiedsrichter Europas galt, hatte durch die neulichen Mißerfolge der Napoleonischen Politik, wobei besonders das Zurückweichen aus Mexiko und die Lösung der Luxemburger Frage anzuführen sind, sehr an Ansehen verloren. Diese Demüthigungen wurden lediglich als Folgen des persönlichen, aber den Verhältnissen nicht mehr gewachsenen Regiments bezeichnet, und nicht bloß die Opposition, sondern auch die gemäßigten Mitglieder der Kammern verlangten die Umwandlung desselben in eine parlamentarische Regierung. In der Presse und in den Versammlungen, welche durch die Gesetze von 1868 eine freie Bewegung erhalten hatten, wurde ein revolutionärer Ton angeschlagen und offen vom Umsturz des Kaiserreiches, von der Ausrottung des noch hassenswertheren Klerus, von einer radikalen Umwälzung aller socialen Verhältnisse gesprochen. Nicht bloß die Regierung, auch die Mittelklassen sahen, vor welchem Abgrund sie ständen, und verloren dadurch alle Lust an revolutionärer Politik. Aber verlassen konnte sich die Regierung auf diese nicht; denn diese Mittelklassen wollten zwar eine starke, aber auch eine geordnete Regierung, und die Napoleonische Finanzwirthschaft, deren Schwindelhaftigkeit in der Session von 1869 aufgedeckt wurde, war kein günstiges Zeugniß für eine solche. Ministerverantwortlichkeit, Aufgeben der officiellen Kandidaturen, freie Wahlen, wirksame Theilnahme des Gesetzgebenden Körpers an der Staatsverwaltung, geordnete Finanzverwaltung, genaue Controle der Staatsausgaben, friedliche Politik: dies waren die großen Schlagwörter, welche man dem persönlichen Regiment als die Forderungen des Liberalismus entgegenwarf. Die Erklärung des Ministers Lavalette, daß Frankreich im Frieden mit Preußen bleiben werde, so lange dieses die Mainlinie und die Selbständigkeit der süddeutschen Staaten respektire, fand in der Kammer allgemeine Zustimmung. Die Differenzen mit Belgien, welches den Verkauf belgischer Eisenbahnen an die französische Ostbahngesellschaft nicht duldete, wurden durch die Pariser Uebereinkunft vom 10. Juli 1869 beigelegt. Es hatte sich dabei weniger um die französische Ostbahngesellschaft gehandelt, als um die hinter derselben stehende französische Regierung, welche durch die Besitznahme belgischer Eisenbahnen ein-

mal eine feste Position in Belgien nehmen wollte, um dann allmählich zu Zoll- und Allianzverträgen überzugehen und so die heißersehnte Annexion vorzubereiten.

Die Neuwahlen zum Gesetzgebenden Körper, welche am 23. und 24. Mai 1869 erfolgten, ergaben das Resultat, daß im ganzen 4,664,000 Stimmen für die officiellen, 3,310,000 für unabhängige oder oppositionelle Kandidaten abgegeben, daß in den großen Städten Paris, Lyon, Marseille und anderen die heftigsten Gegner des Kaiserthums, sogenannte „Unversöhnliche", gewählt wurden, und daß den 199 officiellen Kandidaten 93 oppositionelle, fast ein Drittheil des Gesetzgebenden Körpers, gegenüberstanden. Verglich man die Wahlen von 1857, 1863 und 1869 mit einander, so fand man ein stetiges und zwar sehr starkes Wachsthum der Opposition. Dieselbe hatte es bei den Wahlen von 1857 zur Durchsetzung von nur 5 Kandidaten bringen können, während es nun deren 93 waren. Der Kaiser hatte zwar noch die Mehrheit im Gesetzgebenden Körper, aber die Opposition war zahlreich und gefährlich, und die Mehrheit nicht durchaus zuverläßig. Die nächste Folge dieser Wahlen war die Entlassung des Staatsministers Rouher, des sogenannten „Vicekaisers", welcher zum Senatspräsidenten ernannt wurde, und die Einsetzung eines, übrigens der Rouher'schen Partei entnommenen Ministeriums, dessen Führung Forcade, der Minister des Innern, übernahm. Sodann wurde dem Senat eine Vorlage, welche Abänderungen der Verfassung betraf, gemacht. Am 6. September kam der Senatskonsult, welcher die Befugnisse des Senats und des Gesetzgebenden Körpers erweiterte und die Ministerverantwortlichkeit principiell einräumte, zu Stande. Im August befiel den Kaiser eine ernstliche Krankheit, welche hier Besorgnisse, dort Hoffnungen erregte. Doch erholte sich der Patient wieder, und nach seiner Wiederherstellung unternahm die Kaiserin Eugenie eine Reise nach dem Orient, um der feierlichen Eröffnung des Suezkanals am 17. November beizuwohnen.

Die Thronrede, mit welcher der Kaiser am 29. November die neue Session eröffnete, sprach von der Freiheit, welche Frankreich nur im Bunde mit der Ordnung wolle, und kündigte einige politische Reformen an. Die Wahlprüfungen gaben zu den heftigsten Angriffen auf das System der officiellen Kandidaturen und die damit verbundene Wahlbeeinflussung Anlaß. Nach Beendigung dieses Geschäftes nahm das Ministerium, dessen Stellung kaum mehr haltbar war,

seine Entlassung. Darauf beauftragte der Kaiser am 27. December den Abgeordneten Ollivier, Mitglied der neugebildeten Mittelpartei, mit der Bildung eines „gleichartigen" Ministeriums, das ein treuer Ausdruck der Mehrheit des Gesetzgebenden Körpers sein sollte, und bat ihn um seinen Beistand in der Aufgabe, die konstitutionelle Regierungsweise in regelmäßige Wirksamkeit treten zu lassen. Dieses erste parlamentarische Ministerium des zweiten Kaiserreiches kam am 2. Januar 1870 zu Stande und bestand größtentheils aus neuen Männern, unter welchen Graf Daru als Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Buffet als Finanzminister anzuführen sind. Von den alten Ministern behielt General Leboeuf das Kriegsministerium. Eine der ersten Handlungen des neuen Kabinets war die Entlassung des Seinepräfekten Hausmann, welcher die Plane des Kaisers bei Umgestaltung der Hauptstadt rücksichtslos durchgeführt und Paris eine ungeheure Schuldenlast aufgebürdet hatte. Die Erschießung eines Journalisten durch den Prinzen Peter Bonaparte, welchem jener eine Herausforderung überbracht hatte, und die Verhaftung des Abgeordneten Rochefort, welcher in seinem Blatte „Marseillaise" den Kaiser und dessen Familie geradezu als eine Mörderbande bezeichnete, erregten in den ersten Tagen des Januar und Februar eine ungeheure Aufregung in Paris, bei welcher es bereits zur Errichtung von Barrikaden kam. Doch waren die Zusammenrottungen noch nicht massenhaft, und die Polizei blieb Herr der Situation.

Um dem ungemäßigten Verlangen nach Verfassungsänderungen ein Ziel zu setzen, ließ der Kaiser dem Senat den Entwurf einer neuen Verfassung vorlegen, wodurch dem Gesetzgebenden Körper ein Antheil an der konstituirenden Gewalt, welche bisher zwischen Kaiser und Senat getheilt war, zugestanden, die Ministerverantwortlichkeit ausgesprochen, aber auch erklärt wurde, daß der Kaiser vor dem französischen Volke verantwortlich sei und jederzeit an dasselbe appelliren könne. Mit letzterer Bestimmung wollte er sofort Ernst machen und die neue Verfassung, sobald sie vom Senat genehmigt war, dem Volke zur Sanktionirung vorlegen, ohne daß der Gesetzgebende Körper darüber zu berathen gehabt hätte. Es war klar, daß eine solche Volksabstimmung (Plebiscit) nicht bloß als ein Urtheil über die jeweilige vorliegende Frage, sondern auch als ein Urtheil über die Gesamtpolitik des Kaiserthums angesehen wurde, und daß, wenn Na-

poleon bei dieser Abstimmung eine bedeutende Mehrheit erhielt, die Frage über Monarchie oder Republik auf lange hinein zu seinen Gunsten entschieden war. Umgekehrt war freilich eine schwache Mehrheit oder vollends eine Minderheit im gleichen Grade ungünstig für Napoleon; doch durfte er diese Möglichkeit nicht fürchten, da die ganze Staatsmaschine mit vollem Dampf für das Plebiscit arbeitete. Die Frage, ob der Kaiser in allen Fällen das Recht der Appellation an das Volk habe, brachte Zwiespalt in das Ministerium. Daru und Buffet wollten, im Einklang mit der Oppositionspartei im Gesetzgebenden Körper, dieses Recht einschränken und gaben, da sie damit nicht durchdrangen, am 14. April ihre Entlassung ein. Nachdem der Senat am 20. April den Verfassungsentwurf einstimmig angenommen hatte, wurde das Volk auf den 8. Mai zur Abstimmung berufen. Das Resultat war eine glänzende Rechtfertigung der Napoleonischen Politik. 7,210,296 stimmten mit „Ja“, 1,530,610 mit „Nein“; dazu kamen in Algerien 41,213 Ja und 19,484 Nein. Daß fast in allen größeren Städten mehr „Nein“ als „Ja“ abgegeben wurden, hatte nichts auffallendes; dagegen war die Thatsache bedenklich, daß die Armee 46,000 „Nein“ abgab, die Marine 5000. Abgesehen davon fühlte der Kaiser wieder sicheren Boden im Volke und glaubte auf's neue an die Zukunft seiner Dynastie. Die bonapartistische Partei drängte sich herausfordernder als je hervor, und man glaubte sich stark genug, in den auswärtigen Angelegenheiten mit Entschiedenheit vorzugehen. Das seit Daru's Austritt interimistisch von Ollivier verwaltete Ministerium des Auswärtigen wurde am 15. Mai dem entschiedensten Preußenfeind, dem langjährigen Gesandten in Wien, dem Herzog von Gramont übertragen. Wenige Wochen darauf wurde von einigen Chauvinisten der Versuch gemacht, ob nicht der von dem Norddeutschen Bund mit der Schweiz und Italien abgeschlossene Gotthardvertrag den Vorwand zu einer kriegerischen Aktion gegen Preußen abgeben könnte. Man vertraute unbedingt auf die Wunder der Chassepot's und nun vollends der Mitrailleusen. Bei der Beantwortung der Interpellation vom 20. Juni gab der Herzog von Gramont deutlich zu verstehen, wie leid es ihm thue, mit dieser Frage nichts anfangen zu können. Doch wurde für alle Fälle am 29. Juni bei dem Seepräfekten von Cherbourg angefragt, was für Vorräthe dort aufgehäuft seien zum Zweck einer Flottenexpedition nach der Nordsee und Ostsee. Trotzdem erklärte

Ollivier in der Sitzung des Gesetzgebenden Körpers vom 30. Juni, daß zu keiner Zeit die Regierung eine freimüthigere Friedenspolitik befolgt habe, und daß niemals der europäische Friede weniger bedroht gewesen sei als jetzt. Vier Tage darauf stand die Hohenzollern'sche Kandidatur auf der Tagesordnung der französischen Presse und Tribüne.

Zum Betreten dieser abschüssigen Bahn wurde die Napoleonische Regierung nicht bloß durch die ruhmsüchtigen Generale und Minister, sondern auch durch die herrschsüchtige Jesuitenpartei in Rom gedrängt. Dieselbe fand es unerträglich, daß das protestantische Preußen an die Spitze Deutschlands sich gestellt hatte, und glaubte, gerade so wie die französischen Minister, um jeden Preis verhindern zu müssen, daß Süddeutschland in den Norddeutschen Bund eintrete, daß die Einheit Deutschlands hergestellt, daß ein mächtiges deutsches Reich und ein hohenzollern'sches Kaiserthum errichtet werde. Die Kriegspartei in Paris konnte auf die Bundesgenossenschaft der Jesuiten in Rom mit Sicherheit rechnen, und letztere hatten eine sehr beredte und einflußreiche Fürsprecherin in der heißblütigen, bigotten und devoten Kastilianerin, der Kaiserin Eugenie. In Rom selbst aber spielten eben damals die Jesuiten ihre höchste Karte aus. Gelang ihnen ihr Wurf, so lag die ganze katholische Welt zu ihren Füßen, die katholischen Fürsten und deren Regierungen und Parlamente wurden Kreaturen von ihnen, und der Beginn eines Kreuzzuges gegen das protestantische Deutschland, bei welchem das gläubige Frankreich im Vordertreffen stand, das Beust'sche Oestreich die Reserve bildete und die bairischen „Patrioten" als Landsturm aufgeboten wurden, hieng dann nur von ihrem Belieben ab. Der Plan war kühn und großartig, ungeheure Hilfsmittel standen den Schauspielern an der Seine und am Tiber zu Gebot, aber der Wurf mißlang. Die Karte wurde am 18. Juli 1870 von den Jesuiten zwar ausgespielt, aber die Gegenpartei hatte auch hohe Karten.

Der alternde Papst Pius IX. befand sich vollständig in den Händen der Jesuiten. Sie wußten den durchaus nicht unterrichteten Mann ganz für sich zu gewinnen, schmeichelten seiner Eitelkeit und erklärten sich bereit, ihm eine Würde zu verleihen, wie sie weder ein weltlicher noch ein kirchlicher Fürst jemals gehabt habe. Was keinem Menschen je gelungen war, die Welt zu zwingen, daß sie an seine Aussprüche als an göttliche glaube und mit sklavischer Unter-

würfigkeit ihren Nacken beuge, das sollte ihm dem Grafen Giovanni Mastai durch die Aktion der Jesuiten zu Theil werden. Vorbereitende Schritte waren schon im Jahre 1864 gethan worden. Die Encyclica und der Syllabus vom 8. December verfluchten unsere ganze moderne Kultur nach Herzenslust. Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit des Kultus, Preßfreiheit, Unabhängigkeit der weltlichen Gewalt von der geistlichen, Gleichheit des Rechts für Geistliche und Weltliche, das Recht der Völker, sich Obrigkeiten und Gesetze zu geben, die frei auftretende, von aller kirchlichen Autorität und Censur sich emancipirende Wissenschaft: alles das wurde unter die Rubrik der Irrthümer gesetzt und als Ketzerei verdammt. Nirgends mehr sollte es eine Freiheit geben als im Jesuitenkollegium zu Rom; hier allein sollte mit absoluter Machtvollkommenheit bestimmt werden, wie weit die Grenzen des Denkens und Wollens in jedem einzelnen Gehirn und in jedem einzelnen Staat gehen dürften. Ganz Europa sollte zu einem patriarchalischen Jesuitenstaat werden, wie einst das südamerikanische Paraguay, in welchem es nur wollige Lämmer und jesuitische Wollescherer gab. Um zu dieser Universalherrschaft zu gelangen, veranlaßten die Jesuiten den Papst, auf den 8. December 1869 ein ökumenisches Koncil nach Rom auszuschreiben. Seit drei Jahrhunderten war keines mehr gehalten worden. Das im Jahre 1563 geschlossene Koncil zu Trient war das letzte gewesen und hatte ein trauriges Andenken hinterlassen. Und doch wie unschuldig war es gegen dieses vatikanische Koncil von 1869 und 1870! Nicht genug, daß durch dasselbe die Verdammungsurtheile des Syllabus zum Dogma erhoben und ebendamit von der ganzen katholischen Welt als Glaubenssatz anerkannt werden sollten: um jede Opposition, möge sie von hochweisen Bischöfen oder von weltlichen Regierungen ausgehen, gründlich wie mit einem Donnerkeil niederzuschlagen, sollte der Papst dieser irrenden und sündigenden Erde entrückt und auf Wolken thronend mit der Krone der Unfehlbarkeit ausgestattet werden. In allen Dingen, welche zu seinem Hirten- und Lehramt gehörten — und in diesen dehnbaren Kreis konnte man gar vieles, wenn nicht geradezu alles hineinbringen — sollte der Ausspruch eines Papstes für unfehlbar gelten. Diese Unfehlbarkeit zum Dogma zu erheben, war die Hauptaufgabe des Koncils. War dieselbe durchgeführt, so waren die Jesuiten die unbedingten Gebieter des gesamten Klerus; denn die Unfehlbarkeit kam ihnen, welche

den Papst beherrschten, weit mehr zu Statten als dem beherrschten Papste. Die unfehlbaren Aussprüche des Papstes hatten ja ihren Ursprung nicht in seinen Originalgedanken, sondern in den Eingebungen seiner jesuitischen Mentor.

Nicht bloß die ganze gebildete Welt, darunter auch Tausende von Katholiken, sondern auch viele Bischöfe sträubten sich denn doch, unter dieses kaudinische Joch der Unfehlbarkeit hindurchzugehen und einem Menschen, dessen intellektuelle und moralische Schwachheiten jedermann bekannt waren, Gottähnlichkeit zuzugestehen. Auch erkannten sie wohl, daß es dann mit ihrer bischöflichen Hoheit vorbei sei, daß sie sich dann von päpstlichen Lakaien nur dem Namen nach unterscheiden und nur das eine Vorrecht hätten, das, was sie selbst nicht glaubten, dem niederen Klerus und den Laien als höchsten Glaubenssatz einzuschärfen. Aber solche Stimmen waren vereinzelt und vermochten in einer Versammlung, welcher eine despotische Geschäftsordnung oktroyirt war, nichts gegen das Gros der den Jesuiten blindlings folgenden Armee. Die bei den bisherigen Koncilien gebräuchlichen Formalitäten wurden, sofern sie den Jesuiten für ihre Zwecke nicht paßten, bei Seite gesetzt und immer nur das eine Ziel im Auge behalten, die Opposition möglichst klein zu machen und ihre Stimme, wo sie sich nur geltend machen wollte, durch das Geschrei der Masse zu ersticken. Und diese Masse hatten sie so sehr für sich, daß sie den Erfolg der Abstimmung mit mathematischer Sicherheit voraussagen konnten. Von den 764 Bischöfen, welche an dem Koncil theilnahmen, machten die italienischen Bischöfe, auf deren Gehorsam zu zählen war, mehr als ein Drittel, die Bischöfe des Kirchenstaates beinahe ein Fünftel, die von Deutschland, Oestreich-Ungarn und Frankreich, wo die Opposition ihren Sitz hatte, zusammen auch bloß ein Fünftel aus. Dazu kam noch, daß 300 Bischöfe wegen ihrer Armut auf Kosten des Papstes unterhalten werden mußten, und daß etwa 100 als Bischöfe in partibus infidelium nur den Titel, aber keinen Sprengel hatten, also für ihre weitere Laufbahn sehr auf die Gnade des Papstes angewiesen waren. Jene 300 päpstlichen Kostgänger und diese 100 Titularbischöfe stimmten willenlos für alles, was ihnen vorgelegt wurde, selbst wenn die Jesuiten dem Papste zu der Unfehlbarkeit auch noch die Unsterblichkeit dekretirten. Sobald also nicht die Einmüthigkeit oder wenigstens die an Einmüthigkeit grenzende Mehrheit des Koncils, sondern die einfache Mehrheit über

die Geltung des Dogmas zu entscheiden hatte, war der Sieg von Anfang an gewonnen, und die Sitzungen in der Aula von St. Peter hatten nur noch den Werth von mehr oder minder schönen Deklamationen.

Die opponirenden Bischöfe, an deren Spitze der Kardinal Rauscher von Wien und der Bischof Hefele von Rottenburg standen, versuchten noch am 15. Juli, durch Absendung einer Deputation den Papst zu einigen Koncessionen zu bringen, und der Bischof Ketteler von Mainz riskirte dabei sogar einen Kniefall. Umsonst! Pius durfte und wollte nicht nachgeben. So blieb jenen nichts anderes übrig, als in einer besonderen Eingabe an denselben ihren Protest zu wiederholen und vor der Schlußabstimmung abzureisen. Diese erfolgte am 18. Juli in Gegenwart des Papstes und ergab das Resultat, daß 547 gegen 2 Stimmen die Unfehlbarkeit des Papstes für ein Dogma der katholischen Kirche erklärten. Es war der Tag vor der officiellen Kriegserklärung Frankreichs an Preußen. Darauf wurde das Koncil vertagt und die Wiedereröffnung anf den 11. November festgesetzt. In der Zwischenzeit sollten die französischen Waffen das Werk der Jesuiten fortsetzen und den Protestantismus mit Kanonen niederschmettern. Man rechnete im Vatikan sicher auf einen Sieg Frankreichs und hatte wohl für diesen Fall noch eine weitere Serie von hübschen Dogma in dem unfehlbaren Pulte, war jedenfalls zur äußersten Energie und Rücksichtslosigkeit in der Durchführung der Koncilsdekrete entschlossen. Um den Protest der über die Alpen zurückkehrenden Bischöfe kümmerte man sich durchaus nicht. Man kannte diese Leute. In einer Versammlung zu Fulda erklärten mehrere dieser Opponenten sich für Annahme des Dogma's, und man sah einen um den anderen in das Lager der Infallibilisten übergehen und nun von ihren Untergebenen die nämliche Unterwerfung unter das Jesuitengebot fordern, welche sie selbst trotz ihrer besseren Ueberzeugung so leicht vollzogen hatten. Vor die Wahl gestellt, auf ihrer Opposition zu beharren, gegen etwaige Maßregelungen durch die päpstliche Kurie den Schutz der heimischen Regierungen anzurufen und es auf einen Bruch mit dem Vatikan, auf eine Spaltung in der katholischen Kirche ankommen zu lassen, oder ihre Opposition aufzugeben, dieselbe vielmehr gegen die das neue Dogma nicht anerkennenden Regierungen zu richten, die äußere Einheit der Kirche auch auf Kosten des Gewissens, der Ueberzeugung,

des Manneswortes wahren zu helfen, entschieden sie sich alle ohne Ausnahme für das letztere und verzichteten damit auf die Achtung der Mitwelt und Nachwelt. Und die Spaltung blieb doch nicht aus. Wenn auch die Bischöfe sich gefügig zeigten, so hatten doch andere keine Lust, einem Beschlusse der päpstlichen Kostgänger zu Lieb die deutsche Wissenschaft über Bord zu werfen, das eigene Denkvermögen unter Siegel zu stellen und die Wahrheit für ein Jesuitengericht preiszugeben. Der Sitz dieser Opposition, welche zunächst meist aus Universitätslehrern bestand, war zuerst in München und ihr Haupt der Stiftsprobst Professor von Döllinger, dessen Antwort an den Erzbischof von München am 28. März 1871 ungemeines Aufsehen erregt hat. Mit schlagender Beredsamkeit und Gelehrsamkeit vertheidigte er darin seinen Ausspruch, daß er als Christ, als Theologe, als Geschichtskundiger, als Bürger diese Lehre nicht annehmen könne. Zu einem geflügelten Worte wurde sein Urtheil über die zum Kreuz kriechenden Bischöfe: „Kein einziger glaubt daran!“ Aus dieser Opposition der wahrheitsliebenden Theologen gieng der Altkatholicismus hervor, welcher bald in Baiern, in Baden und am Rhein festen Fuß faßte, von Jahr zu Jahr mehr Bekenner und Gemeinden zählte, durch Synodalbeschlüsse sich eine feste Organisation gab und in der Person des Professors Reinkens von Breslau einen besonderen Bischof erwählte, welcher in mehreren deutschen Staaten, vor allen in Preußen die staatliche Anerkennung und bischöfliche Dotation erhielt und in Bonn seinen Sitz nahm.

Den in den Tuilerien und im Vatikan willkommenen Anstoß, die jesuitisch-bonapartistischen Plane in Scene zu setzen, gab die Regierung in Spanien. Man hatte dort eine monarchische Verfassung ohne Monarchen, und die zahlreichen Republikaner gaben sich alle Mühe, durch ihre Reden in den Kortes und durch Aufstände in den Provinzen die Monarchie zu einer Unmöglichkeit zu machen. Sie wurden durch die Verhältnisse unterstützt; denn niemand schien die Krone eines Landes, das durch Parteiwesen politisch gelähmt und finanziell zerrüttet war, begehrenswerth zu finden. Der Ministerpräsident und Kriegsminister, Graf Prim, bot alles auf, um eine geeignete Persönlichkeit zu finden, aber lange vergebens. Der frühere Regent von Spanien, Espartero, der koburgische Prinz Don Fernando, Vater des Königs von Portugal, König Ludwig von Portugal selbst, Prinz Thomas von Genua, Neffe des Königs von Italien:

sie alle gaben eine abschlägige Antwort. Der Herzog von Montpensier, welcher eine Schwester der Exkönigin Isabella zur Gemahlin hatte, war zur Annahme bereit; aber eben wegen dieser Verwandtschaft hatte er auch unter den Monarchisten viele Gegner, welche, wenn zu den Bourbonen zurückgegriffen werden sollte, lieber den Prinzen Alfons, den Sohn der Isabella, zum König wollten, als deren Schwager. Isabella traf mit Rücksicht hierauf ihre Maßregeln. Auf den Rath ihrer Freundin, der Kaiserin Eugenie, unterschrieb sie am 25. Juni 1870 ihre Abdankung und trat alle ihre politischen Rechte an ihren Sohn Alfons ab. Vorerst handelte es sich aber noch um einen anderen Prinzen. Unter denen, welche schon 1869 eine abschlägige Antwort ertheilt hatten, war auch der Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, welcher als Katholik, als Gemahl einer portugiesischen Prinzessin, als Verwandter des Napoleonischen Hauses, als Stammesgenosse des preußischen Königshauses, der Regierung empfehlenswerth erschien. Dieselbe kam im Jahre 1870 wieder auf diese Kandidatur zurück und schickte im Juni eine Deputation nach Sigmaringen. Diesmal nahm der Prinz an. Die Deputation kehrte nach Madrid zurück, es wurde dort Ministerrath gehalten und am 2. Juni beschlossen, dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die Krone von Spanien officiell anzubieten und diese Kandidatur öffentlich zu proklamiren. Die Nachricht hievon wurde am 3. Juli durch den Telegraphen nach allen Hauptstädten Europa's gebracht. Man stand vor einer neuen Wendung der Dinge.

Fünfter Zeitraum.

1870—1875.

Der Kampf Deutschlands mit Frankreich und mit dem Vatikan. Die Errichtung des Deutschen Reiches und des Deutschen Kaiserthrones.

§. 24.

Der deutsch-französische Krieg.

Daß Kaiser Alexander von Rußland auf der Reise nach dem Bad Ems am 13. Mai nach Berlin kam und dort bei seinem Oheim, dem König von Preußen, ein paar Tage verweilte, hatte nichts auffallendes; man kannte ja längst die intimen Beziehungen der beiden Monarchen zu einander. Daß König Wilhelm am 2. Juni nach Ems reiste und seinem Neffen den Besuch erwiderte, erregte gleichfalls keine Verwunderung; die Höflichkeit mochte es ja wohl so verlangen. Daß aber der König von dem Bundeskanzler Grafen Bismarck begleitet und daß auch der russische Gesandte in Berlin, Herr von Oubril, anwesend war, das gab denn doch dem Besuche ein politisches Gepräge und blieb an den Höfen von Paris und Wien nicht unbemerkt. Graf Bismarck, welcher Verhältnisse und Personen so scharf durchschaute, wußte ja recht wohl, wessen sich Preußen, seit der Ernennung des Herzogs von Gramont zum Minister des Auswärtigen, von Frankreich zu versehen habe, und konnte sich so ziemlich denken, was dieser plump dreinfahrende Diplomat mit irgend einem neuen Zwischenfall, wie mit der eben damals neu auftauchenden hohenzollern'schen Kandidatur anfangen werde. Als ein ebenso kühner wie vorsichtiger und weitsehender Staatsmann sorgte Bismarck in den Konferenzen zu Ems für den Fall des Krieges für Preußens

Rückendeckung durch Rußland und bot diesem für den Fall des Sieges als Gegenleistung die Revision des Pariser Friedensvertrags von 1856 an. Darauf kehrten der König und sein Kanzler nach Berlin zurück. Bismarck begab sich am 8. Juni zu längerem Aufenthalt nach seinem Gute Varzin, der König traf am 20. Juni, nachdem Kaiser Alexander abgereist war, zur Badekur in Ems ein, ohne von einem seiner Minister begleitet zu sein.

Durch das Madrider Telegramm vom 3. Juli erfuhr man in Paris die Neuigkeit, daß Prinz Leopold von Hohenzollern zum König von Spanien bestimmt sei, und das Organ des Herzogs von Gramont, der „Constitutionel", brachte in seiner Numer vom 4. Juli einen von jenem selbst redigirten, jedenfalls inspirirten Artikel, worin den Spaniern die Freiheit, ihre Geschicke nach eigenem Ermessen zu regeln, zwar zugestanden, dabei aber das Erstaunen nicht unterdrückt war, daß es so weit kommen sollte, daß Frankreich den Scepter Karls V. einem preußischen Prinzen anvertraut sehen müßte. Für die französische Regierung war diese Kandidatur keine Neuigkeit. Wie die andern größeren Kabinette, so wußte auch das französische schon seit wenigstens drei Wochen von den Unterhandlungen der spanischen Regierung mit dem Prinzen Leopold. Aber dasselbe stellte sich absichtlich unwissend, um sich vor dem Lande als das überrumpelte und überlistete unschuldige Lamm hinzustellen und seiner sittlichen Entrüstung über dieses rücksichtslose Intriguenspiel auf die derbste, herausforderndste Weise Luft zu machen. Denn das ist doch klar, daß die französische Regierung es ganz in der Hand hatte, diese hohenzollern-spanische Frage in friedlicher oder in kriegerischer Weise zu lösen. Wollte sie jenes, so durfte Gramont nur den diplomatischen Weg einschlagen, mit Preußen unterhandeln, die Mitwirkung der anderen Hauptmächte sich erbitten, und der Erfolg war ihm sicher. Denn es war nicht denkbar, daß Bismarck, welcher drei Jahre vorher um der in ganz Deutschland so populären Luxemburger Frage willen keinen Krieg angefangen hatte, jetzt in einem Falle, welcher die Interessen Deutschlands nicht sonderlich berührte, einen Prinzen angieng, der kein preußischer, sondern ein hohenzollern'scher war, somit schwer zu einer nationalen Angelegenheit sich verwerthen ließ, den Besorgnissen und Wünschen Frankreichs nicht Rechnung tragen und gerade diese Frage bis zum Kriegsfall treiben würde. Aber diesen friedlichen Weg wollte Gramont, der, ohne einen Funken Bismarck'schen

Geistes zu besitzen, für Frankreich ein Bismarck zu sein glaubte, nicht betreten, dachte vielmehr an den Rath seines Freundes Beust, zum Kriegsvorwand eine rein dynastische, nur nicht eine nationale Frage zu wählen, brachte die ganze Sache sofort auf die Tribüne des Gesetzgebenden Körpers und warf hier mit Kriegsdrohungen in einer Weise um sich, daß der Krieg nicht mehr zu umgehen war. Taktlosigkeiten und Unverschämtheiten gegen Preußen und dessen König folgten eine um die andere. Das Verfahren Frankreichs gegen Preußen im Jahre 1870 glich im ganzen und großen sehr der Situation von 1805 und 1806, nur mit dem Unterschied, daß, während König Wilhelm's Vater erst zum Schwerte griff, nachdem er eine Reihe von Rücksichtslosigkeiten über sich hatte ergehen lassen, der Sohn gleich bei dem ersten Ausbruch von französischem Größenwahnsinn den Fehdehandschuh aufhob. Aber zugedacht war ihm das gleiche Schicksal. „Demüthigung oder Krieg!" lautete die Parole in den Tuilerien. Und hätte Preußen die erste Demüthigung hingenommen, so wäre in wenigen Wochen die zweite erfolgt und damit so lange fortgefahren worden, bis endlich der Sohn, geradeso wie der Vater, unter vielleicht weit ungünstigeren Verhältnissen, den Krieg doch hätte beginnen müssen. Denn das Ziel der Gramont'schen Politik waren Eroberungen, war die Wegnahme Belgiens und Luxemburgs oder des linksrheinischen deutschen Gebietes oder beider zusammen; denn mit der Wegnahme des einen war auch die des anderen gegeben, und die viel besprochene Ausdehnung der französischen Herrschaft bis zum Rhein, von Basel bis zu dessen Mündung, war dann eine Thatsache. Hatte Preußen alle französischen Allianzverträge abgelehnt, so sollte nun der Versuch gemacht werden, ob nicht die Vergrößerung Frankreichs im Krieg mit Preußen, anstatt im Bunde mit Preußen, zu erreichen sei.

Obgleich die spanischen Minister und Abgesandten aufs bestimmteste versicherten, daß sie in der ganzen Sache nie mit der preußischen Regierung, sondern immer nur mit dem Prinzen Leopold von Hohenzollern unterhandelt hätten; obgleich jedermann wußte, daß dieser Prinz eine durchaus unabhängige Stellung einnahm und in einer Frage, wie die der Annahme der spanischen Krone, der König von Preußen ihm weder etwas zu befehlen noch etwas zu verbieten hätte; obgleich überhaupt die Besetzung des spanischen Thrones durch einen deutschen Prinzen für Preußen keinen greifbaren Nutzen dar-

bot, höchstens den negativen Vortheil gewährte, daß dann ein spanisch-französisches Bündniß, wie es im Jahre 1868 zwischen Isabella und Napoleon geplant war, in das Reich der Unmöglichkeiten gehörte: so schob doch die französische Regierung von Anfang an die Person des Königs von Preußen in den Vordergrund, machte diesen für den ganzen Streit verantwortlich, behandelte die Sache als eine lediglich preußische und zwar dynastische Intrigue und schnitt dadurch dem König die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs ab.

Die Ereignisse folgten sich mit unerhörter Geschwindigkeit und Präcision. Am 4. Juli ließ Gramont durch den französischen Geschäftsträger zu Berlin den Staatssekretär Thile über die Thronkandidatur interpelliren und erhielt zur Antwort, diese Angelegenheit gehe Preußen gar nichts an. Am gleichen Tage trug Gramont dem preußischen Botschafter zu Paris, Freiherr v. Werther, welcher im Begriff war, nach Ems zu reisen, auf, dem König zu sagen, daß die französische Regierung erwarte, er werde den Prinzen Leopold veranlassen, die ihm angebotene Krone Spaniens zurückzuweisen, und daß Frankreich daraus eine Kriegsfrage mache. Ohne eine Antwort aus Ems abzuwarten, beantwortete Gramont am 6. Juli im Gesetzgebenden Körper die am vorangegangenen Tage gestellte Interpellation dahin, daß er sagte: „Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, dadurch zu ihrem Vortheil das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europa's störe und die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte. Wir hoffen, daß diese Eventualität sich nicht verwirklichen wird; wir rechnen dabei auf die Weisheit des deutschen und auf die Freundschaft des spanischen Volkes. Wenn es anders kommen sollte, so würden wir, stark durch Ihre Unterstützung und durch die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen haben.“ Zu gleicher Zeit wurden zu Land und zur See Kriegsvorbereitungen getroffen, und die französische Presse nahm einen Ton gegen Preußen an, wie wenn dieses bereits ein zweites Jena hinter sich hätte.

Der französische Botschafter am Berliner Hofe, Graf Benedetti, verweilte damals in dem württembergischen Schwarzwaldbad Wildbad. Er erhielt am 7. Juli von Gramont die telegraphische Weisung, unverzüglich nach Ems abzureisen. Derselbe hatte am 9. Juli

seine erste Audienz bei dem Könige und verlangte im Namen seiner Regierung, der König solle dem Prinzen Leopold den Befehl ertheilen, seine Annahme der spanischen Krone zurückzunehmen. Der König erwiderte ihm, daß er weder dem Prinzen die Annahme der Krone befohlen habe noch ihm die Zurücknahme seiner Zusage befehlen könne. Diese Antwort wurde von der französischen Regierung als eine bloße Ausflucht angesehen und nach wie vor die ausschließliche Verantwortlichkeit des Königs betont. Da wurde am 12. Juli ein vom Schlosse zu Sigmaringen ausgehendes Telegramm veröffentlicht, welches den Rücktritt des Prinzen Leopold von der spanischen Thronkandidatur verkündigte. Damit schien der Konflikt beigelegt und einem solchen jede solide Grundlage entzogen zu sein. Hatte ja Gramont dem englischen Botschafter in einer Unterredung vom 8. und vom 10. Juli selbst gesagt, daß die Sache durch den freiwilligen Rücktritt des Prinzen ihre einfachste und glücklichste Lösung fände, und hatte ja auf das Sigmaringer Telegramm hin der Justizminister Ollivier in den Kreisen der Abgeordneten sofort die Erklärung abgegeben, daß damit der Zwischenfall erledigt sei. Aber wie stand es dann mit dem Krieg, durch welchen man das verlorene Prestige wieder erringen wollte? Gramont gieng also einen Schritt weiter, obgleich er sich hätte sagen können, daß Frankreich, wenn es mit dem Rücktritt des Prinzen sich nicht begnüge und noch weitere Forderungen stelle, ebendamit auch die ganze Verantwortung für die Kriegsfrage auf sich nehme und das Urtheil über sich müsse ergehen lassen, daß es ihm nicht um den Frieden, sondern um den Krieg zu thun sei. Blieb auch dann noch die Frage eine rein dynastische? Oder wurde sie nicht eine nationale, welche halb Europa in Flammen setzte?

Gleichgiltig gegen solche Bedenken fuhr Gramont in seiner diktatorischen Weise fort. Dem soeben von Ems zurückgekehrten preußischen Botschafter sagte er am 12. Juli, „die Entsagung des Prinzen sei Nebensache; Frankreich hätte dessen Thronbesteigung doch niemals zugegeben; die Hauptsache sei nun, daß die durch diese Thronkandidatur entstandene Verstimmung beseitigt und die Aufregung unter dem französischen Volke beschwichtigt werde; zu diesem Zwecke solle der König von Preußen an den Kaiser einen zur Veröffentlichung bestimmten Brief schreiben, des Inhalts, daß der König, indem er den Prinzen zur Annahme der spanischen Krone

ermächtigt habe, nicht habe glauben können, den Interessen und der Würde der französischen Nation zu nahe zu treten und daß er der Entsagung des Prinzen sich anschließe mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß jeder Grund des Zwiespalts zwischen den beiden Regierungen nunmehr geschwunden sei." Freiherr v. Werther hatte wenigstens noch so viel Takt, um eine so schmachvolle Zumuthung nicht, wie Gramont wünschte, dem König direkt telegraphisch zuzustellen, aber nicht so viel, um sie überhaupt abzulehnen und Gramont die Form, unter welcher er sie anbringen wollte, selbst zu überlassen. Er schickte einen amtlichen Bericht hierüber dem Grafen Bismarck zu, und dieser ertheilte gar keine amtliche Antwort darauf, legte dem König den Bericht nicht vor und gab dem Botschafter sofort Urlaub. Nach der Unterredung mit dem preußischen Botschafter gab Gramont dem Grafen Benedetti telegraphisch den Auftrag, vom König zu verlangen, daß derselbe die Verzichtleistung des Prinzen Leopold ausdrücklich billige und die Versicherung ertheile, daß er niemals zu einer später wieder auftauchenden Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern seine Einwilligung geben werde. Dieses Auftrages entledigte sich Benedetti auf eine sehr taktlose Weise am Morgen des 13. Juli auf der Brunnenpromenade zu Ems. Der König erwiderte ihm, daß er die Bestätigung der Verzichtleistung nur als Privatmann, nicht als König von Preußen geben könne, daß er aber im Interesse Preußens jede Verbindlichkeit für die Zukunft in dieser und jeder anderen Sache entschieden zurückweise. Als Benedetti wenige Stunden darauf eine neue Audienz begehrte, um den nämlichen Gegenstand noch einmal zur Sprache zu bringen, ließ ihm der König sagen, daß er auf eine Erörterung dieses Gegenstandes nicht mehr zurückkomme; er habe hierüber sein letztes Wort bereits gesprochen; sollte der Botschafter sich nicht beruhigen können, so müsse er sich an das preußische Ministerium des Auswärtigen wenden. Diese Vorgänge in Ems wurden von der preußischen Regierung am Abend des 13. Juli in einem durchaus sachlich gehaltenen Telegramm den preußischen Gesandten an den auswärtigen Höfen mitgetheilt und durch ein Extrablatt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", des Organs des Grafen Bismarck, zur Kenntniß des deutschen Volkes gebracht.

Dieses feste, männliche Auftreten des Königs paßte sehr schlecht zu dem Plane der französischen Kriegspartei. Die von Benedetti einlaufenden Nachrichten erregten in Paris große Aufregung und

Verwirrung. Die einen hielten den Konflikt für erledigt, die anderen, welche schon zu weit vorgegangen waren, wollten nicht mehr zurückgehen und lieber die Dynastie und das Land in einen sehr gewagten Krieg stürzen als sich nachsagen lassen, daß sie aufs neue Forderungen an Preußen gestellt und aufs neue eine abschlägige Antwort erhalten, daß also schließlich nicht der König von Preußen, sondern sie selbst eine Demüthigung erlitten hätten. Napoleon schwankte. Wegen eines solchen Anlasses mit der geschlossenen Macht des Norddeutschen Bundes, vielleicht sogar mit ganz Deutschland Krieg anzufangen, schien ihm sehr bedenklich. Er konnte lange zu keinem Entschluß kommen, hörte diesen und jenen seine Ansichten äußern und brütete in gewohnter Weise vor sich hin. Auf kurze Zeit war der Friede so gut als schon beschlossen. Aber in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli, in welcher in St. Cloud die entscheidende Sitzung des Ministerrathes gehalten wurde, drangen die kriegslustigen Minister Gramont und Leboeuf und die von den Jesuiten aufgehetzte und instruirte Kaiserin Eugenie heftig in den Kaiser, diese fortwährenden Abweisungen und Demüthigungen nicht länger von Preußen hinzunehmen, zur Rettung seines auf der Achtung des französischen Volkes basirenden Thrones den Krieg zu erklären und im Bund mit den großen katholischen Völkern über das ketzerische Deutschland herzufallen. Der Kaiser gab, offenbar mit schwerem Herzen, endlich nach, und die Kaiserin rief triumphirend aus: „Das ist mein Krieg! Mit Gottes Hilfe werden wir das protestantische Preußen niederwerfen.“ In der Sitzung des Senats und des Gesetzgebenden Körpers vom 15. Juli verlasen die Minister Gramont und Ollivier, welcher letztere, obgleich kein Feind Deutschlands und dem Kriege abgeneigt, von seinen Kollegen mitfortgerissen wurde, eine officielle Denkschrift, in welcher der Sachverhalt und die Vorgänge in Ems vollständig entstellt waren, von einer Beschimpfung des Grafen Benedetti, dem man die Thüre gewiesen hätte, und von einem die Würde Frankreichs verletzenden Telegramm an die auswärtigen Mächte die Rede war und auf die in der Nacht auf den 14. Juli bereits begonnenen preußischen Rüstungen hingewiesen wurde. Die Regierung habe daher die Reserven einberufen und werde die weiteren Maßregeln treffen. Zugleich wurde eine Kreditforderung für die Armee und die Marine und ein Gesetz über die Berufung der Mobilgarde zum aktiven

Dienst und über die Anwerbung Freiwilliger vorgelegt. Der Senat genehmigte einstimmig die Regierungsvorlagen, der Gesetzgebende Körper bewilligte den Kredit für die Armee mit 245 gegen 10 Stimmen, die weiteren Vorlagen mit allen gegen eine Stimme. Vergebens machten einige Oppositionsmitglieder, welche das ministerielle Lügengewebe durchschauten, darauf aufmerksam, daß der König alles, was in dieser Sache von ihm zu erwarten gewesen sei, gethan habe und daß nirgends eine thatsächliche Beschimpfung zu finden sei; vergebens verlangten sie, daß die eine Beschimpfung Frankreichs enthaltenden Depeschen als Beweisstücke vorgelegt werden sollten; vergebens erklärte Thiers, welcher Jahre lang die Eitelkeit des französischen Volkes aufgestachelt und zum Krieg gehetzt hatte, der Kriegsfall sei ungeschickt gewählt und die Kriegsrüstungen nicht vollendet: die Minister und die bonapartistische Mehrheit überschrieen diese vereinzelten Warnungsstimmen. Am Abend dieses Tages konnte man in den Straßen von Paris einen Haufen zerlumpter Menschen rufen hören: „Nach Berlin, nach Berlin!“ und die officiöse Presse sprach von der Niederlage Preußens und von der Wegnahme des linken Rheinufers als von einer selbstverständlichen Sache. Die officielle Kriegserklärung wurde der preußischen Regierung von dem französischen Geschäftsträger am 19. Juli übergeben.

Frankreich hatte gesprochen, und seine Worte waren voll von Uebermuth und Lüge, von Herrschsucht und Eroberungssucht. Nach der Abstimmung vom 15. Juli konnte niemand sagen, daß nur der Kaiser den Krieg gewollt habe. Wenn der Senat einstimmig und der Gesetzgebende Körper mit 245 gegen 10 Stimmen für die Kriegsvorlagen sich aussprach, so war die gesamte Volksvertretung, das heißt das ganze Land, für den Krieg verantwortlich. In Deutschland nahm man den hingeworfenen Handschuh mit Entschlossenheit, ja mit Begeisterung auf. Von einem dynastischen Kriege war keine Rede mehr. Nachdem Gramont sich nicht einmal mit der Verzichtleistung des Prinzen Leopold begnügt hatte, die doch offenbar nur auf eine Anfrage beim König von Preußen erfolgt war; nachdem Gramont dem König sogar die Absendung eines vor aller Welt zu publicirenden Entschuldigungsschreibens und die förmliche Zusage, das ganze Haus Hohenzollern auf ewig von den spanischen Händeln fernzuhalten, zugemuthet hatte, sah jedermann in

Deutschland, daß die hohenzollern'sche Kandidatur Nebensache, der Krieg um jeden Preis Hauptsache war, daß der Zweck desselben Einmischung in die deutschen Angelegenheiten, Störung des Einheitsprocesses, Wegnahme deutschen Gebietes war. Daher empfand ganz Deutschland die dem König zugedachten Demüthigungen als dem Gesamtvaterland zugefügte, sah den Krieg als einen durchaus nationalen an und hegte die Hoffnung, daß das Werk von 1866 nun vollendet und zugleich für hundertjährige Schmach gründlich abgerechnet werde. Das Ziel von 1866, die Gründung der deutschen Einheit, war an dem Einspruch Frankreichs gescheitert; diesen Einspruch wollte Frankreich durch den neuen Krieg zu einem permanenten und allmächtigen machen; das deutsche Volk aber war entschlossen, diesen Krieg zur Vollendung seiner Einheit zu benützen. Wie im Jahre 1866 die schleswig-holsteinische Frage den Anlaß zum Kriege Preußens mit Oestreich und dessen Verbündeten gab, sich aber sofort zur deutschen Frage erweiterte, so war 1870 die Einheitsfrage der Anlaß zum Kriege zwischen Frankreich und Deutschland, und diese erweiterte sich mit den ersten Siegeshoffnungen und vollends mit den ersten Siegen unwiderruflich zu einer elsaß-lothringischen Frage. Ein Krieg, bei welchem es sich um so hohe Güter handelte, die theils bewahrt, theils erst errungen werden sollten, war um so populärer in Deutschland, als man sich hier eben damals wohl bewußt war, an welch' bedenklicher Haltstation der deutsche Einigungsproceß angekommen war. Die auf das Zollparlament gesetzten Hoffnungen hatten sich, Dank der süddeutschen Fraktion und den hinter dieser stehenden Regierungen, nicht erfüllt; aus diesem Zollparlament schien, wenn nicht äußere Verhältnisse eine andere Strömung schufen, niemals ein Vollparlament zu werden; die politische Lage Baierns und Württembergs war eine solche, daß ein Anschluß dieser Staaten an den Norddeutschen Bund in unberechenbare Ferne gerückt wurde und auch die muthigsten Herzen daran verzweifelten, diesen Anschluß noch zu erleben; man mußte sich hier im Gegentheil auf Rückschritte gefaßt machen; denn die bairisch-württembergischen Klerikalen und Demokraten waren nahe daran, ihren Regierungen über den Kopf zu wachsen, um dann die mit Preußen geschlossenen Verträge aufzuheben und ein wunderliches Gemisch von kirchenstaatlichen, republikanischen und rheinbündischen Staatseinrichtungen auf die Weltbühne zu bringen und diesen Südbund nicht als Hilfsbund, sondern

als Trutzbund für Norddeutschland hinzustellen und auf der einen Seite an Oestreich, auf der anderen an Frankreich sich anzulehnen.

So standen die Sachen in Deutschland, als Gramont den Kriegsfall machte und durch die Art, wie er diesen machte, dafür sorgte, daß die der deutschen Einigung entgegenstehenden Hindernisse wie über Nacht weggeräumt waren und das ganze große Deutschland von der Königsau bis zu den Alpen sich erhob und die Wacht am Rhein sang. Und beim Singen blieb es nicht. Die entscheidenden Schritte folgten Schlag auf Schlag. Schon am 12. Juli trafen Bismarck und Moltke in Berlin ein und konferirten mit den Ministern. Dem englischen Botschafter gegenüber erklärte Bismarck am 13., daß der König bereits weit eher zu viel als zu wenig Mäßigung bewiesen habe, und daß es nun an Preußen sei, von Frankreich eine Zurücknahme seiner drohenden Sprache und eine Erklärung über seine Kriegsrüstungen zu fordern. Am 15. Juli verließ der König Ems und kehrte nach Berlin zurück. Seine Reise war ein Triumphzug; überall, wo der Zug anhielt, nahm der König patriotische Ansprachen entgegen und erwiderte sie. Der Kronprinz, Bismarck, Moltke und Roon waren ihm bis Brandenburg entgegengefahren. In Berlin erwartete eine unermeßliche Volksmenge die Ankunft des Königs. Sie erfolgte kurz vor 9 Uhr Abends, und erst jetzt, auf dem Bahnhof in Berlin, erfuhr der König, daß in Paris die Entscheidung auf der Tribüne der beiden Kammern bereits gefallen war. Noch am Abend des 15. Juli beschloß der König die Mobilmachung der Armee, am 16. wurden Vorsichtsmaßregeln an der Nordseeküste angeordnet und der Norddeutsche Bundesrath zu einer außerordentlichen Sitzung berufen. Entschlossene Aufnahme der übermüthigen Herausforderung wurde von den Vertretern der Bundesstaaten einstimmig beschlossen. Am 19. Juli wurde von König Wilhelm der Norddeutsche Reichstag eröffnet. Hochpatriotisch, kühn und vertrauensvoll klangen die Worte der Thronrede: „Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend getragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger, desto inniger verbindet; heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Oeffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen

und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat. Je mehr die verbündeten Regierungen sich bewußt sind, alles, was Ehre und Würde gestatten, gethan zu haben, um Europa die Segnungen des Friedens zu bewahren, und je unzweideutiger es vor Aller Augen liegt, daß man uns das Schwert in die Hand gezwungen hat, mit um so größerer Zuversicht wenden wir uns, gestützt auf den einmüthigen Willen der deutschen Regierungen des Südens wie des Nordens, an die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes mit dem Aufrufe zur Vertheidigung seiner Ehre und seiner Unabhängigkeit." Der Reichstag bewilligte am 21. Juli einstimmig die von der Regierung geforderten 120 Millionen Thaler. Am 29. Juli veröffentlichte Bismarck die verschiedenen, oben schon angeführten französischen Vertragsanerbietungen von 1866 und 1867 und enthüllte damit vor Deutschland und vor den auswärtigen Mächten die Eroberungsplane der Napoleonischen Regierung.

Die süddeutschen Regierungen hatten diese Mittheilungen schon früher erhalten und daraus abnehmen können, daß sie durch ihre etwaige Neutralität einer so treulosen Macht wie Frankreich gegenüber durchaus keine Garantie für ihre Unversehrtheit hätten, vielmehr nur beim Friedensschluß das Objekt zur Ausgleichung sein würden. Um so fester stand ihr Entschluß, die Allianzverträge treu und ehrlich zu halten. König Ludwig von Baiern gab schon am 16. Juli den Befehl zur Mobilisirung der Armee und die Abgeordnetenkammer horchte nicht auf die Stimme der größtentheils aus Ultramontanen zusammengesetzten Kommission und deren Wortführer Dr. Jörg, welcher den Antrag auf bewaffnete Neutralität stellte, sondern auf das Gebot der Ehre und der Treue und verwilligte am 19. Juli mit 101 gegen 47 Stimmen die Summe von 18,260,000 fl. zum Zweck der Ausrüstung und Unterhaltung der Armee. Die Reichsrathskammer stimmte diesem Beschlusse mit Einstimmigkeit bei. In Württemberg wagten, nachdem Baiern vorangegangen war, die Demokraten und Großdeutschen keine Opposition mehr. Sie sahen, wie fast das ganze Land über ihren Preußenhaß zur Tagesordnung übergieng und den in einer Volksversammlung zu Stuttgart am 16. Juli angenommenen Resolutionen zustimmte, wonach die Regierung zur Theilnahme an dem nationalen Kriege aufgefordert wurde. Der am 17. Juli aus der Schweiz zurückkehrende König Karl erließ sofort den Mobilisirungsbefehl, und die auf den 21. Juli einberufenen

Kammern bewilligten am 22., die zweite Kammer mit 85 gegen 1 Stimme, die erste Kammer einstimmig, den verlangten Kredit. Zugleich ernannte der König den preußischen Generallieutenant v. Prittwitz, welcher in den vierziger Jahren den Bau der Festung Ulm geleitet hatte, zum Gouverneur dieser Festung und den preußischen Generallieutenant v. Obernitz, früher Militärbevollmächtigter in Stuttgart, zum Kommandanten der württembergischen Truppen. In Hessen mußte Minister v. Dalwigk, so schwer es ihm auch ankommen mochte, einen Kriegskredit von der Kammer fordern. Derselbe wurde einstimmig bewilligt. Der Großherzog von Baden, in der nationalen Frage sich eins mit seinem Volke wissend, ordnete am 16. Juli die Mobilisirung des Heeres an und ließ dem französischen Gesandten am 22. seine Pässe zustellen. Der Verkehr zwischen Kehl und Straßburg wurde am 16. durch Abtragung der Schiffbrücke und durch Wegnahme der Schienen von der Eisenbahnbrücke eingestellt und am 22. durch Sprengung eines Pfeilers der Eisenbahnbrücke jede Möglichkeit eines Eisenbahnüberfalles beseitigt. Dies geschah, nachdem den Tag vorher dem badischen Gesandten in Paris, auf die grundlose Nachricht, daß unter die badischen Truppen explosive Flintenkugeln ausgetheilt worden seien, durch einen Beamten des französischen Ministeriums erklärt worden war, daß Frankreich in diesem Falle Repressalien ergreifen, Baden als außerhalb des Völkerrechtes stehend betrachten, das Land wie zu Melac's Zeiten verwüsten und selbst die Frauen nicht verschonen würde.

So war denn vom 22. Juli an das ganze Deutschland, der Süden wie der Norden, zum großen Entscheidungskampf entschlossen, und eine nationale Begeisterung, ein wetteiferndes Zusammenwirken, eine hingebende Opferfreudigkeit zeigte sich unter allen Volksstämmen und unter allen Ständen der Bevölkerung, wie sie in Deutschland noch nie gesehen worden ist. „Jetzt oder nie!" war die Losung des ganzen Volkes; die Zurückwerfung des mit übermüthiger Brutalität herausfordernden Feindes war das nächste Ziel; war dies erreicht, so war die politische Einigung des noch zersplitterten Deutschlands die sichere Folge, und im Centrum Europa's stand dann ein wegen seiner geistigen Bildung geachtetes und wegen seiner festgeschlossenen, gebietenden Wehrkraft gefürchtetes Volk. Diese hohen Ziele jetzt mit einem einzigen Schlage erreichen zu können, dieser Gedanke war es, welcher der deutschen Bewegung von 1870 jenen bewundernswerthen

Schwung verlieh, die Krieger mit unglaublicher Tapferkeit und Ausdauer ausrüstete, ihnen das Siegen als ein absolutes Gebot der Pflicht und der Nothwendigkeit hinstellte. Von allen Seiten, selbst aus fernen Ländern, eilten die Freiwilligen zur Armee, die günstigsten Stellungen wurden von den jungen Männern der Industrie und des Handels, die Hörsäle der Universitäten von den Docenten und Studenten verlassen, Alles nur zu dem einen Zweck, das Vaterland zu erretten. „Deutschland über alles!“ war das stolze Wort, mit dem der Wehrpflichtige zu der Flinte griff und der in der Heimat Zurückbleibende die Wunden des Krieges zu heilen suchte. Zu keiner Zeit und unter keinem Volke wurde jemals in so patriotischer und so großartiger Weise für die Verwundeten, für die Hinterbliebenen, für die Familien der Reservisten und Landwehrmänner aus Staats-, Gemeinde- und Privatmitteln Sorge getragen, wie in diesem Kriege von Seite des deutschen Volkes von Anfang bis zum Ende ohne Unterlaß, ohne Nachlaß geschehen ist. Auch für hervorragende Kriegsthaten wurden von Privaten bedeutende Summen ausgesetzt. Der König von Preußen erneuerte am 19. Juli den von seinem Vater gestifteten Orden des eisernen Kreuzes für das ganze deutsche Heer.

Die Trefflichkeit der preußischen Militäreinrichtungen, die Genauigkeit des ins Einzelnste gehenden Moltke'schen Kriegsplanes und die mit diesem zusammenwirkende energische Roon'sche Kriegsverwaltung machten es möglich, daß gleich im Beginn bedeutende Massen im Felde auftreten konnten, daß die am 16. Juli angeordnete Mobilisirung am Abend des 26., also nach elf Tagen, vollendet war und daß 8 Tage darauf die deutschen Heere ihre Aufstellung am linken Rheinufer bereits vollzogen hatten. Die Stärke der deutschen Heere war folgende: Der Norddeutsche Bund (Hessen mit eingeschlossen) hatte eine Feldarmee von 385,600 Mann Infanterie und 48,000 Mann Kavallerie mit 1284 Geschützen, Baiern 50,000 Mann Infanterie und 5500 Mann Kavallerie mit 192 Geschützen, Württemberg 15,000 Mann Infanterie und 1500 Mann Kavallerie mit 54 Geschützen, Baden 11,700 Mann Infanterie und 1800 Mann Kavallerie mit 54 Geschützen. Dies gibt für die Feldarmee eine Gesamtsumme von 462,300 Mann Infanterie und 56,800 Mann Kavallerie mit 1584 Geschützen. Dazu kamen an Besatzungs- und Ersatztruppen für die 4 genannten Staaten zusammen: 297,500

Mann Infanterie, 25,890 Mann Kavallerie und 40,500 Mann Festungsartillerie mit 462 bespannten Geschützen. Somit hatte Deutschland an Feldarmee, Besatzungs- und Ersatztruppen zusammen 882,990 Mann mit 2046 Geschützen. Allein auch diese Zahlen sind noch zu niedrig gegriffen. Sämtliche Staaten leisteten weit mehr, als im Mobilisirungsplan vorgesehen war. Die Effektivstärke sämtlicher Kombattanten betrug im Monat August für den Norddeutschen Bund 982,064 Mann und 209,403 Pferde, für Baiern 128,964 Mann und 24,056 Pferde, für Württemberg 37,180 Mann und 8876 Pferde, für Baden 35,181 Mann und 8038 Pferde. Wir haben also eine Gesamtsumme der deutschen Streitkräfte von 1,183,389 Mann und 250,373 Pferden.

Wie im Jahre 1866 bei dem Einmarsch der preußischen Armee in Böhmen, so war auch jetzt die gesamte deutsche Armee in drei nach gemeinschaftlichem Plane und zu gemeinschaftlichen Zielen vorrückende und operirende Armeen getheilt, und wiederum stand der Kronprinz von Preußen auf dem linken Flügel, Prinz Friedrich Karl im Centrum, General Steinmetz (im Jahr 1866 General v. Herwarth) auf dem rechten Flügel. Der erste hatte den Generallieutenant v. Blumenthal, der zweite den Generalmajor v. Stiehle, der dritte den Generalmajor v. Sperling zu seinem Generalstabschef. Die erste, unter General Steinmetz stehende Armee bestand zunächst aus 2 Armeecorps, dem 7. und 8., und hatte 61,000 Mann nebst 180 Geschützen; die zweite, vom Prinzen Friedrich Karl kommandirte Armee bestand aus 6 Armeecorps und zwar dem 3., 4., 9., 10., 12. und dem Gardecorps und hatte zusammen 206,000 Mann nebst 534 Geschützen; die dritte, unter dem Kronprinzen von Preußen stehende Armee umfaßte 5 Armeecorps und zwar das 5. und 11. preußische, das 1. und 2. bairische und die 2 Divisionen der Württemberger und Badener und hatte zusammen 180,000 Mann und 480 Geschütze. Diese dritte Armee war insofern die interessanteste, als sämtliche süddeutsche Truppen hier mit norddeutschen vereinigt waren. Diese Armee repräsentirte die Einheit des bewaffneten Deutschlands, und wohl mit guter Absicht war als Kommandant für dieselbe der so populäre Kronprinz von Preußen auserlesen worden. Auf seiner Reise zur Armee besuchte er die Höfe von München, Stuttgart und Karlsruhe und wurde überall mit ungeheurer Begeisterung aufgenommen.

Unter der Voraussetzung, daß die Franzosen nicht in Folge einer rascheren Mobilisirung zuerst die Offensive ergreifen und den Rhein überschreiten würden, sollte nach dem Moltke'schen Plan die erste Armee von ihrem Sammelplatz Koblenz aus nach der Saar bei Saarbrücken vorrücken, die zweite von Bingen und Mainz aus gleichfalls die Richtung nach der Saar bei Saarbrücken und Saargemünd einschlagen, die dritte Armee von Mannheim und Rastatt aus nach der Lauter im nordöstlichen Winkel des Elsaß vormarschiren. Der weitere Plan gieng dahin, daß der Kronprinz, dessen Armee schon bei der ersten Aufstellung nahe bei der französischen Grenze stand, den Feldzug beginnen, den rechten Flügel der französischen Aufstellung über die Vogesen zurückwerfen und bis zur Mosel vorrücken sollte; daß gleichzeitig Prinz Friedrich Karl und Steinmetz die vor Metz aufgestellten französischen Streitkräfte nach dieser Festung zurückdrängen, ihnen den Rückzug nach Châlons oder Paris abschneiden, bei Metz eine Entscheidungsschlacht liefern, den geschlagenen Feind entweder in die Festung zurückwerfen oder nach der nördlichen Grenze hinausdrücken und so der dritten Armee und den anderen nun verfügbaren Truppen den Weg nach Paris frei machen sollten. Dies war ein ebenso feiner als kühner Plan, und im ganzen und großen nahmen die Kriegsoperationen den beabsichtigten Verlauf.

Außer diesen 3 Armeen mit 13 Armeecorps befanden sich zur Zeit der ersten Aufstellung noch $3^1/_2$ Armeecorps mit etwa 112,000 Mann als erste Reserve in Deutschland. Von diesen wurden das 1. und 2. Armeecorps, welche an der nördlichen Küste einem durch dänische Truppen verstärkten französischen Landungscorps die Spitze bieten sollten, gleich nach den ersten Siegen nach dem Kriegsschauplatz bei Metz berufen, während das 6. Armeecorps, welches Schlesien gegen das sich rüstende Oestreich deckte, im Monat August bei der Armee des Kronprinzen eintraf, und die 17. Division im September gleichfalls nach Frankreich abmarschirte, um später eine glorreiche Thätigkeit an der Loire zu entfalten. Die in der Nähe des Kriegsschauplatzes gelegenen Provinzen und die Küstengebiete der Nordsee und Ostsee wurden in Kriegszustand erklärt, fünf Generalgouverneure für dieselben eingesetzt und der durch den Mainfeldzug vom Jahre 1866 berühmte General Vogel v. Falckenstein zum Gouverneur von Preußen, Pommern, Schleswig-Holstein und Hannover ernannt. Die 17. Division und die anderen zum Schutz

des Küstengebietes aufgestellten Landwehrdivisionen standen unter dem Commando des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin.

Die Befehlshaber der drei großen Armeen reisten am 26. Juli von Berlin nach den für ihre Truppen bestimmten Sammelplätzen ab. Am 31. Juli verließ der König von Preußen, welcher das Obercommando über sämtliche deutsche Streitkräfte führte, seine Residenz in Berlin. Er war begleitet von dem Grafen Bismarck und den Generalen Moltke und Roon. Am Morgen des 2. August traf er in Mainz ein. Hier wurde das große Hauptquartier eingerichtet und von hier eine Proklamation an das deutsche Heer erlassen. Hier in dem großen Hauptquartier und dort bei den drei großen Armeen war alle Kraft Deutschlands koncentrirt, nach dem Rhein und nach der Saar waren die Blicke des ganzen deutschen Volkes gerichtet; sehnsüchtig, aber vertrauensvoll erwartete es die ersten Nachrichten.

Es gehört zu den Eigenthümlichkeiten der französischen Diplomatie, daß sie, die den Ausbruch des Krieges hätte verzögern können, bis sie zum Schlagen vollständig bereit war, den Krieg schon zu einer Zeit erklärte, in welcher sie mit ihren Rüstungen noch so weit zurück war, daß nicht nur nicht von einem offensiven Vorgehen, sondern nicht einmal von einer genügenden Defensive die Rede sein konnte. Schon die Haltung Süddeutschlands durchkreuzte sehr die Plane Napoleon's. Die Querköpfigkeit der Ultramontanen und Demokraten für unwiderstehlich haltend, glaubte er fest an die Neutralität Baierns und Württembergs und mußte nun am 16. und 17. Juli erfahren, daß dort schon der Mobilisirungsbefehl erlassen worden sei. Um die Vereinigung der süddeutschen Truppen mit den norddeutschen zu verhindern, wollte er einen Theil des Niel'schen Kriegsplanes ausführen und durch Schnelligkeit der Operationen das, was ihm an Truppenzahl gebrach, wieder gut machen. Die Stärke der deutschen Feldarmee berechnete er auf 559,000 Mann, die der eigenen auf 300,000. Diese fast doppelte Ueberlegenheit des Gegners hoffte er durch einen raschen und kräftigen Vorstoß um ein bedeutendes herabzudrücken. Bei Metz sollten 150,000 Mann, bei Straßburg 100,000, im Lager von Châlons 50,000 sich ansammeln. Die beiden ersten Armeen wollte er vereinigen und an der Spitze von 250,000 Mann den Rhein bei Maxau überschreiten, zwischen Nord- und Süddeutschland sich als eisernen Schlagbaum vorlegen,

die süddeutschen Staaten zur Neutralität zwingen oder vielleicht gar einen neuen Rheinbund ihnen aufnöthigen. Gelang dies, so hoffte er der Allianz Oestreichs und Italiens, mit denen bereits günstige Unterhandlungen eröffnet waren, sicher zu sein, und dann war es Zeit, die preußische Armee, welche er auf höchstens 350,000 Mann schätzte, aufzusuchen und mit dem sprichwörtlichen Elan seiner siegesmuthigen Truppen niederzuwerfen. Inzwischen sollten die in Châlons versammelten 50,000 Mann nach Metz vorrücken, um den Rücken der Operationsarmee zu decken und die Nordostgrenze zu überwachen, und das Erscheinen der französischen Flotte in der Nordsee und Ostsee und die durch die Dänen verstärkten französischen Landungstruppen sollten einen Theil der preußischen Streitkräfte in den Küstenländern zurückhalten.

Die Ausführung dieses Planes war nur dann möglich, wenn Napoleon gleichzeitig mit der Kriegserklärung den Rhein mit 250,000 Mann überschreiten konnte. Aber in Metz befanden sich damals nur 100,000 Mann, in Straßburg nur 40,000, in Châlons fehlten zwei Divisionen, Artillerie und Kavallerie waren nicht schlagfertig, kein einziges Armeecorps hatte eine vollständige Feldausrüstung, und als Napoleon Befehl gab, die Ankunft der fehlenden Regimenter zu beschleunigen, wurde ihm unter dem Vorwande, daß man Algerien, Paris und Lyon nicht von Garnisonen entblößen könne, nur läßig Folge geleistet. Aber auch an anderen nothwendigen Dingen fehlte es. Große Vorräthe an Proviant, Munition und Montirungsstücken waren angehäuft, nur unglücklicherweise nicht da, wo man sie brauchte. Die Eisenbahnverwaltungen waren auf so kolossale Transporte von Menschen und Waaren nicht eingerichtet und nicht eingeübt. So entstand eine ungeheure Verwirrung; die Bahnhöfe waren überfüllt von Kriegsbedürfnissen und die Festungen litten Mangel daran.

Unter solchen Umständen war von Durchführung des Napoleonischen Kriegsplanes, von Ergreifung der Offensive, keine Rede. Damit fielen auch die anderen Hoffnungen zusammen: Süddeutschland vollzog seine militärische Einheit mit dem Norden, Landungstruppen mochten, wo es an Landtruppen fehlte, schwer aufzubringen sein, und der Abschluß von Allianzen mit Dänemark, Oestreich und Italien hieng wohl von der Unterschrift der ersten Siegesnachrichten ab. An Lust zu einem Einfall in Schleswig-Holstein und in andere preußische Gebiete fehlte es in Dänemark nicht; doch hatte man dort

noch eine zu lebhafte Erinnerung an die Schläge von 1864, als daß man irgend eine Feindseligkeit gewagt hätte, wenn nicht etwa 40,000 französische Landungstruppen erschienen und Napoleonische Kriegsthaten verkündigt wurden. In Oestreich, wo man seit der Salzburger Zusammenkunft über eine Allianz mit Frankreich verhandelte, hielt man zwar den Kriegsfall für sehr schlecht gewählt, aber die durch Beust's Bismarckshaß und Intriguen verstärkte Kriegspartei glaubte doch die Gelegenheit zur Demüthigung Preußens und zur Wiedererringung der habsburgischen Stellung in Deutschland nicht unbenützt lassen zu dürfen und gab die Zusage, daß die Kriegsrüstungen sofort in Angriff genommen und nach deren Vollendung, im Monat September, Preußen der Krieg erklärt und in Deutschland einmarschirt würde. Ein förmlicher Allianzvertrag zwischen Frankreich und Oestreich war in St. Cloud bereits ausgearbeitet und harrte der Unterzeichnung; aber es kam nicht dazu; denn so schnell wie in Berlin konnte man in Wien die Mobilisirung doch nicht fertig bringen, und ehe es zum Fertigwerden kam, saß der Versucher von St. Cloud bereits hinter Schloß und Riegel. Italien war in der eigenthümlichen Lage, daß sowohl Preußen als Frankreich seine Alliirten waren. Diesem verdankte es den Besitz der Lombardei, jenem den Venetiens. So ergab sich für Italien die Nothwendigkeit der Neutralität von selbst. Und doch scheint es, daß der König und eine namhafte Partei von Generalen und Staatsmännern für Napoleon zu gewinnen gewesen wären, wenn er ihnen als Preis der Allianz die Ueberlassung Roms zugesichert hätte. Nur um diesen Preis wäre vielleicht die Abneigung der Kammeropposition gegen eine französische Allianz zu überwinden gewesen. Aber Napoleon, in dessen Kriegsprogramm der Papst und die Jesuiten eine so bedeutende Rolle spielten, lehnte die Forderung der italienischen Regierung ab, Italien blieb nun neutral und griff bei günstiger Gelegenheit selbst zu. Die Verhältnisse von 1866 wiederholten sich hier in ihren Resultaten.

So stand Frankreich isolirt. Es hatte allein den Krieg angefangen und mußte ihn nun auch allein durchführen. Die schönen Reden der französischen Diplomaten und die spätere Reise des französischen Staatsmannes Thiers nach London, Petersburg, Wien und Florenz änderten hierin nichts. Sämtliche Staaten schwärmten für Neutralität, wenn sie auch dieselbe nicht immer so streng be-

folgten, wie England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche die französischen Schiffe mit Kohlen versahen und an die französischen Heere im zweiten Stadium des Krieges Waffen verkauften, ohne welche die dortigen Machthaber den Krieg nicht hätten fortsetzen können. Die spanische Regierung, welcher durch die Gramont'schen Erklärungen das Beharren auf der hohenzollern'schen Thronkandidatur geradezu verboten worden war, zeigte auf eine solche Anmaßung hin ein sehr schwach angelegtes Ehrgefühl. Sie konstatirte die Erklärung des Prinzen Leopold vom 12. Juli, erklärte, die ganze Sache gehe sie nichts mehr an, und der Ministerpräsident Prim sah sich nach einem anderen Kandidaten um. Nur ein einziger Staat zeigte Sinn für Ehre und für Recht, und das war Rußland. Deutschland gieng in den Krieg ohne einen Alliirten, und es durfte sich glücklich schätzen, daß es keinen hatte; denn für seine Alliirten von 1814 und 1815 hatte es den schwersten Theil der Arbeit übernehmen dürfen, um dafür den geringsten Theil der Beute davonzutragen und seine wichtigsten und verständigsten Rathschläge und Forderungen als Makulatur behandelt zu sehen. Deutschland war 1870 stark genug, um allein den Kampf mit Frankreich aufzunehmen; war dann der Kampf siegreich beendigt, so war es auch stark genug, die zudringlichen Friedensstimmen und die barmherzigen Brüder aus London und anderen Orten sich vom Leib zu halten, die Friedensbedingungen nach eigenem Ermessen zu diktiren und hier wie im Kriege nur nach eigenem Interesse zu handeln. Aber günstig war es doch für Deutschland, daß es jemand hatte, der ihm seinen Rücken deckte und es ihm möglich machte, seine östlichen Provinzen von Truppen fast gänzlich zu entblößen und sämtliche Armeecorps nach dem Kriegsschauplatz zu werfen. Was das Schwert Oestreichs, vielleicht auch das anderer Staaten, in der Scheide hielt, war die zu Anfang des Krieges von Kaiser Alexander abgegebene Erklärung. Er werde neutral bleiben, sagte er, so lange die anderen Mächte es auch blieben; er werde aber, sobald eine dritte Macht sich am Kriege betheiligen und auf die Seite Frankreichs treten würde, gleichfalls mitthun und als Bundesgenosse Preußens auftreten. Durch dieses feste Auftreten des Kaisers Alexander wurde der deutsch-französische Krieg lokalisirt und dessen Uebergang zu einem europäischen verhindert. Wenn auf irgend welche Kriegsereignisse hin Oestreich seine Truppen gegen Deutschland marschiren ließ, so rückten die Russen in Oestreich ein

und verschafften sich gelegenheitlich auch ihre Revanche für 1854. Darüber drückte sich König Wilhelm am Ende des Krieges in einem Telegramm an Kaiser Alexander vom 27. Februar 1871 mit den Worten aus: „Preußen wird niemals vergessen, daß es Ihnen zu verdanken ist, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen hat.“

Napoleon übernahm, wie König Wilhelm, selbst das Obercommando über sämtliche Truppen. Zum Chef seines Generalstabes ernannte er den Kriegsminister Leboeuf. Für die Dauer seiner Abwesenheit von Paris übertrug er am 23. Juli seiner Gemahlin die Regentschaft. Diese begab sich am 24. nach Cherbourg, um die unter dem Viceadmiral Graf Bouet-Villaumez stehende Flotte vor deren Abfahrt in die Nordsee und Ostsee zu inspiciren und mit einer Proklamation zu verabschieden. Am 28. Juli reiste Napoleon mit seinem Sohne nach Metz und übernahm das Commando. Die an die „Rheinarmee“ gerichtete Proklamation athmete nicht die alte Siegeszuversicht, sondern stellte einen „langen und mühevollen Krieg“ in Aussicht. Die Armee bestand aus 8 Corps. Von diesen stand das 1. unter Marschall Mac Mahon bei Straßburg, das 2. unter General Frossard bei St. Avold, das 3. unter Marschall Bazaine bei Metz, das 4. unter General Ladmirault bei Diedenhofen, das 5. unter General Failly bei Bitsch, das 6. unter Marschall Canrobert im Lager von Châlons, das 7. unter General Felix Douay bei Belfort, das 8., die kaiserliche Garde, unter General Bourbaki bei Nancy. Die französische Armee bestand somit aus 2 Gruppen, wovon die größere an der Mosel, die kleinere im Elsaß aufgestellt war. Zur letzteren gehörte das 1. und 7. Corps, welche beide unter den Befehl Mac Mahon's gestellt waren und der Armee des Kronprinzen von Preußen das Eindringen ins Elsaß verwehren sollten. Die größere Gruppe umfaßte das 2., 3. und 4. Corps, wovon das 2. als Avantgarde vorgeschoben war. Gegen diese Gruppe rückten die Heere des Prinzen Friedrich Karl und des Generals Steinmetz an, deren Ueberlegenheit das sofortige Heranziehen der in Reserve stehenden Corps unter Canrobert und Bourbaki nothwendig machte. Die Verbindung zwischen beiden Gruppen sollte durch das 5. Corps bei Bitsch unterhalten werden.

Die Vorposten- und Recognoscirungsgefechte hatten schon am 19. Juli begonnen. Besonders hartnäckig waren sie bei Saarbrücken,

wo 1000 Mann (1 Bataillon Füsiliere und 3 Schwadronen Ulanen) unter Oberstlieutenant v. Pestel standen. Um die Stärke des Feindes auszukundschaften und den ungeduldigen Parisern ein Siegestelegramm zusenden zu können, ließ Napoleon das Corps des Generals Frossard vorrücken und eröffnete am 2. August die sogenannte Schlacht bei Saarbrücken mit 30,000 Mann gegen 1000. Ueber letztere hatte an diesem Tage General Graf Gneisenau das Commando. Napoleon selbst wohnte mit seinem Sohne dem Gefechte bei. Er wollte sich von der Ueberlegenheit der Chassepots und von der Wirkung der Mitrailleusen überzeugen. Die Franzosen standen auf den Höhen von Spicheren, welche sich auf der linken Seite des Saarthales erheben, eröffneten aus 23 Geschützen das Feuer gegen die offene Stadt und gegen die Truppen und rückten gegen erstere vor. General Gneisenau zog sich, dem Befehle gemäß, nach dreistündigem Widerstand auf das rechte Saarufer zurück, hielt die dort gelegene Stadt St. Johann und den Bahnhof besetzt und bezog eine Meile nordwestlich von Saarbrücken ein Bivouak. Gegen Abend rückte General Frossard in Saarbrücken ein, kehrte aber, ohne eine Verfolgung zu wagen, wieder auf die Höhen zurück. Die Preußen hatten in dem Gefechte, in welchem vorzugsweise die Artillerie in Thätigkeit war, einen Verlust von 4 Officieren und 79 Mann, die Franzosen einen solchen von 6 Officieren und 80 Mann. Eine Siegesdepesche flog nach Paris und sprach von der Feuertaufe des kaiserlichen Prinzen, von seiner Geistesgegenwart und Kaltblütigkeit. Paris war voll Siegesjubel, die Presse ergieng sich in phantastischen Compositionen, ließ die „Rheinarmee“ schon vor Mainz stehen und begrüßte diese glorreiche Waffenthat „als das Zeichen einer neuen Geschichtsperiode“.

Es war ein kurzer Traum. Der Kronprinz von Preußen überschritt am 4. August die französische Grenze und griff die an dem Flüßchen Lauter gelegene Stadt Weißenburg an. Hier stand die Avantgarde des Mac Mahon'schen Corps, die Division des Generals Abel Douay, mit 11 Bataillonen und 4 Batterien und hielt die Stadt und den wohl verschanzten Geisberg besetzt. Die Stadt wurde von preußischen und bairischen Bataillonen, der Geisberg von 16 preußischen Bataillonen erstürmt. General Douay fiel. Die Franzosen hatten einen Verlust von etwa 1200 Todten und Verwundeten und von 1000 unverwundeten Gefangenen, darunter 30 Officieren. Was

übrig war, beeilte sich, nach Wörth zu entkommen. Der Verlust der Deutschen betrug 91 Officiere und 1460 Mann. Das Königsgrenadierregiment allein, welches das Schloß Geisberg erstürmt hatte, hatte einen Verlust von 23 Officieren und 329 Mann. Das glänzendste Beutestück war eine französische Kanone. Nun nahm Mac Mahon am 5. August mit seinem Corps Stellung bei Wörth und ließ die westlich vom Sauerbach aufsteigenden Höhen mit den Dörfern Froschweiler und Elsaßhausen verschanzen. Hier wollte er dem weiteren Vordringen des Kronprinzen, dessen Angriff er auf den 7. August erwartete, entgegentreten. Um demselben gewachsen zu sein, suchte er das bei Belfort und Mühlhausen aufgestellte Corps des Generals Felix Douay und das bei Bitsch befindliche Corps des Generals Failly an sich zu ziehen. Aber von jenem traf nur eine Division rechtzeitig ein, von diesem kam die zur Unterstützung abgesandte eine Division erst am Abend des 6. August in der Nähe des Schlachtfeldes an, als Mac Mahon schon geschlagen war und es sich nur noch um die theilweise Deckung des Rückzugs handeln konnte. Auch der Kronprinz von Preußen wollte erst am 7. August die Entscheidungsschlacht schlagen, weil er dann erst einen koncentrischen Angriff mit seinen sämtlichen fünf Corps unternehmen konnte. Als aber am Vormittag des 6. August die Avantgarde des 5. Corps bei Wörth sich in den heftigsten Kampf mit dem Feind verwickelte und rechts ein bairisches, links das 11. Corps auf den Feind eindrang, blieb nichts anderes übrig als den Kampf fortzusetzen und möglichst viele Truppen nach den bedrohten Punkten zu werfen. So entspann sich aus einem Recognoscirungsgefecht der Avantgarde die entscheidende Schlacht von Wörth, in welche allmählich, außer der badischen Division, sämtliche Corps oder Abtheilungen derselben eingriffen. Am heftigsten wüthete der Kampf, nachdem Wörth und Elsaßhausen erstürmt waren, um das wohlverschanzte Dorf Froschweiler. Als auch dieses genommen und der Angriff der französischen Kürassierregimenter zurückgeschlagen war, ergoß sich Mac Mahon's Heer in wilde Flucht, theils nach den Vogesenpässen, theils nach Straßburg oder Bitsch. Die Fliehenden wurden an diesem und dem folgenden Tage nachdrücklich verfolgt. Groß waren die Trophäen dieses Tages: 200 Officiere und 9000 Mann an Gefangenen, 1 Adler, 4 Turkofahnen, 28 Geschütze, 5 Mitrailleusen, 23 Wagen mit Gewehren und blanken Waffen, 125 andere Wagen, 1193 Pferde und die Kriegs-

kasse mit 222,000 Francs in Gold. An Todten und Verwundeten hatten die Franzosen gegen 6000 Mann. Die deutsche Armee hatte einen Verlust von 489 Officieren und 10,153 Mann. Unter den schwerer Verwundeten befand sich der Kommandant des 11. Corps, Generallieutenant v. Bose, während Generallieutenant v. Kirchbach, Kommandant des 5. Corps, bei Weißenburg eine leichtere Wunde erhalten hatte. Auf dem Schlachtfelde, wo die siegreiche Armee bivouakirte, ertönte in der Nacht von Tausenden von Stimmen und Hunderten von Instrumenten die Melodie des Liedes: „Nun danket alle Gott!“ Der flüchtige Marschall Mac Mahon kam mit einem Theil seiner Armee am Morgen des 7. August in Zabern an und marschirte von da nach Châlons, wohin auch die Corps der Generale Douay und Failly gezogen wurden. Eine neue Armee sollte hier gebildet werden. Das nördliche Elsaß lag dem siegreichen Heere des Kronprinzen offen. Die badische Division erhielt den Auftrag, gegen Straßburg zu ziehen. Ihre Kavallerie nahm schon am 7. August Hagenau, am 8. und 9. August versammelte sich die ganze Division vor der Festung Straßburg, und der Kommandant derselben, General Uhrich aus Pfalzburg, wurde zur Uebergabe aufgefordert. Auf seine Weigerung hin wurde zur Belagerung geschritten und ein besonderes Belagerungscorps gebildet, das aus der badischen Division, einer preußischen Reservedivision und der Gardelandwehrdivision bestand, unter das Commando des Generals Werder gestellt wurde und die Stadt vom 14. August an eng eingeschlossen hielt. Mit den anderen Truppentheilen der dritten Armee zog der Kronprinz am 8. August von Wörth ab, marschirte durch die unbesetzten Vogesenpässe, ließ die in der Nähe liegenden kleinen Festungen Lichtenberg und Lützelstein durch württembergische, die Festung Marsal durch bairische Truppen nehmen, die Festungen Bitsch und Pfalzburg cerniren und rückte am 16. August in Nancy ein. Hier blieb er einige Tage und wartete auf entscheidende Nachrichten über die Ereignisse an der Saar und an der Mosel.

Ein zweiter Sieg wurde am 6. August bei Spicheren errungen. Auch diese Schlacht entspann sich nicht in Folge einer strategischen Kombination, sondern geradezu in Folge eines Mißverständnisses. Nach dem Plane Moltke's sollte das auf den Höhen von Spicheren aufgestellte Frossard'sche Corps dadurch, daß die erste und zweite Armee bei Forbach und bei Saargemünd die Stellungen desselben

gleichzeitig umgiengen, entweder zu schleunigem Rückzug gezwungen oder, falls es Stand hielt, durch die Uebermacht erdrückt werden. Nun kamen am Vormittag des 6. August die Generale Kameke und Rheinbaben mit Truppen von der ersten und zweiten Armee in der Nähe von Saarbrücken an, glaubten aus den Berichten der recognoscirenden Truppen schließen zu dürfen, daß das Frossard'sche Corps sich schon auf dem Rückzug befinde, wollten dem abziehenden Feinde noch möglichst viel Schaden zufügen, griffen an, drängten den Feind bis zu den steilen, bewaldeten Höhen von Spicheren zurück und merkten jetzt erst, daß sie noch das ganze feindliche Corps vor sich hätten. Da sie es aber nicht für vereinbar mit ihrer Ehre hielten, das eingenommene Terrain aufzugeben und über die Saar sich zurückzuziehen, so hatte die eine Division Kameke 4 Stunden lang den Kampf mit drei Divisionen auszuhalten, welche eine zahlreiche Artillerie hatten und durch das Terrain außerordentlich begünstigt waren. Erst von 3 Uhr an trafen allmählich auf den Kanonendonner hin weitere Abtheilungen der beiden Armeen auf dem Schlachtfelde ein, so daß jetzt 27,000 Deutsche gegen 40,000 Franzosen kämpften. Es gelang endlich einigen Bataillonen, die Höhen zu ersteigen, ja sogar 12 Geschütze hinaufzubringen. Die Willenskraft und die Ausdauer der Soldaten waren fast beispiellos. Das brandenburgische Grenadierregiment verlor allein 35 Officiere und 771 Mann. Der Kampf kam auf den Höhen zum Stehen. Da rückte gegen den linken feindlichen Flügel die Division Glümer an, warf denselben über den Haufen, bedrohte die Rückzugslinie des Feindes, und nun erfolgte der Rückzug, der da und dort in Flucht ausartete. Ueber Forbach und St. Avold oder über Saargemünd zog sich das Corps nach Metz zurück. Dahin zog auch das Corps Bazaine, das nur anderthalb Meilen vom Schlachtfeld gestanden war, ohne Frossard Hilfe zu leisten. In Folge der für sie so ungünstigen Terrainverhältnisse hatten die Sieger größere Verluste als die Besiegten. An Todten, Verwundeten und Vermißten hatten die Deutschen 223 Officiere und 4648 Mann, die Franzosen nach ihren eigenen Angaben 249 Officiere und 3829 Mann, worunter gegen 2000 Gefangene. Die Sieger rückten am 7. August vor, erbeuteten in Forbach große Proviantvorräthe, besetzten am 9. St. Avold und streiften bis in die Nähe von Metz. Die Armee des Prinzen Friedrich Karl zog, durch die Rheinpfalz marschirend, theils über Saarbrücken, theils über Saargemünd, in der

Richtung nach Metz. Auf die Nachricht von diesen Siegen brach der König von Preußen am 7. von Mainz auf, traf am 9. in Saarbrücken, am 11. in St. Avold ein und erließ an diesem Tage eine Proklamation an das französische Volk, worin er erklärte, er führe mit den französischen Soldaten Krieg, nicht mit den Bürgern Frankreichs, deren Personen und Eigenthum Sicherheit genießen würden, so lange sie nicht selbst Feindseligkeiten gegen die deutschen Truppen ausübten.

Im kaiserlichen Hauptquartier zu Metz herrschte die größte Bestürzung. Man beschloß im ersten Schrecken, die ganze Armee solle nach Châlons zurückweichen, in Metz nur 20,000 Mann Besatzungstruppen zurückgelassen werden, der Kaiser nach Paris zurückkehren. Bald erholte man sich wieder und beschloß, auf dem rechten Moselufer bei Metz fünf Armeecorps zu koncentriren und eine zweite, aus vier Corps bestehende Armee unter dem Commando Mac Mahon's im Lager von Châlons aufzustellen. Nachdem die erste Vertheidigungslinie am Rhein und an der Saar aufgegeben war, sollte Frankreich an der Mosellinie vertheidigt werden. Elsaß und ein Theil Lothringens waren damit bereits preisgegeben. An den Ufern der Mosel drängte sich nun alles zusammen. Paris, eben noch im Siegestaumel, sah sich durch die Nachrichten vom 6. August unangenehm enttäuscht. Die Opposition im Gesetzgebenden Körper sprach offen von der militärischen Untüchtigkeit des Kaisers, von der Nothwendigkeit seines Rücktritts als Oberkommandant, ja von seiner Abdankung als Kaiser. Gegen die Minister wurde wegen ihrer mangelhaften Kriegsrüstungen ein Tadelsvotum eingebracht. Dasselbe wurde angenommen, worauf das Ministerium Gramont-Ollivier abtrat und am 10. August ein rein bonapartistisches Ministerium unter der Präsidentschaft des Grafen Palikao (General Montauban) eingesetzt wurde. Unter solchen Umständen hatte es für Napoleon wenig Reiz, das Oberkommando zu behalten und für die Niederlagen seiner Marschälle und Generale vor aller Welt verantwortlich zu sein. Er legte am 9. August das Obercommando nieder und übertrug es dem Marschall Bazaine; daran knüpfte sich auch der Rücktritt Leboeuf's von der Leitung des Generalstabs. Auf die Verstärkung der ungenügenden Wehrkraft Frankreichs war nun alle Thätigkeit gerichtet. Neue Altersklassen wurden zu den Waffen gerufen, das Projekt, Landungstruppen nach der Ostseeküste zu werfen, definitiv aufgegeben,

ja sogar die zum Schutze des Papstes im Kirchenstaat befindlichen französischen Truppen von dort zurückgerufen und Pius seinem Schicksal und der Diskretion der italienischen Regierung überlassen. Die Verproviantirung von Paris wurde bereits mit aller Macht betrieben und die in Frankreich wohnenden Deutschen, deren Abreise zu Anfang des Krieges verhindert worden war, sämtlich ausgewiesen und diese Maßregel mit gewohnter Brutalität ausgeführt. Die nicht durch Landungstruppen unterstützten Seeoperationen hatten einen geringen Erfolg. Die Hafeneingänge waren durch Batterien und durch Torpedo's wohl verwahrt, und so konnte die französische Flotte nichts weiter ausrichten, als daß sie die deutschen Seehäfen ein paar Monate blokirt hielt und Kauffahrerschiffe auffieng. Eine Flottenabtheilung fuhr unter Viceadmiral Bouet-Villaumez im Juli nach der Ostsee, eine andere unter Viceadmiral Fourichon im August nach der Nordsee, eine dritte unter Viceadmiral Gueydon im Oktober gleichfalls dahin; außer den unbedeutenden Gefechten bei Hiddensee und bei Danzig am 17. und 21. August kam nichts bemerkenswerthes vor, und die Flotten kehrten wieder nach Frankreich zurück.

Im deutschen Hauptquartier, welches seit dem 11. August in St. Avold sich befand, wurde beschlossen, die Armee Bazaine's irgendwie unschädlich zu machen, sei es durch Zurückdrängung nach der belgischen Grenze, sei es durch Festhaltung bei Metz. Zu diesem Zwecke sollte die erste Armee unter General Steinmetz auf dem rechten Moselufer Stellung nehmen, die französischen Truppen dort möglichst lange festhalten, einen Angriff derselben auf die oberhalb Metz die Mosel überschreitenden deutschen Truppen zu verhindern suchen, während die zweite Armee, unter Prinz Friedrich Karl in Eilmärschen über die nicht gesprengten Brücken bei Novéant und bei Pont-à-Mousson über die Mosel gieng, einem etwaigen Abmarsch der Franzosen durch Besetzung der nach Verdun führenden Straße entgegentrat und dieselben so lange vor Metz festhielt, bis sämtliche Corps der ersten und zweiten Armee auf dem linken Moselufer standen und die Entscheidungsschlacht geliefert werden konnte. Die Aufgabe war eine schwierige; denn es fragte sich, ob einzelne dieser Corps den weiten Weg von St. Avold nach der Straße Metz-Verdun rasch genug zurücklegen könnten, um zeitig genug auf dem Platze zu sein. Alles hieng davon ab, welche Entschlüsse Bazaine gefaßt hatte, und ob er sie mit möglichster Energie durchzuführen suchte.

Metz mit der Feldarmee zu verlassen und zu Mac Mahon bei Châlons zu stoßen, war Bazaine's Absicht. Dann standen bei Châlons gegen 300,000 Franzosen, welche den Deutschen den Weg nach Paris verlegten. Diese mußten dann vor der für eine kleine Besatzung hinlänglich verproviantirten Festung Metz und vor Diedenhofen gegen 60,000 Mann zurücklassen und behielten für die bei Châlons vereinigten und wohl verschanzten Armeen nicht genug Streitkräfte übrig. Somit mußte die Vereinigung dieser zwei Armeen um jeden Preis verhindert, die Bazaine'sche Armee noch bei Metz angegriffen werden. Dieser Plan führte zu den gewaltigen Kämpfen bei Metz: zu der Schlacht bei Colombey-Nouilly am 14. August, bei Vionville am 16., bei Gravelotte am 18. Kaiser Napoleon reiste, bevor es zum Schlagen kam, mit seinem Sohne am 14. von Metz ab, um sich über Verdun nach Châlons zu begeben.

Bazaine machte den großen Fehler, daß er den schon am 12. August beschlossenen Abzug nach Verdun und Châlons nicht mit aller Energie betrieb. Noch am 14. standen seine sämtlichen 5 Corps und der Train auf dem rechten Moselufer, und erst am Morgen des 14. erfolgte der Befehl zum Abmarsch. Kaum bemerkte die Avantgarde des 7. Armeecorps Nachmittags diese rückgängigen Bewegungen, so gieng sie, zur rechten Seite von dem eben erst auf dem Kriegsschauplatz angelangten ersten Armeecorps unterstützt, zum Angriff über, um die beabsichtigte Rückzugsbewegung zu verzögern. Dieser Angriff traf die zwei französischen Corps unter General Ladmirault und unter General Decaen, welch letzterer an Bazaine's Stelle das Commando des 3. Corps übernommen hatte. Die Schlacht dauerte von 3½ bis 9 Uhr und endigte mit der Zurückwerfung des Feindes nach den Festungswerken von Metz. Was er von Stellungen Abends noch inne hatte, räumte er in der Nacht und zog sich vollends ganz zu den schützenden Außenforts zurück. Das Resultat dieser improvisirten Schlacht war eine derartige Verzögerung des Abmarsches, daß dadurch allein es möglich wurde, zwei Tage darauf dem abziehenden Feinde einen ehernen Schlagbaum entgegenzuhalten. Der Verlust in der Schlacht bei Colombey-Nouilly betrug auf deutscher Seite gegen 5000 Mann, einschließlich 222 Officiere, auf französischer 3408 Mann und 200 Officiere.

Bazaine beeilte sich auch jetzt noch nicht mit dem Abzug. Am Morgen des 16. August hatte er zwar seine sämtlichen Truppen auf

dem linken Moselufer und auf der Straße nach Verdun, aber zum Weitermarsch fehlte es an Munition und an Proviant, die Wege waren durch den Train ganz versperrt, und auf der Hochfläche von Rezonville und Vionville lagerte das ganze Heer in Zeltlagern. In dieser Stellung wurde dasselbe Vormittags 10 Uhr von dem 3. Armeecorps, den Brandenburgern unter General v. Alvensleben II., bei Vionville angegriffen. Sechs volle Stunden hielt dieses Corps, welchem eine Infanteriebrigade vom 10. Corps und zwei Kavalleriedivisionen beigegeben waren, den Kampf gegen 3 französische Corps aus, eroberte die Dörfer Vionville und Flavigny und schlug das Frossardsche Corps zurück. Als aber das Corps Canrobert, hinter welchem Leboeuf, der an der Stelle des am 14. schwer verwundeten Generals Decaen das Commando des 3. Corps übernommen hatte, als Reserve stand, den linken Flügel der Brandenburger zu umgehen suchte, schickte Alvensleben nach 2 Uhr, nur um Zeit zu gewinnen, bis andere Heeresabtheilungen einträfen, die Kavalleriebrigade Bredow gegen Canroberts Batterien und Infanterie. Die Kürassiere und Ulanen durchbrachen die feindlichen Reihen und erschütterten dieselben so sehr, daß von Carobert's Corps keine Gefahr mehr drohte; aber die eigenen Reihen waren so gelichtet, daß von 6 Schwadronen nur noch 2 übrig waren. . Bald nach diesem ruhmvollen Todesritt, um 3½ Uhr, traf Prinz Friedrich Karl auf dem Schlachtfeld ein und übernahm das Commando. Um 4 Uhr endlich kamen die Hannoveraner beim linken Flügel an. Die Corps Leboeuf und Ladmirault bedrohten denselben aufs neue mit Umzinglung. Es entstand ein heftiger Kampf um die Höhen von Bruville. Zum zweitenmal mußte die Reiterei einhauen. Es waren die Gardedragoner unter Graf Brandenburg; sie machten der Infanterie Luft, verloren aber fast sämtliche Führer und einen großen Theil der Mannschaft. Nun folgte das glänzende Reitergefecht zwischen 12 französischen und 6 deutschen Regimentern; jene wurden zurückgeschlagen, der linke Flügel von da an nicht mehr bedroht. Darauf suchte Bazaine den rechten Flügel der Brandenburger zu umgehen; aber diese erhielten durch Truppentheile des 8. und 9. Corps Hilfe, und der Feind wurde von den Höhen von Vionville zurückgedrängt. Gegen das feindliche Centrum fand noch am späten Abend ein Angriff mit Artillerie und Infanterie statt; aber Bazaine hatte hier 54 Geschütze aufgestellt; von einer Durchbrechung konnte keine Rede sein. Die Dunkelheit machte dem

Kampfe zwischen 9 und 10 Uhr ein Ende. Es war eine zwölfstündige, heiße Schlacht. Die Franzosen kämpften zuletzt, als sie den Plan der Deutschen erkannten, mit verzweifeltem Muthe, um die Reihen derselben zu durchbrechen; aber die Brandenburger und Hannoveraner hielten mit heldenmüthiger Ausdauer Stand. Die Deutschen hatten einen Verlust von 711 Officieren und 15,079 Mann, die Franzosen berechneten den ihrigen auf 879 Officiere und 16,128 Mann.

Auch jetzt, wo die Gefahr der Einschließung so klar vor Augen lag, machte Bazaine weder in der Nacht auf den 17. noch am 17. einen Versuch, sich durchzuschlagen, zog vielmehr seine Truppen näher an die Festung heran und erwartete in einer durch Natur und Kunst befestigten Stellung den Angriff. Auf dem rechten Flügel bei St. Privat stand das Corps Canrobert, auf dem linken Flügel bei St. Hubert und Rozerieulles das Corps Frossard, im Centrum rechts bei Amanvillers das Corps Ladmirault, links bei Leipzig und Moscou das Corps Leboeuf, hinter dem Centrum die Garde als Reserve. Diesen Stellungen gegenüber standen am Morgen des 18. August 7 deutsche Armeecorps, und am Abend kam noch ein achtes, die Pommern, hinzu. Auf dem rechten Moselufer war nur das 1. Armeecorps zurückgelassen worden. Nach den Anordnungen des Hauptquartiers sollten die Garde und die Sachsen gegen St. Privat, das 8. und 7. Corps gegen Rozerieulles, das 9. im Centrum gegen Amanvillers vorgehen, das 3. und 10., durch die Schlacht bei Vionville hart mitgenommen, die Reserve bilden. Der Feind sollte aus allen seinen Stellungen vertrieben und vom freien Felde unter die Kanonen der Forts und in die Festung zurückgedrängt und hier eingeschlossen werden. Dies war der Moltke'sche Plan für die Schlacht bei Gravelotte, welche die erste in diesem Kriege war, in der ein voraus bestimmter Plan durchgeführt wurde. König Wilhelm übernahm selbst das Obercommando. Um 12 Uhr begann die Schlacht. Das 9. Corps rückte gegen das Corps Ladmirault bei Amanvillers vor, wurde rechts und links von Leboeuf und Canrobert angegriffen, nahm aber gegen Abend die vorliegenden Höhen und zwang, nachdem St. Privat gefallen war, Ladmirault zur Räumung Amanvillers und zum Rückzug nach der Festung. Auf dem linken Flügel nahmen die Sachsen das Dorf St. Marie-aux-Chênes und umgiengen die Stellung Canrobert's, um ihn in der rechten Flanke zu fassen,

während die Garde St. Privat in der Front angriff. Da die Umgehung länger dauerte, als angenommen war, griff der Kommandant der Garde, Prinz August von Württemberg, in der Front an, erhielt aber in dem freien Raum ein so furchtbares Feuer, daß sich der Angriff bald als ein zu früher ergab und nach ungeheurem Verluste aufgegeben werden mußte. Zwischen 6 und 7 Uhr rückten die Sachsen an, die Garde drang wieder vor, St. Privat wurde von zwei Seiten angegriffen, das Dorf um 7 Uhr genommen, das Corps Canrobert's in die Stadt zurückgeworfen. Auch auf dem rechten Flügel gieng nicht alles so glatt ab. Nach viermaligem Angriff wurde zwar das Gehöft St. Hubert genommen, aber die Stellung von Rozerieulles blieb in den Händen der Franzosen. Ja, diese stiegen Abends 7 Uhr in die Thalschlucht hinab und waren daran, die Höhen von Gravelotte zu ersteigen. Sie wurden durch die Artillerie zurückgeworfen, und das Corps der Pommern, welches eben auf dem Schlachtfelde eintraf, drängte dem Feinde nach, nahm alle vorliegenden Verschanzungen, und als die Dunkelheit eintrat, hatte Frossard nur noch seine Hauptstellungen inne, welche im Laufe der Nacht auch vollends geräumt wurden.

Es war ein glänzender Sieg voll herrlicher Erfolge! Die Bazaine'sche Armee war in die Festung und zwischen die Forts zurückgedrängt und für die weiteren Aktionen im freien Feld unschädlich gemacht. Die Verluste der Franzosen betrugen etwa 13,000 Mann, darunter gegen 600 Officiere, die der Deutschen 899 Officiere und 19,260 Mann, an Todten allein 328 Officiere und 4909 Mann. Die Zahl der französischen Kombattanten mochte in der Schlacht 140,000 Mann, die der deutschen 178,818 Mann betragen haben; jene hatten 550, diese 822 Geschütze; aber jene hatten wahrhaft festungsähnliche Stellungen, die im Sturm, meist ohne alle Deckung, genommen werden mußten.

Kaum war dieser Sieg erfochten, so wurden neue Plane von den Strategen des deutschen Hauptquartiers entworfen. Zur Einschließung von Metz wurde eine aus 7 Corps, 2 Kavalleriedivisionen, der Reservedivision Kummer und 1 Reserve-Reiterbrigade bestehende Cernirungsarmee gebildet und diese unter das Commando des Prinzen Friedrich Karl gestellt. General Steinmetz wurde aus Gründen, die noch nicht aufgehellt sind, seines Commando's enthoben und zum Generalgouverneur von Posen ernannt. Die Garde, das säch-

sische und das 4. Corps wurden zu einer neuen Armee, der vierten oder Maasarmee, vereinigt und dem Kronprinzen Albert von Sachsen das Commando über dieselbe übertragen. In Verbindung mit der Armee des Kronprinzen sollte die neue Armee unter dem Obercommando des Königs Wilhelm die weiteren Feldoperationen ausführen. Bei der Armee des Kronprinzen war inzwischen das in Schlesien zurückgelassene 6. Armeecorps eingetroffen, so daß diese beiden Armeen aus 8¹/₂ Corps und 4 Kavalleriedivisionen bestanden. Das Ziel der nächsten Operation war die Mac Mahon'sche Armee bei Châlons. Dieselbe war auf etwa 150,000 Mann gebracht worden und bestand aus dem 1., 5., 7. und 12. Corps, welche von den Generalen Ducrot, Failly, Douay und Lebrün kommandirt wurden. Bevor man dort noch eine sichere Nachricht von den Ereignissen bei Metz hatte, wurde in einem Kriegsrath beschlossen, daß der Kaiser sofort nach Paris zurückkehren, die Regierung wieder übernehmen und Mac Mahon mit der Armee ihm folgen solle. Die Kaiserin und Graf Palikao widersetzten sich der Ausführung dieses Planes und meldeten nach Châlons, die Rückkehr des Kaisers bedeute für Paris die Revolution; die Armee sei zur Unterstützung Bazaine's nothwendiger als in Paris, das durch seine Forts uneinnehmbar sei. Obgleich Mac Mahon diese Ansicht nicht billigte, zog er doch, von Palikao fortwährend nach Metz gewiesen, am 21. August nebst dem Kaiser von Châlons nach Reims. Von da zog er am 24. nach Rethel, um bei Stenay über die Maas zu gehen und dort entweder mit dem durchbrechenden Bazaine sich zu vereinigen oder auf dem rechten Maasufer gegen Metz, zur Befreiung Bazaine's aus der eisernen Umklammerung, zu marschiren. Bei diesem Plane war, wie bei Bazaine's Rückzugsplan, die Hauptfrage die, ob Mac Mahon rechtzeitig die Maas erreiche. Er erreichte sie nicht, sondern erfuhr am 27. August, daß der Maasübergang bei Stenay bereits von den Deutschen besetzt sei.

Sobald das deutsche Hauptquartier den Abmarsch Mac Mahon's von Châlons erfuhr, was erst am 24. August der Fall war, und gleich darauf auch die Richtung desselben angegeben wurde, zog die dritte und vierte Armee, diese von Verdun, jene von dem weit südlicheren Vitry aus, in Eilmärschen nach Norden, um die Vereinigung Mac Mahon's mit Bazaine zu verhindern, ersteren gegen die belgische Grenze zu drängen, von drei Seiten zu umzingeln und ihm

keine andere Wahl zu lassen als entweder nach Belgien überzutreten und sich mit seiner ganzen Armee entwaffnen zu lassen oder, falls sein militärisches Ehrgefühl sich dagegen sträubte, eine Entscheidungsschlacht gegen überlegene Streitkräfte zu wagen und nach ehrenvollem Kampfe sich mit seiner Armee gefangen zu geben. In Gewaltmärschen gieng es vorwärts, rechts marschirte die vierte, links die dritte Armee. Jene besetzte vor der Ankunft der Franzosen die Maasübergänge bei Stenay, hatte am 27. und 29. August Gefechte bei Buzancy, bei Nouart und bei Voncq zu bestehen und überraschte am 30. das Corps Failly bei Beaumont, während die Baiern das Corps Douay zurückdrängten, so daß Mac Mahon keinen anderen Ausweg sah, als sich am 31. mit seiner Armee in die nahe Festung Sedan zu werfen. Hier besetzte er die von drei Seiten die Festung umschließenden Höhen und stellte das Corps Lebrun auf dem rechten Flügel bei Bazeilles, das Corps Douay auf dem linken Flügel bei Illy und Floing, das Corps Ducrot im Centrum bei Moncelle und Daigny, das Corps Wimpffen bei dem Walde Garenne in der Reserve auf. General Wimpffen war nämlich an die Stelle des wegen seines Verhaltens am 6. August jetzt erst abgesetzten Generals Failly getreten.

Am 31. August rückten die deutschen Truppen gegen Sedan heran, um dasselbe mit einem eisernen Ring zu umschließen. Die östliche Seite bei Bazeilles und Balan sollte das 1. bairische Corps angreifen, im Rücken von dem 4. Corps, zur Linken von dem 2. bairischen Corps unterstützt; gegen die westliche und nordwestliche Seite sollte das 5. und 11. Corps, gegen das Centrum die Garde und die Sachsen vorgehen; die württembergische Division sollte gegen die Festung Mezières Stellung nehmen und jeden Beistand von dieser Seite unmöglich machen; noch weiter westlich stand das 6. Corps bei Attigny, um, falls je Mac Mahon nach Westen entkäme, sich ihm dort vorzulegen. Die Schlacht begann am 1. September schon zwischen 4 und 5 Uhr Morgens bei Bazeilles. Nach dem heftigsten Kampfe, an welchem auch die Dorfbewohner theilnahmen, erstürmten die Baiern, von dem 4. Corps unterstützt, das große Dorf Bazeilles, Nachmittags 3 Uhr auch Balan und standen gegen Abend vor den Thoren von Sedan. Rechts von den Baiern nahmen die Sachsen und die Garde die Dörfer im Thalgrund und erstürmten die jenseitigen Höhen, während nordwestlich die Sieger von

Weißenburg und von Wörth Dörfer und Höhen erstürmten und massenhafte Reiterangriffe niederschmetterten. Von allen Seiten flohen die geschlagenen Truppen nach dem engen Raum zwischen Sedan und dem Walde von Garenne. Diesen ganzen Kreis beherrschte die deutsche Artillerie, welche vollständig in der Lage war, Tod und Verderben in diesen verzweiflungsvollen Menschenknäuel zu werfen und die bedingungslose Kapitulation zu erzwingen. Granaten flogen nach 4 Uhr in die Stadt und zündeten einzelne Häuser an. Die Situation wurde für die Franzosen von Minute zu Minute ungemüthlicher.

Da hatte Kaiser Napoleon ein Einsehen. Er ließ die Parlamentärflagge auf der Mauer aufpflanzen und schickte den General Reille an König Wilhelm, um diesem seinen Degen zu übergeben. Der König nahm ihn an unter der Bedingung, daß die französische Armee die Waffen strecke. Bismarck und Moltke führten in Donchery Abends die Unterhandlungen mit dem General Wimpffen, welcher für den schon Vormittags 7 Uhr verwundeten Marschall Mac Mahon das Oberkommando übernommen hatte. Am Morgen des 2. September hatte Napoleon bei Donchery eine Zusammenkunft mit Bismarck, um günstigere Bedingungen zu erlangen. Die Kapitulation wurde endlich im Laufe des Vormittags abgeschlossen. Nachmittags 1 Uhr fand die Zusammenkunft des Königs Wilhelm mit Napoleon in dem Schlößchen Bellevue statt; am 3. September fuhr Napoleon als Kriegsgefangener nach dem Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel ab und traf dort am 5. ein. Die Trophäen des Sieges bei Sedan waren glänzend. Erbeutet wurden 1 Adler und 2 Fahnen, 419 Feldgeschütze und Mitrailleusen, 139 Festungsgeschütze, 1072 Fahrzeuge aller Art, 66,000 Gewehre, 6000 noch brauchbare Pferde. Kriegsgefangen wurden von der französischen Armee in Folge der Kapitulation 83,000 (darunter Marschall Mac Mahon, 40 Generale 230 Stabsofficiere, 2595 Officiere), als in der Schlacht gefangen 21,000, als verwundet 14,000; gefallen waren 3000, nach Belgien entflohen und dort entwaffnet 3000. Dies gibt zusammen 124,000 Mann. Dies war die Stärke der Mac Mahon'schen Armee, und diese war nun vollständig vernichtet. Die Gefangenen wurden nach Deutschland transportirt und dort an verschiedenen Orten militärisch bewacht. Die Officiere durften nach Frankreich zurückkehren gegen das schriftlich abgegebene Ehrenwort, in diesem Kriege nicht wieder gegen

Deutschland zu dienen. 500 Officiere unterzeichneten, aber nicht alle hielten Wort; einige, wie die Generale Ducrot, und Cambriels, flohen unterwegs. Der Verlust der Deutschen an Todten und Verwundeten betrug 460 Officiere und 8500 Mann.

Der Jubel des deutschen Heeres war ungeheuer, kein Ziel schien demselben mehr unerreichbar; in allen deutschen Gauen loderte eine mächtige Begeisterung auf, als der Telegraph meldete: „Kaiser und Heer gefangen," das Vertrauen in die geniale Kriegführung war unbedingt; das Ausland staunte und verhielt sich, sofern es Kriegsgelüste gehabt hatte, so ruhig und bescheiden, als ob es selbst schon ein Sedan auf dem Nacken spürte. Der einstimmige Ruf der Armee, als König Wilhelm am 2. September einen Rundritt durch sämtliche Bivouaks machte, lautete: „Nach Paris! Nach Paris!" Schon eine Stunde nach Abschluß der Kapitulation am 2. September wurden die Marschbefehle ertheilt, der Marsch am 3. angetreten und am 19. standen 6½ Armeecorps und 3 Kavalleriedivisionen mit 122,661 Mann Infanterie, 24,325 Reitern und 622 Geschützen vor Paris. Zu dieser für die Cernirung einer so großen Stadt und für die Abwehr etwaiger Ersatzarmeen ungenügenden Truppenanzahl kamen in den nächsten Tagen und Wochen noch die zwei vor Sedan zurückgelassenen Corps, die 17. Infanteriedivision unter dem Großherzog von Mecklenburg und eine Gardelandwehrdivision, so daß am 21. Oktober die Gesamtstärke der Cernirungsarmee 9½ Armeecorps und 4 Kavalleriedivisionen betrug mit 202,030 Mann Infanterie, 33,794 Mann Kavallerie und 898 Geschützen. Die dritte Armee unter dem Kronprinzen von Preußen hielt den südlichen, die vierte Armee unter dem Kronprinzen von Sachsen den nördlichen Halbkreis, je vom Ufer der Marne bis zu dem der Seine, besetzt. Auf dem Marsche von Sedan nach Paris hatte sich nur der eine Unfall ereignet, daß die Citadelle von Laon am 9. September nach Unterzeichnung der Kapitulation durch einen französischen Unteroffizier in die Luft gesprengt wurde, wodurch von den deutschen Truppen über 100, von den französischen Mobilgardisten gegen 400 getödtet oder verwundet wurden.

Die deutschen Heere fanden bei ihrer Ankunft vor Paris die kaiserliche Regierung bereits gestürzt. Daß dadurch der Kampf verlängert werde, war vorausgesehen. Das Ministerium Palikao hatte die Kammern und das Volk über die Kämpfe vor Metz und deren

Folgen vollständig im Ungewissen gelassen, Wochen lang sich mit Unwahrheiten beholfen und sah sich erst am 3. September, als alle fremden Zeitungen von Sedan sprachen, genöthigt, in den Kammern und in einer Proklamation an das französische Volk einzugestehen, daß Bazaine geschlagen und in Metz eingeschlossen sei, daß die Armee Mac Mahon's in Sedan kapitulirt habe und daß der Kaiser sich in Gefangenschaft befinde. Sofort beantragte im Gesetzgebenden Körper Jules Favre die Thronentsetzung Napoleon's und seiner Dynastie und die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Die Regierung dagegen verlangte die Einsetzung eines aus 5 Mitgliedern bestehenden Regierungs- und Vertheidigungsausschusses und die Ernennung Palikao's zum Generalstatthalter. In der Sitzung vom 4. September Abends 5 Uhr sollte über diese Anträge Bericht erstattet werden. Aber wie am 24. Februar 1848, so war auch am 4. September 1870 der Abgeordnetensaal voll von Arbeitern und Soldaten, und man hörte nur das eine Geschrei: „Absetzung! Republik!“ Die Minister und die Mitglieder der Rechten fanden sich in einer solchen Gesellschaft unbehaglich und eilten davon; Gambetta proklamirte die Thronentsetzung der Napoleonischen Familie auf ewige Zeiten; allgemein ertönte der Ruf: „zum Stadthause!“ und von Tausenden begleitet begaben sich die Abgeordneten der Linken dahin. Die Kaiserin verließ Nachmittags 1 Uhr die Tuilerien, erreichte glücklich den kleinen Hafenplatz Deauville und landete am 9. September an der englischen Küste. Sie traf dort ihren Sohn, welcher auf dem Zuge von Châlons nach Sedan von seinem Vater sich getrennt und über Belgien nach England sich begeben hatte. In Chislehurst, in der Nähe von London, nahmen sie ihren Aufenthalt. Dorthin kam, nach Beendigung des Krieges, am 20. März 1871 auch der Kaiser Napoleon, und am 9. Januar 1873 starb er daselbst.

Die im Stadthaus eingesetzte provisorische Regierung hieß officiell: „Regierung der nationalen Vertheidigung“. Sie wurde von den radikalen Abgeordneten der Stadt Paris eingesetzt und bestand eben aus diesen. Die Namen der 11 Mitglieder waren: Favre, Gambetta, Simon, Picard, Pelletan, Cremieux, Ferry, Glais-Bizoin, Emanuel Arago, Garnier-Pagès, Rochefort. Thiers, welcher auch in dieses Regierungskollegium gezogen werden sollte, war vorsichtig genug, sich für diese Ehre zu bedanken. Zum Präsidenten dieser Re-

gierung und zugleich zum Generalgouverneur der Hauptstadt wurde General Trochu ernannt. Favre war Vicepräsident und zugleich Minister des Auswärtigen, Gambetta Minister des Innern. Eine gesetzmäßige Regierung, mit welcher allenfalls Unterhandlungen angeknüpft und Verträge geschlossen werden konnten, war dies nicht; denn nur von den Parisern gewählt, war sie nur eine Vertretung der Hauptstadt, nicht des ganzen französischen Volkes. Eine konstituirende Versammlung, welche dieser Regierung ihre Sanktion oder auch eine Nachfolgerin hätte geben können, wurde zwar auf den Oktober ausgeschrieben; aber es war der Regierung weder Ernst damit, noch waren die Zeiten für ihre Einberufung günstig. Die Regierung war also nur eine faktische und führte eine Art Diktatur. Proklamationen und Dekrete wurden in Menge erlassen. Die Republik wurde förmlich proklamirt, der Gesetzgebende Körper aufgelöst, der Senat abgeschafft, was noch von Deutschen in der Stadt war, unter Androhung kriegsrechtlicher Behandlung zu sofortiger Abreise gezwungen, für die Befestigung und Verproviantirung der Stadt und für Aufbietung neuer Streitkräfte Vorsorge getroffen. Die Stadt mochte damals in Folge des massenhaften Hereinströmens der Flüchtigen 2,400,000 Einwohner haben. Sie hatte außer der Ringmauer noch 15 detachirte Forts und andere Verschanzungen, die zum Theil mit schweren Marinegeschützen versehen waren; ihre Vertheidigungslinie hatte einen Umfang von 7 Meilen, und die Vertheidigungsarmee betrug mehr als 400,000 Mann. Dazu gehörten die beiden Corps der Generale Vinoy und Renauld, etwa 60,000 Mann, welche mit den 18,000 Marinesoldaten den Kern der Pariser Armee ausmachten; von höchst zweifelhaftem Kaliber waren die 100,000 Mobilgardisten aus den benachbarten Departements, die 30,000 Pariser Mobilgardisten und die wenigstens 200,000 Pariser Nationalgarden. Dies waren Massen, aber keine Heere, vollends den trefflich disciplinirten Truppen des Königs Wilhelm gegenüber. Doch waren immerhin alle Zahlenverhältnisse, soweit es auf Vertheidigung ankam, so kolossal, daß man sich auf eine der schwierigsten und langwierigsten Belagerungen gefaßt machen mußte. Trotz der ungeheuer zahlreichen Bevölkerung reichte doch der Proviant nicht bloß auf 6 bis 8 Wochen, wie im deutschen Hauptquartier anfangs geschätzt wurde, sondern auf mehr als 4 Monate.

Eine so wohl befestigte Stadt im Sturm zu nehmen, wäre auch

für eine weit zahlreichere Belagerungsarmee eine äußerst schwierige Sache gewesen. Die Eröffnung eines heftigen Bombardements erforderte einen Belagerungspark von etwa 300 Geschützen nebst der dazu gehörigen Munition, und diese konnte, da die Eisenbahnen mit dem Transport der Ergänzungsmannschaften und des Proviants vollauf beschäftigt waren und mit verschiedenen Hindernissen zu kämpfen hatten, vor Ende des Jahres 1870 nicht zur Stelle geschafft werden. Es blieb also zunächst nichts übrig als die enge Cernirung, die vollständige Absperrung der Stadt von der Außenwelt, ihre totale Isolirung. Paris mußte hinsichtlich der Vertheidigung und der Verproviantirung lediglich auf sich selbst angewiesen werden. Zweierlei Thatsachen traten wohl bald zu Tage: Ausfälle der Pariser, welche die Belagerten zurückzudrängen, deren Linien zu durchbrechen, in deren Rücken zu operiren suchten, und die Bildung von Provinzialarmeen, welche zum Entsatz der Hauptstadt anrücken und im Verein mit den Pariser Truppen das deutsche Hauptquartier zur Aufhebung der Belagerung nöthigen sollten. Letztere Maßregel wurde hauptsächlich von Gambetta betrieben. welcher am 6. Okt. Paris in einem Luftballon verließ, sich nach Tours begab, wo eine Außenregierung eingesetzt war, dort neben dem Ministerium des Innern noch das Kriegsdepartement übernahm und zuletzt die Diktatur von Frankreich an sich riß. Er suchte den Nationalhaß der Franzosen gegen die Deutschen aufzustacheln, alle waffenfähige Mannschaft zur Vertheidigung des bedrängten Vaterlandes unter die Fahnen zu rufen, sammelte große Streitkräfte an der Loire, andere im Norden und Westen von Paris und machte zuletzt die Belagerer für ihre Rückzugslinie besorgt. So hatte er zwar das Verdienst der Verlängerung des Kriegs, aber auch die Schuld, daß derselbe einen blutigeren Charakter annahm und dem Lande noch schwerere Wunden geschlagen wurden; denn die Gambetta'schen Generale waren der Moltke'schen Strategie nicht gewachsen, und ihre Soldaten waren wohl kaum disciplinirter als die Mobilgardisten zu Paris.

König Wilhelm hatte nach der Kapitulation von Sedan sein Hauptquartier am 5. Sept. in Reims, am 15. in Meaux, am 18. in dem Rothschild'schen Schlosse Ferrières bei Lagny, von wo aus er am 5. Oktober nach Versailles übersiedelte In diese Zeit fielen wichtige diplomatische Schreiben und mündliche Verhandlungen. In einem Rundschreiben vom 6. Sept. erklärte Favre, daß nach dem

Sturze des Kaiserreiches der König von Preußen keinen Grund zur Fortsetzung des Krieges habe, daß die jetzige Regierung den Krieg mit Deutschland nicht gewollt habe, den weiteren Krieg, falls der König darauf beharre, zwar annehme, aber alle Verantwortung hiefür ihm überlasse und jedenfalls, wie auch der Ausgang des Krieges sein möge, keinen Fuß breit Landes, keinen Stein von den Festungen abtrete. Auf dieses Schreiben erwiderte Bismarck in seinem Rundschreiben vom 13. Sept., daß man, wenn die Volksvertretung, der Senat und die Presse fast einstimmig den Eroberungskrieg gegen Deutschland verlangt habe, wie dies im Juli 1870 in Frankreich der Fall gewesen sei, nicht sagen könne, Frankreich habe den Krieg nicht gewollt, nur die kaiserliche Regierung sei daran schuld. Auf einen Revanchekrieg von Seiten Frankreichs müsse Deutschland sich gefaßt machen, selbst wenn es gar keine Gebietsabtretung und keine Kontribution verlangte und mit dem Ruhm seiner Waffen sich begnügte. Ebendeßhalb müsse Deutschland auf seine Sicherheit Bedacht nehmen, seine Grenze gegen Frankreich etwas zurückverlegen und dadurch den nächsten französischen Angriff auf die deutsche und namentlich die bisher schutzlose süddeutsche Grenze zu erschweren suchen. Da die neutralen Mächte, mit Ausnahme Rußlands, für Frankreich Partei nahmen und Miene machten, in etwaige Friedensunterhandlungen sich einzumischen und jede drückende Bedingung von Frankreich abzuwenden, und zu diesem Zwecke eben damals Thiers seine europäische Rundreise machte, so erließ Bismarck am 16. Sept. ein zweites Rundschreiben, in welchem er diesen Mächten den Rath gab, den Krieg nicht dadurch noch zu verlängern, daß sie in dem französischen Volke die Hoffnung auf ihre Intervention nährten; denn das deutsche Volk, welches diesen Kampf allein ausgekämpft habe, werde auch allein die Rechnung abschließen und von keiner Seite her eine Intervention dulden. Es sei der bestimmte Wille der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes, daß Deutschland gegen Frankreich durch bessere Grenzen geschützt werde. Die Festungen Straßburg und Metz, diese stets offenen Ausfallpforten gegen Deutschland, müßten in dessen Gewalt kommen und würden dadurch einen rein defensiven Charakter erhalten.

Die Pariser Regierung, welche nach der Vernichtung der französischen Heere so sehr für den Frieden schwärmte, wollte zunächst wissen, unter welchen Bedingungen etwa König Wilhelm auf einen

Waffenstillstand eingienge. Zu diesem Zwecke erbat sich Favre eine Zusammenkunft mit Bismarck und hatte mit demselben am 19. und 20. Sept. mehrere Unterredungen im Schlosse Ferrières. Dabei erklärte er, daß Frankreich höchstens auf Zahlung einer Kriegskontribution sich einlassen könne, niemals auf eine Gebietsabtretung, daß zur Entscheidung hierüber eine Nationalversammlung und von dieser eine gesetzmäßige Regierung gewählt werden müsse und daß, um diese erwählen lassen zu können, ein Waffenstillstand von 14 bis 21 Tagen nöthig sei, um dessen Gewährung er nun bat. Bismarck erwiderte ihm, daß ein solcher Waffenstillstand durchaus nicht im militärischen Interesse Deutschlands sei und deßhalb nur gegen die Uebergabe der Festungen Straßburg, Toul und Bitsch bewilligt werden könne. Da die Pariser Regierung auf diese Bedingung nicht eingieng, so wurden die Unterhandlungen abgebrochen, und Favre und andere französische Diplomaten jammerten in neuen Rundschreiben über die Absicht Preußens, Frankreich auf den Stand einer Macht zweiten Ranges herabzudrücken. Die Lächerlichkeit dieser Behauptung, daß ein Staat von 38 oder, mit Einschluß Algeriens, von 42 Mill. Einwohnern durch Abtretung eines Gebietes von etwa $1^1/_2$ Mill. Einwohnern zu einer Macht zweiten Ranges erniedrigt würde, legte Bismarck in seiner Depesche vom 1. Oktober in ihrer ganzen Unwahrheit dar. Doch wurden einige Wochen nachher die Verhandlungen wieder aufgenommen. Thiers, von seiner Rundreise zurückgekehrt, erschien am 1. November in Versailles als neuer Unterhändler. Auch jetzt handelte es sich zunächst um einen Waffenstillstand, um die viel besprochenen Wahlen vornehmen lassen zu können. Nicht nur, daß Gambetta diese Frist von etwa 4 Wochen zur Aufbietung neuer Streitkräfte benützt hätte: Thiers verlangte vollends für Paris die ungehinderte Verproviantirung während des Waffenstillstandes, und als Bismarck ihn erstaunt fragte, was für Gegenleistungen denn Frankreich für all' diese Koncessionen bieten wolle, war Thiers abgeschmackt genug, zu meinen, daß er sehr geistreich spreche, wenn er erwidere, er habe nichts dagegen zu bieten. Auf dies hin zerschlugen sich auch diese Unterhandlungen. Die republikanische Regierung war offenbar von einem wahrhaft kindischen Trotz erfüllt, von einer Art Größenwahnsinn besessen. Bei jedem Kriege, welchen Frankreich siegreich geführt, hat es dem Besiegten harte Bedingungen auferlegt und nie eine Gebietsabtretung erspart. Ganz neuerdings, im

italienischen Kriege von 1859, hat es nach den zwei Siegen von Magenta und Solferino Oestreich die Abtretung der Lombardei zugemuthet. Daß für den Fall französischer Siege das linke Rheinufer für Deutschland verloren war, darüber war in ganz Europa kein verständiger Mensch im Zweifel. Und doch hatte Frankreich die Impertinenz, von dem nämlichen Gegner, welchem es in früheren Jahrzehnten so manches Gebiet abgenommen hatte und welchem es eben jetzt als Sieger seine schönsten Provinzen entrissen hätte, zu verlangen, daß er die französischen Grenzen in ihrer ganzen Ausdehnung respektiren, das französische Gebiet als unantastbar, als ein Heiligthum ansehen und auch an die Wiedergewinnung früher entrissener Provinzen nicht denken solle. Auf solch unverschämte Prätensionen konnte man nur mit neuen Schlägen antworten. Die Demüthigungen mußten noch weit härter, die Noth, namentlich in Paris, noch weit bitterer werden, wenn Frankreich zu der Einsicht kommen sollte, daß jedes Volk, also auch das französische, für seine Sünden zu büßen habe.

So mußten also die Kanonen wieder das Wort ergreifen, und sowohl vor Paris als auch an anderen Punkten, gieng es recht lebhaft zu. Gleich am ersten Cernirungstag, am 19. Sept., machten die Pariser mit etwa 40,000 Mann einen Ausfall gegen Chatillon. Aber sie wurden von preußischen und bairischen Truppen geschlagen und flohen aufs schimpflichste nach Paris zurück. Nicht besser gieng es den Parisern bei ihren Ausfällen am 30. Sept., 13. und 21. Oktober. Wenn es ihnen auch gelang, am 28. Oktober das nördlich von Paris gelegene, schwach besetzte Dorf Le Bourget zu nehmen, so wurden sie doch schon am 30. durch eine Division der Garde wieder aus demselben hinausgetrieben. In Paris herrschte in Folge dieser beständigen Niederlagen große Unzufriedenheit. Dies benützten die Socialdemokraten, um die Regierung zu stürzen und die Commune einzusetzen. Sie erregten am 31. Okt. und 1. Nov. einen Aufstand, bemächtigten sich auf einige Stunden des Stadthauses, wurden aber wieder verjagt. Der stark kompromittirte Rochefort mußte aus der Regierung austreten. Die Pariser setzten nun alle ihre Hoffnung auf das Heranmarschiren der Entsatzarmeen und gönnten sich einige Wochen Ruhe. Die nächste Hilfe sollte von der Loire her kommen. Dort stand General de la Motterouge mit einem Armeecorps und rückte von Orleans gegen Paris vor. Das erste bairische Corps unter General von der Tann, die Infanteriedivision Wittich

und zwei Kavalleriedivisionen wurden ihm entgegengeschickt. Bei Artenay und an anderen Punkten wurden die Franzosen am 10. und 11. Okt. geschlagen und über die Loire zurückgetrieben, und General von der Tann zog am Abend des 11. in Orleans ein. Die Baiern hielten die Stadt besetzt, die übrigen Heerestheile nahmen die nordwestlich von Orleans gelegenen Städte Chateaudun, Chartres und Dreux und verjagten die dort befindlichen Mobilgarden und Francitireursbanden. Gambetta, welcher sich in militärischen Dingen von einem früheren Bergwerks-Ingenieur, Herrn v. Freycinet, berathen ließ, rief alle Männer vom 20. bis zum 40. Lebensjahr zu den Waffen, ließ 5 neue Armeecorps bilden und in besonderen Instruktionslagern einüben. Den General de la Motterouge setzte er ab und übergab den Oberbefehl über die Loirearmee dem General Aurelle de Paladines. Derselbe gieng mit 2 Corps über die Loire und rückte gegen die nach Paris führende Straße vor, um dem bairischen General die Rückzugslinie abzuschneiden. Aber dieser verließ, auf die erste Nachricht von dem Anmarsch größerer Truppenmassen, Orleans, hatte am 9. November bei Coulmiers ein hartnäckiges Rückzugsgefecht gegen eine zweifache Uebermacht und stellte sich bei Toury auf, dem Feinde den Weg verlegend. Zu seiner Unterstützung wurde von Versailles noch eine Infanteriedivision abgeschickt und alle diese Truppen unter das Commando des Großherzogs von Mecklenburg gestellt. Gegen diese Streitkräfte, zu deren Verstärkung Prinz Friedrich Karl mit 3 Corps in Eilmärschen heranzog, wagte Generall Aurelle mit seinen mangelhaft ausgerüsteten, auf 4 Corps gebrachten Truppen keinen Angriff, so sehr auch Gambetta in ihn drang. Er verschanzte sich vor Orleans und wartete hier den Angriff ab. Damit war er verloren und das Versailler Hauptquartier und die Pariser Cernirungsarmee von aller Gefahr befreit.

Große Erfolge waren inzwischen im Osten Frankreichs errungen worden, bedeutend theils an sich, theils wegen der daraus sich ergebenden Möglichkeit neuer, großartiger Operationen. Am 23. Sept. kapitulirte die Festung Toul, wodurch der Eisenbahnverkehr zwischen Straßburg und Paris frei wurde. Am 28. Sept. erfolgte die Kapitulation Straßburgs, der alten deutschen Reichsstadt. Da das Bombardement vom 24. bis 27. August den Kommandanten Uhrich nicht zur Uebergabe vermochte, so wurde die Stadt regelmäßig be-

lagert. Man war zum Sturm bereit und des Erfolges sicher. Dies wartete der Kommandant nicht ab und gab sich mit 451 Officieren und 17,111 Mann kriegsgefangen. Groß war der Jubel in Deutschland, als die Nachricht kam, das am 30. Sept. 1681 durch schändlichen Verrath genommene Straßburg sei nun wieder deutsch. Das Belagerungscorps wurde sofort zu anderen Zwecken verwendet. In militärischer Beziehung weit bedeutender war der Erfolg in Metz. Dort stand die „Rheinarmee" unter Marschall Bazaine, von der Armee des Prinzen Friedrich Karl eng eingeschlossen. Auch Bazaine machte, wie General Trochu in Paris, mehrere Ausfälle, hatte aber nicht mehr Glück als dieser. Der bedeutendste war der vom 31. Aug. und 1. Sept., welcher zur Schlacht bei Noisseville führte. Von dem Marsche Mac Mahon's gegen die Maas unterrichtet, wollte Bazaine die Cernirungslinie durchbrechen und jenem die Hand reichen. Aber nach hartnäckigem Kampfe wurden seine Truppen wieder in ihre Stellungen zwischen den Forts zurückgedrängt. Die späteren Ausfälle, am 22. und 27. Sept., am 2. und 7. Oktober, hatten mehr den Zweck, die Truppen zu beschäftigen und die Vorräthe an Lebensmitteln und Futter zu ergänzen. Bazaine war, nachdem er die Katastrophe von Sedan und den Sturz des Kaiserthrones erfahren hatte, entschlossen, bis zum Friedensschluß, welchen er sich als sehr nahe bevorstehend dachte, in Metz auszuharren, um dann an der Spitze der einzigen regulären Armee, welche Frankreich noch hatte, bei der neuen Ordnung der Dinge ein gewichtiges Wort sprechen zu können. Aber mit dem Abschluß eines Friedensvertrags pressirte es den republikanischen Machthabern nicht, und die Proviantvorräthe, welche von Anfang an für eine Besatzung von 20,000 bis 30,000 Mann, nicht für eine Armee von nahezu 200,000 Mann berechnet waren, giengen rasch ihrem Ende entgegen. Zuerst unterhandelte Bazaine durch seinen Adjutanten, General Boyer, direkt mit Bismarck in Versailles und ließ durch denselben am 14. Okt. den Antrag stellen, daß Bazaine für sich und seine Armee, nicht für die Festung und die Besatzung, kapituliren wolle. Dieser Antrag wurde natürlich abgelehnt und auf der Kriegsgefangenschaft der ganzen Armee bestanden. Am 24. Okt. konnte kein Brot mehr unter die Soldaten ausgetheilt werden. Daher eröffnete Bazaine am 25. Kapitulationsverhandlungen mit dem Prinzen Friedrich Karl. Dieselben kamen am 27. zum Abschluß und wurden am 28. von dem

französischen Kriegsrath genehmigt, worauf am 29. die Stadt und die Forts den deutschen Truppen übergeben wurden. 3 Marschälle (Bazaine, Canrobert, Leboeuf), 6000 Officiere, etwa 173,000 Mann (einschließlich der Kranken und der Nationalgarden) kamen in Kriegsgefangenschaft, 53 Adler und Fahnen, 541 Feldgeschütze, 66 Mitrailleusen, 800 Festungsgeschütze, gegen 300,000 Gewehre und sonstige Kriegsvorräthe wurden erbeutet. Die ganze Kriegsgeschichte kennt keine Kapitulation, die der von Metz an die Seite zu stellen wäre. Der König von Preußen ernannte auf diesen Erfolg hin den Kronprinzen und den Prinzen Friedrich Karl zu General-Feldmarschällen, welche Würde noch kein Prinz des brandenburgisch-preußischen Königshauses bekleidet hatte, erhob den Grafen Moltke in den Grafenstand und erließ einen anerkennenden Armeebefehl an die verbündeten deutschen Armeen.

Die wichtigste Folge dieser Kapitulation war, daß nun die Cernirungsarmee für andere höchst dringende Zwecke verwendet werden konnte. Das 2. Corps unter General Fransecky marschirte nach Paris ab, um die Armee des Kronprinzen von Preußen zu verstärken. Aus den übrigen 6 Corps wurde eine erste Armee unter dem General Manteuffel und eine zweite unter dem Prinzen Friedrich Karl gebildet, wovon jede aus 3 Corps und einer Kavalleriedivision bestand. Prinz Friedrich Karl brach mit 49,607 Mann Infanterie, 5000 Mann Kavallerie und 276 Geschützen am 2. November von Metz auf und konnte mit seiner Avantgarde schon am 14. November in die Operationen an der Loire eingreifen. Die Truppen des Großherzogs von Mecklenburg, von denen inzwischen einige Abtheilungen die unter dem Grafen Keratry stehende Westarmee zurückgedrängt, Dreux und Chateauneuf besetzt hatten, vereinigten sich mit denen des Prinzen und bildeten dessen rechten Flügel. Im ganzen waren es etwa 105,275 Mann mit 556 Geschützen, welche die Aufgabe hatten, die etwa 200,000 Mann starke Armee des Generals Aurelle de Paladines aus ihren wohl verschanzten Stellungen zurückzudrängen, über die Loire zu treiben und Orleans wieder zu nehmen. Gambetta, mehr auf die Zahlenverhältnisse als auf die Qualität der Truppen sehend, war voll Hoffnung, zumal da gleichzeitig, am 30. November und 1. December, ein großer Ausfall aus Paris gemacht werden sollte. Er spornte daher unaufhörlich den General Aurelle zu Offensivunternehmungen an. Aber weder

die Angriffe auf den linken Flügel der deutschen Armee bei Ladon, Mezières und Bois Commun am 24. und bei Beaune la Rolande am 28. November, noch die auf den rechten Flügel bei Loigny und Pouprv am 2. December waren von Erfolg. Am 3. December ergriff Prinz Friedrich Karl die Offensive, drängte in einem umfassenden Angriff den Feind zurück, setzte am 4. den Kampf fort, ließ den Bahnhof und die Vorstädte von Orleans erstürmen, und Nachts 12 Uhr zog der Großherzog in das von den Franzosen geräumte Orleans ein. Ueber 12,000 Gefangene wurden gemacht, 60 Kanonen und 4 Kanonenboote erbeutet. Der Rückzug der Feinde gieng theils Loire abwärts, theils aufwärts. Gambetta, mit den Leistungen des Generals Aurelle unzufrieden, enthob ihn des Commando's und theilte die Loirearmee in zwei Theile, welche je nach Umständen getrennt oder gemeinsam zu operiren hatten. Von diesen stand die erste Loirearmee, aus 3 Corps bestehend, bei Nevers und hatte zum Befehlshaber den General Bourbaki, die zweite, aus $3^1/_2$ Corps bestehend, bei Blois und wurde von General Chanzy kommandirt.

Prinz Friedrich Karl schickte einen Theil seines Heeres die Loire abwärts gegen Chanzy. Meugn, Beaugency, Blois, das Schloß Chambord wurden besetzt, über 7000 Gefangene gemacht, mehrere Geschütze erbeutet. Die Delegationsregierung zu Tours, sich nicht mehr für sicher haltend, verlegte am 10. December ihren Sitz nach Bordeaux. General Chanzy zog sich nach Vendôme und von da noch weiter westlich nach Le Mans zurück. Prinz Friedrich Karl ließ Vendôme durch ein Corps besetzen und von dort aus die Bewegungen Chanzy's beobachten. Die übrigen Truppen verlegte er in den letzten Tagen des Decembers rings um Orleans in die Quartiere, um ihnen Erholung zu gönnen und ihre Ausrüstung verbessern zu lassen. Erst am 6. Januar 1871 brach er, einem Befehle des großen Hauptquartiers zufolge, mit 57,000 Mann Infanterie, 15,000 Mann Kavallerie und 318 Geschützen gegen Chanzy auf, der sich indessen mit seiner aus 100,000 Mann bestehenden Armee ruhig bei Le Mans gehalten hatte. Wo die Armee Bourbaki's stand und was sie beabsichtigte, ob sie zur Unterstützung Chanzy's nach Le Mans ziehe, oder über Montargis und Fontainebleau gegen Paris vorrücken wolle oder nach dem Osten zur Entsetzung Belfort's abgezogen sei, wußte man nicht. Um für alle Fälle gesichert zu sein, blieb beim Abzug des Prinzen die hessische Division in Orleans, Gien und Blois blieben besetzt, das

2. Corps unter Fransecky nahm bei Montargis und östlich davon das 7. Corps unter Zastrow bei Auxerre Stellung. Der Marsch des Prinzen durch die sogenannte „Perche“, bei Frost, Schneestürmen und Thauwetter, war äußerst beschwerlich. Auf 3 Straßen rückten die Truppen unter täglichen Gefechten gegen Le Mans vor und waren im Begriff, dem Feinde den Rückzug abzuschneiden. Da verließ Chanzy am Morgen des 12. Januar Le Mans, zog sich eilig nach Laval und Mayenne zurück, und am Abend rückten die Hannoveraner in Le Mans ein. Der Prinz nahm sein Hauptquartier in der Stadt und schickte zur Verfolgung des Feindes Truppenabtheilungen theils nach Laval, theils nach Mayenne ab. Das leerstehende Lager von Conlie wurde besetzt und viele Vorräthe erbeutet. Andere Abtheilungen rückten am 19. Januar in Tours ein. Der Großherzog von Mecklenburg marschirte mit dem 13. Corps über Alençon nach Rouen, um den Truppen der deutschen Nordarmee Gelegenheit zu einem entscheidenden Schlage zu geben. Von Chanzy war in der nächsten Zeit nichts mehr zu fürchten; in die Bretagne zurückgedrängt, war er für größere Operationen unfähig. Vom 6. bis 12. Januar hatte er einen Verlust von 18,000 Gefangenen, 20 Geschützen und 2 Fahnen; die Zahl der Todten und Verwundeten entzog sich der Berechnung. Prinz Friedrich Karl hatte einen Verlust von 180 Officieren und 3470 Mann an Todten und Verwundeten.

Wie im Süden und Westen von Paris die Entsatzarmeen vernichtet wurden, so auch im Norden. Dort befehligten nach einander die französischen Generale Farre, Bourbaki und Faidherbe. Der letztere übernahm das Commando am 3. December. Die nördlichen Festungen Arras, Cambrai, Douai, Valenciennes gaben einen günstigen Stützpunkt für die Operationen und Zuflucht. Zunächst war nur ein Armeecorps ausgerüstet, und mit diesem stand General Farre südlich von Amiens. Gegen diesen Feind sollte General Manteuffel mit der ersten Armee operiren. Doch mußte er ein Corps in Metz und zur Belagerung von Diedenhofen und Montmedy zurücklassen und von den übrigen 2 Corps, zusammen nur 38,244 Mann Infanterie und 4433 Mann Kavallerie nebst 180 Geschützen, mehrere Abtheilungen zur Belagerung der nördlichen Festungen abgeben. Manteuffel marschirte am 7. November von Metz ab, kam am 20. in die Nähe von Compiègne und traf am 27. den Feind bei Moreuil. Er schlug ihn zurück, nahm Amiens und zwang die

dortige Citadelle und die kleine Festung La Fère zur Kapitulation. Darauf wandte er sich nach der Normandie, besetzte am 5. December Rouen, am 9. die Hafenstadt Dieppe und zersprengte einzelne an der Seine auftretende Heeresabtheilungen. Da aber Faidherbe, welcher inzwischen ein zweites Armeecorps ausgerüstet hatte, gegen Süden vorrückte und die kleine Festung Ham zur Kapitulation zwang, so kehrte Manteuffel wieder um, griff am 23. December den Feind am Flüßchen Hallue (oder bei Querrieux) an und zwang ihn zum Rückzug nach Douai. Die Festung Peronne mußte am 9. Januar kapituliren. Der in der Normandie zurückgelassene General Bentheim hatte indessen feindliche Abtheilungen von 15,000 bis 20,000 Mann in mehreren Gefechten gegen Havre zurückgedrängt, das Schloß „Robert der Teufel“ erstürmt und den von Havre aus die Seine aufwärts fahrenden Kriegsschiffen durch Versenkung 11 größerer Schiffe bei Duclair den Weg versperrt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich auch 6 englische Kohlenschiffe, deren Eigenthümer entschädigt wurden. Am 3. Januar griff Faidherbe, welcher aufs neue vorgieng, bei Bapaume eine Division des 8. Corps an, wurde aber zurückgeworfen. Der Kommandant des 8. Corps, General Göben, erhielt am 6. Januar das Commando über die erste Armee, als Manteuffel zum Befehlshaber der Südarmee ernannt wurde. Zum drittenmal drang Faidherbe vor, von Gambetta zur Unterstützung des auf den 19. Januar festgesetzten großen Pariser Ausfalls aufgefordert, und stellte sich mit 50,000 bis 60,000 Mann bei St. Quentin auf. General Göben griff ihn am 19. Januar mit etwa 30,000 Mann an, warf die französische Armee nach siebenstündigem Kampf aus allen ihren Stellungen und nahm ihr 10,000 Gefangene und 6 Geschütze ab. Der Feind floh in voller Auflösung nach Cambrai und war für mehrere Wochen zu jeder weiteren Aktion ebenso unfähig wie die Armee Chanzy's.

Im Osten zeigte sich eine dritte Entsatzarmee. Dort hatte nach der Kapitulation Straßburg's General Schmeling mit einer Reservedivision die Festungen Schlettstadt und Neu-Breisach am 24. Okt. und 10. Nov. zur Kapitulation gezwungen, und General Treskow hielt mit einer anderen Reservedivision vom 3. Nov. an die starke Festung Belfort, den südlichen Schlüssel der Vogesen, cernirt. Diese 2 Divisionen und eine dritte später gebildete Reservedivision unter General Debschütz gehörten zum 14., unter dem Commando des

Generals Werder stehenden Corps. Dieser brach im Oktober mit der badischen Division und der Truppenabtheilung des Generals von der Goltz von Straßburg auf, überschritt die Vogesen, kam unter täglichen Gefechten, besonders bei Etival am 6. Okt., nach Epinal und Vesoul, schlug die Truppen des Generals Cambriels am 22. Okt. bei Etuz nach Besançon zurück und sandte den badischen General Beyer gegen Dijon ab. Die Stadt wurde nach heftigem Kampfe und nach kurzem Bombardement am 31. Okt. zur Kapitulation gezwungen. Im November stellte sich das ganze Werder'sche Corps bei Dijon auf. Gegen diese Stellung rückte Garibaldi, welcher, von republikanischem Schwindel ergriffen, am 9. Okt. in Tours angekommen und von Gambetta zum Oberbefehlshaber der Vogesen-Freischaaren ernannt worden war, mit einem sehr bunt gemischten Heere von 20,000 Mann von Autun aus an und wurde am 26. und 27. Nov. bei Pasques zurückgeschlagen. Ebenso wurde die gegen Dijon vorgehende Division des Generals Cremer von einem Theil der badischen Truppen unter General Glümer am 18. Dec. bei Nuits in die Flucht geschlagen und andere feindliche Abtheilungen durch General v. d. Goltz in die Festung Langres zurückgeworfen. Da hörte General Werder, daß zwischen Lyon und Besançon bedeutende Truppenmassen sich ansammeln und ein gewaltiger Schlag gegen Belfort beabsichtigt sei. Auf dies hin räumte er Dijon und nahm vom 30. Dec. bis zum 9. Jan. Stellung bei Vesoul. Er hatte 33,278 Mann Infanterie, 4020 Mann Kavallerie und 120 Feldgeschütze bei sich. Gegen diese kleine Armee rückte General Bourbaki mit etwa 150,000 Mann an. Derselbe hatte von Gambetta den Auftrag erhalten, im Rücken des deutschen Hauptquartiers eine großartige Diversion auszuführen, hatte in der Mitte Decembers 3 Armeecorps von Nevers nach Besançon gebracht, ein viertes Corps von Lyon her an sich gezogen und auch die Division Cremer mit seiner Armee vereinigt. Sein Plan war, mit dieser Uebermacht das Werder'sche Corps über den Haufen zu werfen, die Festung Belfort zu entsetzen, ins Elsaß einzudringen, die rückwärtigen Verbindungen der deutschen Heere zu unterbrechen, wohl auch einen Rachezug nach Süddeutschland zu unternehmen. Die Gefahr für Belfort und für den Rücken der deutschen Cernirungsarmee vor Paris war nicht gering. Durch General Werder von dieser Sachlage in Kenntniß gesetzt, ordnete Moltke sofort am 6. Jan. die Bildung der aus dem

3., 7. und 14. (Werder'schen) Corps zusammengesetzten Südarmee an, übertrug dem General Manteuffel das Obercommando und gab demselben am 10. Jan. in Versailles mündlich seine Instruktionen. Das 2. und das 7. Corps brachen von Montargis und von Auxerre auf, um am 12. Januar bei Chatillon an der Seine zusammenzutreffen.

Sobald General Werder erkannte, daß Bourbaki's nächstes Ziel nicht Vesoul, sondern Belfort sei, verließ er Vesoul, ließ Bourbaki's Marsch durch den Angriff bei Villersexel am 9. Jan. aufhalten und erreichte noch zeitig genug die berühmte Defensivstellung südwestlich von Belfort. Zur Verstärkung derselben giengen von der Cernirungsarmee vor Belfort 10,000 Mann und 37 Belagerungsgeschütze ab. Die Vertheidigungslinie zog sich von Frahier über Hericourt und Montbeliard bis nach Delle an der Schweizergrenze hin und hatte den Fluß Lisaine und das sumpfige Thal der Allaine vor sich. Wer diese Stellung erstürmen und die Straße nach Belfort erzwingen wollte, der mußte vorher das ganze Werder'sche Corps Mann für Mann zusammenhauen; denn die deutschen Truppen, der dem Vaterlande drohenden Gefahr wohl bewußt, gaben sich die historische Losung: „Wir dürfen sie nicht durchlassen, nicht um die Welt!" Die äußeren Verhältnisse, abgesehen von der fast vierfachen feindlichen Uebermacht, waren höchst ungünstig. Die Vorräthe an Proviant waren gering, die Kälte stieg bis auf 17 Grad, das Wasser der Lisaine gefror. Aber das Pflichtgefühl der deutschen Soldaten überwand alle Schwierigkeiten. Bourbaki verstand es nicht, von seiner Uebermacht den rechten Gebrauch zu machen und entweder das Centrum zu durchbrechen oder den schwachen rechten Flügel des Gegners zu umgehen. Alle seine Angriffe in der dreitägigen Schlacht bei Hericourt (oder bei Belfort), am 15., 16. und 17. Jan., wurden zurückgeschlagen; nur auf einige Stunden gelang es ihm, das schwach besetzte Dorf Chenebier zu nehmen; er mußte es wieder räumen und am 18. Jan. den Rückzug antreten. Zu diesem bewog ihn auch die Nachricht von dem Anmarsch des Generals Manteuffel. Die Verluste der Franzosen in der Schlacht und auf den Rückzugsgefechten betrugen an Todten und Verwundeten 6000 bis 8000 Mann und an Gefangenen 2000. General Werder verlor 81 Officiere und 1847 Mann. Derselbe folgte schon am 19. dem Feinde, der nach Besançon zog und von da nach Lyon abmarschiren wollte. Wenn er sich

aber nicht sehr beeilte, so kam er nach Lyon so wenig als nach Belfort.

Der General Manteuffel, welcher am 12. Jan. in Chatillon das Commando über die Südarmee übernommen und am 13. seinen Marsch angetreten hatte, zog in Eilmärschen heran. Er marschirte durch die Gebirgszüge des Côte d'Or, von da zwischen den Festungen Langres und Dijon hindurch, ohne von Garibaldi, welcher nach Werder's Abzug Dijon mit 25,000 Mann besetzt hatte, irgendwie belästigt zu werden, und wandte sich, auf die Nachricht von Bourbaki's Rückzug, südöstlich, um mit seinen beiden Corps, zusammen 44,950 Mann Infanterie und 2866 Mann Kavallerie nebst 168 Geschützen, dem französischen Heere den Rückweg nach Lyon zu verlegen und demselben keine andere Wahl zu lassen, als entweder mit seinen demoralisirten Truppen eine Schlacht zu wagen oder ohne Schlacht sich zu ergeben oder auf Schweizer Gebiet überzutreten. Am 23. Jan. war die Straße nach Lyon besetzt, die ersten Gefechte begannen, das 2. und 7. Corps drängten von Süden und Westen, das Werder'sche Corps von Norden; es blieb kein Ausweg möglich als nach Osten. Bourbaki machte in Besançon am 26. Jan. einen Selbstmordversuch. Gleichzeitig traf dort von Gambetta ein Telegramm ein, wonach Bourbaki abgesetzt und General Clinchant zum Oberbefehlshaber der Ostarmee ernannt war. Aber auch dieser konnte dem Wunsche Gambetta's, daß die Armee nach Süden abmarschiren solle, nicht mehr entsprechen und mußte nach Pontarlier abziehen. Die Nachricht von dem in Versailles abgeschlossenen Waffenstillstand wollte er als Rettungsanker benützen; aber es zeigte sich, daß derselbe für den östlichen Kriegsschauplatz nicht galt. So war die Katastrophe nicht aufzuhalten. Am 1. Febr. war auch der letzte nach Süden führende Gebirgspaß an der Schweizergrenze besetzt, Pontarlier wurde erstürmt, der nach Neuchâtel abziehende Feind bis zu den zwei Sperrforts von La Cluse verfolgt. 90,314 Mann und 11,787 Pferde betraten bei dem Grenzort Verrières das Schweizer Gebiet, wurden dort entwaffnet und unter die Kantone vertheilt. In diesen Tagen machten die deutschen Truppen über 15,000 Gefangene und erbeuteten 2 Fahnen, 28 Kanonen und Mitrailleusen und eine Menge von Wagen und Waffen. Garibaldi, welcher inzwischen von 6000 Mann unter General Kettler im Schach gehalten worden war, bei welchen Gefechten die Feinde eine unter

einem Haufen von Leichen verlorene deutsche Fahne fanden, räumte in der Nacht auf den 1. Febr., auf die Nachricht, daß stärkere Truppenabtheilungen heranziehen, die Stadt Dijon, zog nach dem Süden und begab sich bald darauf wieder auf die Insel Caprera. Die von Oberst Denfert vertheidigte Festung Belfort hatte sich bei den zur Vertheidigung günstigen Terrainverhältnissen bisher gehalten. Der Sturm auf die beiden Forts Ober- und Unter-Perche mißlang; er wurde am 8. Februar erneuert und die Forts genommen. Nun konnte sich die Festung nicht mehr lange halten. Um sie aber vor Abschluß des Waffenstillstandes in seine Gewalt zu bekommen, willigte König Wilhelm in eine Verlängerung desselben nur unter der Bedingung der Uebergabe Belfort's. Am 18. Febr. zog die Besatzung, noch 12,000 Mann stark, mit kriegerischen Ehren ab, und Belfort wurde von der Division Treskow besetzt. Andere Festungen, wie Soissons, Verdun, Diedenhofen, Pfalzburg, Montmedy waren schon im Jahre 1870 zur Kapitulation gezwungen worden. Nur die Festung Bitsch blieb bis zum 26. März von den französischen Truppen besetzt.

Nach Vernichtung aller Entsatzarmeen war für Paris nichts mehr zu hoffen, wenn es nicht den Grund der Hoffnung in sich selbst trug. Auf den 30. Nov. war mit Gambetta ein großer Ausfall verabredet. General Ducrot wollte mit etwa 50,000 Mann die östliche Cernirungslinie durchbrechen, nach Fontainebleau marschiren, dort mit der Loirearmee sich vereinigen und zugleich mit dieser zum Entsatz von Paris sich rückwärts wenden. Während an anderen Punkten demonstrirt wurde, brach Ducrot gegen Champigny und Brie an der Marne vor, verdrängte die württembergische Division, von welcher ein Theil südlich bei Bonneuil und Mesly einen Angriff zurückschlug, und eine nicht vollzählige sächsische Division aus den Dörfern Champigny und Brie, konnte aber bei dem entschlossenen Widerstand der deutschen Truppen nicht weiter vordringen. Am 2. December rückten die beiden Divisionen, unterstützt von dem 2. Armeecorps und einer Brigade vom 6. Corps, unter dem Commando des Generals Fransecky vor und nahmen nach dem heftigsten Kampfe die eine Hälfte von Champigny wieder, worauf in der Nacht vom 3. auf den 4. die Franzosen die andere Hälfte des Ortes und Brie räumten und mit sämtlichen Truppen auf das rechte Marneufer zurückgiengen. Die Württemberger ver-

loren an beiden Schlachttagen 63 Officiere und 1557 Mann, die Sachsen 82 Officiere und 1864 Mann, die Pommern 87 Officiere und 1447 Mann; der Verlust der Franzosen betrug etwa 10,000 Mann, worunter gegen 1600 Gefangene. Auch die Ausfälle vom 21. und 22. Dec. gegen Stains und Le Bourget wurden zurückgeschlagen, der mit schweren Geschützen versehene Mont Avron wurde nach zweitägigem Bombardement von den Franzosen geräumt und am 29. Dec. von den Sachsen besetzt und zugleich mit der Beschießung der östlichen Forts begonnen. Am 5. Jan., nachdem der Belagerungspark eingetroffen war, begann die Beschießung der südlichen Forts, deren Feuer bald zum Schweigen gebracht war, und am 8. Jan. das Bombardement der Stadt Paris, wovon besonders das linke Seineufer, und auch dieses nicht sehr empfindlich, betroffen wurde. Die Unruhe und Unzufriedenheit in Paris nahm zu. Man verlangte immer neue Ausfälle. Am 10., 13., 14., 15. und 16. Jan. wurden solche gemacht und mißlangen. Ein Massenausfall von wenigstens 100,000 Mann, gegen ein einziges Armeecorps gerichtet, glaubte man, müsse den Durchbruch herbeiführen. Derselbe wurde am 19. Jan. in der Richtung gegen Versailles ausgeführt und veranlaßte einen hartnäckigen Kampf zwischen dem Fort Mont Valerien und dem von den Franzosen in Brand geschossenen Schlosse St. Cloud. Hier stand das 5. Corps unter General Kirchbach. Die Franzosen erlitten eine vollständige Niederlage und verloren gegen 6000 Mann.

Damit trat für Paris ein Wendepunkt ein. Der Oberkommandant Trochu, von der Nutzlosigkeit dieser Ausfälle längst überzeugt, legte seine Stelle nieder und erhielt den General Vinoy zum Nachfolger. Ein neuer Aufstand der Socialdemokraten wurde am 22. Jan. mit Mühe bewältigt. Die Lebensmittel, aus schlechtem Brot und Pferdefleisch bestehend, reichten höchstens auf 14 Tage. War diese Frist vorüber, so konnte niemand die hungrigen Massen von Akten der Verzweiflung zurückhalten. Die Regierung mußte handeln und zwar so schnell als möglich. Am Abend des 23. Jan. kam Minister Favre nach Versailles und bot dem Grafen Bismarck die Kapitulation von Paris an; doch sollte die reguläre Armee in voller Rüstung ausmarschiren und sich hinter die Loire zurückziehen dürfen. Das deutsche Hauptquartier nahm diese Bedingung nicht an. Nach weiteren Verhandlungen wurde am 28. Jan. die Konvention von Paris abgeschlossen. Ein Waffenstillstand von 3 Wochen

wurde bewilligt, jedoch auf die drei östlichen Departements, in welchen eben die Vernichtung der Bourbaki'schen Armee sich vollzog, nicht ausgedehnt; in dieser Zeit sollte eine Nationalversammlung gewählt werden und die Frage über Krieg und Frieden entscheiden; sämtliche Forts von Paris und das Kriegsmaterial mußten den deutschen Truppen übergeben werden; die Besatzungstruppen von Paris und den Forts wurden kriegsgefangen, hatten die Waffen abzugeben, blieben jedoch in Paris und mußten von den dortigen Behörden verpflegt werden. Eine Division von 12,000 Mann sollte zur Erhaltung der Ordnung die Waffen behalten, und die gleiche Ausnahme wurde, gegen den Willen Moltke's, auf den Wunsch Favre's, der es später sehr bereute, auch für die gesamte Nationalgarde festgesetzt. Die Stadt Paris hatte binnen 14 Tagen eine Kriegskontribution von 200 Millionen Francs zu bezahlen und durfte sich verproviantiren. Am 29. Jan. erfolgte die Uebergabe der 25 größeren und kleineren Forts an die deutschen Truppen und die Aufhissung der schwarzweißrothen Fahne auf denselben.

Gambetta war diese Konvention sehr unwillkommen. Doch glaubte er die Frist von 3 Wochen zur Ausrüstnng neuer Vaterlandsvertheidiger benützen zu können und hoffte durch Beherrschung der bevorstehenden Wahlen eine radikale, zum Krieg à outrance entschlossene Nationalversammlung zusammenzubringen. Er veröffentlichte zu diesem Zwecke am 31. Jan. eine Proskriptionsliste, wonach jeder, der von der kaiserlichen Regierung ein höheres Amt oder eine officielle Kandidatur angenommen hatte, von der Wählbarkeit ausgeschlossen wurde. Bismarck und die Pariser Regierung protestirten energisch gegen diese Eigenmächtigkeit und bestanden auf durchaus freien Wahlen. Im deutschen Hauptquartier war man zum Aeußersten entschlossen und entwarf bereits neue Operationsplane. Gambetta, von den übrigen Mitgliedern der Delegationsregierung verlassen, gab am 6. Febr. seine Entlassung. Am 8. Febr. fanden in ganz Frankreich die Wahlen statt und am 12. wurde die Nationalversammlung in Bordeaux eröffnet. Thiers wurde am 17. zum Chef der vollziehenden Gewalt erwählt, bildete am 19. sein Ministerium und begab sich, im Auftrage der Nationalversammlung, am 21. mit den Ministern Favre und Picard nach Versailles, um die Friedensverhandlungen zu eröffnen. Daß Elsaß nebst Straßburg verloren war, glaubten die französischen Unterhändler hin-

nehmen zu müssen; daß aber auch die Festungen Metz und Belfort abgetreten werden sollten, schien ihnen, bei ihrem schwachen Gedächtniß für Napoleonische Friedensbedingungen, zu stark. Erst als die Kriegskontribution auf 5 Milliarden ermäßigt und die Zurückgabe der Festung Belfort angeboten wurde, kamen die Verhandlungen wieder in Fluß, und am 26. Febr. wurden die Friedenspräliminarien unterzeichnet. Darauf reiste Thiers nach Bordeaux zurück und legte den Vertrag der Nationalversammlung vor. Am 1. März nahm dieselbe mit 546 gegen 107 Stimmen den Vertrag an, worauf Favre die Urkunde nach Versailles brachte, wo sie am 2. März von König Wilhelm unterzeichnet wurde.

Nach diesem Präliminarvertrag trat Frankreich an das deutsche Reich Elsaß und Deutsch-Lothringen, mit Straßburg, Metz, Diedenhofen, aber ohne Belfort, ab und verpflichtete sich zur Zahlung einer Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Francs, von welchen im Jahre 1871 wenigstens eine Milliarde, der Rest im Laufe der nächsten drei Jahre bezahlt werden sollte. Die Räumung des occupirten französischen Gebietes sollte gleichen Schritt halten mit der Abzahlung der Milliarden und zwar so, daß nach Abzahlung von 2 Milliarden nur noch 6 Departements nebst Belfort als Pfand für die rückständigen 3 Milliarden von 50,000 Mann besetzt gehalten werden sollten. Auch sollte der westliche Theil von Paris von 30,000 Mann so lange besetzt werden, bis der Vertrag von der Nationalversammlung genehmigt war. Die Pariser sollten die deutschen Soldaten als Sieger in ihren Mauern sehen, um nicht neuen Stoff zu Phantasien über die Unantastbarkeit und Unüberwindlichkeit ihrer „heiligen" Stadt zu bekommen. Am 1. März zogen die 30,000 Mann, nachdem König Wilhelm Musterung über sie gehalten hatte, in Paris ein; 70,000 Mann standen in Reserve und die Kanonen der Forts waren gegen die Stadt gerichtet. Jeden Widerstand von Seiten der Pariser Bevölkerung traf die strengste Ahndung. Am 2. März wurden Tausende von Soldaten, nur mit dem Seitengewehr bewaffnet, von Officieren in die Stadt geführt und einige interessante Punkte ihnen gezeigt. Die Bevölkerung verhielt sich ruhig; beim Abzug der Truppen am 3. März hielt der Pöbel sein Schreien und Schimpfen nicht zurück. Diese dreitägige Occupation war offenbar eine zu milde Maßregel für den Größenwahnsinn der Pariser. Was vom 18. März an nachkam, waren freilich stärkere

Recepte. Dem Versailler Vertrage gemäß wurden sofort die südlichen Forts und einige westliche und südliche Departements geräumt, die nördlichen und östlichen Forts blieben bis zur Zahlung der ersten halben Milliarde besetzt und die Linie von Rouen bis Dijon wurde von den deutschen Armeecorps festgehalten. Das große Hauptquartier verließ Versailles am 7. März, und am 17. kehrte der König von Preußen nach einem Feldzug ohne Gleichen nach Berlin zurück. Der Krieg hatte vom wirklichen Beginn bis zum Waffenstillstand 180 Tage gedauert. In dieser Zeit haben die deutschen Heere 159 größere und kleinere Gefechte bestanden, 15 größere Schlachten gewonnen, 26 feste Plätze genommen, 3 große Heere in Festungen gedrängt und zur Uebergabe gezwungen, ein viertes zum Uebertritt in die Schweiz genöthigt, 11,650 Officiere und 363,000 Mann zu Gefangenen gemacht und nach Deutschland abgeführt, ein viertes Hunderttausend in Paris gefangen gehalten, über 6700 Geschütze, 120 Adler oder Fahnen und unermeßliches Kriegsmaterial erbeutet. Die Verluste sämtlicher deutschen Heere betrugen 4990 Officiere, darunter 1165 todte, 3795 verwundete, 30 vermißte, und 112,041 Unterofficiere und Soldaten, darunter 18,132 todte, 87,742 verwundete, 6145 vermißte. Zu Ende des Feldzuges standen von deutscher Seite 569,875 Mann Infanterie, 63,465 Mann Kavallerie und 1742 Geschütze auf französischem Boden. Rechnet man hiezu noch die Officiere und Beamten, die Pioniere, Trains und dergleichen, so läßt sich annehmen, daß am 1. März 1871 etwa eine Million Soldaten und sonstiger Armeeangehöriger sich in Frankreich befand. Außerdem standen in Deutschland noch 250,000 Mann Ersatz- und Besatzungstruppen.

Die Verhandlungen über den definitiven Friedensschluß wurden am 28. März in Brüssel eröffnet. Die französischen Unterhändler stellten der Ausführung des Versailler Vertrags, besonders den finanziellen Bestimmungen desselben, solche Schwierigkeiten entgegen, daß ihre Absicht, den Vertrag so schlecht als möglich zu halten, leicht zu erkennen war. Die Verhandlungen kamen ins Stocken, in Berlin dachte man bereits an die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten, und die Zurücktransportirung der Kriegsgefangenen, welche zur Bekämpfung der Commune so nothwendig war, wurde eingestellt. Die französische Regierung begriff endlich den Ernst der Situation. Die Brüsseler Konferenz wurde aufgelöst,

und am 6. Mai kamen die französischen Minister Favre und Pouyer-Quertier mit Bismarck in Frankfurt zusammen. Die Verhandlungen nahmen einen günstigen Verlauf. Schon am 10. Mai wurde der Friedensvertrag unterzeichnet. Derselbe enthielt eine die Nationalität der Bewohner mehr berücksichtigende Grenzbestimmung, eine Verkürzung der Zahlungsfristen für die zwei ersten Milliarden und eine Verlängerung der Occupation in einzelnen Gebietstheilen. Nach einem Zusatzartikel ging die französische Ostbahn in Elsaß-Lothringen gegen Bezahlung von 325 Millionen Francs in deutschen Besitz über. Mit diesem letzten, in Frankfurt im Gasthof zum Schwan, dem Absteigquartier Bismarck's, sich abspielenden Akt war der deutsch-französische Krieg definitiv zu Ende.

§. 25.

Das Deutsche Reich und das hohenzollern'sche Kaiserthum.

Unter den Motiven, durch welche die französischen Staatsmänner zur Kriegserklärung sich hatten bestimmen lassen, war das nicht das geringste, daß die Vereinigung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bunde, die Errichtung eines starken Deutschen Reiches verhindert werden sollte. Ebendeßwegen, weil der Feind die Erreichung dieses deutschnationalen Zieles so sehr fürchtete und derselben Hemmnisse in den Weg zu legen suchte, mußte jedes deutsche Herz diesem Ziele zusteuern. Militärisch-einig war Deutschland in den Krieg gezogen; politisch-einig mußte es aus demselben zurückkehren. So dachten Tausende schon bei den ersten Siegesnachrichten. Der Tag von Sedan war vollends entscheidend. Schon am 30. August verlangte eine Volksversammlung in Berlin, von welcher ein Aufruf an das deutsche Volk und eine Aufforderung zu einer Adresse an den König von Preußen ausgieng, Zurückweisung jeder Einmischung des Auslands, Gründung eines Deutschen Reiches und Wegnahme von Elsaß-Lothringen. Die Adresse erhielt in wenigen Tagen viele tausend Unterschriften. Eine Versammlung in München am 1. Sept. und in Stuttgart am 3. Sept. sprach sich in diesem Sinne aus. Die süddeutschen Regierungen konnten sich dem Strome der öffentlichen Meinung nicht entgegenstemmen. Die badische Regierung sprach sich in einem Schreiben an Bismarck vom 2. Sept. für den Anschluß Süddeutschlands und für Verstärkung der Centralgewalt

auf militärischem und diplomatischem Gebiete aus. Die Regierungen von Baiern und von Württemberg gaben in den Antwortschreiben auf die Adressen bestimmte Zusicherungen auf Herstellung eines Verfassungsbündnisses. Auf den Wunsch des bairischen Ministeriums beauftragte Bismarck den Minister Delbrück, seine Rückreise von Versailles nach Berlin über München zu machen. Derselbe kam am 21. Sept. 1870 dort an und erklärte den bairischen Ministern, er selbst habe keine Anträge zu stellen, sondern nur ihre Wünsche und Vorschläge entgegenzunehmen. Auf dies hin führten die Minister 80 Punkte an, in welchen sie eine Veränderung der Bundesverfassung oder eine Ausnahmestellung für Baiern wünschten. Besonders hoben sie hervor eine selbständige Verwaltung der bairischen Armee, Dispensation von Beiträgen zur Unterhaltung der Flotte, eigene Justizgesetzgebung, eigene Verwaltung des Verkehrswesens, privilegirtes Stimmenverhältniß im Bundesrath, absolutes Veto gegen jede Verfassungsänderung, Zuziehung zur Leitung der auswärtigen Politik. Dies gab zwar ein Verfassungsbündniß, aber ein solches mit sehr lockeren Banden. Auf welche thatsächlichen Verhältnisse Baiern die Forderung einer so bevorzugten Ausnahmestellung gründen wollte, war schwer zu sagen. Den Münchener Konferenzen wohnte auch der württembergische Minister v. Mittnacht bei.

Unter solchen Umständen war leicht einzusehen, daß die Arbeit an dem Verfassungswerk nicht mit Baiern, sondern mit willfährigeren Regierungen angefangen werden mußte. Bismarck lud daher die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen ein, Bevollmächtigte nach Versailles abzusenden, machte hievon dem bairischen Ministerium Meldung, überließ es demselben aber, ob es sich an den Verhandlungen betheiligen oder das Resultat der Verhandlungen mit den 3 anderen Staaten abwarten und dann die Münchener Verhandlungen wieder aufnehmen wollte. Um eine Isolirung Baierns zu verhüten, machten sich die bairischen Minister v. Bray, v. Lutz und v. Pranckh am 20. Okt. auf den Weg nach Versailles. Von Württemberg erschienen dort die Minister v. Mittnacht und v. Succow, von Baden die Minister v. Jolly und v. Freydorff, von Hessen der Minister v. Dalwigk. Die preußischen Minister v. Delbrück und v. Roon, welche hauptsächlich die Unterhandlungen zu führen hatten, lehnten die Forderung der bairischen Minister, ein absolutes Veto gegen Verfassungsänderungen für Baiern zu erhalten, ab,

waren aber zu anderen Zugeständnissen bereit. Nach einer Besprechung mit den Bevollmächtigten von Württemberg, Baden und Hessen am 6. Nov. schien eine Einigung mit diesen Staaten nahe zu sein. Ein auch heute noch geheimnißvolles Telegramm vom 13. Nov. an die württembergischen Bevollmächtigten verursachte eine unerwartete Störung. Dieselben reisten sofort nach Stuttgart ab. Am 15. Nov. wurde in Versailles der Verfassungsvertrag mit Baden und Hessen, am 23. mit Baiern und am 25. in Berlin mit Württemberg abgeschlossen. Baden und Hessen beanspruchten keine Reservatrechte und nahmen die Norddeutsche Bundesverfassung vollständig an; nach der mit Baden abgeschlossenen Militärkonvention wurde dessen Kontingent ein unmittelbarer Bestandtheil der preußischen Armee; derselbe bildete in Verbindung mit 3 preußischen Regimentern das 14. Armeecorps, zu dessen Commandeur der General Werder ernannt wurde; die hessische Division wurde dem 11. Armeecorps einverleibt. Württemberg behielt die besondere Verwaltung der Post, der Telegraphen, der Eisenbahnen und, wie auch Baden und Baiern, die besondere Besteuerung des Biers und Branntweins; seine Division hatte sich zu einem Armeecorps zu erweitern und trat als das 13. in den Rahmen der deutschen Armee ein. Baiern behielt seine eigene Diplomatie, die Verwaltung des Heerwesens, der Post, der Telegraphen, der Eisenbahnen und wurde von den Bundesgesetzen über Heimats- und Niederlassungsverhältnisse nicht berührt. In Verbindung mit den Bevollmächtigten Sachsens und Württembergs bildeten die bairischen einen diplomatischen Ausschuß unter Baierns Vorsitz im Bundesrath, und das Veto von 14 Stimmen im Bundesrath (so viele Stimmen haben gerade Baiern, Sachsen und Württemberg zusammen) kann jede Verfassungsänderung unmöglich machen. Doch mußte das bairische Heerwesen nach den Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung eingerichtet werden, und der Bundesfeldherr hatte das Recht der Anordnung der Mobilisirung und der Inspection des bairischen Kontingents.

So wenig auch alle Bestimmungen dieser Versailler Verträge, zumal die an Baiern gemachten Koncessionen, dem Vaterlandsfreunde gefielen, so mußte doch zugegeben werden, daß die Einheit Deutschlands, wenn sie auch durch Preisgebung einiger Verfassungsparagraphen erkauft war, immerhin noch besser sei, als die Integrität der Verfassung, erkauft durch den Ausschluß Baierns. Ueber dem

vielen Wichtigen, das Baiern mit dem Deutschen Reiche verband, durfte man das Trennende, das nicht in lauter wichtigen Bestimmungen bestand, wohl passiren lassen, zumal da sich erwarten ließ, daß von diesen bairischen Reservatrechten, welche allerdings den bairischen Partikularismus gehörig kennzeichnen, durch die Verhandlungen im Bundesrath und Reichstag vieles werde gemildert oder ganz beseitigt werden. Von solchen Voraussetzungen ausgehend, wurden die Versailler Verträge am 9. Dec. vom Norddeutschen Reichstag und im nämlichen Monat vom badischen, hessischen und württembergischen Landtag genehmigt. Das württembergische Ministerium hatte sich bei dieser Gelegenheit der unbequemen Demokratenkammer entledigt, dieselbe am 22. Okt. aufgelöst und auf den 5. Dec. Neuwahlen ausgeschrieben. Dieselben fielen größtentheils im Sinne der nationalen Parteien aus. Schwieriger war die Sache in Baiern. Hier wurde die Entscheidung nicht nur ungebührlich hinausgezogen, sondern die Annahme der Verträge geradezu in Frage gestellt. Hätte das bairische Ministerium das Beispiel des württembergischen nachgeahmt und die in ihrer Mehrheit antinationale Abgeordnetenkammer aufgelöst, so hätte es sicherlich, bei dem auch in Baiern mitten unter den Kriegsereignissen und Erfolgen hoch auflodernden Patriotismus, durch Neuwahlen eine bedeutende Mehrheit von nationalen und liberalen Abgeordneten erhalten. Aber eben dies scheint das Ministerium mehr gefürchtet als gehofft zu haben. Die Reichsrathskammer genehmigte am 30. Dec. mit 37 gegen 3 Stimmen die Versailler Verträge. Die Abgeordnetenkammer übergab am 15. Dec. die Vorlage einem Ausschuß zur Begutachtung, und dieser beschloß auf den Antrag seines Referenten, des unvermeidlichen Jörg, der Kammer die Verwerfung der Verträge vorzuschlagen. Die Debatte hierüber begann erst am 11. Jan. 1871 und nahm 10 Sitzungen in Anspruch. Die Minister und die Führer der Fortschrittspartei traten sehr energisch für die Verträge ein, selbst Mitglieder der Patriotenpartei, von der nationalen Strömung fortgerissen, sprachen dafür; aber es war immerhin schwer, die nöthige Zweidrittelmehrheit herauszubringen. Die Abstimmung ergab 102 Stimmen für und 48 gegen die Annahme der Verträge. Somit war auch dieses letzte Glied in den Bau des Deutschen Reiches eingefügt. Doch wartete man in Versailles das bairische Votum nicht

ab, sondern ordnete auf den 1. Januar 1871 die amtliche Verkündigung der Gründung des Deutschen Reiches an.

In einer anderen Frage ergriff Baiern die Initiative. König Ludwig II. trug unter Zustimmung sämtlicher deutschen Regierungen dem König von Preußen als dem obersten Regenten des neuen Deutschen Reiches den Titel eines „deutschen Kaisers" an. Bei dem Festmahl in Versailles am 1. Januar erinnerte der Großherzog von Baden den König Wilhelm an das nun so glänzend in Erfüllung gehende Wort seines Bruders, des Königs Friedrich Wilhelm IV.: „Eine Kaiserkrone kann nur auf dem Schlachtfelde errungen werden." Die feierliche Proklamirung der Kaiserwürde fand am 18. Januar im großen Spiegelsaal des Versailler Schlosses Mittags 12 Uhr statt. Viele Prinzen, Fürsten, Generale, Minister und Deputationen der Regimenter waren anwesend. Graf Bismarck las die an das deutsche Volk gerichtete Proklamation des Kaisers Wilhelm I. vor. Die eben damals, theils vor, theils nach dem 18. Januar, errungenen großen Triumphe umgaben diese Kaiserfeier wie riesige Denksteine. Es waren dies die Schlachttage von Le Mans am 12. Januar, von Belfort am 17., von St. Quentin und von Mont Valerien am 19., die Kapitulation von Paris am 28. und die Zurückwerfung der Bourbacki'schen Armee nach der Schweizer Grenze am 1. Febr. Unter großartigeren Verhältnissen als die deutsche Kaiserwürde ist niemals eine solche angenommen worden.

Der erste deutsche Reichstag wurde vom Kaiser am 21. März 1871 mit einer Thronrede eröffnet, welche die Freude darüber, daß „wir erreicht haben, was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde: die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwicklung" aussprach, zugleich aber betonte, daß das Deutsche Reich fern sei von jeder Eroberungslust und Interventionssucht und in dem Herzen Europa's ein Friedensreich bilde, das, wie es in die Angelegenheiten anderer Staaten sich nicht mische, so von keiner Seite her eine Einmischung dulde, das ohne Herausforderung nicht zur Offensive übergehe, dann aber in der Defensive eine respectable Macht bilde. Am nämlichen Tage wurde dem Reichskanzler Grafen Bismarck, dessen ebenso umsichtiger als kräftiger Leitung der deutschen Politik die Wiederherstellung des

Deutschen Reiches vorzugsweise zu verdanken ist, die Fürstenwürde verliehen. Die Wahlen für den Reichstag hatten am 3. März unter großer Betheiligung der Wähler stattgefunden. Auch in Süddeutschland waren dieselben größtentheils national ausgefallen. Die Reichsregierung konnte unter den 382 Abgeordneten auf eine bedeutende Mehrheit zählen. Die besten Männer Deutschlands standen, als Mitglieder verschiedener Parteien, der nationalliberalen, der deutschen Reichspartei, der liberalen Reichspartei, fest zur Politik des Kaisers Wilhelm und seines großen Kanzlers. Bemerkenswerth war, daß in Norddeutschland, das in den vorigen Reichstag nur 8 klerikale Abgeordnete gewählt hatte, 36 klerikale gewählt wurden. Dazu kamen 20 Klerikale aus Süddeutschland, so daß diese Partei, welche sich als katholische Centrumspartei konstituirte, 56 Mann stark war. Einige Mitglieder dieser Partei hatten am 17. Febr. 1871 eine Adresse an den Kaiser nach Versailles gesandt, worin sie ihn baten, er möchte mit der ganzen Macht des neuen Reiches für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes eintreten, und für diesen Fall der Reichsregierung die Unterstützung der Klerikalen zusicherten. Es war entsetzlich naiv, dem protestantischen Kaiser eines größtentheils protestantischen Reiches zuzumuthen, daß er für die Regierung des Papstes, dessen weltliche Herrschaft kein geringerer Skandal in Europa war als es die türkische ist, eine diplomatische oder, falls dies nichts fruchte, eine militärische Lanze einlege, einen mittelalterlichen Römerzug veranstalte, die Soldaten des Königs Victor Emanuel aus Rom und dem Kirchenstaat hinausjage und dem Papste eine Schildwache von 100,000 Mann zur Verfügung stelle. Um einen solchen Preis, der denn doch einer verständigen Politik grenzenlosen Hohn spricht, war die Unterstützung der klerikalen Partei etwas theuer erkauft, eine Unterstützung, welche früher oder später direkt nach Kanossa führen würde. Daß die Reichsregierung auf solche Hirngespinste sich nicht einließ und sich lieber auf die Nationalliberalen als auf die Klerikalen stützte, machte diese unter dem Telegraphendruck des jesuitischen Vatikans stehende Partei zur Todfeindin der deutschen Reichspolitik, und wir werden sie Alles, was von letzterer ausgeht, grundsätzlich bekämpfen sehen.

Unter solchen Umständen hielten die nationalen Parteien es für zweckmäßig, in dem dem Reichstag vorzulegenden Adreßentwurf offen zu erklären, daß das Deutsche Reich und Kaiserthum von 1871

etwas ganz anderes sei als das des Mittelalters. „Die Tage der Einmischung in das innere Leben anderer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren." Der von Bennigsen aufs trefflichste vertheidigte Adreßentwurf wurde trotz der Angriffe des Bischofs Ketteler, Windthorst's und Reichensperger's am 30. März mit 243 gegen 63 Stimmen angenommen, der Gegenentwurf abgelehnt. Darauf stellten die Klerikalen den Antrag, die sogenannten Grundrechte der preußischen Verfassung: Preßfreiheit, Vereinsrecht und volle Selbständigkeit der Kirche in die Reichsverfassung aufzunehmen. Da jedermann wußte, daß jene die Preßfreiheit nur für die klerikale Presse, das Vereinsrecht nur für die religiösen Orden, die kirchliche Selbständigkeit nur für die Souveränetät der katholischen Kirche und für den Ungehorsam der Bischöfe gegen die Staatsgesetze ausbeuten wollten, so wurde dieser Antrag nach dreitägiger Debatte am 4. April mit 223 gegen 54 Stimmen verworfen. Auf den Antrag der Regierung wurde ein Invalidenfonds von 240 Mill. Thlr., ein Fonds von 4 Millionen für bedürftige Reservisten und Landwehrmänner und ein Fonds von 4 Millionen für Dotationen verdienter Generale und Staatsmänner aus den Kriegs-Entschädigungsgeldern verwilligt. Für die Dotationen wurden 4 Kategorien aufgestellt und für diese Summen von 300,000, 200,000, 150,000 und 100,000 Thalern bestimmt. Prinz Friedrich Karl, Graf Moltke, Kriegsminister Roon, General Manteuffel kamen dabei in erster, die Generale Göben und Werder und der Staatsminister Delbrück in zweiter Linie. Fürst Bismarck erhielt vom Kaiser die zu einer Million Thaler geschätzten Domänen im Amte Schwarzenbeck, im Herzogthum Lauenburg, zum Geschenk. Die wiedergewonnenen Provinzen Elsaß und Deutsch-Lothringen sollten nach dem von der Reichsregierung vorgeschlagenen Gesetze nicht mit Preußen vereinigt, sondern als besonderes Reichsland zunächst provisorisch regiert und verwaltet werden. Die Reichsverfassung sollte erst am 1. Jan. 1874 dort in Kraft treten; bis dahin sollte die Gesetzgebung vom Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrath ausgeübt, alle anderen Rechte der Staatsgewalt vom Kaiser gehandhabt werden. Dieses Gesetz wurde am 3. Juni mit großer Mehrheit angenommen. Doch wurde die Frist des Provisoriums um ein Jahr verkürzt und nur bis zum 1. Jan. 1873 festgesetzt, was übrigens durch das Reichsgesetz vom

20. Juni 1872, nachdem man eingesehen hatte, daß diese Provinzen noch nicht reif für die Reichsverfassung seien und ein weiteres Jahr kaiserlicher Diktatur recht wohl brauchen könnten, wieder zurückgenommen wurde. Es blieb also beim 1. Jan. 1874. Der Reichstag wurde am 15. Juni geschlossen, und am 16. fand der festliche Einzug eines Theiles des aus Frankreich zurückkehrenden Heeres in Berlin statt. Es waren 40,000 Mann, bestehend aus der Garde, aus einem Bataillon des Königsgrenadierregiments und aus Deputationen sämtlicher übrigen Truppentheile des deutschen Heeres. Einen glänzenderen und stolzeren Einzug hat Berlin noch nie gesehen. Roon wurde an diesem Tage in den Grafenstand erhoben, Moltke zum Generalfeldmarschall ernannt.

§. 26.

Frankreich und die neutralen Staaten.

Nachdem die deutschen Truppen die südlichen Forts von Paris und die Stadt Versailles geräumt hatten, siedelte die Nationalversammlung von Bordeaux nach Versailles über und hielt dort am 20. März ihre erste Sitzung. Die Pariser nahmen diese Hintansetzung der Hauptstadt übel auf, fühlten sich aber auch um so weniger gehindert in Ausführung ihrer politischen und socialen Plane. Die Socialdemokraten, mehrmals in ihren Bestrebungen gestört, glaubten, jetzt sei ihre Zeit gekommen, und verbanden sich mit den Mitgliedern der in London gegründeten „Internationale", welche alle Grundsäulen der menschlichen Gesellschaft, Familie, Gemeinde, Staat, Religion, Eigenthum, über den Haufen warf, keine Ehe, kein Erbrecht anerkannte und die ganze Welt nach einem erbarmungslosen Nivellisirungssystem umgestalten wollte. Solche Leute beherrschten die Arbeiterbevölkerung von Paris und die Nationalgardisten der Vorstädte Belleville, Montmartre, Montrouge u. s. w. Am 26. Febr. nahmen Nationalgardisten 27 Kanonen weg, unter dem Vorwand, sie vor den Preußen zu retten. Nach dem Abzug der Preußen nahmen sie noch mehr weg, brachten sie (im ganzen 417) auf den Montmartre, machten diesen zu einer Festung und sprachen von einem „Centralcomité der Nationalgarde", dessen Befehle allein sie anerkannten. Sie verlangten die Fortbezahlung ihres täglichen Soldes von 1½ Francs wie zur Zeit der Belagerung, das Recht, ihre Officiere

und ihren Kommandanten zu wählen, und wollten in Paris nur solche militärische Befehlshaber dulden, welche nicht unter der Regierung, sondern unter der Municipalität ständen. Das hieß, die Staatsregierung abschaffen, aus Paris eine freie Reichsstadt machen und die Einwohnerschaft den Fanatikern des Socialismus und Communismus preisgeben. General Vinoy, Oberbefehlshaber der Pariser Armee, wollte zuerst die „Kanonenfrage“ lösen und ließ in der Nacht auf den 18. März den Montmartre besetzen. Aber Morgens 7 Uhr rückte die Nationalgarde an, das Militär fraternisirte mit derselben, Vinoy mußte sich nach Versailles zurückziehen, die Generale Lecomte und Clément Thomas wurden gefangen genommen und erschossen. Das Centralcomité der föderirten Nationalgarde, von Assy geleitet, übernahm die Regierung von Paris, hielt die gemäßigten Elemente durch Schrecken nieder und veranstaltete am 26. März die Wahlen für den Gemeinderath oder die Commune. Es saßen etwa 80 Personen darin, darunter Blanqui, Pyat, Flourens, Assy, Delescluze. Die Commune bildete nun die regelmäßige Regierung; neben dieser regierte aber auch noch das Centralcomité, und über beiden stand als leitende Macht das Comité der Internationale. Der Plan, durch besondere Sendlinge auch in den anderen großen Städten eine Commune zu errichten, mißlang; die socialistischen Aufstände in Lyon, Marseille und anderen Städten wurden unterdrückt, Blanqui verhaftet.

Die Commune wählte für die verschiedenen Ministerien 10 Kommissionen und setzte an die Spitze einer jeden derselben einen Delegirten. Alle Waffenfähigen mußten in die Nationalgarde eintreten, ihr Sold wurde erhöht, ihre Familien erhielten Unterstützungen, die Hinterbliebenen Pensionen. Es war das goldene Zeitalter der Proletarier. Um Geld zu bekommen, konfiscirte die Commune alle Güter der Kirche, plünderte die Kirchen, holte von der Bank Vorschüsse von einigen Millionen, erpreßte Anleihen von den Versicherungsgesellschaften und legte den reichen Privaten Kontributionen auf. Socialistische Blätter sorgten für Verbreitung der kommunistischen Grundsätze unter dem Volke. Thiers meinte, der Krater werde in kurzem von selbst ausbrennen. Aber so schnell gieng dies nicht. Die Commune hatte im Sinne, der Nationalversammlung in Versailles vorher einen Besuch zu machen und dieselbe zu sprengen. Dies war der Zweck der Ausfälle am 2. und 3. April unter General Cluseret. Die Pariser wurden von den Versailler Truppen zurückgeschlagen,

Flourens fiel. Diese Niederlage erhöhte die Wuth der Parteiführer. Der Erzbischof Darboy, mehrere andere Priester und angesehene Männer wurden am 4. April verhaftet und als Geisel für die in den letzten Gefechten gefangenen Nationalgardisten nach Mazas gebracht. Das Haus Thiers' wurde geplündert und demolirt, die Vendome-Säule umgestürzt und ein Aufruf an das französische Volk erlassen, um dasselbe für die „moderne Revolution, die umfassendste und fruchtbarste von allen," zu begeistern, wodurch die Decentralisation Frankreichs, das Zerschlagen des einheitlichen Staatswesens in eine Anzahl von Städte-Republiken mit unbeschränkter Selbstverwaltung ausgeführt werden sollte. Aber der Aufruf hatte keinen Erfolg, zumal da die Einsetzung eines Wohlfahrtsausschusses von 5 Mitgliedern an die schlimmsten Zeiten von 1793 und 1794 erinnerte.

Im April rückten die Versailler Truppen unter dem Obercommando des Marschalls Mac Mahon im Westen und Süden von Paris vor, nahmen einige der Forts, drängten die Pariser hinter die Ringmauer zurück und schickten sich zu einem kombinirten Angriff auf die Stadt an. Hier stand Delescluze an der Spitze des Kriegswesens, und auf seinen Antrag beschloß die Commune am 20. Mai, vor dem Eindringen der Versailler alle öffentlichen Gebäude und ganze Stadtviertel durch Petroleum in Brand zu stecken und den Siegern nur einen Trümmerhaufen übrig zu lassen. Am Abend des 21. Mai drangen die Versailler Truppen, denen ein Bürger, Namens Jules Ducatel, eine unbewachte Stelle zeigte, in die Stadt ein. Die Generale Cissey, Douay, Vinoy, Ladmirault, Clinchant befehligten die Truppen. Der Plan war, die Aufständischen von Südwesten nach den nördlichen Höhen von Montmartre und Belleville zurückzudrängen, von wo aus sie dann, da die nördlichen Forts von den Deutschen besetzt waren, keinen Ausgang hatten. Vom 22. bis zum 28. Mai dauerte der verzweifelte Kampf in der Stadt. Auch Weiber betheiligten sich an demselben, halfen die Gebäude mit Petroleum anzünden. Viele Gefangene, darunter der Erzbischof Darboy, wurden von den Communarden erschossen. Mit Wegnahme der Butte Chaumont, wo Delescluze auf einer Barrikade den Tod suchte und fand, war am 28. Mai das letzte Bollwerk der Commune erobert und die Stadt in der Gewalt der Versailler Regierung. Tausende wurden zu Gefangenen gemacht; ihre Zahl stieg bald bis zu 50,000. Mac Mahon hatte einen Verlust von 7514 Mann. Die öffenlichen Gebäude,

welche durch die Commune in Brand gesteckt wurden, waren: die Tuilerien, das Palais-Royal, das Finanzministerium, der Palast des Staatsraths, des Rechnungshofes, der Ehrenlegion, des Justizministeriums, die Polizeipräfektur, das Stadthaus, mehrere Theater. Mehrere andere Gebäude, in welchen sich schon die Brennstoffe befanden, konnten noch gerettet werden. Von den Mitgliedern der Commune wurden mehrere gefangen, darunter Assy, Cluseret, Grousset, Rossel, Rochefort auf der Flucht verhaftet. Viele Monate dauerte die Aburtheilung der Gefangenen; einige wurden erschossen, andere nach Neu-Kaledonien und nach anderen fernen Plätzen deportirt.

Jetzt erst, nach Niederschlagung des Communeaufstandes, konnte die französische Regierung an eine geregelte Verwaltung des Landes denken. Sie hatte zunächst zwei Ziele vor Augen: die möglichst baldige Befreiung des Landes von der Occupation und die Verbesserung des Militärwesens nach preußischem Muster. Da zur Erreichung beider Ziele die Flüssigmachung großer Geldsummen nothwendig war, so wurde der Steuerkraft des Landes viel zugemuthet. Der mit dem zweitgenannten Ziele zu erreichende Zweck war nicht Stärkung der Defensivkraft des Landes, da ein nicht provocirendes Frankreich keinen Angriff zu fürchten hat, sondern der Revanchekrieg gegen Deutschland. Die bankrott gewordene militärische Gloire sollte wiederhergestellt, die entrissenen Provinzen zurückgenommen oder Kompensationen, etwa in Belgien, dafür errungen werden. Alle Parteien in Frankreich, die Monarchisten wie die äußersten Republikaner, waren von diesem Gedanken beseelt, votirten in der Nationalversammlung für Militärzwecke Gelder über Gelder und boten sogar der Regierung mehr Geld an, als diese verlangte. Mit diesem Rachegefühl des gedemüthigten Volkes verbanden sich die Plane der Jesuiten. Ihre Hoffnung, mit Hilfe des französischen Kaiserreiches im Jahre 1870 das protestantische Deutschland zu überwältigen und die Errichtung eines einigen Deutschen Reiches unter einem protestantischen Kaiser unmöglich zu machen, war nicht in Erfüllung gegangen. Nun wurde das nationale Unglück für klerikale Zwecke ausgebeutet, die Möglichkeit der Revanche an strenge Devotion geknüpft und Glaubenslieder mit einem Revanche-Refrain um die Wette gesungen. Das erschütterte Frankreich sollte vollständig unter die Herrschaft der Jesuiten gebracht, der nationale und religiöse Fanatismus beständig aufgestachelt, die Reorganisation des Heeres mit Fieberhaft

vollendet und, sobald die politische Weltlage eine günstige Aussicht darbot, der nationalklerikale Kreuzzug gegen Deutschland eröffnet werden. Um solch hohes Ziel zu erreichen, wurde die Jungfrau Maria zu persönlichen Besuchen in Frankreich veranlaßt, die Wunderquelle zu Lourdes eröffnet, der Kultus des heiligen Herzens Jesu bis zum Wahnwitz getrieben, Processionen von zehn und zwanzig Tausenden in Scene gesetzt, im Namen der republikanischen Freiheit für die katholische Kirche, und nur für diese Unterrichtsfreiheit und das Recht der Gründung von „freien Universitäten" gefordert. Die Staatsuniversitäten sollten ganz aufs Trockene gesetzt werden und alles, was Carrière machen wollte, durch die jesuitischen Universitäten hindurchgehen. Die Nationalversammlung von 1875 war willfährig genug, dem Klerus diese Rechte einzuräumen.

Thiers, welcher am 31. August 1871 von der Nationalversammlung zum Präsidenten der französischen Republik ernannt wurde, veranstaltete zur Bezahlung der zwei ersten Milliarden Kriegsentschädigung im Juni 1871 eine Anleihe von 2500 Mill. Francs und zur Abzahlung des Restes im Juli 1872 eine Anleihe von mehr als 3 Milliarden. Es trat das „finanzielle Wunder" ein, daß bei der öffentlichen Subskription, an welcher sich schmachvoller Weise auch deutsche Bankhäuser betheiligten, die Summe von 44 Milliarden gezeichnet wurde. Wenn auch diese Summe nicht ernsthaft gemeint war, so war sie doch ein höchst günstiges Zeugniß für den französischen Kredit. Durch das Kriegsdienstgesetz vom 28. Juli 1872 wurde die allgemeine Wehrpflicht in der Weise eingeführt, daß ein Theil der Mannschaft zu fünfjähriger Präsenz, der andere zu sechsmonatlichen Uebungen verpflichtet war. Dieses Gesetz wurde durch das Organisationsgesetz vom 24. Juli 1873, welches die Zahl der Regimenter festsetzte und diese unter 18 Armeecorps vertheilte, und durch das Kadresgesetz vom 13. März 1875 vervollständigt. Durch letzteres wurden die Bataillonskadres in der Weise vermehrt, daß auf je 3 vorhandene Bataillone ein viertes neues geschaffen wurde, und daß, während bisher die Regimenter aus 3 Bataillonen mit einer Maximalkriegsstärke von 3000 Mann bestanden, nun Regimenter von 4 Bataillonen errichtet wurden, wodurch die Maximalkriegsstärke des Regiments auf 4000 Mann gebracht wurde. Nach Durchführung dieses Gesetzes bestand die französische Infanterie aus 641 Bataillonen, zählte 269 Feldbataillone mehr als im Jahre 1870

und in ihrem Friedensstand 171 Feldbataillone mehr als die deutsche Armee. Dieses Kadresgesetz machte solches Aufsehen, daß im Frühjahr 1875 allgemein davon die Rede war, ein Krieg sei „in Sicht“; das Deutsche Reich wolle an Frankreich den Krieg erklären, bevor diese kolossalen Rüstungen alle ausgeführt seien. Doch beschränkte sich der Krieg auf diplomatische Anfragen. Die militärische Schmach des letzten Krieges suchte die „große“ Nation ganz auf Rechnung des Marschalls Bazaine zu schreiben, welcher allerdings zu einer für das deutsche Hauptquartier sehr gelegenen Zeit die Kapitulation von Metz unterzeichnet hat. Er wurde vor ein Kriegsricht gestellt und am 10. Dec. 1873 zum Tode verurtheilt, aber zu zwanzigjähriger Haft begnadigt. Am 26. Dec. trat er seine Gefangenschaft in dem Fort der Insel St. Marguerite an, entfloh aber am 10. August 1874 unter Beihilfe seiner Gemahlin und begab sich nach Spanien.

Die Nationalversammlung, in Parteien gespalten, welche sich aufs heftigste befehdeten, entwickelte eine sehr geringe gesetzgeberische Thätigkeit. Auf der einen Seite standen die 3 monarchistischen Parteien der Legitimisten, Orleanisten und Bonapartisten, von welcher jede ihren Prätendenten hatte, auf der anderen die Republikaner, welche sich in eine gemäßigte und eine äußerste Linke schieden; zwischen inne stand eine Gruppe von Parlamentariern, welche sich mit jeder der beiden Regierungsformen befreunden konnten, wenn nur die konstitutionellen Einrichtungen gewahrt blieben. Die Monarchisten behielten zwar die Mehrheit, aber sie verloren im Laufe der nächsten Jahre durch die Ersatzwahlen bedeutend an Terrain und waren unter sich selbst so uneinig, daß in den wichtigsten Fragen mehrmals eine Fraktion der Rechten mit der Linken stimmte und so die Mehrheit zur Minderheit wurde. Die „Fusion“, d. h. die Verschmelzung der Legitimisten und Orleanisten zu einer einzigen Partei, gelang nicht, obgleich der Graf von Paris am 5. August 1873 dem Grafen Chambord einen Besuch in Frohsdorf machte und denselben im Namen der Familie Orleans als den Chef ihres Hauses und als den alleinigen Vertreter des monarchischen Princips in Frankreich anerkannte. Da Graf Chambord in seinem Brief vom 27. Okt. 1873 eine bedingungslose Zurückberufung verlangte, weder in der Fahnenfrage noch in der Konstitutionsfrage zum voraus eine bindende Erklärung abgeben wollte, so mußten die Orleanisten die Fusion verloren geben, und der Graf von Paris hatte sich um-

sonst blamirt. Das Verbannungsgesetz gegen die Bourbonen und Orleans wurde von der Nationalversammlung zurückgenommen und letzteren die ihnen von Napoleon im Jahre 1851 genommenen Familiengüter zurückgegeben. Mit Thiers, welcher die thatsächliche Republik jeder der drei möglichen Monarchien vorzog, waren eben deßwegen die Monarchisten sehr unzufrieden. Als er bei der Neubildung des Ministeriums am 18. Mai 1873 die monarchische Mehrheit gar nicht berücksichtigte und sein Kabinet nur aus der gemäßigten Linken rekrutirte, beantragten die Monarchisten ein Tadelsvotum gegen Thiers, und als dieses am 24. Mai 1873 mit 360 gegen 344 Stimmen angenommen wurde, nahmen Thiers und dessen Minister ihre Entlassung, worauf noch in der nämlichen Sitzung Mac Mahon zum Präsidenten der Republik gewählt wurde. Unter ihm übernahm der Herzog von Broglie die Vicepräsidentschaft. Um der Stellung des Präsidenten mehr Festigkeit zu geben, beschloß die Nationalversammlung am 19. Nov. 1873, die Dauer der Präsidentschaft auf 7 Jahre festzusetzen. Das Ministerium Broglie konnte die schwierige Kunst, zwischen den Parteien glücklich hindurchzusteuern, nicht lange ausüben. Durch die Abstimmung über das Wahlgesetz wurde es am 16. Mai 1874 zum Rücktritt genöthigt, worauf am 22. Mai Kriegsminister Cissey die Präsidentschaft übernahm. Als aber die Regierung den Bonapartismus zu begünstigen schien und man vor der Wahl stand, die Republik oder das dritte Kaiserreich zu haben, trennten sich die gemäßigten Orleanisten von der Regierung; aus dem linken und dem rechten Centrum bildete sich eine neue Mehrheit, welche auf den Antrag des Abgeordneten Wallon durch ihr Schlußvotum am 25. Febr. 1875 eine Republik mit regelmäßiger Präsidentenwahl, mit Senat und zweiter Kammer errichtete. Darauf folgte am 10. März die Bildung des Ministeriums Buffet, dessen hervorragendste Mitglieder dem rechten Centrum angehörten. Das Ende der Occupation wurde durch die Bemühungen Thiers' früher bewerkstelligt als beim Friedensschluß in Aussicht genommen war. Nach einer am 15. März 1873 abgeschlossenen Konvention sollte am 5. Sept. die letzte Viertelmilliarde der Kriegskontribution abgezahlt sein und ebendamit die vollständige Räumung des französischen Gebietes erfolgen. Sobald die letzte Zahlung am 5. Sept. geleistet war, wurde mit der Räumung der Stadt Verdun, welche zuletzt allein noch von den deutschen Truppen

besetzt war, begonnen, und am 16. Sept. überschritt der letzte deutsche Soldat die französische Grenze. Die Occupationstruppen hatten sich wegen ihrer musterhaften Disciplin das größte Lob erworben, daher der Befehlshaber derselben, General Manteuffel, bei seiner Rückkehr nach Berlin am 19. Sept. das Patent als Generalfeldmarschall erhielt.

Die Vollendung des Einigungsprocesses in Italien knüpft sich an den deutsch-französischen Krieg an. Eine französische Depesche vom 2. August 1870 zeigte der italienischen Regierung an, daß Frankreich seine Occupationstruppen aus dem Kirchenstaat zurückziehe und zur Septemberkonvention von 1864 zurückkehre. Darauf erwiderte das italienische Kabinet am 4. August, Italien werde den Verpflichtungen von 1864 genau nachkommen. Aber die Linke bestürmte in der Kammer das Ministerium mit der Aufforderung, die Septemberkonvention zu kündigen und Rom zu besetzen. Die Minister zögerten, machten aber immer größere Rüstungen. Da kam die Nachricht von der Kapitulation von Sedan und von der Errichtung der Republik in Paris. Nun mußte die Regierung handeln, wenn sie nicht aufs neue den Ruf hören wollte: „Rom oder den Tod!“ Sie entschloß sich am 6. Sept. für die Besetzung Roms, zeigte dies den auswärtigen Mächten an und Victor Emanuel machte dem Papste in einem Schreiben Meldung hievon. Die italienischen Truppen rückten unter General Cadorna am 11. Sept. im Kirchenstaat ein, besetzten am 16. Civitavecchia und standen am 20. vor Rom. Da der päpstliche General Kanzler die Thore nicht öffnete, so schoßen die italienischen Truppen an der Porta Pia Bresche in die Stadtmauer, der Widerstand hörte auf Befehl des Papstes auf, und Cadorna zog unter dem Jubel des Volkes in Rom ein. Dem Papste wurde die sogenannte Leoninische Stadt mit dem Vatikan überlassen, seine Truppen entwaffnet und nach Hause geschickt. Der Papst antwortete mit Protestschreiben und mit einem Bannstrahl gegen alle Theilnehmer an dieser „Beraubung“. Am 22. Sept. besetzte Cadorna auch den Leoninischen Theil, auf besonderen Wunsch des Papstes, der sich vor den Bewohnern desselben nicht mehr für sicher hielt. Die Volksabstimmung vom 2. Okt. hatte das Ergebniß, daß 133,681 Stimmen für, 1507 gegen den Anschluß an Italien sich aussprachen. Die neugewählte Abgeordnetenkammer genehmigte die Einverleibung Roms und die Ver-

legung des Regierungssitzes von Florenz nach Rom auf den 30. Juni 1871. Das der Kammer vorgelegte Garantiegesetz, wodurch die Prärogativen des Papstes und das Verhältniß von Kirche und Staat geregelt werden sollten, wurde endgiltig im Mai 1871 genehmigt. Nach diesem Gesetze behielt der Papst alle Vorrechte eines Souveräns und erhielt eine jährliche Rente von 3,225,000 Francs. Dabei fragte sich, wer für irgendwelche Feindseligkeiten des Papstes gegen eine auswärtige Macht die Verantwortung übernahm. Thatsächlich war der Papst weder Souverän noch Unterthan und konnte von keiner auswärtigen Gewalt zur Rechenschaft gezogen werden. Dadurch konnte die italienische Regierung, welche dem Papste unbedingten Schutz gewährte und ihn an der Ausübung feindseliger Akte nicht hinderte, in Konflikte mit anderen Staaten kommen.

Am 1. Juli 1871 waren sämtliche Ministerien und das Parlament nach Rom übergesiedelt, und der König hielt am 2. seinen Einzug und stieg im Quirinal ab. Es war ein stolzer Moment für ihn, die Aufgabe seines Lebens nun erfüllt zu sehen. Die Kammer verwilligte bereitwillig die Mittel für die Reorganisation der Armee, für die Verstärkung der Marine und für Befestigungswerke. Das von der Regierung vorgelegte Klostergesetz hob die Klöster im Kirchenstaat auf und sicherte den Ordensgeneralen eine Rente zu. Das Gesetz wurde von beiden Kammern 1873 angenommen. Die Neuwahlen vom 8. Nov. 1874 verschafften der Regierung eine Mehrheit. Unter den Gewählten befand sich auch Garibaldi, welchem das Abgeordnetenhaus eine Dotation zuerkannte. An den Sitzungen von 1875 nahm er theil und interessirte sich besonders für gemeinnützige Arbeiten. Das 25jährige Regierungsjubiläum des Königs wurde am 23. März 1874 unter allgemeiner Theilnahme des ganzen Landes gefeiert. Die großen Leistungen seiner Regierung ließen sich in die wenigen Worte zusammenfassen: „von Novara nach Rom.“ Dieser Weg wurde von ihm trotz bedeutender Hindernisse innerhalb 21 Jahre zurückgelegt. Gegenüber dem Banditenwesen in Sicilien, das unter der unsichtbaren Leitung der Maffia großartige Dimensionen annahm, stand die Regierung eine Zeit lang rathlos da. Strenge und energische Maßregeln erregten einen Sturm der radikalen Partei in der Kammer; Milde und Nachsicht machte das Uebel täglich größer. Eine Untersuchungs-

kommission wurde 1875 gewählt, um die Verhältnisse genau zu studiren und der Regierung und den Kammern Vorschläge zur Abhilfe zu machen. Daß der Papst gegen das Garantiegesetz und Klostergesetz protestirte und die Rente nicht annahm, war durchaus im Einklang mit dem bekannten Non possumus.

In Spanien wurde nach Aufgebung der hohenzollern'schen Thronkandidatur eine andere aufgenommen. Marschall Prim gewann hiefür den zweiten Sohn des Königs von Italien, den Prinzen Amadeo, Herzog von Aosta. Die Cortes wählten ihn am 16. Nov. 1870 mit 191 gegen 98 Stimmen zum König von Spanien. Am 2. Januar 1871 traf derselbe in Madrid ein und leistete den Eid auf die Verfassung, nachdem wenige Tage vorher Marschall Prim das Opfer eines Attentats geworden war. Die Regierung des neuen Königs, welcher zuerst dem Marschall Serrano die Ministerpräsidentschaft übertrug, war ein fortwährender Kampf der monarchischen Parteien um das Ministerium, während die Republikaner und Karlisten im Süden und Norden des Landes Aufstände organisirten. Die Serrano und Topete, die Sagasta und Zorilla wechselten als Chefs des Kabinets. Der König hielt sich streng an die Verfassung von 1869, wurde aber vom hohen Adel und Klerus als Fremder und als Sohn Victor Emanuels bitter gehaßt, sah sich samt seiner Familie manchen Rücksichtslosigkeiten ausgesetzt und erkannte bald, daß das Haus Savoyen, der Stolz Italiens, keine Wurzeln fassen könne in einem Lande, wo die Parteien immer nur auf ihr eigenes Interesse, nicht auf das Wohl des Vaterlandes sahen. Er erklärte daher am 8. Febr. 1873 dem Ministerpräsidenten Zorilla seinen unwiderruflichen Entschluß, nach zweijähriger Regierung die Krone niederzulegen, erließ am 11. Febr. eine Abdankungsbotschaft an den Kongreß und reiste am 12. mit seiner Familie von Madrid ab, um nach Italien zurückzukehren, wo er wieder in seine früheren Verhältnisse eingesetzt wurde. Der Kongreß erklärte sich sofort am 11. Febr. für die Republik und wählte am 12. zur Handhabung der Executivgewalt ein Ministerium, in welchem Figueras die Präsidentschaft, Castelar das Auswärtige übernahm. Das Programm der neuen Machthaber lautete: „Föderativrepublik für Spanien mit Selbstverwaltung der einzelnen Staaten, wie in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten; Unterdrückung der Centralisation; Aufhebung des stehenden Heeres; absolute Tren-

nung von Kirche und Staat; Proklamirung der Menschenrechte auf dem Boden einer demokratischen Verfassung und unter der Gewalt der Gesetze". Wenn diese politischen Phantasien in die neue Verfassung übergiengen, gab es kein Spanien mehr, sondern nur noch Kantone, Städterepubliken und Communen, in welchen Pariser Zustände sich wiederholten. Die Kortes wurden aufgelöst und auf den 1. Juni neue, konstituirende Kortes berufen. Diese erklärten sich am 8. Juni für die Föderativrepublik und ließen einen Verfassungsentwurf ausarbeiten, in welchem obige Grundsätze aufgenommen waren. Damit waren die sogenannten Intransigentes noch nicht zufrieden: sie wollten die rothe Republik und einen socialen Umsturz. Da sie ihre Forderungen in den Kortes nicht durchsetzen konnten, verließen sie dieselben, begaben sich in die südlichen Städte und erhoben die rothe Fahne. Ministerien und Präsidenten wechselten rasch. Am 7. Sept. wurde Castelar zum Präsidenten der Executive gewählt und sah sich bereits einem solchen Chaos gegenüber, daß er sich unbedingte Vollmachten für militärische und politische Maßregeln, auch für Verhängung des Belagerungszustandes, übertragen ließ, die Berathung des Verfassungsentwurfes verschob und die Vertagung der Kortes vom 18. Sept. bis zum 2. Jan. durchsetzte. Damit hatte der schwärmerische Föderativrepublikaner Castelar, welcher den Unterschied zwischen Theorie und Praxis bereits begriff, die volle Diktatur in Händen. Er brauchte eine solche. Denn im Norden machten die Karlisten, deren Prätendent Don Carlos nebst seinem Bruder Don Alfonso auf dem Kriegsschauplatz sich einfand, bedeutende Fortschritte; im Süden bildeten sich in einzelnen Städten Communen, welche der Regierung den Gehorsam aufkündigten; im Heere riß eine schmachvolle Zuchtlosigkeit ein, Soldaten schoßen auf ihre Officiere, Generale giengen zu den Aufständischen über. Die Städte Alcoy, Sevilla, Cadiz, Valencia mußten mit Gewalt genommen werden, andere ergaben sich den anrückenden Generalen. Am längsten dauerte der Widerstand in der Seefestung Cartagena, wo General Contreras an der Spitze eines Wohlfahrtsausschusses stand, als Präsident der Republik Murcia Diplomatie mit den fremden Konsuln trieb, die benachbarten Hafenstädte Almeria und Alicante bombardirte und brandschatzte. Durch diese Piratenzüge kam er in Konflikt mit den fremden Kriegsschiffen, und der energische deutsche Kapitän Werner nahm ihm, unterstützt von einem

englischen Kapitän, zwei Kriegsschiffe weg. Cartagena wurde von der Landseite eingeschlossen und bombardirt, ergab sich aber erst nach einer viermonatlichen Belagerung am 12. Januar 1874 dem Regierungsgeneral Lopez Dominguez, nachdem den Tag vorher Contreras mit der Revolutionsjunta und mehreren hundert Mann auf einem Kriegsdampfer den Hafen verlassen, die schwache Blokade der Regierungsschiffe durchbrochen und nach Algier sich geflüchtet hatte.

Daß Castelar die Föderativrepublikaner mit Pulver und Blei zur Ordnung gebracht, konservative Generale angestellt und mit dem päpstlichen Stuhle wegen erledigter Bischofssitze Unterhandlungen eingeleitet hatte, konnten ihm seine ehemaligen Gesinnungsgenossen, die nichts vergessen und nichts gelernt hatten, nicht verzeihen. Beim Wiederzusammentritt der Kortes am 2. Jan. 1874 veranlaßte der Präsident derselben, Salmeron, ein Mißtrauensvotum gegen Castelar's Regierung, worauf dieser seine Entlassung einreichte. Ehe es zu weiteren Verhandlungen kam, wurden die Kortes am Morgen des 3. Jan. von dem Generalkapitän von Madrid, Pavia, gesprengt und eine Militärdiktatur unter Marschall Serrano eingesetzt. Republikanische Aufstände, die sich in einigen Städten erhoben, wurden rasch bewältigt und größere Streitkräfte gegen die Karlisten abgesandt. Diese hielten die wichtige Festung Bilbao eng cernirt, hatten die dazu gehörige Hafenstadt Portugalete genommen, den General Moriones zuerst zur Einschiffung und, als er von Westen wieder vordrang, durch die Niederlage bei Sommorrostro am 24. Februar 1874 zum Rückzug gezwungen. Nun eilte Serrano, der den Titel „Präsident der Executivgewalt der Republik" führte, selbst herbei, konnte aber in den Kämpfen vom 25. und 26. März die feste Stellung der Karlisten bei Sommorrostro nicht durchbrechen, holte Verstärkungen, griff am 28. April aufs neue an und zwang den Feind am 1. Mai, alle seine Stellungen aufzugeben, die Cernirung Bilbao's aufzuheben und Portugalete zu räumen. General Concha, zum Oberbefehlshaber der Nordarmee ernannt, griff die auf den Höhen von Estella wohl verschanzten Karlisten unter Dorregaray am 25. Juni an, wurde aber nach dreitägigem Kampfe zurückgeschlagen und fiel. Die Karlisten versäumten es, ihren Sieg strategisch auszubeuten, und ließen eine Menge Gefangener niederschießen. Nicht besser machte es der Bruder des Prätendenten, Don Alfonso, welcher in Catalonien operirte, am 15. Juli die kastilische Stadt

Cuenca eroberte und mit Plünderung, Brand und Mord die Stadt heimsuchte. Die Einnahme der Festung Irun auf dem nördlichen Kriegsschauplatz gelang dem karlistischen General Mendiri nicht; er wurde am 10. Nov. von Laserna zurückgetrieben, schlug aber selbst wieder am 9. Dec. den vordringenden General Loma nach San Sebastian zurück. Auf dies hin eilte Serrano wieder herbei und wollte an der Spitze von 4 Armeecorps einen umfassenden Angriff gegen den Feind machen und ihn nach der französischen Grenze zurückdrängen. Er brauchte einige Zeit, bis die genügende Zahl von Truppen beisammen war.

Eines politischen Erfolges hatte sich Serrano ohne sein Zuthun zu erfreuen. Don Carlos hatte am 30. Juni den preußischen Hauptmann a. D. Albert Schmidt, welcher als Correspondent deutscher Blätter in Concha's Hauptquartier sich befand und bei Estella in die Gefangenschaft der Karlisten gerathen war, erschießen lassen, obgleich er nicht Kombattant war. Diese dem Kriegsrecht Hohn sprechende Handlung, die barbarische Art der Kriegführung überhaupt, veranlaßte den Fürsten Bismarck, gegen den Karlismus, welcher von den Legitimisten in Frankreich, den Feudalen in Oestreich und den Jesuiten im Vatikan mit Geld reichlich unterstützt wurde, diplomatisch vorzugehen, die übrigen Mächte zur officiellen Anerkennung der Regierung Serrano's zu vermögen und auf die französische Regierung, welche an der Pyrenäengrenze den Karlisten jede Art von Vorschub leistete, eine indirekte Pression zum Zweck besserer Pflichterfüllung auszuüben. Alle Mächte, außer Rußland, erklärten sich für Anerkennung der spanischen Regierung und schickten Gesandte nach Madrid. Der deutsche Gesandte wurde am 12. Sept. mit ganz besonderer Aufmerksamkeit empfangen. Die Absendung von zwei deutschen Kriegsschiffen nach dem Meerbusen von Biscaya sollte die Interessen der an der dortigen Küste wohnenden Deutschen beschützen und die Einschmuggelung von Kriegsmaterial verhindern. Aber die geringen militärischen Erfolge, welche Serrano gegen die Karlisten errang, veranlaßten zu Ende des Jahres 1874 eine neue Wendung. General Martinez Campos, welcher, wie die meisten Officiere, ein Anhänger der gestürzten bourbonischen Regierung war, proklamirte am 29. Dec. in Murviedro den Sohn der Exkönigin Isabella als König Alfons XII. von Spanien. Ueberall sprach sich die Armee für Alfons aus, das Ministerium Sagasta dankte ab,

Serrano legte den Oberbefehl und die Präsidentschaft nieder, ein Regentschaftsministerium unter Canovas del Castillos bildete sich am 31. und benachrichtigte die in Paris verweilende Isabella von der Erhebung ihres Sohnes. Dieser reiste am 6. Jan. 1875 von Paris ab, landete in Barcelona, traf am 14. in Madrid ein und übernahm, obgleich noch nicht ganz 18 Jahre alt, die Regierung. Der unerfahrene König hatte einen schweren Stand. Die Staatskasse war fast leer, der Krieg gegen die Karlisten verschlang ungeheure Summen und brachte doch keine großen Erfolge, die engen Beziehungen des Königs zu seinem Taufpathen, dem Papst Pius, forderten besondere Rücksichtnahme, der päpstliche Nuntius verlangte für seine Unterstützung der königlichen Sache die weitgehendsten Zugeständnisse, wollte die alte Intoleranz und Pfaffenwirthschaft wieder einführen, womöglich bis zur Inquisition zurückgehen, und die Exkönigin Isabella, welche durch ihren schamlosen Wandel sich längst um alle Achtung gebracht hatte, wartete sehnsüchtig auf ihre Zurückberufung nach Madrid. Wohin man sah, nichts als gefährliche Klippen für die neue Regierung! Die Kapitulation der im nördlichen Catalonien befindlichen Festung Seo de Urgel, wo der karlistische General Lizzaraga befehligte, am 27. August 1875 war der bedeutendste Erfolg dieses Jahres.

Was in Spanien die Föderativrepublikaner beabsichtigten, einen centralisirten Staat in möglichst unabhängige „historisch-politische Individualitäten“ zu zerschlagen, das wollte in dem experimentirlustigen Oestreich der Kaiser Franz Josef und sein neues Ministerium besorgen. Kaum waren die Staatskünsteleien des czechischen Staatsministers Grafen Belcredi vergessen, so trat ein anderer Graf auf die Bühne und leierte das nämliche politische Intriguenspiel ab. Am 4. Februar 1871 wurde das Ministerium Potocki entlassen, Graf Hohenwart zum Minister des Innern ernannt und mit der Neubildung eines „über den Parteien stehenden Ministeriums“ beauftragt. Derselbe nahm zwei zur Ausgleichspartei gehörige Czechen in sein Kabinet auf, gab einem derselben sogar das Ministerium des Kultus und des Unterrichtes, was in Oestreich noch nie vorgekommen war, und übertrug dem durch seinen Preußenhaß bekannten schwäbischen Professor Schäffle, damals Professor in Wien, das Handelsministerium. Dieses Ministerium machte keinen Hehl daraus, daß es Galizien und Böhmen, sowie auch den Slovenen

und anderen Nationalitäten eine selbständige Stellung verschaffen, dieselben zum Gesamtstaat in eine ähnliche Stellung wie Ungarn bringen wolle, löste, um diese Plane im Reichsrath und Landtag durchsetzen zu können, das Abgeordnetenhaus und diejenigen Landtage, deren Mehrheit treu an der Verfassung hielt, auf und vereinbarte mit den czechischen Führern Rieger und Clam-Martinitz die Grundzüge des neuen böhmischen Staatsrechts. Diesem gemäß sollte das Königreich Böhmen mit dem übrigen Cisleithanien nur die Diplomatie und einen Theil des Kriegs- und Finanzwesens als gemeinsame, durch Delegationen zu berathende Angelegenheiten haben, alles andere, Unterricht, Justiz, Steuern, Polizei, Verkehr, Verwaltung, Landwehr ausschließlich zur Kompetenz des böhmischen Landtags gehören, und der Kaiser mit der hl. Wenzelskrone gekrönt werden. Wurde dieser Ausgleich vollzogen, so waren die 1,800,000 Deutschen, die neben den 2,800,000 Czechen in Böhmen wohnen, den letzteren gegenüber in die Stellung von Paria's versetzt. Daher entstand unter allen Deutschen Oestreichs eine ungeheure Aufregung. Der Staat war aufs neue dem Abgrund nahe. Zu spät fast wurde dem Kaiser die Tragweite dieses Ausgleichs durch den ihm befreundeten Kronprinzen von Sachsen und durch Beust begreiflich gemacht, und da auch der ungarische Ministerpräsident Graf Andrassy, welcher in diesem Ausgleich mit den czechischen Slaven für das 4 Millionen Slaven umfassende Ungarn, nichts als Gefahren sah, in dem Ministerrath vom 20. Okt. gegen den Ausgleich sprach, so wurde derselbe schließlich verworfen, das Ministerium Hohenwart nahm seine Entlassung, Graf Beust, welcher den Kaiser zu spät gewarnt und dadurch dessen Stellung kompromittirt hatte, wurde am 8. Nov. entlassen und zum Botschafter in London ernannt, und dem Grafen Andrassy an seiner Stelle das Ministerium des Auswärtigen und der Vorsitz im gemeinsamen Ministerrath übertragen. Die Bildung eines cisleithanischen Ministeriums übernahm am 20. Nov. Fürst Adolf Auersperg, in dessen Händen die Reichsverfassung gut aufgehoben war.

Den separatistischen Gelüsten der Slaven war nun Halt geboten. Der von den Czechen beherrschte böhmische Landtag wurde am 13. März 1872 aufgelöst. Die Neuwahlen fielen so günstig aus, daß die verfassungstreue Partei über eine Zweidrittelmehrheit verfügte. Die czechischen Abgeordneten besuchten den Landtag nicht, in Folge dessen die Arbeiten um so rascher und um so mehr im

Einklang mit der wahren Wohlfahrt des Landes erledigt wurden. Dem Reichsrath von 1873 wurde ein Wahlreformentwurf vorgelegt, wonach die Reichsrathsabgeordneten nicht mehr aus der Wahl der Provinziallandtage hervorgehen, sondern unmittelbar durch die Wahlberechtigten gewählt werden sollten. Beide Häuser des Reichsraths genehmigten das Gesetz. Die Neuwahlen giengen im Oktober vor sich und hatten das Ergebniß, daß unter den 353 Abgeordneten 233 verfassungstreue gewählt wurden. Dieselben hatten in der Session von 1874 die ihnen vorgelegten 4 Kirchengesetze zu berathen. Dieselben betrafen die äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche, das Klosterwesen, die Beiträge zum Kultusfonds und die Anerkennung der noch nicht anerkannten Religionsgenossenschaften. Die drei ersten Gesetze wurden trotz des Protestes des Vatikans und trotz der Erklärung der Bischöfe, daß sie nach wie vor an dem, wenn auch staatlich aufgehobenen Konkordat festhielten, vom Reichsrath angenommen und vom Kaiser unterzeichnet, die Berathung des vierten, welches vorzugsweise die Stellung der von der östreichischen Regierung mit Rücksichtslosigkeit behandelten Altkatholiken berührte, auf spätere Zeiten verschoben. Doch durfte man sich von diesen Gesetzen, deren Ausführung nicht den Gerichten, sondern den administrativen Behörden überlassen war, nicht zu viel versprechen. Auch jetzt noch zeigte das Ministerium eine unverzeihliche Nachgiebigkeit gegen die Bischöfe, und wenn man den Kultusminister Stremayr darüber interpellirte, so machte er das naive Geständniß, er könne auch nicht thun, was er wolle; ihm seien die Hände gebunden. Mitten in diese gesetzgeberische Thätigkeit fiel die Eröffnung der Weltausstellung in Wien am 1. Mai 1873, welche fast von allen Monarchen Europa's besucht wurde, und der eine Menge von Bank- und anderen Geschäften über den Haufen werfende Börsenkrach, eine Folge schwindelhafter Unternehmungen und unsolider Bestrebungen.

Rußland benützte die politische Lage des Jahres 1870 und erklärte in einer Note vom 31. Okt. 1870, daß es diejenige Bestimmung des Pariser Vertrags von 1856, wonach ihm die Zahl und Größe der Kriegsschiffe, die es auf dem schwarzen Meere halten dürfe, vorgeschrieben sei, nicht mehr anerkenne und zu weiteren Unterhandlungen bereit sei. In London und Wien zeigte man sich über diesen sehr begreiflichen Schritt der russischen Regierung

ungemein entrüstet, während die am meisten dabei betheiligte Türkei ihn gleichgiltig hinnahm. Bismarck, welcher nun seinen Dank für die russische Neutralität abtragen konnte, schlug zur Erledigung dieser Frage eine Konferenz der Unterzeichner des Pariser Vertrags in London vor. Die Eröffnung dieser Pontuskonferenz am 17. Jan. 1871 wollte der Minister der Pariser Regierung Favre benützen, um daselbst einen französischen Schmerzensschrei auszustoßen. Da er aber ohne deutschen Geleitschein Paris nicht verlassen konnte und Bismarck ihn darauf aufmerksam machte, daß für ihn jetzt in Paris wichtigere Interessen auf dem Spiele ständen als in London, so ließ sich die provisorische Regierung durch den Herzog von Broglie vertreten. Die Konferenz entsprach den Wünschen Rußlands in dem neuen Vertrage vom 13. März. Der Einfluß Rußlands in Mittelasien wurde durch die gut vorbereitete und ausgeführte Expedition nach Chiwa in Turkestan sehr vermehrt. General Kaufmann brach mit 14,000 Mann, 60 Kanonen und einigen tausend Kamelen dahin auf, hatte unterwegs einige Gefechte und zog am 10. Juni 1873 in der Stadt Chiwa ein. Einverleibt wurde dem russischen Reich vorderhand das Chanat nicht, aber durch den Friedensvertrag zu einem Vasallenstaat gemacht, der namentlich für den Handel ausgebeutet wurde. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, welche in dem kaiserlichen Manifest vom 13. Januar 1874 verkündigt wurde, wird, da es sich um ein Land mit 71 Millionen Einwohnern (in Europa) handelt, die militärischen Machtverhältnisse Rußlands zu einer für andere Staaten gefährlichen Höhe steigern. Durch die Berufung der Brüsseler Konferenz, welche am 27. Juli 1874 eröffnet wurde, wollte Rußland für alle künftigen Kriege ein internationales Reglement im Sinn der Humanität feststellen lassen. Dasselbe praktisch durchzuführen, wird freilich fast unmöglich sein.

Die Stellung der türkischen Regierung zu ihren Vasallenstaaten wird von Jahrzehnt zu Jahrzehnt unhaltbarer. Ismail Pascha, der Khedive von Aegypten, weiß sich durch Geldspendungen immer mehr Privilegien von der Pforte zu verschaffen, so daß er nahezu die volle Souveränetät über Aegypten besitzt. Nach Süden hat er im Jahre 1874 sein Land dadurch abgerundet, daß er einen Einfall des Sultans von Darfur in das zu Aegypten gehörige Kordofan mit dem Einmarsch in Darfur und mit der Wegnahme des

Landes beantwortete. Den Fürsten von Rumänien und von Serbien wird es schwer, dem Sultan Abdul Azzis die Vasallenschaft nicht aufzukündigen. Zwischen den beiden ersteren entwickelte sich im Jahre 1874 eine demonstrative Freundschaft, welche ganz so aussieht, als ob sich beide für gewisse Fälle zu gemeinsamer Aktion bereit halten wollten. Doch war Fürst Karl von Rumänien 1871 nahe daran, abzudanken. Die Radikalen hatten es längst auf seinen Sturz abgesehen, und der zu ihrer Partei gehörige Minister Joan Ghika glaubte den Pöbelkrawall gegen die Siegesfeier der Deutschen in Bukarest am 22. März 1871 für diesen Zweck benützen zu können. Aber der Aufstand wurde unterdrückt, das kompromittirte Ministerium mußte abtreten, und das neugebildete konservative Ministerium Catargiu vermochte den Fürsten, noch länger auszuharren. Die im August 1875 in der Herzegowina ausgebrochenen Unruhen, welche auf Losreißung von der Türkei oder wenigstens auf Gründung eines Vasallenstaates hinzielten, hatten ihren Grund in den Willkürlichkeiten der türkischen Verwaltung. Diese Unruhen werden fortdauern, solange es eine türkische Herrschaft in Europa gibt. Haben die europäischen Regierungen vor wenigen Jahren die Klagen der Italiener gegen die östreichische und bourbonische Herrschaft berechtigt gefunden und den Sturz derselben bereitwillig anerkannt, so mögen sie keiner christlichen Völkerschaft in der Türkei es verargen, wenn sie den Augenblick herbeisehnt, wo die türkische Herrschaft über Christen, dieser Schandfleck Europa's, aufhört und lauter christliche Staatenbildungen an ihre Stelle treten, oder wenn sie vielleicht durch ihre Waffen einiges dazu beizutragen sucht. Die Verhältnisse Griechenlands zu der Türkei gestalteten sich neuerdings besser. Das Parteiwesen und der beständige Wechsel der Ministerien lähmt die gesunde Entwicklung des Staates. Die einen Konflikt mit Frankreich und Italien in sich schließende Laurionfrage, bei welcher es sich um die Ausbeutung der Bleihalden des Lauriongebirges seitens einer Privatgesellschaft handelte, wurde 1873 durch das Ministerium Deligeorgis im Interesse des Staates glücklich gelöst.

England, welches die Fortschritte Rußlands in Mittelasien mit so großer Eifersucht bewacht, während es selbst dort jederzeit ohne Gewissensskrupel zugriff, und einer naturgemäßen Lösung der türkischen oder orientalischen Frage aufs hartnäckigste sich widersetzt, hatte 1873 einen Krieg an der Goldküste in Afrika zu führen. Es hatte

sein Protektorat in Sumatra an die Holländer abgetreten und dafür deren Besitzungen an der Goldküste übernommen. Jene wurden dadurch in einen Krieg mit Atchin, dieses in einen Krieg mit den Ashanti verwickelt. Der König derselben machte den Engländern den Besitz der von Holland abgetretenen Stadt Elmina streitig, machte Einfälle in das englische Protektoratgebiet und schleppte deutsche Missionäre als Gefangene in seine Hauptstadt Kumasi. Ihres heuchlerischen Jammerns über das Bombardement von Paris nicht mehr gedenkend, schoßen die Engländer am 13. Juni 1873 Elmina, dessen Bewohner es mit den Ashanti hielten, in einen Trümmerhaufen. Um den Feind in seinem eigenen Lande bekämpfen zu können, schickten sie eine größere Truppenmacht nach Afrika und übertrugen den Oberbefehl dem General Wolseley. Dieser drängte den Feind aus dem Protektorat zurück, brach am 27. December gegen Kumasi auf, worauf die gefangenen Missionäre freigegeben wurden, schlug die Ashanti in mehreren Gefechten und zog am 4. Februar 1874 in Kumasi ein. Da die Friedensunterhandlungen ohne Resultat blieben, so ließ Wolseley Kumasi in einen Aschenhaufen verwandeln und trat, alle Dörfer zerstörend, den Rückweg in das Protektorat an. König Kalkalli erbot sich nun zum Abschluß eines Friedensvertrages, wodurch ihm eine Kontribution, Beschränkung seiner Herrschaft, Abschaffung der Menschenopfer und einige Handelsbedingungen auferlegt wurden. Die englische Regierung vereinigte die dort unter ihrer Herrschaft stehenden Gebiete: Goldküste, Sklavenküste und das Gebiet von Lagos zu einer einzigen Kolonie unter dem Namen Goldküste-Kolonie, stellte diese unter zwei Gouverneure und verlangte von den Häuptlingen die Abschaffung der Sklaverei. Die Besitznahme der Fidschi-Inseln, welche den Engländern von den dortigen Einwohnern angetragen wurde, erfolgte gleichfalls im Jahre 1874. Die Abschaffung des Sklavenhandels in Zanzibar wurde dem dortigen Sultan durch Absendung eines besonderen Bevollmächtigten, Sir Bartle Frère, und durch Aufstellung einiger Kriegsschiffe abgenöthigt. Am 5. Juni 1873 unterzeichnete der Sultan die ihm gestellten Vertragsbedingungen. Das liberale Ministerium Gladstone, welches, der Mehrheit im Parlament nicht mehr sicher, durch Auflösung des Parlaments an das Land appellirte und bei den Neuwahlen eine Niederlage erlitt, nahm am 17. Februar 1874 seine Entlassung, worauf am 20. ein konservatives Kabinet unter Disraeli

gebildet wurde. Dasselbe widersetzte sich dem Antrag der irischen Parlamentsmitglieder auf Einsetzung eines irischen Parlaments, wodurch Irland zu Großbritannien in eine ähnliche Stellung kommen sollte, wie Ungarn zu Oestreich. Das Unterhaus verwarf am 30. Juni 1874 den Antrag mit großer Mehrheit.

Holland, welches ein Protektorat über ganz Sumatra beanspruchte und, wie eben angeführt, die Ansprüche Englands übernommen hatte, bekriegte den Sultan des malaiischen Reiches Atchin, das auf der Nordwestspitze der Insel Sumatra liegt, unter dem Vorwand, dem von demselben betriebenen Menschen- und Seeraub zu steuern. Der General van Swieten übernahm das Commando über ein Expeditionscorps von etwa 12,000 Mann, landete im December 1873 in Atchin, schlug den Feind in mehreren Gefechten, schloß den befestigten Palast des Sultans, den Kraton, ein und eröffnete ein Bombardement. Der Sultan räumte den Kraton und flüchtete sich in das Innere des Landes; van Swieten zog am 24. Januar 1874 in den Palast ein. Die Vasallenstaaten Atchin's zwang er zur Unterwerfung unter holländische Oberhoheit. Das Sultanat Atchin wurde dem holländischen Kolonialbesitz einverleibt und bei dem Abzug des Expeditionscorps eine starke Besatzung zurückgelassen. In Belgien sah sich das liberale Ministerium nach 13jähriger Wirksamkeit in Folge des Ausfalls der Ergänzungswahlen am 2. Juli 1870 zum Rücktritt genöthigt, worauf ein klerikales Ministerium folgte. Das ungeheure Wachsen des Einflusses der Klerikalen, welche nicht bloß das ganze Volksschulwesen und allen weiblichen Unterricht, sondern auch größtentheils den höheren Unterricht in ihrer Hand haben und sogar das Kapital von sich abhängig zu machen suchen, ist für die Entwicklung des Staates ungemein schädlich. Das Land zählte im Jahre 1866 1314 Klöster mit 18,162 Mönchen und Nonnen. Die Ursache dieser Mißstände liegt in der lange Zeit als Muster gepriesenen belgischen Verfassung, welche den Grundsatz der Selbständigkeit der Kirche, der Trennung der Kirche vom Staat in sich aufgenommen hat, bei welchem Grundsatz eine Jesuitenherrschaft, nicht ein liberales Bürgerthum großgezogen wurde. Die Ergänzungswahlen vom 9. Juni 1875 verschafften der liberalen Partei einen Zuwachs, aber nicht die Mehrheit in der Kammer.

Der republikanischen Schweiz wurde es schwer, das so lange

angestaunte Frankreich gedemüthigt, das so lange verachtete und geschmähte Deutschland zu einer Macht ersten Ranges erhoben zu sehen. Die Störung des von den Deutschen in Zürich am 9. März 1871 gefeierten Friedensfestes von Seiten des mit den Franzosen verbündeten uniformirten und nichtuniformirten Pöbels stellte die dortige Regierung auf eine Linie mit der in Bukarest. Die eidgenössische Regierung that, was sie konnte, um die Schandthat wieder gut zu machen. Die Bestrebungen der liberalen Schweiz waren auf eine Revision der Bundesverfassung, auf gründliche Reformen in den Gebieten des Militärwesens, der Kirche, der Schule, der Verkehrsanstalten, der socialen Gesetze gerichtet. Die eidgenössischen Räthe beriethen in den Sessionen von 1871 und 1872 die Revision und hatten sich am 5. März 1872 über alle Punkte vollständig geeinigt. Darauf wurde die revidirte Bundesverfassung einer doppelten Abstimmung, sowohl der der Kantonsregierungen als der des Volkes, unterworfen. Das Resultat der Abstimmung vom 12. Mai 1872 war, daß von den 22 Kantonen 13 gegen 9, von den Schweizerbürgern 261,106 gegen 252,816 den vorgelegten Entwurf verwarfen. Der Haß der welschen Kantone gegen die als ein deutsches Werk bezeichnete Revision, die Furcht der Klerikalen vor Verminderung ihres Einflusses in Kirche und Schule und der Partikularismus der sogenannten Kantonesen hatten diese Verwerfung herbeigeführt. Doch ließen sich die Liberalen nicht entmuthigen. Die Bundesversammlung beschloß die Revision in der Session von 1873 wieder aufzunehmen. Einige Punkte wurden im Sinne der Kantonssouveränetät abgeschwächt, andere, wie der Artikel über das Verhältniß von Staat und Kirche, verschärft. Der neue Revisionsentwurf hatte wieder die doppelte Abstimmung zu passiren. Am 19. April 1874 sprachen sich 14½ Kantonsregierungen für, 7½ gegen die Annahme derselben aus, und von den Schweizer Bürgern 340,186 für, 198,182 gegen die Annahme. Die revidirte Bundesverfassung war also mit einer glänzenden Mehrheit angenommen. Die Ursache dieses Umschwungs lag in den inzwischen eingetretenen kirchlichen Streitigkeiten, durch welche namentlich die welschen Kantone in das liberale Lager getrieben wurden. Früheren Verträgen zuwider löste der Papst die katholische Kirche in Genf von dem Bisthum Freiburg ab, errichtete ein besonderes Bisthum Genf und ernannte den dortigen Pfarrer Mermillod zum Bischof von Genf.

Da dieser trotz des Einspruches der Bundes- und Kantonsbehörden seine bischöflichen Funktionen ausübte, wurde er am 17. Febr. 1873 verhaftet und über die französische Grenze spedirt. Die Einführung liberaler Kirchengesetze und die Bildung einer altkatholischen Gemeinde in Genf waren die nächsten Folgen dieses unbesonnenen Schrittes der Kurie. Fast zu gleicher Zeit wurde gegen den Bischof Lachat von Basel, welcher seinen Sitz in Solothurn hatte, vorgegangen. Da dieser unbefugterweise das Unfehlbarkeitsdogma verkündigte, die dasselbe nicht anerkennenden Pfarrer absetzte und excommunicirte und die Forderungen der Diöcesanstände, die Strafbestimmungen, zu deren einseitiger Verhängung er nicht berechtigt sei, zurückzunehmen, mit einem ablehnenden Schreiben beantwortete, so beschloß die Diöcesankonferenz vom 28. Januar 1873 mit 5 gegen 2 Stimmen die Amtsentsetzung des Bischofs Lachat. Derselbe mußte seine Amtswohnung verlassen und reiste am 17. April nach Luzern ab. Und da das Domkapitel sich beharrlich weigerte, einen Bisthumsverweser zu ernennen, so beschloß die Diöcesankonferenz am 21. December 1874, das Domkapitel des Bisthums Basel aufzulösen und die Liquidation des Bisthumsvermögens eintreten zu lassen. Der Protest mehrerer Geistlichen im bernerischen Jura gegen die Absetzung Lachat's hatte zur Folge, daß die Regierung in Bern diese Geistlichen absetzte, ihrer Agitation durch Absendung von Militär entgegentrat und sie zuletzt aus dem Jura auswies, welch' letztere Maßregel von dem Bundesrath als verfassungswidrig bezeichnet und zurückgenommen werden mußte. Im übrigen stand der Bundesrath und die Bundesversammlung fest zu den antiklerikalen Beschlüssen der Kantonsregierungen, wies alle Proteste zurück und schickte, als der Papst in seiner Encyclica vom 21. Nov. 1873 alle diese Beschlüsse und Maßregeln aufs entschiedenste verdammte und mit Excommunication drohte, dem Nuntius Agnozzi seine Pässe zu. Damit war die Schweiz in die vorderste Linie der die päpstliche Herrschsucht bekämpfenden Staaten getreten und der Ruf: „Los von Rom!" war das Feldgeschrei aller Liberalen. Das Berner Volk genehmigte am 18. Januar 1874 mit ungeheurer Mehrheit das vom Großen Rath vorgelegte liberale Kirchengesetz, an der Universität Bern wurde eine altkatholisch-theologische Fakultät eingerichtet und die Delegirtenversammlung der schweizerischen Altkatholiken entschied sich für das Princip der Nationalkirche und des Nationalbisthums.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wurde am 5. December 1872 Grant mit großer Mehrheit zum zweitenmal zum Präsidenten gewählt, obgleich seiner Verwaltung viele Vorwürfe gemacht wurden. Sein Wunsch, St. Domingo und Cuba der Union einzuverleiben, wurde weder durch den Kongreß noch durch die Umstände begünstigt. Die Wegnahme des amerikannischen Privatdampfers Virginius am 31. Oktober 1873 durch spanische Schiffe und die Erschießung eines großen Theiles der Mannschaft, welche, unter amerikanischer Flagge segelnd, den Aufständischen auf Cuba Soldaten und Waffen zuführen wollte, veranlaßte einen Konflikt zwischen Spanien und der Union. Die Amerikaner stießen bereits in die Kriegstrompete. Spanien, das eben damals genug Verwicklungen zu Hause hatte, gab nach und verstand sich in einem Vertrag vom 29. Nov. zu der geforderten Genugthuung. Der Kampf der Regierungstruppen mit den Modoc-Indianern kostete auf beiden Seiten viele Leute und endigte am 1. Juni 1873 mit der Vernichtung der Indianer. In Mexiko wurde nach dem Tode des Präsidenten Juarez am 18. Juli 1872 Lerdo de Tejada zum Präsidenten gewählt, die staatliche Autorität gegenüber dem Klerus gewahrt und alle Mönchsorden aufgehoben. Unter den Republiken Südamerika's fanden in Peru, La Plata und Uruguay blutige Parteikämpfe statt, in Venezuela und Chile mußten renitente Bischöfe zurechtgewiesen werden, in Ecuador wurde vom Präsidenten selbst eine unbeschränkte Jesuitenherrschaft eingeführt. In dem Kaiserreich Brasilien wurde der Bischof von Olinda, welcher das päpstliche Schreiben über die Excommunication der Freimaurer, im Widerspruch mit den Staatsgesetzen, proklamirte, am 22. Febr. 1874, vor den obersten Gerichtshof gestellt und von diesem zu vierjährigem Zuchthaus verurtheilt, welche Strafe der Kaiser Pedro II. in einfache Gefängnißhaft verwandelte. Fast überall, wohin man nur blickt, findet man seit der Proklamirung des Unfehlbarkeitsdogma die Staatsgewalt entweder zum Knecht der päpstlichen Kurie erniedrigt oder in offenem Konflikt mit derselben. Doch der Schwerpunkt dieses Kampfes lag im Herzen Europa's.

§. 27.

Das Deutsche Reich und der Kulturkampf.

Die Beziehungen des Deutschen Reiches, das sich als ein so kraftvolles erwiesen hatte, waren fast nach allen Seiten hin sehr günstige. An Liebe hatte es wohl nirgends, überall aber an Achtung gewonnen. Mit Oestreich wurde schon durch Bismarck's Depesche vom 14. Dec. 1870 ein freundliches Verhältniß angebahnt. Die Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm mit Kaiser Franz Josef in Ischl und Salzburg 1871 vollzog sich in einer Weise, daß das Jahr 1866 vergessen, das Jahr 1871 mit allen seinen Konsequenzen angenommen zu sein schien. Die Dreikaiserzusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm, Alexander und Franz Josef am 5. bis 12. Sept. in Berlin war ein Triumph der Bismarck'schen Politik. Jeder der drei Herrscher hatte seinen Minister des Auswärtigen bei sich. Neben den Hoffestlichkeiten fanden politische Konferenzen statt. Förmliche Allianzen wurden nicht geschlossen, aber die Einigkeit wurde konstatirt. Die Zusammenkunft bedeutete, daß die Beherrscher der drei mächtigen Reiche in allen großen Fragen der Politik einig seien und einig sein wollten, und daß Rußland und Oestreich die nationale Erhebung Deutschlands, die Errichtung eines Deutschen Reiches und Kaiserthums, die Ansprüche Deutschlands auf eine große geschichtliche Zukunft und die Wege und Ziele der deutschen Reichspolitik guthießen. Dies alles war keine Drohung für Frankreich, wohl aber eine indirekte Warnung vor Revanchegelüsten. Diese Zusammenkunft, an welche sich Besuche des Kaisers Wilhelm in Petersburg und Wien knüpften, erhielt ihre Vervollständigung durch den Besuch, welchen Viktor Emanuel in Begleitung zweier Minister am 22. bis 26. Sept. 1873 in Berlin machte, nachdem er in Wien einen viertägigen Aufenthalt genommen hatte. Diese Reise war eine hochpolitische. Denn von dem klerikalen Frankreich, mochte es unter Chambord oder unter Mac Mahon stehen, hatte niemand so viel zu fürchten als Italien und Viktor Emanuel, und beide hatten, wenn sie sich nach künftigen Bundesgenossen für solche Fälle umsahen, von keiner Seite her so viel zu hoffen als von dem Deutschen Reiche, welches Frankreich und dem Vatikan als mächtiger Gegner gegenübersteht. Selbst Fürsten, welche seit Jahrzehnten keine näheren Beziehungen zum Berliner Hofe unterhielten, besuchten Kaiser Wil-

helm, so der König von Holland 1874 in Ems, König Oskar von Schweden 1875 in Berlin. Die diplomatische Verbindung war mit Frankreich schon 1871 wieder angeknüpft worden. Graf Arnim war der erste Vertreter des Deutschen Reiches in Paris. Derselbe kam 1874 in Konflikt mit Bismarck, welchem gegenüber er zu wenig Fügsamkeit und Verständniß zeigte. Er wurde entlassen und Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst sein Nachfolger. Da es sich nun zeigte, daß Arnim wichtige diplomatische Aktenstücke aus dem Pariser Gesandtschaftsarchiv sich angeeignet hatte, und derselbe trotz aller Aufforderungen diese nicht herausgab, so wurde er am 4. Okt. 1874 verhaftet, aus Gesundheitsrücksichten freigelassen, jedoch vor das Kriminalgericht gestellt. Ganz Europa interessirte sich für diesen Proceß, bei welchem die bedeutendsten Depeschen verlesen und publicirt wurden, und hatte aufs neue Gelegenheit, die Festigkeit und Weitsichtigkeit der Bismarck'schen nationalen Politik zu bewundern. Die Depeschen über Deutschlands Stellung zu Frankreich, über die französische Republik und die Prätendenten, über einen etwaigen Konflikt zwischen Frankreich und Italien und über die künftige Papstwahl erregten ganz besondere Aufmerksamkeit. Der Proceß endigte am 19. Dec. 1874 mit Arnim's Verurtheilung zu dreimonatlicher Gefängnißhaft, gegen welches Urtheil der Staatsanwalt und der Angeklagte Berufung einlegten. Die von letzterem eingereichte Nichtigkeitsbeschwerde wurde am 20. Okt. 1875 in dritter Instanz zurückgewiesen.

Der innere Ausbau des Deutschen Reiches vollzog sich hauptsächlich durch die fruchtbare Thätigkeit des Reichstags. Die Gesetze über Reichsmünzen, Reichspapiergeld und Bankwesen brachten eine wohlthätige Einheit in eine unerträgliche Zersplitterung. Dieselbe Einheit sollte nach dem Antrag des Abgeordneten Lasker auch auf das Gebiet des bürgerlichen Rechts übergetragen werden, zu welchem Zwecke 1874 eine die Entwürfe berathende Justizkommission gewählt wurde. In der Session von 1874 wurde das Reichsmilitärgesetz vorgelegt, welches in seinem ersten Paragraphen bestimmte, daß die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unterofficieren und Mannschaften bis zum Erlaß einer anderweitigen gesetzlichen Bestimmung 401,659 Mann betragen solle. Um die Annahme oder Verwerfung dieses Paragraphen handelte es sich in der Debatte vorzugsweise. Nicht bloß die reichsfeindlichen Parteien, sondern auch die zu demokratischer und parlamentarischer Opposition ge-

neigten Mitglieder der Fortschrittspartei und des linken Flügels der Nationalliberalen erklärten diesen Paragraphen für unannehmbar. Während die Socialdemokraten von einjähriger, die Klerikalen von zweijähriger Dienstzeit sprachen, verwarfen die Parlamentarier die einmalige Festsetzung der Friedenspräsenzstärke, sahen darin eine Verkümmerung des Budgetrechts und beanspruchten das Recht der Festsetzung der Friedenspräsenzstärke durch das jährliche Etatsgesetz. Moltke beleuchtete in längerer Rede die militärischen Verhältnisse Deutschlands und der anderen Staaten, besonders Frankreichs, und die politische Lage Europa's und drang im Interesse der Sicherheit des Vaterlandes auf unbedingte Annahme. In Deutschland entstand eine große Bewegung und Unruhe; Versammlungen wurden gehalten, Adressen abgeschickt, Weisungen an die Reichstagsabgeordneten erlassen, daß sie im Sinne Moltke's stimmen sollten. Nach langen Kommissionsberathungen stellte sich als Wahrscheinlichkeit heraus, daß die Regierungsvorlage von der Mehrheit des Reichstags nicht angenommen werde. Bismarck konnte wegen schwerer Erkrankung sein gewichtiges Wort nicht in die Wagschale werfen. Das Angebot der klerikalen Partei, für den Paragraphen zu stimmen unter der Bedingung, daß eine Aenderung in der kirchlichen Politik eintrete, wurde zurückgewiesen und dem Gedanken an eine Auflösung des Reichstags bei der Unberechenbarkeit des Resultats der Neuwahlen nicht Raum gegeben. So kam endlich zwischen der Regierung und der Kommissionsmehrheit ein Kompromiß zu Stande, wonach die geforderte Friedenspräsenzstärke auf 7 Jahre, vom 1. Jan. 1875 bis zum 31. December 1881 festgesetzt sein sollte. Dieser Kompromiß wurde vom Reichstag mit 224 gegen 146 Stimmen angenommen und schließlich das ganze Gesetz genehmigt. Nicht mit Unrecht wurde dieser siebenjährige eiserne Bestand mit dem Mac Mahon'schen Septennat in Verbindung gebracht.

Eine gedeihliche Fortentwicklung der Reichsverfassung war nur dann möglich, wenn zu Aenderungen derselben, zu Kompetenzerweiterungen und zum Verzicht auf Reservatrechte nicht die Genehmigung der Einzellandtage, sondern nur die Zustimmung des Bundesraths und Reichstags und die ausdrückliche Genehmigung des berechtigten Bundesstaats, d. h. der Bevollmächtigten desselben im Bundesrath, erforderlich war. Die Demokraten in der württembergischen und die „Patrio-

ten" in der bairischen Kammer bekämpften diesen Grundsatz und sprachen von einer Mediatisirung der Mittelstaaten. Aber die Minister beider Staaten traten für die Anschauungen der Reichsregierung ein, und die Mehrheit der Kammern verwarf die Anträge der antinationalen Parteien. Daß die sächsische Regierung im November 1873 anders handelte, fand allgemeine Mißbilligung. Im Gesandtschaftswesen, das für die Einzelstaaten eine Art offene Frage war, gieng Baden, wie in allen nationalen Fragen, mit gutem Beispiel voran und hob am 24. Okt. 1871 alle Gesandtschaften auf. Württemberg behielt außer den Gesandtschaften in Berlin und Petersburg noch die in Wien und München bei, konnte aber für die letzteren nur mit Mühe eine Mehrheit in der Kammer erhalten. Baiern gieng in Ausübung seiner Souveränetätsrechte noch ziemlich weiter, erlaubte sich den Luxus eines eigenen Gesandten in Dresden, in Bern und in Rom und hielt es sogar für politisch korrekt, einen Gesandten im Vatikan zu belassen, ja sogar, am 30. Januar 1875 einen neuen Nuntius, Bianchi, in München zu empfangen. Dies war denn doch nach allem, was von 1871 bis 1875 zwischen dem Deutschen Reiche und dem Vatikan vorgegangen war, gar zu hellblau. Der Umschwung in Hessen, wo 1871 der undeutsche Minister v. Dalwigk entlassen, zuerst ein Ministerium vom gleichen Schlag, endlich 1872 das nationale Ministerium Hofmann eingesetzt wurde, machte sich besonders in der kirchlichen Gesetzgebung fühlbar. In den Reichslanden Elsaß-Lothringen wurde die antideutsche Gesinnung des größeren Theiles der Bewohner durch klerikale und französische Agitation in gehöriger Wärme erhalten. Die Reichsregierung hatte dort eine sehr schwierige Stellung, verfolgte aber ihr Ziel mit viel Umsicht und Energie. Der Generalvikar Rapp in Straßburg wurde als Leiter eines die Regierung bekämpfenden Centralcomités am 17. März 1873 aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen, der Bürgermeister Lauth von Straßburg, welcher in amtlicher Stellung seine Hoffnung auf baldige Rückkehr der Franzosen aussprach, wurde am 7. April 1873 seines Amtes entsetzt, der dagegen protestirende Gemeinderath auf 2 Jahre suspendirt und Polizeidirektor Back als außerordentlicher Kommissär mit den Rechten und Pflichten des Bürgermeisters und des Gemeinderaths ausgestattet. Ein Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit der Reichsregierung war das Schulwesen. Es wurde bestimmt, daß die Aufsicht und Leitung

desselben den staatlichen Behörden zukomme, daß über Prüfung und Anstellung der Lehrer, über Organisation und Lehrplan nur die Regierung zu entscheiden habe, daß die den staatlichen Anordnungen nicht entsprechenden Schulen zu schließen seien, und daß in allen deutschredenden Gemeinden vom 1. Okt. 1873 an nur die deutsche Sprache in den Elementarschulen gelehrt werden dürfe. Zur Berathung der praktischen Angelegenheiten der Bezirke und Kreise wurden, trotz des von den Klerikalen und Franzosen ausgegebenen Losungswortes, entweder gar nicht oder lauter Protestmänner zu wählen, 1873 Bezirks- und Kreistage eingeführt. Aus der Mitte der Bezirkstage sollte, solange aus politischen Gründen die Errichtung eines elsaß-lothringischen Landtags unmöglich war, nach einer kaiserlichen Verordnung vom 29. Okt. 1874 ein Landesausschuß mit beschränkter berathender Vollmacht hervorgehen. Derselbe trat 1875 ins Leben und entfaltete eine ersprießliche Thätigkeit.

Im Gegensatz zu den dortigen antideutschen Parteien bildete sich 1873 eine dritte Partei, welche sich die „elsäßische“ nannte. Diese Partei, welche ihren Sitz in Straßburg hat, wollte, unter Anerkennung der Thatsachen, elsäßisch bleiben, auf ihren elsäßischen Partikularismus sich zurückziehen und für die politische Entwicklung und die industriellen Interessen der Heimat ausschließlich arbeiten. Sie betheiligte sich lebhaft, wenn auch mit wenig Aussicht auf Erfolg, an den Reichstagswahlen. Dieselben fanden am 10. Januar, in Elsaß-Lothringen am 1. Febr. 1874 statt und vollzogen sich unter heftiger Agitation. Die Klerikalen erreichten, meist auf Kosten der Konservativen, in den preußischen Regierungsbezirken Köln, Münster, Aachen, Oppeln und in Baiern günstige Erfolge, die Socialdemokraten siegten in 9 Wahlbezirken, darunter in 6 sächsischen. Das Gesamtresultat war, daß den 101 Klerikalen 155 Nationalliberale, den 135 reichsfeindlichen 240 reichsfreundliche Abgeordnete gegenüberstanden, bei welcher Berechnung die Fortschrittspartei zu den letzteren gezählt und die auf 22 Mitglieder herabgesunkene konservative Partei außer Beachtung gelassen ist. In Elsaß-Lothringen wurden 10 Klerikale, darunter die Bischöfe von Straßburg und von Metz, und 5 Protestmänner gewählt. Diese 15 reichsländischen Abgeordneten, welche am 16. Februar 1874 in Procession in den Reichstag eintraten, denselben aber größtentheils bald wieder verließen, gefielen sich in hohlen Deklamationen über den auf ihrer Heimat

lastenden Druck, obgleich nachgewiesen werden konnte, daß die Verwaltung derselben niemals eine bessere war als unter der Reichsregierung. Ihre Anträge auf Aufhebung des Gesetzes, welches dem Oberpräsidenten bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit eine Art Diktatur verlieh, und auf Zurücknahme des Unterrichtsgesetzes für Elsaß-Lothringen wurden vom Reichstag abgelehnt. Am meisten Aufsehen erregte der Antrag, daß die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen nachträglich noch darüber befragt werden solle, ob sie die Einverleibung in das Deutsche Reich gutheiße oder nicht. Dieser Antrag, welchem die Erklärung des Bischofs von Straßburg, daß die katholischen Elsaß-Lothringer den Frankfurter Frieden anerkennen, die Spitze abbrach, wurde am 18. Februar 1874 vom Reichstag ohne alle Debatte mit allen gegen 23 Stimmen abgelehnt.

Von der einschneidendsten Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft waren diejenigen Maßregeln, welche die Reichsregierung, nicht gegen die katholische Kirche und katholische Konfession, sondern gegen die Herrschaftsgelüste des Vatikans und seiner Kreaturen traf. Mit dem Unfehlbarkeitsdogma vertrug sich das Bestehen des modernen Staates schlechterdings nicht. Gegen die unfehlbaren Grundsätze und Kirchengesetze des Vatikans konnte kein Staatsgesetz mehr sich aufrecht halten, da, sobald es mit jenen im Widerspruch stand, der Papst von den Katholiken Gehorsam gegen seine Gesetze und Ungehorsam gegen die von ihm als gottlos und ungiltig bezeichneten Staatsgesetze verlangte. Daher konnte die Reichsregierung, wenn sie nicht eben damit ihren eigenen Bankerott aussprechen wollte, das Unfehlbarkeitsdogma nicht anerkennen, durfte dann aber auch die Absetzung derjenigen Geistlichen, welche wegen solcher Nichtanerkennung von den Bischöfen excommunicirt wurden, nicht gutheißen und mußte dieselben in Amt und Würde beschützen. Dies that die preußische Regierung 1871 gegenüber dem Bischof Krementz von Ermland, als dieser einen Religionslehrer in Braunsberg wegen Nichtanerkennung des Unfehlbarkeitsdogma's excommunicirte. Aus dem unbotmäßigen Benehmen des Bischofs ersah die Regierung, in welch üble Lage sie durch die Gesetzgebung von 1850 und durch die Kurzsichtigkeit und Schwäche der früheren Ministerien gekommen sei. Der bekannte Paragraph von der Selbständigkeit jeder Religionsgenossenschaft hatte die Folge, daß die preußischen Bischöfe unter der Regierung des Königs Friedrich Wilhelm IV.

thaten, was sie wollten, die Erziehung und den Unterricht der künftigen Geistlichen ganz in ihre Hand nahmen, das Unterrichtswesen in der Volksschule an sich rißen, von Jahr zu Jahr mehr Klöster gründeten und den niederen Klerus mit despotischer Zuchtruthe in blindem Gehorsam hielt. Damit aber hatte man nicht bloß einen Staat im Staate, sondern einen Kirchenstaat über dem weltlichen Staat. Dies konnte nach den Siegen von Sedan und von Paris, nach der Errichtung des Deutschen Reiches und Kaiserthums doch nicht so fortgehen. Deutschland hatte auf den französischen Schlachtfeldern die Freiheit, seine inneren Verhältnisse nach seinem eigenen Willen zu gestalten, doch nicht wohl deßwegen errungen, um sich durch die unblutigen Siege der Klerikalen in die schmachvollste Unfreiheit hineintreiben zu lassen? doch nicht wohl deßwegen von Paris sich emancipirt, um vor dem Krummstab des Vatikans den Nacken zu beugen? Kein deutscher Mann konnte dies glauben. Der Papst und die Bischöfe glaubten es. Die Folgen konnten nicht ausbleiben.

Die preußische Regierung verfügte am 8. Juli 1871 die Aufhebung der katholischen Abtheilung im Kultusministerium, welche seit dem 12. Februar 1841 bestanden und nicht das Interesse des Staates, sondern das der Kurie gewahrt hatte. Darauf legte sie am 14. December 1871 dem Abgeordnetenhause das Schulaufsichtsgesetz vor, wonach die Aufsicht über alle öffentlichen und privaten Unterrichts- und Erziehungsanstalten dem Staate zustehen sollte. Die Kammer versprach sich von der Ausführung dieses Gesetzes durch das Kultusministerium Mühler, das durch seine gedankenlose Orthodoxie und unevangelische Intoleranz sich berüchtigt gemacht hatte, nicht viel Gutes und beschloß, auf das Gesetz gar nicht einzugehen. Auf dieses Mißtrauensvotum hin wurde Mühler am 17. Jan. 1872 entlassen. Durch die Ernennung Falk's zum preußischen Kultusminister wurde Bismarck der rechte Mann an die Seite gestellt. Nun wurde das Schulaufsichtsgesetz von beiden Häusern berathen und angenommen. Inzwischen hatte auch der Reichstag in diesen Streitfragen sich vernehmen lassen. Auf den Antrag des bairischen Kultusministers Lutz, dessen Macht zur Zügelung der bischöflichen Heißsporne in Baiern nicht mehr ausreichte, wurde am 28. Nov. 1871 der „Kanzelparagraph“ genehmigt und dadurch den Regierungen eine Waffe gegen die Aufreizungen der ultramontanen Geist-

lichen gegeben. Der Streit wurde noch akuter, als der Papst am 2. Mai 1872 erklärte, daß er den Kardinal Hohenlohe als deutschen Botschafter im Vatikan zurückweise, und der Reichstag am 19. Juni die Ausweisung der Jesuiten und der diesen verwandten Orden und Kongregationen beschloß und unter diese Verwandtschaft 1873 vom Bundesrath die Redemptoristen, Lazaristen, Priester vom heiligen Geist und die Gesellschaft vom heiligen Herzen Jesu gerechnet wurden, die nun alle das Gebiet des Deutschen Reiches verlassen mußten. Unerträglich schien dem unfehlbaren Papst das Wort des Reichskanzlers, das er am 14. Mai 1872 bei der Debatte über den Botschafterposten im Vatikan im Reichstag sprach: „Dessen seien Sie sicher: nach Kanossa gehen wir nicht, weder in kirchlicher noch in staatlicher Beziehung.“ In einer Ansprache an eine Deputation des katholischen deutschen Lesevereins in Rom am 25. Juni 1872 äußerte der Papst: „Seien Sie vertrauend und einig! Denn irgend ein Stein wird vom Berge herabfallen und die Ferse des Kolosses zertrümmern“. Und in seiner Allokution vom 23. December sprach er von den grausamen Kirchenverfolgungen im Deutschen Reiche und von der „Anmaßung“ und „Unverschämtheit“ der Reichsregierung. Auf dies hin erhielt der preußische Legationssekretär Stumm, welcher die Geschäfte der preußischen Gesandtschaft in Rom versah, von Berlin den Befehl, sofort unbestimmten Urlaub zu nehmen und abzureisen.

Nach diesen Vorposten- und Avantgardengefechten wurde bald auch das schwere Geschütz in Aktion versetzt. Die preußische Regierung hatte noch viel Terrain zu erobern, um nur dahin zu gelangen, wo sie vor dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. gestanden hatte. Sie mußte die Erziehung und Bildung der jungen Kleriker wieder in die Hand des Staates bringen, die unbedingte Abhängigkeit des niederen Klerus von den Bischöfen aufheben, renitente Bischöfe vor den staatlichen Richterstuhl ziehen und im Nothfall unschädlich machen, ihnen die materiellen und geistigen Mittel zur Fortsetzung des Kampfes schmälern, die Gemeinden und die einzelnen Staatsbürger vom klerikalen Drucke befreien und ihnen mehr Freiheit und Selbständigkeit hinsichtlich der Ordnung ihrer religiösen und gottesdienstlichen Angelegenheiten einräumen. Zu diesem Zwecke legte die Regierung dem preußischen Landtag von 1873 vier Kirchengesetze vor, welche von demselben genehmigt und im Mai als Staatsgesetze publicirt wurden, daher sie den Namen „Maigesetze“

erhielten. Dieselben wurden 1874 durch drei weitere Gesetze ergänzt. Der preußische Landtag genehmigte die Gesetzentwürfe über die Verwaltung erledigter katholischer Bisthümer und über eine nähere Deklaration über die Anstellung der Geistlichen, und der Reichstag nahm am 25. April das Gesetz über Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern an, wodurch der Regierung das Recht eingeräumt wurde, gegen entlassene Geistliche, welche trotzdem ihr Amt auszuüben suchten, mit Ausweisung aus bestimmten Bezirken oder mit Internirung, mit Entziehung der Staatsangehörigkeit und mit Ausweisung aus dem Bundesgebiet vorzugehen. Von der größten Wichtigkeit für die kirchlich-politische und für die Kulturgeschichte war die am 25. Jan. 1875 nach harten Kämpfen mit den Klerikalen erfolgte Annahme des Gesetzes über Einführung der obligatorischen Civilehe und Beurkundung des Personenstandes, in welches die Bestimmung aufgenommen wurde, daß es jedem katholischen Geistlichen und jedem Ordensmitglied freistehe, eine rechtsgiltige Ehe einzugehen.

Auf diese Vorgänge glaubte die päpstliche Kurie nicht stillschweigen zu dürfen. Unpolitische Leute redeten dem Papst ein, Kaiser Wilhelm habe die Maigesetze nur ungern sanktionirt und werde, wenn der Papst sich mit einem Schreiben an ihn wende, gerne bereit sein, dieselben so schonend als möglich ausführen zu lassen. Es wurde ein höchst ungeschickter Brief, vom 7. August 1873, abgefaßt, worin der Papst den Kaiser von seinen Ministern zu trennen und zu einer Mißbilligung der kirchlich-politischen Maßregeln seines Reichskanzlers zu veranlassen suchte und sich sogar zu der Behauptung verstieg, daß der Kaiser, wie jeder Getaufte, in irgend einer Beziehung dem Papste angehöre. In seinem Antwortschreiben vom 3. Sept. bezeichnete der Kaiser als Anstifter des Streites die katholische Geistlichkeit, welche der weltlichen Obrigkeit den verfassungsmäßigen Gehorsam verweigere, konstatirte die zwischen ihm und dem Reichskanzler bestehende Einigkeit in der Kirchenpolitik und wies die Zumuthung, daß er den Papst als einen Vermittler in seinem Verhältniß zu Gott anzusehen habe, als unevangelisch zurück. Diese Korrespondenz wurde bald darauf im Reichsanzeiger publicirt, und von allen Seiten, aus Deutschland und aus anderen Ländern, liefen zustimmende und dankende Adressen an den Kaiser ein. In England, wo der Katholicismus bedeutend um sich griff, wurde am

27. Jan. 1874 ein Sympathie-Meeting veranstaltet und Resolutionen im Sinne der deutschen Reichspolitik abgefaßt. Der abgetretene Minister Gladstone trat in einer besonderen Schrift gegen „die vatikanischen Beschlüsse und ihre politische Tragweite" auf. Das Fiasko des päpstlichen Briefschreibers war ein klägliches. Um so größer wurde der Haß der Klerikalen gegen den Reichskanzler, der für alle Niederlagen dieser Partei verantwortlich gemacht und als der Todfeind der katholischen Kirche bezeichnet wurde. Die Verhaftung mehrerer Bischöfe, welche sich beharrlich um die Maigesetze nicht kümmerten und dem Staate den Gehorsam verweigerten, die Absetzung des Erzbischofs Ledochowski 1874, welcher bald die des Bischofs Martin von Paderborn folgte, steigerte die Wuth der Klerikalen. In ihrer Presse und in ihren Vereinen wurde das Volk gegen die Regierung systematisch aufgehetzt und das Bündniß mit den Socialdemokraten nicht verschmäht. Eine Folge dieser maßlosen Agitation war das am 13. Juli 1874 verübte Attentat des Magdeburger Böttchergesellen Kullmann auf den Fürsten Bismarck in dem Badeort Kissingen. Der verhaftete Thäter wurde von dem Schwurgericht zu Würzburg zu 14jähriger Zuchthausstrafe verurtheilt. Das Verdikt der Geschworenenversammlung der ganzen nichtklerikalen Welt lautete dahin, daß an diesem Attentat die klerikale Partei schuld sei. „Verstoßen Sie den Mann (Kullmann), wie Sie wollen! Er hängt sich doch an Ihre Rockschöße," rief Bismarck am 4. Dec. 1874 der Centrumsfraktion des Reichstags zu und theilte am folgenden Tage, wo über die Aufhebung des Gesandtschaftspostens im Vatikan sich eine Debatte mit den Klerikalen entspann, zum Schrecken derselben eine Aeußerung des früheren Nuntius in München, Meglia, mit, daß der Kirche nur noch die Revolution helfen könne.

Nun wurden im Vatikan keine Privatbriefe mehr geschrieben; nun wurde geblitzt und gedonnert. Französische Bischöfe, welche ein nationales Interesse daran hatten, den kirchlichen Konflikt in Preußen immer mehr zu verschärfen und zu vertiefen, schürten tüchtig. In seiner Encyclica vom 5. Febr. 1875 erklärte der Papst die durch Deutschlands und Preußens Volksvertretung genehmigten, von dem Kaiser unterzeichneten und als Staatsgesetze publicirten neuen Kirchengesetze für ungiltig, verbot den Gehorsam gegen dieselben und sprach gegen sämtliche altkatholische Geistliche die Excommunication aus. Wenige Tage darauf ernannte er den gefangenen Erzbischof

Ledochowski zum Kardinal. Die Reichsregierung mußte sich also auf einen Widerstand gegen die neuen Staatsgesetze auf der ganzen Linie von Posen bis Aachen gefaßt machen. Sie legte sich die Frage vor, ob sie eine Geistlichkeit, welche nur diejenigen Gesetze, die die Billigung des Papstes erhielten, als Staatsgesetze anerkenne, noch länger von Staatswegen besolden oder die Besoldung ihr entziehen solle. Sie entschied sich für die letztere Alternative, und der Kultusminister Falk legte dem preußischen Landtag am 4. März 1875 das sogenannte Sperrgesetz vor, wonach alle Leistungen aus Staatsmitteln an Bischöfe und sämtliche katholische Geistliche eingestellt wurden, so lange dieselben nicht durch eine schriftliche Erklärung zu der Befolgung der Staatsgesetze sich verpflichteten. Das Gesetz wurde nach heftigen Debatten in beiden Häusern angenommen. Außerdem wurde noch ein Gesetz über die Aufhebung der geistlichen Orden und ordensähnlichen Kongregationen, ein weiteres über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden, ein viertes über eine verständigere Redaktion der die Kirche betreffenden Verfassungsartikel vorgelegt und genehmigt und endlich noch auf den Antrag des Abgeordneten Petri ein die Rechte der Altkatholiken regelndes Gesetz angenommen, das sich in seinen Hauptpunkten an das in Baden schon 1874 publicirte Altkatholikengesetz anschloß.

An Protesten gegen alle diese Gesetze von Seiten der Bischöfe fehlte es nicht, auch nicht an der hirtenbrieflichen Intervention der französischen und belgischen Bischöfe, welche ihren deutschen Kollegen ihre Sympathien bezeigten und auf die Reichsregierung tüchtig loszogen. Diese wahrte dem deutschen Episcopat gegenüber ihren Standpunkt mit unerschütterlicher Festigkeit und stellte an die Regierungen von Frankreich und von Belgien die Frage, ob sie die Duldung solch beleidigender Hirtenbriefe im Einklang fänden mit den Pflichten einer loyalen Nachbarregierung. In Deutschland ist die Sache des Klerikalismus entschieden im Abnehmen. Die Reichsregierung steht auf der Höhe ihrer Aufgabe, und die Achtung aller derer, welche geistige Bildung und Freiheit schätzen, ist ihr gesichert. Daran änderte auch der Ausfall der bairischen Landtagswahlen vom 24. Juli 1875, durch welche die Klerikalen eine Mehrheit von 2 Stimmen erhielten, nichts. Als diese Mehrheit in der Abgeordnetenkammer am 14. Oktober 1875 eine Adresse genehmigte, in welcher von dem König die Entlassung des bisherigen Ministeriums und die

Berufung eines klerikalen Ministeriums gefordert wurde, lehnte König Ludwig die Entgegennahme der Adresse ab, sprach sein Befremden über den Ton, in welchen einzelne Kammerredner bei der Adreßdebatte verfielen, aus und versicherte in einem Schreiben vom 19. Oktober an das Gesamtministerium, daß dasselbe sein volles Vertrauen habe, und daß er von allen maßvoll Denkenden die kräftige Unterstützung seiner Regierung erwarte. Darauf wurde die Kammer vertagt. Die beispiellose Theilnahme aller Reichsfreunde an der Geburtstagsfeier des Reichskanzlers am 1. April 1875 und die begeisterte Aufnahme, welche der Kultusminister Falk auf seiner Rheinreise im Sommer dieses Jahres gefunden hat, haben deutlich gezeigt, auf wessen Seite die ganze Intelligenz des deutschen Volkes steht. Und welch glänzenden und herzlichen Empfang fand Kaiser Wilhelm beim italienischen Hof und beim italienischen Volke, als er, um dem König Viktor Emanuel den in Berlin gemachten Besuch zu erwidern, am 18. Oktober 1875 in Mailand eintraf und bis zum 23. dort verweilte! Das italienische Volk, welches nach langer Zersplitterung endlich, zum Theil durch die Siege Preußens und Deutschlands, seine Einheit errungen hat, aber fortwährend durch die Restaurationsplane der päpstlichen Kurie und ihrer Vasallen sich bedroht sieht, fühlte sich sympathisch hingezogen zu Kaiser Wilhelm, welcher die deutsche Einheit begründet und mit offenem Visier und kräftigem Arm den Kulturkampf gegen den Vatikan aufgenommen hat, und glaubte gegen irgendwelche Angriffe von außen, sie möchten kommen, woher sie wollten, nirgends einen so zuverläßigen und mächtigen Alliirten zu finden als in Kaiser Wilhelm und dem Deutschen Reich. So gestaltete sich die Zusammenkunft der beiden Monarchen zu einem politischen Akt von hoher Bedeutung, bei welchem nicht bloß der erste deutsche Kaiser und der erste italienische König, sondern auch Deutschland und Italien sich die Hand drückten und festes Zusammenhalten gelobten.

Album poétique illustré. Choix varié de poésies françaises par B. d'Oradour. 3me éd. Prachtvoll gebunden. M. 6.—

Illustrated poetical album. A choice and varied selection of Englisch poetry. By J. S. S. Rothwell. Second edition. Prachtvoll gebunden. M. 6.—

Album poetico illustrato. Scelta varia di poesie Italiane da G. Bonifaccio. Prachtvoll gebunden. M. 6.—

Causeries parisiennes. Gespräche über französische Zustände zur Uebung in der französischen Umgangssprache und als Vorbereitung zu Reisen nach Frankreich. Von Dr. A. Peschier. Vierzehnte vermehrte Auflage. M. 1.15.

La france comique et populaire. Choix d'études de moeurs parisiennes et provinciales, scènes comiques, charges d'atelier, récits drôlatiques, etc. par J. Baumgarten, docteur en phil. M. 3.—

Iphigénie en Tauride. Tragédie de Goethe, traduite en vers français par Eugène Borel. 2me éd. M. 1.50., relié M. 2.50.

Handbuch der französischen und deutschen Conversationssprache von Ed. Coursier; eingeleitet von A. Lewald. 21. Auflage. M. 2.25, geb. M. 2.75.

Handbuch der englischen und deutschen Conversationssprache. Siebente, durchgängig accentuirte, vermehrte und verbesserte Auflage von Rob. Flaxman. M. 2.25, geb. M. 2.75.

Handbuch der italienischen und deutschen Conversationssprache. Von A. Fiori. Vierte verbesserte Auflage. M. 2.25. geb. M. 2.75.

Deutsch-französischer Briefsteller von Ed. Froment u. L. Müller. Muster zu Briefen jeder Art mit der gegenüber gedruckten französischen Uebersetzung. 9. Auflage, herausgegeben von Dr. A. Peschier. M. 2.25, geb. geb. M. 2.75.

Deutsch-englischer Briefsteller. Muster zu Briefen jeder Art mit der gegenüber gedruckten englischen Uebersetzung von J S. S. Rothwell. 2. Auflage. M. 2.25, geb. M. 2.75.

Deutsch-italienischer Briefsteller. Muster zu Briefen jeder Art mit der gegenüber gedruckten italienischen Uebersetzung von G. Bonifaccio. M. 2.25., geb. M. 2.75.

Die Oden des Qu. Horatius Flaccus im Versmass des Urtextes übersetzt von **A. Bacmeister.** Eleg. Taschenausgabe. Broch. M. 2.40. In Leinwand gebunden mit Goldschnitt M. 3.30.

Die Verschwörung des Catilina von **C. Sallustius Crispus,** übersetzt von C. Holzer. Eleg. Taschenausgabe mit gegenübergedrucktem latein. Text. M. 1.80.

Der Jurgurthinische Krieg von **C. Sallustius, Crispus,** übersetzt von C. Holzer. Elegante Taschenausgabe mit gegenübergedrucktem latein. Text. M. 3.—

Das Leben des Julius Agricola von **Cornelius Tacitus,** übersetzt von A. Bacmeister. Elegante Taschenausgabe mit gegenübergedrucktem latein. Text. M. 1.20.

Die Germania von **C. Cornelius Tacitus,** übersetzt von A. Bacmeister. Elegante Taschenausgabe mit gegenübergedr. latein. Text. M. 1.20.

Nouveau Dictionnaire de Poche Français-Allemand et Allemand-Français. Rédigé d'après le Dictionnaire de l'Académie et les meilleures Autorités allemandes. Contenant tous les mots nouveaux, la prononciation de ceux qui offrent quelque difficulté, des tables de noms propres de personnes, de pays, d'abréviations, et des tableaux des conjugaisons des verbes irréguliers. Par **Edouard Coursier** et **J. S. S. Rothwell,** Professeurs de langues modernes. 2 Bände brosch. M. 4.50, elegant in Leinwand gebunden M. 5.50.

Englisch-deutsches und Deutsch-englisches Wörterbuch mit einer tabellarischen Uebersicht der von den neueren englischen Orthoepisten verschieden ausgesprochenen Wörter von **Chr. Friedr. Grieb.** Siebente Stereotyp-Auflage. 2 Bände brosch. M. 16.80. In 2 eleg. Halbfrzbd. geb. M. 19.80.

A New and Practical Pocket Dictionary English-German and German-English. On a new System. The pronunciation phonetically indicated by means of German Letters. With copious lists of Abbreviations, Baptismal and Geographical Names. By **J. S. S. Rothwell.** 2 Bände broschirt M. 4.50, elegant in Leinwand gebunden M. 5.50.

Taschenwörterbuch der deutschen, englischen, französischen und russischen Sprache von Prof. **Paul Fuchs.** 4 Bände, à M. 3.—, geb. à M. 3.50.